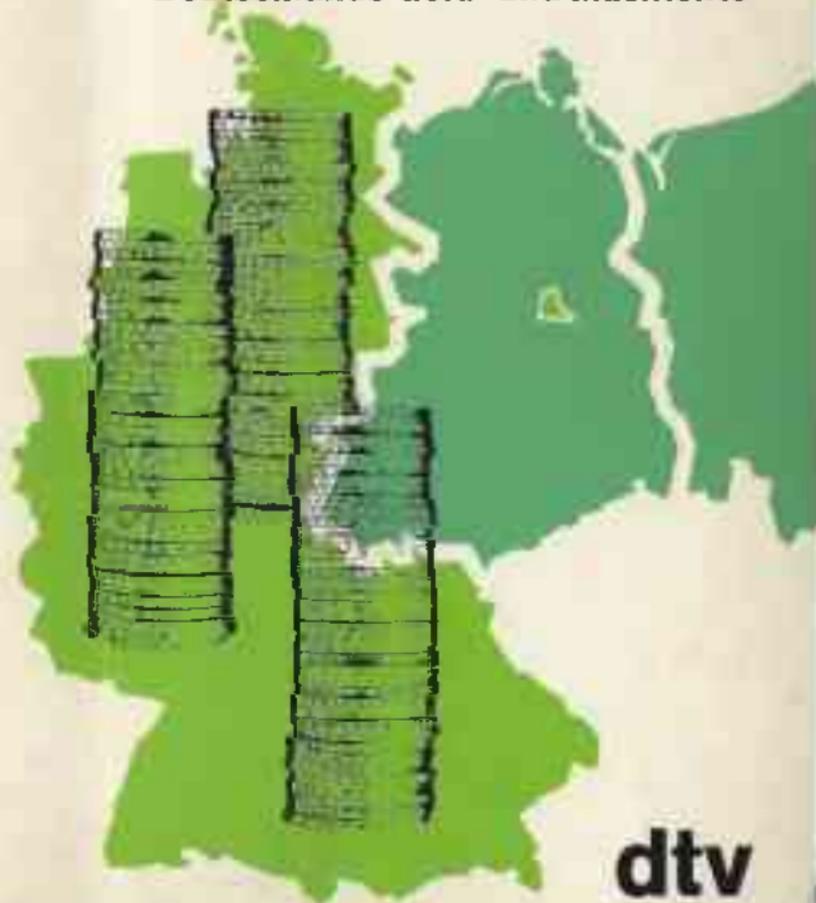


Bernt Engelmann: Das Reich zerfiel, die Reichen blieben

Deutschlands Geld- und Machtelite



dtv

»Bernt Engelmann belegt seine These mit Zahlen, Daten und Fakten. Die These stimmt. Konsequenzen wären zu ziehen, wenn auch nicht von Engelmann. Geschichtlich und gesellschaftskritisch Interessierte finden hier eine bis zur Resignation schlüssige Informationsquelle.«

Frankfurter Rundschau

DM 9.80



**Deutscher
Taschenbuch
Verlag**

Das Buch

Bernt Engelmann beantwortet die vieldiskutierte Frage: «Wem gehört eigentlich die Bundesrepublik?» Er stellt die Familien vor, die schon vor 1914 reich und mächtig waren. Allein zwölf dieser Familien mit grossen alten Vermögen machen in der Bundesrepublik einen Jahresumsatz von 27,6 Milliarden Mark. Von sechs dieser Familien sind in der Industrie 729'000 Arbeitnehmer-Familien abhängig. Der Autor zerstört die Legende, dass alle Bürger unter den beiden Weltkriegen im gleichen Mass gelitten hätten. Er rechnet vor: Die alte Geld- und Machtelite des Kaiserreiches ist intakt geblieben. Sie ist eher noch reicher und einflussreicher als damals. Das alles hat man natürlich gehaut. Aber noch nie sind die finanziellen Verflechtungen derart exakt belegt worden. Im zweiten Teil des Buches untersucht Engelmann die 300 umsatzgrössten Firmen. Und wieder stösst er bei den Aktionären auf die alten Namen. Den Abschluss bildet eine Rangliste der 500 alten, grossen Vermögen, die für sich selbst spricht.

Der Autor

Bernt Engelmann, 1921 in Berlin geboren, lebt als freier Schriftsteller und Journalist in Rottach-Egern. Bekannt wurde er u.a. durch seine Beiträge für die Sendereihe ‚Panorama‘ des Norddeutschen Rundfunks. Einige Werke: ‚Meine Freunde – die Millionäre‘ (1963), ‚Meine Freunde – die Manager‘ (1966), «Eingang nur für Herrschaften» (1967), «Die goldenen Jahre» (1968), «Krupp. Legenden und Wirklichkeit» (1969), «Deutschland ohne Juden» (1970), «Die vergoldeten Bräute» (1971), «O wie oben. Wie man es schafft, ganz O zu sein» (1971), «Grosses Bundesverdienstkreuz» (1974).

Bernt Engelmann:

**Das Reich zerfiel,
die Reichen blieben**

Deutschlands Geld- und Machtelite

Mit Rangliste der 500 grossen alten Vermögen

Deutscher
Taschenbuch
Verlag



Von Bernt Engelmann
sind im Deutschen Taschenbuch Verlag erschienen:
Meine Freunde – die Millionäre (375)
Meine Freunde – die Manager (584)
Die Macht am Rhein (830, 831)

Ungekürzte Ausgabe
1. Auflage März 1975
5. Auflage Juni 1981: 42. bis 51. Tausend Deutscher
Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München
©1972 Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
ISBN 3-455-01877-7
Umschlaggestaltung: Celestino Piatti
Gesamtherstellung: C. H. Beck'sche Buchdruckerei,
Nördlingen
Printed in Germany • ISBN 3-423-01061-4

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

Mit der Bitte um Kenntnisnahme	7
Wem gehört dieses Land?.....	9
Zum Beispiel: Bayern.....	37
... oder Preussen, das Trommel- und Krückstock-Land	83
Die Politik der Reichen	128
Die «Musterländle»: Baden-Württemberg, Hamburg, Bremen	174
Möglichkeiten, die Farbe von Raben zu bestimmen	222
Lieb Vaterland, magst ruhig sein.....	250
Die Rangliste der 500 grossen alten Vermögen....	300
Fazit.....	382
Bibliographie	388
Register.....	392

Mit der Bitte um Kenntnisnahme

In diesem Buch – sein Titel sagt es schon – wird von zahlreichen, durchweg sehr wohlhabenden und mächtigen Personen, Familien, gesellschaftlichen Gruppen und Untergruppen die Rede sein, von Hamburger oder Frankfurter Bankiers und Kaufleuten, bayerischen oder schleswig-holsteinischen Grossgrundbesitzern, Industriellen von Ruhr und Saar oder aus Württemberg, milliarden-schweren Fabrikanten vom Rhein und aus Westfalen, aber auch von vertriebenen ober schlesischen Magnaten und anderen Heimatlosen und Entrechteten.

Wir werden uns mit diesen superreichen Personen, Familien und Gruppen kritisch auseinandersetzen, ihre Macht und ihren Reichtum sowie den Einfluss beider auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung untersuchen und auch den oftmals sehr düsteren Ursprüngen der grossen Vermögen nachgehen. Es ist dabei fast unvermeidlich, dass unbestreitbare Verdienste von Einzelnen oder auch von Gruppen, exzeptionelle Verhaltensweisen bestimmter Familien sowie die gewiss auch vorhandenen Tugenden des einen oder anderen Bösewichts ungenügend oder gar überhaupt nicht gewürdigt werden.

So sei denn hier vorweg ausdrücklich erklärt, dass in keinem Fall, wo dies nicht ganz deutlich erwähnt und dann auch begründet wird, ein abwertendes Urteil über einzelne Personen, Familien oder auch Gruppen, etwa die ostelbischen Junker, abgegeben oder herausgelesen werden soll.

Die Kritik, die in den folgenden Kapiteln geübt wird, richtet sich fast ausschliesslich gegen Zu- und Umstände, die sich aufgrund des herrschenden gesellschaftlichen Systems herausgebildet haben, und nicht gegen die einzelnen, meist sogar passiven Nutzniesser dieses Systems.

Mit anderen Worten: Es soll niemandem persönlich angekreidet werden, dass seine Ahnen Grossbetrüger oder Gewaltverbrecher waren, ähnlich den Gangstern und Mafia-Bossen unserer Tage, oder skrupellose Sklaventreiber, Menschenhändler, Geldfälscher, vielleicht auch nur ganz gewöhnliche Strauchdiebe und Wegelagerer. Es soll auch niemandem zum Vorwurf gemacht werden, dass er auf ererbten Superreichtum, angestammte Privilegien, hart

erkämpfte Monopole, riesigen, zur Bodenspekulation einladenden Grossgrundbesitz, unkontrollierte Macht über Produktionsmittel und Zigtausende von Arbeitsplätzen sowie auf ungehemmte Einflussmöglichkeiten, selbst bei den gesetzgebenden Körperschaften, nicht längst und freiwillig verzichtet hat.

Es soll lediglich gezeigt werden, wie es war und ist, und alsdann die Frage gestellt werden, ob es – trotz traurigster Erfahrungen, die wir wieder und wieder damit gemacht haben – für immer so bleiben soll. Weiter nichts.

Rottach-Egern, im Sommer 1972

Bernt Engelmann

Wem gehört dieses Land?

Das Land, von dem hier die Rede sein soll, ist seiner geographischen Ausdehnung nach ziemlich unbedeutend. Es ist kaum grösser als der afrikanische Zwergstaat Uganda, etwas kleiner als der 44. Staat der USA, Wyoming, und nicht einmal ein Zehntel so gross wie die innerhalb der riesigen Sowjetunion eine sehr untergeordnete Rolle spielende Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik. Kurz, auf einem handlichen Globus ist das Land, um das es geht, nur als ein stecknadelkopfgrosser Punkt darzustellen, und insofern scheint die Frage, wem dieses Ländchen gehört, von wahrlich nicht weltbewegender Bedeutung zu sein. Eine solche Geringschätzung wäre jedoch ein – möglicherweise sehr schwerwiegender – Irrtum, und zwar aus einer ganzen Reihe von guten Gründen.

Da ist zunächst die Bevölkerung dieses ausdehnungsmässig so winzigen Landes: Es sind weit über sechzig Millionen Menschen, und das ist mehr, als Uganda, Wyoming und Kasachstan zusammen an Einwohnern haben.

Sodann ist die geographische Lage des Landes zu berücksichtigen: Es liegt im Herzen Europas, also eines Kontinents, dessen Mächte ja eine nicht eben unwichtige Rolle für den Verlauf der Weltgeschichte gespielt haben. Gewiss, die Zentren der unseren Planeten gegenwärtig beherrschenden Machtblöcke befinden sich nicht mehr in Mitteleuropa. Aber immerhin ist der alte Kontinent auch in dieser neuen Konstellation ein weltpolitisches Spannungsfeld und ein potentieller Krisenherd geblieben.

Gerade dieser Umstand ist für die Beurteilung der Wichtigkeit des kleinen Landes, um das es geht, von grosser Bedeutung: Es gehört nämlich einerseits dem Bündnissystem des einen der beiden Blöcke an, und zwar als dessen vorgeschobene Bastion und als der nach der Führungsmacht wichtigste Partner der Allianz; andererseits grenzt das Land in seiner ganzen Nord-Süd-Ausdehnung an den Herrschaftsbereich des zweiten, rivalisierenden Machtblocks. Damit nicht genug, ist dieses kleine und so stark exponierte Land auch noch hochindustrialisiert. Seine Kapazitäten, seine Produktionsziffern, sein Anteil am Welthandel und die enorme Stabilität seiner Wirtschaft und Währung sichern ihm seit Jahrzehnten Spitzenplätze in den Weltranglisten.

Ja, und schliesslich hat besagtes Land auch noch gewisse Traditionen – weniger eigene, denn dazu ist es als selbständige staatliche Einheit noch viel zu jung, als vielmehr ererbte. Schon dieser Traditionen wegen darf das so kleine, aber sehr dicht bevölkerte, geopolitisch so stark exponierte und wirtschaftlich so ausserordentlich mächtige Land sicher sein, dass es von der Welt ernst genommen wird. Denn noch vor wenigen Jahrzehnten – was, historisch gesehen, ja nicht mehr ist als ein kurzer Augenblick –, da bildete dieses kleine Land, zusammen mit einigen benachbarten Territorien, ein grosses, unerhört mächtiges und, mindestens zeitweise, höchst aggressives Reich, dessen Führung mit Hilfe gewaltiger Armeen in zwei furchtbaren Kriegen die Vorherrschaft in der Welt zu erobern trachtete und daran nur durch die vereinten Anstrengungen nahezu aller anderen Völker dieser Erde und unter enormen Opfern gehindert werden konnte.

Dieses für die Welt so ausserordentlich gefährliche Reich fiel mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Trümmer. Die östlichen zwei Drittel seines einstigen Staatsgebiets wurden dem sowjetischen Machtbereich zugeschlagen und dienten teils der Vergrösserung Polens und der UdSSR, teils der Errichtung einer Deutschen Demokratischen Republik, eines völlig neuen Staates mit total verändertem Gesellschaftssystem, der mit dem untergegangenen Reich in keine, aber auch gar keine Beziehung gebracht zu werden wünscht.

Aus dem restlichen Drittel, dem Westteil des einstigen Reiches, wurde unser kleines Land, die Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zur DDR hat sich dieser Staat, zumindest in den ersten zwei Jahrzehnten seines Bestehens, stets als der Rechtsnachfolger des zertrümmerten Reiches betrachtet. Und auch wenn wir diesen Anspruch völlig ausser Betracht lassen, so bleiben einige Tatsachen übrig, an denen nicht vorbeizukommen ist: Die Bundesrepublik hat heute nahezu den Bevölkerungsstand erreicht, den das mächtige Deutsche Reich im Jahre 1937, also vor Beginn der grossen Annexionen, aufzuweisen hatte. Was das Industriepotential, die Produktionsziffern, die Aussenhandelsbilanz, den wirtschaftlichen Einfluss in der Welt oder auch die «Härte» ihrer Währung angeht, so ist die heutige Bundesrepublik dem einstigen Deutschen Reich mindestens ebenbürtig, in vielerlei Hinsicht sogar überlegen. Selbst die militärische Stärke des so immens verkleinerten und zunächst total abgerüsteten Nachfolgestaates kann sich mit der

des Reiches von 1937 durchaus messen (wobei wir auf die Fragwürdigkeit solcher «konventionell» genannten Rüstung angesichts der höchst eindrucksvollen und weitgehend «unkonventionellen» Bewaffnung der Supermächte hier nicht näher einzugehen brauchen). Und schliesslich scheint – dies bedarf allerdings noch eingehender Untersuchung – das Gesellschaftssystem des früheren Deutschen Reiches samt seiner damaligen etablierten Führungsschicht von der heutigen Bundesrepublik nahezu intakt und kaum verändert übernommen worden zu sein.

Trifft dieser letzte Punkt – der ja vorerst kaum mehr als eine Vermutung ist – tatsächlich zu, dann hätte es die Welt, erst recht die Bevölkerung der Bundesrepublik, heute und in der Zukunft, wenn auch unter veränderten Umständen, mit bundesdeutschen Führungsschichten zu tun, die denen des einstigen Deutschen Reiches hinsichtlich ihrer Herkunft, Erziehung, Mentalität, Tradition und Staatsauffassung, aber auch hinsichtlich ihres Reichtums, ihrer Macht und ihrer Ansprüche, ziemlich ähnlich sein müssten – eine geradezu entsetzliche Vorstellung. Entsetzlich nicht nur für alle Nachbarn und Partner dieser Bundesrepublik, sondern auch und erst recht für die breite Masse ihrer eigenen Bevölkerung, die noch nicht vergessen haben kann, in welche furchtbaren Katastrophen sie von eben diesen alten Führungsschichten allein in diesem Jahrhundert immer und immer wieder hineingeritten worden ist.

Nun lassen es allerdings gerade diese Katastrophen, wenn man sie sich noch einmal in Erinnerung ruft, zumindest auf den ersten Blick als nahezu ausgeschlossen erscheinen, dass von den einstigen Führungsschichten mehr als bloss noch einige kaum nennenswerte Reste übriggeblieben sind. Hat nicht schon der Erste Weltkrieg von dem im Kaiserreich tonangebenden Adel einen – wie es die Schulbücher nannten – «weitaus höheren Blutzoll» gefordert als vom gewöhnlichen Volk? Und haben nicht die deutschen Aristokraten, aber auch die bürgerlichen Grossindustriellen, Bankiers, Handelsherren und Militärs während des «grossen Völkerringens» all ihr «Gold für Eisen» gegeben, für ihr ganzes Vermögen Kriegsanleihe gezeichnet und damit dem deutschen Kleinbürgertum ein leuchtendes Beispiel gegeben...? Das Ergebnis so patriotischen Verhaltens müsste dann für die alten Führungsschichten genauso schrecklich gewesen sein wie für den Mittelstand, eher noch furchtbarer, hatten doch die Reichen weit mehr zu verlieren.

Und selbst wenn der eine oder andere Angehörige der alten Macht- und Geldelite so vorsichtig gewesen sein sollte, nicht alle Ersparnisse auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern – was kann es ihm schon genutzt haben? Er dürfte angesichts der totalen Geldentwertung der frühen zwanziger Jahre seinen Ruin nur ein bisschen verzögert haben!

Wenn man es recht bedenkt, so können die vierzehn Jahre der Weimarer Republik dem alten Establishment auch keinerlei Sanierungsmöglichkeiten geboten haben, denn kaum hatte sich der neue Staat nach den Schlägen von Versailles, den schweren inneren Kämpfen und dem Hexentanz der Inflation ein wenig konsolidiert, da brach er auch schon unter der Weltwirtschaftskrise und der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit zusammen. Zudem war ja die Republik von Weimar – so jedenfalls ist es immer wieder zu hören – «ausserstande, zu einer Aussöhnung mit den tragenden Schichten der untergegangenen Monarchie zu kommen»; sie hatte alle Adelsvorrechte abgeschafft, den Grossgrundbesitz vor die Hunde gehen lassen, die unter den Stürmen der Zeit zusammenbrechenden Banken und Konzerne unzureichend gestützt und den angestammten Fürstenhäusern sogar mit Enteignung gedroht; ihre winzige Reichswehr bot den Söhnen der alten Elite keine Aufstiegschancen mehr, und den in Ehren ergrauten kaiserlichen Militärs, Diplomaten und hohen Beamten kürzte sie gar die Pensionen.

Auf den Staat von Weimar folgte Hitlers «Drittes Reich», und was immer dieses Regime für die Sanierung der alten Geld- und Machtelite getan haben mag, es müsste eigentlich – daran ist kaum ein Zweifel möglich – durch die Katastrophen der vierziger Jahre wieder völlig zunichte gemacht worden sein. Nach dem Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs, dem völligen militärischen Zusammenbruch, dem Vorstoss der Roten Armee bis an die Elbe, der vollständigen und entschädigungslosen Enteignung der Besitzenden in den östlichen zwei Dritteln des einstigen Reiches, der Boden- und Währungsreform im Westen und der – so kann man es in konservativen Kreisen heute noch hören – «gesellschaftlichen Ächtung aller, die sich aus nationalem Verantwortungsbewusstsein der damaligen» das heisst: 1933 zur Macht gelängten – «Staatsführung zur Verfügung gestellt hatten», kann von den alten Führungsschichten und ihrem Einfluss nach menschlichem Ermessen nichts mehr übrig sein, zumal wenn man auch noch den

«Blutzoll» berücksichtigt, den wieder besonders die alte Aristokratie, teils als getreue Offiziere des Führers, teils als gescheiterte Verschwörer gegen den Vaterlandsverderber Adolf Hitler, in den zwölf Jahren des «Dritten Reiches» zu entrichten hatte. Kurz, alle Befürchtungen, dass die heutige Bundesrepublik noch immer von den alten, auf vielerlei Weise kompromittierten Führungsschichten ganz oder auch nur teilweise beherrscht sein könnte, erscheinen im Lichte einer solchen oberflächlichen Prüfung als völlig unbegründet, ja, beinahe absurd.

So können wir uns also wieder, vorerst beruhigt, getrost der ursprünglichen Frage zuwenden: Wem gehört diese Bundesrepublik, dieses nur seiner geografischen Ausdehnung nach unbedeutende, tatsächlich aber nicht nur für die Bundesbürger selbst ziemlich wichtige Land?

Die Frage klingt zugegebenermassen recht seltsam und, um es genau zu sagen, reichlich antiquiert. Gewiss, früher einmal, vor mindestens zweihundert Jahren, in der Zeit der deutschen Viel- und Kleinstaaterei und des zu Ende gehenden Absolutismus, da wäre es wohl gerade noch möglich gewesen, danach zu fragen, wem ein Land, ein ganzes Staatswesen, gehöre, also persönlich zu eigen sei.

Wählen wir aus der Fülle der sich bietenden Beispiele eines aus – nicht rein zufällig, sondern weil es davon eine besonders hübsche zeitgenössische Beschreibung gibt – und versetzen wir uns zwei Jahrhunderte zurück, in das nordöstliche Schwaben. Wer sich damals, im Jahre 1772, von der selbständigen Reichsstadt Nördlingen aus über die heutige B 25, die «Romantische Strasse» – die seinerzeit natürlich noch weitaus romantischer war – etwa drei bis vier Kilometer weit nach Norden begeben hatte, der konnte sich bei einem ihm zufällig begegnenden Einheimischen erkundigen, wem eigentlich das Land ringsum gehöre. Er hätte dann darauf die Antwort erhalten: «Unserem allergnädigsten Herrn, dem Grafen zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein!»

Dieser Graf, mit Vornamen Kraft Ernst Judas Thaddäus Notger geheissen und anno 1772 gerade vierundzwanzig Jahre alt, war damals tatsächlich der Souverän dieser Gegend; er herrschte dort «von Gottes Gnaden» und so absolut, dass er jeden, der sein Missfallen erregt hatte, ohne Weiteres auspeitschen, einsperren, aufhängen oder auch foltern lassen konnte.

Seine Unterschrift machte jeden Beschluss zum Gesetz, und ihm gehörte das Land ringsum samt den Bewohnern, die seine Untertanen waren. Er konnte sie, wenn er dazu Lust hatte, einzeln verschenken, etwa einen sehr klein geratenen und buckeligen Jungen einem benachbarten Fürsten zum Präsent machen, wenn diesem ein – damals beinahe obligatorischer – «Kammerzweig» an seinem Hofe noch fehlte, oder sie auch, zu Kompanien gebündelt, an ferne, kriegführende Mächte als Kanonenfutter vermieten oder verkaufen. Er konnte sie natürlich auch gut behandeln, damit sie etwas Vermögen bilden und höhere Steuern zu zahlen vermochten. Das lohnte sich für den Grafen am meisten, denn die Staatskassen waren identisch mit seinem Privatvermögen; und ob er den Ertrag der Steuern, Zölle und sonstigen Abgaben an seine Mätressen verschenkte, zum Schlösser- oder zum Strassenbau verwandte, war seine Sache.

Das Herrschaftsgebiet des Grafen zu Oettingen-Wallerstein umfasste damals, zusammen mit dem Territorium seines Verwandten, des 1734 gefürsteten Grafen zu Oettingen-Spielberg, der nur zwölf Kilometer weiter zu Oettingen regierte, rund sechzehnhundert Quadratkilometer – was etwa dem Fünffachen des heutigen Stadtgebiets von München entspricht – und zählte etwas mehr als fünfzigtausend Einwohner.

Knapp zwanzig Jahre später, anno 1791 – der Wallersteiner war längst ebenfalls mit einem Fürstenhut bedacht worden, und in Frankreich war seit zwei Jahren eine Revolution im Gange, die nach Deutschland übergreifen und die für Aristokraten so angenehmen Zustände jäh und blutig zu beenden drohte –, beschäftigte der zum Mittvierziger gereifte Wallersteiner einen Hofsekretär namens Karl Lang. Und von diesem sind genaue Schilderungen vom üblichen Tagesablauf am Hofe wie auch vom Charakter seines Brotherrn der Nachwelt überliefert worden. Zwei Kostproben mögen genügen:

«... Jeden Morgen um elf Uhr, wenn's glücklich ging, öfters auch um zwei Uhr, war Lever beim Fürsten, wo, sobald der Kammerdiener die Flügel des Schlafgemachs öffnete, alles, was unterdessen stundenlang im Vorzimmer gewartet, hereintrat, der Marschall, der Stallmeister, der Leibarzt, wir Sekretäre, die Hofjäger und andere anwesende Fremde. Jeder suchte, sobald ihn der Fürst, der jetzt unter den Händen seines Haarkräuslers sass, besonders anredete, welches immer mit schmeichelnden Worten, z.B. „mein

lieber Lang', geschah, etwas Munteres oder Neckhaftes vorzubringen. Sobald sich der Fürst vom Stuhl erhob und noch sonst an einen oder den anderen kleine Weisungen erteilte, entfernte sich jeder, der nicht zu bleiben besonders beordert wurde. Der Fürst begab sich dann meistens zu seiner Familie, eilte darauf in die Messe und gab dann Audienzen bis zur Tafelzeit, die höchst ungewiss, oft erst spät gegen Abend begann. Nach der Tafel machte er gewöhnlich einen Spazierritt auf eine Meierei oder ein Jagdhaus, gab dann zu Hause wieder eine oder mehrere einzelne Audienzen oder auch sonst nur eine gesprächsweise Unterhaltung mit irgendeinem, der bestellt war oder sich geschickt zu nähern wusste; ein Spiel oder Cercle, öfters auch Konzert, das von keinem Höfling leicht versäumt werden durfte ... Die Nachttafel, nie vor Mitternacht anfangend, ging schnell vorüber, von der sich der Fürst einen der Gäste zurück auf sein Zimmer nahm, sofern er sich nicht mit denen begnügen wollte, die noch um zwei oder drei Uhr nachts in seinem Vorzimmer harrten. Nicht selten ging er an den armen Märtyrern vorüber, als sähe er sie nicht, fing an, in seinem Kabinett zu lesen oder zu unterzeichnen, oder durch die Hintertür auf einen kühlen Spaziergang zu entweichen ... »

Ein einziges Mal glückte es dem Sekretär Lang, dem Fürsten einen wichtigen Dienst zu leisten und mit einem strahlenden (und für Seine Durchlaucht sehr einbringlichen) Erfolg an den Hof zurückzukehren, wo ihm – wie er hoffte – reicher Lohn beschieden sein sollte:

«... Der Fürst kam mir mit fliegenden Haaren und im Pudermantel bis unter die Treppe entgegen: ‚Lang! Lang! Was ist das? Ist's möglich?‘ Und nun, wie ich mit wenigen Worten fröhlich die Bestätigung gab, rannte der Fürst mit rasendem Frohlocken durch alle Räume des Schlosses zur Gemahlin, zur Tochter. ‚Der Prozess ist gewonnen! Der Prozess!‘ Aus allen Türen wälzten sich dicke Wolken der Glückwünschenden heran. Abends, nachdem es etwas ruhiger geworden, zog mich der Fürst händedrückend in sein Kabinett hinein, schob eine mit vielen tausend Dukaten gefüllte Lade hervor, in die er mit breiten ausgespannten Händen hinuntergrub und auf ihnen einen ganzen goldenen Turm unter der Anrede in die Höhe hob: ‚Sieht Er, mein lieber Lang, ich bin nicht undankbar! Das ist für Ihn bestimmt!‘ Während ich voll freudiger Begeisterung meine Mütze darreichte, brach der Fürst von einer Lobeserhebung in die andere aus, liess aber dabei ein Dutzend Dukaten

nach dem anderen durch seine Finger zurück in die Lade rieseln. Ich suchte vergebens, durch die eiligsten Worte der Bescheidenheit diesen kostbaren Strom der Schmeichelei zu dämmen. ‚Nein! Nein!‘ rief aber der Fürst. ‚Es ist alles wahr!‘, und der goldene Turm auf seinen Händen hatte sich schon ganz in den Grund gesenkt. Endlich liess er mir den Rest dieser flüchtigen Goldstücke in die Mütze fallen – da waren es ihrer nicht mehr als eine Handvoll ...!«

Soweit Karl Lang – aus dem dann übrigens später ein königlich bayerischer Ritter von Lang wurde – und soweit auch unser Beispiel eines deutschen Duodezfürsten, dem einstmals tatsächlich ein Stück von Deutschland gehörte, und zwar bis an sein Lebensende. Er starb 1802, und so blieb es ihm erspart, den sich schon abzeichnenden Untergang der fürstlich Wallersteinschen Souveränität zu erleben, durch den bereits 1806, nach der Gründung des Rheinbundes, sein ältester Sohn und Nachfolger, Fürst Ludwig, zum blossen Kronbeamten des gerade erst zum König avancierten Bayernherzogs degradiert wurde. Und so wie dem Hause Oettingen-Wallerstein erging es damals den allermeisten deutschen Zwergstaaten-Regenten (wogegen die geistlichen Landesherren und fast alle bis dahin selbständigen Reichsstädte schon 1803 «säkularisiert» oder «mediatisiert»: ihrer Unabhängigkeit beraubt und von grösseren Staaten aufgeschluckt worden waren).

So liegt es nahe, anzunehmen, dass für unsere Frage, wem die heutige Bundesrepublik gehört, das ehemals regierende Haus Oettingen-Wallerstein von keinerlei Interesse mehr sein kann, ja, dass die Wallersteiner wohl nicht einmal mehr zur Macht- und Geldelite des deutschen Kaiserreiches gezählt hätten. Das ist jedoch ein Irrtum, obwohl das Schicksal des letzten regierenden Wallersteiners, des Fürsten Ludwig, dies durchaus nicht vermuten lässt.

Fürst Ludwig, der beim Tode seines Vaters, des von Karl Lang so anschaulich beschriebenen Goldhamsters, erst elf Jahre alt war und 1806, gerade fünfzehnjährig, sein Thronchen verlor, weil er sich mit knabenhaftem Eigensinn geweigert hatte, ein Opportunist zu sein und in französische Dienste zu treten, endete nämlich auf recht traurige Weise: Noch mit 71 Jahren kam er, ein ehemals regierender Fürst, ins Schuldgefängnis, wurde nach langer Haft schliesslich als ein allen lästiger Greis in die Schweiz abgeschoben und starb dort 1870, völlig verarmt, in der Nähe von Luzern.

Doch zwischen dem für sein Haus so verhängnisvollen Beginn und dem noch betrüblicheren Ende seines Lebens erzielte Fürst Ludwig auch einige Erfolge. Sie sollten sich, wenn schon nicht für ihn selbst, so doch für seine Familie, als von dauerhaftem Nutzen erweisen:

Zunächst verloren die Wallersteiner zwar ihre Souveränität, behielten aber als sogenannte Standesherrn nicht nur den ganzen Grundbesitz und alle sonstigen Schätze, die sie sich im Verlauf einer rund tausendjährigen Herrschaft über die Bauern und Bürger des Riesgaues erworben hatten, sondern auch die Ebenbürtigkeit mit allen noch regierenden Fürsten Europas. Das eröffnete allerlei Möglichkeiten zu vorteilhaften Heiraten.

Sodann wurde Fürst Ludwig oberster Kronbeamter des neuen Königreichs Bayern, auch erbliches Mitglied der Kammer der bayerischen Reichsräte wie auch der Ersten Kammer Württembergs, so dass der Familie ein erheblicher politischer Einfluss ebenfalls gesichert war. Und schliesslich machte Fürst Ludwig sogar aus eigener Kraft Karriere, wurde Minister und für kurze Zeit sogar bayerischer Ministerpräsident.

Indessen verscherzte er sich die Gunst der Grossen und Mächtigen seiner Zeit (und daneben auch seine Stellung als Chef des fürstlichen Hauses und damit die Verfügung über das Familienvermögen), als er 1823 ein Mädchen aus dem Volke, die Tochter seines Obergärtners, zur Gemahlin nahm. Und in der Politik setzte er insofern aufs falsche Pferd, als er zu König Ludwig I. und dessen Mätresse, der Tänzerin Lola Montez, hielt. Nachdem Ludwig I. im Revolutionsjahr 1848 zugunsten seines Sohnes auf den Thron verzichtet hatte, war es mit des Wallersteiners politischer Karriere vorbei. Unter Verzicht auf alle Ämter blieb er zwar noch für einige Zeit der Führer der Opposition im Abgeordnetenhaus, aber dann musste er sich seiner hoffnungslos zerrütteten Finanzen wegen aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.

Die Verfügungsgewalt über das grosse Oettingen-Wallersteini-sche Familienvermögen sowie alle erblichen Ämter und Würden hatte Fürst Ludwig seinem jüngeren Bruder Friedrich überlassen müssen, und nach dessen Tod im Jahre 1842 erbte Friedrichs ältester Sohn Karl die Standesherrschaft nebst allen Privilegien.

Dieser Karl, der seinen greisen und hochverschuldeten Onkel sogar ins Gefängnis wandern liess, heiratete eine Gräfin Czernin, also durchaus standesgemäss, und vererbte seinerseits den um

(durchaus reale) böhmische Dörfer, Wälder und Schlösser vermehrten Familienbesitz seinem Ältesten, der ebenfalls Karl hiess und im Jahre 1905 der 5. Fürst und Herr zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein wurde. Und ihn finden wir in den einschlägigen Handbüchern, Hofkalendern und Steuerlisten des Jahres 1914 an recht prominenter Stelle verzeichnet: als «Besitzer der Standesherrschaft des ehern, regierenden Fürstenhauses (9639 Hektar, davon 7476 Hektar Wald), auch Herr der Herrschaft Hlubosch in Böhmen, erbliches Mitglied der bayerischen Kammer der Reichsräte und der Ersten Kammer in Württemberg» mit Hauptwohnsitz auf Schloss Wallerstein im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, Nebenwohnsitzen in Wien, Palais Wallerstein, Jacquingasse 21, und auf mehreren Schlössern Böhmens.

Das Vermögen wird im – gewiss sehr bescheidenen, um nicht zu sagen: völlig unrealistischen – steuerlichen Schätzwert von sechsunddreissig Millionen (Gold-)Mark angegeben. Das (noch stärker untertriebene) Jahreseinkommen: eine Million Mark.

Mit rund hundert Millionen Quadratmetern Grundeigentum, allein in Bayern und Württemberg, ausgedehnten Gütern in Böhmen, etlichen schönen Schlössern und bedeutenden Kunstsammlungen, erblichem Sitz in den Ersten Kammern zweier grosser Bundesstaaten und dem hohen gesellschaftlichen Rang eines auch dem Kaiserhaus ebenbürtigen Standesherrn, gehörte der 5. Fürst zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein ohne jeden Zweifel zur Geld- und Machtelite des kaiserlichen Deutschlands von 1914. Und angesichts dieser erstaunlichen Tatsache müssen wir nun doch prüfen, ob zwei verlorene Weltkriege, zwei totale Geldentwertungen, der Versuch einer Bodenreform nach 1945 und die erheblich höheren Steuersätze der letzten fünfzehn Jahre von dem einstigen Reichtum und Einfluss der Fürsten zu Oettingen-Wallerstein noch etwas übriggelassen haben.

Nun, Erbe und Nachfolger des 1930 zu München verstorbenen Fürsten Karl wurde dessen jüngerer Bruder Eugen, ein Mann des Jahrgangs 1885, der sich 1916 mit Prinzessin Marianne zu Hohenlohe-Schillingsfürst, einer Nichte des kaiserlichen Reichskanzlers Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, vermählt hatte. Als Fürst Eugen sein Erbe antrat, gab es weder in Bayern noch in

Württemberg Erste Kammern und erst recht keine erblichen Parlamentssitze mehr. Immerhin konnte der 6. Fürst und Herr zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein in den ersten Deutschen Bundestag einziehen, und zwar als Abgeordneter der Bayernpartei, deren Fraktion er aber schon bald wieder verliess. Von den schönen Gütern in Böhmen abgesehen, ging ihm von dem gewaltigen Grundbesitz seiner Familie nichts Nennenswertes verloren. Und wenn wir die rund hundert Millionen Quadratmeter Land in Bayern und Württemberg, die ihm gehörten, samt allen Schlössern, Kunstschatzen, totem und lebendem Inventar, allen Guts- und Forsthäusern, Wäldern und sonstigen Werten, die sich darauf befinden, auch nur mit fünf Mark je Quadratmeter berechnen, so gibt uns diese – wahrlich sehr konservativ geschätzte – halbe Milliarde lediglich einen ersten Begriff von dem tatsächlichen Reichtum, der den Wallersteiner bis heute verblieben ist.

Denn Fürst Eugen ist erst Ende 1969 hochbetagt verstorben. Bis zuletzt gehörte der alte Herr dem Aufsichtsrat der Bayerischen Vereinsbank an. Und dass dies kein blosses Ehrenamt war, zeigte sich schon daran, dass nach Fürst Eugens Tod sogleich dessen ältester Sohn und Erbe, Karl Friedrich, die Stelle des Vaters einnehmen durfte.

Tatsächlich hatte sich das Fürstenhaus – mit dem vom ersten Fürsten noch in grossen Truhen gehorteten Gold und zusammen mit einigen anderen Hocharistokraten – an der 1869 gegründeten Vereinsbank beteiligt. Wie gross das Aktienpaket ist, das die Wallersteiner seit über einem Jahrhundert halten, lässt sich nur annähernd schätzen: Vermutlich gehören ihnen mindestens fünf Prozent des Aktienkapitals der – inzwischen mit der Bayerischen Staatsbank fusionierten – Vereinsbank. Und diese Beteiligung an dem heute zur Spitzengruppe der bundesdeutschen Grossbanken zählenden Institut, das seinerseits einen beträchtlichen Teil der bayerischen und ausserbayerischen Wirtschaft beherrscht, macht aus den als Grossgrundbesitzer bereits vielhundertfachen Millionären ohne Zweifel DM-Milliardäre, denen – teils direkt, teils indirekt – ein beachtlicher Teil der heutigen Bundesrepublik gehört.

Doch ehe wir uns von den – ja nur als beliebiges Beispiel gewählten – Wallersteiner endgültig abwenden und wieder auf die nun schon nicht mehr ganz so absurd erscheinende Frage kommen, wem eigentlich die Bundesrepublik Deutschland gehört, wollen

wir noch kurz die heute lebenden Repräsentanten dieser steinreich und mächtig gebliebenen Dynastie Revue passieren lassen. Sie sollen uns eine ungefähre Vorstellung von dem Rahmen geben, in dem sie gegenwärtig leben, auch von den familiären Beziehungen zu anderen wohlhabenden Familien, die sie vielleicht inzwischen noch eingegangen sind.

Nun, Erbprinz Karl Friedrich, der sich nach dem Tod seines Vaters im Oktober 1969 wie durch ein Wunder – denn Gesetz und Rechtsprechung lassen eine solche Namensveränderung eigentlich nicht zu – in den 7. Fürsten Karl Friedrich zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein verwandelt hat, residiert auf dem Stammschloss seiner Familie zu Wallerstein in Schwaben sowie in München-Bogenhausen, wo ihm eine Villa gehört. Er ist verheiratet mit Delia Maria, geborener Gräfin Schenk von Stauffenberg, deren Familie meist nur als die des Urhebers jenes missglückten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 bekannt ist, die aber auch zu den multimillionenschweren Grossgrundbesitzern Süddeutschlands zählt und mit der wir uns noch zu beschäftigen haben werden. Das Ehepaar hat bereits so viele Kinder, dass der Bestand der Dynastie gesichert erscheint.

Des neuen Fürsten Mutter, die Fürstin-Witwe und Reichskanzler-Nichte Marianne, lebt auf Schloss Hohenaltheim in Schwaben, einem weiteren Familienbesitz. Eine jüngere Schwester des jetzigen Familienoberhaupts, Prinzessin Rose-Marie, hat sich 1949 mit dem Grafen Franz von Strasoldo vermählt und wohnt mit diesem auf Gut Graffenberg bei Bonn. Des Grafen Strasoldo älterer Bruder Nikolaus, der auf der benachbarten Burg Gudenau residiert, gehört übrigens zu den aktiven Teilhabern eines der bedeutendsten Privatbankhäuser Europas, Sal. Oppenheim jr. & Cie. in Köln, und hat den Aufsichtsratsvorsitz von einem halben Dutzend grosser Versicherungsgesellschaften. Wahrscheinlich ist auch Graf Franz Strasoldo an der mächtigen Oppenheim-Bank beteiligt.

Schliesslich gibt es noch einen jüngeren Bruder des jetzigen Fürsten Oettingen-Wallerstein, den Prinzen Wolfgang, und auch er bewohnt ein Familienschloss, Seifriedberg in Schwaben, zu dem eine weitere reiche Besitzung der Wallersteiner gehört. Kurz, es gibt offenbar keine Nonkonformisten mehr in der Familie, auch keine Mésalliancen, erst recht niemanden, dem der Schuldturm droht. Vielmehr sind alle glänzend etabliert, und ihr

ihr nicht nur in Grossgrundbesitz und Kunstschatzen, sondern auch in Bankimperien angelegtes Riesenvermögen macht sie reicher und mächtiger als ihre Ahnen, die noch ein kleines Land souverän regierten.

Ist das Beispiel der Familie Oettingen-Wallerstein nun typisch, oder sind es nicht vielmehr ganz besondere Umstände, denen jede Beweiskraft fehlt – Zufälle, die den Reichtum und Einfluss dieser Familie über zwei bewegte Jahrhunderte hinweg erhalten haben: etwa ihre Zugehörigkeit zur katholischen Hocharistokratie Süddeutschlands oder die besonders konservative Einstellung der Bevölkerung ihrer engeren Heimat.

Es liessen sich sicherlich noch viele Gründe finden, und gewiss mag der Zufall auch eine Rolle gespielt haben. Doch anstatt uns in Spekulationen etwa darüber zu ergehen, was gewesen wäre, hätten die Oettingen-Wallersteins ihr Gold nicht in Bayern, sondern in ihrer damaligen zweiten Heimat Böhmen angelegt, wollen wir lieber ein zweites, gänzlich anderes und in vielfacher Hinsicht entgegengesetztes Beispiel untersuchen, ausgehend von einem Ehepaar, das weder der Hocharistokratie entstammte noch in Süddeutschland beheimatet war. Um an den Ausgangspunkt der Karriere und Vermögensbildung dieses Paares zu gelangen, müssen wir sogar fast drei Jahrhunderte zurückgehen, und zwar in die damals kurbrandenburgische Hauptstadt Berlin des Jahres 1688, als des Grossen Kurfürsten jüngerer Sohn Friedrich im Alter von einunddreissig Jahren den Thron seines gerade verstorbenen Vaters bestiegen hatte.

Friedrich III., wie sich der neue Kurfürst von Brandenburg zunächst nannte, war entgegen den landläufigen Vorstellungen von einem Hohenzollern-Souverän nur ein schwächtiges Bürschchen mit verkrümmtem Rückgrat, leider auch von beschränktem Verstand. Beides suchte er durch eine geradezu hysterische Prunksucht auszugleichen. Glücklicherweise stand ihm in der Person seines langjährigen Erziehers, dann Privatsekretärs, Eberhardt Danckelmann, der sogleich die Regierungsgeschäfte übernahm, ein Mann zur Seite, der den kostspieligen Ehrgeiz des Kurfürsten in einigermaßen vernünftige Bahnen zu lenken verstand und dem Berlin die Gründung der Akademie der Künste sowie eine Reihe von Prachtbauten zu verdanken hat. Zur Stärkung seiner Position holte sich Premierminister Danckelmann seine sechs Brüder und besetzte mit ihnen alle Schlüsselstellungen des brandenburg-preussischen Staates.

Das «Danckelmannsche Siebengestirn», wie man es neidvoll nannte, herrschte bis Ende 1697. Dann stürzte der Leitstern: Premierminister Eberhard Freiherr von Danckelmann – der Kaiser hatte ihn gerade erst zum Baron befördert – erhielt vom Kurfürsten plötzlich seine Entlassung, wurde kurz darauf in strenge Haft genommen und unter Anklage gestellt. Obwohl sich dann keine einzige der insgesamt 260 gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als stichhaltig erwies, wurde Danckelmann – ohne Gerichtsverfahren, vielmehr durch einfache Kabinettsorder seines einstigen Zöglings – zu lebenslanger Kettenhaft, Einzug des gesamten Vermögens, Streichung der Pension sowie zum Verlust aller seiner Titel und Würden verurteilt. Erst des Kurfürsten Nachfolger, der «Soldatenkönig» Friedrich Wilhelm II., liess Danckelmann schliesslich frei, gab ihm sein Vermögen aber nicht wieder zurück.

Danckelmanns Sturz war im Wesentlichen das Werk eines gewissen Johann Kasimir von Kolbe gewesen. Dieser Kolbe, Sohn eines kurpfälzischen Beamten ohne nennenswertes Vermögen, war im Alter von 45 Jahren 1688 an den Berliner Hof gekommen und dort Stallmeister geworden. Er hatte sich jedoch rasch emporintrigiert, vornehmlich mit Hilfe eines hübschen, einfältigen und sehr eitlen Mädchens, der Gastwirts- und Weinhändlerstochter Katharina Rickers aus Emmerich.

Katharina war bei Gelegenheit einer Weinlieferung an den kurfürstlichen Hof mit einem Lakeien nach Berlin durchgebrannt und hatte dort zahlreiche Männerbekanntschaften gemacht, darunter auch die des Stallmeisters von Kolbe, der ihre Protektion übernahm. Er vermittelte die knapp Siebzehnjährige an einflussreiche Herren, und dabei blieb es auch, nachdem es Kolbe gelungen war, den Kurfürsten dazu zu bewegen, sich die dekorative Katharina als offizielle Mätresse zuzulegen. Indessen waren die – wie ein zeitgenössischer Chronist es ausgedrückt hat – «sonderbaren Merkmale der Gewogenheit», die der schwächliche, buckelige und nur auf Prachtentfaltung bedachte Friedrich der schönen und stattlichen Katharina bezeugte, auf Salon und Park beschränkt. Es genügte dem Kurfürsten, sich täglich eine Stunde lang vor versammeltem Hof mit dem schönen Mädchen zu zeigen und sie mit Schmuck, Geld- und anderen Geschenken zu überhäufen. Es gehörte sich nun einmal für einen grossen Herrn, dass er sich eine Mätresse hielt. Und es störte den Kurfürsten nicht, sondern erhöhte eher noch für ihn Katharinas rein dekorativen Wert, dass sie

von fast allen anderen Herren am Hofe heftig – und meist erfolgreich – begehrt wurde.

Als Mangel empfand Friedrich nur, dass seine so reizende junge Mätresse keine Dame von Stand war. Aber dem liess sich leicht abhelfen: Der hilfsbereite Herr von Kolbe erbot sich, Katharina zu heiraten, und der dankbare Kurfürst verschaffte dem am 22. März 1696 vermählten Paar vom immer geldbedürftigen Kaiser Leopold I. den Reichsfreiherrenstand. Auch machte er Kolbe zu seinem Kammerherrn.

Aus so gefestigter Position heraus gelang dem Baron Kolbe von Wartenberg – wie er sich nun, nach einem kleinen Familiengut in der Pfalz, nannte – ein Netz von Intrigen gegen den Ministerpräsidenten Danckelmann zu spinnen und ihn knapp zwei Jahre später zu stürzen. Und Kurfürst Friedrich, nun völlig in den Händen des Ehepaars von Kolbe, ernannte sogleich den Gemahl seiner Mätresse zum Minister und Präsidenten der General-Ökonomiedirektion. Von da an wurde die gesamte Politik Brandenburg-Preussens von den Kolbes bestimmt und auf nur noch zwei Ziele ausgerichtet: den Kurfürsten mit reinen Prestigeangelegenheiten zu beschäftigen und derweilen das Land systematisch auszuplündern.

Weil Kurfürst Friedrich III. unbedingt ein König werden sollte (und natürlich auch wollte), wurde nahezu die gesamte brandenburgische Armee den Habsburgern überlassen, die damit über ein Jahrzehnt lang allerlei ferne Kriege führten; ungeheure Summen flössen als Bestechungsgelder an den Wiener Kaiserhof (und daneben auch in die Taschen der Vermittler aus der Kolbe-Clique); im Bund mit einigen einflussreichen Jesuiten, die sich von einer Entmachtung Brandenburgs Vorteile für ihre Ordenspolitik versprachen, wurden der Kaiser und seine Räte dazu bewogen, dem Kurfürsten Hoffnungen auf eine Königskrone zu machen und dafür immer neue Truppen sowie Berlins bedingungslose Unterstützung der Habsburger Interessen einzuhandeln. Doch am Ende gab der Kaiser dem Brandenburger nicht mehr als sein knurrendes Einverständnis damit, dass Friedrich in Preussen, das gar nicht zum Reich gehörte, König werden könnte.

Mit ungeheurem Prunk krönte sich der «schiefe Fritz» am 18. Januar 1701 selbst, ohne kaiserliche Assistenz, zu Königsberg und war übergücklich. Fortan durfte er sich, aber nur *in* Preussen, König Friedrich und als solcher der Erste nennen...

Die Kolbes hatten übrigens schon vor ihrem hohen Gönner eine

relativ nicht minder imposante Rangerhöhung erhalten, ebenfalls vom Kaiser in Wien und für sehr viel Geld, das natürlich auch von den brandenburgisch-preussischen Steuerzahlern hatte aufgebracht werden müssen: Ende 1699 waren sie in den Reichsgrafentstand erhoben worden.

Als nunmehriger Johann Kasimir Reichsgraf Kolbe von Wartenberg hatte er zudem bald darauf die hohe und hochdotierte Würde eines Generalarbpostmeisters in Preussen verliehen bekommen. Und anlässlich der Krönung von 1701 ernannte ihn der neue König auch noch zum Marschall von Preussen, Kanzler des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler sowie zum Premierminister und setzte ihm ein Jahresgehalt von hunderttausend Talern aus, eine für damalige Verhältnisse unerhörte, geradezu märchenhaft hohe Besoldung.

Mag sein, dass der König hoffte, durch solche Fülle von Gnadenweisen seinen neuen Premier und Marschall davon abhalten zu können, dass dieser sich weiterhin selbst die Taschen füllte. Doch Kolbe war erst gerade auf den Appetit gekommen. Gemeinsam mit dem Generalfeldmarschall Graf Wartensleben und dem Oberhofmarschall Graf Wittgenstein, zwei Herren, die sich ihm und besonders seiner Frau aufs Engste verbunden fühlten, plünderte er in den folgenden zehn Jahren den brandenburgisch-preussischen Staat mit einer Gründlichkeit aus, wie sie nur noch einmal, hundert Jahre später, von Napoleon I. und seinen Marschällen erreicht werden konnte.

Wartenberg, Wartensleben und Wittgenstein – das war das «dreifache Weh», wie der Berliner Volksmund das Räuber-Trio mit bitterer Ironie nannte. Und ergänzt wurde es durch die allmählich recht selbstbewusst gewordene Gräfin Katharina, die im Krönungsjahr 1701 ihren 25. Geburtstag feierte und infolgedessen an ihre Altersversorgung zu denken begann. Sie erbat sich und erhielt von ihrem «schiefen Fritz» Unmengen von Schmuck, vor allem Diamanten, Häuser, Gemälde und Teppiche, dazu immer neue Schatzanweisungen, die sie und ihr Gemahl dann eilig zu Bargeld machten.

Anno 1707 gewährte ein neuer Kaiser in Wien, Joseph I., dem Grafen Kolbe und seiner Gemahlin eine weitere, ganz besondere Gnade: Er erhob die zu stattlichem Umfang angeschwollenen Kolbeschen Domänen in der Rheinpfalz – Asbach, Diemerstein, Ellerstadt, Fischbach, Imbsbach, Marienthal, Ober- und Nieder-Mehlingen, Mettenheim, Oranienhof, Rohrbach, Sembach, Wa-

chenheim sowie das Stammgut Wartenberg – in den Rang einer reichsunmittelbaren Grafschaft. Damit wurden die Grafen und Gräfinnen Kolbe von Wartenberg allen anderen regierenden Häusern des Reiches ebenbürtig-

Natürlich gaben die Kolbes ihre reichen brandenburgisch-preussischen Pfründen deshalb nicht auf. Doch nun hatten sie nebenbei ihr eigenes Ländchen zum Regieren und Auspressen – genau wie die Oettingen-Wallersteiner und alle anderen Fürsten und Grafen...

Es war dies ein für das muntere Paar sehr glückliches Arrangement, konnte doch das fröhliche Leben, das sie in Berlin führten, nicht ewig so weitergehen. Die Kassen, Arsenale und Kasernen waren bereits so gut wie leer; alles, was sich zu Geld machen liess, hatten sie schon verbubelt oder beiseitegeschafft. Wie schlimm die Zustände geworden waren, zeigte sich gegen Ende des Jahres 1710, als Brandenburg-Preussen in den Nordischen Krieg verwickelt zu werden drohte. Russische, polnische und sächsische Truppen zogen bereits ungehindert durch die Mark und nahmen sich, was ihnen gefiel. Und der König in Berlin musste es hinnehmen, denn es gab, wie sein Kronprinz, der spätere «Soldatenkönig», wütend notierte, «keine Regimenter, kein Pulver als 1'200 Zentner und kein Geld» mehr im ganzen Staat.

Angesichts dieser katastrophalen Lage konnte sich der König, der auch schon sehr krank war und seinen Tod nahen fühlte, dem Drängen seines Kronprinzen und einiger vom «dreifachen Weh» wegen Mangels an Truppen abgehalfterter Generale nicht länger verschliessen. Er enthob Wittgenstein, Wartensleben und sogar seinen lieben Kolbe von Wartenberg aller ihrer Ämter und liess eine Untersuchung gegen sie einleiten, die – anders als bei Danckelmann – sehr rasch eine Fülle von Missetaten des Trios aufdeckte. Doch deshalb wurde Graf Kolbe nun keineswegs, wie sein bedauernswerter Vorgänger, in strenge Haft genommen. Man liess ihm und seiner Frau sogar all ihr Vermögen. Sie erhielten nur Befehl, sich aus Preussen zu entfernen, und natürlich nahmen sie von ihrem üppigen Besitz alles mit, was sich transportieren liess; den Rest verkauften sie. Übrig blieb, weil immobil und unverkäuflich, das Schloss Monbijou, das der König seiner schönen Katharina hatte erbauen lassen. Nun schenkte sie es ihm zurück, und der «schiefe Fritz», sehr beeindruckt von dieser Geste, setzte seiner-

seits den Verbannten eine sehr stattliche Pension aus: jährlich vierundzwanzigtausend Taler.

Johann Kasimir von Kolbe, regierender Graf von Wartenberg, begab sich mit seiner Gemahlin und deren Kinderschar, für die eine Vielzahl von Herren und Dienern als Väter in Frage kam, in die Reichsstadt Frankfurt am Main. Dort starb er schon im folgenden Jahr, noch vor König Friedrich L, jedoch im Gegensatz zu diesem als steinreicher Mann.

Seine nicht eben gramebeugte Witwe, die inzwischen sechs- unddreissigjährige Katharina, zog bald darauf nach Paris. Dort und in Holland verlebte sie noch mehr als zwei Jahrzehnte in der ihr gewohnten Weise. Liselotte von der Pfalz, deren scharfem Blick und spitzer Feder sie dort natürlich nicht entging, liess sich über die noch immer sehr attraktive und millionenschwere Katharina folgendermassen aus:

«Die Gräfin von Wartenberg führt ein tolles Leben! Sie hat es mit einem jungen Sachsen gehabt, der hat ihr alle Juwelen gestohlen und ist damit durchgegangen. Sie hat ihn verklagt; er aber hat geschrieben, dass er keinen Diebstahl begangen habe, denn sie hätte vor ihm einen Polen gehabt und ihm 50'000 Franken versprochen, weil er einmal die Franzosenkrankheit) von ihr bekommen hat. Nun sei es gewiss, dass ihm, dem Sachsen, das zweimal von ihr geschehen sei, also müsste er ja doppelt bezahlt werden. Der Cavalier ist freigesprochen worden.. .»

Die lebenslustige Reichsgräfin, die ihren Schmuck übrigens zurückerhielt, starb, bis zuletzt sehr munter, in ihrem sechzigsten Lebensjahr in der Nähe von Den Haag, wo sie begraben liegt. Ihre letzten Worte, «Eher kann man die Muscheln am Strand von Scheveningen zählen!», sollen sich auf die Anzahl ihrer galanten Abenteuer bezogen haben. Doch vielleicht hat sie damit nur die vielen, vielen Taler gemeint, die sie sich als junges Mädchen in Berlin durch Verzicht auf Tugend verdient hatte und die, trotz ihres verschwenderischen Lebens in Paris, dank der schönen Pension aus Preussen und den stattlichen Einkünften aus der Reichsgrafschaft, nicht weniger geworden waren, sondern sich eher noch vermehrt hatten. So konnte sie ihren Kindern, von denen noch einiges zu berichten ist, ein gewaltiges Vermögen hinterlassen.

Katharinas erster während ihrer Ehe mit Kolbe geborener Sohn Kasimir wurde regierender Reichsgraf von Wartenberg (wogegen zwei voreheliche Kinder «Freiherren von Asbach» geworden wa-

ren). Graf Kasimir brachte es ausserdem – die Hohenzollern hatten offenbar noch immer nicht genug von der Familie – zum königlich preussischen Generalleutnant und im Zweiten Schlesischen Krieg, wo er mit seinen Husaren einen Aufstand rasch und blutig niederschlug, zum Orden pour le mérite. Später wirkte er noch als preussischer Gesandter und bevollmächtigter Minister an den Höfen Schwabens und wurde Domherr zu Halberstadt. Nach seinem Tode im Jahre 1772 regierte sein ältester Sohn, Graf Friedrich Karl, das Wartenberger Land. Er starb 1784, und nun trat sein Sohn Ludwig, Katharinas Urenkel, das reiche Erbe an. Er konnte sich aber nur noch wenige Jahre lang des Rechts erfreuen, «mit rotem Wachs zu siegeln, Städte und Festungen anzulegen, Juden auszutreiben und aufzunehmen, grosse und kleine Münzen in Gold und Silber mit eigenem Bild und Namen zu schlagen» und was es an standesherrlichen Privilegien sonst noch alles gab. Dann trat ein Ereignis ein, das das Sprichwort, wonach unrechtes Gut nicht gedeihe, reichlich spät, aber desto gründlicher zu bewahrheiten schien: Die Armeen der Französischen Revolution eroberten die Pfalz, und unter (zumindest anfänglichem) Jubel der Bevölkerung verjagten sie alle Fürsten und sonstigen Feudalherren, darunter auch Graf Ludwig Kolbe von Wartenberg. Bald darauf musste das Reich in den Friedensverträgen von Basel und Lunéville sein gesamtes linksrheinisches Gebiet – und damit auch Ludwigs reiches Erbe – in aller Form an Frankreich abtreten.

Indessen brauchte sich Graf Ludwig über diesen Verlust nicht lange zu grämen. Der Friedensvertrag sah nämlich eine Entschädigung der vertriebenen Standesherrn auf Kosten der geistlichen Fürsten des Reiches vor, und im sogenannten Reichsdeputationshauptschluss von 1803 wurde den Wartenbergern denn auch die prächtige, mit vielen schönen Ländereien gesegnete Reichsabtei Roth in Oberschwaben übereignet und zur standesherrlichen Reichsgrafschaft Wartenberg-Roth erhoben. Die dort seit den Tagen des heiligen Norbert ansässigen Prämonstratensermönche mussten ihren Besitz unter Zurücklassung aller Schätze räumen und dem Kolbe-Spross überlassen, der sich fortan regierender Graf von Wartenberg-Roth nennen durfte. Er verlor zwar schon bald, im Zuge der Mediatisierung, seine Regierungsgewalt an die neuen Könige von Württemberg und Bayern. Doch sein Reichtum und sein gesellschaftlicher Rang blieben ihm erhalten. Auch ver-

stand er sich anzupassen: als bayerischer Generalleutnant und Generaladjutant der Kavallerie zog er zunächst mit Napoleon, später gegen diesen zu Felde, jeweils auf der siegreichen Seite.

Zur Erhaltung des neuen Kolbe von Wartenberg-Rothschen Besitzes adoptierte Graf Ludwig bereits 1804, in Ermangelung legitimer Leibeserben, die Söhne Karl und Georg seines Schwagers, des letzten regierenden Grafen Franz zu Erbach-Erbach, der seinerseits Ludwigs jüngere Schwester, die verwitwete Gräfin Charlotte Polyxene von Erbach-Fürstenau, geborene Gräfin Kolbe von Wartenberg, geheiratet hatte.

Die Grafen zu Erbach, die wegen ihrer ganz besonderen Verdienste bei der Niederwerfung und sehr grausamen «Strafung» der aufständischen Bevölkerung des Odenwaldgebiets im Bauernkrieg von 1525 sieben Jahre später, trotz ihrer lutherischen Konfession, von Kaiser Karl V. in den Reichsgrafenstand erhoben und mit gewaltigen Latifundien belohnt worden waren, hatten 1806 ihre Souveränität an das neue Grossherzogtum Hessen verloren. Umso erfreulicher war es für sie, dass sie nach dem Tode des Grafen Ludwig von Wartenberg-Roth, der bereits 1818 starb, dessen Erbe antreten konnten. Denn der Besitz der ehemaligen Reichsabtei Roth vermehrte nicht nur ihren Reichtum, sondern sicherte ihnen, über Hessen hinaus, den Rang von Standesherrn auch in Württemberg und Bayern.

Ludwigs adoptierter Neffe Karl heiratete eine nahe Verwandte, die Gräfin Sophie von Erbach-Fürstenau und Herrin zu Breuberg, deren Mitgift seinen Besitzstand nochmals vergrösserte, und der älteste Sohn der beiden, Graf Eberhard, der im Todesjahr des letzten Kolbe von Wartenberg, 1818, zur Welt gekommen war, durfte sich Graf zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth, Herr zu Breuberg, Wildenstein, Steinbach, Curl und Ostermannshofen nennen. Er war erbliches Mitglied der Ersten Kammer des hessischen und zunächst auch der des württembergischen Landtags sowie der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern, so dass er zeitweise in gleich drei Landesparlamenten Sitz und Stimme hatte. Der württembergische Standesherrnrang nebst Sitz in der Ersten Kammer ging ihm allerdings verloren, als er 1845 wegen drückender Schulden seine Grafschaft Wartenberg-Roth verkaufen musste. Er konnte diese Position auch nicht wieder zurückerobern, nachdem ihm 1854 durch besonders glückliche Umstände das gesamte Wartenberg-Rothsche Besitztum wieder zugefallen

war, nun sogar gänzlich schuldenfrei. Doch wo auch immer Graf Eberhard in einem Parlament seine Stimme abgeben durfte, es geschah stets im reaktionärsten Sinne. Mehrere blutige, nur durch den Einsatz von Militär niedergeworfene Aufstände der Bauern und Bürger seiner Grafschaft gegen ihn und die Herrschaft seines Hauses, zuletzt im Jahre 1848, hatten ihn – wie es sein Hofprediger vorsichtig umschrieben hat – «tief erbittert und nur noch bestärkt in seinen ihm von Gott auferlegten Pflichten», zu denen er gewiss auch die Züchtigung demokratischer Aufwiegler rechnete.

Graf Eberhard war übrigens, trotz des aus Brandenburg stammenden Kolbe-Erbes, das ihm zugefallen war, zeitlebens gut habsburgisch und dementsprechend antipreussisch gesinnt. Seine vier Söhne liess er 1866 am Krieg gegen das verhasste Preussen teilnehmen; sein jüngster Sohn fiel bei Königgrätz. Mit Ingrimm erlebte er noch das Ende der innerdeutschen Kämpfe und die Reichsgründung von 1871, die Preussen die Vormachtstellung in Deutschland sicherte.

Nachdem seine erste Frau, wiederum eine nahe Verwandte aus dem Hause Erbach-Fürstenau, im Oktober 1871 verstorben war, ging Graf Eberhard mit einem sehr viel jüngeren Fräulein bürgerlicher Herkunft eine zweite, «morganatische» Ehe ein. Seine Erwählte, Maria Luck, die dann samt den Kindern aus dieser standeswidrigen Verbindung den Namen «von Lichtenberg» erhielt, starb erst 1934 im Alter von 91 Jahren. Graf Eberhard zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth segnete dagegen bereits 1884 das Zeitliche, und es verbleibt uns nur noch zu untersuchen, ob seine Nachkommen das reiche Erbe, das teils aus der Zeit der Bauernkriege, teils aus der Plünderung Kurbrandenburgs durch die Kolbes stammte, bis in die Regierungszeit Wilhelms II. (oder gar noch darüber hinaus) bewahren und sich weiterhin zur deutschen Geld- und Machtelite zählen konnten.

Nun, die Güteradressbücher und Hofkalender aus den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg geben uns zunächst Aufschluss über den damaligen Grundbesitz des Erbachschen Gesamthauses in der grossherzoglich hessischen Provinz Starkenburg: Es gehörten der Familie dort nicht weniger als 523 Quadratkilometer (was etwa dem Umfang eines der heutigen grösseren hessischen Landkreise entspricht); auf Erbachschem Grund und Boden lebten seinerzeit rund 33'000 Menschen, die als Mieter, Pächter, Angestellte, Tage-

löhner oder deren Familienangehörige in dem einen oder anderen Abhängigkeitsverhältnis zu dem Grafenhaus standen. Und zu diesem hessischen Grossgrundbesitz kamen noch grosse Güter in Württemberg und Bayern sowie ein halbes Dutzend Schlösser und etliche Villen.

So ist es selbstverständlich, dass die nach den Steuerlisten angelegten Millionärsjahrbücher von 1912/14 die damaligen Chefs aller drei Erbach-Linien verzeichnen: den Grafen Adalbert zu Erbach-Fürstenu, den Grafen Georg Albrecht zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth sowie den Grafen (seit 1908: Fürsten) Alexander zu Erbach-Schönberg. Wir finden auch die Namen von nahezu sämtlichen altersmässig in Frage kommenden männlichen Familienmitgliedern in den Ranglisten der feudalsten Regimenter, beispielsweise den Prinzen Viktor zu Erbach-Schönberg, zusammen mit dem deutschen Kronprinzen und zwölf weiteren Angehörigen des preussischen Königshauses, beim Offizierkorps des Potsdamer 1. preussischen Garderegiments zu Fuss, zu dem nur die *crème de la crème* des Reiches zugelassen wurde.

Falls nach alledem dennoch ein letzter Zweifel daran bestehen sollte, dass die Erben des 1710 aus Berlin verjagten Ehepaars Kolbe von Wartenberg zur Geld- und Machtelite des kaiserlichen Deutschlands gehörten, so wird er zerstreut durch die Tatsache, dass wir unter den damaligen erblichen Mitgliedern nicht nur der Ersten Kammer des Grossherzogtums Hessen, sondern auch der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern, einen Wartemberger (und folglich Kolbe-Erben) verzeichnet finden, nämlich den Grafen Georg-Albrecht zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth, auch Herrn zu Breuberg, Wildenstein, Steinbach, Curl und Ostermannshofen.

Überspringen wir nun ein halbes Jahrhundert, so entdecken wir den Namen Wartenberg in einer ‚Spiegel‘ Personalie des Jahres 1960: «Franz August Graf zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth, 34», heisst es da, «sandte zum Jahreswechsel (1959/60) an Honoratioren in Erbach und Umgebung den Abreisskalender des Gräflichen Hauses, der auf einer umfänglichen Pappscheibe befestigt ist, auf der alle Bediensteten und Verwaltungsstellen der Grafschaft detailliert aufgeführt werden, so ein Wildparkzaunwärter, Kammerdiener, die Gräfliche Landwirtschaft, die Gräfliche Gastronomie – bestehend aus dem Schloss-

café –, die Gräfliche Hofbibliothek, die Gräfliche Schlosserei, die Gräfliche Schreinerei; unter «Sonstige Bediente und Angestellte» sind ein Nachtwächter und ein Portier aufgeführt. Die Liste der «Dienststellen der Gräflichen Verwaltung» der Odenwald-Klitsche umfasst 17 Hauptpositionen mit mehreren Dutzend Unterabteilungen.»

Soweit der «Spiegel»-Spott von 1960, als «Das deutsche Nachrichten-Magazin» noch in seinen Flegeljahren war, seine leitenden Redakteure noch nicht für hohe Staatsämter kandidierten. Indessen ist, was damals so respektlos als «Klitsche» bezeichnet wurde, noch immer ein Besitz, den der heutige «Spiegel» die «Odenwald-Latifundien» des gräflichen Hauses nennen würde. Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1947 umfasste nämlich die «ehern. Erbach-Wartenberg-Rothische Standesherrschaft» auch nach weiteren vier Jahrzehnten, in denen die Masse des Volkes um Hab und Gut kam, noch immer ein Areal von nahezu achttausend Hektar (= 80 Millionen Quadratmeter). Und mit diesem Besitz sowie einigen prächtigen Schlössern sind die Grafen zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth sicher über alle Klippen der Währungsreform gekommen und bis heute multimillionenschwere Grossgrundbesitzer geblieben.

So betrachtet, hatte Graf Franz, der heutige Linien-Chef und Neffe jenes vor 1914 die Sippe anführenden Grafen Georg-Albrecht, zum «Spiegel»-Spott keinerlei Schaden. Ihn unterscheidet von seinem Onkel, was den jeweiligen Besitzstand angeht, lediglich die Tatsache, dass der Grund und Boden seit damals eine enorme Wertsteigerung erfahren hat. Was den unmittelbaren politischen Einfluss betrifft, so war der Onkel im Kaiserreich sehr viel mächtiger als der Neffe und Erbe in der heutigen Bundesrepublik, denn Graf Franz bekleidet kein hohes Amt und hat keinen Sitz in auch nur einem der Landesparlamente.

Dies ist indessen, wie wir sehen werden, eine Ausnahme, die möglicherweise etwas damit zu tun hat, dass die Grafen Erbach-Erbach lutherischer Konfession sind. Während nämlich im «Dritten Reich» der protestantische, vorwiegend in Norddeutschland beheimatete Teil der deutschen Hocharistokratie in zahlreiche Spitzenpositionen gelangen konnte, rückte der unter Hitler meist abseitsstehende katholische Hochadel Süddeutschlands erst wieder nach 1945, unter der zwanzigjährigen Vorherrschaft der CDU/CSU, in die bundesdeutsche Machtelite auf, wogegen ihre evangelischen Standesgenossen, zumindest in der Politik, seither etwas zurückgeblieben sind.

Zur Erläuterung dieser auf den ersten Blick vielleicht allzu kühn anmutenden Thesen sei zunächst auf das behauptete starke Übergewicht der norddeutschen Fürstenhäuser in der Machtelite der Jahre 1933-1945 etwas näher eingegangen:

Nach dem amtlichen ‚Handbuch für das Deutsche Reich‘ von 1936 gehörten zu dieser Zeit der – für die Machtelite des Hitlerregimes durchaus repräsentativen – Reichstagsfraktion der NSDAP die folgenden Hocharistokraten an (wobei um der Ironie willen daran erinnert sei, dass die letzten beiden Buchstaben der Abkürzung für «Arbeiterpartei» standen):

Graf Gottfried von Bismarck-Schönhausen, ein jüngerer Bruder des (3.) Fürsten Otto von Bismarck, Mitglied der NSDAP seit 1929, unter Hitler Regierungspräsident, erst in Stettin, dann in Potsdam, der auch dem «Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler» beitrug und zum SS-Oberführer aufrückte;

Carl Eduard Herzog von (Sachsen-)Coburg(-Gotha), Souverän seines Herzogtums bis 1918, General a. D., Freikorpsführer, im «Dritten Reich» SA-Obergruppenführer und Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte, unter anderem der Deutschen Bank AG;

August Wilhelm Prinz von Preussen, der jüngste Sohn des Ex-Kaisers Wilhelm II., seit 1930 Mitglied der NSDAP, SA-Obergruppenführer;

Erbprinz Josias zu Waldeck und Pyrmont, gleichfalls «Alter Kämpfer», später SS-Obergruppenführer und im Kriege «Höherer SS- und Polizeiführer» im Oberabschnitt Fulda-Werra, als solcher auch «Gerichtsherr» des Konzentrationslagers Buchenwald (und, nebenbei bemerkt, der Schwiegervater des Grafen Franz zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth).

An weiteren Hocharistokraten, die dem Hitlerregime in Spitzenpositionen dienten, sind zu nennen:

Christoph Prinz von Hessen, SS-Oberführer im Stab des Reichsführers SS und Ministerialdirektor im Reichsluftfahrtministerium, ferner dessen Brüder:

Philipp Prinz von Hessen, SA-Obergruppenführer;

Richard Prinz von Hessen, NSKK-Gruppenführer; sodann Nikolaus Erbgrossherzog von Oldenburg, SA-Standartenführer;

Ernst Erbprinz zur Lippe, SS-Obersturmbannführer und persönlicher Referent im SS-»Rasse- und Siedlungsamt«;

Friedrich-Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, SS-Obersturmbannführer und persönlicher Referent von Dr. Goebbels;
Prinz und Landgraf Wilhelm von Hessen, «Alter Kämpfer» und SS-Führer schon vor 1933;

Friedrich Franz Erbgrossherzog von Mecklenburg, der ebenfalls schon vor 1933 SS-Führer wurde, sowie

Marie Adelheid Prinzessin Reuss zur Lippe, Trägerin des Goldenen HJ-Ehrenzeichens, Stabsabteilungsleiterin im «Reichsnährstand».

Wohlgemerkt, diese Liste erhebt keinen Anspruch auf absolute Vollständigkeit, zumal was die mittleren Ränge der SS betrifft. Umgekehrt stellt sie beileibe keine willkürliche Auswahl dar, sondern umfasst alle Namen von Hocharistokraten, die vorhandene amtliche Verzeichnisse aus der Zeit des «Dritten Reiches» aufzuweisen haben. Bemerkenswert ist, dass *sämtliche* Genannten Angehörige evangelischer Fürstenhäuser und nördlich der Mainlinie beheimatet sind. Die wenigen süddeutschen Aristokraten, die nach 1933 SS-Führer wurden – wie etwa SS-Untersturmführer Karl Egon Fürst zu Fürstenberg oder Franz Joseph Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen, der sich als ehemaliger Angehöriger der Besatzung des Kreuzers «Emden» Prinz von Hohenzollern-Emden nennen durfte –, traten nicht sonderlich hervor.

Ganz ähnlich ist es bei den Angehörigen von Grafenhäusern. Das «Handbuch für das Deutsche Reich» von 1936 führt als einzigen Grafen im Kabinett Hitler den Reichsminister der Finanzen Lutz Graf Schwerin von Krosigk auf, als Mitglieder der NSDAP-Fraktion im Reichstag die Grafen Rüdiger von der Goltz, Wolf Heinrich von Helldorff, Ernst zu Reventlow und Friedrich von der Schulenburg – wiederum alle aus norddeutschen, evangelisch-lutherischen Familien. Und auch in der Rangliste der hohen SS-Führer, vom SS-Standartenführer an aufwärts, sind alle verzeichneten Hocharistokraten aus nichtkatholischen Häusern, unter ihnen die Grafen Georg von Bassewitz-Behr, Carl von Pückler-Burghauss und Max-Erdmann von Roedern.

Die Chancen der Grafen zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth vor und nach 1945 und die Möglichkeiten ihrer Kaste im «Dritten Reich» haben also doch einen signifikanten Zusammenhang. Das ist im Grunde auch gar nicht so verwunderlich, wenn man bedenkt, dass der norddeutsch-protestantische Teil der

Life-Nr.	Name, Vorname		Dienststellung	Partei-Nr.	ff-Nr.	Geburtsdatum	Führer-Inw./Sta.-Dienstgrad bei der Waffen-ff. Wehrmacht, Isdienst	Überführer	
419	von Pahlbeck Victor,	♂	b. Stab RF ff	523 694	253 718	9. 3. 52	Ltn. d. R. a. D.	20. 4. 39	
420	Langleit Walter,	♂	F. Ab. XVII	352 901	8 990	5. 8. 23	Major d. R.	20. 4. 39	
421	Simon Paul,	♂	b. Stab Gb. Ostsee	48 186	9 574	19. 2. 06	Ltn. d. R.	20. 4. 39	
	sonstige Auszeichnungen, N. d. R.								
422	Mischke Gerhard Dr.,	♂	b. Stab Gb. Rhein	239 904	269 212	25. 12. 06	—	20. 4. 39	
	Reg. Pr.								
423	Brian von Hessen Christoph,	♂	b. Stab RF ff	626 178	35 803	14. 5. 01	Hptm. d. R.	1. 6. 39	
424	Glaesner Heinrich Dr.,	♂	b. Stab RF ff	291 860	51 406	5. 1. 52	Rittm. d. R.	1. 6. 39	
425	Schmetz Albrecht,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	389 051	349 792	19. 8. 99	—	1. 6. 39	
	M. d. R.								
	Gareis Heinrich, Reg. Pr.								
427	Graf von Bismarck-Schonhausen Gottfried, Reg. Pr., M. d. R.	♂	b. Stab RF ff	1 039 295	309 731	30. 8. 78	—	21. 6. 39	
	b. Stab RF ff								
	Mentzel Rudolf Prof. Dr.,								
	Pers. Stab RF ff								
	Rödiger Hans,								
	Reg. Pr.								
	Reichsicherheits-hauptamt								
	Zippelius Friedrich Dr., Reg. Pr.								
	b. Stab Ab. XXIV								
	Müller Johannes Dr., Reg. Pr.								
	b. Stab RF ff								
	von Keudell Otto,								
	Reg. Pr.								
	b. Stab Gb.								
	Weichel								
433	Edler von der Planitz Carl,	♂	b. Stab Gb. Ostsee	1 285 610	306 717	28. 6. 23	Hptm. d. R.	21. 6. 39	
	Reg. Pr.								
434	Kreisel Anton Dr.,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	6 609 852	313 926	14. 2. 26	Obstn. d. R. a. D.	1. 9. 39	
435	Brand Maximilian,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	724 684	36 007	4. 4. 68	Ltn. d. R. a. D.	10. 9. 39	
	Po. Pr.								
436	Berndt Alfred,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	1 101 961	342 890	22. 4. 05	Ltn. d. R.	10. 9. 39	
437	Seidler Walter,	♂	ReS-Hauptamt	11 600	276 581	24. 2. 27	Ltn. d. R. a. D.	10. 9. 39	
	M. d. R.								
	Stroop Jürgen,								
	b. Hdb. ff-Pol. F. Ukraine								
439	Wintersteiger Anton,	♂	b. Stab Ab. XXXVI	361 428	292 738	30. 4. 00	—	10. 9. 39	
440	Hayler Franz Dr.,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	754 135	64 617	29. 8. 00	Ltn. d. R.	10. 9. 39	
	Hrenung Konrad,								
	b. Stab Gb. Donau								
	Reichsicherheits-hauptamt								
443	Grossmann Erich Dr.,	♂	b. Stab Gb. Weichel	720 199	27 788	30. 1. 03	—	19. 8. 39	
444	Kanstein Paul,	♂	Reichsicherheits-hauptamt s. Zt. Kopenhagen	2 206 731	189 796	31. 5. 99	Ltn. d. R.	1. 10. 39	
445	Stellrecht Helmut Dr.,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	689 820	347 101	21. 12. 28	Ostuf. d. R.	1. 10. 39	
	M. d. R.								
446	Kehr Hans,	♂	b. Stab RF ff	1 878 921	278 699	8. 9. 00	—	9. 11. 39	
447	Edler Kless von Drauwörth Anton,	♂	b. Stab Gb. Donau	—	310 301	8. 6. 82	Gen. Major a. D.	9. 11. 39	
	M. d. R.								
448	Köhner Hans Dr.,	♂	b. Stab RF ff	—	368 671	28. 6. 00	—	13. 11. 39	
449	Uhl Friedrich,	♂	Reichsicherheits-hauptamt	—	383 961	21. 5. 97	—	13. 11. 39	
450	Vogelung Franz,	♂	b. Stab Gb. West	544 838	337 786	22. 9. 99	—	31. 12. 39	
451	Adam Ludwig,	♂	b. Stab RF ff	277 796	347 179	19. 6. 25	—	1. 1. 40	

Geld- und Machtelite des Hohenzollernreiches – und damit auch der Aristokratie – nach 1918 in überwältigender Mehrheit die republikfeindlichen Rechtsparteien, vor allem die Deutschnationalen, unterstützt hatte, und von diesen zu Hitlers braunen und schwarzen Kampfverbänden war es dann in den dreissiger Jahren kein weiter Weg mehr.

Dagegen hatte die süddeutsch-katholische Führungsschicht sowie der rheinisch-westfälische Adel römischer Konfession zu meist mit der Zentrumspartei und deren Schwester, der Bayerischen Volkspartei (BVP), sympathisiert – natürlich nur mit dem sehr konservativen Teil dieser politischen Gruppen, deren rechter Flügelmann, Franz von Papen, dann im ersten Kabinett Hitler Vizekanzler wurde. Damit schien der Anschluss an das Bündnis mit der NSDAP auch für die katholisch-konservative Elite zunächst gesichert, doch der Schein trog.

Die ehemaligen Zentrums- und BVP-Sympathisanten und zumal die Aristokraten unter ihnen, von denen viele mit ausländischen Adelsfamilien verwandt oder päpstliche Kämmerer waren, blieben in ihrer grossen Mehrheit den Nationalsozialisten suspekt. Das katholische Zentrum hatte sich ja nach der Revolution von 1918 auf die Weimarer Koalition mit den Liberalen und den Sozialdemokraten eingelassen, war unter der Kanzlerschaft Heinrich Brünings gegen die NS-Kampfverbände – mitunter recht energisch – vorgegangen und stand im Übrigen völlig unter dem Einfluss der römisch-katholischen Kirche. So war es ganz natürlich, dass der süddeutsch-katholische Teil der Geld- und Machtelite nach 1933 schon bald etwas ins Hintertreffen geriet und dass die Aristokraten aus dieser Gruppe keine hohen Ämter im Staat und in den NS-Parteiorganisationen erhielten – ausgenommen im Offizierskorps der Wehrmacht und im diplomatischen Dienst, die beide, zumindest teil- und zeitweise, Domänen auch des katholischen Adels blieben.

Nach 1945 setzte ein ganz ähnlicher Prozess ein, nur mit anderen Vorzeichen: Die die Bundesrepublik prägende Koalition unter dem früheren Zentrumspolitiker Adenauer suchte und fand die Unterstützung sowohl der traditionell katholisch-konservativen Flügel des einstigen Zentrums und der BVP, die unter der Nazi-herrschaft ins Hintertreffen geraten waren, als auch der ehemals deutschnationalen und im «Dritten Reich» bis gegen Ende des

Krieges mit dem Hitlerregime sympathisierenden Teile der alten Macht- und Geldelite.

Einundzwanzig Jahre lang, bis 1966, blieb diese Koalition und zumal ihr Kern, die CDU/CSU, in durchaus gewollter Konfrontation zu den so gänzlich isolierten Sozialdemokraten, jedoch nach rechts hin weit offen. Die alten Macht- und Geldeliten, auch die Hocharistokratie, etablierten sich wieder, jedoch mit einem deutlichen Unterschied zu früher: Infolge des katholischen west- und süddeutschen Übergewichts in den Unionsparteien kam erstmals der – ohnehin aus der Zeit des «Dritten Reiches» etwas stärker kompromittierte – norddeutsche Teil der alten Elite bei der Macht-, Ämter- und Mandatsverteilung in weit geringerem Masse zum Zuge. Und so war es ganz «natürlich», dass beispielsweise der Fürst zu Oettingen-Wallerstein, ehemals erbliches Mitglied der bayerischen Reichsrätekammer, im ersten Bonner Bundestag sass und auch bis an sein Lebensende dem Aufsichtsrat der mächtigen Bayerischen Vereinsbank angehörte, der Chef des Hauses Erbach-Erbach und Wartenberg-Roth, das früher gleichfalls einen erblichen Sitz im bayerischen Reichsrat gehabt hatte, hingegen ein schlichter Multimillionär blieb, ohne hohe Ämter und Mandate.

Nun kann man aber auch einen umgekehrten Schluss ziehen und zumindest vermuten, dass angesichts der starken Bevorzugung des katholischen und süddeutschen Teils der alten Geld- und Machtelite in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945, jenen längst vergessenen, schon anno 1913 anachronistisch anmutenden Gremien wie etwa der bayerischen Kammer der Reichsräte eine ganz entscheidende Bedeutung bis in die Gegenwart hinein zukommen könnte. Möglicherweise spielen sie sogar eine Schlüsselrolle bei der Untersuchung der Frage, wem die heutige Bundesrepublik gehört. Und seihet Skeptiker werden zugeben müssen, dass eine Überprüfung der einst hochprivilegierten Familien mit Sitz in jener vor mehr als einem halben Jahrhundert aufgelösten Pairskammer des grössten süddeutschen Bundeslandes lohnend erscheint – mindestens insoweit, als wir so erfahren, welche der damals mächtigen Sippen noch heute eine Rolle spielen. Das Ergebnis wird – nur soviel sei verraten – selbst diejenigen verblüffen, die bereits ahnen, was auf sie zukommt.

Zum Beispiel: Bayern...

«Erst ging es uns in Venedig ziemlich scheissig, dann aber kam der armenische Knabe, hei, da war der Himmel voller Geigen und wir alle wieder wohlauf!»

Dieser Satz stammt aus den hinterlassenen Aufzeichnungen eines urbayerischen Edelmanns, der im frühen 18. Jahrhundert mit seiner Kurfürstin, einer polnischen Königstochter, von München nach Venedig gereist war. Die sehr lebenslustige Dame hatte ihren Gemahl, den Kurfürsten Max II. Emanuel, treulos verlassen, und er, der selbst in zahllose Amouren verstrickt war, hatte ihr daraufhin keine Zahlungen mehr zukommen lassen. So ist der erste Teil der eingangs zitierten Tagebuchnotiz begreiflich: Es ging der kleinen Reisegesellschaft im schönen Venedig, wo sie sich zunächst köstlich amüsiert hatte, schon bald sehr schlecht, denn niemand wollte ihr mehr etwas borgen. «Dann aber kam der armenische Knabe», Aroutinoun Caziadur geheissen, ein Kind, das in Begleitung treuer Diener vor den Türken geflohen war, Sohn eines armenischen Kleinkönigs, wie versichert wurde, und ausgestattet mit einem gewaltigen Vermögen.

Der kleine Prinz benötigte dringend Protektion und christliche Erziehung; die entlaufene Kurfürstin brauchte nicht minder dringend Geld. So adoptierte sie das armenische Kind, räumte ihm sogar – schliesslich war es ja aus königlichem und nicht bloss kurfürstlichem Geschlecht – den Vortritt vor ihren eigenen Kindern ein. Und nebenbei übernahm die muntere Bayerin (aus Polen) auch den armenischen Schatz. Nun hing für sie, ihre Liebhaber und das ganze Gefolge sowie für die Gläubiger «der Himmel voller Geigen».

Diese kleine Episode gibt einen ersten Begriff von der Zusammensetzung jener Kammer der Reichsräte, denn die Nachkommen fast aller Beteiligten – der einfallreichen Polin, des adoptierten Armenierknaben und auch des Oberhofmeisters, von dem die anschauliche Schilderung stammt – waren noch zweihundert Jahre später in jenem Oberhaus des königlich bayerischen Parlaments versammelt.

Doch ehe wir ihre Namen enthüllen, sei zunächst kurz erklärt, wie das Zweikammersystem in Bayern bis 1918 funktioniert hat:

Das durch Napoleon I. stark vergrösserte und zum Königreich erhobene Kurfürstentum Bayern hatte 1818 eine relativ fortschrittliche Verfassung erhalten. Sie beendete den Absolutismus und machte den König und seine Minister mindestens teilweise abhängig von einem Parlament. Ohne dessen Zustimmung konnten keine direkten Steuern erhoben und keine Gesetze, die die Freiheit der Person oder das Eigentum der Staatsbürger betrafen, erlassen, geändert oder aufgehoben werden. Der Landtag hatte auch ein Einspruchsrecht gegen die Aufnahme von Staatsschulden, konnte Verfassungsbeschwerde und sogar Ministeranklage erheben sowie – mit Zweidrittelmehrheit – die Verfassung ändern.

Das waren gewiss, verglichen mit der früheren Rechtlosigkeit des Volkes in allen Fragen der Politik und zumal der Besteuerung, gewaltige Fortschritte. Nur hatten sie mit Demokratie, wie wir sie heute verstehen, noch wenig zu tun. Denn durch eine ganze Reihe von Einschränkungen, die zwar im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wiederholt gelockert wurden, aber im Wesentlichen bis 1918 bestehen blieben, war dafür gesorgt, dass die Masse des Volkes, die Lohnabhängigen und deren Familien, weit weniger Einfluss erhielt als die Reichen und Mächtigen.

Verglichen mit anderen deutschen Bundesstaaten, zumal mit Preussen oder gar Mecklenburg, war das bayerische Wahlrecht zwar fast modern zu nennen, weil nicht nach Steuerklassen oder öffentlich und zuletzt auch schon direkt, nicht mehr durch Wahlmänner, gewählt wurde. Aber es durften auch in Bayern nur *mündige männliche Bürger, die eine direkte Steuer entrichteten*, einmal alle sechs Jahre ihre Stimme abgeben. Und nach dem Wahlgesetz von 1881 bestand die zweite Kammer aus nicht mehr als 159 Abgeordneten, die «*unter bleibender Zugrundelegung der Volkszählung vom 1. Dezember im Verhältnis von einem Abgeordneten zu 31'500 Seelen*» gewählt wurden.

Das letzte hatte zur – natürlich beabsichtigten – Folge, dass die rasch wachsenden Grossstädte mit überwiegender Fabrikarbeiterbevölkerung stark unterrepräsentiert, dagegen die dünnbesiedelten Landkreise mit durchweg konservativer, unter dem Einfluss von Geistlichkeit, adligem Grossgrundbesitz und reichen Gastwirten stehender Wählerschaft weit überrepräsentiert waren und dass die überall im Reich erstarkende Sozialdemokratie kaum Chancen hatte, ein Mandat zu erringen.

So zählte denn auch beispielsweise der 31. Bayerische Landtag

Waldbott von Bassenheim, Ludwig Graf, Erlaucht, Ständesherr, Hauptmann à l. s. der Armee. ① Belg. 1.

Castell-Nüßchenhausen Kasimir Fürst zu, Durchlaucht, Ständesherr, K. Bayer. und R. Preuß. Oberstleutnant à l. s. der Armee. ② 4b. ③ 1. BdZL: b. HP 1a. ItK3. PrA4 m. 2r. PK3. PDK. ④ RSt2. WF3a.

d) Bischof.

Genle Dr. Franz Anton Ritter v., Bischof von Regensburg. (S. Kirche.)

e) Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums.

Bezzel Dr. theol. et phil. Hermann Ritter v., Erz. (S. prot. Kirche.)

f) Erblüche Reichsräte, welche vormals reichständische Besitzungen überhaupt nicht, oder doch nicht in Bayern haben.

Lobbed Eugen Frhr. v., Kammerer. ÖEK3.

Gumpfenberg - Földmeg-Oberbrennberg Hans Georg Frhr. v., Kammerer. ② ③.

Drechsel Carl Graf v., Erzellenz, Kammerer. ②a. ③ 2a. ④ 3. ⑤ 1. ⑥ 2. ⑦ ①. BdZL1. HSK. ItK4. NO2a. PG2a. ⑧ 2. PKrM1. ⑨. SA2b. SW2a. SpJ2a.

Schenk Graf v. Stauffenberg Berthold, Kammerer, Major der Reserve des 1. Ul.-Regts. ④ 3. ⑤ 3. ⑥ 4a. ⑦. PrA4.

Sandizell Karl Theod. Graf von und zu, Kammerer, Rittmeister der Landwehr a. D. ⑧ 2. ⑨. ⑩ E. ⑪ 3. ⑫ ①.

Würgburg Ludw. Frhr. v., Erz. Kammerer, Oberst à l. s. der Armee. ② 2b. ③ 5b. ④ ①. GE2a. GrbrtV2. PrA2a. PK1. ⑥ 2. ⑦. SEH2a.

Lang-Buchhof Dr. jur. Karl v., Fideikommißbesitzer. ③ 3. OP2b. PK2b.

Mühle-Edart auf Leonberg Heinrich Graf von der, Kammerer, Oberleutnant a. D. ④ ①. ⑤.

Zoerring-Zettinbach Dr. Hans Graf zu, Erl., Ständesherr, Oberstleutnant à l. s. der Armee. ② ①. ③ 2. ④. PK1.

Montgelas Joseph Max Graf v., Kammerer, Rittmeister à l. s. der Armee. ③ 3. ④ MaltE. PHG1.

Hollstein aus Bayern Ludw. Graf v., Kammerer, Rittmeister a. D. ③ LEK4. RA3. RKRm.

Gramer-Rett Theodor Frhr. v., Kammerer, Fideikommißbesitzer. ③ 3. ④ 2b. ⑤ 2. ODRm. PG1. PP2 m. St.

Wrede Karl Philipp Fürst v., Durchlaucht, Kammerer. ③ 3.

Hoflinger von Francau Eduard Frhr. v., Kammerer, Major, Kommandeur des 2. Chev.-Regts. ④ 4b. ⑤. ODRm. PrA4. PK4. SA4a m. 2r. SEH2b.

Gravenreuth Maxim. Kasimir Gut Frhr. v., Kammerer, Leutnant der Reserve des 2. Württembergischen Dragoner-Regiments Nr. 26.

Raffai Hugo Ritter und Edler v., Erzellenz, Fideikommiß-, Guts- und Fabrikbesitzer. ④ 2b. ⑤ 2b. ⑥ 2. FELob. PK2a.

Schnurbein Morlus Frhr. v., Kammerer, Fideikommißbesitzer, Hauptmann der Landwehr a. D. ⑥ E. ⑦ 4b. ⑧ 3. ⑨ ①. PJ. ⑩ 2. ⑪.

Arco-Zinneberg Jos. Graf v., Kammerer, Gutsbesitzer, Oberleutnant der Reserve des 1. Schwere Reiter-Regts. ④ 3. ⑤ ③. PP2.

Arco auf Balley Max Graf v., Kammerer, Oberleutnant der Landwehr a. D. ④ 3.

Schäzler Alfred Ferdinand Frhr. v., Kammerer, Fideikommißbesitzer. ⑥ E. ⑦ ③. PJR. ⑧.

Denker Friedrich v., Kammerer, Fideikommißbesitzer, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie. ⑥ E. ⑦ ③. SEH2b.

Leichenfeld auf Rößering u. Schönberg Otto Graf von und zu, Kammerer, Rittmeister à l. s. der Armee. ⑦ ③.

Behm Frhr. v. Stritz Maximilian Joseph Graf v., Oberleutnant der Ref. des 1. Schwere Reiter-Regts. ⑦ ③. MaltE.

Witzach-Gelbern-Egmond Alfons Graf v., Kammerer, kais. Legationsrat, Fideikommißbesitzer, Oberleutnant der Landwehr-Kavallerie. ⑦ ③. BelgL4. FEL3. MaltE. MontD2. ÖFJ3. PK2b. ⑧. SWWF3a. WF2b.

von 1888 in der Abgeordnetenversammlung bei insgesamt 154 Mitgliedern nicht weniger als zwanzig – zumeist katholische – Geistliche, zwanzig Gutsbesitzer, darunter viele Grafen und Barone, 41 Grossbauern, Gastwirte, Metzger- und andere reiche Handwerksmeister, von denen die meisten zugleich Bürgermeister waren, 28 höhere Staatsbeamte und Richter, zwanzig Fabrikanten, Brauerei- oder Steinbruchbesitzer, zwanzig Bankiers, wohlhabende Kaufleute und Privatiers, zwei Rechtsanwälte und Notare, einen Major a. D., einen Redakteur und einen Volksschullehrer, aber nicht einen einzigen Vertreter der Fabrik- oder Landarbeiterschaft, der Büro-, Haus- oder sonstigen Angestellten und der kleinen Beamten, die zusammen die Masse der Bevölkerung bildeten.

Gegen die Macht des Volkes gab es jedoch noch einen weiteren Schutzwall, nämlich das sogenannte Zweikammersystem. Das gewählte Abgeordnetenhaus stellte nur die eine Hälfte des Landtags, die Zweite Kammer, dar. Die andere Hälfte war die Erste Kammer, in Bayern «Kammer der Reichsräte» genannt. Sie wurde nicht vom Volk gewählt, sondern bestand aus Mitgliedern mit (vom König verliehenem) erblichem Anspruch auf Sitz und Stimme sowie aus einigen (ebenfalls vom König) auf Lebenszeit ernannten Reichsräten.

Wie stark die Macht der Reichsräte war, geht schon aus den Bestimmungen über verfassungsändernde Gesetze hervor. Hätte man etwa das Zweikammersystem abschaffen wollen, so wäre dazu zunächst die Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder in jeder der beiden Kammern und eine Mehrheit von zwei Dritteln in dem einen wie dem anderen Gremium nötig gewesen. Schon das blosse Fernbleiben von mehr als einem Drittel der damals 88 Reichsräte garantierte also den Fortbestand des ganzen Systems.

Und wer waren jene Herren, die sich «Reichsrat der Krone Bayern» nennen durften? Nun, sie waren zunächst ausnahmslos von Adel. Sodann hatten sie samt und sonders umfangreichen Grundbesitz und beträchtliches weiteres Vermögen. Vier der insgesamt 88 Reichsräte verwalteten darüber hinaus das Vermögen sehr reicher Institutionen, nämlich der Kirchen. Es waren dies die Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg, der Bischof von Regensburg sowie der Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums. Eine zweite, bedeutend grössere Gruppe von Mitgliedern gab dem Königshaus ein starkes Mitspracherecht auch im Parla-

ment, denn alle volljährigen männlichen Wittelsbacher waren stimmberechtigte Mitglieder der Reichsräte-Kammer.

Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahr des Hohenzollern-Reiches, gab es in der bayerischen Kammer der Reichsräte nicht weniger als elf Prinzen von Bayern und fünf Herzöge in Bayern, also sechzehn Angehörige des Hauses Wittelsbach, unter insgesamt 88 Stimmberechtigten. Und damit lernen wir die erste Gruppe von Erben der Hauptbeteiligten an der Adoption des Armenierknaben kennen, die in der Ersten Kammer des zweitgrössten Bundeslandes politische Macht ausübten.

Ehe wir uns auch den anderen Reichsräten zuwenden, sei noch erwähnt, dass ihr Verzeichnis im Jahre 1913 fast identisch ist mit den obersten Rängen einer anderen Liste, nämlich des ‚Jahrbuchs der Millionäre im Königreich Bayern‘ vom selben Jahr. Wir haben also im bayerischen Reichsrat von 1913 die Geld- und Machtelite des nach Preussen grössten Bundeslandes vereinigt: 88 Männer, deren Familien und Institutionen ein ganz beträchtlicher Teil des kaiserlichen Deutschlands gehörte.

Genau ein Viertel der 88 bayerischen Reichsräte sind uns dem Namen oder der geistlichen Funktion nach bereits bekannt, nämlich die sechzehn Wittelsbacher, die vier Kirchenvertreter (von denen nur einer, nämlich der damalige Bischof von Regensburg, Dr. Franz Anton Ritter von Henle, von Interesse für die weitere Untersuchung sein wird) sowie die beiden seinerzeitigen Familienchefs der im vorigen Kapitel als Beispiele angeführten Sippen, den Fürsten Karl zu (Dettingen-Wallerstein und den Grafen Georg zu Erbach-Erbach und von Wartenberg-Roth. Von den Familien der beiden Letztgenannten wissen wir bereits, dass ihr Reichtum und Einfluss bis heute nicht wesentlich geringer geworden sind. Auch die Wittelsbacher haben zwar ihren Thron 1918 verloren, nicht jedoch ihre gesellschaftliche Stellung, den damit verbundenen Einfluss, ihre schönen Schlösser, ihren wertvollen Grundbesitz und ihr sonstiges Vermögen. Und wenn wir uns erinnern, dass ein Fürst zu Oettingen-Wallerstein im ersten Bonner Bundestag sowie als Eigentümer eines gewichtigen Aktienpakets im Aufsichtsrat der Bayerischen Vereinsbank AG sass, so ist an dieser Stelle zu vermerken, dass auch die Wittelsbacher als Grossaktionäre der heutigen Vereinsbank-Staatsbank-Gruppe (Bilanzvolumen 1971: rund 17 Milliarden DM) in deren Aufsichtsrat vertreten sind, und

	Millionen Mark	
	Vermögen	Einkommen
Otto, früher König von Bayern, Majestät, Schloß Fürstentried	15	0,9
Karl Fürst Jagger von Babenhansen, Durch- laucht, Standesherr (6165 ha, davon 5145 ha Wald), und erbl. Reichsrat der Krone Bayern, Mugsburg, sowie Schloß Wellenburg bei Augs- burg, jetzt als R. K. Oberstleutnant in Klagen- furt in Österreich-Ungarn	15	0,3
Kristoph Freiherr von Inger, R. Kämmerer und Reg.-Rat a. D., Nürnberg, Egidienplatz 7/I.	14	0,9
Karl Freiherr von Haskel, kgl. sächs. Professor der Musik, München, Georgenstr. 5	14	0,8
Eugen von Daniel-Niethammer, Oberleutnant a. D., geb. Ruhrodt 10. Febr. 1852, verm. am 19. Okt. 1887 mit Paula Freiin von Niethammer, ältesten Tochter des am 4. Juli 1911 verst. Freiherrn Friedrich von Niethammer, Fideikommissherr auf Tunzenberg, Bez.-Amt Dingolfing, Niederbayern	14	0,9
Generalkonsul Bankier Albert von Repler, Teilh. des Bankgeschäfts B. Repler seel. Sohn & Co. in Frankfurt a. M., Besitzer des freien Guts Gelschheim (270 ha), in Frankfurt a. M., Schaumainlat 61, sowie auf Gelschheim, H.-A. Ochsenfurt, Unterfranken	14	0,80
Emich Fürst zu Leiningen, Pfalzgraf zu Mosbach, Standesherr in Bayern, Baden und Hessen, Durchlaucht, Besitzer der Fürstlich Leiningen'schen Standesherrschaft (5441 ha, meist Wald) auf Amorbach, Bezirksamt Milten- berg, bayr. Reg.-Bez. Unterfranken	13	0,52
Ottolie Gräfin von Faber-Castell, geb. Freiin von Faber, verheiratet mit dem Grafen Alexander von Faber-Castell, alleinige Besitzerin des Frei- herrlich von Faber'schen Familien-Fideikommiss- Besitzes (4718 ha), in Stein a. d. Redwitz, B.-A. Nürnberg, Mittelfranken	13	0,65
Freifrau von Wendelstadt, Hienbeuern bei Rosenheim, Oberbayern	13	0,60
Geb. Hofrat Dr. phil. Alfred Fringsheim,	13	0,80

zwar durch Baron Friedrich von Teuchert, den Generaldirektor des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, der dort stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist. Und auch im Bundestag gab es – als Abgeordneten der CSU für den Wahlkreis München 1 – einen Wittelsbacher, nämlich den (1969 tödlich verunglückten) Prinzen Konstantin von Bayern, dessen Vater, Prinz Adalbert, als junger Mann noch der Reichsrätekammer angehörte und nach 1945 als Botschafter der Bundesrepublik in Madrid die Beziehungen der Regierung Adenauer zum Franco-Regime ausbauen half.

Botschafter Prinz Adalbert von Bayern blieb vier Jahre lang an der Spitze der Mission in Madrid. Dann musste er seinen Abschied nehmen, weil es sich nicht mehr hatte verheimlichen lassen, dass er seine diplomatischen Privilegien vornehmlich zu – damals illegalen – Devisen- und Sperrmarkt-Geschäften sowie zur – ebenfalls ungesetzlichen – Verbringung von allerlei Kunstschatzen ins Ausland benutzt hatte. Die ganze Affäre wurde, soweit sie das Haus Wittelsbach betraf, weitgehend vertuscht und abgewälzt auf eine Verwandte und Generalbevollmächtigte der ehemaligen Königsfamilie, die Reichsgräfin Wrba-Kaunitz.

Nichtsdestoweniger gab es damals innerhalb der Sippe, die ihre Apanagen gefährdet sah, einen handfesten Krach, in dessen Verlauf der knapp dreiunddreissigjährige Prinz Alexander, ein Bruder des CSU-Abgeordneten Prinz Konstantin, an besagte Reichsgräfin und mit Bezug auf die kronprinzliche Linie seines Hauses schrieb: «No, denen geht der Arsch mit Grundeis. Sie fühlen sich bedroht, fast erpresst. Papa war recht tapfer, da er sich ärgerte und sich nicht wie ein Schulkind massregeln lassen wollte . . . Nachdem es ihnen nicht gelungen ist, Papa von Dir zu isolieren (diesmal durch Familienpolitik), muss er ihnen noch mehr stinken, und wahrscheinlich werden sie jetzt höflicher, wenn sie klug sind . . . Wenn wir diese Schweinerei überleben, trifft die anderen vor Wut der Schlag, und dann müssen sie uns noch ins Gesicht schöntun, was sehr anstrengend ist auf die Dauer, aber sie können uns am Arsch lecken, bis ihnen die Spucke ausgeht. . .»

Die Mama dieses uns seine Familienbande und die Intimsphäre des königlichen Hauses so anschaulich machenden Prinzen, die Botschaftersgattin Augusta geborene Gräfin Seefried auf Buttenheim, deren Mutter ebenfalls eine Wittelsbacherin war, schrieb ih-

rerseits an die Reichsgräfin Josephine Wrbna-Kaunitz: «Geliebteste, beste und allerliebste Finy! Du bist unser Mütterchen, Du bist unsere Schwester, Du bist unser Alles ... Es muss noch mal alles schön für uns alle werden. Alles andere soll crepieren ...!»

Nun, es wurde noch mal alles schön, wenngleich nur für alle Wittelsbacher, die sich – unter Opferung der «allerliebsten Finy», ihres «Mütterchens» – rasch wieder vertragen und aus den ohnehin sehr sanften Krallen der Justiz- und Finanzbehörden retten konnten. Die kronprinzliche Linie, die die Zahlungen des Wittelsbacher Ausgleichfonds allein in Empfang nimmt und nach Abzug des Löwenanteils an die übrigen Verwandten weitergibt, beerbte – durch den Sohn des Herzogs Albrecht, Prinz Max Emanuel, der von dem kinderlosen Herzog Ludwig *in* Bayern adoptiert worden war – die mit gewaltigen Latifundien im Tegernseer Tal nebst gutgehender Brauerei und dem Sanatorium Wildbad Kreuth gesegnete herzogliche Linie. Die zweite königliche oder adalbertinische Linie, deren Chef jetzt Prinz Leopold ist, ein munterer, langmähiger Twen, Sohn des verunglückten Prinzen Konstantin aus dessen erster Ehe, hat auch einiges geerbt, darunter wertvolle, mit illegal erworbener Sperrmark spottbillig aufgekaufte und bebaute Grundstücke in der Landeshauptstadt sowie auf gleichfalls ungesetzliche Weise gebildetes Auslandsvermögen. Doch daran denkt, zumindest bei den Behörden und im Hause Wittelsbach, längst niemand mehr.

Die Wittelsbacher sind also geblieben, was sie waren: steinreich, mächtig und so angesehen, dass nicht einmal ein Streifenführer der Münchener Verkehrspolizei auf den Gedanken kommt, den in Schwabing als ungemein phonstarken und rasanten «Moto-Guzzi»-Rennfahrer gefürchteten Prinzen Leopold, wenn er ihn – wie es geschehen ist – der Trunkenheit am Lenker überführt hat, nun auch zur Anzeige zu bringen, vielmehr die langhaarige königliche Hoheit nur respektvoll bittet, dem bayerischen Volke ein Vorbild zu sein.

Nicht immer verlief die Vermögensbildung der Wittelsbacher mit soviel familieninternem Gezänk wie im Falle der adalbertinischen Sperrmark-Transaktionen. Jahrhundertlang hatten sie ohne häuslichen Streit Adelstitel, Ämter und Offiziersstellen an die Meistbietenden verkauft. (Zur Zeit der Französischen Revolution gab es im winzigen Kurfürstentum Bayern für knapp dreitausend Solda-

ten dreissig Generale und einen Feldmarschall, für drei Rheinschiffe einen Grossadmiral, und 213 reiche Familien wurden vom Kurfürsten gegen Barzahlung in den Adelsstand erhoben, 23 davon gefraht. . .) Auch bei der eingangs geschilderten Übernahme der Schätze des Flüchtlingskindes aus Armenien war sich das Haus Wittelsbach rasch einig: Man lebte gut davon, solange das Prinzchen noch minderjährig war, und als der Armenier das Jünglingsalter erreicht hatte, hoffte man auf eine Gelegenheit, ihm die Herausgabe seines Erbes bei Volljährigkeit verweigern zu können.

Die Gelegenheit kam, als der Armenier anno 1725 einen ihm ärgerlichen Lakaien – vermutlich nach heimischer Sitte – kurzerhand erstach. Nun war ein toter Lakai damals kein Grund, einen königlichen Prinzen zu bestrafen; normalerweise hätte man ihn – wie der Münchener Polizist anno 1971 den Prinzen Leopold – nur sanft ermahnt, den Untertanen kein allzu schlechtes Beispiel zu geben. Im speziellen Fall des Armeniers war es natürlich anders. Zwar liess man ihn nicht köpfen, denn er war ja der Adoptivsohn der Kurfürstin; doch man sprach ihm sowohl seinen Rang wie sein Erbe ab, und man verbannte den gewalttätigen, gerade neunzehnjährigen Exprinzen nach Ingolstadt, wo er als Hauptzolleinnehmer ein bescheidenes Beamtenleben in der Provinz fristen durfte. Der Oberhofmeister der munteren Kurfürstin, der uns schon die Ankunft des Armeniers in Venedig so anschaulich überliefert hat, notierte sich bei dessen Abgang: «Dass der Armenier den Lakaien erstach, ist traurig, hat aber auch sein Gutes: wir sind ihn los!»

Völlig los von Armenien kamen die Wittelsbacher indessen keineswegs. Zunächst behielten sie ja das Geld des Verbannten; nach dem Ableben der Kurfürstin teilten sich deren Söhne die immer noch stattlichen Reste des Schatzes. Und nach fast viereinhalb Jahrzehnten, als sich der Armenier schon zum Sterben anschickte, da geruhte der älteste Sohn eines dieser Wittelsbacher, der mittlerweile als Max III. Joseph Kurfürst geworden war, sich des Adoptiv-Oheims zu Ingolstadt gnädigst zu erinnern. Er ernannte ihn – denn wie dem «Soldatenkönig» in Berlin, von dem dieser Ausspruch stammt, war ihm «Barone machen eine lumpige Bagatelle» – zum «Freiherrn von Aretin» (weil «Aroutinoun» allzu armenisch klang). Und er bestätigte auch die kleinkönigliche Abstammung des neuen Barons.

Der aber konnte sich des gesellschaftlichen Wiederaufstiegs nur noch kurze Zeit erfreuen; er verstarb schon sechs Monate später,

am 11. Oktober 1769. Umso länger war die Freude eines Teils seiner Nachkommen. Der Exprinz hatte gleich zu Beginn seines Inngolstädter Exils die Tochter eines Professors der dortigen Universität geheiratet. Von den insgesamt 14 Kindern aus dieser Ehe waren vier früh verstorben, nicht weniger als sieben als Nonnen oder Mönche ins Kloster gegangen, und einer musste als Erbe der Baronie ausscheiden, weil er die Tochter eines Lakaien geheiratet hatte. Von den beiden übrigen Söhnen starb der eine noch vor seinem Vater, doch der letzte setzte – als 2. Baron von Aretin, Herr auf Niederstraubing, Pirka, Stengelheim, Trachenfels und Stöcklrain – mit drei Söhnen den Stamm fort und brachte es selbst noch zum Oberstlehenhof-Kommissär und Geheimrat der Oberlandesregierung.

Von den drei Brüdern der dritten Generation wurde einer, Baron Georg von Aretin, zur Zeit Napoleons I. königlich bayerischer Generalkommissar im annektierten Tirol und für seine Verdienste um die Sache des verbündeten Frankreichs bei der Bekämpfung bewaffneter Bauernbanden (die ihn, unter Führung eines gewissen Andreas Hofer, der später hingerichtet wurde, 1809 gefangennahmen, im Jahr darauf aber wieder freilassen mussten) mit einem schönen (aus enteignetem Klosterbesitz stammenden) Kronlehen, dem Gut Wimbuch, belohnt. Als Pensionär brachte er es noch zum Mitglied der Zweiten Kammer des Landtags und wurde so der erste einer langen Reihe von Baronen Aretin, die in diversen Parlamenten der deutschen Geschichte bayerisch-föderative und erzkatholisch-reaktionäre Interessen vertraten.

Sein älterer Bruder, Adam Freiherr von Aretin, wenige Wochen vor dem Ableben seines armenischen Grossvaters 1769 zu Inngolstadt geboren, wurde der Gehilfe von Maximilian de Garnerin de la Thuille de Montgelas, eines Mannes, dessen französischer Vater 1742 aus kaiserlichem in kurfürstlich bayerischen Offiziersdienst übergewechselt war. Baron, später Graf Montgelas, wie er kurz genannt wurde, sorgte in der Ära Napoleons I. für die Vergrößerung Bayerns auf Kosten geistlicher und weltlicher Fürsten – beispielsweise der zu Oettingen – für die Erhebung des Kurfürstentums zum Königreich, dessen Bündnistreue zu Bonaparte bis nach der Schlacht von Leipzig währte und 33'000 bayerischen Bauernsöhnen das Leben kostete, und für eine gründliche Modernisierung und Zentralisierung der bayerischen Verwaltung, deren Grundzüge bis in die Gegenwart hinein erhalten geblieben sind.

Als Minister und schliesslich Premier Maximilians I. nahm Graf Montgelas nach französischem Vorbild der katholischen Kirche nicht nur die weltliche Macht, sondern auch ihren riesigen Grundbesitz, der damals mehr als die Hälfte des bayerischen Territoriums umfasste, sowie die meisten Gebäude mitsamt allen Kunstschatzen, Bibliotheken und anderen wertvollen Sammlungen. Und während Baron Adam von Aretin, der älteste der drei Armenier-Enkel, als des Grafen Montgelas' rechte Hand den diplomatischen Dienst leitete und nach dem Sturz seines Chefs 1817 der Bevollmächtigte Bayerns beim Frankfurter Bundestag wurde, war der jüngste Bruder, Baron Christoph, des Grafen Montgelas' Regierungs-Chefkommissar für die Durchsuchung der Klöster und die Konfiszierung ihrer Bibliotheken und Kunstschatze.

Möglicherweise gibt es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dieses jüngsten Bruders dienstlichen Obliegenheiten und der Tatsache, dass der Älteste, Montgelas' Diplomat, eine nachmals sehr berühmte Sammlung von Gemälden, Kupferstichen und wertvollen Büchern anzulegen vermochte. Auf jeden Fall konnten alle drei Aretin-Brüder ihr Vermögen kräftig vermehren und in hohe Staatsämter aufsteigen; der jüngste wurde nach beendeter Plünderung der Klöster sogar Präsident des Appellationsgerichts und ebenfalls Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Von den Nachkommen der drei Armenier-Enkel ist der Sohn und Erbe des ältesten, der 1814 zu München geborene Baron Karl von Aretin, für unsere Untersuchung besonders interessant. Mit noch ausgedehnterem Grundbesitz wurde er auf Lebenszeit in die Kammer der Reichsräte berufen, war Mitbegründer der deutschen Zentrumspartei und deren Abgeordneter im Berliner Reichstag. Von den zehn Kindern aus seiner Ehe mit einer Baroness Gumpenberg-Pöttmes-Oberbrennberg wurde der älteste Sohn, Ludwig Freiherr von Aretin, in der Ära Kaiser Wilhelms II. wiederum Zentrumsabgeordneter im Berliner Reichstag, und auch dessen Sohn und Erbe, Baron Heinrich von Aretin, Fideikommissherr auf Haidenburg, Neuburg an der Kammei usw., der erst 1943 auf dem Familienschloss Haidenburg verstorben ist, vertrat in den Jahren der Weimarer Republik föderative und klerikale Interessen als Abgeordneter der mit dem rechten Zentrum engverbundenen Bayerischen Volkspartei. Er wurde zudem erbliches Mitglied der bayerischen Kammer der Reichsräte, weshalb wir ihn unter deren 88

Mitgliedern des Jahres 1913 verzeichnet finden, desgleichen natürlich auch im damaligen «Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Bayern».

Sein Bruder Erwein, der 1952 in München verstorben ist, wurde – endgültig vergessen waren Armenien, erst recht die Klosterplünderungen – Präsident der vereinigten deutschen Adelsverbände, Vizepräsident des Caritas-Verbandes und 1948 auch Vizepräsident des Deutschen Katholikentages. Von 1924 bis 1928 – vergessen war auch die Vereinnahmung des armenischen Schatzes durch die Wittelsbacher – führte dieser Baron Erwein von Aretin den stramm monarchistischen Bayerischen Heimat- und Königsbund, dessen Ziel ein unabhängiges Bayern unter der erneuerten Herrschaft der Wittelsbacher war. Im «Dritten Reich» wurde er mehrfach verhaftet und gemassregelt, durfte dafür aber 1946 in den ersten bayerischen Landtag einziehen.

Sein Sohn, Baron Anton von Aretin, geboren 1918, setzte die Politik seines Vaters fort und gehörte als Vorstandsmitglied der Bayernpartei, dann der Föderalistischen Union, dem ersten Bonner Bundestag an. Später zog er sich auf seine niederbayerischen Güter zurück, denn natürlich haben auch die Freiherrn von Aretin ihre Schlösser, Wälder, landwirtschaftlichen Domänen und dazugehörigen, in der Aretin-Werke KG zusammengefassten Betriebe bis heute erhalten. Die von dem Baron Anton geleitete Brauerei Aldersbach zählt mit einem Jahresausstoss von 120'000 Hektolitern Bier zu den fünfzehn grössten Braustätten Bayerns, die freiherrliche Familie noch immer zu denen, die von sich sagen können, dass ihnen ein nicht unbeträchtliches Stück von Bayern – und damit auch der Bundesrepublik – gehört. Und der Oberhofmeister jener aus Polen stammenden bayerischen Kurfürstin, der gemeint hatte, man sei den Armenier endgültig los, war mit dieser Annahme auf dem Holzweg.

Dieser Oberhofmeister war übrigens ein Baron Preysing. Seine Söhne und Enkel dienten ebenfalls am kurbayerischen Hof und wurden – drei Jahre vor der Beförderung des Armeniers in den Freiherrnstand – 1766 Grafen von Preysing sowie Freiherren von und zu Alten-Preysing (genannt Kronwinkl) und von Lichtenegg. Ein Nachkomme, Graf Maximilian von Preysing und Lichtenegg, Fideikommissherr auf Moos und Kronwinkl, geboren 1810, heiratete als Dreissigjähriger ein junges Mädchen aus sehr reichem Hause, nämlich die Tochter Anna des letzten regierenden Fürsten

und Reichserbtruchsess von Waldburg zu Zeil und Trauchburg. Der älteste Sohn aus dieser Ehe, Graf Konrad von Preysing-Lichtenegg-Moos, wurde nicht nur der Onkel und Pate des erst 1950 verstorbenen Erzbischofs von Berlin, Konrad Kardinal von Preysing, sondern spielte auch selbst eine bedeutende Rolle, wenngleich vornehmlich hinter den Kulissen.

Von 1871 an mit nur kurzer Unterbrechung bis zu seinem Tode im Jahre 1903 gehörte er der Zentrumsfraktion des Berliner Reichstags an. Und dieser Abgeordnete Konrad Graf Preysing führt uns wieder zurück, einmal zu einer weiteren, höchst bemerkenswerten Episode der Vermögensbildung des Hauses Wittelsbach, zum anderen in die bayerische Kammer der Reichsräte, deren erbliches Mitglied er ebenfalls war, so dass wir seinen Sohn Johann Georg (1887-1924) unter den Reichsräten des Jahres 1913 (und als Grossgrundbesitzer natürlich auch im ‚Jahrbuch der Millionäre‘) verzeichnet finden. Und es bedarf kaum noch der Erwähnung, dass die Preysingschen Latifundien, teils in eigenem Besitz der Familie, teils in dem der eng verwandten und verschwägerten Grafen von Arco-Zinneberg, bis heute erhalten geblieben sind.

Am 14. März 1892 erhielt der damalige preussische Gesandte in München, Graf (später Fürst) Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, ein intimer Freund Kaiser Wilhelms II., den Besuch des Reichstagsabgeordneten Konrad Graf von Preysing. Wie Eulenburgs Tagebuch-Aufzeichnungen, die heute im Koblenzer Bundesarchiv ruhen, zu entnehmen ist, ging es um eine sehr peinliche Affäre, nämlich um die Verhinderung des Erscheinens eines Buches in der Schweiz, das die Wittelsbacher, die Hohenzollern, den Altreichskanzler Fürst Bismarck und weitere hochgestellte Persönlichkeiten auf das Schwerste kompromittiert, möglicherweise sogar den Bestand des Reiches gefährdet hätte.

Eulenburg war entsetzt, ausserdem sehr verärgert, weil er von der ganzen Angelegenheit bis dahin nichts gewusst hatte, obwohl zur selben Zeit und wegen just dieser Sache Graf Lerchenfeld, der bayerische Gesandte in Berlin, auf Veranlassung des Berliner Auswärtigen Amtes nach München gekommen war und seinen Chef, den bayerischen Ministerpräsidenten Graf Crailsheim, aufgesucht hatte. Graf Eulenburg beschwerte sich deshalb sofort bei seinem Dienstvorgesetzten, dem preussischen Staatssekretär des Äusseren Baron Marschall von Bieberstein, der ihn uninformiert in die Un-

terredung mit Graf Preysing und damit in eine höchst peinliche Sache hatte «hineintappen» lassen.

Die Affäre, um die es ging und die heute – nicht zuletzt dank der Entdeckung und Veröffentlichung der Eulenburg-Tagebücher durch Robert Nöll von der Nahmer – bis in die meisten wesentlichen Einzelheiten hinein historisch einwandfrei zu belegen ist, lag in ihren Anfängen damals mehr als zwei Jahrzehnte zurück: Gegen Ende des Jahres 1870, noch im Krieg der deutschen Verbündeten gegen Frankreich, aber schon nach den vernichtenden Niederlagen Napoleons III. und dessen Gefangennahme, war der preussische Ministerpräsident Graf Bismarck an die Verwirklichung seines Planes gegangen, ein Deutsches Reich unter Ausschluss des katholisch-habsburgischen Österreichs zu gründen, das unter preussischer Hegemonie und damit auch unter seiner, Bismarcks, praktischer Alleinherrschaft stehen sollte. Es gab vielfältige Widerstände gegen diesen Plan, zumal von den süddeutschen Fürsten, aber sogar der preussische König und nachmalige Kaiser Wilhelm I. war dagegen, denn der Reichsgedanke war nur eine Sehnsucht der Nation, nicht der zahlreichen Souveräne, die durch eine Zentralgewalt einen Abbau ihrer Privilegien zu befürchten hatten.

Zur Überwindung dieser Widerstände gegen seinen Plan setzte Bismarck den Hebel an der für ihn günstigsten Stelle an, nämlich bei dem Monarchen des nach Preussen grössten, zudem überwiegend katholischen und habsburgfreundlichen Landes, dem Bayernkönig Ludwig II. Dieser geistesgestörte, durch den Bau immer neuer Märchenschlösser und die Unsummen verschlingende Förderung seines Freundes, des Komponisten Richard Wagner, stets um Bargeld verlegene Herrscher wurde Bismarcks Werkzeug. Unter Einschaltung geeigneter Mittelsmänner am bayerischen Hof liess der preussische Ministerpräsident den Bayernkönig ein von Bismarck selbst konzipiertes Handschreiben an den König von Preussen richten, worin Ludwig II. im eigenen wie im Namen aller deutschen Fürsten den Hohenzoller darum bat, die erbliche Kaiserkrone anzunehmen und an die Spitze eines als Fürstenbund gedachten, kleindeutschen Reiches zu treten. Als Gegenleistung für diese, alle noch vorhandenen Widerstände ausräumende Aufforderung aus Bayern übernahm der künftige Reichskanzler (und Fürst) Otto von Bismarck gegenüber Ludwig II. die Verpflichtung, ihm bis an des Königs Lebensende eine Rente zu zahlen, deren Höhe – jährlich 300'000 Goldmark – uns heute sehr gering er-

scheinen muss, zumal wenn man bedenkt, was auf dem Spiel stand. Die Summe reichte jedoch zunächst aus, König Ludwigs alljährliches Defizit zu decken, obwohl daraus noch gewisse Vermittlerprovisionen zu bestreiten waren. Denn allein der Hauptmittelsmann, König Ludwigs Oberstallmeister, Graf Holnstein, der das Briefkonzept (und die Rentenzusage) seinem Herrn überbrachte und dessen – mit Bismarcks Entwurf fast wörtlich übereinstimmendes – Handschreiben an den König Wilhelm von Preussen zurück ins Hauptquartier nach Frankreich befördert hatte, erhielt als Schweigegeld zehn Prozent von jeder Jahresrate, die Bismarck an den Bayernkönig überwies. Anderen Mitwissern wurde mit kleineren Summen der Mund gestopft, teils vom König Ludwig, teils von Bismarck. Denn die «grossartige Schmiererei», wie der baye-rische Ministerpräsident Baron Lutz diese Bestechung später nannte, musste ja strikt geheimgehalten werden.

Eine Enthüllung hätte nicht nur König Ludwig den Thron kosten und den «Eisernen Kanzler» zum Rücktritt zwingen können; auch der Bestand des gerade erst gegründeten Reiches und das Ansehen des neuen Kaisers wären in höchstem Masse gefährdet gewesen. Denn mit just dem erkauften Brief des Bayernkönigs war am 18. Januar 1871 – dem 170. Jahrestag der Selbst-Krönung des «schiefen Fritz» zum König in Preussen unter Assistenz des Grafen Kolbe von Wartenberg – im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles Ludwigs Onkel, Prinz Luitpold von Bayern, der spätere Prinzregent, vor die versammelten Fürsten, Heerführer und Minister getreten und hatte den darüber gar nicht sehr glücklichen Preussenkönig zum deutschen Kaiser ausgerufen.

Was diese «grossartige Schmiererei» noch skandalöser – und infolgedessen noch brisanter im Falle einer Enthüllung – machte, war die Herkunft der Bestechungssummen. Sie stammten nämlich aus den Erträgen des von Preussen erst vier Jahre zuvor beschlagnahmten Vermögens der Welfen, die das Königreich Hannover regiert hatten, im Krieg von 1866 von den Preussen verjagt und enteignet worden waren und in Bayern als dem Land ihres Bundesgenossen und Kampfgefährten Zuflucht gefunden hatten, ohne zu ahnen, dass dieser sich – mit ihrem Geld – vom gemeinsamen Gegner bestechen liess.

Sechzehn Jahre lang bezogen König Ludwig II., Graf Holnstein und einige weitere Mitwisser die von Bismarck zugesagten Summen aus dem «Welfenfonds». Dann, 1886, musste der Bayernkö-

nig wegen weit fortgeschrittener Geisteskrankheit abgesetzt, entmündigt und in Gewahrsam genommen werden. Wenige Tage später ertrank er, zusammen mit einem ihn begleitenden Psychiater, auf bis heute ungeklärte Weise im Starnberger See. Damit endeten auch die Zahlungen aus Berlin, auf die zwei Jahre zuvor noch ein Vorschuss von einer Million Goldmark von König Ludwig erbetelt und von Bismarck gezahlt worden war, so dass die Gesamtsumme der dem Wittelsbacher und seinem Vermittler zugeflossenen Bestechungsgelder samt einer nachträglich gezahlten Rate für 1870, rund 5,5 Millionen Goldmark ausgemacht hat.

Ergänzt man diesen Tatbestand noch durch die Feststellung, dass aufgrund dieses finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses des Bayernkönigs die von Bismarck gelenkte Reichs- und preussische Politik die entscheidenden ersten anderthalb Jahrzehnte lang, in denen die Weichen gestellt wurden, frei von jeder Obstruktion aus München blieb, so lässt sich ermesen, wie den leitenden Beamten in Bayern und in Berlin zumute war, als sie Mitte März 1892 von der geplanten schweizerischen Veröffentlichung des Komplotts erfuhren (wobei daran erinnert sei, dass der preussische Gesandte in München, Graf Eulenburg, überhaupt nicht informiert gewesen war, bis der bayerische Zentrumspolitiker Graf Preysing am 14. März bei ihm vorgesprochen und ihn ins Bild gesetzt hatte).

Eulenburg, der seinen Posten in München erst wenige Monate zuvor von dem Grafen Kuno zu Rantzau, dem Schwiegersohn Bismarcks, übernommen hatte, erhielt auf seine Beschwerde hin vom Staatssekretär des Auswärtigen postwendend Antwort. «Dass ich Sie nicht orientiert habe», schrieb ihm der Staatssekretär, «hat, abgesehen von meiner Scheu, diese Dinge überhaupt anzufassen, darin seinen Grund, dass mir völlig unbekannt war, ob Herr von Crailsheim (der bayerische Ministerpräsident) von der Sache wusste, und ich Ihnen die peinliche Situation ersparen wollte, den Minister in die Pforten des früheren Hofes bzw. der preussisch-bayerischen Beziehungen einzuweihen. Endlich fehlt mir jede aktenmäßige Orientierung über die Verwendung der betreffenden Gelder ...»

Der letzte Satz war eine Anspielung darauf, dass der Reichskanzler Fürst Bismarck und auch sein Sohn, der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Herbert von Bismarck, zwei Jahre zuvor, nach einer Auseinandersetzung des fünfundsiebzigjährigen Kanzlers mit dem seit 1888 regierenden Enkel des ersten Hohenzollern-Kai-

sers, Wilhelm II., grollend aus ihren Ämtern geschieden waren und alle den «Welfenfonds» betreffenden Unterlagen so zurückgelassen hatten, dass sich ihre Nachfolger nicht mehr darin zu rechtfinden konnten. So wusste man in Berlin nicht einmal, ob und gegebenenfalls inwieweit der bayerische Prinzregent Luitpold, der nach dem Tod seines Neffen Ludwig II. für dessen Bruder, den gleichfalls geisteskranken neuen König Otto, die Regentschaft führte, über die «grossartige Schmiererei», auf der die Reichsgründung von 1871 und die deutsche Kaiserkrone beruhten, informiert war oder gar davon profitiert hatte.

Unter diesen Umständen, fuhr der Staatssekretär in seinem Antwortschreiben an Graf Eulenburg fort, sei es ihm zweckmässiger erschienen, «lediglich den Grafen Lerchenfeld», Bayerns Gesandten in Berlin, mit der Benachrichtigung des bayerischen Ministerpräsidenten von der aus der Schweiz drohenden Gefahr zu beauftragen, denn Lerchenfeld wäre «von Anfang an in die ganze Angelegenheit eingeweiht» gewesen und hätte «ein eigenes Interesse daran, dass kein Licht in dieses Dunkel falle».

Nach Erhalt dieses Briefes aus Berlin hielt es Graf Eulenburg für geboten, nun auch sofort seinerseits den bayerischen Ministerpräsidenten Graf Crailsheim aufzusuchen. Die Unterredung fand statt am 19. März 1892, und bei dieser Gelegenheit – so notierte Eulenburg in seinem Tagebuch – zeigte ihm Crailsheim eine Liste der Zahlungen Bismarcks an König Ludwig II.

Der bayerische Ministerpräsident informierte noch am selben Tage den Prinzregenten Luitpold über die ganze Affäre und ihre drohende Enthüllung. Wie Luitpold die Sache aufgenommen hat, ist unbekannt. Fest steht nur dreierlei: Die aus Zürich angekündigte Broschüre erschien nicht, und Eulenburg meinte dazu in einem Brief an Graf Holnstein vom 30. März 1892, die bayerische Regierung habe sie heimlich aufgekauft, obwohl sie dies bestreite; als dann zum Jahresende 1892 das sozialdemokratische Zentralorgan «Vorwärts» in vorsichtiger Form einiges über die «grossartige Schmiererei» veröffentlichte, wies die Reichsregierung diese Angriffe als «Brunnenvergiftung schlimmster Art» und «unerhörte Verleumdung» zurück. Da dem «Vorwärts» offenbar die nötigen dokumentarischen Beweise fehlten, verlief dieser Teil der Angelegenheit im Sande, und die unmittelbar Beteiligten, soweit sie noch lebten, konnten wieder aufatmen. Bismarck selbst liess er-

klären, ihm sei es gleichgültig, ob die Geheimnisse dieses «Welfenfonds» publik würden oder nicht.

Zweitens ist gewiss, dass man in Berlin zunächst vermutet hatte, Prinzregent Luitpold könnte eine Rückzahlung der von seinem Neffen dem Welfenvermögen «entnommenen» Millionen, entweder an Preussen oder direkt an den in Gmunden am Traunsee lebenden Sohn und Erben des letzten Königs von Hannover, den Herzog Ernst August von Cumberland, ins Auge fassen. Bald jedoch erkannte Graf Eulenburg, dass dies nicht der Fall war, und vermerkte in seinem Tagebuch, dass die Wittelsbacher «den Gedanken einer Wiedererstattung vorläufig nicht zu erkennen» gegeben hätten. Und dabei blieb es.

Drittens aber gab es immerhin einen, der wegen der drohenden Enthüllung der Affäre im März 1892 zwar nichts zurückzahlen, aber demissionieren musste: König Ludwigs II. Oberstallmeister, Freund, Ratgeber und Vermittler, Graf Max von Holnstein, bei Hofe schlicht «der Rossober» genannt, quittierte seinen Dienst, und zwar nicht ganz freiwillig, wie es scheint.

Die Grafen Holnstein waren übrigens mit den Wittelsbachern verwandt und verschwägert, und ihren Grafentitel nebst stattlichem Grundbesitz verdankten sie der Tatsache, dass ein Bayernkurfürst des 18. Jahrhunderts, Karl Albrecht, als Karl VII. drei Jahre lang der Gegenkaiser Maria Theresias und ihres «Franzi», seine an die vierzig illegitimen Sprösslinge aus einer Vielzahl von Liebschaften recht grosszügig zu versorgen pflegte. Ein Sohn aus einer Verbindung Karl Albrechts mit einem Fräulein Sophie von Ingenheim, die dann mit einem Grafen Spreti verheiratet wurde, erhielt den Namen «Graf Höllenstein aus Bayern», wurde 1768 in den Reichsgrafenstand erhoben und war Erbstatthalter der Oberpfalz, wo er umfangreiche Güter erhielt.

Diese Latifundien hatten sich, bis sie auf den Grafen Max von Holnstein aus Bayern, den «Rossober» und Intimus Ludwigs II., kamen, noch um einige oberbayerische Besitzungen vermehrt. Ja, und dann kassierte Graf Max sechzehn Jahre lang, neben manchem anderen, seine Provision aus dem von ihm vermittelten Geschäft zwischen Bismarck und König Ludwig, zusammen 480'000 Goldmark. Dafür holte er selbst alljährlich in Berlin das Geld für sich und seinen König ab.

Am 19. März 1892, dem Tag der Unterredung zwischen den Grafen Eulenburg und Crailsheim sowie der anschliessenden Unterrichtung des Prinzregenten durch seinen Ministerpräsidenten,

meldete sich der bis dahin recht vergnügte, sehr robuste und auch von seinen Freunden als «brutal, wenn einer seine Kreise stört», geschilderte «Rossober» zunächst krank und nahm bald darauf seinen Abschied.

Natürlich geschah ihm sonst nichts, denn das hätte ja nur unnötigen Staub aufgewirbelt, und zudem war und blieb auch Graf Holnstein erblicher Reichsrat der Krone Bayerns. Seine letzte Provisionsrate hatte er sich übrigens erst zwei Jahre nach dem Tode Ludwigs II. und nicht mehr in Berlin, sondern – unter Einschaltung eines befreundeten Hofrats als Mittelsmann – von der preussischen Gesandtschaft in Bern auszahlen lassen. Vielleicht wollte er dadurch peinliche Fragen von Seiten Bismarcks vermeiden, denn es gab da noch etwas aufzuklären:

«Besonders interessant ist die Tatsache», schreibt darüber der Historiker Nöll von der Nähmet nach Sichtung der betreffenden geheimen Akten, «dass am 5. Juni 1886, eine Woche vor dem Freitod König Ludwigs im Starnberger See, in Berlin ein Betrag von 250'000 Mark ausgezahlt wurde, der in den Münchener Unterlagen nicht verbucht war. Wo der Betrag geblieben ist, konnte nicht aufgeklärt werden.»

Hinzuzufügen bleibt, dass der Sohn des 1895 verstorbenen «Rossobers» aus dessen Ehe mit Maximiliane Freiin von Gumpenberg-Pöttmes-Oberbrennberg, Graf Ludwig von Holnstein aus Bayern, der erst 1930 zu Garmisch-Partenkirchen das Zeitliche segnete, mit dem stattlichen Vermögen von vier Millionen Goldmark und als Besitzer des Schlossguts Thalhausen in Oberbayern sowie des Fideikommissguts Schwarzenfeld in den Bezirksämtern Nabburg, Neunburg vorm Wald und Amberg, Oberpfalz, im ‚Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Bayern‘ von 1913 verzeichnet ist. Ausserdem gehörte er – der Sitz war ja erblich – bis zu deren Auflösung im Jahre 1918 der bayerischen Kammer der Reichsräte an.

Noch heute gibt es die «Gräflin Holnstein'sche Güterverwaltung» in Thalhausen bei Freising, und wenn die Sippe selbst sonst nicht mehr in Erscheinung tritt, so liegt dies nur daran, dass es keine männlichen Erben gibt und die einzige Urenkelin des «Rossobers» nach Amerika geheiratet hat und in New York lebt. Auch die zweite und die dritte Linie des Grafenhauses Holnstein aus Bayern sind im Mannesstamm erloschen; der letzte Graf aus dieser Verwandtschaft, verheiratet mit einer sehr reichen Erbin, Eugenie geschiedener Gräfin von Dürckheim-Montmartin geborenen Haniel – beides Familien, mit deren Vermögensbildung wir

uns noch kurz befassen werden –, starb 1934 in Dresden.

So bleibt nur noch die Frage, wer – ausser den Wittelsbachern und den Grafen Holnstein aus Bayern – sonst noch an der «grossartigen Schmiererei» verdient hat. Von einem, der «ein eigenes Interesse daran, dass kein Licht in dieses Dunkel falle», gehabt hätte, war bereits in dem Brief des Berliner Staatssekretärs des Auswärtigen an Eulenburg die Rede, auch dass der Betreffende «von Anfang an in die ganze Angelegenheit eingeweiht» gewesen wäre. Es handelte sich um den damaligen bayerischen Gesandten in Berlin und Vertreter Bayerns im Bundesrat, den Grafen Hugo von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg (1843-1925), der als junger Diplomat im Winter 1870 den seinerzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten, Graf Otto von Bray-Steinburg, zu den Verhandlungen mit Bismarck nach Versailles begleitet hatte. Zweifellos war auch Graf Bray-Steinburg ein Mitwisser der geheimen Geschäfte Bismarcks mit Ludwig II., wobei es zumindest fraglich bleibt, inwieweit auch er – wie Graf Lerchenfeld – ein «eigenes Interesse» an dem Kuhhandel mit der Kaiserkrone hatte.

Graf Lerchenfeld, dessen älterer Bruder Ludwig, vermählt mit einer Gräfin Bray-Steinburg, erbliches Mitglied und Präsident der bayerischen Reichsrätekammer war und dessen Neffe, Ludwigs Sohn Otto, seinerseits verheiratet mit einer Gräfin Arco-Zinneberg, sowohl zu den Millionären wie zu den Reichsräten des Jahres 1913 zählte, hat in seinen erst 1934 veröffentlichten Memoiren auch nicht die leiseste Andeutung gemacht und die für einige so einträgliche Affäre – gewiss aus guten Gründen – völlig verschwiegen. Er blieb übrigens 1919 bayerischer Gesandter in Berlin. Sein Neffe, Graf Hugo Junior, 1871 auf dem Familienschloss Köfering bei Regensburg geboren, wurde 1921 bayerischer Ministerpräsident und bekämpfte als solcher im Bundesrat das Gesetz zum Schutz der Republik, der gegenüber er keine solchen Verpflichtungen fühlte wie sein Onkel gegenüber Bismarck und den Hohenzollern. Er war dann noch Reichstagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei, später deutscher Gesandter in Wien und Brüssel. Sein Sohn, Graf Johannes von und zu Lerchenfeld auf Köfering, steht im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik und leitet zur Zeit die Wirtschaftsabteilung der Botschaft in Rom. Und natürlich ist der Familie ihr Schloss- und Grundbesitz verblieben.

Was die Familie der Grafen von Bray-Steinburg betrifft, so ist sie 1953 im Mannesstamm erloschen. Erbe des Grafen Otto von Bray-Steinburg (1873-1944), eines Enkels des Ministerpräsidenten König Ludwigs II., der dem Reichsrat von 1913 angehört und mit mehr als 3'000 Hektar Grundbesitz zu den bayerischen Multimillionären der letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg gezählt hatte, wurde dessen Schwiegersohn, Adalbert Freiherr Poschinger von Frauenau, der – laut Verfügung der Regierung von Niederbayern vom 21. Mai 1953 – seinen Namen in «Freiherr von Poschinger-Bray» ändern durfte. Und Baron Poschinger-Bray, auf dem Brayschen Familienschloss Irlbach bei Straubing wohnhaft, Jahrgang 1912, gehört sowohl dem Aufsichtsrat der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG an als auch dem der Süddeutschen Zucker AG. Er ist Vorsitzender des Gesamtvorstands der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker e. V. für die Bundesrepublik, darüber hinaus einer der bedeutendsten Grossgrundbesitzer des heutigen Freistaats Bayern.

Übrigens, auch der Vater des Barons Poschinger-Bray, Eduard Freiherr Poschinger von Frauenau, war mit einer Gräfin Bray-Steinburg verheiratet, hatte einen erblichen Sitz in der Reichsräte-kammer (und einen prominenten Platz im Millionärsverzeichnis) des Jahres 1913. Und der ältere Bruder des Barons Poschinger-Bray und Haupterbe der Poschingerschen Latifundien ist der Diplomforstwirt Hippolyt Baron Poschinger von Frauenau, 1. Vorsitzender des Bayerischen Waldbesitzerverbandes, Vorsitzender des Agrarausschusses im Wirtschaftsbeirat der CSU, auch Mitglied des Gesamtvorstandes des Bayerischen Bauernverbandes und einer stattlichen Anzahl weiterer Gremien. Er ist aber auch Mitglied des Beirats der Deutschen Bank AG, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Bayerischen Rundfunks, Inhaber der Hippolyt Freih. v. Poschinger'schen Krystallglasfabrik und der Gutsverwaltung Frauenau (nicht dagegen der Poschinger-Brauerei, die seinem Bruder gehört). Von dem gesamten, im Laufe von Jahrhunderten erworbenen Grundbesitz der Familie Poschinger, rund 12'000 Hektar, gehört dem Baron Hippolyt mindestens ein Drittel.

Er ist übrigens seit 1938 vermählt mit Maria Immakulata, geborenen Gräfin von Soden-Fraunhofen, deren Vater, seinerseits verheiratet mit einer Baronin (und Reichsrats-Tochter) von Aretin, ebenfalls bayerischer Staatsminister, Mitglied der Reichsrätekam-

mer von 1913, Goldmark-Millionär, Schlossherr und Grossgrundbesitzer war und dessen Sohn, Graf Ekart von Soden-Fraunhofen, den Familienbesitz geerbt und bis heute erhalten hat, jedoch ausnahmsweise ausserbayerisch, nämlich eine Komtess Zeppelin, heiratete und in dem der Familie seiner Frau gehörenden Konzern der Zahnradfabrik Ludwigshafen (über 17'000 Beschäftigte) Vorstandsmitglied geworden ist.

Warum wir uns so eingehend mit den Familien- und Verwandtschaftsverhältnissen des Barons Hippolyt Poschinger von Frauenau befassen, dessen Grossvater mütterlicherseits bayerischer Ministerpräsident (und Mitwisser) Ludwigs II. zur Zeit der «grossartigen Schmiererei» gewesen ist, hat seinen besonderen Grund: Baron Hippolyt ist nämlich auch seit 1968 Präsident des Bayerischen Senats, eines Gremiums, das gewissermassen die Nachfolge der einstigen Kammer der Reichsräte angetreten hat. Denn der Freistaat Bayern hat nach 1945 als einziges Bundesland das alte Zweikammersystem wiedereingeführt, wenngleich in sehr gemildeter Form, wobei dem (ernannten und ständisch gegliederten) Senat lediglich Brems- und Verzögerungsfunktionen gegenüber dem gewählten Landtag und seiner Gesetzgebung eingeräumt wurden. Und als Präsident dieses Senats wird der Multimillionär, Grossgrundbesitzer und Spitzenfunktionär Baron Poschinger von Frauenau geradezu zur Symbolfigur der ungebrochenen Kontinuität der bayerischen Geld- und Machtelite, die seit den Tagen, da Graf Montgelas das Königreich Bayern zu einem modernen Staat machte, weder ärmer noch weniger einflussreich geworden ist.

Nur am Rande sei vermerkt, dass natürlich auch die Nachkommen des Grafen Montgelas erbliche Mitglieder der Reichsratskammer, Grossgrundbesitzer und anno 1913 Goldmark-Multimillionäre waren. Zwei Töchter des letzten Reichsrats heirateten zwei aus dem Vogtland stammende Brüder, Barone von der Heydte, von denen der eine, Friedrich August, als Rechtsprofessor in Würzburg, CSU-Mitglied des bayerischen Landtags, Bundeswehr-Brigadegeneral der Reserve und vor allem als «,Spiegel'-Anzeiger» (und damit Auslöser der Grossaktion gegen das Nachrichtenmagazin unter Adenauer und Strauss) zeitgeschichtliche Berühmtheit erlangte. Dessen ältester Sohn, Baron Rudolf Konrad Emanuel Franz Sebastian Tarcisius Pius Joseph Maria, erbte von seinem kinderlosen Onkel, dem Grafen Emanuel von Montgelas, Herrn auf Eggkofen, Aham und Gerzen, nicht nur dessen beacht-

lichen Grundbesitz nebst Schloss und Schlossbrauerei, sondern auch, durch Adoption, den Namen Montgelas nebst Grafentitel. Und dieser Graf Rudolf Konrad von Montgelas (geborener Freiherr von der Heydte), Jahrgang 1939, ist als Vorsitzender des Ostausschusses im Wirtschaftsbeirat der CSU, als Chef-Osthändler der Bayerischen Motorenwerke (BMW), und als Inhaber der Osthandelsfirma Baymex in Fürstenstein bei Passau der Hauptverbindungsmann der CSU-Führung und ihrer Förderer aus Industrie, Bankwelt und Grossgrundbesitz zu den sozialistischen Ländern Osteuropas.

Nehmen wir nun noch sechs bisher schon namentlich, jedoch in anderem Zusammenhang erwähnte Familien hinzu: die Grafen Seefried auf Buttenheim, die Grafen Arco der Linien Zinneberg und Valley, die Grafen Crailsheim, die Barone Gumpfenberg-Pöttmes-Oberbrennberg sowie die mit den Wallersteinern eng verwandte Sippe der Fürsten zu Oettingen-Spielberg. Sie waren alle sechs ebenfalls in der Reichsrätekammer (und natürlich auch unter den im Jahrbuch aufgeführten Millionären) des Jahres 1913 vertreten. Sie sind sämtlich noch heute im Besitz ihrer Latifundien, Schlösser und Kunstschatze (wobei den Grafen Arco-Valley, von denen einer 1919 den ersten sozialistischen Ministerpräsidenten von Bayern, Kurt Eisner, unmittelbar vor dessen Rücktritt ermordet hat, auch drei Brauereien gehören, den Grafen Arco-Zinneberg hingegen das in der Münchner Innenstadt gelegene Arco-Palais, die AZET-Konservenfabriken sowie fünf «Arco-Bräu» und «Coronator» produzierende Braustätten), so haben wir damit in insgesamt 35 von 88 möglichen Fällen nachgewiesen, dass die in der Kammer der Reichsräte von 1913 versammelte Geld- und Machtelite des Königreichs Bayern ihren heute lebenden Nachkommen alle Vermögen und die meisten gesellschaftlichen Positionen intakt vererben konnte – unbeschadet von zwei verlorenen Weltkriegen, totalen Geldentwertungen, Abschaffung der Adelsvorrechte, Boden- und sonstigen versuchten Reformen. Und genau dies trifft auch zu auf die überwältigende Mehrzahl der 43 übrigen Multimillionärs sippigen, die im Reichsrat von 1913 versammelt waren.

Wenn wir auch aus Platzgründen nur noch einige wenige besonders eklatante Beispiele nennen können, so sei doch zunächst eine Frage behandelt, die sich dem Leser aufgedrängt haben mag,

haben mag, nämlich ob denn Reichtum und Macht in Bayern ausschliesslich auf aristokratischem Schloss-, Kunst- und vor allem Grossgrundbesitz basiert haben und womöglich noch immer basieren; ob denn nicht Industrie, Handel und Bankgewerbe viel wichtiger waren und sind?

Ohne diese Frage sofort und direkt zu beantworten, sei ihr bei den restlichen Beispielen stärkere Beachtung zuteil. Sie beantwortet sich dann von selbst.

Im bayerischen Reichsrat waren natürlich auch die Fürsten von Thurn und Taxis vertreten. Sie hatten sich durch ein jahrhundertlanges Post- und Personen-Beförderungsmonopol (sowie durch Handel mit und private Ausnutzung von Informationen, die sie sich unter Bruch des Postgeheimnisses zu verschaffen wussten) ein Milliardenvermögen erworben. Heute sind sie nicht nur die grössten privaten Grundbesitzer der Bundesrepublik, nennen anderthalb Dutzend Schlösser ihr eigen und haben sich vorsorglich riesige Ländereien in Brasilien und Kanada zugelegt; sie sind auch Bankiers mit eigener Filialbank, gehören zur Spitzengruppe der bayerischen Bierbrauer und haben eigene Baustoff- und Dachziegelwerke, mehrere Goldverarbeitungsbetriebe in Pforzheim und zahlreiche wichtige Industriebeteiligungen, zum Beispiel am Flachglas AG-DELOG-DETAG-Konzern oder an der ERBA AG für Textilindustrie. Schliesslich sind sie mit mindestens fünf Prozent an der Bayerischen Vereinsbank-Staatsbank AG beteiligt und in deren Aufsichtsrat vertreten. Und so gehören sie – auch wenn man die Milliardenwerte ihres Grund- und Schlossbesitzes unberücksichtigt liesse – allein durch ihren Bank- und Industriebesitz zu den superreichen und übermächtigen Konzernherren der heutigen Bundesrepublik.

Die Fürsten Fugger, Nachkommen der schon zu Beginn der Neuzeit als Monopolherren, Bankiers der Habsburger sowie durch «grossartige Schmiererei» bei Kaiserwahlen berühmten Augsburger Kaufherren, die auch die Niederwerfung der Bauernerhebungen und die Gegenreformation finanzierten, waren selbstverständlich ebenfalls erbliche Mitglieder der bayerischen Kammer der Reichsräte und dort (wie im ‚Jahrbuch der Millionäre‘) anno 1913 vertreten durch Fürst Karl Ernst Fugger von Glött auf Kirchheim. Dessen Sohn, Fürst Josef Ernst, langjähriger CSU-Bundestags- und bayerischer Landtagsabgeordneter, ist heute Senior des Ge-

ju Dbermarcphthal unb Septa# fayid, roelcped nacp bet gamilie faj'iê feinen Stamen erholten f,cit.

^nfammenfteirng bes ^mnbbeflipes bes ^urfMi^en Kaufes \$Çnrrn unb \$ois.

fianb	©erwaltunaifleDe	\$ietton €	Heuer»
		K»aid aemetnoen	
	ÇofmarfchaUamt, Dberpfalj 68 ha		
	St. Emmeram, Dberpfaiü 6925 ha	3602 ha	74
Bapem:	SBörth. Dberpfalj	9656 ha	9064 ha 48
	Suljpeim, Unterfranlc	949 ha	935 ha 13
	JC6ernw»Wnl	10336 ha	8909 ha 99
as,r4«em»r9 SifI06 Jüj8		8079 ha	7113 ha 30
^ssreugen	ft'rotofchin Csofen)	25316 ha	12619 ha 16
	sseitomifchl, Böhmen	6826 ha	4585 ha 38
Öfterreich:	SRicpenbnrg, Böhmen	10375 ha	7297 ha 63
	(Ehotiefchan, Böhmen	7575 ha	4141 ha 34
	Banija, <u>Kroatien</u>	37655 ha	32969 ha 78
	Summa:	123765 ha	91239 ha 493

Sided ÜRähere über ben gürften unb feine gamilie finbet fiep in ber ausführlichen Biographie in bem i. 3. 1914 erfcpienenen Banb Bapern bed „3nb^&ncpd ber Million ft re».

?nna \$raOn JIbetmann non £beta*nnsfelben, evang., geboren ju SIHner, SRpeinproüinj, 7. SRfrtrj 1884 aid einjiged Kinb unb einzige iocpter bed ju (Stuttgart am 4. 3nli 1848 geborenen unb ju Sssiedbaben am 18. Slpril 1887 geworbenen K. mürttbg. SRittmeister a. (Grafen Sllfrieb Slbelmann Von Slbelmannndfelben, ber fiep ju Slacpen am 2. SRai 1882 mit ssucp Gocterill, geboren Slacpen 2. 3nni 1860, eüang., Verheiratet patte. Stacp bem Xobe bed (Grafen Sllfrieb verheiratete fiep feine SBiftve am 27. Sluguft 1889 mit bem iefcigen Dr. h. c. SRebaftcur SRicparb gleifcper, \$eraudgeber ber 2)cutfcpen fReVuc in Sssiedbaben, Ssarfftr. 24. grau 2ucp gleifcper Perm. gern. (Gräfin Slbelmann von Slbelmannndfelben geb. (Eorferid ftarb ju Sssiedbaben am 24. Btai 1913.

\$)ie Grafen Slbelmann von Slbelmannndfelben, teild tatp. teild lulp., finb fcptväbfcper Urabel nach ^ur9 Slbelmannndfelben, Dber= amt Halen, SBürttemberg, ber mit Sssalepun von Slbelmannndfelben unb feinem Bruber SRubolf 1147 juerft urfunblic erfcpaint, SReicpd* freiperrn feit bem 14. gebruar 1680 (von König sseopolb bem I. ju fssrag), SReicpdgrafen unb baprifche (Grafen SRünchen 22. September 1790 (von Æurfürft STarl \$h^ob^or^oon ^falzburg aid 9tei<hdvitar). Sie hnfnen gemeinfcbaftlicpen gibettommi&beffc, ju welchem bie ÎRitter* guter \$ohenftabt (erfte Befifcergreifung 11. 3<*nuar 1407) unb Schechingen (bauember Beficc feit SRärj 1435), Dberamt Stalen, Königreich SBürttemberg, gehören.

samthauses, dessen Mitgliedern neben ausgedehntem Grundbesitz und einigen Schlössern von unschätzbarem Wert auch zahlreiche Industriebeteiligungen, Brauereien sowie ein eigenes Privatbankhaus gehören. Da Fürst Josef Ernst keine eigenen Kinder hat, adoptierte er seinen Neffen, Albert Graf von Arco-Zinneberg, der seither «Graf Fugger von Glött» heisst und mit einer geborenen Baroness Hertling verheiratet ist. (Deren Onkel, Graf Georg von Hertling, im Jahre 1913 bayerischer Ministerpräsident und lebenslanges Mitglied der Reichsrätekommission, war der vorletzte kaiserlich-deutsche Reichskanzler.)

Das fränkische Fürstenhaus Löwenstein-Wertheim, dessen Abstammung sich herleitet von Kurfürst Friedrich I. von der Pfalz, dem «bösen Fritz», der einen mit der Klara Dott aus Augsburg gezeugten Sohn legitimierte und ihm eine Grafschaft überliess, die durch reiche Heiraten grösser und schliesslich (bis 1804) souverän wurde, war in der bayerischen Reichsrätekommission mit gleich zwei erblichen Sitzen – für die Linien-Chefs von Freudenberg und Rosenberg – vertreten. Im «Jahrbuch der Millionäre» von 1913 sind Fürst Ernst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg mit zehn Millionen, Fürst Aloys zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg mit neun Millionen Goldmark steuerpflichtigem Vermögen verzeichnet. Der heutige Grundbesitz beider Linien umfasst rund 12'000 Hektar, aber Fürst Udo Amelang, der derzeitige Freudenberger Linienchef, verfügt auch noch über interessante Industriebeteiligungen. So gehört ihm, zusammen mit seinem Erbprinzen, die Anteilsmehrheit an der Anton Steinecker Maschinenfabrik GmbH in Freising, die Spezialmaschinen für Brauereien und Mälzereien herstellt. Ferner ist er mit knapp 25 Prozent am Aktienkapital der Held & Francke Bauaktiengesellschaft, München, beteiligt, die mit rund viertausend Beschäftigten einen Jahresumsatz von mehr als 200 Millionen DM erzielt. Zum Held & Francke-Konzern gehören aber auch noch eine ganze Reihe von in- und ausländischen Grossbaufirmen, beispielsweise die Friedrich W. Noll Tief- und Strassenbau GmbH, München, oder die Held & Francke AG, Linz.

Was den politischen und gesellschaftlichen Einfluss des Fürstenhauses betrifft, so war ein Freudenberger, Prinz Hubertus, bis 1957 Bundestagsabgeordneter der Freien Demokraten und gehört seitdem der CDU an. Der Chef der Linie Rosenberg, Fürst Karl, aber war von 1949 bis 1968 – wie schon zuvor sein Vater – Präsident des einflussreichen Zentralkomitees der deutschen Katholi-

ken. Und ein Schwager des Fürsten Udo Amelang, der Grossindustrielle und Mitinhaber der mächtigen Metallgesellschaft, Dr. Richard Merton, war bis zu seinem Tode im Jahre 1960 Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Frankfurt am Main und Vorsitzender des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft. Verheiratet ist Fürst Udo Amelang mit einer geborenen Gräfin zu Castell-Castell, und damit kommen wir zu einer weiteren Sippe, die in der bayerischen Kammer der Reichsräte (und im ‚Jahrbuch der Millionäre‘) von 1913 gleich zweimal vertreten war: Den einen erblichen Sitz hatte Fürst Kasimir zu Castell-Rüdenhausen, den anderen Fürst Friedrich Karl zu Castell-Castell. Beider Erben, die heutigen Fürsten Albrecht zu Castell-Castell und Siegfried zu Castell-Rüdenhausen, sind die Inhaber der Fürstlich Castell'schen Bank und Credit-Casse. Fürst Albrecht ist zudem beteiligt an der Süddeutschen Bodencreditbank, sitzt in deren Aufsichtsrat und im Beirat der Hauptaktionärin, der Bayerischen Vereinsbank-Staatsbank AG.

Für den heutigen gesellschaftlichen und damit auch politischen Einfluss der Fürsten und Grafen Castell sind einige Ehen von Interesse, die Angehörige der beiden Häuser eingegangen sind: So heirateten zwei Gräfinnen (und Zwillingsschwestern) Castell-Castell die Brüder Paul Eugène und David Gilette, Inhaber eines weltberühmten Unternehmens in den USA; zwei Grafen (und Brüder) zu Castell-Rüdenhausen heirateten um die letzte Jahrhundertwende die Schwestern Ottilie und Hedwig, Töchter des Grossindustriellen und Grossgrundbesitzers Wilhelm Freiherrn von Faber und seiner Frau Bertha geborenen Faber. Die Nachkommen aus der Ehe des älteren Bruders mit der Baronin Ottilie, die 1918 wieder geschieden wurde, begründeten unter dem Namen Faber-Castell ein weiteres Grafenhaus, dessen derzeitiger Chef, Graf Roland von Faber-Castell, die Besitzungen Stein bei Nürnberg, Weiherbuch, Wolfgangshof, Schwarzenbruck, Dürrenhembach und Appelhof in Mittelfranken sowie Neudlig und Schilddorf in Oberösterreich erbt, ausserdem Alleininhaber der Firma A. W. Faber-Castell wurde, die – vom Bleistift bis zum Rechenschieber – nahezu alle Artikel des Zeichen- und Schreibbedarfs produziert und die halbe Welt damit beliefert.

Graf Roland ist Aktionär und Aufsichtsrat der Nürnberger Lebensversicherungs AG, der Nürnberger Grundstücks- und Verwaltungs-AG, der Nürnberger Allgemeine Versicherungs AG sowie der Vereinsbank in Nürnberg, sitzt im Beirat der Bayerischen Ver-

einsbank-Staatsbank AG und im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesgewerbeanstalt.

Auch die Grafen zu Toerring-Jettenbach gehörten zu den erblichen Mitgliedern der bayerischen Reichsrätekammer und waren 1913 dort vertreten durch Hans-Veit Graf zu Toerring-Jettenbach, Fideikommissherr auf Seefeld, Pörnbach, Jettenbach, Winhöring, Pertenstein sowie weiteren Besitzungen in Württemberg mit zusammen knapp zehntausend Hektar, vermählt mit Sophie geborener Herzogin in Bayern. Im ‚Jahrbuch der Millionäre‘ stand Graf Hans-Veit mit einem Vermögen im Steuerschätzwert von 25 Millionen Goldmark damals an prominenter Stelle.

Auch der heutige Chef des Hauses heisst Graf Hans-Veit wie sein Grossvater und zählt zu den reichen Schlossherren und Grossgrundbesitzern Süddeutschlands. Es gehören ihm jedoch nicht nur weite Seeufer und ganze Seen in der Umgebung von München, Wälder, Hopfenanbaugebiete und wildreiche Alpenreviere – wobei wir auf die letzteren noch zurückkommen werden –, sondern auch zwei gutgehende Brauereien mit einem Jahresausstoss von zusammen rund 100'000 Hektoliter Bier. Ausserdem ist Graf Hans-Veit als Alleininhaber der Uher-Werke ein in der ganzen Welt renommierter Tonbandgeräte-Produzent.

Die sicherlich beim Leser schon gelegentlich erwachten Zweifel, ob die hocharistokratischen Grossgrundbesitzer Süddeutschlands wirklich noch so reich und mächtig sind wie ehemals, zerstreut der Bericht des bayerischen Obersten Rechnungshofs für 1969, der erst Ende 1971 fertiggestellt wurde. Darin rügten die Prüfer drei Ankäufe der Staatsforstverwaltung. In zwei Fällen waren die Verkäufer enge Verwandte der Herzöge in Bayern (und damit auch der Grafen Toerring); im dritten Fall waren die Grafen Toerring-Jettenbach direkt betroffen, wenngleich keineswegs geschädigt. Die Kritik des Rechnungshofs richtete sich nämlich gegen eine viel zu hohe Bewertung und Bezahlung der angekauften Gebirgsreviere: Für die vom Haus Toerring erworbenen 1250 Hektar des Reviers Winkel hatte die Staatsforstverwaltung 8,6 Millionen DM bezahlt; der von den Prüfern ermittelte Wert betrug dagegen nur 2,55 Millionen DM.

Man hatte also, auf Kosten der Steuerzahler, den Grafen Toerring mehr als das Dreifache des wahren Verkehrswerts bewilligt,

und diese enorme Überzahlung war von der Staatsforstverwaltung mit «landeskulturellem Interesse» des Waldstücks begründet worden. Dem stand jedoch nach Meinung der Prüfer die Tatsache entgegen, dass man das Revier, zugleich mit dem Ankauf, an den Verkäufer, also an die Toerrings, verpachtet hatte, und zwar gleich auf 24 Jahre. So waren die Grafen ihren unrentablen Wald äusserst günstig losgeworden, hatten aber das Jagdrecht behalten.

Neben diesen Umständen rügte der Oberste Rechnungshof aber noch zahlreiche Verfahrensmängel, so beispielsweise, dass das eigentlich zuständige Liegenschaftsreferat des bayerischen Landwirtschaftsministeriums bei den Ankaufsverhandlungen nicht beteiligt wurde. Dem Haushaltsreferenten, dem die Bewertungsunterlagen nicht zugänglich gewesen seien, wäre der Preis so hoch erschienen, dass er den zuständigen Landtagsausschuss eingeschaltet wissen wollte. Diese Anordnung wurde nicht befolgt; auf die Abzeichnung durch den Haushaltsreferenten verzichtete man. Und schliesslich waren sowohl bei dem Ankauf wie bei der anschliessenden Verpachtung nicht die eigentlich zuständigen Beamten, sondern andere, nicht zuständige, eingeschaltet worden, die dem Grafen Toerring genehm waren.

Trotz dieser Rügen des Obersten Rechnungshofs und daraus resultierenden Anfragen der SPD-Opposition im bayerischen Landtag darf man ganz sicher sein, dass auch in diesem Fall gar nichts geschehen wird (in den beiden anderen Fällen erst recht nichts, denn da erhielt das grossherzogliche Haus Luxemburg, nahe Verwandte der Herzöge in Bayern, 3,3 und 2,9 Millionen DM zuviel). Wie im Fall der Sperrmark-Transaktionen des Hauses Wittelsbach steht auch bei diesen kostspieligen Grundstückskäufen dem öffentlichen Interesse und der Pflicht der bayerischen Staatsregierung, mit allen gesetzlichen Mitteln auf Wiedergutmachung zu dringen, das offenbar übergeordnete Interesse der mit absoluter Mehrheit regierenden CSU entgegen. Graf Toerring-Jettenbach gehört schliesslich, wie die meisten aristokratischen Grossgrundbesitzer Bayerns, zu den Förderern dieser Partei, der er zur selben Zeit, da seine ungerechtfertigte Bereicherung auf Staatskosten im Landtag kritisiert wurde, seinen Jagdhof Taufkirchen bei München für eine grosse Public-Relations-Party der CSU-Führung zur Verfügung stellte.

Über diese Veranstaltung war in der ‚Süddeutschen Zeitung‘ zu

lesen: «Zwischen Ballkünstler Beckenbauer und Industriellengattin Lo Sachs sitzend, fühlte sich Modemacher Heinz Oestergaard vom Mantel der Geschichte gestreift: ‚Hier ist die Welt wirklich noch in Ordnung. Dies hier ist echtes Bürgertum, für das man kämpfen muss!‘ Und so, als sei ihm dieses Bekenntnis noch etwas zu zaghaft ausgefallen, stiess er nach: ‚Für das man auf die Barrikade gehen muss! Wenn es not tut, auch mit einem Gewehr!‘

Lebhafte Sympathien für die CSU, enormen Reichtum und Einfluss sowie einen Verzicht auf jedwede Pingeligkeit bei Grundstücksgeschäften finden wir auch bei den Fürsten von Waldburg zu Zeil und Trauchburg. Chef dieses ehemals souveränen, in Württemberg und Bayern begüterten Hauses war im Jahre 1913 Fürst Georg, der sowohl in der bayerischen Reichsrätekammer wie in der Ersten Kammer des Königreichs Württemberg Sitz und Stimme hatte, auch unter den Millionären beider Bundesstaaten verzeichnet war und mit annähernd 18'000 Hektar (= 180 Millionen Quadratmeter) Grundbesitz des Gesamthauses zu den Magnaten Süddeutschlands gehörte.

Das Geschlecht, das seinen Stammbaum stolz bis in die Stauferzeit zurückverfolgt, gewann Macht und Reichtum sowie entsprechende Standeserhöhung vornehmlich durch Truchsess Georg, den «Bauernjörg», von Waldburg, der 1525 die Söldnerhaufen des Schwäbischen Bundes anführte und die Aufstände der unterdrückten Bauern und Kleinbürger blutig niederwarf.

Obwohl er als Feldhauptmann, nicht als Richter, eingesetzt worden war und keine Vollmachten hatte, Strafen zu verhängen, dies auch dem geltenden Recht widersprochen hätte, liess der Truchsess von Waldburg, selbst nach der völligen Unterwerfung der Aufständischen, Abertausende foltern und hinrichten. Sein Henker rühmte sich, mit eigener Hand 1'200 Köpfe abgeschlagen zu haben, und in einer Liste, die erhalten geblieben ist, lesen wir: «... unter andern folgende hingerichtet worden: zu Öttingen 9 Bürger, zu Würzburg der Bauern Obrister Hauptmann, Jacob Keel samt 4 anderen Bürgern auf dem Marckt, 19 vor der Capellen, 36 auf dem Rennweg, 10 bey dem grünen Baum ... Zu Kitzingen sind Donnerstags nach Pfingsten 5 von Burg-Bernheim die Köpffe abgeschlagen, Freytags hernach 62 Männern die Augen ausgestochen, dann Samstag darauf noch vier die Köpffe abgeschlagen. .. » So geht es schier endlos weiter, durch fast alle Städte und Markt-

flecken Frankens. In Württemberg wütete der «Bauern) örg» noch schlimmer, dort immerhin im Einklang mit AusnahmeGesetzen, die nach dem Aufstand des Armen Konrad erlassen worden waren. Doch der Waldburger verbreitete nicht nur Terror, er kassierte auch Bussgelder. Mitunter erpresste er zunächst Lösegeld von den Angehörigen der Gefangenen, die er dann trotzdem abschlachten liess.

Die Kontributionen, Bussen und Lösegelder überstiegen die ohnehin schwache Finanzkraft der Bevölkerung; ganze Gemeinden gingen zugrunde und lösten sich auf. Hausmacht und Grundbesitz des Waldburgers aber schwollen gewaltig an, und noch heute gehören den Nachkommen des «Bauernjörg» weite Teile Schwabens.

Der gegenwärtige Chef des Hauses Waldburg-Zeil, Reichserbtruchsess und Fürst Georg, ein Mann des Jahrgangs 1928, der mit Gabriele geborener Prinzessin von Bayern verheiratet ist, hat in den letzten Jahren den ererbten Grundbesitz noch beträchtlich vermehrt. Er kaufte beispielsweise für rund drei Millionen Mark ein ausgedehntes Alpenrevier zwischen Immenstadt und Oberstaufen, doch er weiss auch zuzugreifen, wenn es sich um kleine Terrains handelt.

So erwarb er von der Hausgehilfin Maria Natterer 65'000 Quadratmeter Grund gegen eine Leibrente von monatlich 150 DM; für ein anderes, nur 20'000 Quadratmeter grosses Areal zahlte er 210 DM monatlich auf Lebenszeit der Verkäuferin ...

Fürst Georg von Waldburg-Zeil ist indessen nicht nur Grundbesitzer (und -Sammler), sondern auch ein rühriger Unternehmer. Er verarbeitet das Holz seiner riesigen Wälder in eigenen Sägewerken und Papierfabriken; einen Teil der eigenen Papierproduktion verwendet er für sein schwäbisches Zeitungsimperium, das in der «Allgäuer Zeitungsverlag GmbH» zusammengefasst ist. Unter dem Firmennamen «Eisen-Fuchs» betreibt er mit zahlreichen Filialen Haushalts- und Eisenwaren-Handel. Und schliesslich ist der Fürst auch noch Kur-Unternehmer, der in eigenen Gebäuden, Heilstätten und Parkanlagen täglich 1'500 Verschickte der Landesversicherungsanstalten versorgt und damit Millionen verdient.

Was den politischen Einfluss des Fürsten betrifft, der der württembergischen CDU *und* der bayerischen CSU angehört, so reicht er über das Verbreitungsgebiet seiner Zeitungen weit hinaus. Nicht zuletzt diesem Umstand verdankte die Universität München im

Sommer 1971 einen neuen Rektor: den Professor Nikolaus Lobkowitz, Rechtsausssen unter den Ordinarien, Sprecher des reaktionären «Bundes für die Freiheit der Wissenschaft» und (als gebürtiger böhmischer Prinz aus einer Aristokratenfamilie, die jahrhundertlang die tschechischen Klerikalen im Kampf gegen Deutsche, Juden, Protestanten und Liberale angeführt hat, sowie als Ehemann der geborenen Gräfin Maria Immakulata Josefine zu Waldburg-Zeil) Standesgemässe und Schwager des Fürsten Georg und dessen Gemahlin, der Wittelsbacher-Prinzessin.

Zur Rektorenwahl selbst war in der «Süddeutschen Zeitung» zu lesen: «Die Zusammensetzung der Wahlversammlung (416 Professoren für 324 Lehrstühle und 23 Vertreter für 24'000 Studenten) schien selbst dem noch amtierenden Rektoratskollegium so absurd, dass es versuchte, andere Paritäten festzusetzen: Abschaffung des Stimmrechts der pensionierten Professoren (Emeriti), Gleichstellung aller Hochschullehrer, verstärkte Beteiligung der Assistenten und Studenten. Auf der Senatssitzung vom 8. Juni 1971 war es gerade der Rektor designatus Lobkowitz, der im Hinblick auf seine Wahl (für die er auf die Stimmen der Pensionäre angewiesen war) sich am schärfsten gegen diese überfällige und ungenügende Wahlreform wandte... »

Als letzte, die zu den Hocharistokraten zu rechnen sind, obwohl sie nur einen Freiherrentitel führen, sind die Angehörigen einer Sippe zu nennen, die den Fürsten zu Waldburg-Zeil in vieler Hinsicht ähnlich sind: Auch sie sind von uraltem Adel, hatten – wie eine Sammlung in Oberndorf Kreis Höchstadt, die freiherrliche «Bauernschinderei, Volksausbeutung und unmenschliche Ausnutzung von Leibeigenschaft und Frondiensten» sowie die dabei benutzten Folterwerkzeuge betreffend, noch heute beweist – erheblichen Nutzen aus den Folgen des Bauernkrieges, waren schon vor dem Ersten Weltkrieg Goldmark-Multimillionäre und sind heute der DM-Milliardärsklasse zuzurechnen, nahmen im Königreich Bayern einen erblichen Sitz in der Kammer der Reichsräte ein und haben seitdem an politischem Einfluss noch erheblich gewonnen. Ihr Sippenvertreter im Reichsrat von 1913 war Dr. Maximilian Freiherr von und zu Guttenberg.

Der damals vierundzwanzigjährige Baron, Fideikommissherr auf den Rittergütern Guttenberg-Oberhaus, Wall in Triebenreuth,

Humendorf, Sauerhof, Weisendorf, Schmiedelberg, zu Neustadt an der Saale, auf Schloss Guttenberg und den sogenannten Steinhäusern Schlösslein, Meierhof, Streichenreuth, Breitenreuth und Untersteinach, zu Würzburg und auf dem Weingut Reichsrat von Buhl, fiel als Leutnant 1914 an der Westfront. Seinen Sitz im Reichsrat nahm (bis 1918) sein jüngerer Bruder Georg Enoch ein, der auch den Familienbesitz erbte und 1940 auf Schloss Guttenberg starb. Nun wäre eigentlich dessen ältester Sohn an der Reihe gewesen, doch der fiel Anfang 1943 als Rittmeister vor Leningrad. So kam der gesamte guttenbergische Familienbesitz an den jüngeren Sohn, Baron Karl Theodor, der sich im Sommer 1943 mit Rosa Sophie Prinzessin und Herzogin von Arenberg vermählte, nach 1945 zunächst Landrat in Stadtsteinach, dann (und bis 1972) CSU-Bundestagsabgeordneter und im Jahre 1966 von Kiesinger zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt bestellt wurde. Diese Schlüsselstellung behielt er bis zum Ende der Grossen Koalition.

Die politischen Ansichten und Ziele des Barons Karl Theodor von und zu Guttenberg sind allgemein bekannt; sie gelten selbst bei vielen seiner Parteifreunde als allzu reaktionär. Weniger bekannt ist der ausserordentliche Reichtum der freiherrlichen Familie und ihr auf glänzenden Verbindungen beruhender gesellschaftlicher Einfluss. Mit einer Frau aus dem milliardenschweren Haus der Herzöge von Arenberg, deren Mutter aus der Sippe der Fürsten Wrede (mit erblichem Sitz in der bayerischen Reichsrätekammer) stammte und deren Grossmutter eine Prinzessin Lobkowitz war; mit einer Wittelsbacherin, Tochter des Kronprinzen Rupprecht und der Prinzessin Antonia von Luxemburg, zur Kusine und einem Habsburger zum Schwager, gehört Baron Guttenberg durchaus zur Hocharistokratie. Auch seine Kinder sind entsprechend verheiratet: Die älteste Tochter, Elisabeth, heiratete Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg (aus einer Grossgrundbesitzerfamilie mit erblichem Sitz in der bayerischen Kammer der Reichsräte), der als 2. Vorsitzender der Jungen Union und deren rechter Flügelmann die Politik seines Schwiegervaters fortzusetzen verspricht; die zweite Tochter, Michaela, vermählte sich 1970 mit Baron Johannes Heereman von Zuydtwyck, westfälischem Grossgrundbesitzer und Vetter des Bauernverbandspräsidenten, und der einzige Sohn, Georg Enoch, nahm 1971 Christiane Gräfin und

Edle Herrin von und zu Eltz zur Frau, deren Papa Burgherr und Weingutsbesitzer zu Eltz und Eltville ist und eine Prinzessin Löwenstein zur Mutter, einen Prinzen Lobkowicz zum Schwager, eine Prinzessin Lobkowicz zur Tante, zudem die Ehre hat, den Souveränen Malteserritterorden als dessen Gesandter bei der Bundesregierung zu vertreten.

Was das Vermögen des Barons von und zu Guttenberg betrifft, so ist dafür die «Freiherrlich v. Guttenbergsche Hauptverwaltung der zusammengefassten land- und forstwirtschaftlichen Weinbau- und Kurbetriebe» zuständig. Der Länge des Namens dieser Konzernzentrale entspricht der Umfang der freiherrlichen Latifundien, zu denen das ganze Heilbad Neustadt an der Saale ebenso zählt wie das weltberühmte Reichsrat v. Buhl'sche Weingut in Deidesheim in der Pfalz, ein Juwel, dessen Vorbesitzer auch noch der Reichsrätekammer des Königreichs Bayern von 1913 angehörte, aber keine männlichen Nachkommen hatte.

Gänzlich anders ist die Herkunft und Beschaffenheit des Vermögens eines Parteifreundes und ehemaligen Fraktionskollegen des Barons Guttenberg, dessen Familie zwar keinen erblichen Sitz in der bayerischen Kammer der Reichsräte hatte, dort aber 1913 vertreten war durch den Bischof von Regensburg, Exzellenz Dr. Franz Anton Ritter von Henle.

Zur selben Zeit war ein naher Verwandter des Bischofs, Exzellenz Dr. Wilhelm Ritter von Henle, bayerischer Justizminister und Mitglied des Staatsrats, dem zuvor auch der 1901 verstorbene Kronanwalt Dr. Siegmund Ritter von Henle, ein Vertrauter Ludwigs II., angehört hatte. Der Kronanwalt, der auch Abgeordneter im bayerischen Landtag gewesen war, hatte den königlichen Wechselsensal (so lautete der Titel des um den Kredit der Wittelsbacher bemühten Bankiers) Benedikt Henle zum Vater, und dessen Vater war der um die Emanzipation der Juden in Bayern hochverdiente Konsistorialrat Elkan Henle (1761 bis 1818) aus Fürth.

Die ursprünglich jüdischen Henles aus Fürth hatten, nachdem sie Christen geworden waren, sämtlich Karriere gemacht. Einer von ihnen, Dr. Julius von Henle, war vor dem Ersten Weltkrieg Regierungspräsident von Unterfranken und wegen seiner Verdienste persönlich geadelt worden. Dessen 1899 geborener Sohn Günter wurde mit 18 Jahren Leutnant, mit 20 Jahren bereits Referendar und Dr. jur., half zwischendurch als Freikorpsoffizier mit,

die Arbeiteraufstände in München und Thüringen niederzuwerfen, und trat 1921 in den Auswärtigen Dienst ein, wo er binnen zehn Jahren zum Botschaftsrat an der Deutschen Botschaft in London aufrückte. Im Jahr darauf, 1931, heiratete der junge Diplomat ein Mädchen aus sehr reichem Hause, Anne Liese Küpper, die Stieftochter des Stahlgrosshändlers und Industriellen Peter Klöckner.

Im selben Jahr wurde Dr. Günter Henles Vorgesetzter, der deutsche Botschafter in London, Konstantin Freiherr von Neurath, Reichsaussenminister des neuen Reichskanzlers Franz von Papen, der seinerseits mit der Familie Klöckner eng befreundet war. So schien die weitere Karriere des Botschaftsrats Dr. Henle gesichert.

Sie endete jedoch jäh im Jahre 1936, als Dr. Henle – wegen seiner «nichtarischen» Abstammung – aus dem Auswärtigen Dienst ausscheiden musste. Der Entlassene brauchte jedoch nicht auf Stellungssuche zu gehen; sein Schwiegervater nahm ihn in seiner Firma auf, ernannte ihn nach kurzer Einarbeitungszeit zum ordentlichen Vorstandsmitglied und machte ihn bald darauf zum Juniorpartner in der Stammfirma Klöckner & Co.

Knapp zwei Jahre später starb Peter Klöckner, und da dessen Sohn und Erbe zuvor tödlich verunglückt war, konnte nun Dr. Günter Henle die Gesamtleitung des Konzerns sowie die Alleininhaberschaft der Holdinggesellschaft übernehmen. Obzwar ein Gauleiter Hitlers dem «Nichtarier» Henle dann die Betriebsführung untersagte und sogar Hausverbot im Klöckner-Konzern erteilte; wemgleich die englischen Besatzer 1945 Dr. Henle als ehemaligen Rüstungsindustriellen verhafteten und sein Vermögen beschlagnahmten, und obschon auch die Holländer das noch von Peter Klöckner in die Niederlande transferierte Aktienkapital der Klöckner-Werke als Feindvermögen konfiszierten, ist Dr. Henle aus allen diesen Massnahmen kein dauernder und wesentlicher Schaden erwachsen: Er ist heute Senior und geschäftsführender Teilhaber der Stammfirma Klöckner & Co., des mit 4,4 Milliarden Mark Jahresumsatz 1970 zweitgrössten bundesdeutschen Handelsunternehmens; die restlichen Anteile hat er bereits seinen Kindern überschrieben.

Bis vor Kurzem, als er sich aus Altersgründen zurückzog und seine Söhne in diese Gremien nachrücken liess, war er Vorsitzter des Aufsichtsrats, sowohl der Klöckner-Werke AG, Duisburg, wie

der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, die zusammen mit über 60'000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von weit über vier Milliarden Mark erzielen. Auch bei der Allianz, dem bedeutendsten Versicherungskonzern der Bundesrepublik, präsierte er im Aufsichtsrat, und bei der Deutschen Bank AG, dem grössten Kreditinstitut des Landes, führte er den stellvertretenden Vorsitz.

Der heute zweiundsiebzigjährige Milliardär war in jüngeren Jahren auch politisch aktiv. Er gehörte – wie so viele Mitglieder jener Familien, die vor dem Ersten Weltkrieg in der bayerischen Kammer der Reichsräte Sitz und Stimme hatten – als Abgeordneter der CDU dem ersten Bonner Bundestag an; später überliess er sein sicheres Mandat einem seiner Direktoren. Er blieb jedoch bis heute Präsident der einflussreichen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, ein Freund und Förderer der CDU/CSU und ein Berater der Unionsführung auf den Gebieten der Wirtschafts- und Aussenpolitik.

Damit haben wir in 48 (von 88 möglichen) Fällen und damit bei mehr als der Hälfte der Mitglieder jener bayerischen Reichsräte-kammer von 1913 eine ungebrochene Kontinuität von Macht und Reichtum nachgewiesen. Wir könnten uns darauf beschränken, diese – ursprünglich gar nicht für möglich gehaltene und dann nur vermutete – Kontinuität als in einem Masse gegeben anzusehen, wie es unter Berücksichtigung des Geschehens der letzten sechs Jahrzehnte und der bitteren Erfahrungen, die die Masse der Bevölkerung während dieser Zeit machen musste, wahrlich nicht zu erwarten gewesen wäre.

Unter den restlichen vierzig Sippen, die vor 1914 die bayerische Geld- und Machtelite bildeten und von denen einige inzwischen ausgestorben, die allermeisten anderen aber ebenfalls noch reich und mächtig geblieben und sämtlich miteinander verwandt, verschwägert oder sonstwie eng verbunden sind, gibt es jedoch noch eine, die man einfach nicht übergehen kann. Sie ist nämlich heute die reichste von allen, reicher noch als die Fürsten von Thurn und Taxis, der Baron von und zu Guttenberg oder selbst die Henles.

Deshalb sei, ehe wir unsere Untersuchung, soweit sie die bayerischen Verhältnisse und die Reichsräte-kammer von 1913 betrifft, nun beenden und zu einigen ersten Schlussfolgerungen kommen, diese Familie als letztes Beispiel angeführt. Ihr Name ist erst in jüngster Zeit über den Münchener Raum hinaus bekanntgeworden, und zwar durch einige Grundstücksgeschäfte mit dem Freistaat

Bayern. Dabei hat der Fiskus – ganz im Gegensatz zu den von ihm bezahlten, immens überhöhten Preisen beim Ankauf der gräflichen Törringschen Gebirgsreviere – hier wertvolles Bauland an der Peripherie der Landeshauptstadt spottbillig abgegeben, und zwar an den Sohn und Erben eines Mannes, der der Kammer der Reichsräte von 1913 angehört hat und im ‚Jahrbuch der Millionäre‘ mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 16 Millionen Goldmark verzeichnet war. Er hiess Wilhelm Ritter von Finck und galt damals bereits als «der bedeutendste Privatbanquier Bayerns».

Im Gegensatz zu fast allen anderen, vorwiegend hocharistokratischen, mindestens aber alteingesessenen und begüterten in Familien angehörenden Mitgliedern der damaligen Kammer der Reichsräte, war Wilhelm von Finck kein gebürtiger Adliger oder auch nur Bayer, sondern stammte aus dem hessischen Vilbel, wo er 1848 als Sohn eines kleinstädtischen Gemischtwarenhändlers zur Welt gekommen war. Nach einer Banklehre im In- und Ausland hatte er als Zweiundzwanzigjähriger 1870 eine Anstellung als Prokurist des gerade gegründeten Münchener Bankhauses Merck, Christian & Co. erhalten. Dieses neue Institut war eine Kommandite der damals sehr bedeutenden Darmstädter Bank und der junge Prokurist bald die Seele des Geschäfts.

Neun Jahre später hiess die Bank bereits Merck, Finck & Co., und 1897 gehörte sie nur mehr Wilhelm Finck und dessen jüngeren Bruder August. Mit geborgtem Geld hatten sie sich zunächst in das Bankhaus eingekauft und alsdann die anderen Teilhaber hinausgedrängt, darunter die Erben des Reichsrats von Cramer-Klett, der den jungen Wilhelm Finck besonders gefördert hatte und einer seiner Kreditgeber gewesen war.

(Am Rande sei vermerkt, dass der Familie der Freiherren von Cramer-Klett auf Hohenaschau, vormals erbliche Reichsräte der Krone Bayern, noch heute erheblicher Grundbesitz, ein schönes Schloss sowie die Schlossbrauerei Hohenaschau gehört, so dass sie das 50. Beispiel für ungebrochene Kontinuität liefert; mit dem Vermögen der Familie von Finck kann es indessen der verbliebene Reichtum der Erben des einstigen Gönners der Fincks längst nicht mehr aufnehmen.)

Wilhelm Finck – sein jüngerer Bruder August spielte nur die Rolle eines passiven Mitläufers, verstarb 1903 kinderlos und hinterliess seine Anteile dem älteren – besass, wie sein Biograph Bernhard Hoffmann es formuliert hat, «die seltene Gabe, nur gute

Geschäfte zu machen». Er begründete Brauereien, darunter die Löwenbräu AG, Verkehrsunternehmen wie die Tegernseer Bahn oder die Münchener Trambahn AG, des Weiteren Deutschlands erste Wasserkraft-Überlandzentrale, die Isarwerke, die Bayerischen Stickstoffwerke AG, im Gefolge des Barons von Cramer-Klett auch die Motorenwerke Augsburg-Nürnberg (M.A.N.) und, gemeinsam mit Rudolf Diesel, die Allgemeine Gesellschaft für Dieselmotoren AG.

Dem immer geldbedürftigen König Ludwig II. verweigerte der jedweder Verschwendung abholde Finck die erbetenen Kredite. Dagegen kaufte er zielstrebig Land auf, vorzugsweise bei Zwangsversteigerungen. (Bei seinem Tode dehnte sich der Hauptbesitz im Osten von München, so berichtet sein Biograph Bernhard Hoffmann, «fast geschlossen auf die 20 Kilometer lange Strecke von Perlach bis Zorneding aus». Dazu kamen Besitzungen im Westen und vor allem im Südwesten der Landeshauptstadt, am Kochel- und Barmsee, die Vereinsalpe bei Mittenwald sowie weite Jagdreviere im Gebirge.)

Mit Baron von Cramer-Klett und einigen weiteren Finanzleuten gründete Wilhelm Finck 1880 die Münchner Rückversicherungs AG, das erste Unternehmen seiner Art in Deutschland. Unter Fincks Vorsitz im Aufsichtsrat – er hielt diesen Posten 44 Jahre lang, bis zu seinem Tode – bildete die «Münchner Rück» gewaltige Reserven und erwirtschaftete in fast jedem Jahr 25 Prozent Dividende. 1890, zehn Jahre nach ihrer eigenen Gründung, bekam die «Münchner Rück» eine Tochter, die den Namen Allianz Versicherungs AG erhielt und in deren Aufsichtsrat ebenfalls Wilhelm Finck das Präsidium übernahm. Unter seiner Führung entwickelte sich die Allianz zum grössten Direktversicherer des Kontinents, hortete während des Ersten Weltkriegs systematisch Devisen und konnte so in den Jahren der Inflation die Auslandsverpflichtungen kleinerer Versicherungen (und diese Konkurrenten gleich dazu) hilfreich übernehmen.

Wilhelm (seit 1905: Reichsrat von) Finck starb 1924, und in Bayerns Wirtschaft glaubte man, dass das von ihm geschaffene Bank-, Versicherungs-, Brauerei-, Kraftwerke- und Maschinenbau-Imperium nun wieder verfallen würde. Wilhelm von Fincks ältester Sohn, Wilhelm Junior, der das Bankhaus samt allen Beteiligungen hatte erben sollen, war 1916 als Leutnant beim königlich bayerischen Infanterie-Leibregiment am Roten-Turm-Pass in Ru-

mänien gefallen. Übrig geblieben waren zwei ältere Schwestern, Margarete verehelichte Baronin Stengel und Elisabeth verehelichte Winterstein, sowie ein jüngerer Bruder, August, der – wie schon sein gleichnamiger Onkel – als weit weniger begabt und zur Führung geeignet angesehen wurde.

August Junior, 1898 geboren und beim Tode seines Vaters erst knapp 26 Jahre alt, übernahm dennoch sogleich die mehr als zwei Dutzend Aufsichtsratsmandate des verstorbenen Papas, der sein ursprüngliches Testament, wonach das Bankhaus nach seinem Ableben liquidiert werden sollte, erst auf dem Sterbebett revidiert hatte. Danach erbte August den gesamten Grundbesitz sowie, gemeinsam mit seinen beiden Schwestern, die Firma Merck, Finck & Co. samt allen Beteiligungen, wurde alleiniger Chef des Bankhauses und Vorsitzter der Aufsichtsräte des Allianz-Konzerns wie der Münchner Rückversicherung.

August von Finck, der sich in den ersten Jahren nach Antritt seines Erbes recht hölzern und blasiert – und mehr in den Münchener Salons und Clubs als in führenden Wirtschaftskreisen – bewegte, wurde in dieser Zeit ohne eigenes Zutun immer reicher. Allein die Allianz schluckte bis 1929 ein weiteres Dutzend Versicherungsgesellschaften; die alten Direktoren von Merck, Finck & Co. führten das Bankhaus sicher durch alle Krisen, und wo die beginnende Depression Gelegenheit in Form von Zwangsversteigerungen bot, kauften sie für den jungen Herrn weitere Güter und Wälder auf.

1933 kamen Hitler und seine braune Mannschaft an die Macht, und nun begann auch August von Finck aktiv zu werden. Noch im selben Jahr wurde er, der bis dahin schon mit den Nazis sympathisiert hatte, ohne der Partei beigetreten zu sein, zunächst einfaches Mitglied der NSDAP, dann aber auch Senator der Deutschen Akademie, Mitglied des Generalrats der Wirtschaft und des Präsidiums der Akademie für Deutsches Recht.

Die letztgenannte Institution, die von Hitler mit dem Ziel geschaffen wurde, «die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens auf dem Fundament des nationalsozialistischen Gedankenguts zu fördern und zu sichern», hatte den (später als Kriegsverbrecher gehenkten) Reichsminister Dr. Hans Frank zum Präsidenten und, neben August von Finck, unter ihren Präsidiumsmitgliedern so prominente Nationalsozialisten wie die Minister Dr. Goebbels, Dr. Frick und Hanns Kerrl.

Aber der Chef des Bankhauses Merck, Finck & Co. bekleidete nicht nur Ehrenposten, sondern übernahm auch einzigartige Hilfsdienste für den sich gerade erst etablierenden «Führer» und Reichskanzler Adolf Hitler. Nachdem ihm dieser gesagt hatte: «Sie sind mein Mann. Sie müssen mir ein Haus der Deutschen Kunst bauen!», sammelte August von Finck 11,9 Millionen Reichsmark und deckte damit die Baukosten jenes von den kunstverständigen Bürgern Münchens heimlich «Weisswurst-Tempel» genannten Gebäudes zu mehr als 99 Prozent. Zum Dank hierfür wie auch für eine von dem rührigen Bankier organisierte «Hermann Göring-Geburtstagsspende» durfte August von Finck dann jüdische Bankhäuser «arisieren», 1938 zunächst J. Dfeyfus & Co., Berlin, dann auch das bis dahin so mächtige Wiener Haus S. M. v. Rothschild, dessen Chef, Baron Louis Rothschild, von der Gestapo verhaftet worden war und erst nach langwierigen Lösegeldverhandlungen, zunächst mit Hermann Göring, dann mit Heinrich Himmler, schliesslich nach Abtretung seines gesamten Besitzes in die Schweiz entlassen wurde.

Unter welchen Umständen August von Finck die Wiener Rothschild-Bank übernehmen konnte, ist bis heute ein Geheimnis geblieben. Die Gebäude des bis 1945 unter dem Namen «Eduard von Nicolai & Co.» firmierenden Instituts waren bei Kriegsende völlig zerstört; Baron Louis Rothschild schenkte alle seine Ansprüche dem österreichischen Staat und zog sich in die USA zurück, und Merck, Finck & Co. wurden mit keiner Restitutionsforderung behelligt. Was die nach dem Krieg von den Vorbesitzern der Berliner Dreyfus-Bank erhobenen Klagen angeht, so wurden sie von einem bayerischen Gericht abgewiesen. So konnte ‚Der Spiegel‘ die Finck-Bilanz bei Kriegsschluss zusammenfassen in der Feststellung: «Das Münchner und das Berliner Bankgebäude zerstört, das Wiener eingebüsst, das Führer-Foto mit eigenhändiger Widmung vom Klavier abgeräumt – sonst alles gerettet!»

Allerdings musste August von Finck, der nach 1945 von den amerikanischen Besatzern zu den prominenten Nazis gerechnet und vorübergehend interniert wurde, zunächst ein Berufsverbot hinnehmen und sein Bankhaus nebst allen Beteiligungen einem Treuhänder überlassen, bis das gegen ihn eingeleitete Spruchkammerverfahren rechtskräftig abgeschlossen war. Gegen Ende 1948 kam es zur Verhandlung. Allgemein erwartete man die Einstufung des Bankiers in die Gruppe der Belasteten, doch es geschah ein

Wunder: Alle Zeugen der Anklage rückten der Reihe nach von ihren früheren Aussagen ab; der Ankläger selbst zog seinen ursprünglichen Antrag zurück und nahm es hin, dass der Bankier zum blossen «Mitläufer» erklärt wurde.

(Wie dieses Wunder zustande kam, darüber konnte man in der Presse recht Konkretes lesen, das August von Finck dann nicht dementierte. So sollten Belastungszeugen mit viel Geld – in einem besonders gefährlichen Falle mit einer hohen sechsstelligen Summe – zum Schweigen, Entlastungszeugen zum Reden und der Ankläger mit der eventuellen Preisgabe sehr peinlicher [und strafbarer] Details aus seiner Intimsphäre zum Nachgeben gebracht worden sein. Jedenfalls kam der Milliardär, Rothschild-Arisierer und Intimus fast aller Nazigrössen mit einer Geldbusse von nur 1'000 Mark davon, die er aber nicht bezahlte, sondern sich, unter Berufung auf eine Knieverletzung, vom bayerischen Fiskus auf dem Gnadenwege erlassen liess.)

«Lieber Egon», schrieb August von Finck am 30. Dezember 1948, drei Tage nach der für ihn so glücklich verlaufenen Spruchkammer-Verhandlung an einen Freund, «wärmsten Dank für Deinen Glückwunsch, besonders aber für dein Eintreten als Zeuge, das ganz wesentlich zu einer günstigen Beurteilung des Falles bei der Kammer beigetragen hat.» Der so angeschriebene Freund, Egon Freiherr von Ritter zu Groenesteyn, Herr auf Kiedrich über Eltville, zu Rüdesheim, Hasselheck, Eschborn, Huppert, Hohenstein und Schwalbach (übrigens ein Neffe der Gräfin Karoline von Holstein aus Bayern, einer Tochter des «Rossobers» Ludwigs II), war bis 1945 Finck-Kompagnon bei der «arisierten» Berliner Dreyfus-Bank gewesen und wurde alsdann (wenn auch nur bis 1956) Teilhaber des Bankhauses Merck, Finck & Co.

Die Folge des auch mit seiner Hilfe erwirkten, so ausserordentlich milden Spruchkammer-Urteils war, dass August von Finck sein Bankhaus samt allen Beteiligungen und auch sein sonstiges Vermögen wieder selbst übernehmen konnte. Da der Treuhänder glänzend gewirtschaftet hatte, war der Entnazifizierte nun reicher denn zuvor, hatten doch sogar die Aktiendepots der Berliner Filiale wie durch ein Wunder noch nach der Besetzung der Reichshauptstadt durch die Rote Armee nach München gerettet werden können. Hierfür und für noch zahlreiche weitere gute Dienste, die er August von Finck geleistet hatte, bekam der Treuhänder jedoch keinen Dank.

Nicht zuletzt dieser Umstand, aber natürlich auch die Vorgänge,

die das Spruchkammer-Verfahren begleitet hatten, und erst recht die tief braune Vergangenheit August von Fincks, sorgten dafür, dass sich die bundesdeutschen Wirtschaftsbosse zunächst von ihm distanzieren. Als er bei der Bayerischen Vereinsbank, von deren Aktienkapital rund 12 Prozent in seinem Besitz waren, den Aufsichtsratsvorsitz für sich beanspruchen wollte, erklärten Vorstand und Mitaktionäre kategorisch: «Finck nicht!» Woraufhin Finck seine Vereinsbank-Aktien wütend abstiess.

Die Vereins-Banker hatten mit ihrer Ablehnung ein Signal gesetzt, denn auch im Allianz- und im «Münchener Rück»-Konzern, wo Merck, Finck & Co. mit je sechs Prozent des Kapitals der massgebende Aktionär war und ein Finck von der jeweiligen Gründung an bis 1945 stets im Vorsitz in den Aufsichtsräten geführt hatte, kam man den Restitutionswünschen des Bankherrn nun nicht mehr nach. Zwar kaufte er noch jahrelang gewaltige Pakete von Allianz- und «Münchener Rück»-Aktien auf, um sich damit den angestammten Präsidentensessel zurückzuerkämpfen, doch seine Gegner blieben unerbittlich. Schliesslich kam es zu einem Vergleich, bei dem August von Finck seine Zukäufe gegen Stahlwerks-Aktien eintauschte und sich mit dem Vorsitz im Aufsichtsrat von Allianz-Tochtergesellschaften begnügte.

Anders als in der Wirtschaft, konnte der entnazifizierte Bankier seinen Nimbus der bayerischen Staatsregierung gegenüber voll zur Wirkung bringen. Nach dem Alliierten Kontrollrats-Gesetz Nr. 48 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform, das «die endgültige Ausschaltung des Einflusses der Junker und nazistischen Grossgrundbesitzer aus Staatsangelegenheiten» bewirken sollte, war August von Finck zunächst zur Abgabe von 575 Hektar herangezogen worden. Sein Treuhänder hatte dagegen Einspruch erhoben und eine Ermässigung der Landabgabe auf 271 Hektar erwirkt. Der entnazifizierte Finck liess die Bemühungen des nun überflüssigen Treuhänders durch Anwälte fortsetzen, erklärte sich dann zum Verzicht auf besagte 271 Hektar und auf weitere Rechtsmittel bereit, und damit schien der Fall erledigt zu sein.

Er war es aber keineswegs. Jahre später stellten die Behörden mit Erstaunen fest, dass bei mehr als hundert Hektar der von Finckschen Landabgabe keine Übertragung im Grundbuch stattgefunden hatte. Anstatt auf eilige Berichtigung dieses Versäumnisses zu dringen, erstatteten die Behörden dem Bankier noch wei-

tere 41,4 Hektar zurück – «zum Zwecke des endgültigen Abschlusses» des Verfahrens.

In den folgenden Jahren bis 1965 gab der Freistaat Bayern dem Milliardär kleckerweise weitere rund 70 Hektar wieder heraus, darunter einstige Äcker, aus denen inzwischen Bau- und Bauerwartungsland geworden war, so dass sie eine enorme Wertsteigerung erfahren hatten. Diese Rückgaben wurden zum Teil damit motiviert, dass August von Finck bei den Entschädigungsverhandlungen vergleichsbereit gestimmt werden sollte. Denn zu allem Überfluss fühlte sich der Freistaat Bayern dazu verpflichtet, allen durch die Bodenreform um ein paar Parzellen gebrachten Grossgrundbesitzern angemessenen Schadenersatz zu leisten. Rund vierhundert Betroffene wurden zusammen mit etwa 72 Millionen Mark entschädigt; der einzige, der sich mit seinem Anteil keineswegs zufriedengab, war August von Finck. Er forderte für sich allein, obwohl er sein ursprüngliches Abgabesoll zu neunzig Prozent nicht erfüllt hatte, erst 52, dann 34 Millionen Mark.

Was er dann tatsächlich erhielt und wieviel er im Ganzen bei dieser Bodenreform-Farce verdient hat, lässt sich nur grob schätzen. Experten geben August von Fincks Gewinn mit «weit über hundert Millionen Mark» an. Es scheint, dass er bei einer einzigen Transaktion, bei der ihm der Freistaat Bayern 45 Hektar an der Peripherie der Landeshauptstadt durch Tausch, dadurch praktisch zum Quadratmeterpreis von nur 1 DM zurückerwerben liess, mehr als etliche Millionen DM schon allein dadurch verdiente, dass er einen Teil dieses Areals einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zur Errichtung einer Trabantenstadt für rund zehntausend Wohnungssuchende Münchener überliess – zum Quadratmeterpreis laut Finck von etwa 65 DM.

Einen Teil der Kaufsumme soll der Bankier laut «Spiegel» nicht in Bargeld, sondern in neuen, noch billigen Grundstücken erhalten haben, die erst in einigen Jahren bebaut (und dann von ihm teuer verkauft) werden können.

Alles in allem kann der Grossgrundbesitzer August von Finck also durchaus zufrieden mit dem Verlauf der Bodenreform sein. Es gehören ihm heute noch immer rund 2'000 Hektar (= 20 Millionen Quadratmeter) potentiell Bauland in der Umgebung der Landeshauptstadt, die ihm für zwei Drittel davon (und natürlich vergeblich) einen Kaufpreis von 800 Millionen DM angeboten hat. Darüber hinaus hat Finck noch beträchtlichen Grundbesitz,

darunter einen idyllischen, 53 Hektar grossen Voralpensee nebst fast allen Uferterrains, eines der schönsten bayerischen Jagdreviere im Karwendelgebirge sowie eine Vielzahl von Häusern in der Münchener Innenstadt.

Das alles ist aber nur, sozusagen, sein privater Latifundienbesitz, dessen Wert man auf zirka 2 Milliarden DM schätzen kann; indirekt, nämlich durch seine Beteiligungen an grundstücksreichen Versicherungs-, Brauerei-, Elektrizitäts- und sonstigen Unternehmen, gehört August von Finck noch weit mehr – und nicht allein in Bayern.

Er ist – zusammen mit seinen Söhnen Wilhelm (geboren 1927) und August Junior (geboren 1930) – Inhaber des Bankhauses Waldthausen & Co. in Düsseldorf sowie der Deutschen Spar- und Kreditbank AG (DSK-Bank) in München; als Grossaktionär einer ganzen Reihe von Unternehmen führt er den Vorsitz im Aufsichtsrat, so bei den deutschen Lloyd-Versicherungen, bei der Löwenbräu AG, München, und bei der Würzburger Hofbräu AG, bei der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen, Hamburg, bei der Isarwerke GmbH und bei der Isar-Amperwerke AG sowie bei der Süddeutschen Bodencreditbank AG; er ist ferner Aufsichtsrat und beteiligt bei der Hochtief AG, Essen, und der Linde AG, Essen; sein Sohn August Junior vertritt die Familieninteressen als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Kunstmühlen Landshut-Rosenheim AG; sein Neffe Dr. Wilhelm Winterstein hält für ihn den Aufsichtsratsvorsitz bei der Tegernsee-Bahn AG, die zusammen mit der Bundesbahn den Verkehr auf der Strecke München-Tegernsee betreibt, bei der Kraftverkehr Tegernsee GmbH und bei den Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk AG.

Dies sind aber nur die wichtigsten Beteiligungen, zu denen noch zwei besonders fette Brocken kommen: Über seine Agricola Verwaltungsgesellschaft KG ist August von Finck zu rund einem Drittel an der Edelstahlwerk Witten AG beteiligt, zu 37 Prozent an der Stahlwerke Südwestfalen AG. «Edelwitten» hat rund siebentausend, «Südwestfalen» über fünfzehntausend Beschäftigte, so dass auch im Ruhrgebiet, prozentual umgerechnet, knapp zehntausend Familien von dem Münchener Bankier August von Finck abhängig sind.

Die Interessen des Bankherren, Grossgrundbesitzers und Grossaktionärs, dessen Vermögen sich auf vier, möglicherweise auch

mehr als sechs Milliarden Mark nur sehr grob schätzen lässt, sind also sehr vielfältig, und er macht – wie schon sein Vater – nach eigener Aussage «nur reelle Geschäfte».

Mit dieser Auffassung steht er allerdings in krassem Widerspruch zu den Verlautbarungen einer alten Dame, die August von Finck recht gut kennt, nämlich seiner Schwester Margarethe, geboren 1891, die den (1947 im Alter von achtzig Jahren verstorbenen) Gutsbesitzer und Generalmajor a. D. Franz Xaver Baron von Stengel ehelichte. Der Baronin, die keine eigenen Kinder hat, dagegen zahlreiche Neffen und Nichten aus der Sippe ihres Ehemanns (darunter eine verheiratete Baronin Gumpenberg-Pöttmes-Oberbrennberg, Gattin des Präsidenten der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen; eine geborene Komtess Seefried auf Buttenheim, die ihrerseits eine Bayernprinzessin zur Mutter hatte; eine geborene Prinzessin Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg sowie eine Industriellentochter Thyssen), war – wie man sich erinnern wird – von ihrem Vater eine Drittelbeteiligung am Bankhaus Merck, Finck & Co. und am übrigen Vermögen, so wie sie die andere Schwester, Elisabeth Winterstein, noch heute hält, testamentarisch hinterlassen worden.

Doch den Schwestern stand keinerlei Einblick in die Geschäfte zu, was die Baronin Stengel zunächst nicht weiter störte. «Das interessierte mich auch gar nicht», versicherte sie noch 1970 gegenüber der Presse, «ich kriegte, was ich brauchte, und lebte sehr vergnügt!»

Erst nach dem Zusammenbruch von 1945 (Die Freifrau: «Man stand ja praktisch vor dem Nichts!») wünschte sie zu wissen, wie gross denn ihr Nichts sei. «Aber ich erfuhr es nicht. Ich fragte und fragte, doch August gab mir keine Antwort... »

Schliesslich bekam sie auf ihre bohrenden Fragen doch etwas: August von Finck gab ihr, der sieben Jahre älteren Schwester, im Treppenaufgang des Familiengutshauses Möschenfeld eine schallende Ohrfeige.

Daraufhin kündigte die zutiefst empörte alte Dame ihre Drittelbeteiligung, liess sich einen Waschkorb voll Effekten aushändigen, nahm anderwärts Wohnung und führt seit nunmehr über zwei Jahrzehnten mit ihrem Bruder August, den sie «schäbig» nennt, nicht enden wollende Prozesse.

Zum Verhalten ihres Bruders, des wahrscheinlich reichsten Mannes der Bundesrepublik, in den Vermögensangelegenheiten

seiner engsten Familie aber meinte die Baronin von Stengel schlicht: «August hat mich beschissen...!»

Mit dieser sachlichen Feststellung, die Geschäftsmoral des milliardenschweren Erben eines Reichsrats des Königreichs Bayern betreffend, sei der Reigen beschlossen. Wir wissen nun, dass die bayerische Geld- und Machtelite von 1913 (mit Reichtum und Einflussmöglichkeiten grösstenteils weit älteren Datums) die verlorenen Weltkriege, totalen Zerstörungen, Geldentwertungen, Wechsel der Staatsformen und sonstigen tiefgreifenden Veränderungen nahezu intakt überstanden hat, auch dass sie dabei hinsichtlich der benutzten Mittel zur Erhaltung ihres Reichtums – sowie in der Ausdrucksweise – um keine Spur wählerischer war und ist als ihre Altvordern.

Was wir hingegen noch nicht wissen, das ist, ob die bayerischen Verhältnisse eine bundesdeutsche Ausnahme darstellen oder ob sie typisch sind für die ganze Bundesrepublik. Das letzte ist insofern unwahrscheinlich, als Bayern ja zu den vom Untergang des Reiches und Preussens am wenigsten betroffenen Gebieten gehört, sich zudem meist konservativer verhält als andere Bundesländer.

Deshalb wollen wir das Zentrum unserer Untersuchungen nun von München weg in das Berlin des Jahres 1913 verlegen und prüfen, was von der Geld- und Machtelite des einstigen Königreichs Preussen übriggeblieben ist.

... oder Preussen, das Trommel- und Krückstock-Land

«Preussen ist nicht zur Vormacht des Reiches aufgestiegen, indem man populärer Volksanschauung Rechnung getragen hat. Trommel und Krückstock – das sind die grossen Träger der Kultur gewesen, mit denen die Hohenzollern die Autorität stabilisiert haben wie einen *rocher de bronze*... Der König von Preussen und Deutsche Kaiser muss jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schliessen Sie den Reichstag!»

Diese Worte, vor erst einem Menschenalter von der Tribüne des Reichstags aus gesprochen, lassen deutlich die Verachtung erkennen, die zumindest der Redner für die öffentliche Meinung, die Demokratie und speziell für das Parlament hatte. Er stand indes mit dieser Geringschätzung des Volkes und seiner Rechte keineswegs allein, war er doch einer der Führer der Konservativen, also jener Partei, die als die stärkste Stütze von Thron und Altar die volle Sympathie eines Grossteils der damaligen Geld- und Machelite Preussens hatte. Den Namen des Redners – Elard von Oldenburg-Januschau – sollten wir uns merken, denn er wird uns noch an anderer Stelle begegnen.

Bis zum Jahre 1919 gab es in Preussen nur ein Minimum an Demokratie. Das Parlament bestand aus zwei Kammern, deren erste, das Herrenhaus, der bayerischen Kammer der Reichsräte entsprach und keine gewählten, sondern nur erbliche oder auf Lebenszeit berufene Mitglieder hatte. Die Abgeordneten der zweiten Kammer aber wurden aufgrund eines Dreiklassen-Wahlrechts gewählt, das die Begüterten ausserordentlich stark begünstigte, die breite Masse des Volkes sehr benachteiligte und zudem weder geheime noch direkte, noch allgemeine Wahlen gestattete.

Zweikammersystem und Dreiklassenwahlrecht wurden von der Geld- und Machelite Preussens – durchaus zu Recht – als unabdingbare Garantien für den Fortbestand ihrer Herrschaft angesehen. Und als im Sommer 1917, unter dem Eindruck des verlustreichen Krieges und der wachsenden Schwierigkeiten, von liberaler Seite eine Demokratisierung des preussischen Wahlrechts ange-regt wurde, da gab am 12. Juli die konservative Landtagsfraktion die folgende Presse-Erklärung heraus:

«Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht den Eigenarten und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates. Es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preussens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern.» Und im Herrenhaus hatte General von Kleist bereits Ende März desselben Jahres namens der Konservativen mit unverhülltem Hohn erklärt: «Das Bürgertum hat durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Reichstag schon den Höhepunkt politischer Glückseligkeit erreicht. Es würde ein Übermass von Glückseligkeit bedeuten, das den Neid der Götter herausfordern müsste, wenn man dem Volke in die linke Hand auch noch das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Landtag drücken wollte.. . Auf diesem Wege würden wir bald zur Republik kommen. ..!»

Die Einsicht war also durchaus vorhanden, dass die preussische Monarchie und mit ihr das ganze Herrschaftssystem der privilegierten obersten Schicht keineswegs dem Willen des ganzen Volkes (oder auch nur dem seiner Mehrheit) entsprach; dass man vielmehr *gegen* die Majorität der preussischen Staatsbürger zu regieren hatte und schon deshalb jede Demokratisierung vermeiden musste.

Diese Erkenntnis war auch keineswegs neu. Kaiser Wilhelm II., der 1888, nach dem rasch aufeinanderfolgenden Tode seines Grossvaters und seines Vaters, den Thron bestiegen hatte, war – wie zahlreiche Zeugnisse von Männern seiner nächsten Umgebung übereinstimmend erkennen lassen – während seiner ganzen Regierungszeit von Furcht erfüllt: nicht vor äusseren Feinden, ändern vor einem Aufbegehren seines eigenen Volkes. Schon am 23. November 1891, anlässlich der Rekrutenvereidigung seiner Potsdamer Garderegimenter, hatte der Kaiser in einer Ansprache gesagt: «Kinder Meiner Garde! Ihr seid jetzt Meine Soldaten, ihr habt euch Mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind!» Doch meinte er damit einen äusseren Gegner? Keineswegs! Denn er fuhr fort: «Mehr denn je hebt der Unglaube und Missmut sein Haupt im Vaterlande empor, und es kann vorkommen, dass ihr eure eignen Verwandten und Brüder niederschliessen oder -stechen müsst. Dann besiegelt die Treue mit Aufopferung eures Herzblutes... »

Der Gedanke eines Volksaufstandes, der nur durch den bewaffneten Einsatz zuverlässiger Regimenter niederzuwerfen wäre, zieht sich wie ein roter Faden durch Dutzende von Kaiserreden jener

Jahre. 1901, bei der Einweihung der mit Schiessscharten versehenen neuen Berliner Kaserne des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, wurde Wilhelm II. besonders deutlich: «Mein Alexander-Regiment», so erklärte er, «ist berufen, gewissermassen als Leibwache, Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn's gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Wenn die Stadt Berlin noch einmal, wie im Jahre 1848, sich frech und unbotmässig gegen den König erheben sollte, dann seid ihr, Grenadiere, dazu berufen, mit der Spitze eurer Bajonette die Frechen und Unbotmässigen zu Paaren zu treiben!»

Umgekehrt galten strengste militärische Disziplin und harter Drill als die geeigneten Mittel, aus Landarbeitersöhnen mit geringer Schulbildung binnen weniger Monate Soldaten zu machen, die bedingungslos gehorchten, gegebenenfalls ihre eigenen Freunde und nächsten Angehörigen niedermachen würden und das System, das sie stützten, niemals mehr in Zweifel zögen. So erhielt denn auch August Bebel, der Führer der Sozialdemokraten, als er 1907 im Reichstag Kritik am Kasernenhofdrill und speziell an dem bis zum Überdruß exerzierten preussischen Parademarsch übte, von dem schon erwähnten Führer der Konservativen, Elard von Oldenburg-Januschau, folgende Antwort: «Herr Abgeordneter Bebel, ich habe die Überzeugung, wenn Ihnen rechtzeitig von einem schneidigen Rekrutenunteroffizier ein gediegener langsamer Schritt in den Leib gepumpt worden wäre, würden Sie wissen, was für Vorzüge ein guter Parademarsch hat. Es ist durchaus notwendig, dass nach einer anstrengenden Übung der Mann gezwungen wird, sich noch einmal zusammenzunehmen, und ausserdem ist es eine Notwendigkeit, dass das deutsche Militär sich auch anständig präsentiert, ganz abgesehen davon, dass der Parademarsch ein eminentes Mittel der Disziplin ist...»

So eingestimmt auf die preussischen Verhältnisse der Zeit vor 1918, als[^]dieses Königreich noch vom heute dänischen Hadersleben bis an den Oberlauf der Weichsel nahe Krakau und von Saargemünd bis nach Memel reichte, unter 37 Millionen Landeskindern nicht weniger als vier Millionen überhaupt nicht des Deutschen mächtige Einwohner, vorwiegend Polen und andere Slawen, zählte und die Vormacht des Deutschen Reiches war, wollen wir uns nun mit der damaligen Geld- und Machtelite Preussens befassen. Und zu diesem Zweck gehen wir wiederum zurück in das letz-

te Friedensjahr vor dem Ersten Weltkrieg.

Die heile Welt des Jahres 1913 sah in Preussen erheblich anders aus als in Bayern. Während die in der Kammer der Reichsräte zu München vertretenen Familien nahezu identisch waren mit den Besitzern aller Reichtümer des süddeutschen Königreichs und somit dort kaum ein Unterschied bestand zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, gab es in Berlin und speziell im Herrenhaus eine solche Übereinstimmung nur hinsichtlich der allerobersten Ränge beider Kategorien.

Das hatte, wie wir sehen werden, tiefere Gründe, die deutlich zu machen am besten dadurch gelingt, dass man sich von allen Vorurteilen und Klischee-Vorstellungen frei macht und einmal die Struktur der das Königreich Preussen beherrschenden Oberschicht etwas genauer untersucht.

Da war zunächst das sogenannte Junkertum, ein Sammelbegriff für den ostelbischen Landadel und seit etwa 1850 die halbspöttische Bezeichnung für die reaktionäre Adelspartei in den beiden Kammern des preussischen Landtags, wo die Herren von Itzenplitz und Köckritz, die von Quitzow, Bredow, Putlitz oder Rochow, von der Schulenburg und von dem Knesebeck, um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen, sehr beträchtlichen Einfluss hatten.

So gehörten etwa dem Abgeordnetenhaus des Jahres 1875 bei etlichen ruhenden Stimmen 421 Volksvertreter an, von denen 111 Rittergutsbesitzer waren. Damit ist jedoch der Anteil des Junkertums noch keineswegs erschöpft, denn aus den Landadelsfamilien der preussischen Kernprovinzen kamen auch zahlreiche höhere und hohe Beamte, insbesondere Landräte, Forstmeister oder Hofchargen (und ein sehr grosser Teil des Offizierskorps), in geringerer Masse Richter und Staatsanwälte. Aus just diesen Berufen aber setzte sich die Zweite Kammer Preussens vornehmlich zusammen: 81 Abgeordnete waren hohe und höhere Beamte (darunter 22 Landräte und drei Forstmeister sowie sieben Exzellenzen), und 92 Abgeordnete standen als Richter oder Staatsanwälte im Justizdienst. Dazu kamen noch fünf höhere Geistliche protestantischer Konfession, wogegen die übrigen Landtagsabgeordneten – zwei Bankiers, zehn Fabrik- oder Hüttenbesitzer, zwei Senatoren, elf Pfarrer, fünf Ärzte, drei Apotheker, drei Schriftsteller, ein Dirigent, 21 Rechtsanwälte und Notare, 27 Kaufleute, zumeist Kommerzienräte oder Konsuln, sowie 28 Rentiers, sieben Hofbesitzer

b. Die Häupter der vormaligen Deutschen reichsständischen Häuser in den Königl. Preuss. Landen.

- Se. Durchl. *Engelbert* Herzog von *Arenberg* zu Brüssel u. Recklinghausen $\text{H}1$.
 Se. Durchl. *Ludwig* Fürst zu *Bentheim und Steinfurt* zu Burg Steinfurt u. Bentheim, Gen. Major à la Suite der Armee $\text{H}1$. $\text{H}1$. $\text{H}1$. (HG1) (HEA1) (CHL) (DD1) (GLE1) (GSF1)
 Se. Durchl. *Franz* Fürst zu *Bentheim-Tecklenburg* zu Rheda in Westfalen, Gen. Major à la Suite der Armee $\text{H}2$. m. St. $\text{H}1$. (HEK1) (GHP1)
 Se. Durchl. *Rudolph* Herzog von *Croy* zu Dülmen $\text{H}1$. $\text{H}1$. ($\text{H}1$ M)
 Se. Durchl. *Carl Egon* Fürst zu *Fürstenberg* zu Donaueschingen (Grossherzogth. Baden), Gen. d. Cav. à la Suite d. Armee $\text{H}1$. (HEK1) (GBdT) (GBZL1) (SicJ) (ÖGV) (SEH1)
 Se. Durchl. *Carl* Fürst zu *Isenburg-Birstein* zu Birstein und Offendbach (ÖGV) (TSJ1) (CHL)
 Se. Durchl. *Ferdinand Maximilian* Fürst zu *Isenburg und Büdingen* zu Wächtersbach (Reg. Bez. Cassel) $\text{H}1$. (CHL)
 Se. Erl. *Carl* Gf. zu *Isenburg und Büdingen* zu Meerholz (Reg. Bez. Cassel) $\text{H}1$. (CHW1)
 Se. Durchl. *Otto* Fürst und Rheingraf u. *Salm-Horstmar* z. Schloss Varlar bei Coesfeld $\text{H}2$. m. St.
 Se. Durchl. *Alfred* Fürst, Wild- u. Rheingraf zu *Salm-Salm* zu Anholt $\text{H}1$. $\text{H}1$. w. ($\text{H}1$ M.) (PpGr1)
 Se. Durchl. *Ernst* Fürst zu *Solms-Braunfels* zu Braunfels (HG2a) (HEA2a) (RA3)
 Se. Durchl. *Ludwig* Fürst zu *Solms-Hohensolms-Lich* zu Lich (Grossherzogth. Hessen) und Hohensolms (Kr. Wetzlar) $\text{H}1$. $\text{H}1$. (GHL1) (GHP1)
 Se. Erl. *Max* Gf. zu *Solms-Rödelheim* zu Assenheim (Grossherzogth. Hessen) $\text{H}1$.
 Se. Erl. *Alfred* Gf. zu *Stolberg-Stolberg* zu Stolberg $\text{H}1$. $\text{H}1$.
 † Se. Erl. *Otto* Gf. zu *Stolberg-Wernigerode*, Ob. Lt. à la Suite der Armee, Kanzler des Joh. Ordens etc., s. Präsidium

[Zur Zeit ruhen die Stimmen: 1. für die Herrschaft Ostrach; 2. für die Grafschaft Stolberg-Rossla; 3. f. d. Grafschaft Wittgenstein, Anth. Berleburg; 4. f. d. Grafschaft Wittgenstein (Anth. Hohenstein); 5. f. d. Grafschaft Wied.]

c. Die übrigen Mitglieder mit erblicher Berechtigung.

- Hr. *Carl* Gf. v. *Althann*, Grand von Spanien erster Klasse, Standesherr, K. K. Oesterr. wirkl. Geh. Rath u. Kämmerer, Ob. Lt. d. K. K. Armee, zu Swoyschitz bei Kaurzim in Böhmen $\text{H}2$.
 † Hr. *Adolph* Gf. v. *Arnim-Boytzenburg* auf Boytzenburg, Kaiserl. Bezirks-Präsident a. D. zu Boytzenburg u. Berlin $\text{H}3$. $\text{H}4$. $\text{H}2$. $\text{H}3$. $\text{H}1$. (ÖEK3m.KD.) (SA2a)
 Hr. *Ludwig* Gf. v. d. *Assenburg-Falkenstein*, Rittmstr. a. D., Hof-Jägermeister, auf Meisdorf bei Ermsleben, s. Hofchargen
Ulrich Gf. v. *Behr-Negendank*, Kammerhr., Erb-Küchenmeister im Fürstenth. Rügen und der Lande Barth und Reg. Präsident, zu Stralsund, s. Reg. Colleg. daselbst

Aus: Verzeichnis der Mitglieder des preussischen Herrenhauses (Handbuch über den Kgl. Hof u. Staat, 1875)

und ein Gastwirt – gegenüber den Rittergutsbesitzern, hohen Beamten und Richtern eine kleine – wenn auch keineswegs radikale – Minderheit bildeten.

Im preussischen Herrenhaus, der Ersten Kammer des Landtags, waren die grossjährigen Prinzen des königlichen Hauses, die Häupter von sechzehn vormals souveränen Herzogs-, Fürsten- und Grafenhäusern sowie 44 preussische Standesherrn, zumeist Grafen, im Jahre 1875 Mitglieder mit erblicher Berechtigung (wobei 33 erbliche Sitze vakant waren). 84 Persönlichkeiten waren auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen, darunter drei Fürsten (unter diesen Fürst Otto von Bismarck, der amtierende Reichskanzler, preussische Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten), neunzehn Grafen, 35 Barone und sonstige Adlige, aber nur wenige Bürgerliche, zumeist hohe Beamte, Bankiers oder Kronsyndici. Dazu kamen als weitere, «in Folge von Präsentation berufene Mitglieder» des Herrenhauses: drei adlige Geistliche, nämlich der Domherr von Brandenburg, der Domprobst zu Naumburg und der Domdechant zu Merseburg; acht Grafen aus den Verbänden der in den Provinzen mit Rittergütern ansässigen Grafenfamilien; elf Adlige «aus den Verbänden der durch ausgebreiteten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter»; 79 Adlige, zumeist Grafen und Barone «aus den Verbänden des alten und des befestigten Grundbesitzes» (wobei 1875 elf Sitze vakant waren); acht Vertreter der Landesuniversitäten (bei einer ruhenden Stimme) sowie 39 Vertreter der Städte, vornehmlich deren Oberbürgermeister oder Bürgermeister, wobei die Stimme der Stadt Königsberg 1875 ruhte.

Das Übergewicht des Landadels war also enorm, so dass sich im Hinblick auf die Zusammensetzung von Herren- und Abgeordnetenhaus (sowie auf die Spitzen der Verwaltung, der Justiz, der Kirche und nicht zuletzt auf das Offizierskorps der Armee) sagen lässt, dass die politische, administrative, geistliche und militärische Macht im Königreich Preussen in sehr starkem Masse beim Adel lag, wobei das ostelbische Junkertum dominierte.

Ganz anders liegen jedoch die Dinge, wenn man – anhand der nach den Steuerlisten angefertigten Millionärsjahrbücher – die Reichsten des Landes unter die Lupe nimmt: Von den hundert grössten Vermögen im Königreich Preussen der Ära Wilhelms II. gehörte nämlich bloss ein einziges einer Familie, die man zu den ostelbischen Junkern rechnen kann, und nur sehr wenige der aller-

reichsten Sippen des Landes waren auch im preussischen Herrenhaus vertreten (wobei – um keine falschen Schlüsse aufkommen zu lassen – gleich hinzugefügt sei, dass die in der Ersten Kammer die Mehrheit bildenden Grafen und Junker sowie auch viele der Oberbürgermeister, Pröbste und Universitätsvertreter im Herrenhaus nun nicht etwa am Hungertuch nagten, vielmehr ebenfalls Goldmark-Multimillionäre waren, nur eben meist nicht zur Spitzengruppe des preussischen Reichtums zählten, und die doch dazu gehörten, waren – mit einer einzigen Ausnahme – nicht dem Junkertum zuzurechnen).

So läge es nahe, die preussische Geld- und Machtelite nach anderen Merkmalen zu ermitteln, etwa nach der Zugehörigkeit zum Offizierskorps der feudalsten Regimenter oder zum Kapitel des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler. Doch das Resultat wäre das gleiche: Es überwöge das Junkertum, ohne dass dieses – mit einer Ausnahme – mit den Repräsentanten des Super reich tu ms und den Inhabern höchster Machtpositionen identisch gewesen wäre.

Ehe wir uns nun mit just dieser einen Ausnahme als einem besonders interessanten Beispiel etwas näher befassen, sei kurz erklärt, warum sich in Preussen die Inhaber von Spitzenvermögen und die Herrenhaus-Mitglieder als Gruppen zwar überschnitten, aber keineswegs, wie in Bayern, nahezu vollständig deckten, und warum die Überschneidungen am allerwenigsten das Junkertum betrafen:

Zunächst lässt sich ganz allgemein feststellen, dass die hundert grössten preussischen Vermögen fast ausnahmslos Familien gehörten, die nicht in den preussischen Kernprovinzen, aus denen die Junker stammten, sondern in Gegenden beheimatet waren, die erst im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts dem Königreich einverleibt worden waren – wie etwa das vormals österreichische Schlesien, die ehemals reichsfreie Stadt Frankfurt, das einst erzbischöfliche Köln oder das pfälzische Saarland.

Sodann gab es gerade in der Spitzengruppe des preussischen Reichtums eine ganze Reihe von Multimillionären, die zwar in Preussen grossen Besitz hatten, aber anderswo beheimatet waren. So hatten etwa der König von Sachsen, der Herzog von Sachsen-Weimar und der Grossherzog von Oldenburg, also auswärtige Souveräne, preussische Güter im Steuerschätzwert von je 15 bis 20 Millionen Goldmark; dem im bayerischen Regensburg residie-

renden Fürsten von Thurn und Taxis gehörte das in Preussisch-Polen gelegene, vom Fiskus auf einen Wert von 21 Millionen Goldmark taxierte Fürstentum Krotoschin (25'641 Hektar), und Christian Kraft Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest, dessen Stammschloss in Württemberg lag, war mit 42'700 Hektar grossen Latifundien in Oberschlesien der bedeutendste Grundbesitzer dieses preussischen Bergbaugebiets. Alle diese Nichtpreussen, mit Ausnahme des Oehringers, waren im preussischen Herrenhaus nicht vertreten und sämtlich erst recht keine Junker. Auch die anderen schlesischen Magnaten – die Fürsten und Grafen von Henckel-Donnersmarck, Pless, Schaftgotsch, Tiele-Winckler, Ballestrem und Lichnowsky, die Herzöge von Ratibor und von Trachenberg oder die Prinzen Biron von Kurland – sowie die in Posen reich begüterten, aus Litauen stammenden Fürsten Radziwill waren wahrlich keine Junker. Indessen hatten sie alle erbliche Sitze im preussischen Herrenhaus und bildeten somit – zusammen mit einigen nord-, west- und süddeutschen hocharistokratischen Grossgrundbesitzern wie etwa den Herzögen von Arenberg oder den Fürsten zu Fürstenberg – jene relativ kleine Gruppe, bei der Spitzenreichtum und Herrenhaus-Mitgliedschaft zusammenkamen.

Als dritte grosse Gruppe, die über fast ein Viertel aller preussischen Spitzenvermögen verfügte, keineswegs zum Junkertum gehörte, von diesem vielmehr stark angefeindet wurde und aus der nur sehr wenige ins Herrenhaus berufen worden waren, sind die Bankiers, Grosskaufleute, Industriellen und Zeitungsverleger jüdischer Religion oder doch Herkunft zu nennen, die Rothschild und Mendelssohn, Bleichröder, Goldschmidt, Friedländer, Mosse, Ullstein oder Oppenheim. Zumeist bereits getauft, vielfach geadelt und als Rittergutsbesitzer, Reserveoffiziere feudaler Regimenter, Angehörige exklusiver Korps oder Klubs und Träger von allerlei Titeln und Orden in die preussische Oberschicht weitgehend integriert, war diesen aus dem jüdischen Bürgertum hervorgegangenen Multimillionären lediglich die Berufung ins Herrenhaus zumeist versagt geblieben. In diesen Hort der Reaktion, des Junkertums und der Hocharistokratie war aus ihrer Gruppe von Superreichen zunächst nur einer, der Frankfurter Krösus Baron Mayer Karl von Rothschild, 1867 auf Lebenszeit berufen worden.

Dem letzten Chef des Frankfurter Bankhauses, Maximilian

Freiherrn von Goldschmidt-Rothschild, Fideikommissherrn auf Wroniawy in Preussisch-Polen und Eigentümer eines Vermögens von (1913) rund 107 Millionen Goldmark, liess Kaiser Wilhelm II. solche Ehre nicht mehr zuteil werden, da die Familie Rothschild, entgegen seinem Wunsch, ihr Stammhaus in der Mainmetropole 1901 geschlossen hatte. Dagegen berief der Kaiser 1902 Ernst von Mendelssohn-Bartholdy und nach dessen Tode Franz von Mendelssohn ins Herrenhaus, ferner die Industriellen Fritz von Friedländer-Fuld und Eduard Arnhold (wobei wir einige Gelehrte, hohe Staatsbeamte und Oberbürgermeister jüdischer Konfession oder Herkunft, die ins Herrenhaus berufen wurden, hier ausser Betracht lassen können, weil sie nicht zur Spitzengruppe des Reichtums gehörten).

Bleibt noch die letzte grosse Gruppe unter den Superreichen des Königreichs Preussen, die der Grossindustriellen, Bankherren und Grosskaufleute bürgerlicher (aber nicht jüdischer), vornehmlich rheinisch-westfälischer, saarländischer oder schlesischer Herkunft. Nur sehr wenige von ihnen, beispielsweise der in den Freierherrenstand erhobene Saar-Industrielle Stumm, wurden lebenslängliche Mitglieder des Herrenhauses, und natürlich gehörte kein einziger von ihnen zu den preussischen Junkern (wenngleich sich einige von ihnen ganz so verhielten ...).

So müssen wir unsere Untersuchung, die etwaige Kontinuität von Reichtum und Macht in den ehemals preussischen Provinzen betreffend, anhand unterschiedlicher Merkmale und, sozusagen, mehrspurig durchführen, denn nur in einem einzigen Falle finden wir alles, was für die preussische Geld- und Machtelite der Wilhelminischen Epoche als jeweils typisch gelten könnte, miteinander vereint: Herrenhaus-Mitgliedschaft, Spitzenreichtum, Grossgrundbesitz, Zugehörigkeit zur Junkerkaste *und* zur Hocharistokratie, Familienmitglieder in höchsten Staatsämtern und im Offizierskorps von Eliteregimentern sowie als Ritter vom Schwarzen Adler-Orden.

Diese ganz aussergewöhnliche Häufung kann natürlich nur eine Familie in Preussen betreffen, nämlich die des eigentlichen Reichsgründers und ersten Kanzlers, Otto (seit 1865: Graf, seit 1871: Fürst) von Bismarck, seit 1890 auch Herzog von Lauenburg.

Die Bismarcks, seit 1345 dem «schlossgesessenen Adel» der Altmark und damit zweifelsfrei dem ostelbischen Junkertum zugehö-

rig und in der Mark wie in Pommern begütert, spielten in der brandenburgisch-preussischen Geschichte bis ins 19. Jahrhundert hinein keine nennenswerte Rolle. Das änderte sich erst – und dann sehr gründlich – mit dem 1815 geborenen jüngeren Sohn Otto des Rittergutsbesitzers Ferdinand von Bismarck.

Diesen späteren Reichsgründer und «Eisernen Kanzler», der die vom Volk ersehnte nationale Einigung «mit Blut und Eisen» herbeiführte und dann zwanzig Jahre lang als Europas «ehrlicher Makler» und angesehenster Staatsmann den Frieden wahrte, die Sozialversicherung einführte, Deutschland gross und mächtig machte und als «grollender Alter vom Sachsenwald» 1898 zu Friedrichsruh gestorben ist, kennt jeder, der eine deutsche Schule besucht hat. Er ist für die Deutschen eine Denkmalsfigur, ein granitener Riese wie in Hamburg oder Köln, ein gepanzelter Kürassier in Stulpenstiefeln und weisser Paradeuniform wie auf dem Gemälde Anton von Werners, ein schnauzbärtiger Zivilist auf bundesdeutschen Briefmarken oder eine Art von Super-Schutzmann mit Pickelhaube und buschigen Augenbrauen, der es allen Reichsfeinden «besorgt» hat. Geld oder gar Reichtum spielt in diesen Bismarck-Vorstellungen keine Rolle. Eine Heldenfigur, deren Leben der nationalen Einheit und Grösse geweiht war, ist hoch erhaben über schnöden Mammon.

Ohne Bismarcks staatsmännische Grösse und Bedeutung in Zweifel zu ziehen, müssen wir dennoch diese naiven Vorstellungen erheblich korrigieren. Zunächst war Bismarck, nachdem die Familie 1838 wegen drückender Schulden das bürgerlich-liberale Berlin hatte verlassen müssen und auf ihr Gut Schönhausen zurückgekehrt war, bis etwa 1850 ein durchaus konservativer und der vom Volk sehnlich gewünschten deutschen Einigung entschieden abholder Junker, der sich von seinen Standesgenossen nur durch bessere Bildung und entsprechenden Witz, hinsichtlich seiner reaktionären Ansichten aber gar nicht unterschied. «Mein Umgang besteht in Hunden, Pferden und Landjunkern», so schrieb er 1845 an seinen Freund Scharlach, «und bei den letzteren erfreue ich mich einigen Ansehns, weil ich Geschriebenes mit Leichtigkeit lesen kann, mich zu jeder Zeit wie ein Mensch kleide, und dabei ein Stück Wild mit der Akkuratessse eines Metzgers zerwirke, ruhig und dreist reite, ganz schwere Zigarren rauche und meine Gäste mit freundlicher Kaltblütigkeit unter den Tisch trinke ... »

Gemeinsam mit seinem Bruder Bernhard bewirtschaftete der junge Otto von Bismarck die väterlichen Güter, ohne deren Schuldenlast vermindern zu können. Seine Kenntnisse von der Landwirtschaft waren gering, seine Ansichten knorrig-konservativ. Bis 1851 schimpfte er in seinen Briefen ständig über die Bauernbefreiung als einen rechtswidrigen Eingriff in die angestammten Privilegien des Adels. Wenn von ihm auch nicht überliefert ist, dass er wie andere Junker – darunter selbst der alte Yorck von Wartenburg, der seine Bauern als «Ungeziefer» zu bezeichnen pflegte – seine Gutsbevölkerung ähnlich ansah und behandelte wie die Plantagenbesitzer der amerikanischen Südstaaten ihre Schwarzen, so spricht doch alles für eine solche Annahme. Von Demokratie hielt er gar nichts, und als Abgeordneter bekämpfte er leidenschaftlich die bürgerlichen Forderungen nach einer halbwegs liberalen Verfassung und nationaler Einheit, vor allem aber die nach Abbau der Adelsvorrechte. Noch 1849 erklärte er im preussischen Landtag: «Ich bin ein Junker und will auch Vorteil davon haben!»

Erst Mitte 1851, nachdem er erkannt hatte, dass sich die erzreaktionäre «Heilige Allianz» Preussens mit Russland und Österreich nur unter Opfern würde wiederherstellen lassen, die einer Selbstaufgabe Preussens gleichgekommen wären, änderte er seine politische Haltung. Doch auch die nationale Einigung, die er dann anstrebte und 1871 erreichte, war ja keineswegs die Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Träume: Die Deutschen Österreichs blieben vom Reich ausgeschlossen; der Junker- und Militärstaat Preussen beherrschte, stärker denn je, ein fast fünf Millionen Bürger nichtdeutscher Nationalität und Sprache zählendes Kleindeutschland, dessen Zwergstaat-Potentaten weiterregierten, und die Rechte des Volkes auf politische Mitwirkung erschöpften sich in den Wahlen zum Reichstag, einem Parlament, das weder eine Regierung wählen noch sie stürzen konnte.

Sind also schon die herkömmlichen Vorstellungen von Bismarck und seiner Politik, zumal was deren Anfänge betrifft, mit den historischen Tatsachen schwerlich in Einklang zu bringen, so trifft dies erst recht zu auf das Finanzgebaren des «Eisernen Kanzlers». Wir wissen bereits, dass er – um den Lieblingsausdruck eines anderen autokratischen Kanzlers, Konrad Adenauer, zu gebrauchen – «nicht pingelig» war, wenn sich mit Hilfe von Geld

Politik machen liess. Doch er nahm auch jede Gelegenheit wahr, mit Hilfe seiner politischen Macht Geld zu machen.

Bei der «grossartigen Schmiererei» des Bayernkönigs und seines «Rossobers», mit der die Kaiserkrone der Hohenzollern auf Kosten der Welfen erkaufte wurde, verdiente Bismarck zwar selbst, zumindest direkt, so gut wie gar nichts: Graf Holnstein brachte ihm lediglich jedesmal, wenn er zum Kassieren nach Berlin kam, ein Fass Münchner Hofbräu mit ... Doch indirekt hatte Bismarck enormen Nutzen von der durch die «grossartige Schmiererei» ermöglichten Reichsgründung:

Da war zunächst die Erhöhung seiner Dienstbezüge auf jährlich 48'000 Goldmark (ganz zu schweigen von der Erweiterung seiner Macht, denn er, der preussische Ministerpräsident und Aussenminister, wurde ja nun auch Reichskanzler und Lenker der Aussenpolitik des neuen Reiches).

Sodann erhielt er vom Preussenkönig, der sich nach der reichen Beute der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 solche Beweise seiner Dankbarkeit leisten konnte, ein Geldgeschenk von 400'000 Talern (1,2 Millionen Goldmark) sowie eine schöne Domäne, die sich die Hohenzollern 1864 angeeignet hatten und die sie nun an Bismarck weiterreichten: das Gut Schwarzenbek nebst dem Sachsenwald bei Hamburg, dazu den Fürstentitel.

«Die neue Dotation ist, wie ich denke, sehr wertvoll», teilte der nunmehrige Fürst Bismarck am 23. Juli 1871 seinem älteren Bruder mit, «bisher aber brachte sie mir nur eine Ausgabe von 85'000 Talern, die ich aufgenommen habe, um eine Parzelle mitten darin (Friedrichsruh) zu kaufen, den einzigen Fleck, wo man sich etablieren kann ... Die Einnahmen waren bisher netto 34'000 Taler (das waren – jährlich – über 100'000 Goldmark) ... Die Einnahmen stehen mir erst vom 1. Januar 1872 (an) zu. Bis dahin mache ich Schulden. Immerhin wären 30'000 Taler» – da Bismarck die Jagd nicht mehr verpachten, sondern selbst ausüben wollte, verminderten sich die Jahreseinnahmen auf diese Summe – «eine schöne Revenüe, nur muss man nicht Fürst dabei sein ... »

Gegen Ende des Reichsgründungsjahres 1871 war der einstige Junker von Bismarck, der fünf Jahre zuvor nur das verschuldete Familiengut Schönhausen I (damals etwa 400, später 700 Hektar) besessen hatte, nicht nur ein Fürst geworden, sondern auch ein Grossgrundbesitzer und Multimillionär. Es gehörten ihm nun auch

das mit dem Geldgeschenk des Königs angekaufte und durch allerlei Zuerwerbungen auf eine Gesamtfläche von 8'125 Hektar gebrachte pommerische Gut Varzin, der durch Zukäufe auf schliesslich fast 9'000 Hektar angewachsene Sachsenwald mit Friedrichsruh sowie das Rittergut Reinfeld in Hinterpommern, das ihm sein verstorbener Schwiegervater hinterlassen hatte. Dazu kam einige Jahre später auch noch das (einst wegen Überschuldung verkaufte) Familiengut Schönhausen II, das Bismarck für 1,5 Millionen Goldmark, die grösstenteils aus einer für ihn gesammelten Geburtstagsspende des deutschen Volkes stammten, zurückgekauft hatte und wodurch sich sein Schönhausener Gesamtbesitz auf etwa 2'000 Hektar erweiterte, das Ausmass aller Bismarckschen Latifundien jedoch auf über 20'000 Hektar. Dieser Reichtum hinderte den «Eisernen Kanzler» indessen nicht daran, sich auf vielfältige und keineswegs im Einklang mit den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen stehende Weise immer neue Geldquellen zu erschliessen und umgekehrt seine gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen nicht zu erfüllen.

So verschaffte er sich beispielsweise rund 100'000 Goldmark jährlich durch viel zu teure Verpachtung einiger Grundstücke und Wasserrechte an Fabrikanten, die ihm nur deshalb soviel bezahlen konnten, weil ihnen vom preussischen Staat, dessen Ministerpräsident ihr Vermieter ja war, langjährige Lieferverträge zugeschanzt worden waren. Bei der Gründung der Preussischen Centralbodencredit AG im Jahre 1870 beteiligte sich Bismarck über seinen Bankier Bleichröder mit 415'000 Talern (= 1,245 Millionen Goldmark), erzielte dabei einen sofortigen Kursgewinn von 250'000 Goldmark und kassierte diesen Betrag nach alsbaldigem Verkauf seiner Aktien im Wesentlichen dafür, dass er der «Centralboden» einige ungesetzliche Vorteile verschaffte und diese durch den Landtag im Eilverfahren sanktionieren liess.

Bei einer ganzen Reihe von Effektengeschäften verfuhr er ganz ähnlich (und für sich nicht minder einbringlich), und am Ende seiner Laufbahn nahm er, gewissermassen zur Krönung und als Ausdruck seiner Verachtung aller Korrektheits-Normen preussischer Beamter, kurzerhand mit, was im «Welfenfonds» des Reichskanzleramts gerade noch vorhanden war: 231'000 Goldmark! Seine Biographen meinen dazu, falls sie diesen skandalösen Vorgang überhaupt erwähnen, etwas betreten, der Altkanzler habe vielleicht

noch gewisse Verpflichtungen zu regeln gehabt und dies nicht seinem Nachfolger überlassen wollen ...

Was nicht erfüllte Zahlungsverpflichtungen angeht, so nutzte Bismarck seine Macht und sein hohes Ansehen dazu aus, jahrelang keine Grundsteuer für den Sachsenwald zu zahlen und alle Ermahnungen des Finanzamts unbeantwortet zu lassen. Gegen eine Kreissteuer wehrte er sich – natürlich erfolgreich – durch Beschwerde beim Innenminister, seinem Untergebenen, der zudem ein Verwandter von Bismarcks Frau war. Umgekehrt erpresste er vom Kreis Mölln – und zwar mit der Drohung, der Kreisstadt die Garnison zu entziehen – das Geschenk einer Villa im Feuerkasernenwert von 40'000 Goldmark, aus der er ein Forsthaus machte, sowie die kostenlose Überlassung einer hübschen Insel in einem an sein Sachsenwald-Terrain grenzenden See.

Der Schule von Aumühle im Sachsenwald, für deren über hundert Schüler ein zweiter Lehrer hätte eingestellt werden müssen, durch dessen mittels Kreisumlage aufzubringendes Gehalt auch Bismarck geringfügig belastet worden wäre, verweigerte er diese gesetzlich zwingend vorgeschriebene Personalvermehrung durch persönliche Intervention bei der Schulbehörde. Und einem seiner Holzarbeiter, der wegen sozialdemokratischer Betätigung in eine Nachbargemeinde ausgewiesen und dadurch arbeitslos geworden war, liess er ein paar Groschen Unterstützung, die zu zahlen seine Gutskasse gesetzlich verpflichtet war, kurzerhand streichen. Das Resultat solcher Knickerigkeit einerseits und so unbekümmerter Vermögensbildung andererseits war ein sehr beträchtlicher Reichtum, den der «Eiserne Kanzler», als er 1898 starb, seinen Erben hinterlassen konnte.

Sein jüngerer Sohn, Graf Bill, den er zum Oberpräsidenten von Ostpreussen gemacht hatte, erbte das Gut Varzin, starb jedoch schon 1901, so dass wir nicht ihn, sondern seinen Sohn Nikolaus im ‚Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Preussen‘ von 1913 verzeichnet finden, und zwar mit Grundbesitz von zusammen rund 7'200 Hektar (= 72 Millionen Quadratmeter) im Kreise Rummelsburg. Graf Nikolaus, in zweiter Ehe verheiratet mit Elisabeth geborener Gräfin von Faber-Castell, starb bereits 1940 und erlebte so das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Enteignung des ostelbischen Grossgrundbesitzes nicht mehr. Sein Sohn Rule, letzter Herr auf Varzin, wurde mit beträchtlicher Entschädigung nach

dem Lastenausgleichsgesetz Grundbesitzer in Chile; die Tochter Beatrix heiratete 1945 den Fürsten Heinrich zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein und lebt heute – nach Scheidung und zweiter Ehe – als Beatrix von Mengersen zu Possenhofen am Starnberger See.

Des «Eisernen Kanzlers» ältestes Kind und einzige Tochter, Marie, die 1878 den Grafen Kuno zu Rantzau, Bismarcks Gesandten am Hofe des Bayernkönigs Ludwig II., geheiratet hatte, starb 1926; von ihrem Sohn Heinrich, der Landgerichtsdirektor in Berlin war, leben Kinder und Enkel, ebenfalls in West-Berlin, ohne dass man sie der heutigen Geld- und Machtelite zurechnen kann. (Zu dieser gehört aber ein Grossneffe der Bismarck-Tochter, Cai Graf zu Rantzau, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank und stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats der Kaufhof AG.)

Bleiben noch die Nachkommen des älteren Reichskanzler-Sohnes, Herbert, der unter seinem Vater das Auswärtige Amt leitete, Schönhausen und Schwarzenbek samt Sachsenwald erbt und auch bereits 1904 zu Friedrichsruh verstarb. Er hinterliess seiner Witwe, Marguerite geborener Gräfin Hoyos, fünf unmündige Kinder. Eine der beiden Töchter, Gräfin Goedela, heiratete 1919 den baltischen Aristokraten und Philosophen Hermann Graf Keyserling; die andere vermählte sich mit dem Major a. D. von Bredow. Von den drei Söhnen heiratete der jüngste 1955 eine reiche Erbin, Mona geborene Strader geschiedene Schlesinger geschiedene Bush verwitwete Harrison Williams, und diese nunmehrige Gräfin Mona Bismarck gehört mit Paketen von Aktien grosser amerikanischer Gesellschaften, die sich auch in die Bundesrepublik eingekauft haben, beispielsweise der Intercontinental Hotel-Kette, zur heutigen Geld- und Machtelite, auch Westdeutschlands.

Der Zweitälteste Sohn des Reichskanzler-Haupterben Herbert von Bismarck, Graf Gottfried, verstorben 1949, ist uns bereits begegnet als «Alter Kämpfer» und späterer Reichstagsabgeordneter der Hitler-Partei, Mitglied des «Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler» sowie Regierungspräsident in Stettin, dann in Potsdam. Seine Kinder, ein Sohn und zwei Töchter, wuchsen bei ihrem Onkel in Friedrichsruh auf, dem ältesten Sohn des frühverstorbenen Fürsten Herbert von Bismarck, der nicht nur den Vornamen seines Grossvaters, Otto, sowie den Fürstentitel erhalten hatte, sondern auch den Hauptteil des reichen Erbes.

Otto 3. Fürst von Bismarck gehörte nach dem frühen Tode sei-

nes Vaters bereits als Kind zu den hundert Reichsten in Preussen, war im Millionärsjahrbuch von 1913 verzeichnet und wäre auch Mitglied des Herrenhauses geworden, doch hatte er noch nicht die dazu erforderliche Volljährigkeit erreicht. Und als er im September 1918 das 21. Lebensjahr vollendete, da waren die Tage des preussischen Zweikammer-Systems bereits gezählt. Anderenfalls wäre der Enkel und Erbe des Reichsgründers und langjährigen ersten Kanzlers im preussischen Herrenhaus der Kollege des späteren Gründers der Bundesrepublik und langjährigen ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer geworden, der dieser Pairskammer seit 1917 als Vertreter der Stadt Köln angehörte. Immerhin begegneten sich die beiden später in einem anderen Parlament, nicht im Reichstag der Weimarer Republik, denn zwar wurde Otto 3. Fürst von Bismarck dort mit 26 Jahren Abgeordneter der republikfeindlichen Deutschnationalen, aber Adenauer war als Präsident des preussischen Staatsrats bis 1933 politisch anderwärts aktiv: im «Dritten Reich», das die Adenauersche Karriere unterbrach, schlug Fürst Otto von Bismarck die diplomatische Laufbahn ein, durfte 1937 die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes als Dirigent übernehmen, kam dann als Gesandter nach Rom und wurde 1943 in den Wartestand versetzt. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Fürst Bismarck, noch unter der Führung des Bundeskanzlers Adenauer, von 1953 bis 1965 als Abgeordneter der CDU dem Bonner Bundestag an.

Ausserdem darf sich Fürst Bismarck heute zur Spitzengruppe der bundesdeutschen Geld- und Machtelite rechnen, denn wenn ihm auch das Familienstammgut Schönhausen in der heutigen DDR durch Enteignung verlorenging, so ist ihm doch Friedrichsruh und der Sachsenwald geblieben.

Was nämlich den Wert dieses Grundbesitzes angeht, so bemerkte schon der Verfasser der Millionärsjahrbücher von 1913/14, Regierungsrat a. D. Rudolf Martin, der Sachsenwald sei für Hamburg das, was der Grünewald für Berlin ist, jedoch «mit dem Unterschied, dass der Grünewald nur 4555 Hektar gross ist, während die eigentliche Fideikommissherrschaft Schwarzenbek (Sachsenwald) 7385 Hektar ausmacht», und dass «die Luftlinie Friedrichsruh-Hamburg Hauptbahnhof sogar bloss 15 Kilometer beträgt. Im Falle der Parzellierung und des Verkaufs würde Fürst Bismarck einige Dutzend Vororte von der Grösse der Kolonie Berlin-Grünwald schaffen ... »

Genau dies ist um 1950 in geringem Masse geschehen, gerade ausreichend, um den 3. Fürsten Bismarck aller Liquiditätssorgen zu entheben. Was ihm jedoch an stadtnahem Grossgrundbesitz verblieben ist, hat noch immer einen dreimal grösseren Umfang als die Latifundien des Herrn August von Finck an der Peripherie von München, deren Wert die Stadtverwaltung der Isarmetropole bereits vor Jahren auf 1,2 Milliarden DM schätzte ...

Stellt nun die Familie Bismarck (aus deren entfernterer Verwandtschaft noch der Kali-Chemie-Vorstand, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Wirtschaftsrats der CDU, Philipp von Bismarck, und der Reichskanzler-Grossneffe Klaus von Bismarck, Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Erwähnung verdienen) eine seltene Ausnahme dar, vielleicht nur bedingt durch den Umstand, dass ihre Mitglieder einen so bekannten Namen tragen, oder durch die für sie erfreuliche Tatsache, dass ihr wertvollster Grossgrundbesitz noch gerade diesseits der Grenze zur DDR gelegen ist? Oder sind auch die Reichtümer anderer Sippen aus der Geld- und Machtelite des einstigen Königreichs Preussen bis heute erhalten geblieben?

Machen wir ein paar Stichproben, zunächst bei einer Gruppe, bei der es nächst den Juden am wenigsten wahrscheinlich ist, dass ihr einst enormer Besitz und Einfluss die Zeitläufte überdauert hat, nämlich bei den einstigen Magnaten Oberschlesiens und Preussisch-Polens – den Herzögen von Ujest und von Ratibor, den Fürsten Pless, Radziwill und Henckel-Donnersmarck, den Grafen Tiele-Winckler, Ballestrem, Schaffgotsch und wie sie alle hiessen.

Beginnen wir mit den Grafen Schaflgotsch genannt Semperfrei von und zu Kynast und Greiffenstein, die unter den Multimillionären des Königreichs Preussen von 1913 mit einem Vermögen im (sehr niedrigen) Steuerschätzwert von fast 100 Millionen Goldmark eine der Spitzenpositionen einnahmen. Ein Grossteil dieses Schaffgotschen Reichtums war übrigens erst 1858 erheiratet worden, und zwar von Graf Hans-Ulrich (1831 bis 1915), der die damals sechzehnjährige Johanna Gryzik von Schomberg-Godulla ehelichte. Die junge Braut war die Tochter eines armen ober-schlesischen Kumpels aus Zaborze-Poremba im Kreise Zabrze; ein Bergwerksbesitzer namens Karl Godulla, einstmals Steiger im Kohlenbergbau, hatte sie adoptiert, da er selbst keine Kinder hatte.

Godulla hatte sehr frühzeitig mit zunächst geliehenem Geld allerlei Grundstücke, später ganze Rittergüter aufgekauft, sich die Bergrechte gesichert und war mit der Ausbeutung immer neuer Flöze ausserordentlich reich geworden. Seine Adoptivtochter und Erbin wurde – ein einzigartiger Fall – kurz vor ihrer Vermählung mit dem Grafen Schaffgotsch in den erblichen preussischen Adelsstand erhoben, damit ihr Bräutigam keine bloss sehr reiche, sondern auch ebenbürtige Frau bekäme ...

Dem Enkel und Erben des Grafen Hans-Ulrich und der geadelten Johanna, ebenfalls Hans-Ulrich Graf Schaffgotsch geheissen, 1889 geboren und 1918 vermählt mit Sophie geborener Gräfin von Henckel-Donnersmarck, blieb der Schmerz erspart, den Untergang des schlesischen Magnatentums und die Annexion des Landes durch Polen zu erleben; er starb 1943. Seine Witwe fand mit ihren sechs Kindern Zuflucht in München. Die älteren Töchter verheirateten sich, eine davon mit Graf Engelbert von Arco-Zinneberg, und der älteste Sohn, geboren 1927 und wiederum Hans-Ulrich genannt, ist der heutige Chef, zwar nicht des Gesamthauses, doch seines zweiten, durch die Mitgift der Urgrossmutter Gryzik einstmals so ausserordentlich reichen Astes der Familie.

Die Annahme, dass er als «Heimatvertriebener und Entrechteter» für die heutige bundesdeutsche Geld- und Machtelite bedeutungslos geworden sei, ist indessen irrig. Graf Hans-Ulrich ist nämlich persönlich haftender Gesellschafter der Schaffgotsch Bergwerksgesellschaft, nun mit Sitz in München, und diese beherrscht ihrerseits – über ihre Majorität an dem (ansonsten in Streubesitz befindlichen) Aktienkapital der mit der BUBI AG (Braunkohlen- und Brikett-Industrie AG) verschmolzenen ELKA (Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG) – einen bedeutenden Konzern. Zu ihm gehören unter anderem 50 Prozent der F. Soennecken (Bürobedarf) KG und GmbH in Bonn, die Mehrheit an der New York-Hamburger Gummiwaren Compagnie (Grundkapital: 6 Millionen DM), vor allem aber (als hundertprozentige Tochter) die Firma Likra Ltd., Montreal (Kanada), mit einem Kapital von 5,2 Millionen Dollar.

Graf Hans-Ulrich Schaffgotsch ist ausserdem Privatbankier, Inhaber des renommierten Frankfurter Bankhauses Bass & Herz, Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes, vielfacher Aufsichtsrat, auch bei einer Reihe von brasilianischen und kanadischen Firmen, sowie Geschäftsführer der

Schaffgotsch Baufinanzierungs-GmbH, Frankfurt am Main. Er ist jedoch, wie schon erwähnt, nur der Chef eines – ursprünglich etwas weniger wohlhabenden – Astes des gräflichen Gesamthauses, dessen Haupt im Jahre 1913 Graf Friedrich Schaffgotsch war, Freier Standesherr auf Warmbrunn und Kynast, Erblandhofmeister in Schlesien, Erboberhofrichter in den Fürstentümern Schweidnitz und Jauer, erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses, der im ‚Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Preussen‘ von 1913 mit 21 Millionen Goldmark steuerpflichtigem Vermögen verzeichnet war, was jedoch ungewöhnlich niedrig eingeschätzt erscheint, denn dem Grafen gehörten mehr als 30'000 Hektar (über 300 Millionen Quadratmeter) Grundbesitz, mehrere wertvolle Schlösser und beträchtlicher Zechen- und sonstiger Industriebesitz.

Graf Friedrich Schaffgotsch erlebte noch den Zusammenbruch 1945, wurde vertrieben und enteignet, fand im Westen Zuflucht und starb 1947 auf Schloss Ellingen in Bayern, das seinem Schwiegersohn, dem in den letzten Kriegstagen gefallenen Fürsten Wrede, gehört hatte. Dessen Witwe, die Fürstin Sophie geborene Gräfin Schaffgotsch, verheiratete sich 1953 in zweiter Ehe mit dem Baron Erwein von Aretin, der bis zur Grossjährigkeit des Erbprinzen Wrede die Verwaltung der ausgedehnten Wredeschen Domänen sowie der fürstlichen Schlossbrauerei übernahm. Die übrigen Kinder des Grafen Friedrich Schaffgotsch erhielten ein standesgemässes Obdach auf Schloss Sandsee, einer weiteren fürstlich Wredeschen Besitzung in Mittelfranken, und der älteste Sohn und Erbe, Graf Gotthard, übernahm als geschäftsführender Gesellschafter die Gräflisch Schaffgotsche Kristallglasfabrik Josephinenhütte zu Schwäbisch Gmünd sowie einen Sitz im Aufsichtsrat der (ebenfalls in diesem württembergischen Städtchen domizilierenden) Gablonzer Wohnungsbau GmbH. Er ist verheiratet mit Maria-Rosa geborener Prinzessin von Croy, wodurch er einen Sohn des jetzigen Fürsten Bismarck, der ebenfalls mit einer Herzogstochter aus dem Hause Croy verheiratet ist, zum Neffen und eine geborene Prinzessin Ratibor zur Schwägerin hat.

Und mit letzterer sind wir bei einer weiteren oberschlesischen Magnatenfamilie angelangt, deren Reichtum ebenso gross war wie der der Grafen Schaffgotsch, von denen wir nun schon wissen, dass sie, trotz Vertreibung und Enteignung, noch immer zur Geld- und Machtelite gehören.

Der Grossvater jener Schaffgotsch-Schwägerin, Dr. Viktor Amadeus 2. Herzog von Ratibor und Corvey, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1847 bis 1923), war erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses und gehörte mit über 30'000 Hektar Grundbesitz, allein in Oberschlesien, sowie weiteren wertvollen Latifundien zur Spitzengruppe der Millionäre des Königreichs Preussen von 1913.

Ihn beerbte sein ältester Sohn Viktor (1879 bis 1945), der mit einer geborenen Prinzessin zu Oettingen verheiratet war. Als Heimatvertriebene Witwe zog sie nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Kindern in die Umgebung von Höxter in Westfalen, wo der Familie das schöne Schloss Corvey, vor 1803 eine reiche Fürstabtei, sowie knapp tausend Hektar wertvoller Grundbesitz verblieben waren (daneben natürlich ein sehr beträchtlicher Entschädigungsanspruch nach dem Lastenausgleichsgesetz). Da der Erbprinz im Polenfeldzug gefallen war, kam der Herzogs- und Fürstentitel sowie der gesamte restliche Besitz des Hauses Ratibor und Corvey, zu dem auch noch Güter in Österreich gehörten, an dessen jüngeren Bruder, Franz-Albrecht, der auch noch seine Tante, die Prinzessin Klementine von Metternich, beerbte.

Zur engeren Verwandtschaft des Fürsten Franz-Albrecht, der sich 1962 auf Schloss Dyck bei Neuss mit Isabella Altgräfin zu Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyck vermählte, zählen Prinzen und Prinzessinnen von Preussen, Hessen, Oettingen-Wallerstein sowie zahlreiche weitere im Westen begüterte Hocharistokraten. Und alles in allem lässt sich sagen, dass die Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Herzöge von Ratibor und Corvey, trotz des Verlustes ihrer oberschlesischen Besitzungen, noch immer zur Geld- und Machtelite zählen.

Dies lässt sich auch von ihren einst noch reicheren Verwandten sagen, den Fürsten von Hohenlohe-Oehringen, Herzögen von Ujest, denen in Oberschlesien fast 43'000 Hektar Grundbesitz mit wertvollen Kohlen- und Zinkbergwerken, Schlössern und sonstigem Vermögen im (sehr niedrigen) steuerlichen Schätzwert (des Jahres 1913) von 151 Millionen Goldmark sowie ein erblicher Sitz im preussischen Herrenhaus verlorengegangen sind. Denn dem Fürsten August blieb auch nach der Vertreibung sein Schloss und Besitztum Oehringen in Württemberg – rund 50 Millionen Quadratmeter –, das sein Sohn erbt, der jetzige Fürst Kraft zu Hohenlohe-Oehringen. Die Familie ist zudem mit knapp 20 Prozent des Aktienkapitals an der Handels- und Gewerbebank Heilbronn AG

beteiligt, deren Hauptaktionäre die Bosch-Erben sind. Und schliesslich hat sich auch Fürst Kraft 1959 mit einer jungen Dame aus sehr reichem Hause vermählt, nämlich mit der Tochter Katharina des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Siemens AG, Peter von Siemens.

Doch ehe wir uns nun der Familie Siemens, die ja auch schon zur Geld- und Machtelite des Wilhelminischen Reiches zählte, sowie einigen anderen superreichen Industriellen-Sippen zu- und von den Magnaten Oberschlesiens abwenden, sei noch vermerkt, dass auch die Allerwohlhabendsten unter den schlesischen Aristokraten, die Fürsten und Grafen von Henckel-Donnersmarck, deren Vermögen vor 1914 – verteilt auf sechs Familienmitglieder – allein in Preussen auf über 250 Millionen Goldmark geschätzt wurde, durch Vertreibung und Enteignung zwar ärmer, aber keineswegs arm geworden sind. Ihre 1853 gegründete Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb mit nunmehrigem Sitz in Braunschweig (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender: Graf Kraft von Henckel-Donnersmarck) ist zwar zu über 50 Prozent in den Besitz der mächtigen Metallgesellschaft AG übergegangen, ist aber dafür unter anderem mit zehn Prozent des Aktienkapitals an der Sachtleben AG für Bergbau und Chemische Industrie, Köln, beteiligt, bei der ein Vetter, Prinz Casimir Johannes zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft, im Aufsichtsrat sitzt. Die Familie Henckel-Donnersmarck, deren Haupt, Fürst Guido, dem Beirat der Bayerischen Vereinsbank AG angehört und die über wertvollen Grundbesitz am Tegernsee verfügt, ist ferner massgebend beteiligt an der Alexanderwerk AG, Remscheid, die Küchengeräte produziert, aber auch Grossanlagen baut, und hat zudem eine weitere, kleinere Beteiligung an der Beton- und Monierbau AG, Düsseldorf, einem Unternehmen mit rund zehntausend Beschäftigten.

Zusammenfassend lässt sich die Gruppe der ostdeutschen, zu meist ober-schlesischen Magnaten, die vor dem Ersten Weltkrieg über einige der grössten preussischen Vermögen verfügte, ohne Weiteres sagen, dass sich ihr Reichtum zwar mehr oder weniger stark vermindert hat, dass aber die einzelnen Familien auch heute noch fast ausnahmslos zur bundesdeutschen Geld- und Machtelite gehören. Zudem haben sie die Kontinuität ihres Reichtums und Einflusses noch dadurch verstärkt und gesichert, dass sie meist sehr vorteilhafte Verbindungen eingegangen sind, so etwa Prinz

Stanislaus Radziwill, der Caroline Lee Bouvier heiratete und so ein Schwager der Kennedys, dann des Tankerkönigs Aristoteles Onassis, wurde oder Fürst Kraft zu Hohenlohe-Oehringen, der Katharina von Siemens zur Gemahlin nahm und auf diese Weise der (einzige) Schwiegersohn des designierten Siemens-Konzernchefs ist.

Werner von Siemens, der Begründer der Firma Siemens & Halske, der 1867, nachdem nach dem Ausscheiden des Teilhabers Halske die Brüder Wilhelm und Karl (von) Siemens als Kompagnons beitraten, hatte sich aus kleinen Verhältnissen zu einem bedeutenden Industriellen und Erfinder emporgearbeitet. Sein Unternehmen beschäftigte, als er 1892 im Alter von 76 Jahren starb, bereits über zehntausend Arbeiter. Der Firmengründer war 1888 von Kaiser Friedrich geadelt worden; zwei Jahre später hatte er die Stammfirma seinen Söhnen Arnold und Wilhelm übertragen.

1897 wurde Siemens & Halske in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und diese gründete 1903, zusammen mit der Elektrizitäts AG vormals Schuckert & Co., die mit einem Stammkapital von 90 Millionen Goldmark ausgestattete Firma Siemens & Schuckert. In beiden Unternehmen sowie auch bei den im Ausland, zumal in England und Russland, errichteten Tochterfirmen, sicherte sich die Familie Siemens den massgebenden Einfluss.

Im «Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Preussen» von 1913 finden wir eine Reihe von Mitgliedern der Familie, an der Spitze die Brüder Wilhelm und Arnold, mit Vermögen von zusammen rund 75 Millionen Goldmark verzeichnet, doch der Reichtum der Siemens war in Wirklichkeit weit grösser, denn einige Familienmitglieder waren nicht in Preussen, sondern im Ausland steuerpflichtig. Der älteste Sohn des Firmengründers, Arnold von Siemens, der 18 Millionen Goldmark Vermögen versteuerte und übrigens Mitglied des preussischen Herrenhauses war, wurde an Reichtum noch übertroffen von seinem Bruder Wilhelm (27 Millionen Goldmark), weil dieser eine Kusine Siemens geheiratet und so auch noch deren Anteil am Sippenvermögen übernommen hatte. So war die Lage der Familie Siemens im letzten Friedensjahr vor dem Ersten Weltkrieg.

Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später und nach allem, was in dieser bewegten Zeit geschehen ist, stehen Familie und Konzern noch weit reicher, stärker und mächtiger da als ehemals, und dies, obwohl Hermann von Siemens – der Konzernchef in der

Zeit des «Dritten Reichs», heute Ehrenvorsitzender des Siemens-Aufsichtsrats – auf der offiziellen amerikanischen Kriegsverbrecherliste stand und dem Unternehmen die rücksichtslose Ausbeutung von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und anderen Zwangsarbeitern zur Last gelegt wurde.

Die Siemens AG zählt heute allein in der Bundesrepublik, ohne Berücksichtigung ihrer Tochterfirmen und Beteiligungen in aller Welt, über dreihunderttausend Beschäftigte. Sie investierte noch im Jahre 1970 rund eine Milliarde Mark, erzielte im selben Jahr fast 12 Milliarden Mark Umsatz und damit eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 21,5 Prozent. Nach dem Volkswagenwerk konnte die Siemens AG so den zweiten Platz unter den umsatzstärksten Industrieunternehmen der Bundesrepublik erringen und gehört heute zu den grössten Elektrokonzernen der Welt.

Die 1847 gegründete Firma gibt zwar als ihren Sitz «Berlin und München» an, doch hat sich die Konzernspitze längst an die Isar abgesetzt. Die Stammunternehmen Siemens & Halske und Siemens & Schuckert sind in der Siemens AG aufgegangen, und deren Aufsichtsrat führen drei Familienmitglieder an: Hermann von Siemens als Ehrenvorsitzer, Ernst von Siemens als amtierender Präsident und Peter von Siemens als dessen Stellvertreter und designierter Nachfolger, alle mit Wohnsitz in München.

Die Führungsrolle der Familie im Konzern-Aufsichtsrat hat eine sehr solide Grundlage. Zwar verteilen sich – bei einem Gesamtkapital im September 1970 von 1,17 Milliarden Mark – die Stammaktien im Nennwert von zusammen 1,136 Milliarden Mark auf rund 300'000 Aktionäre, aber gerade diese sehr breite Streuung macht die Inhaber von weiteren nominal 34,3 Millionen Mark Vorzugsaktien umso einflussreicher. Diese Namens-Vorzugsaktien befinden sich ausschliesslich im Besitz von Angehörigen der Familie von Siemens, der insgesamt etwa 13 Prozent des Siemens-Aktienkapitals gehören.

An der unveränderten Zugehörigkeit der Siemens-Sippe zur Geld- und Machtelite kann also kein Zweifel bestehen. Was aber ist aus denen geworden, die als Industrielle nicht in Berlin, sondern in der ostelbischen Provinz beheimatet waren, etwa in der Mark Brandenburg oder im heute polnischen Schlesien?

Als Beispiel möge zunächst eine Familie von Textilindustriellen dienen, die seit 1805 im Regierungsbezirk Breslau unterneh-

merisch tätig war und schon früh eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. So kommt ihr Name, Dierig, zusammen mit dem einer anderen wohlhabenden Textilfabrikanten-Sippe, Zwanziger, bereits in einem Lied vor, das ‚Das Blutgericht von Peterswaldau‘ betitelt war und die schamlose Ausbeutung der schlesischen Weber behandelte.

Wie gross die Not dieser damals noch nicht in Fabriken, sondern mit der ganzen Familie in Heimarbeit sich plagenden Lohnabhängigen war, hat ein zeitgenössischer Schriftsteller, Wilhelm Wolff, so beschrieben: «Oftmals bin ich im Winter solchen Armen begegnet, die in dem schrecklichsten Wetter, hungrig und frierend, viele Meilen weit ein fertig gewordenes Stück zum Fabrikanten trugen. Zu Hause warteten Frau und Kinder auf die Rückkunft des Vaters; sie hatten seit anderthalb Tagen bloss eine Kartoffelsuppe gegessen... Der Weber erschrak bei dem auf seine Ware gemachten Gebot; da war kein Erbarmen; die Kommis und Gehilfen begegneten ihm wohl noch obendrein mit empörender Härte. Er nahm, was man ihm reichte, und kehrte, Verzweiflung in der Brust, zu den Seinigen zurück... »

Für ihre «mühevoll 14- bis 16stündige Arbeit, zugleich für Abnutzung der Gerätschaften, Benutzung der Wohnräume, Heizung und Beleuchtung» bekamen die schlesischen Weber und Spinner täglich nicht mehr als zwei bis drei Groschen. So sangen sie denn im ‚Blutgericht von Peterswaldau‘ von ihren Ausbeutern, speziell von den Herren Dierig und Zwanziger: «Ihr Schurken all, ihr Satansbrut, ihr höllischen Kujone, ihr fresset der Armen Hab und Gut, und Fluch wird euch zum Lohne... »

Mehrere Weber wurden verhaftet und streng bestraft, weil sie dieses Lied gesungen hatten. Die allgemeine Empörung darüber entlud sich im Sommer 1844 in einem plötzlichen Aufstand, über den es bei Wilhelm Wolff heisst: «Endlich um 2 Uhr nachmittags, den 4. Juni 1844, trat der Strom über seine Ufer. Eine Schar Weber erschien in Nieder-Peterswaldau und zog auf ihrem Marsche alle Weber aus den Wohnungen rechts und links an sich. Alsdann begaben sie sich nach dem wenig entfernten Kapellenberge und ordneten sich paarweise und rückten so auf das neue Zwanzigersche Wohngebäude los. Sie forderten höheren Lohn und – ein Geschenk! Mit Spott und Drohen schlug man’s ihnen ab. Nun dauerte es nicht lange, so stürmte die Masse ins Haus, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Böden und Keller und zertrümmerte alles von den

prächtigen Spiegelfenstern, Öfen, Porzellan, Möbel bis auf die Treppengeländer herab, zerriss die Bücher, Wechsel und Papiere...»

Von Peterswaldau aus griff der Aufstand auf die Nachbardörfer über. In Langenbielau zertrümmerten am 5. Juni dreitausend Weber die Geschäftsräume der Firma Christian Dierig. Dann versammelten sie sich vor dem Wohnhaus ihres Fabrikanten. Er versprach ihnen Geld und Lebensmittel, zeigte sich bereit, über höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen zu verhandeln, und hielt auf diese Weise die Menge hin, bis das von ihm angeforderte preussische Militär eintraf und sofort in die Menschenansammlung zu schießen begann. Elf Personen, darunter mehrere Frauen und Kinder, starben auf der Stelle; weitere 24 wurden schwer verletzt. Doch nun gingen die Weber mit Pflastersteinen, Knüppeln und Messern zum Gegenangriff über, schlugen die Soldaten in die Flucht, erbeuteten ihre Waffen und besetzten damit das Dierigsche Wohnhaus.

Ihr Sieg war jedoch von nur kurzer Dauer. Schon am nächsten Morgen kam das Militär zurück, diesmal in grosser Stärke und mit Artillerie. Vor dieser Übermacht kapitulierten die Weber. Alle ihre Dörfer wurden besetzt, über hundert Männer wurden als Gefangene nach Breslau gebracht und dort abgeurteilt. Sie erhielten alle, auch die Minderjährigen – der Jüngste war gerade fünfzehn Jahre alt – lange Zuchthausstrafen, verschärft durch Auspeitschung...

Das Weber-Elend hat viele Dichter und Maler mit Mitleid und Empörung erfüllt. Gerhart Hauptmann widmete den Ausgebeuteten sein in Peterswaldau spielendes Drama; Käthe Kollwitz schuf einen Zyklus von Radierungen, die den Weberaufstand von 1844 schildern, und Heinrich Heine stellte sich mit seinem Gedicht, ‚Die schlesischen Weber‘, auf die Seite der Unterdrückten. «Ein Fluch dem König, dem König der Reichen, den unser Elend nicht konnte erweichen, der den letzten Groschen von uns gepresst und uns wie Hunde erschiessen lässt», lautet eine der Strophen.

Den Dierigs und Zwanzigers aber wurde viel Ehre zuteil. Friedrich Dierig, der Sohn des Firmengründers, wurde Geheimer Kommerzienrat und Ehrendoktor; dessen Sohn Wolfgang wurde Ehren-Senator der Breslauer Universität, und sein Bruder Gottfried erhielt die Berufung in den Reichswirtschaftsrat. Im ‚Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Preussen‘ von 1913 sind die Dierigs

mit zusammen etwa 20 Millionen Goldmark steuerpflichtigem Vermögen aufgeführt, die Herren Zwanziger mit weit weniger, doch mit immerhin mehr als 5 Millionen Goldmark. Ausserdem schlossen Angehörige beider Fabrikantenfamilien einige bedeutende Verbindungen: So heiratete Käte Dierig 1906 den Baron Paul von Zedlitz und Leipe; beider Tochter Ruth vermählte sich 1931 mit Baron Friedrich Carl von Oppenheim, dem Senior des Kölner Privatbankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. Und Kommerzienrat E. Zwanziger, in Firma E. F. Zwanziger & Söhne zu Peterswaldau, nahm Emma geborene Lode zur Frau, die eine «Gewerkin» (das heisst: Gesellschafterin) der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben war.

Diese Bergwerksgesellschaft gehörte vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den bedeutendsten Kohle- und Zinkproduzenten des Reiches und beschäftigte mehr als 30'000 Arbeiter; sie hatte auch ganz besondere Privilegien und Statuten, die in ihren Ursprüngen bis ins frühe 18. Jahrhundert zurückreichten.

Anno 1705 hatte der gerade zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gekrönte Habsburger Josef I. dem reisenden Tuchkaufmann Georg Giesche allergnädigst (und gegen eine sehr hohe Gebühr) gestattet, Zinkspat-Vorkommen auszubeuten, die Giesche in Oberschlesien entdeckt hatte. Das kaiserliche Privileg gewährte Georg Giesche nicht allein ein Monopol auf das gesamte Zinkerz der oberschlesischen Bergbauregion, sondern auch «ewige Befreiung von allen Reichs- und Staatssteuern». Damit war Georg von Giesche – er wurde 1711 geadelt und 1723 von Kaiser Karl VI. mit einer Erneuerung des Privilegs für sich und seine Erben bedacht – ein gemachter Mann, denn die Zinkvorkommen hatten sich als sehr ergiebig erwiesen, und die Produktion fand guten Absatz. Inhaber des privilegierten Unternehmens wurden nach Georg von Giesches Tod dessen drei Töchter, und deren Nachkommen – die von Teichmannsche, von Wildensteinsche und von Pogrellsche Linie – führten es fort, unbehellig von lästiger Konkurrenz und noch lästigeren Steuerbehörden, auch nachdem Schlesien preussisch und Preussen schliesslich ein Bestandteil des Deutschen Reiches geworden war. 1860 war die Familiengesellschaft in eine Bergbau-Gewerkschaft umgewandelt worden. Um das kostbare kaiserliche Privileg von 1705 nicht zu gefährden, hatte man in die Statuten dieser Gewerk-

schaft die Bestimmung aufgenommen, dass nur Gewerke werden könnte, wer in einer der drei Linien von Georg Giesche abstammte; durch Verkauf konnten Kuxe, also Gesellschaftsanteile an der bergrechtlichen Gewerkschaft, wohl von einer Linie zur anderen gelangen, doch auch das kam selten vor. In aller Regel wurden die Anteile von einer Generation zur nächsten vererbt.

Im Jahre 1913 wurden die zehntausend Kuxe der Gewerkschaft Georg von Giesches Erben, die eigene Zink- und Bleierzgruben, Zinkhütten und Kohlenbergwerke in Oberschlesien, Polen und Ungarn betrieb, bereits mit 300 Millionen Goldmark bewertet, und noch immer brauchten die Erben keine Steuern zu zahlen. Hauptgewerke war zu dieser Zeit der Rittergutsbesitzer Ulrich Freiherr von Richthofen, der in direkter Linie von der ältesten und zugleich von der Zweitältesten Giesche-Tochter abstammte, zudem verheiratet war mit Helene geborener von Koschembahr, einer Nachkommin und Erbin der jüngsten Giesche-Tochter, so dass sich bei dem Ehepaar eine Vielzahl von Kuxen aller drei Linien vereinigt hatte.

Die Firma Georg von Giesches Erben zu Breslau erlitt durch den Ersten Weltkrieg schweren Schaden: Sie verlor nicht nur, durch die Abtretung Ostoberschlesiens an Polen, wertvollen Grubenbesitz, sondern auch – nach über 200 Jahren! – ihre Steuerfreiheit. Dennoch blieb das Familienunternehmen führend im Zink- und Bleierz-Bergbau, wickelte seine Geschäfte über eine eigene Bank in Breslau ab und nahm im «Dritten Reich» noch einmal einen mächtigen Aufschwung. Damaliger Chef war Bergassessor a. D. Otto Fitzner, Wehrwirtschaftsführer, Gauwirtschaftsberater für den Gau Niederschlesien der NSDAP, Leiter der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie, Berlin, Präsident der Industrie- und Handelskammer, Breslau.

Heute, nach dem Untergang des «Dritten Reiches» und dem Verlust von ganz Schlesien an Polen, dürfte – so muss man annehmen – von dem Reichtum der Georg von Giesches Erben eigentlich nichts mehr übrig sein als wehmütige Erinnerungen. Dies jedoch ist ein Irrtum: Das Unternehmen hat heute seinen Sitz in Hamburg 1, firmiert als Handelsgesellschaft und ist unverändert im Besitz der weitverzweigten Familienstämme, wobei die Nachkommen des Barons Ulrich von Richthofen infolge dreifacher Erbschaft stärker vertreten sind als die des Kommerzienrats Zwanziger.

Was aber die Dierigs betrifft, die wir im Juni 1844, nach dem Blutbad von Langenbielau, verlassen hatten, so hat ihr Unternehmen heute seinen Sitz in Augsburg und zählt knapp achttausend Beschäftigte. Zu den wichtigsten Beteiligungen der Christian Dierig AG – Vorstandsvorsitzer: Christian Gottfried Dierig; Mitglieder des Aufsichtsrats: Dr. Hans Christian Dierig und Charlotte Bamberg geborene Dierig – gehören die F. H. Hammersen GmbH, Osnabrück, mit Werken in Osnabrück, Rheine und Bocholt, die Ernst Mallinckroth GmbH, Augsburg, die Dierig-Tufting GmbH, Augsburg, und die Christian Dierig S. a. r. l., Strasbourg, sämtlich hundertprozentige Dierig-Töchter, sowie zu jeweils 75 Prozent die Riedinger Jersey AG, Augsburg, die Textilausrüstung und Druckerei Prinz AG, Augsburg, die Kottorn Textil-AG, St. Mang bei Kempten, sowie die Textil-Treuhand AG, Wil (St. Gallen).

Mit einem Umsatz im Jahre 1970 von rund 450 Millionen Mark gehört die Dierig-Gruppe zu den 150 grössten Industrieunternehmen der Bundesrepublik, die Familie Dierig aber, in deren Besitz fast drei Viertel des Aktienkapitals sind, wie eh und je zur Geld- und Machtelite.

Wenn schon dort, wo es beinahe am wenigsten wahrscheinlich war, nämlich bei den Inhabern von Spitzenvermögen, die schon vor 1914 zu den Allerreichsten der östlichen Provinzen Preussens gehörten, eine ungebrochene Kontinuität von Macht und Reichtum bei den in die heutige Bundesrepublik verschlagenen Erben festzustellen ist, so kann es nicht mehr überraschen, dass sich in den einstigen West-Provinzen des untergegangenen Königreichs der Einfluss und das Vermögen der Superreichen erst recht erhalten haben. Je ein Beispiel aus Grossgrundbesitz, Industrie, Handel und Bankwelt mögen daher genügen.

An der Spitze der Grossgrundbesitzer der westlichen Hälfte Preussens und der daraus hervorgegangenen Länder der heutigen Bundesrepublik standen und stehen die Herzöge von Arenberg. Im Jahre 1913 war Engelbert IX. Herzog von Arenberg, erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses, auch Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages, der mit Abstand reichste Grundbesitzer Westfalens. Er versteuerte an seinem Wohnsitz, Schloss Nordkirchen, Regierungsbezirk Münster, ein geschätztes Vermögen von 63 Millionen Goldmark. Sein von ihm ständig noch ver-

mehrter Grundbesitz, nicht allein in der Provinz Westfalen, sondern auch in der Rheinprovinz sowie in der preussischen Provinz Hannover gelegen, umfasste rund 30'000 Hektar. Doch damit ist noch längst nicht alles über den Arenbergschen Reichtum gesagt, denn die Familie gehörte (und gehört noch heute) auch zu den superreichen Latifundienbesitzern und Grossaktionären Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs. Ausserdem waren (und sind) neben dem jeweiligen Familienoberhaupt auch die übrigen Sippenmitglieder sehr begütert. So versteuerte beispielsweise der mit einer Schwester des Herzogs Engelbert verheiratete Prinz und Herzog Johann von Arenberg auf Schloss Pesch bei Düsseldorf im Jahre 1913 weitere 22 Millionen Goldmark Vermögen.

Ihren in Preussen gelegenen Reichtum verdankten die Herzöge von Arenberg einigen Ereignissen der napoleonischen Epoche: 1801 verloren sie, wie alle anderen Aristokraten, ihre linksrheinischen Besitzungen an Frankreich, wurden aber durch die Übereignung der ehemals kurkölnischen Grafschaft Recklinghausen und des vordem zum Bistum Münster gehörenden Amts Meppen sowie weiteren Kirchenbesitzes im westfälisch-niedersächsischen Raum sehr reichlich entschädigt. Herzog Prosper, Souverän dieses zum Herzogtum Arenberg zusammengefassten neuen Staates, trat 1806 dem Rheinbund bei, heiratete 1808 eine Nichte der Kaiserin Joséphine und glaubte damit genug für die Sicherung seines Besitzstandes getan zu haben. Doch der Onkel seiner Frau, Napoleon I., nahm ihm 1810 erst Meppen ab, dann auch einen Teil der einstigen Grafschaft Recklinghausen, den Joachim Murat, Grossherzog von Berg, bekam. Nach Napoleons Sturz und Verbannung liess sich Herzog Prosper von seiner französischen Gemahlin eilig scheiden; die politisch ohnehin unnütz gewesene Ehe wurde auch kirchlich annulliert, und so war der Weg frei für eine zweite Verbindung, nämlich mit der Tochter Ludmilla des Fürsten von Lobkowitz, einem sehr einflussreichen Mann in Wien, wo Metternich das alte Europa restaurierte.

Zu den Resultaten des Wiener Kongresses gehörte denn auch, dass die Arenberger zwar nicht ihre Souveränität, wohl aber – als nunmehrige preussische und hannoversche Standesherrn – ihre riesigen Ländereien zurückbekamen, auch zahlreiche Privilegien, von denen sich das sogenannte Bergregal als das einträglichste er-

weisen sollte. Denn als im Verlaufe des 19. Jahrhunderts immer neue Industrien entstanden und immer mehr Kohle benötigt wurde, da wurden die reichen Flöze des Ruhrgebiets, zumal die im Bereich der einstigen Grafschaft Recklinghausen, für die Arenberger zu wahren Goldgruben: Jeder, der dort Steinkohle oder andere Bodenschätze fördern lassen wollte, auch der preussische Staat, musste dafür Abgaben an sie zahlen. So blieb es 100 Jahre lang, und erst aufgrund der Bestimmungen der Verfassung von 1919 gelang es dem Freistaat Preussen, das herzogliche Bergregal an sich zu bringen, und zwar gegen eine – sehr reichliche – Entschädigung. Der vom Wiener Kongress dem Hause Arenberg zugesprochene, ehemals kirchliche Grundbesitz aber blieb unangetastet.

Heute umfassen die herzoglich Arenbergschen Latifundien in der Bundesrepublik, aufgeteilt auf fünf Familien-Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Sitz in Meppen, Nordkirchen, Recklinghausen, Düsseldorf und Schleiden in der Eifel, noch immer Areale, die seit 1913 keineswegs kleiner, eher grösser und auf jeden Fall weit wertvoller geworden sind. Die selten auf ihren bundesdeutschen Schlössern, vielmehr meist an der Riviera residierenden Arenberger gehören folglich zu den DM-Milliardären.

Auch die Heiratspolitik wurde in einer Weise fortgesetzt, die dafür sorgte, dass der Besitz nicht zersplitterte und der politische Einfluss in Belgien, Frankreich, Luxemburg und in der Bundesrepublik voll erhalten blieb. In der Praxis bedeutete das, dass sich entweder Vettern und Kusinen, wohl auch Onkel und Nichten, miteinander vermählten oder dass sich die Arenberger mit Familien verbanden, deren Angehörige die feudalistischen Interessen wirkungsvoll vertraten. So heiratete beispielsweise Prinz Robert-Prosper von Arenberg, Sohn des Prinzen Jean und der Prinzessin Sophie (die ihrerseits den 8. Herzog Engelbert-August von Arenberg zum Vater und die geborene Prinzessin Eleonore von Arenberg zur Mutter hatte), einmal ausserhalb der Familie, nämlich die Tochter Gabriele des Fürsten von Wrede, erblichen Reichsrats der Krone Bayern, und dessen Gemahlin, einer geborenen Prinzessin von Lobkowitz. Beider älteste Tochter, die Prinzessin und Herzogin Rose-Sophie von Arenberg, vermählte sich mit Karl Theodor Freiherrn von und zu Guttenberg, CSU-Bundestagsabgeordnetem und nachmaligem Staatssekretär im Bundeskanzleramt bis 1969.

Mit ihrem gewaltigen Grundbesitz und sonstigem Vermögen sowie durch ihre Verbindungen mit anderen einflussreichen Sippen zählen die Herzöge von Arenberg ohne jeden Zweifel, wie seit eh und je, zur Geld- und Machtelite Westdeutschlands. Und dies gilt auch für fast alle anderen, durchweg aristokratischen Grossgrundbesitzer-Familien des ehemaligen Preussens westlich und nördlich der heutigen DDR-Staatsgrenze, von denen nur die heute noch Begütertesten erwähnt seien: Neben den Arenbergern und den in diese Kategorie fallenden Fürsten Bismarck, sind die Häuser Bentheim, Bernsdorff, Brockdorff, Bülow, Croy, Droste-Vischering, Fürstenberg-Herdringen, Galen, Grote, Hahn, Hardenberg, die Landgrafen von Hessen (in Schleswig-Holstein), die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, Inn- und Knyphausen, Isenburg und Büdingen, die Grafen Landsberg-Velen, Merveldt, Münster, die Grossherzöge von Oldenburg (mit ihrem Besitz in Schleswig-Holstein), die Fürsten und Grafen Platen-Hallermund, Rantzaу, Reventlow, die Barone Riedesel zu Eisenbach (mit dem preussischen Teil ihres Besitzes), das herzogliche Haus Sachsen-Coburg und Gotha (mit seinen Gütern in Hessen-Nassau), die Fürsten Salm und Sayn der verschiedenen Linien, die Grafen von Schaesberg-Thannhausen, das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, die Grafen von der Schulenburg, die Fürsten und Grafen zu Solms, von Spee, zu Stolberg, zu Waldeck-Pyrmont (mit dem Besitz in Hessen-Nassau), die Grafen von Westphalen und die Fürsten zu Wied zu nennen, ohne dass diese Liste einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Zusammen gehören diesen drei Dutzend aristokratischen Familien, allein in den ehemals preussischen Teilen der Bundesrepublik, heute insgesamt 300'000 Hektar (oder 3'000 Quadratkilometer, was der Gesamtfläche zweier Bundesländer, Bremen und Saarland, mit zusammen rund 1,7 Millionen Einwohnern entspricht oder auch der Fläche des nordrhein-westfälischen Regierungsbezirks Aachen mit den Landkreisen Aachen, Düren, Erkelenz, Jülich, Monschau, Schleiden und Geilenkirchen-Heinsberg sowie dem Stadtgebiet von Aachen).

Soweit der Grossgrundbesitz, wie er sich allein in vormaligen preussischen Gebieten der Bundesrepublik bis heute erhalten hat. Als Beispiel für die Kontinuität industriellen Reichtums sei die Familie van Delden erwähnt, deren Senior im Jahre 1913 Kommerzien-

rat Gerrit van Delden mit Wohnsitz in Gronau im preussischen Regierungsbezirk Münster war. Sein zu versteuerndes Vermögen wurde damals auf knapp 11 Millionen Goldmark geschätzt; sechs weitere Familienmitglieder, alle ebenfalls in Gronau wohnhaft, hatten nochmals rund 16 Millionen Goldmark Vermögen zu versteuern. Ihre Firmen, die Baumwollspinnerei und Zwirnerei Gerrit van Delden & Co. sowie die Baumwollspinnerei und Weberei M. van Delden & Co., beide in Gronau, hatten 1913 zusammen 355'000 Spindeln sowie über tausend Webstühle. Zum Familienkonzern, der seit 1854 bestand, gehörte seit 1883 auch die Westfälische Jutespinnerei und Weberei in Ahaus. Später kam noch van Delden & Co. in Coesfeld hinzu, und schon 1913 galt, was Kurt Pritzkolet vier Jahrzehnte später über die Familie schrieb, nämlich «dass in dem Dreieck Gronau-Ahaus-Coesfeld der Name van Delden nur mit Schauern der Ehrfurcht genannt wird».

Heute zählt die Firma Gerrit van Delden mit einem Umsatz von (1970) fast 450 Millionen DM zu den 150 grössten Industrieunternehmen der Bundesrepublik. Familienmitglieder sitzen in den Aufsichtsratspräsidien zahlreicher weiterer Textilfirmen, die mehrheitlich oder ganz der Sippe gehören, so der Thüringischen Zellwolle AG in Gronau, der Crefelder Baumwollspinnerei in Krefeld oder der Westfälischen Zellstoff AG in Wildshausen. Ihre Zugehörigkeit zur Geld- und Machtelite konnten die van Deldens auch im «Dritten Reich» und ausserhalb des Dreiecks Gronau-Ahaus-Coesfeld unter Beweis stellen: Sie beteiligten sich beispielsweise an der Westfalenbank sowie am Gerling-VerSicherungskonzern, und Hendrik van Delden, Ehrensenator der Technischen Hochschule Hannover und Präsidiumsmitglied der Internationalen Baumwollspinnerei-Vereinigung, wurde Wehrwirtschaftsführer. Heute hingegen ist Rembert van Delden, Korvettenkapitän der Reserve, Vorstandsmitglied der Westfälischen Jutespinnerei und Weberei, Ahaus, und Geschäftsführer der van Delden & Co. GmbH, Coesfeld, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie auch des Wirtschaftsbeirats der Union.

Die van Deldens stellen, was die Kontinuität ihres Reichtums und Einflusses betrifft, keineswegs eine seltene Ausnahme dar. Im Gegenteil: Auch fast alle anderen (nichtjüdischen) Industriellen-Familien, die schon im Königreich Preussen vor 1914 eine mehr

oder weniger grosse Rolle spielten, gehören auch heute noch zur Geld- und Machtelite der Bundesrepublik.

Nehmen wir einige wenige Beispiele aus ganz unterschiedlichen Gegenden des einstigen Preussens: etwa die Familie von Boch-Galhau, der die Firma Villeroy & Boch, gegründet 1766, gehört – das grösste keramische Unternehmen der Welt, das einst Betriebe nicht nur im Saarland sowie jenseits der Grenze, in Luxemburg und Frankreich, hatte, sondern auch in Bonn, Breslau, Deutsch-Lissa, Dänischburg und Torgau; sodann die aus dem märkischen Pritzwalk stammenden Textilfabrikanten Draeger, deren Schwiegersohn ein Herr Emil Quandt wurde, dessen Sohn Günther das Draeger-Erbe zu einem Mammutkonzern ausweitete; die Haniels, die zu den Gründerfamilien der seit 1808 als Aktienverein zu Oberhausen betriebenen Gutehoffnungshütte und mit einem Sippenvermögen von mehr als 400 Millionen Goldmark zu den Allerreichsten im Königreich Preussen zählten; die Düsseldorfer Waschmittelfabrikanten Henkel, die seit 1886 ihr Familienunternehmen betreiben und schon vor 1914 zu den Goldmark-Multimillionären gehörten; die Essener Krupps, deren Erbtöchter Bertha 1906 mit Gustav von Bohlen und Halbach vermählt wurde; die ursprünglich nur mit der Herstellung von Backpulver befassten und damit auch schon vor 1914 in den Rang von Goldmark-Millionären aufgestiegenen Bielefelder Oetkers; die saarländischen Schwerindustriellen-Sippen Röchling und Stumm, deren Stammfirmen Gebrüder Röchling 1875, Gebrüder Stumm 1715 gegründet worden waren; die Duisburger Thyssens, die Neusser Sippe der Werhahn und die Familie des Kölner Eisenhändlers Otto Wolff, der zwar vor 1914 noch nicht zu den preussischen Industriellen, wahrscheinlich nicht einmal zu den Vorkriegs-Multimillionären gehört hatte, aber in den Jahren 1916/17, also noch zur Zeit der Monarchie, unter anderem für 6 Millionen Mark Aktien der Vereinigten Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhüttenwerke AG sowie für 5 Millionen Mark Aktien der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb erwerben konnte.

Zu diesen elf Familien, die nur eine kleine und willkürliche Auswahl darstellen, seien noch die van Deldens, die Dierigs, die Siemens, die Grafen Schaffgotsch und die Nachkommen des gleichfalls bereits erwähnten Henle-Schwiegervaters Peter Klöckner hinzugenommen, und alsdann wollen wir Bilanz ziehen, um

herauszufinden, was aus dem Reichtum und Einfluss dieser nun insgesamt 16 preussischen Industriellen-Familien während der ereignisreichen Zeit von 1914-18 bis heute geworden ist:

Der Villeroy & Boch-Konzern – geschäftsführender Gesellschafter: Luitwin von Boch-Galhau – erzielte 1970 in der Bundesrepublik einen Umsatz von 580 Millionen Mark; das nach wie vor voll in Familienbesitz befindliche Unternehmen hat ausserdem Produktionsbetriebe in Luxemburg, Frankreich, Italien, der Schweiz, Kanada und Argentinien. In der Bundesrepublik hat Villeroy & Boch rund 20'000 Beschäftigte.

Die van Deldens setzten 1970 rund 440 Millionen DM, die Die-rigs etwa 450 Millionen DM um; zusammen beschäftigen sie knapp 12'000 Arbeiter und Angestellte.

Die vom Draeger-Schwiegersohn Günther Quandt und dessen Söhnen Herbert und Harald aufgebaute, ganz in Familienbesitz befindliche Quandt-Gruppe, zu der neben den Textil-Stammunternehmen vor allem VARTA, IWK, Byk-Gulden sowie BMW (40 Prozent des Aktienkapitals bei der Quandt-Gruppe, über 25 Prozent bei Dr. Herbert Quandt) gehören, verzeichnete 1970 einen Umsatz von etwa 3,2 Milliarden DM (wobei der BMW-Umsatz zu 66,6 Prozent in Ansatz gebracht ist). Die Beschäftigtenzahl beträgt (einschliesslich zwei Drittel der BMW-Belegschaft) rund 44'000. Und berücksichtigt man auch noch die knapp fünfzehnprozentige Beteiligung der Quandts an der Daimler-Benz AG, so machte der Familienjahresumsatz 1970 sogar 5,8 Milliarden Mark aus, und die Anzahl der Quandt-abhängigen Beschäftigten erhöht sich auf rund 66'000.

Die Haniels sind am Gutehoffnungshütte(GHH)-Konzern nach wie vor mit weit mehr als der Hälfte des Aktienkapitals beteiligt. Klaus Haniel ist Vorsitzender des GHH-Aufsichtsrats; sein Stellvertreter ist Carl-Eduard Carp, ebenfalls ein Mitglied des Haniel-Clans. Der GHH-Konzern, zu dem auch die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (M.A.N.) gehört, erzielte 1970 einen Umsatz von 6,34 Milliarden DM und zählt rund 96'000 Beschäftigte. Ausserdem haben die Haniels noch eine kleine Beteiligung an der Hüttenwerke Oberhausen AG, die wir unberücksichtigt lassen wollen.

Die Düsseldorfer Waschmittel-Könige Henkel (Persil, Fakt, Weisser Riese, Pril, Ata, Omo und viele hundert weitere Markenartikel) konnten mit ihrem familieneigenen Konzern im Jahre 1970 einen Umsatz von 3,3 Milliarden Mark machen und beschäf-

tigen unmittelbar knapp 40'000 Arbeiter und Angestellte. Die Henkels sind aber auch – unter anderem – an der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt (Degussa) mit etwa der Hälfte des Aktienkapitals beteiligt, in geringerer Masse an der Metallgesellschaft AG, beide mit Sitz in Frankfurt am Main. Dadurch erhöhte sich der Familien-Umsatz 1970 auf etwa 4,8 Milliarden Mark, die Anzahl der Henkel-abhängigen Beschäftigten auf rund 52'000.

Von dem Klöckner-Erben Dr. Günter Henle wissen wir, dass sein Industrie-Reich erhalten geblieben ist, obwohl die Familie weder bei der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln (Umsatz 1970: 2,15 Milliarden Mark; 31'000 Beschäftigte), noch bei der Klöckner-Werke AG, Duisburg (Umsatz 1970: 2,19 Milliarden Mark; ebenfalls 31'000 Beschäftigte), ihre Aktienmehrheit erhalten konnte. Wir wollen deshalb den auf die Familie Henle im industriellen Bereich entfallenden Umsatz-Anteil nur auf etwa 2,1 Milliarden Mark veranschlagen, ihren Belegschafts-Anteil auf 30'000.

Schwierig wird es bei der Familie von Bohlen und Halbach, die ihr früheres alleiniges Eigentum an der Firma Fried. Krupp, Essen, auf eine Stiftung übertragen hat. Deren Präsident – und als solcher zugleich Aufsichtsratsvorsitzer der Konzern-Holdingfirma Fried. Krupp GmbH – ist Berthold Beitz, der Generalbevollmächtigte und Testamentsvollstrecker des verstorbenen letzten Alleininhabers, Alfried von Bohlen und Halbach. Insofern besteht die ja nur auf ihren Hausmeier delegierte Macht der Familie über den Krupp-Konzern, mindestens vorerst und indirekt, fort. Und auch an den jetzigen und künftigen Erträgen des Essener Unternehmens (Konzernumsatz 1970: 6 Milliarden Mark; rund 80'000 Beschäftigte) ist ein Familienmitglied, Alfried Krupps einziger Sohn, Arndt von Bohlen und Halbach, kräftig beteiligt, denn er bezieht von der Krupp-Stiftung eine lebenslängliche Rente von mindestens 2 Millionen Mark jährlich. Wem dies noch zu wenig erscheint, Macht und Reichtum des Krupp-Imperiums mit der Familie und ihrem generalbevollmächtigten Statthalter Beitz zu identifizieren, der lasse sich daran erinnern, dass Arndt von Bohlen und Halbach vorab sehr beträchtliche Teile des Familien-Gesamtvermögens in sein Privateigentum übernehmen konnte – zum Beispiel 125 Quadratkilometer Grundbesitz nebst einem Schloss in Österreich oder auch die Krupp-Beteiligung an dem Essener Bankhaus

Carl Chr. Gossenberg & Co., eine grosse Farm in Brasilien sowie eine Gemäldesammlung im Wert von vielen Millionen. Alle diese und andere Vermögenswerte gehörten, da zwischen Privat- und Industriebesitz des Alleininhabers Alfried Krupp von Bohlen und Halbach kein Unterschied bestand, bis zu dessen Tode zu den Reserven des Krupp-Konzerns. Der Sohn und Erbe Arndt, auf den Immobilien, Beteiligungen und Kunstschatze im Verkehrswert von etlichen hundert Millionen Mark übertragen wurden, hat also, sozusagen, nur einen gewaltigen Vorschuss auf die künftigen Konzern-Erträge erhalten. Auch ist der Familie von Bohlen und Halbach, genauer: Arndts Onkeln Berthold und Harald, den jüngeren Brüdern seines Vaters, eine hohe Beteiligung am WASAG-Chemie- und Spielzeug-Konzern sowie die Mehrheit an der unter anderem Brems- und Kupplungsbeläge produzierenden Jurid GmbH verblieben (Umsatz-Anteil an beiden Firmen im Jahre 1970: rund 200 Millionen Mark; Belegschafts-Anteil: knapp 7'000).

Aus der Backpulverfabrik Dr. Oetker in Bielefeld ist heute ein riesiger, bundesweiter «Gemischtwaren»-Konzern geworden, zu dem an Industriebetrieben unter anderem zahlreiche Brauereien, Sektkellereien sowie Produktionsstätten für Lebens- und Genussmittel aller Art zählen, aber auch Bau- und Textil-Unternehmen. Der Jahresumsatz 1970 betrug schätzungsweise 1,1 Milliarden Mark, die Beschäftigtenzahl 23'000. Hinzurechnen muss man aber noch den Industriebesitz der Schwester und Halbgeschwister des Konzerninhabers Rudolf August Oetker, etwa die Schwartauer Werke von Ursula und Arend Oetker (1'200 Beschäftigte) oder die Bielefelder Grossdruckerei E. Gundlach (1'500 Beschäftigte) des Oetker-Halbbruders Richard Kaselowsky.

Was die Röchling-Gruppe betrifft, so wird der Umsatz des Familienunternehmens im Jahre 1970 mit 1,89 Milliarden Mark, die Beschäftigtenzahl mit rund 36'000 angegeben.

Bei den Grafen Schaffgotsch liegen die Vergleichszahlen bei schätzungsweise 400 Millionen Mark und etwa 4'000 Beschäftigten. Die von der Familie Siemens nach wie vor beherrschte Siemens AG erzielte 1970 als zweitgrösstes bundesdeutsches Industrieunternehmen einen Umsatz von 11,76 Milliarden Mark und beschäftigte 301'000 Arbeiter und Angestellte.

Die Stumm-Erben erzielten mit ihrem in der Stumm AG, Essen, als Holdinggesellschaft zusammengefassten Industriebesitz einen Jahresumsatz von 1,3 Milliarden Mark; die Beschäftigtenzahl liegt bei 17'000.

Was die Familie Thyssen betrifft, so gebietet die Haupterin August Thyssens, Gräfin Anita de Zichy geborene Thyssen, mit knapp 40 Prozent des Aktienkapitals, dessen Mehrheit sich in Streubesitz befindet, über die mächtige Thyssen-Gruppe, deren Kern die Duisburger August-Thyssen-Hütte (ATH) bildet. Konzernumsatz 1970: 10,88 Milliarden Mark; Beschäftigtenzahl der Thyssengruppe: 96'000.

Es gibt jedoch noch ein weiteres Thyssen-Reich, nämlich das des Neffen der Gräfin de Zichy, des Barons Hans Heinrich von Thyssen-Bornemisza. Durch seine Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik AG sowie mit je 50 Prozent Beteiligung an der Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH und der Thyssengas AG, Duisburg, erzielte der Baron, der auch über erheblichen Auslandsbesitz verfügt, in der Bundesrepublik im Jahre 1970 Industrie-Umsätze von schätzungsweise 600 Millionen Mark; sein Belegschaftsanteil: 9'300 Beschäftigte.

Ausserordentlich schwierig ist der industrielle Besitz der Neusser Familie Werhahn zu beziffern, dessen Vielfalt und weite Streuung den Überblick sehr erschweren. Rechnet man den von den Werhahns beherrschten Unternehmen der Buckau-Gruppe und der «Strabag» ihre Brauerei-Interessen bei Wicküler und damit indirekt auch beim Münchener Löwenbräu hinzu, vor allem aber die zehnpromtente Werhahn-Beteiligung am mächtigen Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) und damit auch an «Rheinbraun», so ergibt sich ein industrieller Umsatz-Anteil der Neusser Sippe im Jahre 1970 von 1,85 Milliarden Mark, ein Belegschaftsanteil von rund 25'000.

Zu den wichtigsten industriellen Beteiligungen, die der Haupterbe des Stahlhändlers Otto Wolff, Otto Wolff von Amerongen, über die Kölner Otto Wolff AG oder direkt hält, gehören fünfzigprozentige Beteiligungen an der Stahlwerke Bochum AG, der Rasselstein AG, Neuwied, und der Neunkircher Eisenwerk AG, Neunkirchen (Saar), eine fünfzehnprozentige Beteiligung am Stumm-Konzern sowie als eine von zahlreichen hundertprozentigen Beteiligungen die Eisenwerk Weserhütte AG in Bad Oeynhauscn. Der industrielle Umsatz (ohne den Eisen- und Stahlhandel) lässt sich nur schätzen, für 1970 auf etwa 920 Millionen Mark. Der Belegschaftsanteil beträgt rund 15'000.

Zusammen setzten also die Erben von sechzehn reichen preussischen Industriellenfamilien der Zeit vor 1918 in der Bundesre-

publik des Jahres 1970 nicht weniger als 57,5 Milliarden Mark um, und sie beschäftigen heute rund 882'000 Arbeiter und Angestellte. Das ist eine enorme Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht, die sich über Weltkriege, Systemwechsel, Geldentwertungen und Reformversuche hinweg nicht bloss erhalten, sondern noch sehr beträchtlich verstärkt hat.

Und wie sah und sieht es mit dem politischen Einfluss dieser sechzehn – ja nur eine, wie schon betont, willkürliche Auswahl darstellenden – Familien aus?

Nun, einige von ihnen spielten schon unter den Hohenzollern eine sehr bedeutende politische und gesellschaftliche Rolle, an der Spitze die Essener Krupps, die Alleininhaber der grössten Waffenschmiede Preussens und des Reichs. Friedrich Alfred Krupp (1854 bis 1902) war Mitglied des preussischen Herrenhauses und gehörte von 1893 bis 1898 dem Reichstag an. Wichtiger noch war der Einfluss, den die Firma Fried. Krupp mit Hilfe aufgekaufter Zeitungen auf die Innen-, Aussen- und vor allem die Rüstungspolitik nahm, besonders in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Und schliesslich muss daran erinnert werden, dass einer der Führer der Alldeutschen, später des rechten völkischen Flügels der Deutschnationalen, Geheimrat Alfred Hugenberg, von 1909 bis Ende 1918 Generaldirektor des Krupp-Konzerns war. Noch als Krupp-Chef begann er 1916, ein mächtiges deutschnationales Presse- und Film-Imperium aufzubauen, das mit eigenen Nachrichtenbüros, Materndiensten, den Zeitungen des Scherl-Verlages, der Ufa-Wochenschau und sonstiger Filmproduktion sowie mit Anzeigenvermittlung und Krediten für Provinzzeitungen die öffentliche Meinung in sehr starkem Masse beeinflusste. Später führte Hugenberg die Deutschnationalen in das Bündnis mit den Nationalsozialisten und wurde 1933 Hitlers erster Reichswirtschaftsminister.

Karl Freiherr von Stumm-Halberg (1836 bis 1901), der die 1715 gegründete Firma Stumm zu einem Grossunternehmen machte, gehörte ebenfalls dem preussischen Herrenhaus und jahrzehntelang dem Reichstag an. Er war Mitbegründer und führendes Mitglied der rechtsextremen Deutschen Reichspartei, der schärfste Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, ein Freund Wilhelms II., den er von allen sozialreformerischen Plänen abbrachte. Und als bedeutendster Panzerplatten-Lieferant der

Kriegsmarine wirkte er mit Hilfe einer gesteuerten Pressekampagne sowie mit dem von ihm finanzierten «Flottenverein» auf die Marinepolitik Wilhelms II. ein, die zu einem Wettrüsten mit England und zu dessen Anschluss an Frankreich und Russland führte.

Sein Bruder Ferdinand Freiherr von Stumm (1843 bis 1925) stand als Botschafter im diplomatischen Dienst des Kaiserreichs; beider Neffe, Wilhelm von Stumm, wurde 1911 Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1916 Unterstaatssekretär. Von ihm hiess es im Kreise seiner Freunde: «Ein Handelsunternehmen, das so geführt würde, wie Stumm das Auswärtige Amt leitet, wäre in kurzer Zeit bankrott!»

Staatssekretär und damit Chef des Auswärtigen Amtes wurde 1917 der Stumm-Schwiegersohn Richard von Kühlmann, der im März 1918 Sowjetrussland den Frieden von Brest-Litowsk diktierte, wogegen ein Haniel-Erbe, Edgar von Haniel-Haimhausen, von 1911 bis 1917 Botschaftsrat in Washington, 1918 Mitglied der Waffenstillstandskommission, 1920 Staatssekretär im Auswärtigen Amt und 1923, kurz vor dem Hitler-Ludendorff-Putsch, Vertreter der Reichsregierung in München wurde.

In den Jahren der Weimarer Republik spielten weitere Angehörige unserer sechzehn Familien eine wichtige Rolle: Hermann Röchling gründete und finanzierte die Deutsch-Saarländische Volkspartei; Peter Klöckner unterstützte das rechte Zentrum und kaufte, gemeinsam mit Franz von Papen, die Zeitung «Germania», das Zentralorgan des Zentrums. Fritz Thyssen finanzierte mit einer Spende von 100'000 Goldmark den Hitler-Ludendorff-Putsch, später mit Millionenbeträgen die Kampfverbände SA und SS. Dr. Günter Henle nahm als Freikorpsoffizier an der Niederschlagung von Arbeiteraufständen in Thüringen und Bayern teil, und der Schwiegersohn des Geheimrats von Boch-Hanau, Franz von Papen, wurde sogar Reichskanzler. Von seiner Rolle beim Untergang Preussens wie auch dem der Weimarer Republik wird noch an anderer Stelle die Rede sein.

Im «Dritten Reich» war Papen zunächst Vizekanzler im Kabinett Hitler, dann der dem «Führer und Reichskanzler» unmittelbar unterstellte «Minister in besonderer Mission» in Wien, auch Gast der NSDAP-Fraktion im Reichstag, schliesslich Hitlers Botschafter in der Türkei. Doch er war beileibe nicht der einzige aus den 16 Industriellen-Sippen, der in den Jahren der braunen Diktatur eine wichtige Rolle spielte:

So war Fritz Thyssen bis 1939 preussischer Staatsrat und als

Abgeordneter der NSDAP Mitglied des Reichstags; er brach erst mit Hitler, dessen Aufstieg er mitfinanziert hatte, als dieser den Krieg begann.

Zu den aus besonderem Vertrauen der Naziführung zu «Wehrwirtschaftsführern» ernannten Industriellen gehörten Hendrik van Delden und Dr. Günther Quandt, der Mitinhaber der Gebr. Draeger Tuchfabrik, Geschäftsführer der Draeger-Werke und Vorstandsvorsitzer der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG, Berlin. Quandt-Sohn Harald, der bis 1967, als er mit seinem Flugzeug tödlich verunglückte, einer der beiden Konzern-Chefs war, wuchs auf im Hause des NSDAP-Gauleiters von Gross-Berlin und späteren Reichspropagandaministers Dr. Josef Goebbels, den seine Mutter in zweiter Ehe geheiratet hatte.

Wehrwirtschaftsführer waren im Hitlerreich auch der Henkel-Schwiegersohn und «Betriebsführer» des Waschmittel-Konzerns, Werner Lüps, sowie der Röchling-Konzernchef Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling. Oetker-Schwiegersohn Dr. Richard Kasselowsky, Stiefvater des heutigen Oetker-Konzernchefs, war nicht nur ein sehr aktiver Nationalsozialist und SS-Führer, sondern auch Mitglied des exklusiven «Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler». Gottfried Dierig wurde im «Dritten Reich» Leiter der mächtigen «Reichsgruppe Industrie» und Partei-Vertrauensmann in so wichtigen Aufsichtsräten wie dem der Berliner Handels-Gesellschaft. Und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war natürlich ebenfalls «Wehrwirtschaftsführer», zudem «Pionier der Arbeit» und Inhaber des «Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP», ausserdem Vorsitzender des Kuratoriums der «Adolf-Hitler-Spende der deutschen Industrie», wogegen sein ältester Sohn und Erbe, Alfred, schon frühzeitig «Förderndes Mitglied der SS» geworden war.

Schliesslich sei noch – ohne dass, was die Bindungen unserer sechzehn Familien an das Hitler-Regime betrifft, ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird – Vicco von Bülow-Schwante erwähnt, zweiter Ehemann der Stumm-Erbin Helene verwitwete Gräfin Bolko von Roedern geborene von Schubert. In den Jahren des «Dritten Reiches» wurde er als Nachfolger seines Schwiegersvaters, des Generals Conrad von Schubert, der die Tochter Ida des Freiherrn Carl Ferdinand von Stumm-Halberg geheiratet hatte, Anführer des Stumm-Clans und Chef des Konzerns. 1933 folgte Vicco von Bülow-Schwante dem Ruf seines «Führers» und wurde

«SA-Standartenführer zur besonderen Verwendung», 1934 Protokoll-Chef im Auswärtigen Amt, und er wäre in der Nazi-Hierarchie gewiss noch weiter aufgestiegen, wäre ihm nicht das Malheur passiert, den (in solchen Dingen sehr empfindlichen) «Führer» anlässlich eines Rom-Besuchs barhäuptig und im für ihn wenig kleidsamen Frack eine Parade abnehmen zu lassen, zu der alle anderen in goldstrotzenden Uniformen und mit reichgeschmückten Kopfbedeckungen erschienen waren. So wurde Vicco von Bülow-Schwante als Botschafter nach Brüssel abgeschoben und trat nach der Besetzung Belgiens durch die deutsche Wehrmacht in den Ruhestand. Dagegen wurde sein Schwager, Graf Max-Erdmann von Roedern, der – wie sein Bruder Bolko – ebenfalls eine Generalstochter von Schubert und damit eine reiche Stumm-Erbin geheiratet hatte, SS-Oberführer beim Stab des Oberabschnitts Südost ...

Bleibt noch zu prüfen, welche Rolle die sechzehn Familien seit 1945 im politischen Leben der Bundesrepublik spielen oder gespielt haben. Wir erwähnten bereits, dass Dr. Günter Henle in Firma Klöckner & Co. Präsident der einflussreichen Bonner «Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik» wurde und in den Bundestag als CDU-Abgeordneter einzog, auch dass Rembert van Delden noch heute zur CDU/CSU-Fraktion des Bundesparlaments gehört. Nachzutragen bleibt, dass auch Fritz von Haniel-Niethammer bis 1965, als er sich siebzigjährig auf seine Güter zurückzog, CSU-Abgeordneter in Bonn war; dass der Nachfolger Vicco von Bülow-Schwantes in der Führung des Stumm-Konzerns, Knut von Kühlmann, Freiherr von Stumm auf Ramholz, der langjährige Vorsitzende und zuletzt stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion war, und dass fast alle anderen Familien durch leitende Angestellte ihrer Konzerne im Parlament vertreten sind oder waren: die Thyssens beispielsweise durch Dr. Kurt Birrenbach (CDU), Verwaltungsratsvorsitzer der Thyssen-Vermögensverwaltung; die Oetkers bis 1969 durch Dr. Alexander Elbrächter (bis 1958 Deutsche Partei, dann CDU); die Klöckner-Henles durch den Klöckner-Prokuristen Fritz Berendsen (CDU); die Familie von Bohlen und Halbach durch den Krupp-Direktor und jetzigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg; die Siemens durch das Siemens-Konzern-Vorstandsmitglied Dr. Gisbert Kley (CSU). Und aus dem Werhahn-

Clan, der im Bundestag schon vertreten war durch den Direktor einer Werhahn-Konzern-Firma, den späteren Bundesfamilienminister Dr. Franz-Joseph Wuermeling, wurde gar einer, nämlich Dr. Konrad Adenauer – aus erster Ehe bereits Werhahn-Onkel, dann durch die Vermählung seiner Tochter Libeth auch noch Schwiegervater des Konzern-Erben Hermann Josef Werhahn –, erster Kanzler der Bundesrepublik, die er nach seinem und der Konzerne Willen formte.

Fast 60 Milliarden Mark Jahresumsatz – das entspricht dem Handelsvolumen mittlerer, dem Staatshaushalt grösserer Nationen – sowie knapp 900'000 Arbeiter und Angestellte (von denen die meisten ja auch noch Familien haben, so dass sich die Gesamtzahl der Abhängigen auf rund drei Millionen Männer, Frauen und Kinder veranschlagen lässt – etwa soviel wie die Bevölkerung der Bundesländer Hamburg und Saarland zusammen –, dazu eine ungebrochene Kontinuität auch des politischen Einflusses seit den Tagen Wilhelms II. – das ist die Bilanz der Untersuchung von nur sechzehn willkürlich herausgegriffenen Beispielen aus der Gruppe von preussischen Familien mit Industriebesitz, die bereits im Kaiserreich zur Geld- und Machtelite Preussens gehörten.

Im Bereich des Handels und der Bankwelt können wir uns, soweit es den Handel betrifft, eine detaillierte Untersuchung ersparen. Denn zu den Inhabern der dreissig grössten bundesdeutschen Handelsunternehmen des Jahres 1970 gehören wiederum die Henges von Klöckner (Stahlhandelsumsatz 1970: 4,4 Milliarden Mark), Otto Wolff von Amerongen (2,9 Milliarden Mark), Haniel & Cie. (1,6 Milliarden Mark) sowie die Krupps und Thyssens, Stumms und Werhahns, Röchlings und Schaffgotschs, Oetkers und Siemens, alle mit neun- bis zehnstelligen Handelsumsätzen.

So sei denn zum Abschluss unserer Untersuchung, die Kontinuität von Macht und Reichtum in Preussen betreffend – die, dehnten wir sie auf die dreihundert Reichsten des Königreichs von 1913 aus, ein verblüffendes Ergebnis bringen würde, nämlich nicht weniger als 221 Fälle unveränderten Reichtums und Einflusses der Erben in der heutigen Bundesrepublik, und wenn wir die jüdischen Familien, die vertrieben, ermordet, mindestens aber enteignet wurden, unberücksichtigt lassen, eine Kontinuität in fast 90 Prozent aller Fälle! –, nur noch ein einziges Beispiel aus der Bankwelt angeführt.

Es betrifft ein auf den ersten Blick recht unscheinbares Institut, nämlich das Kölner Bankhaus J. H. Stein, gegründet 1790, also während der Französischen Revolution. Allein in der Strasse, in der es seinen Sitz hat, Unter Sachsenhausen, gibt es ältere, vor allem aber weit mächtigere Privatbanken, beispielsweise Sal. Oppenheim jr. & Cie., gegründet 1789, ein Institut, das zur Spitzengruppe der Privatbankhäuser des europäischen Kontinents zählt, aber kaum eine Firma mit interessanterer und auch politisch bedeutsamerer Geschichte.

Begnügen wir uns indessen mit den wesentlichen Fakten: Im ‚Jahrbuch der Millionäre‘ der preussischen Rheinprovinz von 1913 sind als damalige Inhaber des Bankhauses J. H. Stein drei Personen verzeichnet, nämlich Kommerzienrat Dr. Carl Schnitzler, Konsul Johann Heinrich von Stein und Dr. Carl Stein, ein Neffe des 1911 verstorbenen Geheimrats Heinrich von Stein. Sie und weitere enge Verwandte des verbliebenen Geheimrats wiesen damals Vermögen im Steuerschätzwert von zusammen fast 70 Millionen Goldmark aus.

Im Anhang des «Jahrbuchs» findet sich dann auch noch eine biographische Notiz, Frau Maria von Stein betreffend, von der es heisst: «Sie ist die Witwe eines der reichsten Männer von Köln, des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Heinrich von Stein, der ... am 6. Juli 1908 in den preussischen Adelsstand erhoben wurde.» Und weiter heisst es da: «Die Familie Stein ist evangelisch und stammt aus der Herrschaft Limpurg in Württemberg. Der Grossvater des Geheimen Kommerzienrats, Johann Heinrich Stein, geboren 1773, begründete im Jahre 1790» – also mit erst 17 Jahren! – «das Bankhaus J. H. Stein in Köln ... Der Enkel, der in den Adelsstand erhobene Geheime Kommerzienrat J. H. von Stein (1832 bis 1911) war verheiratet seit 1868 mit Maria geborener Mevissen, der ältesten Tochter des Geh. Kommerzienrats Dr. Gustav von Mevissen, Mitglieds des preussischen Herrenhauses ... Geheimrat von Stein war auch ein naher Verwandter der Bankierfamilien Herstatt, Mumm von Schwarzenstein und Bethmann sowie des Freiherrn Wilhelm von Heyl zu Herrnsheim, Mitglieds des Reichstags und der Ersten Kammer des Grossherzogtums Hessen, der sich 1867 mit Sophie Stein vermählt hatte. Und ebenso verheiratete sich der jüngere Bruder des Freiherrn Wilhelm, Maximilian Freiherr Heyl zu Herrnsheim, grossherzoglich hessischer Generalmajor à la suite der Kavallerie, mit Dorothea (Doris) Stein ... »

An dieser Stelle ist anzumerken, dass das Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt – persönlich haftender Gesellschafter: Johann Philipp Freiherr von Bethmann-, noch ebenso besteht wie das Bankhaus I. D. Herstatt, Köln – persönlich haftender Gesellschafter: Iwan-D. Herstatt-; dass der kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg besagter Frankfurter Bankiersfamilie entstammte; dass die Mumm von Schwarzensteins zu den Teilhabern von Johann Maria Farina gegenüber dem Jülichplatz zählten und einer von ihnen, Dr. Bernd Mumm von Schwarzenstein, Botschafter der Bundesrepublik war; dass sie sich auch mit den Schnitzlers verheirateten, von denen noch die Rede sein wird, und dass Elisabeth Klee geborene Freiin Heyl zu Herrnsheim heute als Abgeordnete der CDU im Bundestag sitzt.

Doch zurück zu den (von) Steins, zu deren engsten Verwandten und Geschäftspartnern nicht nur die später ebenfalls geadelten Schnitzlers gehörten – von denen einer, Karl Eduard von Schnitzler, heute Chefkomentator des DDR-Fernsehfunks ist –, sondern auch die Familien vom Rath und von Schröder. Ernst vom Rath, Sekretär an der Deutschen Botschaft in Paris, wurde am 7. November 1938 das Opfer eines Attentats des deutsch-jüdischen Flüchtlings Herschel Grynspan, und dies lieferte Hitler, Dr. Goebbels, der Gestapo und der SA den Vorwand für das – verharmlosend «Reichskristallnacht» genannte – erste grosse, zentral gesteuerte Pogrom des «Dritten Reiches», für dessen Sachschäden die unschuldigen Opfer dann auch noch tausend Millionen Reichsmark zu zahlen hatten.

Was nun die Familie von Schröder betrifft, so hatte sie sich durch ein halbes Dutzend Ehen mit den von Steins und von Schnitzlers eng verbunden, was ihrer Firma, dem Hamburger Bankhaus Schröder Gebrüder & Co., gegründet 1832, sehr zugute kam. Und dann verheirateten sich, kurz vor und kurz nach dem Ersten Weltkrieg, auch noch zwei Schröder-Söhne, Kurt und Carl, mit zwei Schnitzler-Schwestern, Erbinnen von J.-H.-Stein-Anteilen. So kam es, dass in den dreissiger Jahren einer der beiden Brüder, Kurt Freiherr von Schröder, ein Onkel des DDR-Kommentators, Chef des Kölner Bankhauses J. H. Stein wurde.

Ehe wir uns mit ihm etwas näher befassen, sei hier noch angemerkt, dass nicht nur das alte Kölner Bankhaus J. H. Stein – mit dem Bankier Johann Heinrich von Stein als einem der geschäftsführenden Teilhaber – bis heute fortbesteht, sondern auch die

Schröder-Bank in Hamburg. Sie hat sich vereinigt mit anderen bedeutenden Hamburger und Frankfurter Privatbanken und heisst jetzt «Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.». Und zu ihren Teilhabern gehören, neben Alwin Münchmeyer, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Banken und vielfachem Aufsichtsrat, sowie Generalkonsul Friedrich Hengst und Ferdinand Graf von Galen, auch die Freiherren Hans Rudolph und Manfred von Schröder.

Doch zurück zu Kurt Freiherrn von Schröder, dem Chef des Bankhauses J. H. Stein in den dreissiger und vierziger Jahren. Er war es, der am 4. Januar 1933 in seiner Kölner Villa ein heimliches Treffen zwischen zwei Männern arrangierte, die dann dreieinhalb Wochen später Kanzler und Vizekanzler des Deutschen Reiches wurden, nämlich zwischen Hitler und Papen. Er war dann auch – mit dem «Ehren»rang eines SS-Oberführers – der Bankier und Mitorganisator jenes «Freundeskreises des Reichsführers SS», der das Bindeglied zwischen der Terrororganisation des «Dritten Reiches» und den führenden Männern der Wirtschaft bildete.

Und nachdem wir nun am Beispiel der kaum noch entwirrbaren Sippen, die alle mit dem Bankhaus J. H. Stein in enger Beziehung standen oder stehen, die Verflechtung von Geschäften und Politik gezeigt sowie in einer Vielzahl von Fällen die nahezu perfekte Kontinuität von Reichtum und Einfluss über alle Katastrophen der preussisch-deutschen Geschichte hinweg nachgewiesen haben, stellen sich zwei interessante Fragen. Erstens, wie es geschehen konnte, dass erst Preussen, dann die erste deutsche Republik und schliesslich das Reich untergingen, dagegen die alte Geld- und Machtelite Preussens bis auf den heutigen Tag nahezu intakt geblieben ist (wobei im Wesentlichen nur die jüdischen Multimillionäre grösstenteils ausgeschieden sind); zweitens, ob bei der engen Verflechtung von Politik und Geschäft die eigenen, vorwiegend materiellen Interessen die politischen Einflussnahmen motivierten oder ob dabei Staatsinteresse und Allgemeinwohl bestimmend waren, vielleicht aber auch Staat und Gemeinwohl mit den Eigeninteressen der Elitemitglieder einfach gleichgesetzt wurden.

Von den noch zu findenden Antworten auf diese Fragen hängt es ab, ob man der heute noch einflussreichen alten Geld- und Machtelite, die noch so viele Schlüsselstellungen in Wirtschaft und Politik besetzt hält, auch weiterhin in vielen wichtigen Bereichen die Führung anvertrauen kann.

Die Politik der Reichen

Preussen ist untergegangen. Zwar wird noch heute in Berlin, Unter den Linden, mit preussischem Parademarsch, jenem «eminenten Mittel der Disziplin», tagein, tagaus die Wache abgelöst. Doch diese Traditionspflege der DDR-Volksarmee kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Preussen, den Staat der Hohenzollern und Bismarcks, längst nicht mehr gibt. Man kann allenfalls darüber streiten, *wann* dieses Preussen nun untergegangen ist, ob erst 1945 oder schon viel früher.

Für diejenigen, die in ihrer Person und in ihrem Stand die Verkörperung Preussens sahen, vollzog sich der Untergang bereits im Herbst 1918, als Wilhelm II., ohne dass er in ernster Gefahr gewesen wäre, sein noch immer kämpfendes Heer und sein leidgeprüftes, hungerndes Volk im Stich gelassen hatte und ins neutrale Ausland geflüchtet war. Damals, nach der Abdankung des Königs und dem Thronverzicht des Kronprinzen, schien es vorbei zu sein mit dem Ganzen von Magnaten, Junkern, Kanonenkönigen und Militärs beherrschten Vielvölkerstaat.*

Wir wissen, wie es weiterging: Ein durch Gebietsabtretungen verkleinertes Preussen wurde zum Freistaat mit nun fast rein deutscher Bevölkerung innerhalb der Republik von Weimar, und eine vom Volk erstmals demokratisch gewählte Regierung bemühte sich, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Doch mit der Beseitigung von Monarchie, Dreiklassenwahlrecht, Zweikammersystem, Adelsprivilegien und anderen Mitteln zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einiger weniger über die ausgebeutete, in Unmündigkeit, Kadavergehorsam und wirtschaftlicher Abhängigkeit gehaltene Masse der Bevölkerung war der Weg noch längst nicht frei. Denn – wie schon Georg Christoph Lichtenberg (1742 – 1799) bitter bemerkt hat – «eine Republik zu bauen aus den Materialien ei-

* Nach der amtlichen Volkszählung von 1900 sprachen 3,88 Millionen preussische Staatsangehörige oder 11,25 Prozent der Gesamtbevölkerung *ausschliesslich* eine fremde Sprache, und zwar 3,06 Millionen Polnisch, 142'000 Masurisch, 106'000 Litauisch, 100'000 Kassubisch, 64'000 Mährisch, 64'000 Wendisch, 25'000 Tschechisch, 137'000 Dänisch, 77'000 Holländisch, 20'000 Friesisch, 12'000 Wallonisch und 22'000 Italienisch. Dazu kamen noch 525'000 ausländische Staatsangehörige mit ständigem Wohnsitz in Preussen, darunter 96'000 Holländer, 76'000 Russen meist polnischer Nationalität, 24'000 Dänen, 9'000 Belgier und 34'000 Italiener. Da zahlreiche Polen, Dänen, Holländer usw. neben ihrer Muttersprache auch Deutsch gelernt hatten, ist der tatsächliche Bevölkerungsanteil fremder Nationalitäten noch weit höher gewesen.

ner niedergerissenen Monarchie ist freilich ein schweres Problem. Es geht nicht, ohne bis erst jeder Stein anders gehauen ist, und dazu gehört Zeit.»

Wie die Bemühungen um die Lösung dieses Problems in der Praxis aussahen, sei am Beispiel einer Familie erläutert, die vor den Ereignissen des Novembers 1918 an der Spitze der preussischen Geld- und Machtelite gestanden hatte: der Hohenzollern.

Wilhelm II., der neunte seines Hauses, der sich König, der dritte, der sich daneben auch Deutscher Kaiser hatte nennen dürfen, seit am 18. Januar 1871 der «schiefe Fritz» zu Königsberg jene prunkvolle und auch sonst sehr kostspielige Standeserhöhung unter Assistenz des Ehepaars Kolbe von Wartenberg selbst vorgenommen hatte – dieser Wilhelm war nicht nur der Mächtigste in Preussen gewesen, sondern auch – was mitunter übersehen wird – der Allerreichste. Da er und auch alle übrigen Angehörigen des Hauses Hohenzollern von der preussischen Vermögens- und Einkommensteuer befreit waren, enthalten die nach der Statistik der Finanzbehörden erstellten ‚Jahrbücher der Millionäre im Königreich Preussen‘ nur ein paar vorsichtige Schätzungen. Nicht einmal der Grundbesitz der Hohenzollern ist genau angegeben, doch schon die wenigen Anhaltspunkte, die die ‚Jahrbücher‘ und andere, zum Vergleich herangezogene Quellen liefern, erlauben die Schlussfolgerung, dass es keine reichere Familie in Preussen gegeben hat als das regierende Haus.

Allein in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Sachsen, Schlesien, Westpreussen und Schleswig-Holstein gehörten dem Kaiser und König als Chef des Hauses insgesamt 74 Rittergüter oder Forstgüter in einer Gesamtgrösse von 94439 Hektar; dazu kamen noch mindestens 25'000 Hektar – wahrscheinlich weit mehr – in Ostpreussen, der Rheinprovinz und Westfalen, ferner vierzig Schlösser, umfangreicher städtischer Grundbesitz in Berlin, Kunstschätze, Juwelen, Wertpapiere und Bargeld (wobei zu dem letzten Vermögensbestandteil anzumerken ist, dass Wilhelm I. bei seinem Tode im Jahre 1888 nach Pressemeldungen «nicht weniger als 80 Millionen Mark an barem Gelde hinterlassen» hat, wovon ein Viertel auf den sogenannten «Krontresor» entfielen; dieser «Notpfennig» von 20 Millionen Goldmark sollte bestimmungsgemäss nur im Fall einer sonst unabwendbaren Gefahr angetastet werden).

Soweit das Privat- und Hausvermögen des Monarchen selbst, das aber noch keineswegs den ganzen Reichtum der Hohenzollern

darstellte. Dem Kronprinzen gehörte beispielsweise das Fürstentum Öls in Schlesien mit zwei Schlössern und fünfzehn Gütern im Gesamtumfang von 9'238 Hektar; dem Prinzen Friedrich Leopold von Preussen waren 33'341 Hektar ländlicher Grundbesitz in Westpreussen und Posen zu eigen, ferner das Rittergut Düppel, dicht bei Berlin-Zehlendorf, und das Schloss Klein-Glienicke mit 121 Hektar Park in der Landgemeinde Neubabelsberg bei Potsdam; Prinz Heinrich von Preussen besass Güter in Posen, Brandenburg und Schleswig-Holstein im Gesamtumfang von 6'408 Hektar; Prinz Friedrich Heinrich gehörten allein in Schlesien 20'873 Hektar, ferner Besitzungen am Rhein im Schätzwert von 3 Millionen Goldmark, ein Palais in Berlin mit riesigem Park, dessen Verkehrs wert im Jahre 1912 auf mindestens 15 Millionen Goldmark veranschlagt wurde, und manches mehr; zwei Dutzend weitere Mitglieder der engeren Familie verfügten zusammen über Grundbesitz und sonstiges Vermögen im Werte von mindestens 30 Millionen Goldmark, und der Fürst von Hohenzollern, ein entfernter süddeutscher Verwandter, besass in der Provinz Brandenburg die 13'948 Hektar grosse Herrschaft Beutnitz und in Schlesien vier Rittergüter ...! Allein der private Grundbesitz aller Hohenzollern in ihrem Königreich hatte einen Gesamtumfang von mehr als 2'000 Quadratkilometern – und damit fast die Grösse des Saarlandes –, ihr Reichtum liess sich auf rund eine Milliarde Goldmark beziffern. Den Löwenanteil daran hatte Wilhelm II.; ihm gehörte mehr als die Hälfte des Grundbesitzes und des übrigen Vermögens.

Im Jahre 1918, nach der Abdankung und eiligen Flucht des letzten Monarchen, stellte sich natürlich die Frage, ob und inwieweit das zurückgelassene Hohenzollernvermögen, zumal das sogenannte Krongut, als Teil des preussischen Staatsvermögens zu betrachten wäre oder ob der Ex-König und seine Familie als Privatpersonen noch irgendwelche Ansprüche darauf hätten. Nun, ersparen wir uns die Einzelheiten des Hickhacks um die Hohenzollern-Latifundien, das im Jahre 1926 zu einem Volksbegehren und schliesslich zu einem Volksentscheid darüber führte, ob das gesamte Fürstenvermögen ohne Entschädigung enteignet und für Arbeitslose, Kriegsveteranen, Sozial- und Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und andere Benachteiligte verwendet werden sollte oder nicht. Für diesen Antrag stimmten über 12,5 Millionen Wahlberechtigte, weit mehr als man vermutet hatte, doch nicht genug, um

die Fürstenenteignung durchsetzen zu können. Was Ex-Kaiser Wilhelm anging, so überliess ihm nun der preussische Staat landwirtschaftliche Güter, Forstreviere und grossstädtischen Immobilienbesitz im Gesamtumfang von rund 100'000 Hektar, womit der im holländischen Doorn residierende Flüchtling wieder zum mit Abstand grössten privaten Grundbesitzer des ganzen Reiches, nicht nur Preussens, wurde; die Kronjuwelen hatte ihm die republikanische Regierung schon zuvor freiwillig ins Exil nachgeschickt, und sie war sogar so weit gegangen, dem Ex-Monarchen eine Leibrente von monatlich 50'000 Goldmark zuzubilligen. Dass auch alle anderen Mitglieder der Familie Hohenzollern ihre Schlösser, Rittergüter, Weinberge und Wälder als Privateigentum behalten konnten, versteht sich dabei von selbst.

Den für sie so glimpflichen Ausgang dieser heiklen Angelegenheit und insbesondere des Volksentscheids verdankten die Hohenzollern vor allem zwei Umständen: Einmal hatte der Nachfolger Eberts als Reichspräsident, der ehemalige preussische Feldmarschall Paul von Beneckendorff und Hindenburg, seine Stellung als Staatsoberhaupt und das hohe Ansehen, das er zumal in weiten Kreisen des bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstandes genoss, dazu missbraucht, unter Verletzung seiner Neutralitätspflicht gegen den Volksentscheid Stellung zu nehmen. In einem Brief an seine Wahlhelfer, der dann von diesen veröffentlicht wurde, erklärte Hindenburg, dass ihm, der «sein Leben im Dienst des Königs von Preussen verbracht» habe, schon der Gedanke einer Enteignung der «Allerhöchsten Herrschaften» als «Unrecht und Undank» erscheine, auch als ein sehr bedenklicher Verstoss gegen das Gefüge des Rechtsstaates. «Es könnte» – so hiess es wörtlich weiter – «aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiterzugehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen.»

Das war die eine grosse Wahlhilfe, die den von Enteignung bedrohten Fürsten und besonders den Hohenzollern zuteil wurde; sie verfehlte die beabsichtigte Wirkung natürlich nicht und stimmte selbst diejenigen Kleinbürger, die für den geflüchteten Ex-Kaiser nur noch Verachtung übrig hatten, mindestens nachdenklich. Die andere Unterstützung der Ansprüche Wilhelms II. und seiner Kol-

legen bewirkte ein Trick, den die Monarchisten anwandten: Sie erklärten, die Ablehnung der zum Volksentscheid gestellten Anträge auf Enteignung dürfte sich nicht in Gegenstimmen, sondern durch Fernbleiben von den Wahllokalen äussern, und proklamierten Stimmenthaltung. Das hatte zur Folge, dass es zumal in ländlichen Bezirken praktisch keine geheime Abstimmung mehr geben konnte. Wer am Abstimmungstag auch nur das Wahllokal betrat, von dem wusste man, dass er es mit denen hielt, die «dem angestammten Herrscherhaus alles nehmen» wollten.

Die Abstimmungsergebnisse zeigten dann, wie wirksam der Trick besonders dort gewesen war, wo eine Handvoll adliger Rittergutsbesitzer die Masse der Bevölkerung in Abhängigkeit hielt. So erreichten die Ja-Stimmen beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung in der Provinz Ostpreussen nicht einmal die Summe der für die marxistischen Parteien bei der vorangegangenen Reichstagswahl abgegebenen Stimmen; dagegen erzielten die Befürworter der Enteignung in Berlin und anderen Grossstädten, wo eine Kontrolle der Wahllokale schwierig und überdies kaum erfolgsversprechend war, eindrucksvolle Ergebnisse, die weit über das hinausgingen, was alle Parteien der Linken und der Mitte zuvor gemeinsam hatten aufbringen können. Allein in Gross-Berlin, wo sich fast zwei Drittel der Wahlberechtigten für eine Fürstenenteignung aussprachen, waren mindestens 200'000 Wähler der Rechten für diese Forderung gewonnen worden.

Diese örtlichen Erfolge änderten jedoch nichts an dem negativen Gesamtergebnis, und dessen Analyse liess keinen Zweifel daran übrig, dass das Resultat nicht den wahren politischen Willen der Mehrheit zum Ausdruck brachte, sondern den Willen einer einflussreichen Minderheit, die in einer genügenden Anzahl von Wahlbezirken kleinstädtischen oder ländlichen Charakters durch Einschüchterung der von ihr abhängigen Wähler für massive Stimmenthaltung gesorgt hatte. Und diese mächtige Minderheit von Grossgrundbesitzern, Fabrikanten und anderen Angehörigen der alten Geld- und Machtelite durfte sich zu ihrem heimlichen Wahlterror sogar halbwegs legitimiert fühlen, hatte doch der Reichspräsident selbst die zur Abstimmung gestellten Anträge ein «Unrecht» und einen «sehr bedenklichen Verstoss gegen das Gefüge der Rechtsordnung» genannt.

So war Preussen also nicht schon im Jahre 1918 untergegangen. Es bestand fort – wenn auch ohne König und sogar mit freiheitli-

cher Verfassung und unter sozialdemokratischer Regierung – durch den unverminderten Einfluss der Magnaten und Junker, durch die Macht der mit dem adligen Grossgrundbesitz in allen gesellschaftlich relevanten Fragen eng verbündeten Industriellen und Bankiers, Bischöfen, Richtern und Landräten sowie des preussischen Militärs, dessen Elitetruppen, beispielsweise die Gardekavallerieschützendivision, den revolutionären Teil der Arbeiterschaft weiter in Schach halten durften. Und schliesslich war auch die Tatsache, dass ein preussischer Generalfeldmarschall an der Spitze des Reiches stand, ein Beweis dafür, dass das alte Preussen noch längst nicht untergegangen war, sondern nur die Monarchie der Hohenzollern.

War Preussen denkbar ohne einen König? Nun, schon der erste, der «schiefe Fritz», der das Regieren dem «dreifachen Weh» (Wartenberg, Wartensleben, Wittgenstein) und seiner schönen Katharina überlassen, das Heer des Grossen Kurfürsten für Habsburg geopfert und den Staatsschatz bis auf den letzten Taler vergeudet hatte, wäre leicht entbehrlich gewesen. Sein Sohn und Nachfolger, der «Soldatenkönig» Friedrich Wilhelm II., war ein Psychopath von geradezu sadistischer Grausamkeit, der seinen Hass gegen die Wissenschaft hemmungslos austobte, gigantische Summen für seine – militärisch sinnlosen – «langen Kerls» vergeudete und selbst seinen Kronprinzen umgebracht hätte, wenn nicht zweimal mutige Offiziere dazwischen gesprungen wären. Dieser leidgeprüfte Kronprinz, der dann als Friedrich II. König wurde und noch heute «der Grosse» genannt wird, war die einzige bedeutende Persönlichkeit unter den vielen Hohenzollernherrschern. Aber er war – daran kann kein Zweifel bestehen – ein selbstsüchtiger Despot, ein unersättlicher Land- und Menschenräuber. Man hat ihn zu verklären versucht zu einem Menschenfreund, der die Folter abgeschafft hätte; zu einem Liberalen, der «die Gazetten nicht genie ret» wissen wollte, zu einem König des Volkes, der die geplagten Bauern und Bürger gegen den Adel in Schutz genommen und sich beim Streit mit dem Müller von Sanssouci sogar selbst an das unabhängige Kammergericht hätte erinnern lassen ... Nichts davon ist richtig, ausser dass er wirklich die Tortur abschaffen liess, es alsdann aber in das Ermessen der Untersuchungsrichter stellte, ob sie zur Erleichterung der Vernehmungen die Angeschuldigten prügeln lassen wollten. Seine Soldaten wurden noch grausamer miss-

handelt als unter seinem Vater, und die jungen adligen Offiziere, die «Jünckerlein», ermahnte er ständig zum «Fuchteln», das heisst: zum Austeilen von Säbelhieben mit der flachen Klinge; das würde die Feldweibel dazu bringen, die einfachen Soldaten kräftiger zu prügeln. Das Spiessrutenlaufen pflegte er, zum Missfallen Voltaires, täglich selbst zu überwachen, und es gab «für einen Offizier kein besseres Mittel, das Königs Wohlgefallen zu erregen», vermerkte Lord Malmesbury 1767 in seinem Tagebuch, «als die vom König verhängten Strafen noch zu verschärfen ... » Friedrich II. mag – unter Bruch beschworener Verträge – erfolgreiche Feldzüge geführt und so sein Land grösser und mächtiger gemacht haben; glücklicher sind seine Untertanen durch ihn gewiss nicht geworden.

Friedrichs II. Neffe und Nachfolger, Friedrich Wilhelm II., war wieder ein recht unbedeutender Mensch, der ganz in seiner Mätressenwirtschaft und in spiritistisch-mystischen Neigungen aufging, das Regieren seinem Günstling Wöllner überliess und ein berüchtigtes Religionsedikt einführte, das jede Abweichung von den Lehren der «symbolischen Bücher» mit strengen Strafen bedrohte. Sein Sohn und Nachfolger, Friedrich Wilhelm III., der wohl ungebildetste Monarch seit dem «Soldatenkönig», beseitigte zwar die Mätressen- und Günstlingswirtschaft seines Vaters, aber dafür liess er sich von den Junkern beherrschen. Von diesen aufgestachelt, verzögerte und hintertrieb er jede vernünftige und notwendige Reform, führte auch die Prügelstrafe für Bürgerliche wieder ein und liess es sich nicht nehmen, sie bei jeder Gelegenheit persönlich anzuordnen. Einem jungen Mädchen, das für seine Frau, die Königin Louise, Handarbeiten verrichtete, liess er wegen eines Bagatelldelikts Peitschenhiebe verabreichen, am ersten Tag 79, am nächsten Morgen 86 und am Nachmittag nochmals 50, «theils auf den blossen Hintern und theils auf den Rücken ohne Barmherzigkeit». Alsdann kam die halbtote Delinquentin ins Zuchthaus «auf des Königs Gnade», das heisst, so lange es dem Monarchen beliebte. Mit Russland traf dieser König ein Abkommen, wonach fortan alle «groben Verbrecher» aus Preussen nach Sibirien verschickt werden konnten, «um dort zu den härtesten Arbeiten in den Bergwerken gebraucht zu werden, ohne dass ihnen einige Hoffnung bliebe, jemals wieder in Freiheit zu kommen». Am grossen Geschehen seiner Zeit nahm dieser, nicht einmal die Grammatik seiner Muttersprache beherrschende «König

Infinitiv» kaum Anteil; nur sehr widerstrebend liess er sich 1813 dazu drängen, durch den Aufruf ‚An mein Volk!‘ die Freiheitskriege zu eröffnen, und nach 1815 stand seine Innen- und Aussenpolitik im Zeichen der «Heiligen Allianz» und der finstersten Reaktion.

Sein Sohn und Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV., galt als hochbegabt, gebildet und geistvoll, doch hatte er von seinem Grossvater die Neigung zum Mystizismus geerbt, lebte in den Vorstellungen des Gottesgnadentums und lehnte die ihm 1848 angebotene deutsche Kaiserkrone als «Halsband der Revolution» ab. Nach anfänglichem Schwanken betrieb er in den fünfziger Jahren wieder eine ultrareaktionäre Innen- und Aussenpolitik, bis er 1858 wegen weit fortgeschrittener Geisteskrankheit entmündigt werden musste. Sein Bruder Wilhelm, berüchtigt als der «Kartätschenprinz», der die Forderungen der Berliner Bürgerschaft im März 1848 durch brutalsten Einsatz aller verfügbaren Truppen hatte zurückweisen wollen, dann vor dem Volkszorn nach England geflohen war, 1849 mit preussischen Regimentern den badisch-pfälzischen Aufstand blutig niedergeworfen hatte, anschliessend Generalgouverneur der Rheinlande geworden war und dort mit grosser Strenge für «Ruhe und Ordnung» gesorgt hatte, übernahm die Regentschaft. Zunächst zeigte er sich überraschend liberal, doch als es um die Reform des Heeres ging – des einzigen, für das er sich wirklich interessierte, denn er war ein Ordnungsfanatiker, ein Kanonen-Fan und ein Verfechter rigorosesten Kasernenhofdrills –, da berief er den erkonservativen Junker Otto von Bismarck zum Premierminister und überliess ihm die weitere Gestaltung der preussischen Innen- und Aussenpolitik. Dass er ebenfalls nicht «von Volkes Gnaden», sondern nur auf ausdrücklichen Wunsch der anderen deutschen Fürsten Kaiser werden wollte, machte die schon erwähnte «grossartige Schmiererei» nötig. Auf seine alten Tage aber genoss es Wilhelm I. dennoch, vom Volk als «Heldenkaiser» gefeiert zu werden, obwohl es für diese Bezeichnung keine objektive Begründung gab.

Sein Sohn und Nachfolger, Friedrich III., wäre möglicherweise der erste liberale, friedliebende und geistig völlig normale Hohenzoller auf dem preussischen Königsthron geworden, doch er war schon todkrank, als er die Krone 1888 erbte, lebte nur noch 99 Tage und hinterliess den Thron Preussens und des Reiches seinem Sohn Wilhelm, einem prunksüchtigen, säbelrasselnden und bra-

marbasierenden Schwächling, der Preussen-Deutschland wider alle Vernunft in einen Konflikt, nicht nur mit den benachbarten Land-, sondern auch mit den führenden Seemächten, insbesondere Grossbritannien, förmlich hineintrief. Im Ersten Weltkrieg forderte er von seinem Volk, das er stets mit Misstrauen bedacht und gefürchtet hatte, schier übermenschliche Opfer und Entbehrungen; er selbst aber versagte, als er in die erste wirkliche Krisensituation seines Lebens geriet, auf das Kläglichste ...

Das also war das «angestammte Herrscherhaus», die mächtigste und reichste Familie in Preussen, die Deutschland in den Bankrott getrieben hatte, aber nicht dafür zu haften brauchte. Und diesem letzten Hohenzollernkönig schickte man noch die zurückgelassenen Juwelen nach und bewilligte ihm eine etwa zweihundertfünzigmal höhere Rente als einem zum Krüppel geschossenen preussischen Major (einmal ganz zu schweigen von den Almosen, die den Kriegsoffizieren aus dem Mannschaftsstand zuteil wurden).

Was aber bewog die grosse Mehrzahl der durch die Schuld ihres Königs um Gesundheit, Karriere und Ansehen gebrachten Offiziere, Monarchisten zu bleiben? Warum verhielt sich auch das Bürgertum überwiegend republikfeindlich und erstarrte noch immer in Ehrfurcht vor den preussischen Generalen und Feldmarschällen, die ihre berufliche Unfähigkeit doch gerade erst eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatten? Und wie konnte ein Mann wie Hindenburg Präsident der Republik werden, ein Militarist und Reaktionär, der unter dem Datum vom 16. August 1920 eine Erklärung veröffentlicht hatte, worin von ihm wider besseres Wissen behauptet worden war: «Seine Majestät der Kaiser und König ist nicht fahnenflüchtig geworden! Diese Verleumdung weise ich mit Entrüstung zurück! Der Kaiser ist von uns gegangen, weil ihn sein Volk verlassen hatte. Der Heldentod an der Spitze des Heeres war unmöglich, weil gerade» – in Wahrheit erst 72 Stunden später, und während dieser Zeit hatten noch Hunderte von Frontsoldaten ihr Leben lassen müssen! – «der Waffenstillstand abgeschlossen wurde ... »

Für diese seltsame Anhänglichkeit an ein Herrscherhaus, das durch das Verhalten des letzten Throninhabers alle seine eigenen, mit schwülstigen Phrasen verkündeten Maximen ad absurdum geführt oder gar verraten hatte, gibt es eine ganz einfache Erklärung: Nicht die Person des letzten Kaisers und Königs wünschte man

sich zurück auf den Thron (und schon gar nicht den Kronprinzen, dessen Eignung noch zu Zeiten der Monarchie selbst von treuen Hohenzollern-Verehrern angezweifelt worden war); was man vielmehr wollte, war die Wiederherstellung des alten Systems, das der Geld- und Machtelite zu ihren Positionen verhülfe, ihre Privilegien geschützt, die Karrieren ihrer Söhne garantiert hatte.

Zwar war von der Republik keinem einzigen Angehörigen der alten Elite auch nur ein Haar gekrümmt*, niemand in seinem Besitz geschmälert und die meisten Privilegien, zwar nicht *de jure*, aber *de facto* selbst denen belassen worden, die sie bei jeder Gelegenheit zum Kampf gegen die Republik missbrauchten. Aber die Dämme, die die Monarchie gegen die besitzlose Masse der Bevölkerung errichtet und – wie das Dreiklassenwahlrecht – sorgsam gehütet hatte, waren teilweise abgetragen worden; man zitterte bei dem Gedanken, dass eines Tages eine Welle der Unbotmässigkeit, der Habgier, vielleicht auch nur der Verzweiflung, die letzten Deiche überspülen, die angemasste Autorität in Frage stellen und die heiligsten Güter – Besitz, Einfluss und Vorrechte – wegschwemmen könnte.

Deshalb war sich die überwältigende Mehrheit der alten Geld- und Machtelite, insbesondere Preussens, einig in der völligen Ablehnung der als «System» geschmähten Republik von Weimar, nannte jeden einen «Bonzen», der nicht «von Stand» war, ohne Beziehungen und Vermögen über «bloss» demokratische Institutionen Karriere gemacht hatte, deutete den Respekt der republikanischen Behörden vor ererbtem Besitz und Rang – vielleicht zu Recht – als blosser Schwäche, die es auszunutzen galt, und reagierte auf die Bemühungen des «Systems», die altetablierte Oberschicht zu integrieren, mit Arroganz und Verachtung, verleumderischer Propaganda sowie der mehr oder weniger heimlichen Förderung jedes Umsturzversuches von rechts.

Und deshalb – nicht so sehr aus Liebe zum «angestammten Herrscherhaus», dessen Enteignung der alten Geld- und Machtelite ziemlich gleichgültig gewesen wäre, hätten sich daraus nicht mögliche Konsequenzen für den eigenen Besitzstand ergeben –

* Die sogenannten «Geiselmorde» während der Räte-Herrschaft in München waren eine – von der Republik nicht zu verantwortende – Ausnahme. Die Erschiessung von 10 Angehörigen der rechtsextremen Thule-Gesellschaft, unter ihnen ein Prinz von Thurn und Taxis und eine Gräfin Westarp, wurde zudem von der gesamten Linken mit Ausdrücken des tiefsten Abscheus verurteilt. Die Morde, Massenerschiessungen von Arbeitern und sonstigen Greuelthaten der «Ordnungstruppen» fanden dagegen auch im bürgerlichen Lager nur Beschönigung, wenn nicht Beifall.

blieb die alte Oberschicht monarchistisch. Bei einem Hohenzollern-König, und mochte er noch so versagt haben, wusste man doch, was man hatte: einen vielhundertmillionenschweren, erzkonservativen Standesgenossen, der den aufsässigen Pöbel wieder zum Parieren bringen lassen würde! Der ‚Simplicissimus‘ deutete damals diese Haltung ganz richtig, als er unter eine Zeichnung von Eduard Thöny, die einen aggressiven ostelbischen Grossagrariar am Rednerpult einer Wahlversammlung zeigte, die Unterschrift setzte: «Darum wieder her mit der Monarchie, meine Herren! Eine fette Sau füttert sich leichter als hundert magere!»

Und wie trieben sie nun in der Praxis Politik, die so glänzend über den verlorenen Krieg, das Ende der Monarchie und die vollständige Entwertung der Spargelder und Kriegsanleihen hinweggekommenen Angehörigen der Geld- und Machtelite des Wilhelminischen Reiches? Auf sehr unterschiedliche Weise, im Allgemeinen – von Ausnahmen abgesehen – zunächst recht vorsichtig und zumeist mehrgleisig.

Bei den Hohenzollern war, beispielsweise, Prinz Oskar, ein jüngerer Sohn des Kaisers, «Stahlhelm»-Führer und wurde 1932 in den Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei Hugenbergts gewählt; Prinz Eitel Friedrich, der im Weltkrieg die 1. Gardedivision kommandiert hatte, hielt engen Kontakt zu den sogenannten «vaterländischen Verbänden», Kriegervereinen sowie zur Reichswehr; Prinz August Wilhelm («Auwi») liebäugelte schon frühzeitig mit den rechtsextremen Kampfverbänden Hitlers, wurde 1930 «Reichsredner», später auch Reichstagsabgeordneter der NSDAP und SA-Obergruppenführer, und der älteste der Kaisersöhne, Kronprinz Wilhelm, pflegte «offizielle» Beziehungen zu gemässigt rechtsstehenden Politikern und hohen Beamten, die als Vertreter des verhassten «Systems» gelten konnten. Wie das vor sich ging, ist einer Tagebucheintragung Gustav Stresemanns vom 24. Juli 1925 zu entnehmen:

«Auf Einladung des Kronprinzen Wilhelm nahm ich heute an einem Diner in der Villa Cecilienhof in Potsdam teil. Ausser mir waren noch (der deutschnationale Reichstagsabgeordnete) Graf von der Schulenburg, ferner der Kammerherr Graf Rantzau und Herr General Willisen sowie die Söhne des Kronprinzen bei der Tafel zugegen. Der Kronprinz war ausserordentlich nett ... und schien mir politisch sehr verständig zu sein.

Er ist völlig davon angetan, dass er jetzt das Buch zur Kriegsschuldfrage herausgegeben hat ... Bei Tisch trank er mir zuerst zu mit den Worten: ‚Ich werde Ihnen das, was Sie für mich getan haben, nie vergessen!‘»

Dem Kronprinz, der am 13. November 1918 in Holland um Asyl gebeten hatte, war am 9. November 1923, dem Tag des Hitler-Ludendorff-Putsches in München, von dem damaligen Reichskanzler Stresemann die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht worden. Der nationalliberale Politiker Stresemann, der nach seiner Kanzlerschaft bis zu seinem Tod im Jahre 1929 Reichsaussenminister blieb und gegen den heftigen Widerstand der Deutschnationalen und Nationalsozialisten die Verständigung und Aussöhnung mit Frankreich betrieb, wofür ihm der Friedensnobelpreis zuteil wurde, vermerkt an anderer Stelle seines Tagebuchs (unter dem 16. Dezember 1925):

«Bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin war neulich ein Diner, an dem u.a. Staatssekretär von Schubert (vom Auswärtigen Amt) und (Reichswirtschaftsminister a. D. und Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei) Scholz teilnahmen. Scholz teilt mit, dass nicht nur der Kronprinz, sondern auch die Kronprinzessin sehr stark gegen die Deutschnationalen und ihr ganzes Vorgehen eingenommen seien. Mitbewesend war der (deutschnationalen) Reichstagsabgeordnete Graf v. d. Schulenburg, der sich dieser Kritik anschloss. Scholz fügte hinzu, dass der Kronprinz persönlich sich ihm und anderen gegenüber in ausserordentlich herzlicher Weise über mich ausgesprochen hätte, wobei er – Scholz – im Übrigen festgestellt habe, dass der Kronprinz ebenso wie seine Familie von mir immer als ‚Onkel Gustav‘ gesprochen hätte und ihm auf seine erstaunte Frage geantwortet worden sei: ‚So nennen wir Stresemann bei uns.‘ Über Schubert äusserte sich der Kronprinz Scholz gegenüber, er kenne Schubert ganz genau ... Beide duzten sich übrigens ... »

(Carl von Schubert, Stresemanns engster Mitarbeiter, war der älteste Sohn des Generalleutnants z. D. Conrad von Schubert, der als Ehemann von Ida geborener Freiin von Stumm-Halberg die Nachfolge seines Schwiegervaters als Chef des Stumm-Konzerns angetreten hatte. Carl von Schubert war im Auswärtigen Amt der Nachfolger zweier anderer Mitglieder des Stumm-Clans geworden: des Unterstaatssekretärs Wilhelm von Stumm und des Staatssekretärs Richard von Kühlmann; sein Schwager Vicco von Bülow-Schwante, zuletzt Protokollchef im Auswärtigen Amt,

übernahm – wegen seiner engen Beziehungen zu führenden Nationalsozialisten – die Rolle des Stumm-Konzern- und -Clan-Chefs im «Dritten Reich», in der ihn dann der freidemokratische Bonner Politiker Knut von Kühlmann-Stumm ablöste. Man sieht: der Stumm-Clan hat in allen Phasen der jüngeren deutschen Geschichte auf unterschiedlichste Weise politischen Einfluss genommen, in der Weimarer Republik unter anderem dadurch, dass er den engsten Berater Stresemanns stellte, der zugleich ein Duzfreund des Kronprinzen war ...)

Bleibt noch anzumerken, dass zur selben Zeit, zu der Ex-Kronprinz Wilhelm sich so lobend über «Onkel Gustav» und so kritisch über die Deutschnationalen äusserte, während seine Brüder bei denselben Deutschnationalen und bald auch bei den noch weiter rechtsstehenden Nationalsozialisten führende Stellungen einnahmen, die Frage der entschädigungslosen Enteignung des Hohenzollernvermögens gerade sehr aktuell wurde. Und bei Stresemann, dem Führer der Deutschen Volkspartei, lag im Wesentlichen die Entscheidung darüber, ob ein Antrag auf Enteignung Aussicht auf Erfolg haben könnte oder nicht ...

Auch die meisten anderen Angehörigen der alten Geld- und Machtelite traten nach 1918 die Fahrt ins Ungewisse mehrgleisig an. Von den Bismarck-Enkeln wurde der eine, Gottfried, Nationalsozialist, sein älterer Bruder Otto Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen, dann unter Stresemann Diplomat des «Systems». Die ostelbischen Grossgrundbesitzer unterstützten fast ausnahmslos die Deutschnationalen, hielten aber auch durch das eine oder andere Familienmitglied Kontakt zu rechten Randgruppen der verhassten «Weimarer Koalition», und meist war ein jüngerer Sohn in einem der rechtsextremen Kampfverbände.

Bei der industriellen Geld- und Machtelite stellte Fritz Thyssen anfangs eine Ausnahme dar. Er hatte, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, schon 1923 den Hitler-Ludendorff-Putsch in München finanziert und half auch später beim Aufbau der SA und SS mit grossen Geldbeträgen. Die anderen Konzernherren unterstützten vornehmlich die Deutschnationalen unter Führung des langjährigen Krupp-Generaldirektors Alfred Hugenberg, förderten jedoch auch die mit den eigentlichen «System»-Parteien Zentrum, Demo-

kraten und SPD in häufiger Koalition stehende Deutsche Volkspartei Gustav Stresemanns. Und einige wenige Eigentümer von grossen Industrieunternehmen setzten gar auf die grosse Partei der Mitte, das katholische Zentrum, dessen rechten Flügel sie zu stärken suchten. So wurde beispielsweise das Zentralorgan des Zentrums, «Germania», von den Grossaktionären seines Verlages, Dr. Florian Klöckner, einem Bruder des Konzernchefs Peter Klöckner, und dem Schwiegersohn des Villeroy & Boch-Inhabers und Zentrumsabgeordneten Franz von Papen beherrscht.

Papen, ein Mann des Jahrgangs 1879, entstammte dem katholischen Landadel Westfalens, war ehemaliger Husarenoffizier, zeitweise kaiserlicher Militärattaché in Washington und seit 1921 Parlamentarier des rechten Flügels seiner Partei. Er hielt Verbindung zu den Grossen der Industrie, zu den Klöckners, den Haniels, den Krupps, aber auch zu den Grossgrundbesitzern, zu Kardinal Graf Galen in Münster und zu dem damaligen Nuntius und späteren Papst Pius XII., Eugenio Pacelli, zu den Generalen der Reichswehr und zu Oskar von Beneckendorff* und Hindenburg, dem «in der Verfassung nicht vorgesehenen» Sohn des zweiten Reichspräsidenten.

Dennoch war Franz von Papen beileibe kein wichtiger Politiker. «Jeder lächelte, kicherte oder lachte, weil Herr von Papen sich der Besonderheit erfreute, weder von seinen Freunden noch von seinen Feinden ernst genommen zu werden», schrieb der langjährige französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, in seinen 1946 erschienenen Memoiren, «er machte den Eindruck unverbesserlichen Leichtsinns, den er nie hat ablegen können ... Er galt als oberflächlich, unüberlegt, treulos, ehrgeizig, eitel, verschlagen und intrigant.»

An seinem Parteifreund Heinrich Brüning, der das Vertrauen Hindenburgs genoss, pflegte Franz von Papen dessen «mangelnde nationale Zuverlässigkeit» zu kritisieren. Dazu hat später der bayerische Monarchistenführer Erwein Freiherr von Aretin bemerkt, dass «wenn Papen national war und Brüning nicht national, so war in diesem Fall wenigstens Brüning gut gewesen und Papen unterhalb und ausserhalb jeder ernsthaften Diskussion ... »

Indessen sind dies Beurteilungen *post festum* sie wurden abgegeben, als niemand mehr daran zweifeln konnte, dass der Ehrgeiz, die Eitelkeit, die Treulosigkeit und die Intriganz dieses «indiskutablen» Herrn von Papen geradezu entsetzliche Folgen gehabt hat-

ten. Im Sommer 1932 wurde Franz von Papen jedenfalls, wenn auch nur für kurze Zeit, Reichskanzler, und er schien zu diesem Zeitpunkt, so bemerkte schon Kurt Pritzkolet, «ein Kanzler nach dem Herzen der alten Führungsschichten» zu sein.

Wie Papen an den Schreibtisch Bismarcks, Stresemanns und zuletzt Brünings kommen konnte, wie er ohne Mehrheit im Reichstag oder gar im Volk zu regieren versuchte, was er anstellte, um an der Macht zu bleiben, und was er diesem Ziel opferte, das verdient eine kurze Betrachtung, denn es war genau die Politik, die die ganze alte Geld- und Machtelite sich wünschte und in der sich Industrielle und Grossagrarier, katholischer Adel und ostelbische Junker, Hohenzollern, Generalität und Bankwelt ausnahmsweise einmal völlig einig waren.

Papens Politik bescherte dem deutschen Volk, ohne dass dies von seinen deutschnationalen Freunden oder ihm selbst beabsichtigt gewesen wäre, die Diktatur Hitlers mit allen ihren Folgen für die Deutschen, ihre Nachbarn und die ganze Welt, wobei die Behauptung gewagt sei, dass die «Machtergreifung» des nationalsozialistischen «Führers» keineswegs unvermeidlich gewesen ist. Im Gegenteil, sehr vieles spricht dafür, dass sie nie stattgefunden hätte, wäre die alte Geld- und Machtelite nicht dazu bereit gewesen, Hitler als «das kleinere Übel» anzusehen und mit ihm ein – wie sie hoffte: vorübergehendes – Bündnis einzugehen, um auf diese Weise ein, wie sie fand, grösseres Übel zu vermeiden.

Dieses den alten Führungsschichten weit gefährlicher als Hitler dünkende Übel war keineswegs die Gefahr eines kommunistischen Aufstands; dieses Schreckgespenst malte man zwar gern an die Wand, wusste aber ganz genau, dass die KPD damals und auf absehbare Zeit, nicht die Spur einer Chance hatte, gegen 90 Prozent der Bevölkerung, gegen Reichswehr und Polizei sowie die Kampfverbände, nicht allein der Rechten, sondern auch der Sozialdemokraten, gegen die Gewerkschaften und – *last not least* – gegen die notfalls interventionsbereiten Truppen der Alliierten, die einen Sieg des Kommunismus in Deutschland um jeden Preis verhindert hätten, mit Gewalt an die Macht zu gelangen. Nein, das «grössere Übel», das die alte Geld- und Machtelite fürchtete, war die endgültige Konsolidierung der Republik, die sich mit dem Abebben der Weltwirtschaftskrise bereits abzeichnete. Ein solcher Sieg der

Demokratie hätte eine Entwicklung eingeleitet, an deren Ende die alten Führungsschichten aller Privilegien beraubt worden wären.

Hinzu kamen unmittelbare Befürchtungen: Mehrere grosse Skandale drohten, einzelne Angehörige und ganze Gruppen der alten Geld- und Machtelite auf das Schwerste zu kompromittieren; sogar der Repräsentant des Kaiserreiches auf dem Präsidentenstuhl der Republik, der greise Feldmarschall Paul von Beneckendorff und Hindenburg, war in einen dieser Skandale verwickelt und wäre im Falle der Aufdeckung zum Rücktritt gezwungen gewesen, was bei den dann nötigen Neuwahlen einen Ruck nach links hätte bewirken können ... Kurz, es gab sowohl allgemeine als auch ganz individuelle Gründe für die Vertreter der alten Oberschicht, im späten Frühling 1932 den Versuch zu wagen, die Weimarer Republik zu zerstören, ehe sie sich wieder – und dann endgültig – zu festigen vermochte. Noch herrschten Massenarbeitslosigkeit und Elend, und das Abklingen der Weltwirtschaftskrise hatte in Deutschland noch keine spürbaren Auswirkungen gezeitigt; noch war Hitlers NSDAP das grosse Sammelbecken der Unzufriedenen auf der Rechten und wurde von Wahl zu Wahl stärker, doch auch das Ende dieses Trends war abzusehen (und bei den Reichstagswahlen im November 1932 verloren denn auch die Nationalsozialisten über 2 Millionen Stimmen und 34 Mandate). Es war die – wahrscheinlich letzte – günstige Gelegenheit, das verhasste «System» zu beseitigen und damit zugleich die drohenden Skandale zu vertuschen, auf «kaltem Wege» die parlamentarische Demokratie abzuschaffen und eine Militär- und Adelsdiktatur zu errichten. Der Reichswehr war man sicher, ebenso der Unterstützung von Seiten der Industrie, der Bankwelt und der Landwirtschaft; die durch die Elendsjahre geschwächten Massen der Industriearbeiterschaft gedachte man in Schach zu halten, notfalls durch den Einsatz von Reichswehr und Hilfspolizei, und die radikalisierten Kleinbürger in den Kampfverbänden Hitlers hoffte man leicht zu zähmen und dann zu integrieren.

Der Ausführung dieser Pläne stand Anfang Mai 1932 noch einiges im Wege: Da war zunächst unter den Bundesstaaten das Land Preussen, das mit seiner SPD-Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun und einer starken, sozialdemokratisch geführten Polizei hätte Widerstand leisten können; da war die Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Zentrumspolitikers Heinrich

Brüning, der mit einem Kabinett der gemässigten Rechten der Krise Herr zu werden suchte und das volle Vertrauen des Reichspräsidenten zu geniessen glaubte, und da war Brünings starker Mann, der Reichswehr- und kommissarische Reichsinnenminister Wilhelm Groener, der sich im Ersten Weltkrieg den Beinamen «roter General» erworben hatte, weil er als Chef des Kriegsamts so vernünftig gewesen war, dem Hilfsdienstgesetz gegen den heftigen Widerstand der Arbeitgeberverbände eine sozialpolitische Auslegung im Sinne gewerkschaftlicher Forderungen zu geben, und weil er sich im Sommer 1917 erdreistet hatte, vom Reichskanzler eine so starke Heraufsetzung der Kriegsgewinnsteuer zu fordern, dass Rüstungsprofite nicht mehr möglich gewesen wären. Mit letzterem war er natürlich nicht durchgedrungen und hatte seinen Abschied nehmen müssen, und auch diesmal sollte er als erster stürzen. Als nächster musste Brüning weichen, und dann fiel die legale preussische Regierung einem Staatsstreich zum Opfer.

Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass die preussische Legalität leichthin und ganz *en passant* geopfert wurde, damit eine reaktionäre Diktatur errichtet werden könnte, und dies von Männern, die in der Mehrzahl Junker, im Übrigen fast ausnahmslos Angehörige der alten preussischen Geld- und Machtelite waren. Doch ehe wir uns mit diesen Männern und ihren Motiven etwas näher befassen, sei kurz die Ausgangssituation Frühjahr 1932 geschildert:

Seit dem März 1930 regierte Reichskanzler Brüning, toleriert von den Parteien der alten Weimarer Koalition und der gemässigten Rechten. Unpopuläre Massnahmen führte er mit Hilfe sogenannter Notverordnungen durch, die ohne parlamentarische Mehrheit Gesetzeskraft erlangten, wenn sie vom Reichspräsidenten gegengezeichnet wurden. Brüning konnte also nur regieren, solange er Hindenburgs Vertrauen und Unterstützung hatte, und dafür war von ihm und seinem Kabinett mancher Preis zu zahlen. Zum Beispiel mussten jene guten Freunde und Standesgenossen des Reichspräsidenten, die er für das Fundament des Staates und ein «unentbehrliches Bollwerk gegen den Bolschewismus und das vordringende Slawentum» hielt, aus der ohnehin fast leeren Staatskasse mit sogenannter «Osthilfe» finanziell kräftig gefördert werden.

Dazu ist anzumerken, dass Hindenburg selbst ostelbischer Grossgrundbesitzer geworden war. Zu seinem 80. Geburtstag im Jahr 1927 war ihm das grosse Besitztum und Schloss Neudeck in

Westpreussen, das einst verkaufte Stamm-Rittergut seiner Familie, zum Geschenk gemacht worden. Der rechtskonservative Führer aus den Tagen der alten Monarchie, Elard von Oldenburg-Januschau, den wir bereits als Befürworter des Kasernenhofdrills und des preussischen Dreiklassenwahlrechts kennengelernt haben, hatte das Geld für den Ankauf dieses üppigen, bei jedem anderen als korrumpierend angesehenen Geschenks in Kreisen der Industrie und Bankwelt gesammelt. Man hatte sich dabei sogar den Trick erlaubt, Neudeck nicht dem Jubilar selbst, sondern seinem Sohn Oskar zum Angebinde zu machen, wodurch dem Staat die Erbschaftssteuer verlorengehen sollte. Ausserdem bekam der Reichspräsident, der fortan vornehmlich von Neudeck aus die Staatsgeschäfte führte, auf diese Weise einen neuen Kreis von Freunden und Nachbarn, unter ihnen an erster Stelle Elard von Oldenburg-Januschau, dem ein angrenzendes Rittergut gehörte.

In Deutschland wurde damals, in Bezug auf das, was sich für einen Staatsbeamten oder Politiker schickte und was nicht, mit zweierlei Mass gemessen. Friedrich Ebert, Hindenburgs Vorgänger im Amt, hatte monatelang im Hagel massivster Angriffe der Rechtsparteien gestanden, weil er von einem jüdischen Kaufmann, der später in eine Betrugsaffäre verwickelt wurde, einen Frühstückskorb angenommen haben sollte, der aber tatsächlich an den Spender postwendend zurückgeschickt worden war. Was erst wäre geschehen, hätte Ebert ein Millionengeschenk, sagen wir: der Gewerkschaften, angenommen? Bei Hindenburg hingegen fand die politische Rechte gar nichts dabei, dass der Reichspräsident ein Präsent im Wert von mehreren Millionen Mark annahm, noch dazu von Leuten, die mit seiner Hilfe finanzielle Unterstützung erlangen wollten. Und Liberale und Sozialdemokraten versagten sich jede Kritik am Staatsoberhaupt der Republik, hatte doch der kaiserliche Generalfeldmarschall die demokratische Verfassung beschworen, sie bislang auch respektiert und zur Entwicklung und Konsolidierung des krisengeschüttelten Staatswesens erheblich beigetragen.

Bei den Reichspräsidentenwahlen vom März und April 1932 konnte Hindenburg als gemeinsamer Kandidat der republikanischen Parteien und der gemässigten Rechten, wenngleich erst im zweiten Wahlgang, mit 53 Prozent der abgegebenen Stimmen die – gar nicht mehr erforderliche – absolute Mehrheit erringen; Hitler brachte es auf 36,8 Prozent der Stimmen; Ernst Thälmann, der

Führer der Kommunisten, nur noch auf 10,2 Prozent. Anders ausgedrückt: Fast zwei Drittel der deutschen Wähler hatten sich gegen Hitler entschieden; eine klare Mehrheit war für den Fortbestand der Republik, obschon mit einem ehemaligen Generalfeldmarschall Wilhelms II. an der Spitze als Symbol für «Ruhe und Ordnung».

Dieser Sieg Hindenburgs und der hinter ihm stehenden demokratischen Kräfte schien zugleich ein eindrucksvoller Erfolg des Reichskanzlers Brüning zu sein, der sich nun daranmachte, seine, des Reichspräsidenten, und der Republik verstärkte Autorität zur weiteren Konsolidierung der Lage zu nutzen.

Sein Innen- und Reichswehrminister Groener verfügte schon wenige Tage nach den Präsidentenwahlen die Auflösung von Hitlers SA und SS sowie ein Uniformverbot für alle anderen Kampfverbände. Brünings Reichskommissar für die Osthilfe, Hans Schlange-Schöninggen, nahm ein Sofortprogramm für die Vergabe von Siedlers teilen an einige hunderttausend unter Arbeitslosigkeit leidende Familien in Angriff, ohne auf die Proteste der von der Landreform betroffenen ostelbischen Rittergutsbesitzer zu achten, und der Kanzler selbst ging daran, von den Westmächten eine prinzipielle Aufhebung der Deutschland diskriminierenden Rüstungsbeschränkungen zu erlangen, womit er den Rechtsparteien weiteren Wind aus den Segeln zu nehmen hoffte.

Nun war für die führenden Vertreter der alten Geld- und Machtelite höchste Eile geboten, denn sie mussten befürchten, ihre wahrscheinlich letzte Chance zu verpassen, der Republik den Gar aus zu machen und – wie der sehr offenerzige Oldenburg-Januschau es in jenen Tagen formulierte – «dem deutschen Volk eine Verfassung ein(zu)brennen, dass ihm Hören und Sehen vergehe». Sie setzten nun rasch die Maschine in Gang, die auf kaltem Wege die Demokratie beseitigen und auf dem Wege über eine Militärdiktatur die Monarchie und die Privilegien der alten Oberschicht wiederherstellen sollte.

Den Anfang machte Kronprinz Wilhelm, der am 14. April 1932, einen Tag nach dem Verbot der nationalsozialistischen Kampfverbände, einen Brief an Reichswehr- und Innenminister General Groener schrieb, worin es hiess: «... Sie wissen, dass Sie seit dem November 1918 von den nationalen Kreisen häufig sehr scharf angegriffen worden sind und dass ein grosses Misstrauen gegen Ihre Person gerade in diesen Kreisen bestanden hat. Ich persönlich ha-

be, weil ich mich im Leben bestrebe, immer objektiv zu bleiben, in vielen Fällen gerade in diesen Kreisen für Sie eine Lanze gebrochen, ebenso wie für meinen Freund Schleicher. Gerade deswegen ist es mir besonders schmerzlich, dass Sie den Erlass, der zur Auflösung von SA und SS geführt hat, mit Ihrem Namen gedeckt haben. Ich kann diesen Erlass nur als einen schweren Fehler ansehen und für eine ausserordentliche Gefahr für den inneren Frieden ... Das Uniformverbot des Stahlhelms und die Auflösung der SA und SS muss in den nationalen Kreisen das Vertrauen zum Reichswehrministerium aufs Schwerste erschüttern. Da es von jeher mein Bestreben gewesen ist, persönlich ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Reichswehrministerium und den nationalen Verbänden – speziell auch der NSDAP – herzustellen, werden Eure Exzellenz verstehen, wie schmerzlich dieser Schritt, zu dem Sie Ihren Namen hergegeben haben, berühren muss ... »

Das also war der Dank vom Hause Hohenzollern für alles, was die Republik ihm gelassen und gegeben hatte! Der Ex-Kronprinz kündigte dem Reichswehrminister die endgültige Entziehung des Vertrauens aller «nationalen Kreise» an. Vier Wochen später, nachdem in der Wohnung des vom Briefschreiber erwähnten Reichswehrgenerals Kurt von Schleicher am 8. Mai eine Aussprache zwischen diesem, dem Reichspräsidentensohn Oberst Oskar von Hindenburg, dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Otto Meissner, und dem Führer der von der Reichsregierung für staatsfeindlich erklärten und aufgelösten SA und SS, Adolf Hitler, stattgefunden hatte, sprach auch Schleicher seinem Freund und Vorgesetzten Groener das Misstrauen der Reichswehr aus. Schon einige Tage zuvor hatte der deutschnationale Führer und Herr über ein gewaltiges Presseimperium, Geheimrat Alfred Hugenberg, eine Hetzkampagne grössten Ausmasses gegen General Groener entfesselt. Und am 13. Mai zog der von der gesamten Rechten verurteilte Chef der Reichswehr die Konsequenzen und erklärte, da er auch bei Hindenburg keinen Rückhalt mehr fand und von der Generalität im Stich gelassen worden war, seinen Rücktritt.

«Wir bekommen Nachricht von General Schleicher», vermerkte dazu Dr. Josef Goebbels, NSDAP-Gauleiter von Gross-Berlin, in seinem Tagebuch, «die Krise geht programmgemäss weiter ... »

Schon ein paar Tage zuvor war Brüning mit leeren Händen aus Genf zurückgekommen. Zwar hatten ihm die Vertreter Grossbri-

tanniens, der USA und Italiens ihr Entgegenkommen zugesichert, doch der entscheidende Partner, der Vertreter Frankreichs, war der Konferenz ferngeblieben. Zwei Tage vor Beginn der für Brüning's innen- und aussenpolitisches Prestige so wichtigen Verhandlungen um Deutschlands Befreiung von den diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags hatte der französische Botschafter in Berlin einen Wink bekommen, dass es sich nicht mehr lohne, mit dem jetzigen Kanzler zu verhandeln; sein Sturz wäre nur noch eine Frage von Tagen ...

Diese kurze Frist, die Brüning und mit ihm der Republik noch vergönnt war, benötigten die Verschwörer, um Hindenburg für sich zu gewinnen. Der alte Herr hatte sich nach seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten auf sein Gut Neudeck zurückgezogen. Just während dieser Erholungspause, wo das Staatsoberhaupt dem unmittelbaren Einfluss seiner junkerlichen Nachbarn ausgesetzt war, hatte Brüning's Osthilfe-Kommissar Schlange-Schöninggen den Plan einer «aus sozialen und politischen Gründen» dringend notwendigen «grossen bäuerlichen Siedlung in Ostpreussen, Westpreussen und Pommern» in die Tat umzusetzen begonnen. Die gesamte Rechtspresse startete sofort eine Kampagne gegen den «Agrarbolschewisten» Schlange-Schöninggen, der den Rittergutsbesitzern zum Ausgleich für die erhaltene «Osthilfe» Siedlungsland enteignen wollte. «An dieser Stelle setzte der Vorstoss der konservativen Grossgrundbesitzer ein», berichtete darüber Jahre später der Staatssekretär Meissner, der als Kabinettschef Hindenburg's die Dinge aus nächster Nähe beobachten – und selbst ein wenig in die von den Verschwörern gewünschte Richtung lenken – konnte. «Ostpreussische Agrarier wie v. Oldenburg-Januschau, v. Batocki u.a. trugen diese Behauptungen (der Rechtspresse) als die allgemeine Sorge der ostelbischen Landwirtschaft und als ihre Existenzfrage an Hindenburg heran, als er im Mai 1932 ... auf seinem ... Gut Neudeck weilte. Dieser gut organisierte Vorstoss machte auf den Reichspräsidenten einen starken Eindruck, denn er äusserte sich damals mir gegenüber anlässlich eines Vortrages in Neudeck sehr besorgt dahin, dass ihm überall aus der Landwirtschaft eine Welle der Unzufriedenheit und des Misstrauens gegen die Absichten der Regierung entgegenschläge und er von allen Kreisen Ostpreussens gedrängt würde, nationale und landwirtschaftsfreundliche Männer in die Regierung zu berufen ... »

General von Schleicher, der als Regimentskamerad Hindenburgs in Neudeck jederzeit Zutritt hatte, wusste – gemeinsam mit dem Präsidentensohn Oskar, seinem heimlichen Verbündeten – das einmal wachgerufene Misstrauen des alten Herrn gegen die Regierung Brüning und ihre «revolutionären» Absichten noch kräftig zu nähren. Ja, und dann überbrachte Staatssekretär Meissner am Morgen des 25. Mai 1932 dem ohnehin schon sehr besorgten Reichspräsidenten einen Brief aus Berlin, der dafür sorgte, dass Hindenburgs letzte Hemmungen, Brüning fallenzulassen, schwanden.

Der einzige, der selbst zu dieser Zeit noch nicht ahnte, dass er seinen Rückhalt bereits verloren hatte, war Brüning selbst.

Er fühlte sich, wie er noch am 12. Mai 1932, einen Tag vor General Groeners Rücktritt, vor dem Reichstag erklärte, nur noch «hundert Meter vor dem Ziel», der endgültigen Überwindung der Krise. Am selben Tag sprach ihm der Reichstag durch seine Zustimmung zu einem von Brüning vorgelegten Gesetzentwurf mit einer Mehrheit von dreissig Stimmen wiederum das Vertrauen aus.

Und doch stürzte dieser letzte Kanzler der parlamentarischen Demokratie noch im selben Monat, am 30. Mai 1932, nicht durch ein Misstrauensvotum des Reichstags, sondern weil ihm Hindenburg sein Vertrauen entzog, nachdem er zuvor den Rücktritt eines weiteren Kabinettsmitglieds, des Osthilfe-Kommissars Schlange-Schöningen, gefordert hatte. Die daraufhin von Brüning angebotene Demission des gesamten Kabinetts nahm der Reichspräsident sofort an und betraute noch am selben Tage Franz von Papen mit der Bildung einer neuen Regierung ohne parlamentarische Grundlage. Das war der Dank vom Hause Hindenburg für das ihm erst wenige Wochen zuvor von der demokratischen Mehrheit des deutschen Volkes erwiesene Vertrauen und für Brünings persönlichen Einsatz bei der Wiederwahl des greisen Marschalls zum Reichspräsidenten! Und mit diesem Verrat Hindenburgs an seinen Wählern und Wahlhelfern endete – schon acht Monate vor Hitlers «Machtergreifung» – der erste Versuch, in Deutschland freiheitlich-demokratische Verhältnisse zu schaffen. Dies geschah ohne Revolution oder äusseren Zwang, gegen den erklärten Willen der Mehrheit des Volkes und seines gewählten Parlaments, ohne Putsch des Militärs oder den Terror der Strasse.

Was steckte dahinter? Was hatte sich hinter den Kulissen abge-

spielt, und was hatte den greisen Reichspräsidenten – «Einen bessern findest du nicht ...!» stand neben seinem Bild auf den Wahlplakaten der republikanischen Parteien – plötzlich dazu bewegen, seinen ihm treu ergebenen Kanzler fallen und die Republik im Stich zu lassen?

Wenn man Brünings Nachfolger im Reichskanzleramt, Franz von Papen, Glauben schenken will: überhaupt nichts! In Papens 1952 erschienenen Memoiren mit dem vielversprechenden Titel ‚Der Wahrheit eine Gasse!‘ wird der Verdacht, Brüning und mit ihm die deutsche Demokratie seien einer Intrige ostelbischer Junker, ehrgeiziger Militärs und republikfeindlicher Multimillionäre zum Opfer gefallen, ins Reich der Fabel verwiesen. Leider hat Franz von Papen, der in seinen immerhin 678 Seiten umfassenden Erinnerungen so manche Nichtigkeit mit epischer Breite behandelt, die Vorgeschichte des gewiss stolzesten Tages seines Lebens, an dem er, ein fast Unbekannter ohne Rückhalt im Parlament oder gar bei den Wählern, zum Reichskanzler ernannt wurde, nur mit ein paar nichtssagenden Phrasen behandelt.

«Der Raum verbietet es leider», schrieb er unter Bezug auf die immer wieder geäußerte Vermutung, Brüning sei einer infamen Intrige zum Opfer gefallen, «das Material hier vorzulegen, das diese Verleumdungen völlig widerlegt.»

Schon 1936 hatte ein Mitglied der von Papen 1932 gebildeten Reichsregierung, der deutschnationale Politiker Wilhelm Freiherr von Gayl (1879 bis 1945), in einer Niederschrift versucht, die geheimnisvollen Vorgänge, die zur Entlassung Schlange-Schönngens und Brünings geführt hatten, für die Nachwelt «klarzustellen». Er berichtete darin, dass er eine Reihe von Persönlichkeiten, die Hindenburg damals nahegestanden hatten, eingehend befragt hätte über irgendwelche Aktionen in den kritischen Tagen vor Brünings Sturz und Papens Ernennung. Zunächst sei er, Baron Gayl, bei Graf Brünneck gewesen, «der den Reichspräsidenten niemals mit politischen Dingen behelligt hat», weiter bei Elard von Oldenburg-Januschau, dem Neudeck-Spender und Gutsnachbar Hindenburgs, und schliesslich bei dem früheren ostpreussischen ‚Stahlhelm‘-Führer und letzten Kommandeur des 1. preussischen Garderegiments zu Fuss, dem Grafen zu Eulenburg-Wicken. Diese drei Männer (man ist ein wenig verwundert über den Umgang des republikanischen Reichspräsidenten: lauter eingeschworene Feinde der Demokratie und Anhänger der rechten Gegenkandida-

ten Hindenburgs bei den nur wenige Wochen zurückliegenden Präsidentenwahlen) hätten übereinstimmend bekundet, dass sie an keiner Intervention der geschilderten Art – das heisst: wegen der «drohenden» Besiedlung nicht mehr sanierungsfähiger ostelbischer Rittergüter – beteiligt gewesen wären, ja, auch nichts über eine solche Intervention, etwa durch andere, wüssten oder je gehört hätten.

Baron Gayl fügte dem hinzu: «Dass der inzwischen verstorbene damalige Führer der ostpreussischen Landwirtschaft, Dr. Brandes-Zaupern, in jenen Tagen eine Denkschrift ... eingereicht haben könnte, ist bei dem engen Zusammenarbeiten zwischen Brandes und mir ... ausgeschlossen. Die unmittelbare Befragung des Grafen Eulenburg-Prassen werde ich noch nachholen. Ich glaube aber bereits jetzt sagen zu können, dass das Märchen von der angeblich versuchten Beeinflussung des Reichspräsidenten vor der Entlassung des Kabinetts Brüning aus Kreisen des ostpreussischen Grossgrundbesitzes, insbesondere die Geltendmachung von Bedenken gegen den im Mai 1932 dem Reichspräsidenten auf dem Dienstwege vorgelegten Entwurf einer Notverordnung, keine Grundlage hat. In Ermangelung anderer Unterrichtung hat die demokratische Presse damals die Fabel von dem siegreichen Vorstoss der ostelbischen Standesgenossen des Feldmarschalls geschaffen.»

Der so emsige Freiherr von Gayl, selbst ein «ostelbischer Standesgenosse des Feldmarschalls», hätte indessen mit Leichtigkeit den dokumentarischen Beweis für die «Beeinflussung des Reichspräsidenten aus Kreisen des ostpreussischen Grossgrundbesitzes» finden können, und zwar in Form eines Briefes, der mit Datum vom 24. Mai 1932 an Hindenburg gerichtet worden war und der folgenden Wortlaut hat:

«Hochzuverehrender, hochgebietender Herr Generalfeldmarschall! Herrn Generalfeldmarschall bitte ich gehorsamst eine schwere Sorge vortragen zu dürfen, die heute weite Kreise des deutschen Ostens und der deutschen Wirtschaft bewegt.

Das Reichskabinett berät zur Zeit den Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten über die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlungen auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, deren § 2 eine Bestimmung enthält, welche der Oststelle das Recht gibt, in die nicht mehr umschuldungsfähigen Grundstücke, ohne Antrag der Gläubiger, von sich aus die Zwangsversteigerung zu betreiben. Selbst wenn Gläubiger und Schuldner einig sind, kann

künftig eine Behörde, ohne selbst Gläubigerin zu sein, wider Willen aller Beteiligten die Zwangsversteigerung betreiben und nicht nur den Besitzer von Haus und Hof vertreiben, sondern auch die Gläubigerforderungen unter den Tisch fallen lassen.

In weiteren Paragraphen sind gewisse Entschädigungsmöglichkeiten für die Gläubiger eingebaut. Praktisch ist der Nutzen der Neuordnung gering. Nach vielen, schweren Eingriffen der früheren Notverordnungen in das Privateigentum bedeutet das neue Zwangsversteigerungsrecht der Behörde einen weiteren Eingriff und neues Abgleiten in den Staatssozialismus.

Durch das Bekanntwerden des Entwurfs sind weite Kreise des Ostens in Landwirtschaft und städtischem Mittelstand schwer beunruhigt. Die Zermürbung der Seelen macht im Osten furchtbare Fortschritte. Sie wirkt allmählich auf die Widerstandskraft der Kreise, welche bisher Träger des nationalen Wehrwillens gegenüber Polen sind. Diese Beobachtung ist auch den militärischen Stellen nicht entgangen. In dieser kritischen Zeit müsste alles vermieden werden, was irgendwie den Widerstandswillen schwächt. Bei dieser Sachlage wage ich, den Herrn Generalfeldmarschall gehorsamst und dringend zu bitten, die Verordnung einer besonderen Prüfung zu unterziehen, ob nicht die Zwangsversteigerungsbefugnis auszuschalten ist, um der Verordnung den Charakter einer verschleierten Enteignungsbefugnis zu nehmen. Herr Generalfeldmarschall wissen, dass ich nur selten und nur in Notfällen um Gehör gebeten habe. Ich darf daher bitten, dieses Schreiben gütigst als Ausfluss besonderer Sorge betrachten zu wollen. In der Hoffnung, dass Herr Generalfeldmarschall auf der Heimaterde gute und nachhaltige Erholung finden, verbleibe ich in alter, aufrichtiger Verehrung des Herrn Generalfeldmarschall gehorsamster
gez. Frhr. v. Gayl»

Dieser Brief, von Baron Gayl, just dem Edelmann, der vergeblich nach solchem Beweis einer Beeinflussung Hindenburgs gesucht haben wollte, eigenhändig geschrieben, wirft – von seiner zeitgeschichtlichen Bedeutung einmal abgesehen – ein Schlaglicht auf die Ehr- und Anstandsbegriffe jener seltsamen Kaste angeblich staats- und vaterlandstreuer Aristokraten, die von einer «Zermürbung der Seelen» und von erlahmendem «nationalen Wehrwillen» zu sprechen wagte, wenn es ihr in Wahrheit um eigene handfeste materielle Interessen ging. Die Rittergutsbesitzer hatten sich um

die Osthilfe-Millionen geradezu gerissen und zu deren Erlangung oftmals mit Schein-Darlehen operiert, die sie sich von Verwandten und Freunden hatten geben lassen. Aber sie waren nicht bereit, dem Staat in seiner Not auch nur eine Handbreit Boden für Siedlungszwecke zu überlassen ...

Laut von Gayls handschriftlichem Vermerk auf dem in seinem Nachlass aufgefundenen, Anfang der sechziger Jahre von Erwin Topf erstmals veröffentlichten Konzept, wurde der folgenschwere Brief «am späten Nachmittag des 24. Mai (1932) dem Staatssekretär Meissner übergeben und von ihm an demselben Abend nach Neudeck mitgenommen», wo sich Hindenburg aufhielt. Am 25. Mai hat also Baron Gayls Schreiben dem Reichspräsidenten vorgelegen; am 26. Mai bestätigte Meissner dem Freiherrn von Gayl den Empfang, und noch am selben Tage teilte er Brünings Reichskommissar für Osthilfe, Schlange-Schöningen, den Entschluss Hindenburgs mit, den fraglichen Notverordnungsentwurf abzulehnen. Am 28. Mai, gleich nach seiner Rückkehr von Neudeck nach Berlin, forderte der Reichspräsident von Brüning «die sofortige Entlassung von Schlange-Schöningen». An den beiden folgenden Tagen gab der Reichspräsident seinem Kanzler «kurz und ganz kühl und formell» (so Brüning) den Entzug seines Vertrauens bekannt. Noch am 30. Mai beschloss das Kabinett Brüning seinen Rücktritt. Bereits am 1. Juni wurde zur Überraschung der Öffentlichkeit Franz von Papen neuer Regierungschef, der «zweite Kanzler aus dem Hause Villeroy & Boch», wie eine sozialdemokratische Zeitung bitter bemerkte. Brünings Vorgänger, der Reichskanzler Hermann Müller (SPD), der vor dem Ersten Weltkrieg als kleiner Angestellter dieses Keramik-Konzerns sein Brot verdient hatte, war von der nationalen Presse als «ehemaliger Reisender in Spülklosetts» verspottet worden; dem von Boch-Schwiegersohn und Konzernteilhaber Papen wurden die Erzeugnisse des Familienunternehmens natürlich nicht zum Vorwurf gemacht ...

Papens Kabinettsliste übertraf selbst die schlimmsten Erwartungen: Reichsaussenminister wurde Konstantin Freiherr von Neurath, über den Kurt Tucholsky schon 1929 in der «Weltbühne» gespottet hatte: «Lasst ihn ruhn. / Der tut, was sie alle tun: / Er nimmt das Geld von seinem Land / und spuckt dem Geber auf die Hand. / Gut leben. Mit Cliques intrigieren. / Die Republikaner sa-

botieren. / Auf die Arbeiter pfeifen. Zum Rennen gehn. / Die Welt durch ein Monokel sehn. / Uns überall schaden, dass es so knallt: / – das tut jener für sein Gehalt. / Merke, zum Schlusse des Gedichts: / Uns kostet das viel. / Ihn kostet das nichts.»

Reichsinnenminister wurde Wilhelm Freiherr von Gayl, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Vertrauensmann der ostpreussischen Rittergutsbesitzer, der so wacker mitgeholfen hatte, Schlange-Schöningen und Brüning zu stürzen. Das Finanzressort erhielt Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, der am weitesten rechtsstehende Beamte im Reichsfinanzministerium.

Reichswirtschafts- und einstweilen auch Reichsarbeitsminister wurde wieder der bereits am 6. Mai zurückgetretene Chef dieses Ressorts unter Brüning, Dr. Hermann Warmbold, Mitglied des Vorstands des grössten Chemie-Konzerns, der IG-Farbenindustrie AG. Der bayerische Deutschnationale Dr. Franz Gürtner wurde Reichsjustizminister; General Kurt von Schleicher, der Freund des Kronprinzen, Regimentskamerad Hindenburgs und Verhandlungspartner Hitlers, übernahm das Reichswehrministerium; Post- und Verkehrsminister wurde Paul Freiherr Eltz von Rübenach, und zum Ernährungs- und Landwirtschaftsminister sowie kommissarisch zum Nachfolger Schlange-Schöningens als Ostsiedlungs-Beauftragter wurde Magnus Freiherr von Braun ernannt, Rittergutsbesitzer auf Neucken, Rappeln und Palpasch im Kreis Preussisch-Eylau und auf Oberwiesenthal Kreis Löwenberg, ein deutschnationaler Agrarier, von dem seine Standesgenossen nichts zu befürchten hatten. (Von Baron Brauns Söhnen wurde übrigens der eine, Wernher, Raketenspezialist erst Hitlers, dann der Amerikaner; der andere, Sigismund, bundesdeutscher Botschafter und langjähriger Bonner Chef des Protokolls.) Dieses «Kabinet der Barone», wie es spöttisch genannt wurde, hätte, so fand man, auch im feudalen, erzreaktionären «Herrenclub» tagen können, dem ausser Franz von Papen auch seine Minister Freiherr von Gayl und Freiherr von Braun angehörten, während General von Schleicher und Graf Schwerin von Krosigk dort häufig zu Gast waren.

Die ersten Massnahmen der neuen Reichsregierung bestanden in einer drastischen Kürzung aller Sozialleistungen («Der Staat darf nicht zu einer Art Wohlfahrtsanstalt werden!»), in der Wiedereinführung der Salzsteuer sowie in der Aufhebung des Verbots der nationalsozialistischen Kampfverbände. Der Reichstag wurde

aufgelöst; von den auf den 31. Juli festgesetzten Neuwahlen versprach sich Herr von Papen eine Stärkung der seine Regierung tolerierenden Rechtsparteien, und am 20. Juli 1932 erfüllte der neue Reichskanzler die letzte Vorbedingung für die geplante Entdemokratisierung Deutschlands: Nach Verhängung des Belagerungszustands und dem Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Reichswehr liess er die verfassungsmässige preussische Regierung für abgesetzt erklären und bestellte einen deutschnationalen Reichskommissar, dem die Verwaltung Preussens unterstehen sollte.

Mit alledem war der Weg schon bereitet für eine Diktatur der Rechten, den Untergang der Republik und das Ende der Demokratie, nur hatten die verschiedenen Gruppen und Akteure des rechten Lagers ganz verschiedene Nah- und Fernziele, die sich kaum miteinander vereinbaren liessen:

Papen richtete sich auf ein langes Verbleiben im Kanzleramt ein, plante eine Verfassungsreform, die ein neues Wahlrecht, eine (ernannte) erste Kammer und die Unabhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Parlaments bringen sollte; Hindenburg und seine Umgebung unterstützten diese Pläne und sahen darin einen Weg, auf dem man zur Monarchie zurückkehren und die Hohenzollern wieder auf den Thron bringen könnte.

Hitler und seine Anhänger, die die Regierung Papen zunächst toleriert und bei den Juli-Wahlen mit 36,9 Prozent der Stimmen ihren bis dahin grössten Erfolg erzielt hatten, strebten selbst an die Macht, und da ihnen dazu sowohl die parlamentarische Mehrheit fehlte als auch die Möglichkeit, sich gegen Reichswehr, Polizei und den Widerstand von fast zwei Dritteln der Bevölkerung gewaltsam durchzusetzen, suchten sie Bündnispartner, die ihnen zur Regierung verhelfen und später beseitigt werden konnten. Sie verhandelten darum mit dem Reichswehrminister von Schleicher, mit dem Hindenburg-Clan, mit deutschnationalen Gruppen, mit Grossindustriellen und sogar mit dem katholischen Zentrum, wobei die meist geheimen Gespräche von Hitler selbst, daneben vornehmlich von Gregor Strasser und Ernst Röhm, dem «Stabschef der SA», sowie von Göring, Goebbels und Keppler geführt wurden.

Hitler und seine nächste Umgebung wussten, dass ihnen nur wenig Zeit zur Verfügung stand, denn Stärke und Einigkeit der Partei würden sich bei allzu langwierigen Verhandlungen an der Schwelle zur Macht und bei nachlassender Krise kaum aufrecht-

erhalten lassen. Vor allem schadete es ihnen, dass sie die im Volk sehr unpopuläre, von allen verachtete und verspottete Regierung Papen anfangs unterstützt und mit dem Kanzler über eine «Konzentration aller nationalen Kräfte» verhandelt hatten.

So brachen sie denn im Sommer 1932 die Verhandlungen mit dem ohnehin winzigen Regierungslager ab und richteten sich auf eine Koalition mit dem katholischen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei ein, die beide einer solchen schwarzbraunen «Vernunftfehe» nicht abgeneigt waren. Gleichzeitig verschlechterte sich das Verhältnis der Hitlerleute zu den Deutschnationalen; es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen SA und «Stahlhelm».

Am 4. September erliess die Regierung Papen eine Notverordnung, mit der das Tarifrecht praktisch beseitigt wurde. Dies bedeutete zwar eine Entmachtung der Gewerkschaften, die den Beifall aller Rechtsparteien hätte finden können, aber es war ein sehr gefährliches Spiel. Denn die Nationalsozialisten konnten in ihrer derzeitigen Verhandlungsposition diesem Schritt der Regierung nicht zustimmen, weil das Zentrum, das auf die christlichen Gewerkschaften Rücksicht nehmen musste, dann nicht mehr bündnisbereit gewesen wäre. So kam es – am 12. September 1932 – für die Regierung Papen zu der schwersten Niederlage, die je ein Kabinett im Reichstag erlitten hat: Mit 512 gegen 42 Stimmen bei fünf Enthaltungen wurde ein kommunistischer Antrag, die Notverordnung gegen die Tarifhoheit aufzuheben, vom Parlament angenommen. Während dieser Abstimmung, die seinen Sturz bedeutete, überreichte der mit den parlamentarischen Regeln offenbar wenig vertraute Reichskanzler dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Hermann Göring ein Schriftstück, das dieser ostentativ beiseite schob und erst zur Kenntnis nahm und dann auch verlas, nachdem die Abstimmung beendet worden war. Papen hatte unterdessen den Plenarsaal demonstrativ verlassen. Was er Göring zurückgelassen hatte, war ein Schreiben Hindenburgs, worin es hiess: «Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, dass der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September dieses Jahres verlangt.»

Diese Begründung war verfassungsrechtlich unhaltbar und eigentlich nur ein schlechter Witz: Der Reichstag hatte nach der Verfassung das Recht, die Aufhebung von Notverordnungen zu

verlangen, und tat er dies, so musste dem stattgegeben werden. Nun aber begründete der Reichspräsident seine Auflösungsorder mit der «Gefahr», das Parlament könnte von seinen verfassungsmässigen Rechten Gebrauch machen ...

Nach einem heftigen Papierkrieg zwischen Göring und Papen, zwei erklärten Feinden der Demokratie, die sich nun gegenseitig Verfassungsbruch vorwarfen, kam es am 6. November 1932 zu Neuwahlen, die den Nationalsozialisten schwere Einbussen, den Deutschnationalen und gemässigten Rechten eine Verstärkung um zwanzig Sitze, der SPD den Verlust von elf Mandaten an die Kommunisten und insgesamt eine Veränderung der Parteienstärken brachte, die eine Regierungskoalition von NSDAP und Zentrum ohne Hinzunahme der Deutschnationalen unmöglich machte. Papen meinte daraus den Schluss ziehen zu dürfen, dass es nun zu einer «wirklichen nationalen Konzentration» unter seiner Führung kommen werde. Er lud die Führer aller in Frage kommenden Parteien, von Hitler bis zum Prälaten Kaas, der das Zentrum vertrat, zu Koalitionsverhandlungen ein. Doch er holte sich nur Absagen, denn die Interessen der einzelnen Gruppen waren zu verschieden: Kaas strebte einen Bürgerblock unter seiner Führung, wenngleich mit nationalsozialistischer Beteiligung an; Hitler wollte, mit oder ohne Reichstagsmehrheit, für sich das Kanzleramt sowie einen Reichsinnenminister aus den Reihen der NSDAP; Hugenberg verlangte die Ausschaltung des Reichstags und ein «Präsidiakabinett», das die Rückkehr zur Monarchie vorbereiten sollte, und Papen selbst gedachte mit Unterstützung Hindenburgs und der Reichswehr notfalls ohne Koalition weiterzuergehen, das Parlament auszuschalten und die lästige Verfassung so zu ändern, dass sein autoritäres und reaktionäres Regime zur Dauerinstitution werden könnte.

Aber da machte ihm sein, Hindenburgs und des Kronprinzen treuer Freund, der General von Schleicher, einen Strich durch die Rechnung: Der Chef der Reichswehr wollte nun selbst Kanzler werden. Er glaubte, ohne Verfassungsänderungen, wenn auch vorerst ohne Parlament, auskommen zu können, sofern es ihm gelänge, mit populären Massnahmen die Mehrheit des Volkes auf seine Seite zu ziehen, darunter auch einen Teil der NSDAP, deren Kampforganisationen nach dem schweren Rückschlag bei den Reichstagswahlen vom 6. November und den gescheiterten Koalitionsverhandlungen vor einer Spaltung zu stehen schienen.

Angesichts dieser ehrgeizigen Pläne seines Freundes und wichtigsten Ministers, dem die bewaffnete Macht des Reiches gehorchte, sah sich Franz von Papen am 17. November zum Rücktritt gezwungen, und nach weiteren 14 Tagen des Sondierens nach allen Seiten empfahl er selbst dem Reichspräsidenten, den General von Schleicher zu seinem Nachfolger im Kanzleramt zu ernennen, was am 2. Dezember 1932 auch geschah.

Hindenburg liess seinen erklärten Liebling Papen nur höchst ungern gehen. Er bat ihn, sein politischer Berater zu bleiben, schrieb ihm einen nur aus Lobeshymnen bestehenden Abschiedsbrief und schenkte ihm eine Fotografie, die ihn, den Präsidenten der Republik, in der Uniform eines kaiserlichköniglichen Generalfeldmarschalls zeigte und mit der handschriftlichen Widmung, «Ich hatt' einen Kameraden ...!», versehen war.

Mit solchen Vertrauensbeweisen des Reichspräsidenten versehen, machte sich Papen daran, sich an Schleicher zu rächen und ihn seinerseits zu stürzen. Schleicher selbst machte Papen die Sache leicht, denn in dem eifrigen Bestreben, populär zu werden, beging der neue Kanzler den Fehler, sich die Sympathien der alten Geld- und Machtelite zu verscherzen:

Zunächst liess er es zu, dass die von Papen der Unternehmerschaft zuliebe abgeschaffte Tarifautonomie wiederhergestellt wurde; sodann erklärte er in einer Rundfunkansprache, es gehe nicht an, dass grosse Unternehmen der Industrie alle Vorteile der Privatwirtschaft genössen, alle Nachteile aber, speziell jedes Risiko, auf den Staat abwälzten. Künftig müssten Betriebe, die in irgendeiner Form mit öffentlichen Mitteln arbeiteten, auch der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. Und schliesslich bekannte der Kanzler gar: «Die Arbeitseinkommen sind zu tief herabgedrückt. Eine weitere Senkung ist weder sozial erträglich noch wirtschaftlich zweckmässig!»

Mit diesen beinahe sozialistisch anmutenden Äusserungen zog sich General von Schleicher die Feindschaft der Konzernherren, Grossaktionäre und Bankiers zu; mit anderen Vorhaben machte er sich den landwirtschaftlichen Grossgrundbesitz zum erbitterten Gegner, zum Beispiel mit der Ankündigung, weit über eine Million Morgen Land in Ostpreussen, der Grenzmark sowie in Pommern und Mecklenburg zu parzellieren und siedlungswilligen Arbeitslosen zu überlassen.

Fast gleichzeitig mit der Bekanntgabe dieses Programms, das



Reichspräsidentenwahlen 1932: Hindenburg – Kandidat der Republikaner

bei der alten Geld- und Machtelite grosse Besorgnis hervorrief, begann General von Schleicher heimliche Koalitionsverhandlungen mit Nationalsozialisten, die mit dem Hitler-Kurs unzufrieden waren. Dem Exponenten dieser Gruppe innerhalb der NSDAP, dem «Reichsorganisationsleiter» Gregor Strasser, bot Schleicher den Posten des Vizekanzlers in seinem Kabinett an. Goebbels, der von der Sache Wind bekommen hatte, alarmierte den «Führer». Es kam zum offenen Bruch zwischen Strasser und Hitler, und am 8. Dezember 1932 legte Gregor Strasser alle seine Parteiämter nieder und trat demonstrativ aus der NSDAP aus.

Das war ein schwerer Schlag für die Nationalsozialisten, bei denen ohnehin schon alles drunter und drüber ging. In den Tagebuchaufzeichnungen von Dr. Josef Goebbels aus jenen Tagen heisst es:

«6. Dezember: Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verlust erlitten. 8. Dezember: In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewusste Arbeit unmöglich . . . Wir sind alle sehr deprimiert, vor allem in Hinblick darauf, dass nun die Gefahr besteht, dass die ganze Partei auseinanderfällt und alle unsere Arbeit umsonst getan ist ... Der Führer ... bleibt stehen und sagt nur: ‚Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluss.‘»

Eine Woche später, am 15. Dezember 1932, notierte Goebbels in sein Tagebuch: «Es wird höchste Zeit, dass wir an die Macht kommen. Vorläufig allerdings bietet sich nicht die geringste Aussicht ... »

In dieser Tonart gehen die Eintragungen weiter, und erst kurz nach Weihnachten, am 29. Dezember, klingt erstmals leiser Optimismus an: «Es besteht die Möglichkeit, dass der Führer in einigen Tagen eine Unterredung mit Papen hat. Da eröffnet sich eine neue Chance ... »

Was hatte bewirkt, dass Franz von Papen, der Intimus des Reichspräsidenten, von Neuem Kontakt zu Hitler aufnahm? Nun, zunächst Schleichers Programm, das die «wirtschaftliche Dreieinigkeit des Grossgrundbesitzes, der Schwerindustrie und des Bankkapitals», wie sein Minister Graf Schwerin von Krosigk diese Allianz einmal genannt hat, äusserst misstrauisch gemacht hatte. Man erinnerte sich plötzlich wieder daran, dass Schleicher bereits im Ersten Weltkrieg für den «roten General» Groener jene Denk-

schrift ausgearbeitet hatte, mit der die Wegsteuerung der Kriegsgewinne gefordert worden war.

Sodann aber war der Rückhalt, den Schleicher bislang bei den Hohenzollern, bei der Reichswehrgeneralität und bei Hindenburg gehabt hatte, im Schwinden begriffen, und der Hauptgrund hierfür war die offene Feindschaft, die dem Reichskanzler von Seiten des Reichslandbundes, der von ostelbischen Grossagrariern beherrschten Spitzenorganisation der Landwirtschaft unter Führung von Eberhard Graf von Kalckreuth auf Ober- und Niedersiegersdorf und Oberzyrus, plötzlich entgegenschlug, kräftig angeheizt von dem greisen Landbundführer Elard von Oldenburg-Januschau.

Die Ursache dieser für Schleicher sehr gefährlichen Gegnerschaft war nicht allein die angekündigte Ostsiedlungspolitik der Regierung, sondern auch und vor allem ein höchst peinlicher Skandal, den die Regierung Schleicher nicht rechtzeitig vertuscht hatte, ja, dessen Aufdeckung sie sogar begünstigt zu haben schien. Bei Überprüfung der sogenannten Osthilfe im Haushaltsausschuss des Reichstages hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Kurt Heinig entdeckt und gerügt, dass einigen wenigen Grossagrariern etwa ebensoviel an Subventionen zugeflossen war wie Zehntausenden von bäuerlichen Kleinbetrieben und Siedlern. Hocharistokraten, darunter Angehörige des Hauses Hohenzollern, hatten sich ohne wirkliche Notlage – und zumeist nicht vergeblich – um einen fetten Anteil an den Osthilfe-Millionen bemüht.

Elard von Oldenburg-Januschau selbst waren 620'000 Reichsmark zuteil geworden, die er grösstenteils zum Ankauf weiterer Güter benutzt hatte. Ein märkischer Junker, von Quast-Radensleben, war ebenfalls kräftig subventioniert worden, obwohl die örtlich zuständigen Behörden in ihrem Gutachten darauf hingewiesen hatten, Herr von Quast hätte sein Vermögen «verjeut, verhurt und versoffen». Und schliesslich – hier fehlten leider einige Akten – schien auch die Familie des Reichspräsidenten von Hindenburg kräftig von der Osthilfe profitiert zu haben ...

Eine solche Kompromittierung von Trägern glänzender Namen, speziell der zweiten Frau des Exkaisers, Hermine, die trotz des gewaltigen Reichtums der Hohenzollern um Osthilfe nachgesucht hatte, aber auch des Neudeck-Spenders und Hindenburg-Freundes Oldenburg-Januschau oder gar des greisen Reichspräsidenten selbst, hatte gewiss nicht in Schleichers Absicht gelegen. Ihm war

es nur darum gegangen, sich das Vertrauen der Gewerkschaften zu erwerben, indem er scharfe Kritik an der offenbaren Begünstigung der Reichen und der argen Benachteiligung der kleinen Leute üben liess. Wahrscheinlich hatte Schleicher nicht einmal geahnt, wie sehr die Enthüllung des Osthilfe-Skandals gerade die Umgebung Hindenburgs – und damit indirekt seine eigene Position – gefährdete.

Papen hingegen hatte, mit feiner Witterung für die prachtvollen Möglichkeiten einer grossangelegten Intrige, sogleich die Chance erkannt, die sich ihm da bot. Wenn es ihm gelänge, die von Finanznot, weiterem Stimmenrückgang und Spaltung bedrohten Nationalsozialisten gefügig zu machen, so dass sie sich bereit erklärten, unter der nominellen Kanzlerschaft Hitlers mit höchstens zwei weiteren Ministern ihrer Couleur in ein «Kabinett der nationalen Konzentration» einzutreten; wenn er mit Hilfe der aufgebrachten Agrarier auch die Deutschnationalen dafür gewönne; wenn die Herren der Industrie und der Bankwelt und die von ihnen abhängige Deutsche Volkspartei ebenfalls mitmachten, was angesichts der Verschnupfung über den «roten General» von Schleicher durchaus wahrscheinlich war, und wenn er schliesslich Hindenburg dazu bewegen konnte, den von ihm, dem Feldmarschall, tief verachteten «böhmischen Gefreiten» Hitler zum Nachfolger Schleichers zu ernennen, so ergäbe sich eine Konstellation, in der er, Papen, als Vizekanzler, wichtigster Vertrauensmann des Reichspräsidenten und Anführer der reaktionären Mehrheit im Kabinett, den Fanatiker Hitler unter Kontrolle halten und die Regierungspolitik entscheidend beeinflussen könnte.

Papen ging also daran, das Terrain zu sondieren – hinter dem Rücken seines Freundes Schleicher, versteht sich, als dessen angeblich selbstloser Berater er fungierte. Bereits am 4. Januar 1933 konnte Goebbels in seinem Tagebuch vermerken: «Die Unterredung zwischen dem Führer und Herrn von Papen in Köln hat stattgefunden. Sie sollte geheim bleiben, aber durch eine Indiskretion ist sie in die Öffentlichkeit gedrungen ... Wenn dieser Coup gelingt, dann sind wir nicht mehr weit von der Macht entfernt ... »

Reichskanzler von Schleicher, der am Morgen nach dem Treffen zwischen Hitler und Papen davon aus den Zeitungen erfuhr, war empört über diesen Vertrauensbruch seines Freundes (wogegen Papen später die Dinge so darzustellen versucht hat, als wäre

es ihm bei dem Kölner Treffen nur darum gegangen, seine nationalsozialistischen Gesprächspartner zur Unterstützung Schleichers und zum Eintritt in dessen Kabinett zu bewegen, nicht etwa zur Beteiligung am Sturz Schleichers und zur Bildung einer Regierung Hitler-von Papen-Hugenberg; und dass er Schleicher davon nicht vorher unterrichtet hätte, wäre keineswegs böse Absicht gewesen, sondern Mangel an Gelegenheit ..).

Wie wir bereits wissen, fand die heimliche, aber nicht geheim gebliebene Unterredung zwischen Papen und Hitler im Hause des Kölner Bankiers Kurt Freiherrn von Schröder statt, und es nahmen an ihr von nationalsozialistischer Seite auch Rudolf Hess, Heinrich Himmler und dessen Verbindungsmann zu Industrie- und Bankkreisen, Wilhelm Keppler, teil. Nach den Aussagen des Barons Schröder im Nürnberger Prozess war das Hauptthema des Treffens vom 4. Januar 1933 der Sturz Schleichers und die Bildung eines Duumvirats Hitler-Papen unter Beteiligung der Deutschnationalen. (Daneben ging es, wenn auch wohl mehr zwischen Baron Schröder und Hitler, um die Finanzierung der bankrotten NSDAP. Vieles spricht dafür, dass von Seiten der anonymen Geldgeber aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zur Vorbedingung der beabsichtigten Sanierung der Hitler-Partei deren Bereitschaft gemacht wurde, mit allen anderen «nationalen Gruppen» zusammen eine Regierung zu bilden.)

Verfolgen wir den letzten Akt des Dramas anhand der Tagebücher des späteren Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Josef Goebbels, so fällt zunächst auf, dass dieser noch am 6. Januar, zwei Tage nach dem Kölner Treffen, über die Geldnot seiner Partei klagt, jedoch schon mit optimistischen Anmerkungen: «In Anbetracht der erfreulich fortschreitenden politischen Entwicklung findet man kaum noch die Lust, sich um die schlechte Finanzlage der Organisation zu kümmern. Kommen wir diesmal zum Streich, so spielt das alles keine Rolle mehr ... » Und bereits zehn Tage später, am 16. Januar, notierte er sich, die Finanzlage der Partei habe sich «über Nacht grundlegend geändert».

Von da an war von Geldnot bei der NSDAP nicht mehr die Rede, wohl aber von den Vorbereitungen zum Sturz Schleichers. Schon unter dem 14. Januar hatte Goebbels vermerkt: «Schleicher hat einen schweren Konflikt mit dem Landbund heraufbeschworen ... Das passt uns im Augenblick gut in den Kram ...» Eine Wo-

che später, am 21. Januar, notierte er: «Die Vorbereitungen für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange ... » Und am 24. Januar: «Im neuen Kabinett, das der Führer übernimmt, soll Herr von Papen Vizekanzler werden. Schleichers Stellung ist jetzt stark gefährdet. Er scheint im Augenblick noch nichts zu ahnen ... » Schleicher schien tatsächlich noch ohne Ahnung von dem zu sein, was sich gegen ihn zusammenbraute. Noch am 15. Januar 1933 erklärte er dem damaligen österreichischen Justizminister und späteren Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg, der bei ihm zu Besuch war, «Herr Hitler sei kein Problem mehr . . ., seine Bewegung bedeute keine Gefahr mehr, diese Sorge sei nunmehr von gestern». Schleichers Optimismus gründete sich vor allem darauf, dass er Gregor Strasser, den von Hitler abgefallenen «Reichsorganisationsleiter» der NSDAP, zum Eintritt in die Regierung bewegen zu haben glaubte. Das hätte einige der führenden Nationalsozialisten wie Frick, Feder und Röhm mit grosser Wahrscheinlichkeit dazu veranlasst, ebenfalls Hitler den Rücken zu kehren und an die Futterkrippe zu drängen. Der Verfall der NSDAP wäre dann nicht mehr aufzuhalten gewesen.

Aber Strasser trat dann doch nicht ins Kabinett ein. Auch Geheimrat Hugenberg winkte wieder ab, nachdem er noch am 14. Januar Hindenburg seinen Eintritt in die Regierung Schleicher fest zugesagt hatte. Stattdessen fielen seine deutschnationalen Zeitungen wenige Tage später geschlossen über Schleicher her und bezichtigten ihn, mit seiner Osthilfe-Politik «die Gefahr eines Bolschewismus auf dem flachen Lande» hervorzurufen.

Mit dem sich abzeichnenden Bündnis zwischen Hitler, Papen, Hugenberg, den Grossagrariern und der Schwerindustrie, dem sich Mitte Januar auch der «Stahlhelm»-Führer Franz Seldte anschloss, der erst zwei Tage zuvor wegen der Ermordung zweier Stahlhelm-Kameraden durch «verwilderte Strolche der Hitlerpartei» öffentlich schwerste Beschuldigungen gegen die SA erhoben hatte, war Schleicher bereits so eingekreist, dass ihm nur noch ein Ausweg blieb: die Auflösung des Reichstags, die Verschiebung von Neuwahlen auf unbestimmte Zeit und die Umwandlung seiner Regierung in eine Militärdiktatur, die sich auf die Autorität Hindenburgs und die Bajonette der Reichswehr stützte, später vielleicht der Übergang zur Monarchie ...

Solche Pläne, wie sie General von Schleicher in der zweiten

Januarhälfte tatsächlich verfolgte, setzten die volle Unterstützung des Kanzlers durch den Feldmarschall-Reichspräsidenten voraus, und Schleicher war völlig sicher, sie zu haben. Überhaupt wurde Hindenburg immer mehr zur Schlüsselfigur, denn natürlich liessen sich auch Papens Pläne nur verwirklichen, wenn Hindenburg seinen festen Entschluss, den Plebejer und Antimonarchisten Hitler keinesfalls Reichskanzler werden zu lassen, revidierte.

Der Angriff der Papen-Clique auf das letzte Bollwerk der parlamentarischen Demokratie, den greisen, kaisertreuen und stockkonservativen Reichspräsidenten, begann am Abend des 22. Januar. Zu später Stunde stahlen sich der Präsidentensohn Oskar von Hindenburg und der Kabinettschef seines Vaters, Staatssekretär Meissner, aus dem Präsidentenpalais in der Berliner Wilhelmstrasse. Auf Geheiss Papens, der das Ganze arrangiert hatte, nahmen sie, um nicht bemerkt zu werden, eine Taxe und fuhren hinaus nach Dahlem in das Haus eines ihnen bis dahin unbekanntem Nationalsozialisten mit Namen Joachim von Ribbentrop, der mit Papen seit der Zeit, da sie beide Offiziere an der türkischen Front gewesen waren, freundschaftliche Verbindung gehalten hatte. In Ribbentrops Wohnung trafen die beiden Herren nicht nur mit dem Gastgeber, Ehemann der Erbin des Sektunternehmens Henkell, und mit dessen Kriegskameraden von Papen zusammen, sondern auch mit Hitler, Göring, Himmler und Frick. Der «Führer» war zu diesem heimlichen Treffen über die hintere Gartenmauer des Ribbentropschen Villengrundstücks geklettert, wobei ihm Himmler und zwei SS-Männer der «Stabswache» hatten helfen müssen. Nach Otto Meissners Darstellung war der – bei seinem Vater recht einflussreiche – Reichspräsidenten-Sohn bis zu diesem Abend gegen jede Zulassung der Nationalsozialisten zur Regierung, erst recht gegen jede Kanzlerschaft Hitlers gewesen. Hitler, so sagte Meissner später aus, dürfte dies gewusst haben. Er bestand darauf, mit Oskar von Hindenburg «unter vier Augen» zu reden, und zu Meissners angeblich grossem Erstaunen erklärte sich Hindenburg Junior dazu bereit. Er zog sich mit Hitler für etwa eine Stunde in ein Nebenzimmer zurück.

«Was Hitler dem Präsidentensohn sagte, der nicht gerade als heller Kopf oder starker Charakter galt, ist niemals bekanntgeworden», bemerkt hierzu William L. Shirer in seinem Werk, «Auf-

stieg und Fall des Dritten Reiches'. «In NS-Kreisen nahm man allgemein an, dass Hitler sowohl mit Angeboten wie mit Drohungen arbeitete, im Falle der letzteren mit der Andeutung, Oskars Rolle im Osthilfe-Skandal sowie die Steuerhinterziehung von Gut Neudeck zu enthüllen. Über die Angebote lassen sich nur Vermutungen anstellen aufgrund der Tatsache, dass dem Hindenburgschen Besitz einige Monate später 5'000 Morgen steuerfreies Land zugeschlagen wurden und dass Oskar im August 1934 vom Oberst zum Generalmajor befördert wurde. Jedenfalls steht ausser Frage, dass Hitler auf den Präsidentensohn starken Eindruck machte. «Während der Heimfahrt», sagte Meissner später in Nürnberg aus, «war Oskar von Hindenburg aussergewöhnlich still. Seine einzige Bemerkung war, es helfe nun alles nichts mehr – die NSDAP müsste in die Regierung aufgenommen werden. Ich hatte das Gefühl, dass es Hitler gelungen war, ihn in seinen Bann zu ziehen ...'»

Soweit Meissner, der neben dem Präsidentensohn und Franz von Papen engste Vertraute und politische Berater des greisen Feldmarschalls, wobei anzumerken ist, dass auch Meissner selbst die Wendung vom Gegner zum Befürworter einer Kanzlerschaft Hitlers bereits vollzogen hatte; er war ein Mann, der sich jedem Regime wechsel rasch, mühe- und geräuschlos anzupassen verstand ... Nachdem nun auch Oskar von Hindenburg durch massive Drohungen (wahrscheinlich nicht nur mit der Enthüllung seiner Rolle im Osthilfe-Skandal, sondern auch mit Kompromittierung aufgrund bestimmter, Hitler bekannt gewordener Details aus der privatesten Sphäre des Präsidentensohnes) umgestimmt war, brauchte nur noch dessen Vater beeinflusst zu werden.

Sie lagen dem alten Herrn während der nächsten Tage alle in den Ohren: Meissner und von Papen, die auf Schleichers Unvermögen hinwiesen, eine tragfähige Parlamentsmehrheit zu finden, wogegen eine «Regierung der nationalen Konzentration» mit Hitler, Papen, Hugenberg, Seldte und einigen parteilosen Fachministern mit Leichtigkeit eine Majorität zusammenbringenwürde ...; die «ostelbischen Standesgenossen» des Feldmarschalls, die sich vor dem Osthilfe-Skandal fürchteten und dafür lieber den Staat an Hitler ausgeliefert sehen wollten; der Sohn des Reichspräsidenten, der alle Bedenken gegen eine Kanzlerschaft Hitlers fallengelassen hatte und seinem Vater dunkle Andeutungen mach-

te, es wäre auch im Interesse der eigenen Familie klüger, den «Agrar bolschewisten» Schleicher gegen einen – von Papen, Hugenberg, einem zuverlässigen Reichswehrgeneral und dem Reichspräsidenten selbst – gut «abgeblockten» Hitler auszuwechseln; Hugenberg, der Hindenburg das volle Einverständnis der Industrie-Konzernchefs mit den Plänen von Papens übermittelte, immer vorausgesetzt, man überliesse ihm, Hugenberg, das Reichswirtschaftsministerium und machte den keiner sozialen oder gar sozialistischen Neigungen verdächtigen «Stahlhelm»-Führer Seldte zum Arbeitsminister; schliesslich auch Abgesandte des Kronprinzen, der die letzte Chance des Hauses Hohenzollern, wieder auf den Thron Preussens und Deutschlands zu kommen, nun auch nicht mehr in einer Diktatur seines Freundes Schleicher, sondern in einer «von einer breiten nationalen Mehrheit unseres Volkes getragenen Koalitionsregierung» sah.

Als General von Schleicher am 23. Januar, also am Morgen nach dem heimlichen Treffen seiner Gegner mit dem Präsidentensohn, bei Hindenburg erschien, um ihm mitzuteilen, dass er keine Mehrheit im Reichstag finden könnte und dass er deshalb um Auflösung und «vorübergehende Ausschaltung» des Parlaments bitten müsste, erhielt er bereits einen ersten Beweis dafür, dass ihm der alte Herr nicht mehr blind zu folgen bereit war. Hindenburg erklärte dem Kanzler, er möge sich gefälligst weiter um eine tragfähige Parlamentsmehrheit bemühen; das Weitere werde sich finden.

Wenige Tage später, am 28. Januar, war der Reichspräsident bereits so stark beeinflusst, dass er die Demission Schleichers und seines Kabinetts entgegennahm. Immerhin sagte er zu Schleicher, als sich dieser bereits verabschieden wollte: «Ich stehe mit einem Fuss im Grabe und weiss nicht recht, ob ich nicht diese Entscheidung später im Himmel bereuen werde ... » Schleichers Antwort, überliefert von General Kurt von Hammerstein, damals Chef der Heeresleitung, soll gelautet haben: «Nach diesem Vertrauensbruch, Exzellenz, bin ich nicht sicher, ob Sie in den Himmel kommen werden!»

Die von allen Seiten bedrängten, von einem schrecklichen Skandal bedrohten Hindenburgs, Vater und Sohn, nahmen auch dies hin. Aber noch war der alte Herr keineswegs bereit, Hitler zum Nachfolger Schleichers zu bestellen. Zwar beauftragte er nunmehr seinen Liebling von Papen ganz offiziell, die Möglichkeiten zur Bildung einer Regierung unter Hitlers Führung, doch «im Rahmen der Verfassung», gründlich zu sondieren. Aber noch

am 29. Januar, einem Sonntag, sagte der greise Reichspräsident zu General von Hammerstein, jetzt hätte auch Schleicher ihm geraten, Hitler mit der Bildung einer neuen Regierung zu betrauen, aber er beabsichtige nicht, diesen «österreichischen Gefreiten» zum Reichskanzler zu ernennen.

Es ist bezeichnend für die Geisteshaltung Hindenburgs und seiner Umgebung, dass sie vor allem an der Herkunft Hitlers und an seinem Mannschaftsdienstgrad Anstoss nahmen; der Führer der rechtsradikalen NSDAP war kein Offizier, also für sie «kein Herr». Dass seine SA und SS ihnen Missliebige aus dem Hinterhalt überfiel und brutal zusammenschlug, Pogrome veranstaltete und öffentlich drohte, nach ihrer «Machtübernahme» würden «Köpfe rollen», war offenbar von drittrangiger Bedeutung für die Beurteilung der Eignung Hitlers für das Reichskanzleramt. Das grösste Handicap des chaplinbärtigen «Führers» war, dass er nicht der alten Geld- und Machtelite entstammte, keine geborene von Boch-Galhau geheiratet hatte wie Franz von Papen, auch keine Henkell-Sektfabrikerbin wie Joachim von Ribbentrop, nicht Gardeoffizier war wie General von Schleicher oder Oskar von Hindenburg, kein Mitglied des feudalen «Herrenclubs» wie von Gayl, Baron Braun oder Freiherr von Schröder, nicht einmal Reserveoffizier wie Heinrich Brüning; dass er nicht Alter Herr eines exklusiven studentischen Korps war wie die meisten hohen Beamten, Richter und Diplomaten, weder reiten noch jagen noch fechten konnte, keine eigene «Klitsche» hatte oder auch nur Anwärter war auf die Erbschaft irgendeines Ritterguts, so dass man sich mit ihm hinsichtlich gemeinsamer «Osthilfe»-Interessen ein klein wenig verbunden hätte fühlen können ...

Nein, es gab nichts, das den in Lichtjahren zu messenden Abstand zwischen dem Weltkriegs-Meldegänger und Gefreiten der Landwehr-Reserve Adolf Hitler, ledig, katholisch, ohne erlernten Beruf, und dem Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, Herrn auf Neudeck, hervorgegangen aus dem feudalen 3. Garderegiment zu Fuss, hätte überbrücken können – ausgenommen die Angst vor dem Skandal, den der «böhmische Gefreite» und seine Verbündeten auslösen konnten und von dem zumindest der Sohn des greisen Marschalls und dessen Familie ruiniert worden wären.

So liess sich der alte Herr am Ende doch seufzend dazu herbei, den Parvenü Hitler zum Reichskanzler zu ernennen (und Oskar

von Hindenburg konnte aufatmen, unbehelligt das «Dritte Reich» und dessen schliesslichen Untergang überstehen und seine Tochter, die Reichspräsidenten-Enkelin Gertrud, mit einem steinreichen Erben aus dem Industriellen-Clan der Stumms, dem Grafen Max-Erdmann von Roedern, vermählen. Dadurch wurde der 1945 zu verzeichnende Verlust von Neudeck – an dessen Kauf für die Hindenburgs auch die Stumms einst beteiligt gewesen waren – voll ausgeglichen ...).

Am Vormittag des 30. Januar 1933, einige Minuten nach 11 Uhr, führte Staatssekretär Meissner die – untereinander schon fast wieder uneinigen – vorgesehenen Mitglieder der künftigen Regierung Hitler aus der Wohnung des Ex-Kanzlers von Papen in das Empfangszimmer des Reichspräsidentenpalais. Dort wurden die Herren nach kurzer Ermahnung, zum Wohle des deutschen Volkes treu und in voller Einigkeit zusammenzustehen, von Hindenburg vereidigt.

Franz von Papen wurde Vizekanzler und kommissarischer preussischer Ministerpräsident; Baron von Neurath blieb Aussenminister; Geheimrat Alfred Hugenberg, der deutschnationale Presseser der Weimarer Republik, wurde Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister; Graf Schwerin von Krosigk behielt das Finanz-, der bayerische Deutschnationale Dr. Gürtner das Justizressort. Der Führer des «Stahlhelm», Franz Seldte, wurde Arbeitsminister und Reichskommissar für den geplanten «Reichsarbeitsdienst»; Post- und Verkehrsminister blieb Baron Eltz v. Rügenach, und nur ein Ressort, das Reichsinnenministerium, konnte von Hitler mit einem seiner Anhänger, Dr. Wilhelm Frick, besetzt werden. Ein weiterer Nationalsozialist, Hermann Göring, wurde Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Das Reichswehrministerium und damit auch den Oberbefehl über die Streitkräfte hatte schon einige Stunden zuvor der Kommandeur des Wehrkreises Ostpreussen, General Werner von Blomberg, erhalten. Diese Vorsichtsmassnahme trafen die Hindenburgs, Vater und Sohn, auf den Rat Franz von Papens hin, der damit einem eventuellen Putschversuch seines alten Freundes und nunmehrigen Rivalen, des noch amtierenden Kanzlers und Reichswehrbefehlshabers von Schleicher, zuvorkommen wollte. Da auch General von Blomberg zu den Konservativen gerechnet werden konnte, hatten diese in der neuen Regierung ein sehr starkes Übergewicht, und es stellt sich die Frage, wie sie dieses zu

nutzen gedachten. William L. Shirer bemerkt dazu: «Was die weitgehend durch die Deutschnationalen vertretene deutsche Rechte wollte, war das Ende der Republik und die Wiederkehr eines kaiserlichen Deutschlands, das alle ihre alten Privilegien wiederherstellen würde. Dabei hatte die Republik die Rechte, als Gruppe wie als Einzelpersonen, mit äusserster Grosszügigkeit und, denkt man an ihre demokratischen Ziele, mit aussergewöhnlicher Toleranz behandelt. Die Republik hatte zugelassen, dass die Armee ein Staat im Staate blieb; dass die Unternehmer grosse Gewinne machten; dass die Junker mit Hilfe von Regierungsdarlehen, die nie zurückgezahlt und selten zur Bodenverbesserung benutzt wurden, ihre unrentablen Güter behielten. Dennoch trug diese Grosszügigkeit der Republik weder Dankbarkeit noch Loyalität von Seiten dieser Leute ein. Mit einer Engstirnigkeit, einer Voreingenommenheit, einer Blindheit, die ... unfasslich erscheinen, schlugen sie so lange auf die ... Republik ein, bis sie sie, im Bunde mit Hitler, zu Fall gebracht hatten. In dem österreichischen Vagabunden von ehemals glaubten die Konservativen einen Mann gefunden zu haben, der ihnen helfen würde, ihre Ziele zu erreichen, und dabei ihr Gefangener bliebe. Die Zerstörung der Republik war nur der erste Schritt. Als nächstes wünschten sie eine autoritäre Regierung ..., die im Innern mit dem demokratischen ‚Unfug‘ und den Gewerkschaften Schluss machte und in der Aussenpolitik ... die Fesseln des Versailler Vertrags abschüttelte ... »

In den folgenden Jahren erfüllte Hitler die meisten Wünsche der konservativ-reaktionären Mehrheit jener alten Geld- und Machtelite, die ihn, den Parvenü mit den schlechten Manieren, anfangs nur sehr ungern hatte Kanzler werden lassen und das Bündnis mit der Nazipartei lediglich deshalb eingegangen war, weil es die letzte Chance bot, die sich konsolidierende Weimarer Republik nach kurzer Übergangszeit durch Rückkehr zur Monarchie zu beenden. Zwar entwickelte sich die Diktatur bald zur Dauereinrichtung, und die Wiederkehr der Hohenzollern rückte in immer weitere Ferne; aber dafür übertraf Hitler in fast jeder anderen Hinsicht die in ihn gesetzten Erwartungen: Er beseitigte die marxistischen Parteien, sperrte alle kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre, deren er habhaft werden konnte, ohne Rücksicht auf Verfassung und Gesetze in Gefängnisse und Konzentrationslager, zerschlug alle Gewerkschaften, machte die Unternehmer zu «Be-

triebsführern» mit Kommandogewalt und gab ihnen mit der Wiederaufrüstung Gelegenheit zu grossartigen, von Jahr zu Jahr wachsenden Profiten.

Arbeitsdienst- und Militärpflicht sorgten dafür, dass mit den altbewährten Mitteln der Disziplin jedwede Aufsässigkeit der «Leute» schon im Keim erstickt werden konnte, und zugleich bot die neue, stark vergrösserte Wehrmacht den daran interessierten Söhnen der alten Geld- und Machtelite wieder glänzende Aufstiegschancen. Hitler zähmte sogar, nach einigen Monaten des Austobenlassens, seine gefürchtete SA, liess deren oberste Führung, darunter einige seiner ältesten und getreuesten Kampfgefährten, zum Beispiel Ernst Röhm, im Sommer 1934 kurzerhand «liquidieren» (und bei dieser Gelegenheit auch gleich ein paar andere, mit denen er noch Rechnungen zu begleichen hatte, etwa den General von Schleicher, Gregor Strasser sowie einige der engsten Mitarbeiter Franz von Papens), sorgte so für «Ruhe und Ordnung» und erwarb sich den Respekt auch derer, die ihn bis dahin für einen im Umgang mit der Macht noch unerfahrenen Emporkömmeling gehalten hatten.

Besonderen Beifall fand, dass er sogleich jede öffentliche Kritik unterband, die Parlamente aus- und die Presse «gleichschaltete». Auch seine Massnahmen gegen die Juden – anfangs ausgenommen solche, die 1914-18 Frontkämpfer gewesen waren – wurden von der alten Geld- und Machtelite zunächst durchweg gutgeheissen, sorgten sie doch auf bemerkenswert «ordentliche», unblutige Weise für das Verschwinden lästiger Konkurrenz, für günstige Gelegenheiten, die «umständehalber» zum Verkauf stehenden Unternehmen zu «arisieren», und für das Freiwerden einer Reihe von begehrten Spitzenpositionen. Über «gewisse Exzesse und Grausamkeiten», die «hie und da» vorkamen, tröstete sich die Elite hinweg mit dem Sprichwort: «Wo gehobelt wird, fallen Späne», und fand, man dürfe sich durch kleine Misshelligkeiten nicht den Blick für das grossartige Ganze trüben lassen.

Kurz, die etablierte Oberschicht war mit den Ergebnissen ihrer Politik mehrheitlich sehr zufrieden, und erst 1943/44, als an dem für Deutschland fatalen Ausgang des Krieges nicht mehr zu zweifeln war und sich eine Katastrophe grössten Ausmasses abzuzeichnen begann, erwachten wieder die alten, schon fast vergessenen Zweifel an der Qualität des «Führers», auch ernste Sorge um den Bestand der – vom Standpunkt der Elite aus – altbewährten

gesellschaftlichen Ordnung sowie um den ererbten Besitz, ja die eigene Haut.

Natürlich gab es auch innerhalb der alten Oberschicht den einen oder anderen, der bereits sehr viel früher, womöglich von Anfang an, erkannt hatte, dass das von Hitler und seinem Anhang errichtete Gewaltregime verbrecherisch war. Doch von dieser Erkenntnis bis zum aktiven Widerstand war auch für diese oppositionellen Konservativen zumeist noch ein langer Weg. Welches dann ihre Ziele waren, sei hier nur angedeutet. Wir werden darauf noch an anderer Stelle zurückkommen. William L. Shirer hat sie so beschrieben:

«Die meisten Widerstandsführer, von Haus aus konservativ und schon bei Jahren, dachten zunächst einmal an die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie. Nur konnten sie sich lange Zeit nicht darüber einig werden, welchen Hohenzollernprinzen sie auf den Thron erheben wollten. Popitz, einer der führenden Zivilisten in der Verschwörung, wünschte den Kronprinzen, der aber für die meisten anderen Anathema war. Schacht trat für Prinz Wilhelm, den ältesten Sohn des Kronprinzen, ein, Goerdeler hingegen für Prinz Oskar von Preussen, den jüngsten der noch lebenden Söhne Wilhelms II. In einem Punkte waren alle einer Meinung: Nicht in Frage kam der vierte Sohn des Kaisers, Prinz August Wilhelm, genannt ‚Auwil‘, da er fanatischer Nationalsozialist und SA-Gruppenführer war. Bis zum Sommer 1941 indes verständigte man sich mehr oder weniger darüber, dass Prinz Louis-Ferdinand, der zweite und nach dem Tod von Prinz Wilhelm der älteste Sohn des Kronprinzen, der geeignete Thronkandidat sei ... Hassell hatte schon im Jahr vorher nach Beratung mit General Beck, Goerdeler und Popitz ein Programm für eine Übergangsregierung skizziert ... Das Ganze lief so ziemlich auf eine autoritäre Regierungsform hinaus ... »

Selbst bei der kleinen Minderheit der alten Geld- und Machtelite, die moralisch oder weitsichtig genug war, Hitler stürzen zu wollen, ging es den meisten offenbar, bewusst oder unbewusst, um die Wiederherstellung eines Zustands, der der alten Oberschicht ihren Einfluss, ihren Besitz und ihre Privilegien garantierte. Dies ist zwar nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die grosse Mehrzahl der Verschwörer den monarchistisch-deutschnational gesinnten Kreisen des preussischen Adels und des Grossbürgertums entstammte; sie selbst oder doch ihre Väter hatten

noch den Hohenzollern als Offiziere, hohe Verwaltungsbeamte, Diplomaten oder Richter gedient, und Demokratie war ihnen gleichbedeutend mit Disziplinlosigkeit, Anarchie und dem Übergang der Herrschaft auf futterneidische Plebejer. Aber es bleibt doch erstaunlich, dass sie aus der zweimal binnen dreier Jahrzehnte katastrophal gescheiterten Politik ihrer Kaste keine besseren Lehren zu ziehen vermochten . . .

Das wirft die Frage auf, ob es denn nicht ausserhalb Preussens deutsche Eliten mit demokratischeren Traditionen gab, die zu einem weniger reaktionären Widerstand hätten imstande sein können.

Die «Musterländle»: Baden-Württemberg, Hamburg, Bremen

«Was ist Vaterland? Ich bin das Vaterland!» So lautete die wütende Antwort Herzog Karls II. Eugen an eine Abordnung aus Tübingen, die ihm, dem Landesherrn, «die Noth des Vaterlandes ans Herz legen» sollte. Sodann liess der Herzog das ihm allzu aufsässig erscheinende Tübingen von zwei Regimentern besetzen, die Einwohnerschaft mit «Massakrieren und Totschiessen» bedrohen, den Oberamtmann Huber sowie ein Dutzend der angesehensten Bürger des Städtchens als Gefangene auf die Festung Hohenasperg bringen und schliesslich die Steuer, um die es ging, mit brutaler Gewalt eintreiben.

Dies geschah 1764 in Württemberg, das eine damals für ganz Deutschland vorbildliche Verfassung hatte, und es war nur ein Glied in einer langen Kette von Schikanen, mit denen die Herzöge jahrhundertlang das Volk drangsaliert und ihrer Verachtung aller verbrieften Rechte der Bürger Ausdruck verliehen hatten.

1514 war der ebenso prunk- wie streitsüchtige Herzog Ulrich, der ein Jahrzehnt zuvor sechzehnjährig die Regierungsgewalt übernommen hatte, gezwungen gewesen, den württembergischen Ständen, die ihm beim Aufstand des «Armen Konrad» zu Hilfe gekommen waren, als Gegenleistung eine Art Verfassung zu gewähren, die seiner Willkür Grenzen setzen sollte. Er musste ihnen zugestehen, dass künftig ohne ihre Zustimmung kein Herzog von Württemberg mehr einen Krieg beginnen, Staatsgebiet verpfänden, Steuern erhöhen oder vermehren und jemanden ohne Urteil und Recht bestrafen dürfte. Dafür übernahmen die Stände auch noch die Schulden des jungen Herrn in der stattlichen Höhe von fast einer Million Gulden. Doch schon im Jahr darauf brach Herzog Ulrich sein Versprechen, indem er den Ehemann seiner Geliebten, Hans von Hutten, «ohne Urteil und Recht» bestrafte, nämlich ihn eigenhändig niederstach und dann an einem Baum erhängte ...

Er und seine Nachfolger missachteten überhaupt die den Ständen eingeräumten Rechte auf jede nur erdenkliche Weise. Ulrichs Neffe, Herzog Friedrich I. (1593 bis 1608), regierte fast unumschränkt und nötigte den Ständen unter Anwendung brutaler Gewalt masslose Steuererhöhungen ab, mit deren Hilfe er den enor-

men Geldbedarf seiner zahlreichen Mätressen befriedigte. Unter Herzog Eberhard Ludwig (1677 bis 1733), der im zarten Alter von 9 Monaten Souverän von Württemberg wurde und mit 16 Jahren die Regierung übernahm, erreichte die Mätressenwirtschaft ihren Höhepunkt. Ein mecklenburgisches Fräulein von Graevenitz, später «die Landverderberin» genannt, übernahm de facto und bald auch de jure die Regierungsgeschäfte: sie selbst, ihr Bruder, dessen jüngster Sohn sowie zwei ihr treu ergebene Räte bildeten gemeinsam das Geheime Kabinett, das die höchste Aufsicht über alle Finanz-, Justiz- und Verwaltungsangelegenheiten führte. Gegen Zahlung von über 20'000 Gulden wurden Wilhelmine von Graevenitz und ihr Bruder vom Kaiser in Wien in den Reichsgrafstand erhoben; gleichzeitig schenkte der verliebte Herzog seiner Freundin, mit der er sich hatte trauen lassen, obwohl er verheiratet war, das schöne Schloss Stetten sowie die Herrschaften Welzheim, Brenz, Waibelhueb, Freudenthal, Ober-Limpach und etliche weitere Güter. (Der letzte Graf Graevenitz, Freiherr von Welzheim, Waibelhueb, Ober-Limpach usw., ist übrigens erst 1966 verstorben . . .)

Zwanzig Jahre lang herrschte die Graevenitz über Württemberg. Ihretwegen wurde als neue Residenz Ludwigsburg erbaut und dort eine ungeheure Pracht entfaltet, während das Land verarmte und die Schwaben zu Tausenden nach Amerika auswanderten. Erst 1731 gelang der Anti-Graevenitz-Partei unter Führung des Generals Graf Wittgenstein der Sturz der alternden Favoritin; ihre Nachfolge als Mätresse des Herzogs konnte die junge Ehefrau des Generals, Gräfin Friederike Wilhelmine Wittgenstein, antreten. Zwei Jahre später starb Herzog Eberhard Ludwig nach vierzigjähriger Regierungszeit, in der Land und Volk ausgeplündert, die Rechte der Stände mit Füßen getreten worden waren.

Unter dem nächsten Herzog, Karl Alexander (1733 bis 1737), wurde es keineswegs besser, eher noch schlechter, doch richtete sich der Groll des Volkes vornehmlich gegen den Finanzberater des neuen Herzogs, «Jud Süß» Oppenheimer, obschon dieser nur die Wünsche des Fürsten erfüllte. Besonders übel nahmen die Bürger dem sehr arroganten «Jud Süß», dass er, neben einer Vielzahl von anderen Liebesaffären, auch eine Liebschaft mit der Herzogin, einer Tochter des Fürsten von Thurn und Taxis, hatte. Das wog schwerer als ein geplanter Staatsstreich, bei dem die Vertre-

tung der Stände aufgelöst, alle Mitglieder verhaftet, die Anführer hingerichtet und sämtliche Rechte der Bürger beseitigt werden sollten. Alles war schon vorbereitet, da starb der Herzog plötzlich. Sein ältester Sohn, Karl Eugen, der bis 1793 regierte, wurde sein Nachfolger, zunächst unter der Vormundschaft eines älteren Verwandten, der sogleich dem «Jud Süß» den Prozess machen und ihn dann hinrichten liess. Der junge Herzog aber, der bald selbst die Regierung übernahm, führte die alte Mätressenwirtschaft wieder ein. «Er legte eine Art Serail an, für das die Schönheiten des Landes zu Hunderten requiriert und oft mit ungeheuren Summen bezahlt wurden», berichtet der Hofchronist Eduard Vehse. «Für Fräulein von Wimpffen, die Schwester seines Generaladjutanten, wurde ein jährliches Gehalt von 22'000 Gulden bezahlt. Sie heiratete zum Scheine, wie seinerzeit die Graevenitz, einen willigen Kammerherrn von Königsegg ... »

Noch kostspieliger als der amouröse Ehrgeiz des Herzogs waren seine militärischen Ambitionen: Er vergrösserte die Armee seines kleinen, nur 600'000 Einwohner zählenden Landes auf 17'000 Mann und vermehrte die Offiziersstellen auf ein Vielfaches des üblichen. Gelegentlich verkaufte Karl Eugen auch seine Regimenter, meist an die Franzosen, später auch an die Holländer, die mit den Württembergern Kolonialkriege führten. Aus den Erlösen dieses Menschenhandels finanzierte der Herzog rauschende Feste, den Bau immer neuer Lustschlösser und vor allem die ständige Ergänzung seines Harems, den eine Zeitlang Giacomo Casanova beliefern durfte. «Noch schlimmer als diese Launen des fürstlichen Ehrgeizes und der fürstlichen Sinnenlust», berichtet Vehse, «waren ... die Launen der Gewalttätigkeit und der Willkür. Er behandelte alle in seinem Lande wie seine geborenen Sklaven von den Bauern an, die ihm, wenn gerade kein Schnee lag, solchen zur Schlittenfahrt nach Stuttgart hereinfahren mussten, bis herauf zu seinen Geheimen Räten und Ministern. Dass die Bauern schwer der Schuh drückte, ergab das Faktum, dass 1757 ihrer wieder 6'000 nach Amerika aus wanderten ... » Das entsprach dem Verlust von einem Prozent der Landesbevölkerung in einem Jahr!

Ausser unter der Fron und der harten Besteuerung, litten die schwäbischen Bauern vor allem unter den Aushebungen und den damit zusammenhängenden Massnahmen. «Bei den Zwangswerbungen ward ohne alle Schonung verfahren», heisst es bei Vehse, «man nahm den Witwen die einzigen Söhne, holte die Leute unter

dem Gottesdienste aus den Kirchen heraus, und zwang die so ‚ge-
worbene‘ Mannschaft durch Hunger und Gefängnis, ihre Kapitulationen zu unterschreiben. Einmal befahl der Herzog die Wegnahme aller Dienstknechte mit dem zuversichtlichen Anfügen, dass sie ihrem Landesherrn gewiss lieber dienen würden als Privatpersonen. Um das Entkommen der zwangsweise Ausgehobenen zu verhindern, wurde befohlen, dass die Nachtwächter in den Nebenwegen längs der Dörfer alle Nächte streifen mussten. Wenn Alarm gemacht wurde, hatte die aufgerufene Gemeinde augenblicklich alle Strassen, Brücken, Nebenwege und Fussstege zu besetzen und wenigstens 24 Stunden lang besetzt zu halten. Wegen eines einzigen Ausreissers hatte in solchen Fällen Tübingen 106, Herrenberg 92, Böblingen 101, Besigheim 48 Mann auszuschicken. Der kleine, aus fünfzig Familien bestehende Ort Dachtel stellte in einem Jahr 1‘488 Mann auf die Alarmplätze. Nicht selten verloren beim Widerstande bewaffneter Ausreisser arme Familienväter Leben oder Glieder. Derjenige Ort aber, auf dessen Gemarkung ein Deserteur nicht aufgehalten wurde, musste einen Mann von der Grösse des Entwichenen stellen ... Wer einen Ausreisser aufnahm oder auch nur nicht anzeigte, wurde für sich und alle die Seinigen des Bürgerrechtes beraubt und ohne weiteren Prozess ins Zuchthaus gebracht, um daselbst unter wiederholtem ‚Willkomm‘ (Stockschläge) zu harter Arbeit angehalten zu werden. Dieser Befehl musste alle Monate von der Kanzel verkündigt werden ... »

Doch nicht bloss Bauern und Knechte waren die Opfer der herzoglichen Willkür. Als Karl Eugens engster Freund und militärischer Ratgeber, Oberst Philipp Friedrich Rieger, von den Verwandten des Herzogs beschuldigt wurde, mit Preussen konspiriert zu haben, schlug ihn Karl Eugen ohne vorherige Anhörung mit einem Knüppel eigenhändig nieder und liess ihn auf dem Hohenasperg in einen unterirdischen Käfig sperren, wo Rieger, ohne Prozess, fünf Jahre lang als Strafgefangener gehalten wurde. Ein anderer enger Freund des Herzogs, der Gelehrte Johann Jakob Moser, fiel in Ungnade, als er dagegen Protest erhob, dass Karl Eugen sich der Landschaftskasse unter Einsatz von 6‘000 Mann Truppen gewaltsam bemächtigte und damit Raub und Verfassungsbruch in einem beging. Auch Moser kam daraufhin ohne Prozess in Haft und verbrachte fünf Jahre als Gefangener auf dem Hohentwiel.

Das dritte und berühmteste Opfer des Herzogs aber war der Dichter Daniel Schubart. Er, der sich enthusiastisch für Menschen-

würde und Menschenrecht eingesetzt hatte, wurde auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs heimlich aus Ulm entführt, auf württembergisches Gebiet gebracht und ohne Prozess mehr als zehn Jahre lang auf der Festung Hohenasperg gefangengehalten. Erst nach drei Jahren erhielt er Erlaubnis, an seine Frau zu schreiben, doch sehen durfte er weder sie noch seine Kinder. «Man hat mich nie verhört, mir auch nie gesagt, was ich getan haben sollte, nur schützte man immer meine Besserung an Leib und Seele vor», so schrieb Schubart nach langen Jahren der Haft an seinen Bruder. «Wie abscheulich! Einen einschliessen, auf faules Stroh werfen, ihm mit einer Kette drohen und für Hungersterben zu essen zu geben – damit er gesund werde! Einen so lange quälen, dass er an Gottes Erbarmung zweifeln möchte – damit er fromm werde! Nein, so etwas hat noch keinem Prinzen geträumt, von dem hochseligen Nero an bis auf den jüngsten Erdentyrannen!»

Rieger, Moser und auch Schubart erlangten schliesslich wieder ihre Freiheit, weil sich auswärtige Mächte und die bedeutendsten Persönlichkeiten im Reich für sie verwandten; viele tausend namenlose Opfer der herzoglichen Willkür aber starben in den Gefängnissen, ohne je auch nur verhört worden zu sein. Die lähmende Angst, die Karl Eugen so um sich verbreitete, störte ihn nicht im Geringsten bei seinen Vergnügungen, ja, machte ihm diese überhaupt erst möglich. Sein Geldbedarf hatte die Finanzkraft des Landes längst überstiegen, und nur durch blutigen Terror liess sich das Steueraufkommen weiter erhöhen. Dabei und beim Aushecken immer neuer Methoden zur restlosen Auspressung des Landes half dem Herzog seine ergebenste Kreatur, Friedrich Samuel Graf von Montmartin, den Friedrich von Schiller in der Gestalt des Präsidenten in ‚Kabale und Liebe‘ porträtiert hat.

Montmartin entstammte einer aus Frankreich nach Berlin geflüchteten Hugenottenfamilie. Er kam als Page an den markgräflichen Hof von Bayreuth, machte dort Karriere und wurde 1748 Gesandter Bayreuths beim Reichstag in Regensburg. Hier liess er sich von österreichischen Diplomaten bestechen, wurde ein wichtiger Informant des Wiener Hofes und trat heimlich zum Katholizismus über. 1756 beim Ausbruch des Siebenjährigen Krieges entschied er mit seiner Stimme – und natürlich entgegen seinem Auftrag, denn Bayreuth war mit Preussen aufs Engste verbündet – die

Kriegserklärung des Reiches gegen den «Marquis von Brandenburg», wurde dafür von Maria Theresia in den Reichsgrafenstand erhoben und mit wärmster Empfehlung der Kaiserin von Herzog Karl Eugen zum Staats- und Kabinettsminister ernannt.

Als württembergischer Minister hatte Montmartin die Aufgabe, dem Herzog mehr Geld zu beschaffen – wie, das war seine Sache. «In den Jahren 1758 bis 1765», berichtet Vehse, «wurden ausser den verfassungsmässigen Steuern, ausser den Frohnen und Quartierlasten und ausser dem Gewinn, der vom Ämterhandel gemacht wurde, 6'336'469 Gulden von dem Lande erpresst, teils an gewaltsamen Vorschüssen, teils aus geradezu mit Gewalt weggenommenen Geldern. Der persönliche Zuschuss, den der Herzog aus der Landeskasse erhielt, betrug im Jahre 1752 noch 220'000; zehn Jahre darauf war er auf 1'621'868 Gulden gesteigert worden. Die Steuern wurden aufs Dreifache erhöht. Man machte Zwangsanleihen bei den Beamten, die die Last wieder auf die Ämter und Gemeinden abwälzten. Daneben wurden die verderblichsten Lieferverträge abgeschlossen» (wobei die Ware, um die es ging, Landeskinder waren, die als Kanonenfutter an fremde Mächte verkauft wurden).

Im Jahre 1762 errichtete Graf Montmartin eine «Herzoglich württembergische gnädigst privilegierte grosse Lotterie» mit so minimalen Gewinnchancen, dass die Lose den Gemeinden, Zünften, frommen Stiftungen und sogar den Ständen «anbefohlen» wurden, denn niemand wollte sie freiwillig kaufen. Im Frühling 1764 folgte Montmartins stolzestes Werk: eine zusätzliche allgemeine jährliche Einkommensteuer, die – gegen den Protest der Stände – von jedermann, ausnahmslos, eingetrieben und deren geschätztes Aufkommen im Voraus verpfändet wurde.

Die Missstände in Württemberg nahmen solche Ausmasse an, dass auswärtige Mächte, an der Spitze Preussen, den Kaiser um Intervention baten. Die Sache zog sich dann, wie alle Reichsangelegenheiten, über viele Jahre hin, aber schliesslich erschien dann doch eine kaiserliche Kommission. Sie soll rund zwölf Millionen Gulden Schulden vorgefunden haben.

Da die Kassen leer, die Bürger und Bauern am Ende ihrer Kraft waren, musste Karl Eugen notgedrungen einen Vergleich mit den Ständen schliessen, ihre alten Rechte anerkennen und seinen Liebling Montmartin, zumindest pro forma, entlassen. Der Graf blieb aber auch weiterhin des Herzogs engster Ratgeber, doch war er

vorsichtig genug, sein gewaltiges, in den Jahren seiner Amtszeit zusammengerafftes Vermögen ausserhalb Württembergs anzulegen. 1773 zog er sich auf sein Schloss Thürnhofen bei Dinkelsbühl zurück und starb bald darauf, wie Friedrich Karl von Moser, der älteste Sohn des vom Herzog jahrelang eingekerkerten Gelehrten, in seinem Tagebuch vermerkt hat, «verflucht vom Land, verachtet von ganz Deutschland, unter marternden Gewissensbissen und schweren körperlichen Schmerzen, als wenn er am Strick des Henkers erwürgt worden wäre». Die Millionenerbschaft fiel seiner einzigen Tochter, Louise, zu, und als diese dann den Grafen Eckbrecht von Dürckheim heiratete, fügte der Ehemann aus Dankbarkeit gegenüber dem verstorbenen Schwiegervater dessen Namen dem seinen an und nannte sich fortan Graf von Dürckheim-Montmartin. Das unter diesem Namen noch heute in drei Linien blühende Grafenhaus fanden wir bereits unter den Millionären des Königreichs Bayern von 1913 verzeichnet und in der Kammer der Reichsräte vertreten. Der Grossgrundbesitz der Familie ist bis in die Gegenwart hinein erhalten geblieben.

Nach Montmartins Entfernung vom Stuttgarter Hofe kam dort ein neuer Klüngel zur Macht: die Gräfin Hohenheim und das Ehepaar Bühler. Franziska von Hohenheim, die neue Mätresse und bald dann zweite Ehefrau des Herzogs, die dieser einem Herrn von Leutrum, mit dem sie verheiratet war, kurzerhand abgenommen und durch Zahlung der erforderlichen Summe an den Kaiser zur Gräfin gemacht hatte, wurde ein sehr günstiger Einfluss auf Karl Eugen nachgerühmt, und man hat sie später zur gütigsten Landesmutter verklärt. Verglichen mit den früheren Günstlingen Karl Eugens und seiner Vorgänger mag sie wirklich ein Engel gewesen sein, doch niemand kann behaupten, dass sich die Verhältnisse deshalb grundlegend verbesserten. Gewiss, der Herzog gelobte seinen getreuen Untertanen, dass «alle die Jahre, die Gott Uns noch zu leben fristen wird, zum wahren Wohl Unserer getreuen Untertanen angewendet werden sollen ... Württembergs Glückseligkeit soll also von nun an und auf immer auf der Beobachtung der ächtesten Pflichten des getreuen Landesvaters gegen seine getreuen Untertanen und auf dem zärtlichen Zutrauen und Gehorsam der Diener und Untertanen gegen ihren Gesalbten beruhen ...»; auch wurde das «landesverderbliche Lotto», das Montmartin eingeführt hatte und in das sogar öffentliche Gelder geflossen waren, unverzüglich abgeschafft, um, wie es hiess, «diesem zu fast uner-

setzunglich schlimmen Ausbrüchen bereits angestiegenen Unwesen gnädigst gerechtesten Einhalt zu tun». Die Stände waren darob so gerührt, dass sie dem guten Herzog spontan «ein Dongrattuit» von 500 Goldstücken spendeten.

Indessen erlaubte «die Beobachtung der ächtesten Pflichten des getreuen Landesvaters» diesem schon sehr bald die Wiedereinführung des so einträglichen Lotterie-»Unwesens«. Und das «gute Franzele», wie die Gräfin Franziska Hohenheim genannt wurde, verhinderte nicht, dass die Kanonenfutter-Exporte weitergingen. Noch 1787, zwei Jahre vor dem Ausbruch der Revolution in Frankreich, verkaufte Karl Eugen das später berühmt gewordene «Kap-Regiment», das Schubart besungen hat und von dem nur einige wenige Überlebende zurückkehrten, an die Niederländisch-Ostindische Companie. Für sein «Franzele» baute er Palais und Lustschlösser, darunter Hohenheim, und er gab dafür das knapp gewordene Geld mit vollen Händen aus. Auch sein Lieblingsspielzeug, seine aus ausgesucht «langen Kerls» bestehenden Garden, behielt er und ergänzte die Regimenter ständig durch Zwangsaushebungen. Dennoch rühmte man die (vergleichsweise) zarten Hände, die Württemberg seit dem Weggang Montmartins regierten, in erster Linie die der Gräfin Hohenheim, sodann auch die des neuen Ministers und «Franzele»-Günstlings Bühler, der eine frühere Mätresse Karl Eugens geheiratet hatte und dafür Baron geworden war, sich nicht allzu sehr auf Kosten des Landes bereicherte und, vielleicht bloss aus Mangel an Schläue, auf boshafte Ränke gegen die Stände verzichtete.

Nach Ausbruch der Revolution in Frankreich richtete sich auch in Stuttgart alles Interesse auf die Vorgänge in Paris. Und 1791 reiste Herzog Karl Eugen selbst dorthin; er wollte das Ungeheuerliche, das da vor sich ging, selbst in Augenschein nehmen, steckte sich dazu auch eine republikanische Kokarde an seinen Dreispitz und bemühte sich, nachdem er Mirabeau mit einer beträchtlichen Summe bestochen hatte, sein französisches Besitztum Mömpelgard (Montbéliar) an die Revolutionsregierung zu verkaufen. Es gelang ihm jedoch nicht; die Franzosen vereinnahmten die württembergische Exklave ohne Gegenleistung.

Immerhin bewogen die Eindrücke, die Karl Eugen auf seiner Frankreichreise gesammelt hatte, ihn und seine Regierung zu allergrösster Vorsicht. Man beschloss, weder französische Emigran-

ten aufzunehmen noch sich, wie etwa Kurfürst Karl Theodor von Bayern, an der in den deutschen Kleinstaaten beginnenden Verfolgung von «demokratischen Demagogen» zu beteiligen. Der Herzog bestrafte nicht einmal die Eleven seiner berühmten Karlsschule, als sie einem Bourbonenprinzen, der ihnen auf der Durchreise einen Besuch abstattete, anstatt Artigkeiten, «sehr expressive Stellen aus der Marseillaise und Zitate aus den Reden Robespierres» aufsagten.

Bald nach diesem Vorfall, im Oktober 1793, starb Herzog Karl Eugen nach fast fünfzigjähriger Regierung. Er hinterliess eine Vielzahl von illegitimen Sprösslingen, aus denen er eigentlich noch ein Leibgarderegiment hatte bilden wollen, jedoch keinen ehelichen Nachkommen. So kamen nacheinander seine jüngeren Brüder an die Reihe, doch sie regierten jeder nur etwa anderthalb Jahre lang, ehe auch sie starben, und 1797 wurde ein Sohn des jüngsten Bruders von Herzog Karl Eugen, Friedrich, der vierte Throninhaber innerhalb eines halben Jahrzehnts.

Dieser neue Herzog Friedrich hatte zuvor erst in preussischen, dann in russischen Diensten gestanden. Zuletzt war er Statthalter der Zarin Katharina II. in Cherson gewesen. Diese Vorbildung hatte ihn, bei schon vorhandenen Anlagen, zu einem grausamen und brutalen Despoten werden lassen. Nun wollte er auch Württemberg so regieren wie das Zarenreich, ohne zu bedenken, dass – wie es die ‚Edinburgh Review‘ im Hinblick auf seinen Regierungsantritt ausdrückte – «ein deutscher Zwergtyrann nur jenen winzigen Teufelchen Rabelais’» gleicht, die «nichts weiter vermögen, als ein Unwetter über einem Petersilienbeet zu erregen».

Mit Kaiser Franz von Österreich und Zar Paul von Russland zu Schwägern sowie einer Tochter des geisteskranken Königs Georg III. von England und Hannover zur (zweiten) Frau, fühlte sich Herzog Friedrich dazu verpflichtet, der Koalition gegen Frankreich beizutreten. Als seine Minister ihm davon abrieten und eine Politik der strikten Neutralität empfahlen, warf er sie kurzerhand hinaus. Neuer Premierminister wurde ein Mecklenburger, der im Kreis der «lustigen Räte», wie das Volk jenen Kreis junger Günstlinge nannte, die Friedrichs Liebhaber waren, eine bevorzugte Stellung einnahm. Sein Name war Johann Karl von Zepelin.

Sodann wurde der Landtag, der für den Krieg gegen Frankreich kein Geld bewilligen wollte, kurzerhand aufgehoben. Als darauf-

hin die Stände einen Abgesandten zum Kaiser nach Wien schicken, um Klage gegen diesen Verfassungsbruch zu erheben, liess Herzog Friedrich diesen von der Wiener Polizei verhaften, an die württembergischen Gendarmen ausliefern und auf den Hohenasperg bringen.

Inzwischen hatte er den Krieg gegen Frankreich begonnen, richtiger: beginnen lassen, denn er selbst blieb in Ludwigsburg zurück, feierte mit seinen «lustigen Räten» ein Fest nach dem anderen und verliess sich darauf, dass seine und die mit ihm verbündeten Armeen den Sieg über die *Sansculotten* erringen würden. Doch im Herbst 1799 kehrte General Bonaparte aus Ägypten zurück, wurde Erster Konsul und gab dem Krieg eine neue Wendung. Er eroberte Italien zurück und liess Moreau, der 1796 schon einmal in Württemberg eingefallen war, abermals über den Rhein vorrücken. Im Juli 1800, als die Truppen Moreaus vor Stuttgart und Ludwigsburg erschienen, ergriff Friedrich die Flucht. Unter Mitnahme des Staatsschatzes rettete er sich und seine Mignons nach Erlangen, wobei es in Stuttgart zu einem Volksaufuhr gegen ihn kam, und in den folgenden Monaten stritt er sich aus der Ferne mit den Ständen über die Frage, wer die dem Land von der französischen Besatzungsmacht auferlegte Kontribution in Höhe von 6 Millionen Gulden zu bezahlen hätte. Er bestand darauf, dass das Geld nicht von ihm, sondern von den Ständen aufzubringen wäre, und am Ende zahlten wirklich die Bürger Württembergs. Friedrich führte unterdessen Verhandlungen mit dem Zaren, dem Kaiser und mit Talleyrand, wobei er dem Minister Napoleons und dessen engsten Mitarbeitern gewaltige Geldsummen zufließen liess. Das trug seine Früchte: Im Mai 1801 konnte er wieder nach Ludwigsburg zurückkehren, und 1803 erhielt er durch den «Reichsdeputationshauptschluss» die Kurfürstenwürde und eine Gebietsverweiterung auf Kosten der ehemals selbständigen Reichsstädte und Abteien, die ihm 110'000 neue Untertanen brachte. Seine erste Amtshandlung als Kurfürst war die Verleihung des württembergischen Grafenstandes sowie des Reichsbanneramts an den minderjährigen Sohn seines 1801 verstorbenen Ministers und Busenfreundes Zeppelin. (Die Grafen Zeppelin auf Aschhausen und Buchhof gehören noch heute zu den Grossgrundbesitzern und Industriemagnaten Baden-Württembergs; Hella Gräfin Zeppelin, die 1879 geborene Tochter des Grafen Ferdinand, der das nach ihm benannte starre Luftschiff baute, heiratete 1909 Karl Alexander Graf Branden-

stein, der sich mit königlich württembergischer Genehmigung fortan «Graf von Brandenstein-Zeppelin» nannte und dessen Nachkommen die Burg Brandenstein im Kreis Schlüchtern, Schloss Mittelbiberach bei Biberach an der Riss sowie die rund 17'000 Beschäftigte zählende Zahnradfabrik Friedrichshafen AG gehört.)

1805 brach der dritte Krieg zwischen Österreich und Frankreich aus. Friedrich wollte neutral bleiben und sträubte sich zunächst sehr gegen ein Bündnis mit Napoleon. Doch dann kam dieser selbst nach Ludwigsburg und zeigte sich vor allem tief beeindruckt von Kurfürst Friedrichs ungeheurer Leibesfülle. Er äusserte seinem Gefolge gegenüber, offenbar habe die Natur an diesem Fürsten zeigen wollen, wie weit sich die menschliche Haut ausdehnen lasse. Alsdann zwang er den dicken Kurfürsten zu einem Bündnis und gab ihm, im Hinblick auf den zu erwartenden Widerstand der württembergischen Stände gegen diesen Verrat am Kaiser und den damit verbundenen Ausgaben, den von Friedrich gern befolgten Rat, die «Kerls» einfach zum Teufel zu jagen. Sechs Wochen später siegte Napoleon bei Austerlitz und zwang den Kaiser zum Frieden von Pressburg. Kurfürst Friedrich wurde bei dieser Gelegenheit souveräner König von Württemberg, wenn auch nur von Napoleons Gnaden. «Er genoss von da an», schrieb die «Edinburgh Review» zehn Jahre später, «die hohe Auszeichnung, der kleinste König Europas zu sein, und man verstattete ihm, am äussersten Ende der Königsbank niederzukauern ... » Für die Württemberger war die Sache nicht so lustig: Friedrich schaffte sofort die Stände und den Landtag ab, erliess eine Flut von neuen Gesetzen und Verordnungen, verbot den Untertanen jeglichen Waffenbesitz, auch jede Versammlung, schuf ein Polizeiregime mit eigener Gerichtsbarkeit, wobei er alle verhängten Strafen dann noch selbst verschärfte, ernannte alle seine Günstlinge zu Grafen und Baronen, wogegen er den alten Adel und zumal die «mediatisierten», ehemals selbständigen Standesherrn nach allen Regeln der Kunst schikanierte und ausplünderte. «Es war eine schwere Bussstation», bemerkt dazu Vehse, «in der die Mediatisierten, zu denen die Fürsten Hohenlohe, Löwenstein, Fürstenberg und Waldburg sowie die Grafen Waldeck-Limpurg, Quadt-Isny und Schaesberg gehörten, auszuharren hatten. Sie mochten, der an ihren eigenen armen Untertanen verübten Härten und Bedrückungen gedenkend, des Spruches inne werden, dass

der Herr gerade mit dem straft, womit man gesündigt.» Der alte Adel litt indessen nur an seinem Stolz sowie an seinem Vermögen; das Volk hingegen musste enorme Opfer bringen, denn das kleine Württemberg hatte Napoleon immer neue Truppenkontingente zu stellen, und von den zwangs rekrutierten Soldaten kehrten nur wenige zurück.

König Friedrich entwickelte sich zu einem glühenden Verehrer Napoleons, gab seine Tochter dessen jüngstem Bruder, Jerome, zur Gemahlin, trat dem Rheinbund bei und passte die ganze innere Struktur Württembergs dem französischen Vorbild an. Seinen Hofstaat erweiterte er so enorm, dass beispielsweise schliesslich 293 Kammerherren vorhanden waren. Auch importierte er – in Sammeltransporten – ausländische, vornehmlich mecklenburgische und pommerische Junker zur Vermehrung des einheimischen Adels. Nach dem Tode des Grafen Zeppelin wurde dessen Schwiegersohn, Graf Taube, ein dunkler Ehrenmann baltischer Herkunft, als Friedrichs Polizeiminister der gefürchtetste Mann im Lande. Ein weiterer Vertrauensmann des Königs war Philipp Christian von Normann, ein aus Pommern stammender Krautjunker, der Innenminister, Besitzer der Herrschaft Ehrenfels und 1806 Graf Normann-Ehrenfels wurde. Den stärksten Einfluss auf den König aber hatte sein um 22 Jahre jüngerer Geliebter Karl Dillenius, ursprünglich Stallbursche, der 1806 geadelt, 1812 Baron und 1818 Graf wurde. Dieser Graf Dillen, wie er sich dann nannte, erhielt die Obersthofmeister- und Oberhofintendanten-Würde, wurde von Friedrich ausserdem, obwohl er nie Soldat gewesen war, zum Generalleutnant ernannt und mit dem höchsten Militärverdienstorden ausgezeichnet.

Einer seiner Höflinge, General von Wolzogen, schrieb in seinen Erinnerungen über das Leben am württembergischen Hof: «Mein Dienst beschränkte sich eigentlich darauf, alle Tage gut zu essen und zu trinken und mittags 1 bis 3 Uhr sowie abends $\frac{1}{2}$ 7 bis 10 Uhr den Angenehmen zu spielen. Das Leben in Ludwigsburg, wo der Hof den grössten Teil des Sommers zubrachte, war fast noch widerwärtiger als das in Stuttgart, weil man, da die Adjutanten im Schlosse wohnen mussten, durch den beständigen Verkehr mit dem Hofe in seinem Umgänge eigentlich lediglich auf die Günstlinge des Königs beschränkt war, und diese ihre Roheiten und Gemeinheiten offen zur Schau tragen durften, was namentlich von

dem ganz ungebildeten ersten Mignon General von Dillen gilt ... »
«Der Hof verschlang jährlich Millionen», weiss Vehse zu berichten. «Zu diesen Millionen kamen nun noch die Millionen, die das Militär schluckte. Denn der König hielt nicht nur eine zahlreiche und höchst kostspielige Leibwache, sondern er trieb auch das Soldatenwesen unnötigerweise aufs Höchste. Feldmarschälle waren drei angestellt. Die Garden waren nicht weniger als 6 Regimenter ... »

Zu den Hauptvergnügen des dicken Königs und den schlimmsten Plagen seines Landes zählte die Jagd. Da Majestät zu korpulent war, das Waidwerk auf gewöhnliche Weise auszuüben, musste das Wild für ihn zusammengetrieben und so lange bewacht werden, bis der König zu kommen und es abzuschliessen geruhte. Tausende von Bauern waren so oft wochenlang Tag und Nacht beschäftigt. In einem einzigen Oberamt wurden 21'584 Einwohner mit 3'237 Pferden zu solchen Jagddiensten gezwungen. Sie erhielten keinen Lohn, mussten sich selbst beköstigen und, was das schlimmste war, oft wochenlang warten. Und trotz aller Jagden nahm der Wildbestand von Jahr zu Jahr zu, der Wildschaden überhand. «Falls Sie Ihre Reise über Stuttgart nehmen», schrieb damals der russische General Phull an den Freiherrn vom Stein, «so werden Sie in einem für dieses deutsche Land interessanten Zeitpunkte eintreffen. Sie würden nämlich selbst sehen können, dass man auf den Feldern bei dem Dorfe Rohr, mitten in der Ernte, durch Hunderte von Bauern alles Wildpret meilenweit zu einem Jagen zusammentreibt, das Seine Majestät im Laufe des künftigen Monats auf einer Lustreise nach dem dem Grafen Dillen geschenkten Gute Däzingen im Vorüberreisen abzuschliessen gedenken. Oder auch könnten Eure Exzellenz die einem ackerbauenden Staate seltene Bemerkung erfahren, dass Seine Majestät ihr Allerhöchstes Augenmerk auch auf den Mist gerichtet und solchen nach Befund der Umstände schwer verpönt haben ... »

Den König ekelten Düngerhaufen so sehr, dass er anordnete, sie ausser Sichtweite der Strassen zu schaffen. Dagegen machte es ihm nichts aus, gelegentlich einen Bauern eigenhändig totzuschlagen, wenn dieser sein allerhöchstes Missfallen erregt hatte. Er meinte dann nur, es wäre Krieg; da müssten viele sterben.

Tatsächlich waren Württembergs Kriegs Verluste ausserordentlich hoch. Von dem Kontingent des Sommers 1812, das Friedrich

freiwillig auf 15'000 Mann erhöht hatte, kehrten nur einige Dutzend Invaliden zurück, was den König nicht davon abhielt, sogleich weitere 8'000 Soldaten zur Verstärkung der in Russland geschlagenen Armee Napoleons in Marsch zu setzen. Erst nach der Völkerschlacht bei Leipzig, 1813, nachdem die württembergischen Regimenter geschlossen zum Feind übergelaufen waren, wandte sich Friedrich von Napoleon ab und schloss sich der Koalition der gegen Frankreich verbündeten Mächte an. Und natürlich reiste er dann auch zum Kongress nach Wien, wo er aber recht unfreundlich aufgenommen wurde. «Der König von Württemberg», schrieb damals der Freiherr vom Stein, «ist von allen Fürsten allein in heftiger Aufregung, krank vor zurückgetretenem Stolz und Aufgeblasenheit, ohne Haltung und Mass. Es ist lächerlich zu hören, wie er sich bewegt, sich quält und seine Umgebungen plagt, die sich die erhaltenen Ohrfeigen bezahlen lassen, worüber sie mit ihm offene Rechnung auf Zeit haben. Man muss hoffen, dass endlich der Despotismus dieses kleinen Sultans zerstört, dass er verbunden werden wird, auf einer Linie zu bleiben, oder dass er sich entschliesst, vor Ärger zu bersten. Man sollte ihn nach der Insel Elba bringen, diese Tyrannen würden sich Possen zum Totlachen spielen ... »

Doch dank seiner engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Höfen von Wien, St. Petersburg und London entging Friedrich der Absetzung. Er behielt seine Souveränität und sein in der Napoleonischen Ära verdreifachtes Staatsgebiet. Seine Freude darüber war aber nur kurz: am 30. Oktober 1816 starb er ganz plötzlich, und sein Sohn Wilhelm, der 1812 das württembergische Russland-Kontingent – allerdings nur bis Wilna – begleitet hatte und nach der Schlacht bei Leipzig mit dem Kommando einer Heeresabteilung im Feldzug gegen Frankreich betraut worden war, wurde der nächste König von Württemberg.

Er entliess die Günstlinge seines Vaters, verminderte die üppige Hofhaltung, schränkte das Jagdunwesen ein und hob eine Reihe von schikanösen Anordnungen seines Vorgängers auf; aber die grossen Hoffnungen, die insbesondere die Liberalen in ihn gesetzt hatten, erfüllte er nicht. Er zwang den Ständen, die vergeblich die Wiederherstellung ihrer alten Rechte gefordert hatten, eine in ihren Grundzügen absolutistische Verfassung auf, und er folgte in späteren Jahren ganz der reaktionären Politik Metternichs. Immerhin stellte seine Regierung gegenüber der seines Vaters eine enor-

me Verbesserung dar, ohne dass man ihn deshalb preisen könnte. Er blieb zeitlebens das, was man damals einen «Gamaschenknopf» nannte, fühlte sich nur im Kreise von Offizieren wohl, liess die kostspieligen Prachtbauten seiner Vorgänger grossenteils abreissen und erwies sich in der Politik als wenig weitsichtig und sehr inkonsequent.

Nach seinem Tod im Jahre 1846 trat sein Sohn Karl die Regierung an. Auch er galt als Liberaler, verfolgte jedoch eine recht reaktionäre Politik in enger Anlehnung an Österreich, als dessen Verbündeter er 1866 am Krieg gegen Preussen teilnahm. Der kurze Feldzug, der für die Württemberger mit totaler Niederlage und Kapitulation endete, leitete den Untergang der landesherrlichen Souveränität ein. Schon fünf Jahre später musste König Karl, sehr gegen seine Neigung, an der Seite Preussens gegen Frankreich zu Felde ziehen; 1871 wurde Württemberg ein Bundesstaat des von Preussen beherrschten Deutschen Reiches. Der kränkliche König, der die meiste Zeit im Ausland verbrachte, überliess fortan das Regieren seinen Ministern. Das Land erhielt auch endlich eine Verfassung, wengleich eine eher ständische als wahrhaft demokratische: Es gab eine Erste Kammer, die sich ähnlich zusammensetzte wie die Kammer der Reichsräte in Bayern, sowie einen Landtag, in dem die Repräsentanten der Landkreise und der «guten Städte» ein starkes Übergewicht hatten, dagegen die neuen Industriebezirke vorsorglich schwach vertreten waren.

Daran änderte sich auch nichts, nachdem König Karl 1892 kinderlos verstorben war und sein wiederum als sehr liberal geltender Neffe Wilhelm den Thron bestiegen hatte. Dieser regierte als Wilhelm II. bis 1918, und das Land nahm während seiner Regierungszeit, wengleich ohne sein Zutun, einen gewaltigen Aufschwung. Die Minister wechselten nur ganz selten. Von 1876 bis 1900 war Hermann Freiherr von Mittnacht Ministerpräsident, Aussen-, Verkehrs- und zeitweise auch Justizminister. Es folgte, nach einem Zwischenspiel des Barons Schott von Schottenstein, der zuvor Kriegsminister gewesen war, die Ministerpräsidentenschaft Wilhelm August von Breitlings, der schon unter Mittnacht das Justizressort geleitet hatte. 1906 wurde dessen Aussen-, Kultus- und Verkehrsminister Karl Freiherr von Weizsäcker Premierminister und blieb in diesem Amt bis zum 9. November 1918. (Dessen

Sohn Ernst, 1882 bis 1951, verheiratet mit der Tochter Marianne des württembergischen Generals der Infanterie Friedrich von Graevenitz aus der Sippe der «Landverderberin», schlug die Diplomatenlaufbahn ein und wurde 1938 Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Joachim von Ribbentrop, 1947 wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und 1950 vorzeitig aus der Haft entlassen. Von seinen Söhnen ist der älteste, Carl Friedrich, als Physiker bekannt geworden, der während des Zweiten Weltkrieges an jenem Atomenergie-Projekt mitbastelte, das auf Weisung von Hitlers Rüstungsminister Albert Speer im Sommer 1942 zugunsten der Raketenforschung zurückgestellt werden musste; ein jüngerer Sohn, Richard Freiherr von Weizsäcker, war bis 1970 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, hatte führende Stellungen in der bundesdeutschen Wirtschaft inne, betätigte sich auch als Bankier, und zwar als persönlich haftender Gesellschafter des zur v. Finck-Gruppe gehörenden Bankhauses Waldthausen & Co, und ist seit 1969 Mitglied des Bundestags und des CDU-Präsidiums, wo er als enger Berater Rainer Barzels fungiert.)

Soweit in groben Umrissen und einigen markanten Details die Entwicklung Württembergs. Doch ehe wir Schlussfolgerungen daraus ziehen, etwa den Grad der Demokratisierung zu Zeiten der Monarchie oder die Chancen für eine Kontinuität der Macht und des Reichtums der alten Eliten betreffend, sei noch ein kurzer Blick auf Baden geworfen, Württembergs Nachbarland, mit dem es heute eine politische Einheit bildet.

Das ehemalige Grossherzogtum am rechten Ufer des Oberrheins, das als traditionell liberales «Musterländle» gilt, ist erst in der Napoleonischen Ära durch den Zusammenschluss einer Reihe von weltlichen und geistlichen Zwergstaaten entstanden; auch das bis 1918 regierende badische Herrscherhaus ist von relativ sehr jungem Adel und war erst 1830 auf den Thron gekommen. Dennoch müssen wir etwas weiter zurückgehen in der Geschichte, wenn wir die Berechtigung des badischen Anspruchs auf eine liberale Tradition überprüfen wollen.

Anfang des 16. Jahrhunderts wurden die badischen Lande unter Markgraf Christoph vereinigt. Von dessen Söhnen, die 1527 das Land zwischen sich wieder teilten, begründete der eine, Bernhard, die 1771 ausgestorbene Linie Baden-Baden, der andere, Ernst, die Linie Baden-Durlach. Die beiden Miniatur-Dynastien verfolgten

grundverschiedene Interessen: Baden-Baden wurde schon bald nach der Reformation wieder katholisch und folgte als Zwergsatellit der Politik des Wiener Hofes; Baden-Durlach hingegen blieb reformiert und unterstützte, zumal im Dreissigjährigen Krieg, die Sache der Protestanten.

Die baden-badischen Besitztümer fielen 1588 an die Nebenlinie Rodemachern, und bis 1600 herrschte Markgraf Eduard Fortunatus über Baden-Baden. Er war so verschuldet, dass er zunächst Land und Leute an die Fugger verkaufen wollte. Als der Handel nicht zustande kam, verlegte sich der Markgraf auf Falschmünzerei und Strassenraub. Später heiratete er ein Dienstmädchen namens Marie, doch den Söhnen aus dieser Verbindung versagte der in Baden-Durlach regierende Vetter die Anerkennung. Ein zur Vermeidung von Erbfolgestreitigkeiten unternommener Mordversuch an dem Durlacher Cousin scheiterte, und als Eduard Fortunatus sich im Vollrausch beim Sturz von einer Wirtshaustrappe das Genick brach, übernahmen die Durlacher die baden-badischen Lande und führten dort wieder die evangelische Konfession ein. Doch 1622, mitten im Dreissigjährigen Krieg, konnte Mariens Ältester als Markgraf Wilhelm I. das ihm fast dreissig Jahre lang vorenthaltene väterliche Erbe antreten, nachdem er zuvor dem Kaiser versprochen hatte, Baden-Baden wieder katholisch werden zu lassen. Diese Zusage hielt er ein, und alle Untertanen mussten – manche schon zum dritten Mal in ihrem Leben – den Glauben wechseln. Zur besseren Kontrolle rief er die Jesuiten ins Land und liess sie zwei Kollegien errichten.

Auf Markgraf Wilhelm II., der 1677 starb, folgte dessen Enkel, Ludwig Wilhelm, genannt «der Türkenlouis», der bis 1707 regierte und während seines Lebens 26 Feldzüge, 25 Belagerungen und 13 Feldschlachten anführte. Aus der reichen Beute, die er im Krieg gegen die Türken machte, verwendete er 12 Millionen Gulden für den Bau eines Schlosses in Rastatt. Sein Sohn Ludwig Georg, der bis 1761 regierte, war im Gegensatz zum Vater ein sehr friedfertiger Mensch. Brach ein Krieg aus, so versteckte er sich, obwohl er Generalfeldzeugmeister des Reiches war, sofort auf einem seiner Güter in Böhmen und kehrte erst nach Friedensschluss wieder in seine Residenz zurück. Da er keine Nachkommen hinterliess, wurde nach seinem Tode ein jüngerer Sohn des «Türkenlouis», August Georg, Markgraf von Baden-Baden. Dieser starb 1771, gleichfalls kinderlos. «Nach seinem Tode», berichtet Hof-

chronist Vehse, «fiel die Markgrafschaft Baden-Baden an die Linie Durlach. Die Schuldenlast des kleinen, in der letzten Zeit durch Verschwendung, Mätressen- und Hofschranzenwirtschaft sowie starke Bigotterie sehr herabgekommenen Ländchens übertraf fast den Wert der Erbschaft.»

Baden-Durlach hatte unter Markgraf Karl III. Wilhelm (1709 bis 1738) eine neue Haupt- und Residenzstadt erhalten. Sie war von Karl Wilhelm selbst entworfen und an ihm geeignet erscheinender Stelle errichtet worden. Den Mittelpunkt der Residenz bildete ein neues Schloss, wo alle Strassen des Städtchens strahlenförmig zusammenliefen, und dort hielt sich «der tolle Markgraf», wie er genannt wurde, 160 in schicke Husarenuniformen gekleidete «Gartenmägdelein», die unter der Kuppel des achteckigen Schlossturms hausen, ihren Herrn bedienen, bewachen, unterhalten und ständig begleiten mussten, natürlich auch des Nachts zur Verfügung zu stehen hatten – es gab 160 Klingelzüge am Bett des Markgrafen, für jedes «Gartenmägdelein» einen –, und das Ganze nannte sich «Karlsruhe».

Liselotte von der Pfalz spottet in einem Brief vom 15. Dezember 1718: «Ich habe von dem ridiculen Serail gehört, so der Markgraf von Durlach hält. Wie ich jetzt von unseren Deutschen, es seien Fürsten oder andere Herren, höre, so sind sie alle so närrisch, als wenn sie aus dem Tollhaus kämen ... »

Ausser seiner weiblichen Garde hielt sich Karl III. Wilhelm nur noch 400 Mann Miliz. Diese sehr vernachlässigte, in zerlumpten Uniformen die Bürger um Essen anbettelnde Truppe rekrutierte sich aus Untertanen des Markgrafen, die an den Zuständen Kritik geübt hatten. Vom Landesherrn war angeordnet worden, «jeden, der seine Zunge nicht zähmen könne, unter diese Miliz zu stecken, er sei wohl oder übel gestaltet ... »

Als der «tolle Markgraf» und Gründer von Karlsruhe 1738 starb, wurde sein erst zehnjähriger Enkel Karl Friedrich Nachfolger auf dem Thron von Baden-Durlach. Er war ein schüchterner Junge, der sich dann zu einem ängstlichen Pedanten entwickelte. Seine Lieblingsbeschäftigung war der Ankauf immer neuer Landgüter und deren sorgfältigste Bewirtschaftung, bei der er die Pfennigfucherei bis zum Exzess trieb. 1771 erbte er das hoch verschuldete Baden-Baden. Damit stieg die Gesamteinwohnerzahl seiner Territorien auf 160'000, sein Jahreseinkommen auf 1,2 Millionen Gulden. Immerhin trieb Markgraf Karl Friedrich mit seinen

Untertanen weder Soldaten- noch Diensthandel wie fast alle anderen zeitgenössischen deutschen Fürsten. Er schaffte auch die Folter und sogar die Todesstrafe ab, übte in religiös-konfessionellen Fragen Toleranz und bemühte sich um die Hebung des Bildungsstandes. Doch andererseits liess Karl Friedrich seinen eigenen Leibarzt Leuchsenring, einen würdigen älteren Herrn und Familienvater, der der Sympathie mit der 1789 im benachbarten Frankreich ausgebrochenen Revolution verdächtigt worden war, mit 25 Stockschlägen «zum abschreckenden Exempel» züchtigen.

Nachdem Markgraf Karl Friedrich 1783 Witwer geworden war, heiratete er bald darauf, fast sechzigjährig, ein zweites Mal, und zwar die neunzehnjährige Tochter seines Kammerjunkers Geyer, Louise, nunmehrige Baronin Geyer von Geyersberg, die 1796 von Kaiser Franz II. zur Reichsgräfin von Hochberg erhoben wurde. Diese Mesalliance hatte einen heftigen und langwierigen Familienstreit zur Folge, wobei des Markgrafen jüngster Sohn aus erster Ehe, der damals vierundzwanzigjährige Prinz Ludwig, die Partei seiner Stiefmutter ergriff, deren heimlicher Liebhaber er war.

Diese Hofquerelen wurden jedoch schon bald in den Hintergrund gedrängt durch Wichtigeres: Im Juni 1796 fielen die Franzosen unter Moreau in Baden ein, besetzten das ganze Land und zwangen die kümmerliche Reichsarmee binnen weniger Tage zum Waffenstillstand.

Der Markgraf, der zunächst nach Ansbach geflohen war, kehrte wieder zurück, und in den folgenden Jahren konnte er sein Ländchen vergrössern und abrunden, weil Baden für seine linksrheinischen Gebietsverluste mit den rechts des Rheins gelegenen Gebieten der Pfalz und der Bistümer Konstanz, Basel, Strassburg und Speyer entschädigt wurde. Markgraf Karl Friedrich avancierte zum Kurfürsten, und beides, Gebietsgewinn und Rangerhöhung, verdankte er teils seiner klugen Heiratspolitik – seine Enkelin Louise, Tochter des 1801 tödlich verunglückten Erbprinzen, war 1793 mit dem Grossfürsten, späteren Zaren Alexander von Russland vermählt worden, der dann starken Einfluss auf die Neuordnung der deutschen Verhältnisse nahm –, teils der rechtzeitigen und grosszügigen Bestechung französischer Minister, insbesondere Talleyrands.

Nach dem Pressburger Frieden, der Napoleon zum Herrn von Europa machte, erhielt Baden auch noch den Breisgau mit Frei-

burg zugesprochen und war nun fünfmal so gross wie ein Jahrzehnt zuvor. 1806 wurde Karl Friedrich durch Napoleons Gnade souveräner Grossherzog, erhielt die Hoheit über die «mediatisierten» Fürsten zu Fürstenberg, Leyen, Leiningen und andere bis dahin reichsunmittelbare Herren, trat dem Rheinbund bei und vermählte 1807 seinen Enkel, den Erbprinzen Karl, zwangsweise mit Stephanie de Beauharnais, einer Adoptivtochter Napoleons und Kusine von dessen Frau, der Kaiserin Josephine, wodurch verwandtschaftliche Beziehungen nun auch zum Hof von Paris hergestellt waren. Das hatte mehr Bedeutung als die ganze badische Armee, die zu dieser Zeit aus 35 Mann Garde du Corps, 41 Husaren, einem Leibregiment von 600 Mann, zwei Füsilierbataillonen zu je 140 Mann, einer Invaliden-Kompanie mit 138 Mann und 31 Artilleristen bestand.

Grossherzog Karl Friedrich starb 1811, ohne den Untergang Napoleons noch erlebt zu haben, im 75. Jahre seiner Regierung. Nachfolger wurde sein Enkel Karl, der gerade 25 Jahre alt war und von dem Napoleon, obwohl er ihm Stephanie de Beauharnais zur Frau gegeben hatte, der Meinung war: «*Ce prince est indécorable!*», was etwa bedeutete, dass er ihn für durch und durch schmutzig und gemein hielt. Hofchronist Vehse schildert den jungen Grossherzog so: «Er war frühzeitig in Debauchen hineingeführt worden und konnte sein ganzes Leben lang nicht wieder von ihnen abkommen. Karl hat Dinge mit seinen Hofleuten vorgenommen, welche an die Zeiten der letzten Stuarts in England und an die des Regenten in Frankreich erinnern und sie an Plumpheit und Gemeinheit übertroffen. Einer dieser Hofleute, der Kammerherr Baron von Ende, war ein Mann, der alles tat, was sein Herr wollte, selbst das Schamloseste, obgleich er sonst ein feingebildeter Mann war; er endigte im Zuchthaus ...» (Eine Baroness von Ende wurde übrigens ein halbes Jahrhundert später die Ehefrau des wegen der Veröffentlichung seiner Affären mit italienischen Fischer jungen und Kellnern 1902 aus dem Leben geschiedenen Essener Grossindustriellen Friedrich Alfred Krupp und die Mutter der Konzern-Erbin Bertha, die 1906 mit dem Sohn Gustav des grossherzoglich badenschen, erst 1871 geadelten Kammerherrn von Bohlen und Halbach verheiratet wurde.)

Tatsächlich war der junge Grossherzog Karl ein fauler, nachlässiger, stets unentschlossener und despotischer Landes Herr, über

den der Freiherr vom Stein in seiner Denkschrift über Baden vom Jahre 1814 schrieb: «Männer, welche seine Regierung sehr genau kennen, versichern, dass seit 1811, wo er sie übernommen, mehr als 15'000 Ausfertigungen, die er zu unterzeichnen gehabt hätte, in seinen Zimmern aufgehäuft geblieben sind. Seine Neigung zum Despotismus hat sich noch soeben gezeigt durch seine Weigerung, die Erklärung einer grossen Zahl deutscher Fürsten zu unterzeichnen, worin sie ihren Willen zur Errichtung von Landständen mit deren wesentlichen Berechtigungen aussprechen.» Und Ernst Moritz Arndt gab in seiner kleinen Schrift, «Beherzigungen vor dem Wiener Kongresse», folgende Schilderung des badischen Souveräns:

«Der Grossherzog von Baden zu Karlsruhe hat sich dem Gemeinen ergeben, ist sorglos verschwenderisch und ausschweifend und versteht bei alledem, seine Höflinge und Günstlinge in Kleinigkeiten mit einem rechten Tyrannenkitzel zu peinigen, während er nur tut, was seinen Lüsten beliebt. Die ihn näher kennen, behaupten, er treibe sein Wesen mit einer Art Charakter. Ohne Scheu für Anstand und Sitte und ohne einen Gedanken an das Wohl seiner armen Untertanen... überlässt er sich der bodenlosesten Verschwendung und Üppigkeit ... In einem solchen kleinen Staat und bei einem so sorglosen und willkürlichen Herrn lässt sich von den höheren Beamten nicht viel Gutes erwarten. Schon dass man nichts von ihnen sagt, ist hier einem Lobe gleich. Der schlechteste von allen ist der Polizeiminister von Hainau, der Bastard eines deutschen Fürsten, ein blinder Diener und Verehrer der Franzosen, ein Mensch, der für jeden nichtswürdigen Vorteil dem Teufel seine Seele verkauft ... »

Der von Arndt erwähnte Polizeiminister, Baron Ludwig von Haynau, war ein Sohn des als Soldatenverkäufer berüchtigten Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Kassel aus dessen Verbindung mit Rosa Ritter, späteren Rosalie von Ritter-Lindenthal, und verheiratet mit einer geborenen Gräfin Zeppelin, Witwe des württembergischen Polizeiministers Graf Taube. Zwei Brüder des Barons Ludwig von Haynau erlangten ebenfalls einige Berühmtheit: Julius Jakob Baron Haynau erwarb sich 1848/49 grosse «Verdienste» bei der raschen Niederwerfung und rigorosen Bestrafung der um Befreiung vom reaktionären Regime der Habsburger kämpfenden Ungarn sowie – wegen der dabei von ihm bewiesenen Tücke und Grausamkeit, die auch nicht davor zurückschreckte,

die Frauen und Töchter widerspenstiger Rebellen öffentlich auspeitschen zu lassen – den Beinamen einer «Hyäne von Brescia», einem Ort, wo er mit besonders harter Hand «durchgegriffen» hatte. Ein anderer Bruder, Wilhelm Karl von Haynau, wurde kurhessischer General und 1850 sogar Oberbefehlshaber, allerdings nur, weil sein eigener Sohn Kriegsminister geworden war und weil sich ausser ihm niemand mehr bereit gefunden hatte, einen zur drakonischen Unterdrückung liberaler Regungen im Volke vom Landesvater verhängten Kriegszustand dessen allerhöchsten Wünschen gemäss zu gestalten, das heisst: jeden «Räsonneur» unverzüglich an die Wand zu stellen.

Von den Nachkommen der Barone Haynau heirateten zahlreiche Töchter in Adelsfamilien, die im «Dritten Reich» und speziell im Zusammenhang mit der Verschwörung vom 20. Juli 1944 eine Rolle spielten, zum Beispiel Trott zu Solz, Schlabrendorff oder Schlitz genannt v. Görtz, ein Umstand, dem – wie wir noch sehen werden – eine gewisse Bedeutung zukommt.

Der badische Polizeiminister Baron von Haynau überlebte übrigens den Grossherzog um fast ein Vierteljahrhundert, denn der ungeliebte Landesherr starb bereits 1818, erst zweiunddreissigjährig, aber – so Vehse – «völlig erschöpft durch seine Ausschweifungen».

Den Thron von Baden bestieg nun Karls Onkel, Markgraf Ludwig, der jüngste Sohn des Grossherzogs Karl Friedrich aus dessen erster Ehe. Dieser nunmehrige Grossherzog Ludwig regierte bis 1830; er war der letzte «echte» Zähringer – so nannten sich die Markgrafen und späteren Grossherzöge von Baden von alters her –, denn auf ihn folgten die Nachkommen der zur Gräfin von Hochberg erhobenen, «unebenbürtigen» zweiten Ehefrau Karl Friedrichs, Louise geborenen Geyer. Deren von allen Nachbarn Badens bestrittener Anspruch auf den Thron hatte Ludwig nur mit Hilfe seines mächtigen Schwagers, des Zaren Alexander von Russland, durchsetzen können – gegen den heftigen Widerstand Bayerns und Österreichs, die sich die badischen Lande nach dem Aussterben der Zähringer-Dynastie hatten teilen wollen.

Das energische Eintreten Ludwigs für die Kinder der Gräfin Hochberg hatte sicherlich zum Teil darin seinen Grund, dass er der Geliebte seiner Stiefmutter gewesen und dass mindestens deren

Jüngster, Max, sein «natürlicher» Sohn war. Dass die «Geyer-Kinder», wie man sie respektlos nannte, überhaupt als Thronanwärter in Frage kamen, verdankten sie dem Umstand, dass zwei Söhne des Wüstlings Karl aus dessen höchst unglücklicher Ehe mit Stephanie de Beauharnais in sehr zartem Alter kurz hintereinander verstorben waren, und zwar unter recht mysteriösen Umständen, die nie völlig aufgeklärt werden konnten und zur Bildung der Kaspar-Hauser-Legende führten.

Grossherzog Ludwig, der um das Wohl der «Geyer-Kinder» so besorgte letzte «echte» Zähringer, bewies diese Echtheit durch Brutalität, Tücke und Mätressenwirtschaft, wobei eine zur Gräfin Katharina von Langenstein, geborene Käthe Werner, erhobene Statistin des Hoftheaters eine besondere Rolle spielte.

Nebenbei bemerkt: Eine Tochter aus dieser Verbindung, Louise, vermählte sich 1848 mit einem schwedischen Grafen Douglas, dem sie die schöne Bodensee-Insel Mainau mit dem ehemaligen Komturei-Schloss des Deutschritterordens mit in die Ehe brachte. Später kamen noch zahlreiche wertvolle Güter hinzu, die ein Bruder Louises, Graf Ludwig von Langenstein, von seinem «natürlichen» Vater, dem Grossherzog, geerbt hatte und die er mangels eigener Nachkommenschaft seinen gräflich Douglasschen Neffen hinterliess. Schloss und Insel Mainau kaufte das grossherzogliche Haus einige Jahre später wieder zurück; 1928 kam der Besitz an einen Neffen des letzten badischen Grossherzogs, den Prinzen Lennart von Schweden, der dort unter dem Namen Lennart Graf Bernadotte von Wisborg noch heute lebt. Die Grafen Douglas blieben aber im Besitz des übrigen Heiratsguts, das die Mätresse des «letzten Zähringers» ihren beiden Kindern zu verschaffen verstanden hatte. Carl Robert Graf Douglas, geboren 1880 in der Villa Douglas bei Konstanz, in zweiter Ehe verheiratet mit der verwitweten letzten Königin von Portugal, Auguste Viktoria geborenen Prinzessin von Hohenzollern, Herr auf Langenstein, Mühlhausen, Gondelsheim, Gutenstein, Sickingen, Hausen, Worndorf, Madach, Dauerberg, Stören und Nellenburg in Baden, hinterliess diesen Grossgrundbesitz seinen gegenwärtig auf Schloss Langenstein bei Eigeltingen sowie auf Heilsparg residierenden Nachkommen.

Anfang 1830, nach dem Tod des Grossherzogs Ludwig, bestieg der Erstgeborene der Gräfin Hochberg geborenen Geyer als Grossherzog Leopold den badischen Thron, «ein Herr von sehr ge-

ringen Eigenschaften. Er zeigte», so berichtet wieder sein Hofchronist Eduard Vehse, «die Merkmale der Geistesschwäche ..., und ebensowenig wie durch seinen Geist, war er durch seine Sitten ausgezeichnet. Diesen wiederum entsprach seine Umgebung, mit der er, namentlich mit seinen Stallknechten, sich unterweilen zu sehr vulgären Vertraulichkeiten herbeiliess ... »

In Grossherzog Leopolds Regierungszeit fielen die badischen Verfassungskämpfe. Unter dem Eindruck der Befreiungskriege hatte er Baden 1818 eine Konstitution gewähren müssen, die ein nach dem Zweikammersystem gebildetes Parlament vorsah. Doch schon Grossherzog Ludwig hatte sich strikt geweigert, die Beschlüsse der liberalen Landtagsmehrheit anzuerkennen. Mit Hilfe eines neuen Wahlgesetzes war es ihm gelungen, die Liberalen aus dem Parlament zu vertreiben und sich den Landtag so gefügig zu machen, dass von demokratischen Rechten und parlamentarischer Kontrolle nicht mehr die Rede sein konnte.

Grossherzog Leopold dagegen schlug zunächst einen gemässigt liberalen Kurs ein, weniger aus echter Neigung, denn aus Schwäche. Vorübergehend wurde sogar die Presse-Zensur gelockert. Von 1838 an berief Leopold aber wieder Reaktionäre an die Spitze der Ministerien, und zwischen diesen und einer wachsenden liberalen Majorität im Landtag gab es erbitterte Auseinandersetzungen. 1848 kam es zum Volksaufstand, dem sich auch die Masse der badischen Soldaten anschloss, so dass Grossherzog Leopold zunächst Reichstruppen ins Land rief und, als sich diese als zu schwach erwiesen, Preussen um Hilfe bat. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Wilhelm, des nachmaligen ersten Deutschen Kaisers, rückten starke preussische Verbände in Baden ein, schlugen die Aufständischen, entwaffneten die badischen Truppen und hielten ein strenges Strafgericht, bei dem es zu Massenerschiessungen kam. Von den politischen Führern des gescheiterten Aufstands konnten sich viele ins Ausland, meist nach Amerika, retten. Grossherzog Leopold, der bereits im Mai 1848 nach einem Soldatenaufstand in Karlsruhe mit seiner Familie und allen Ministern ins Elsass geflüchtet war, konnte im August 1849 in seine Residenz zurückkehren, doch behielt er die preussischen Truppen noch einige Jahre lang im Land, während seine eigene Armee auf weit entfernte preussische Garnisonen verteilt wurde. Gleichzeitig versuchte man, wie überall in Deutschland mit reaktionärsten Mass-

nahmen die alte Ordnung wiederherzustellen und jede liberale Regierung brutal zu ersticken.

Im April 1852 starb Grossherzog Leopold. Da dessen ältester Sohn, Erbgrossherzog Ludwig, wegen seines körperlichen und geistigen Zustands regierungsunfähig war, wurde Leopolds zweiter Sohn, Prinz Friedrich, zunächst Regent, nach dem Tode seines kranken Bruders 1856 Grossherzog.

Friedrich war erst 25 Jahre alt, als er zur Regierung kam. Er setzte das reaktionäre Regime zunächst fort, sah sich jedoch in einem heftigen Konflikt mit der katholischen Kirche zu Zugeständnissen an die Liberalen gezwungen. In den folgenden Jahrzehnten wurde aus Baden, zumindest im Vergleich zum Entwicklungsstand in den anderen deutschen Staaten, ein «liberales Musterländle», das im Deutschen Reich, dem es 1871 beitrug, allen Fortschrittlichen als Vorbild galt. Die badische Liberalität ging indessen nicht so weit, dass es der sozialliberalen Landtagsmehrheit von 1897-99 möglich wurde, das Wahlrecht weiter zu demokratisieren oder gar die Erste Kammer abzuschaffen. Diesen Versuchen setzte Grossherzog Friedrich, der erst 1907 auf Mainau starb, erbitterten Widerstand entgegen. Sein ältester Sohn und Nachfolger, Friedrich II., der letzte Grossherzog von Baden, musste nach elfjähriger Regierung im November 1918 abdanken. Bis dahin hatte er die gemässigt liberale Politik seines Vaters, die 1904 zu einem Wahlrechts-Kompromiss geführt hatte, fortzusetzen versucht.

Da Friedrich II. keine Kinder hatte, wäre der nächste Anwärter auf den badischen Thron dessen Vetter gewesen, der letzte kaiserlich-deutsche Reichskanzler, Prinz Max von Baden, dessen Enkel Max, nunmehr mit den Titeln «Markgraf von Baden, Herzog von Zähringen, Königliche Hoheit», als derzeitiger Chef des ehemals regierenden Hauses auf Schloss Salem residiert, einer 1803 von den Zähringern vereinnahmten Reichsabtei nahe Überlingen am Bodensee, in deren Gebäuden sich auch eine berühmte Elite-Internatsschule befindet.

Die badische Standesherrschaft Salem mit Schloss, schöner gotischer Kirche, Internatsschule und über 52 Millionen Quadratmetern wertvollem Grundbesitz stellt heute den Kern des Millionenvermögens dar, das dem ehemals regierenden Haus Baden verblieben ist und seine unveränderte Zugehörigkeit zur Geld- und Machtelite garantiert. Markgraf Max, Jahrgang 1933, ist aber beispiels-

weise auch Grossaktionär der Mathias Bäuerle GmbH in St. Georgen im Schwarzwald, eines Unternehmens, das mit 440 Beschäftigten vornehmlich Spezialmaschinen für das graphische Gewerbe herstellt; er ist ferner Gesellschafter und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Bodenseewerk Gerätetechnik GmbH in Überlingen, die elektronische Spezialgeräte für Flugzeuge und Raketen produziert und mit rund 1'600 Beschäftigten einen Jahresumsatz von annähernd 100 Millionen Mark erzielt. Von den Erben der Gräfin Langenstein, den Grafen Douglas, die noch über rund 10 Millionen Quadratmeter Grundbesitz nebst schönem Schloss verfügen, ist bereits die Rede gewesen, und der Reichtum der – ursprünglich mecklenburgischen, dann württembergischen, ihrem Herzog so teuren – Grafen Zeppelin, der bis heute erhalten geblieben ist, wurde ebenfalls bereits erwähnt.

Auch von fast allen anderen Angehörigen der alten Geld- und Machtelite Badens und Württembergs lässt sich sagen, dass ihr Reichtum und Einfluss den Untergang der Monarchien, die verlorenen Kriege, die beiden totalen Geldentwertungen wie auch die Versuche einer Bodenreform glänzend überstanden haben.

Die Herzöge von Württemberg verfügen noch über 100 Millionen Quadratmeter wertvollen Grundbesitz mit den prächtigen Schlössern Altshausen im Saulgau und Friedrichshafen am Bodensee sowie über bedeutende Bank- und Industriebeteiligungen; den Fürsten zu Fürstenberg sind fast 200 Millionen Quadratmeter Grundbesitz allein in Baden-Württemberg verblieben, dazu die Schlösser zu Donaueschingen und Heiligenberg, Hohenlupfen bei Stühlingen und Weitra in Niederösterreich, ferner die Papierfabrik Neustadt (Schwarzwald), das Säge- und Holzwerk Hüfingen, die Süddeutschen Basaltwerke Immendingen, vor allem aber die Fürstlich Fürstenbergische Brauerei KG, Donaueschingen, mit einem Jahresausstoss von knapp 400'000 Hektolitern; den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen gehören rund 150 Millionen Quadratmeter Grundbesitz mit den Schlössern zu Sigmaringen und Umkirch bei Freiburg im Breisgau, die fürstlich Hohenzollernsche Hüttenverwaltung Laucherthal nebst der ZSM Zollern Stahl und Metall GmbH mit je 2'000 Beschäftigten, ferner das Kunststoffwerk Strass sowie eine Reihe von Beteiligungen; die Fürsten Leiningen, Löwenstein, Fugger, Hohenlohe, Bentheim, Oettingen-Wallerstein, Quadt, Thurn und Taxis sowie Waldburg-Zeil

und Waldburg-Wolfegg verfügen im heutigen Baden-Württemberg über zusammen rund 60'000 Hektar (= 600 Millionen Quadratmeter) Grundbesitz, ganz zu schweigen von ihren Bank- und Industriebeteiligungen, Zeitungsverlagen, Handelsfirmen sowie ihrem Schloss- und Kunstbesitz.

Die Grafen Berckheim zu Weinheim, Adelman von und zu Adelmansfelden, Bentinck, Bissingen und Nippenburg, Degenfeld-Schonburg, Königsegg-Aulendorf, Maldeghem, Neipperg, Normann-Ehrenfels, Pückler-Limburg, Rechberg und Rothenlöwen, Schaesberg-Thannheim, Schenk von Stauffenberg, Stadion und Toerring sowie die Freiherren von Berlichingen-Jagsthausen, Cotta von Cottendorf, Herman auf Wain, Freyberg-Eisenberg, Hornstein-Ochsenhausen, Palm-Ehinger, Podewils-Hohenmühlingen, Speth von Schülzburg und von Woellwarth – um nur zwei Dutzend herauszugreifen – verfügen im heutigen Baden-Württemberg über zusammen nochmals rund 350 Millionen Quadratmeter Grundbesitz mit Obst- und Weingütern, Wäldern, Äckern und Wiesen, Schlössern, Gestüten, Hotels, Brauereien, Elektrizitäts-, Wasser- und Sägewerken, Papier- und sonstigen Fabriken. Und alle sind miteinander und mit anderen aristokratischen, aber auch bürgerlichen Familien der alten Geld- und Machelite aufs Innigste verwandt und verschwägert.

Einige wenige, willkürlich herausgegriffene Beispiele sollen dies verdeutlichen: So war etwa Graf Christoph von Degenfeld-Schonburg in erster Ehe mit Charlotte Gräfin Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin (aus der Nachkommenschaft des herzoglich württembergischen Günstlings und Landausplünderers Montmartin) verheiratet, in zweiter Ehe mit Auguste Gräfin von Normann-Ehrenfels (aus der Nachkommenschaft eines anderen württembergischen Günstlings); Cajetan Graf von Bissingen und Nippenburg vermählte sich 1921 mit Elisabeth Freiin von Aretin (aus der Sippe des gewalttätigen Armeniers); des Grafen Bruder Franz-Xaver heiratete 1927 Octavie von Boch-Galhau, Tochter des Grossindustriellen Luitwin von Boch-Galhau (in Firma Villeroy & Boch) und Nichte des späteren Reichskanzlers Franz von Papen; Alfred Graf Adelman von Adelmansfelden ehelichte Lucy Cockerill, Tochter des Grossindustriellen Henri Cockerill und der Thusnelda Haniel (eine Gutehoffnungshütte-Erbin mit 36 Millionen Gold-

Frau Bertha verw. Hugo Haniel , geb. 16-17 Böninger, Düsseldorf, Jägerhoffstr. 28	0,9
Bergwerksdirektor Josef Thyssen , Mülheim 16-17 (Ruhr), Dohne 45	0,8
Albert von Waldthausen , Essen (Ruhr), 15-16 Lindenallee 49	0,726
Kommerzienrat Georg Talbot , i. Fa. Gustav Talbot & Co. Waggonfabrik, Aachen, Mons- heimerallee 24	0,9
Ida verw. Freifrau von Stumm-Halberg 14-15 geb. Böding, auf Schloß Halberg, Land- gemeinde Brebach, Reg.-Bez. Trier	2,55
Geh. Kommerzienrat Ernst Schieß , Düffel- 13-14 dorf, Kaiserstr. 55	0,8
Freifrau Paula v. Oppenheim , geb. Engels, 13-14 Köln, Sachsenhausen 27	0,78
Geh. Kommerzienrat Julius Vorster , Köln, 13-14 Rheingasse 11	0,84
Wilhelm von Deichmann , i. Fa. Deichmann 13-14 u. Co., Köln, Bahnhofstr. 8, seit 1909 in d. Landgem. Godesberg, Reg.-Bez. Köln	0,8
Fabrikbesitzer August von Waldthausen , 13-14 Düsseldorf, Goltsteinstr. 28	0,75
Geh. Kommerzienrat Karl Delius , Aachen, 13-14 Vorgaben 17	0,81

von Tresckow

Königl. Kriminalkommissar a. D.

Zuverlässigste vertraul. Ermittlungen und Beobachtungen
jeder Art.

Berlin W 9. Tel.: Amt Lüchow No. 6051. Potsdamerstr. 134 a.

mark eigenem Vermögen); des Grafen Bruder vermählte sich hingegen mit Agnes Gräfin Zeppelin (Nachkommin eines württembergischen Günstlings). Eine andere Erbtöchter aus dem steinreichen Haniel-Clan, Eugenie Gräfin Dürckheim-Montmartin geborene Haniel, vermählte sich in zweiter Ehe mit Graf Karl von Holnstein aus Bayern (einem Nachkommen des «Rossober» Ludwigs II.). Erbprinz Joachim zu Fürstenberg, Chef des Fürstenberg-Konzerns, heiratete 1947 Gräfin Paula zu Königsegg-Aulendorf, die so die Schwägerin von Prinzessin Teresa geschiedenen Baronin Thyssen-Bornemisza, die Kusine von Claire Jeanne Agnelli (aus dem Hause «Fiat»), verehelichte Prinzessin Fürstenberg, und die Schwägerin des Grafen Philipp-Konstantin von Berckheim, Grundherrn in Weinheim, wurde. Und von den Grafen Neipperg, von denen einer einst die Habsburger Kaisertochter und zweite Gemahlin Napoleons I., Marie-Louise, über die Verbannung ihres Gatten nach St. Helena hinwegtrösten durfte und sie dabei zur Mutter von Prinz und Prinzessin Montenuovo (= Neipperg) machte, heiratete Josef Hubert Graf und Herr von Neipperg auf Schwaigern 1951 die Gräfin Marie von Ledebur-Wicheln, bekam auf diese Weise die Prinzessin Marie von Montenuovo (gestorben 1954 zu Tegernsee) zur Tante, auch den Grafen Johann Nepomuk von Waldburg zu Wolfegg und Waldsee zum Schwager, wogegen seine Schwester Eleonore Gräfin von Neipperg, die 1936 den Grafen Richard von Matuschka-Greifenclo auf Schloss Vollrads, Präsidenten des Deutschen Weinbauverbands (und Enkel des Kölner Bankiers Albert Freiherrn von Oppenheim in Firma Sal. Oppenheim jr. Cie.), geehelicht hat, die Schwiegermutter der Gräfin Sophie von Waldburg zu Zeil und Trauchburg wurde ...

Zur alten Geld- und Machtelite Badens und Württembergs gehörten indessen nicht ausschliesslich Adlige, sondern seit eh und je auch reiche Bürgerfamilien. Im Kampf der sogenannten Stände gegen den Absolutismus der Herzöge und Markgrafen hatten diese «Grosskopften» ihren Anspruch auf Beteiligung an der politischen Macht durchzusetzen versucht, doch erst im Verlaufe des 19. Jahrhunderts, im Zuge der immer stärkeren Industrialisierung, gelang ihnen der volle Durchbruch. Kaum aber hatten sie im Rahmen der konstitutionellen Monarchie ihre wirtschaftliche Macht endlich auch politisch zur Geltung gebracht, da vergassen die meisten von ihnen den Bürgerstolz und die liberale Tradition. Eilig

suchten sie sich der Aristokratie, die sie gerade erst entmachtet hatten, so gut wie nur möglich anzupassen, bemühten sich um Nobilitierung, verheirateten ihre Töchter vorzugsweise mit heimischen Baronen und Grafen, kauften Rittergüter oder bauten sich Schlösser. Und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in den letzten Friedensjahren vor dem Ersten Weltkrieg, da waren die reichen Bürger und der alte Adel schon so verschmolzen, dass man die Trennungslinien kaum noch zu erkennen vermochte.

Drei Beispiele sollen diesen seltsamen Prozess verdeutlichen: Die alte J. G. Cotta'sche Buchhandlung in Stuttgart, hervorgegangen aus dem Geschäft des Verlegers Philipp Brunn in Tübingen, das Johann Georg Cotta (1631 bis 1692) durch Verheiratung mit der Witwe Brunns 1659 erworben, unter seinem Namen weitergeführt und an seine Nachkommen vererbt hatte, wurde 1787 vom Urenkel Johann Friedrich Cotta übernommen. Unter dessen Leitung kam der Verlag zu Weltruhm, erschienen bei ihm doch die Werke Friedrich von Schillers und Johann Wolfgang von Goethes. Johann Friedrich Cotta, der sich ein beträchtliches Vermögen erwarb, wurde auch zu einem Pionier der Bodensee- und Rheindampfschiffahrt. Als Besitzer der Herrschaft Plettenberg hob er als erster Grundherr Württembergs die Leibeigenschaft der Bauern auf. 1820, nachdem ihm drei Jahre zuvor die Freiherrenwürde verliehen worden war, wurde er als Baron Cotta von Cottendorf ritterschaftlicher Abgeordneter des Schwarzwaldkreises im württembergischen Landtag und bis 1831 dessen Vizepräsident.

Sein Sohn Johann Georg (1796 bis 1863), Herr auf Plettenberg, Dotternhausen, Oberhausen, Wenzelstein usw. im Amt Spaihingen, Hipfelbeuren im Oberamt Heilbronn, Hohenkammer, Kreis Freising, und Giebing, Kreis Dachau, königlich württembergischer Legationssekretär und königlich bayerischer Kämmerer, heiratete die Tochter Sophie des kurfürstlich hessischen Gesandten und Senators der Reichsstadt Frankfurt am Main, Justinian von Adlerflycht, die ihm weiteren Grossgrundbesitz als Mitgift brachte, führte aber den Verlag der alten Cottaschen Buchhandlung weiter und zu noch grösserer Blüte, zählte er doch nahezu alle bedeutenden Schriftsteller jener Zeit zu seinen Autoren und erwarb auch noch die Göschen'sche Verlagsbuchhandlung in Leipzig hinzu. Doch schon sein Sohn und Erbe, Dr. Georg Baron Cotta von Cottendorf, schränkte den Buchverlag, der nach der

Aufhebung aller Privilegien im Jahre 1867 erhebliche Konkurrenz und starke Einbussen hinnehmen musste, beträchtlich ein. Der Inhaber der nächsten Generation, Georg Junior (1869 bis 1935), sah sich 1889 zum Verkauf des ganzen Verlagshauses gezwungen. Und von da an führten die Barone Cotta von Cottendorf das Leben reicher Landedelleute. Das ‚Jahrbuch der Millionäre im Königreich Württemberg‘ von 1914 nennt 6 Träger des Namens mit zusammen 17 Millionen Goldmark steuerpflichtigem Vermögen, dazu noch den Schwiegersohn, Generalmajor Georg von Faber du Faur, dessen Ehefrau, Berta geborene Freiin Cotta, weitere 3 Millionen Goldmark ihr eigen nannte. Alle lebten auf feudalen Schlössern; ihr Grundbesitz in Württemberg umfasste die Herrschaft Plettenberg, das Rittergut Hipfelhof, das Schlossgut Dotternhausen und ein halbes Dutzend weitere Güter, und dazu kam noch der reiche Frankfurter Besitz aus der Hinterlassenschaft der Urgrossmutter von Adlerflycht. Friedrich Baron Cotta war diensttuender Kammerherr der Königin von Württemberg; seine Brüder waren Reserveoffiziere feudaler Regimenter, und vergessen hatten sie alle liberalen und literarischen Traditionen.

Dass die Barone Cotta von Cottendorf heute nicht mehr zur bundesdeutschen Geld- und Machtelite zählen, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Familie im Mannesstamm erloschen ist; der letzte, Baron Franz, Herr auf Plettenberg und Hipfelhof, Besitzer des Schlossguts Dotternhausen, starb 1967 in Zürich.

Unser zweites Beispiel ist die Familie Siegle, deren Ahnherr Heinrich, geboren 1815, als Erfinder des Karminfarbstoffs Berühmtheit erlangte und seine 1845 in München gegründete Firma im Revolutionsjahr 1848 nach Stuttgart verlegte. Dessen geadelter Sohn, Dr. Gustav von Siegle (1840 bis 1905) war einer der Mitbegründer der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) und erwarb von seinen in der chemischen Industrie erzielten Gewinnen nicht nur bedeutenden Grossgrundbesitz in der Oberpfalz, sondern auch die Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen (Steige). Er war auch lange Jahre hindurch Mitglied des Reichstags sowie zahlreicher Aufsichtsräte, galt als einer der führenden Liberalen und heiratete bürgerlich, nämlich ein Fräulein Julie Wetzel aus Wildbad.

Von seinen Erben verzeichnete das ‚Jahrbuch der Millionäre im Königreich Württemberg‘ von 1914 insgesamt vier mit je 10

Millionen Goldmark geschätztem Vermögen, nämlich neben seiner Witwe drei adlige Schwiegersöhne, Chefs der Farbenfabrik Siegle & Co.: Karl von Ostertag, der sich dann «von Ostertag-Siegle» nannte, Herr auf Hoheneck bei Ludwigsburg, hatte Margarete Siegle geheiratet; Albert Baron Schrenck von Notzing war 1892 der Ehemann von Gabriele Siegle geworden, und Baron Friedrich von Gemmingen-Hornberg hatte sich 1896 mit Dora Siegle vermählt, die ihm die Herrschaft Friedenfels in der Oberpfalz mit in die Ehe brachte. (Des Barons von Gemmingen Neffe Hans-Lothar heiratete übrigens dann die Tochter Ellenruth des Saar-Industriellen Dr. Hermann Röchling, wurde Geschäftsführer der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen sowie geschäftsführender Teilhaber der Gebr. Röchling KG. Mannheim.)

Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später, finden wir im Aufsichtsrat der 1853 gegründeten, gegenwärtig fast 7'000 Beschäftigte zählenden Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) in Geislingen (Steige) als deren Haupt- und Mehrheitsaktionäre: Wolf Dieter Freiherrn von Gemmingen-Hornberg auf Friedenfels, Caspar Freiherrn Schrenck von Notzing zu Ammerland am Starnberger See sowie Nikolaus Freiherrn von Tessin, dessen Vater im Jahre 1908 Margarete von Ostertag-Siegle geheiratet hatte. Auch Regina von Ostertag-Siegle, ihre Schwester, heiratete einen Baron Tessin.

Bis 1970 gehörte diesen Siegle-Erben, neben sehr stattlichem Grossgrundbesitz und der WMF-Majorität, auch die Stammfirma G. Siegle & Co. Farbenfabrik in Stuttgart. Dann verkauften sie sie in aller Heimlichkeit an die BASF. Die stockte dafür die ererbten BASF-Aktienpakete der Verkäufer um Anteile im Börsenwert von rund 200 Millionen Mark auf und legte noch etwas Bargeld dazu. Die weitere Zugehörigkeit der aristokratischen Siegle-Erben zur bundesdeutschen Geld- und Machtelite war so gesichert. Verloren und vergessen sind dagegen die liberalen Traditionen. Den Baron Caspar Schrenck von Notzing nannte die frankfurter Rundschau schon 1965 einen «Mann, an dem nur eines wirklich echt» sei: «die Feindseligkeit, mit der er die Liberalen verfolgt».

Unser drittes und letztes Beispiel betrifft die eng miteinander verflochtenen württembergischen Bürgerfamilien Doertenbach und Benger. Georg Martin Doertenbach (1822 bis 1891) aus Calw ge-

hörte zu den Gründern des Bankhauses Doertenbach & Co. in Stuttgart sowie mehrerer Unternehmen der schwäbischen Textilindustrie, war liberaler Abgeordneter des Zollparlaments und wurde später bayerischer Generalkonsul in Stuttgart. Sein jüngerer Bruder Paul (1833 bis 1869), Teilhaber des Bankgeschäfts, vertrat gleichfalls einen liberalen Standpunkt. Beider Vater, Johann Georg Doertenbach, Kaufmann in Calw, war auch schon ein Verfechter freisinniger Ideen gewesen, ausserdem Mitglied der Handelskammer; seine Frau und auch die Frauen der Söhne stammten aus Bauernfamilien. Ähnliches galt für die Familie Benger, deren Tochter Martha den ältesten Sohn, Max, des Bankiers Paul Doertenbach heiratete, der dann Teilhaber der 1844 gegründeten Trikot- und Strumpfwarenfabrik Wilhelm Benger Söhne in Stuttgart wurde – kurz, sie gehörten alle seit Beginn der industriellen Entwicklung zum gehobenen Mittelstand kleinstädtisch-ländlicher Herkunft, waren antiaristokratisch und liberal gesinnt und noch weit davon entfernt, der Geld- und Machtelite des Königreichs zugerechnet werden zu können.

Das änderte sich jedoch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, und im Millionärsverzeichnis von 1914 finden wir bereits drei Mitinhaber der Firma Benger mit zusammen 9 Millionen Goldmark steuerpflichtigem Vermögen sowie fünf Doertenbachs mit insgesamt 13 Millionen Goldmark. Von Georg Martin Doertenbachs Kindern hatte die Älteste, Lucie, den Ulanenoberst Alfred Baron von Roeder geheiratet; deren Tochter Elsa war 1894 die Ehefrau des Barons Georg Cotta von Cottendorf auf Schloss Dotternhausen geworden. Und die jüngere Tochter Irma des Bankiers Georg Martin Doertenbach hatte sich 1891 mit dem Baron Waldemar von Taube vermählt, einem Nachkommen des gefürchteten herzoglichen Polizeiministers, der einst von den Gebildeten Schwabens «der württembergische Alba» genannt worden war.

Der älteste Sohn Ulrich jenes Max Doertenbach, der die Benger-Erbtochter Martha heimgeführt hatte, schlug zunächst die diplomatische Laufbahn ein, wurde Vortragender Legationsrat im Berliner Auswärtigen Amt, quittierte dann den Dienst, trat als geschäftsführender Teilhaber in die schwiegerväterliche Firma Ribana-Werke Wilhelm Benger Söhne ein, war langjähriger Präsident der Stuttgarter Industrie- und Handelskammer und starb 1958. Im Jahre 1912 hatte er sich mit Erda geborener Gräfin von

Roedern vermählt und war auf diese Weise der Schwager der mit einem Bruder seiner Frau, dem Grafen Max-Erdmann von Roedern, verehelichten Enkelin des damals gerade in Pension gegangenen Generals und späteren Reichspräsidenten Paul von Beneckendorff und von Hindenburg geworden. Und nebenbei hatte ihm Frau Erda, Enkelin der Stumm-Erbin Ida Freiin von Stumm, eine hübsche Beteiligung an dem saarländischen Schwerindustrie-Konzern mit in die Ehe gebracht.

Die Beispiele für solche geschickte Heiratspolitik liessen sich beliebig fortsetzen. Doch es ging uns ja bei den Exempeln vor allem darum, die Wandlungen aufzuzeigen, die das traditionell liberale Bürgertum Südwestdeutschlands bei seinem Aufstieg in die Geld- und Machtelite durchgemacht hat: Die früher oftmals hart unterdrückten Angehörigen der «Stände» haben ihren Kampf um Gleichberechtigung und Mitsprache offenbar nur für sich und ihre Nachkommen geführt, nicht für ihre weniger wohlhabenden Mitbürger. Sobald sie ihr Ziel erreicht hatten, das heisst: durch Reichtum politisch mündig geworden waren, gesellten sie sich dem Adel zu, von dem sie zuvor verachtet und ausgebeutet worden waren, passten sich dessen Lebensstil und Ansichten so schnell wie möglich an, vergassen die liberalen Traditionen und sorgten fortan mit für die Erhaltung jener herrschenden Schicht, die – zumindest in ihrem Kern – alle Revolutionen, Kriege und Krisen der Neuzeit überdauert hat: die Erhebungen der Bauern des Oberrheintals gegen die Fronherren unter dem Zeichen des «Bundschuhs» zwischen 1493 und 1513; den Aufstand des «Armen Konrad» in Württemberg (den der Herzog nur mit Hilfe der Stände hatte niederwerfen können); die erste deutsche Revolution von 1522 bis 1526, schlicht «Bauernkrieg» genannt (obwohl es sich nicht allein um eine Erhebung der Landbevölkerung handelte, sondern auch um einen Aufstand der Arbeiterschaft zahlreicher Städte), blutig niedergeworfen durch die Söldner des «Bauernjörg» (und Ahnherrn der heutigen Fürsten) von Waldburg, dem die (damaligen Bürger und späteren Fürsten) Fugger das dazu nötige Geld vorstreckten; den brutal unterdrückten Aufstand der Schwarzwaldbauern im Jahre 1727; die Auswirkungen der Französischen Revolution von 1789 und der napoleonischen Besetzung; die Verfassungskämpfe des frühen 19. Jahrhunderts und den gescheiterten Versuch von 1848/49, eine demokratische deutsche Republik zu schaffen; den verlorenen Ersten Weltkrieg von 1914-18, die Be-

seitigung der Monarchien, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise, die Hitlerdiktatur, den Zweiten Weltkrieg, die totale Niederlage von 1945, die Bodenreformversuche der Besatzungsmächte und die erneute Vernichtung aller Ersparnisse durch die Währungsreform von 1948 ...

Auch heute noch, gegen Ende des 20. Jahrhunderts und im Zeitalter der beginnenden Nutzung der Kernenergie und der Erforschung des Weltraums, bilden die Herzöge von Württemberg, die Markgrafen von Baden, die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, zu Waldburg, zu Fürstenberg, von Thurn und Taxis, von Fugger, zu Löwenstein und zu Hohenlohe, die Grafen Adelman, Königsegg, Rechberg, Stauffenberg, Zeppelin und wie sie alle heißen, zusammen mit einigen Dutzend Familien bürgerlicher Herkunft, aber ebenfalls schon alten Reichtums, die etablierte Geld- und Machtelite, auch des «traditionell so liberalen» Landes Baden-Württemberg.

Die meisten der im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts hinzugekommenen bürgerlichen Familien sind eilig Verbindungen mit der Aristokratie eingegangen oder wurden selbst geadelt, was dann die Verschmelzung mit der alten Oberschicht noch beschleunigt hat. Doch auch da, wo man sich familiär nicht mit dem Adel verband, wurden aus liberalen Mittelständlern stockkonservative Grossbürger, die in der Ablehnung jeder fortschrittlichen Bestrebung hinter keinem Fürsten zurückstehen.

Nehmen wir als Beispiele die Familien Scheufeien in Oberlenningen, Voith in Heidenheim an der Brenz, Bareiss in Salach und Federer in Stuttgart:

Was die Scheufeiens betrifft, so sind sie seit 1855 Kunstdruckpapierfabrikanten, waren ursprünglich sehr liberal, wurden noch zu Zeiten der Monarchie Goldmark-Multimillionäre, zugleich immer konservativer, und beschäftigen heute in Oberlenningen 1'600 Arbeiter und Angestellte; die J. M. Voith GmbH, gegründet 1867, nebst Voith Getriebe KG, beide in Heidenheim an der Brenz, hat gegenwärtig rund 7'200 Beschäftigte und erzielte 1970 einen Umsatz von fast 500 Millionen DM; zudem ist Frau Colette Schuler, geborene Voith, Mitinhaberin der 1839 gegründeten Pressenfabrik L. Schuler GmbH in Göppingen mit Tochtergesellschaften in Frankreich, England und Brasilien. Und schliesslich ist die Familie Voith noch an mancherlei beteiligt, beispielsweise an der Deutschen Continental-Gas AG, an der Deutschen Effek-

tenbank-Warburg AG und in geringerem Umfang auch an der mächtigen Commerzbank AG.

Was die Familie Bareiss angeht, so erheiratete Friedrich Bareiss durch seine Ehe mit Julie Schachenmayr die Kammgarnspinnerei Schachenmayr, Mann & Co. in Salach bei Göppingen, gegründet 1817, die heute rund 1'200 Beschäftigte zählt: Frau Marnie von Stülpnagel, geborene Bareiss, und Frau Hattie von Tschirschky, geborene Federer, sind die gegenwärtigen Inhaber, wobei zwischen den Sippen Bareiss und Federer, letztere ehemals Kompagnons eines 1795 in Stuttgart gegründeten, aus einer Wildhäutehandlung hervorgegangenen Bankgeschäfts, enge und sehr komplizierte verwandtschaftliche Beziehungen bestehen.

Was nun die Wandlungen in der politischen Haltung dieser baden-württembergischen Unternehmerfamilien betrifft, so ist Diplomingenieur Klaus H. Scheufeien heute Ehrenvorsitzender der nordwürttembergischen CDU und Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats, einer Institution, die innerhalb der Union das rechte Gegengewicht zu den gewerkschaftlich orientierten Sozialausschüssen bildet. Anfang 1972 betätigte sich Klaus H. Scheufeien auch als ehrenamtlicher Abonnentenwerber für die konservative Springer-Zeitung ‚Die Weite In einem an zahlreiche Unternehmer gerichteten Rundbrief forderte er zum Kampf gegen die sozialliberale Bundesregierung Brandt-Scheel auf, deren Handlungen «eine Aushöhlung der NATO und damit des Schutzes durch die USA» bewirkt hätten. «Innenpolitisch», heisst es in dem Rundbrief weiter, «werden wir zwangsläufig eine Verstärkung der Konfrontation zwischen den Anhängern des Sozialismus' und den Kräften erleben, die erfahren haben, dass ohne Fleiss kein Preis sein kann ... » Scheufeien, der sich offenbar der zweiten Kategorie zurechnet, empfahl allen Unternehmern, als wirksames Aufklärungs- und Propagandamittel im Kampf gegen die SPD/FDP-Koalition künftig ‚Die Welt' auch für ihre Belegschaften zu abonnieren.

Noch feindseliger gegenüber dem sozialliberalen Bündnis verhielten sich Hanns Voith, der Chef des Heidenheimer Konzerns, und sein Generaldirektor Hugo Rupf. Sie verboten dem Bundeskanzler Willy Brandt sogar den Zutritt zum Werk, als der Regierungschef dort auf Einladung des Betriebsrats Fragen der beunruhigten Arbeiter zur Wirtschaftsfrage beantworten wollte. Etwa zur gleichen Zeit liess Hugo Rupf, der Topmanager des Voith-Konzerns und Vizepräsident des Bundesverbands der Deutschen Indu-

strie (BDI), zusammen mit Peter von Siemens, Konrad Henkel, Günter Henle und drei Dutzend weiteren Industriegewaltigen, einen Cassandra-Schrei bundesdeutscher Unternehmer – «Wir können nicht länger schweigen!» – in ganzseitigen Zeitungsinseraten verbreiten.

Von den Federers ist noch zu berichten, dass nach vier Generationen, die als Bankiers und Fabrikanten aktiv waren, Georg Adolf Federer, geboren 1905, in den Auswärtigen Dienst eintrat, zuletzt Botschafter in Brüssel und schliesslich Leiter der Personalabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes war, daneben aber auch zeitweise Mitherausgeber, jetzt nur noch Gesellschafter, der rechtskonservativen Wochenzeitung «Christ und Weite

Von den liberalen Traditionen ist bei den Angehörigen der alten Geld- und Machtelite, auch Baden-Württembergs, nur noch sehr wenig zu finden. Selbst das bürgerliche Element hat sie längst vergessen und gefällt sich in der Rolle fortschrittsfeindlicher Patri-zier.

Doch es gab und gibt Ausnahmen: So blieb Richard Freudenberg, seit 1914 an der Spitze eines alten, aus bescheidenen Anfängen aufgebauten Familienunternehmens der lederverarbeitenden Industrie in Weinheim an der Bergstrasse, jahrzehntelang ein Liberaler. Von 1919 bis 1923 war er badischer Landtagsabgeordneter und bis 1933 Landesvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, und er gehörte von 1949 bis 1953 dem ersten Bonner Bundestag als Hospitant der FDP-Fraktion an. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang galt er als ein parteiunabhängiger Linksliberaler, und erst das Aufbegehren der Jungen in den späten sechziger Jahren scheint ihn verschreckt zu haben. Als Inhaber der Firma Carl Freudenberg, eines Unternehmens mit heute über 15'000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von (1970) rund 850 Millionen Mark, gehörte Richard Freudenberg zu den Mitunterzeichnern des gegen die sozialliberale Bonner Koalition gerichteten Aufrufs der Wirtschaftsführer vom November 1971.

Bleibt – politisch gesehen – noch ein «weisser Rabe» unter den Grossunternehmern Baden-Württembergs zu erwähnen: Dr. Robert Bosch. Der Wirtssohn aus Albeck bei Ulm, der 1886 in Stuttgart eine Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik gründete, 1901 erst 45 Mitarbeiter beschäftigte und schon 1914 – mit einem damals auf rund 40 Millionen Goldmark geschätzten Vermögen, davon die Hälfte im Ausland – zu den bedeutendsten

Fabrikanten Südwestdeutschlands zählte, war ein traditionsbewusster Liberaler mit sozialen Neigungen, die ihm die Gegnerschaft der meisten anderen Unternehmer seiner schwäbischen Heimat eintrugen. Bosch war befreundet mit dem Sozialisten Karl Kautsky und der langjährigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Clara Zetkin, setzte sich in den Jahren der Weimarer Republik zunächst energisch gegen Hindenburg ein, den Kandidaten der Rechtsparteien, dann für Hindenburg, den Kandidaten der linken Mitte gegen die Rechte, und erklärte noch im September 1932 (in einem Brief an Kurt Hahn, den Leiter der Elite-Internatsschule Schloss Salem des Markgrafen von Baden): «Das Eintreten Hindenburgs für seine Standesgenossen in Ostpreussen hat mich sehr enttäuscht. Letzten Endes kann man nicht einer kleinen Handvoll Menschen helfen wollen auf Kosten des ganzen Volkes, namentlich wenn diese Menschen auf ihre Art geholfen haben wollen, eine Art, die sich eben mit dem Gesamtwohl des deutschen Volkes nicht verträgt.»

Bosch blieb auch Hitler und seinem Regime gegenüber so ablehnend, wie es eben möglich war. Bis zu seinem Tod im Jahr 1942 unterstützte er insgeheim den sich bildenden Widerstand gegen den Diktator.

Heute wird der ganz in Familien- und Stiftungsbesitz befindliche Bosch-Konzern – mit 117'000 Beschäftigten im In- und Ausland und einem Jahresumsatz (1970), allein des Stammhauses, von rund 5,5 Milliarden Mark – nicht von dem einzigen Sohn, Diplomingenieur Robert Bosch Junior, der kaum – ausser im Aufsichtsrat – in Erscheinung tritt, sondern von Managern geleitet. An der Spitze des Unternehmens steht Hans L. Merkle, einer der Mitunterzeichner jenes Aufrufs konservativer Wirtschaftsführer gegen die Politik der sozialliberalen Koalition, für den Robert Bosch Senior, der Firmengründer, seinen Namen bestimmt nicht hergegeben hätte.

Alles in allem lässt sich also feststellen, dass von jenem Liberalismus, der noch im frühen 19. Jahrhundert das aufstrebende Bürgertum Badens und Württembergs prägte, bei den zur heutigen Geld- und Machtelite zählenden Erben so gut wie nichts mehr vorhanden ist. Selbst aus den freisinnigen Mittelständlern sind stockkonservative Grossunternehmer oder steinreiche Privatiers mit aristokratischen Neigungen geworden, von dem intakt erhalten gebliebenen hochadligen und reaktionären Grossgrundbesitzertum ganz zu schweigen.

Ganz Ähnliches gilt von den Stadtrepubliken Hamburg und Bremen, denen nachgerühmt wird, sie seien stets Horte der Freiheit und der Demokratie gewesen. Dabei muss auch hier zunächst mit der Legende aufgeräumt werden, die Hansestädte hätten schon immer eine demokratische Verfassung gehabt. Wie es um die innere Freiheit dieser Stadtrepubliken tatsächlich bestellt war, zeigen schon die Wahlgesetze, die dort bis gegen Ende des Ersten Weltkriegs Gültigkeit hatten.

Der Bremer Richter Johannes Bollmann, der 1925 eine vergleichende Untersuchung des in den Hansestädten bis 1918 gültigen Wahlrechts veröffentlichte, meinte zwar, es sei «in den Grundlagen demokratisch» gewesen, da «die Basis für die Formierung der höchsten Staatsorgane unmittelbar oder mittelbar von der Gesamtheit der Bürger gebildet» worden wäre. Aber selbst Richter Bollmann musste einräumen, dass den Verfassungen der Hansestädte «in der Art der Abgrenzung des Bürgerrechts, der Abstufung des Wahlrechts zur Bürgerschaft, der Ausgestaltung der Wahl in den Senat und der lebenslänglichen Stellung der Senatoren ... aristokratische Elemente eingefügt» gewesen seien, «die sich dem Durchdringen des Volkswillens hemmend in den Weg stellen» konnten.

Einfacher ausgedrückt: Keineswegs alle Staatsangehörigen der Hansestädte, sondern nur die wirtschaftlich Bessergestellten, genossen das Bürgerrecht; längst nicht alle Bürger waren wahlberechtigt oder gar wählbar, und das Parlament, die sogenannte Bürgerschaft, konnte nur in Übereinstimmung mit den Senatoren freigewordene Senatsplätze durch Zuwahl auf Lebenszeit ergänzen. Der Senat, nach aussen hin Staatsoberhaupt, innerhalb des Stadtstaates alleinige, kaum kontrollierte Obrigkeit, wählte aus seiner Mitte nach bestimmtem Turnus für jeweils ein Jahr einen Bürgermeister.

In Hamburg bestand der Senat aus 18 Mitgliedern, von denen mindestens neun Juristen und sieben Kaufleute sein mussten. In der Praxis wurde niemand Senator, der nicht zur hauchdünnen Oberschicht sehr wohlhabender Kaufmanns- und Reederfamilien gehörte. Und das in seinen Rechten sehr beschnittene Parlament, die Bürgerschaft, zählte von 1879 an nur noch 160 – vorher 192 – Abgeordnete, die in äusserst geringem Masse dem Volks willen Ausdruck zu verleihen vermochten, gehörten doch auch sie ganz überwiegend zur herrschenden Oberschicht. Dafür sorgte ein im Jahre 1906 nochmals im reaktionären Sinne abgeändertes Wahlrecht: Es teilte die «an sich» gleichberechtigten Bürger, das heisst:

alle männlichen, über 25 Jahre alten Staatsangehörigen, die während der letzten fünf Jahre ein bestimmtes Mindesteinkommen in Hamburg versteuert hatten, in zwei Gruppen ein, nämlich in die der Wohlhabenden, die 48 Bürgerschaftssitze erhielten, und in Minderbemittelte, denen nur 24 zustanden. 8 Abgeordnete wurden von der Landbevölkerung gewählt, 40 von den Eigentümern städtischer Grundstücke, weitere 40 von den sogenannten Notabein, nämlich Senatoren, Mitgliedern der Handelskammer und anderer Behörden, Richtern sowie Abgeordneten der letzten Bürgerschaft. Alles dies zusammen bewirkte, dass die Masse des Volkes von der Wahl ausgeschlossen blieb, der untere bis gehobene Mittelstand maximal 15 Prozent der Abgeordneten wählen konnte und 85 Prozent der Bürgerschaftssitze denen vorbehalten blieben, die als Angehörige der wenigen herrschenden Familien ohnehin das Sagen hatten.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass in Hamburg vor 1918 die Liste der Bürgermeister, Senatoren und sonstigen Notabein nahezu identisch war mit der der hansestädtischen Multimillionäre. In beiden Verzeichnissen dominieren die Namen von Angehörigen der Familien Amsinck, Burchard, Crasemann – die das Abc des Hamburger Reichtums und Einflusses anführten – gleichrangig mit Vertretern der Sippen Sloman, ‚o’Swald, Michahelles, Sieveking, Monckeberg, Blohm, Predöhl, Godeffroy, Gossler, Gobert, Donner, Münchmeyer, Woermann, Ruperti, Siemers oder Westphal, um nur ein paar der wichtigsten Namen zu nennen. Und natürlich waren sie alle miteinander auf das Innigste verwandt und verschwägert.

Senator Otto E. Westphal, um ein Beispiel herauszugreifen, war Teilhaber der Tee-Importfirma G. W. A. Westphal Sohn & Co. und wurde 1912 auf rund 25 Millionen Goldmark steuerpflichtiges Vermögen geschätzt. Das «Jahrbuch der Millionäre» nennt aber noch weitere sieben Mitglieder der Familie Westphal, darunter zwei jüngere Brüder des Senators. Von diesen war der eine, Wilhelm, Teilhaber in der Familienfirma und versteuerte 10 Millionen Goldmark; der andere, Rechtsanwalt Dr. Eduard Westphal, Mitglied der Bürgerschaft und des Vorstands der Anwaltskammer, hatte 2 Millionen Goldmark Vermögen. Eine jüngere Schwester, Emmi, war mit dem Werftbesitzer Hermann Blohm (in Firma Blohm & Voss) verheiratet, dessen Vermögen im Jahre 1912 auf 3,9 Millionen Goldmark taxiert wurde.

Bruder Wilhelm, der Kompagnon des Senators, war mit Maria Amsinck verheiratet und dadurch der Schwager des Bürgermeisters Dr. Heinrich Burchard, der auch eine Amsinck-Tochter zur Frau hatte; Senator Westphal selbst war 1881 die Ehe mit Ida Amsinck eingegangen, einer Kusine seiner Schwägerin. Von den Kindern aus dieser Verbindung hatte sich eine Tochter, Emilie, 1905 mit Hans Crasemann vermählt; ein Sohn, Heinrich, Mitinhaber der Firma G. W. A. Westphal Sohn & Co., war verheiratet mit Margarete Semler, Tochter des Rechtsanwalts und Reichstagsabgeordneten Dr. Johannes Semler, der sich seinerseits mit einer Tochter des Bürgermeisters Dr. Johann Georg Monckeberg vermählt hatte.

Der bereits erwähnte Schwager des Senators Westphal, Bürgermeister Dr. Heinrich Burchard (1852 bis 1912), war ein Sohn des Konsuls Wilhelm Burchard, Teilhabers des 1590 gegründeten Bankhauses Joh. Berenberg, Gossler & Co., und dessen Ehefrau Marianne geborene Gossler, Tochter des Senators Johann Hinrich Gossler und Schwester des (1910 in den preussischen Freiherrenstand erhobenen) Bankiers John von Berenberg-Gossler, der seinerseits mit einer Tochter des Senators Johann Julius Donner verheiratet war; ein Sohn des ersten Barons von Berenberg-Gossler, John Junior, wurde gleichfalls Senator, auch Schwiegervater des Rechtsanwalts Dr. Max Predöhl Junior, eines Sohns des Bürgermeisters Predöhl, dessen Tochter Susanne den Sohn Hans des Senators H. Alfred Michahelles heiratete. Schliesslich war auch der jüngere Bruder des Bürgermeisters Burchard, Herman, mit einer Amsinck-Tochter vermählt, und beider Burchard-Brüder Schwager war ein weiteres Mitglied der Regierung des Stadtstaates, nämlich der Senator und Oberlandesgerichtspräsident E. F. Sieveking, verheiratet mit Olga geborener Amsinck ...

Die Beispiele liessen sich beliebig fortsetzen, doch möge es genügen zu wissen, dass 11 der 18 Mitglieder des Hamburger Senats von 1912 (und ein beträchtlicher Teil der Bürgerschaftsabgeordneten) Goldmark-Millionäre waren; dass sie und ihre eng miteinander versippten Familien die fast unumschränkte politische Macht im Stadtstaat ausübten und zudem – mit zusammen rund 300 Millionen Goldmark Familienvermögen – die Wirtschaft der Hansestadt Hamburg weitgehend beherrschten.

Die unblutige Revolution von 1918 erzwang auch in der Hansestadt eine demokratische Verfassung, die alle Vorrechte der Patri-

zier beseitigte, und seitdem ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen. Aber im Wirtschaftsleben Hamburgs dominieren – wie wir noch sehen werden – wie eh und je die alten, einstmals privilegierten Familien. Entsprechend gross ist auch ihr politischer Einfluss geblieben, wengleich das demokratisierte Wahlrecht dafür gesorgt hat, dass zumeist eine sozialdemokratische Mehrheit regiert.

Von den Westphals war Rechtsanwalt Dr. Jürgen Westphal, ein Urenkel des Bürgermeisters Monckeberg und Enkel sowohl des Senators Otto E. Westphal wie des Reichstagsabgeordneten Dr. Johannes Semler, jahrelang Chefsyndikus der Blohm & Voss AG, daneben Bürgerschaftsmitglied und im Landesvorstand der Hamburger CDU. Heute ist er Minister für Wirtschaft und Verkehr im Kabinett des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg. Ebenfalls Mitglied der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft war bis 1966 Dr. Carl Sieveking; Dr. Kurt Sieveking, geboren 1897, verheiratet mit Ellen geborener Ruperti, war von 1923 bis 1925 Referent im Auswärtigen Amt, später Generalbevollmächtigter des Bankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, nach 1945 zunächst Senatsyndikus, dann Gesandter der Bundesrepublik in Stockholm, von 1953 bis 1957 Erster Bürgermeister und Präsident des Hamburger Senats, danach bis 1965 führendes Mitglied, bis 1962 auch Vorsitzender, der CDU-Bürgerschaftsfraktion; Dr. Johannes Sieveking, verehelicht mit Hildegard geborener Godeffroy, ist Geschäftsführer der zum BP-Konzern gehörenden Ölwerke Julius Schindler; sein Bruder Dr. Friedrich Sieveking, verheiratet mit Eva geborener Monckeberg, ist Bundesrichter. Dr. Johannes Semler Junior schliesslich, dessen Mutter eine geborene Monckeberg war, wurde 1948 als Direktor der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets berühmt durch eine Rede, in der er die Maislieferungen der USA an die hungernde Bevölkerung Westdeutschlands verächtlich als «Hühnerfutter» bezeichnete, woraufhin ihn die amerikanische Militärregierung absetzte. Von 1950 bis 1953 war Dr. Semler dann noch Bundestagsabgeordneter der bayerischen CSU, und heute ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der ARGENTA Internationale Anlagegesellschaft mbH, München, sowie stellvertretender Aufsichtsratspräsident bei J. H. Benecke GmbH, Hannover-Vinnhorst; sein Sohn, Johannes III., ist Vorstandsmitglied von AEG-Telefunken, Aufsichtsratsvorsitzer von F. Küp-

1820. Die Familie Borgnis ist katholisch. Daher sind auch die beiden Töchter des verst. Fhrn. Ernst v. Merd und seiner katholischen Gemahlin im katholischen Glauben erzogen. Alex Borgnis heiratete seine Kousine und ist gegenwärtig neben seinem Schwager Baron Carl v. Merd sowie Ernest Merd und Oskar Ruperti Inh. d. Fa. H. J. Merd & Co.

Alex Borgnis ist Mitgl. d. A. R. d. Direktion d. Diskonto-Gesellschaft, d. Bank f. Chile u. Deutschland, d. Großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft.

Senator Otto Westphal, Theilh. d. Fa. G. W. A. Westphal Sohn & Co., See-Import, Mitgl. d. A. R. d. Deutschen Bank und der Kommanditgesellschaft auf Aktien Blohm & Voß, geb. Hamburg 12. Juli 1853, als zweites der 6 Kinder des am 1. April 1824 gest. R. W. L. Westphal in Fa. G. W. A. Westphal Sohn & Co., vermählte sich 29. Januar 1881 mit Ida Amsind, geb. 1. Dezember 1860, der zweiten Tochter und dem zweiten der 5 Kinder des am 4. Januar 1883 zu Hamburg gest. Kaufmann Heinrich Amsind, und hat aus dieser Ehe folgende 6 am Leben befindliche Kinder:

1. Wilhelm, geb. 3. März 1882, Dr. phil., Physiker, zu Charlottenburg, Niebuhrstr. 11a, verm. mit Olga Meyer-Delius;

2. Heinrich, geb. 11. Mai 1883, Kaufmann, Mitinh. d. Fa. G. W. A. Westphal Sohn & Co., verm. mit Margarete Semler, Tochter d. Rechtsanwalts und Reichstagsabgeordneten Dr. jur. Semler;

3. Emilie, geb. 20. März 1885, verm. 17. Oktober 1905 mit Hans Erasmann, Kaufmann, jüngster Sohn des Kaufmanns Rudolf Erasmann und wie dieser Teilhaber der Fa. Erasmann & Stavenhagen;

4. Alfred, geb. 11. Juli 1887, Kaufmann;

5. Elisabeth, geb. 11. Mai 1896;

6. Mathilde, geb. 27. März 1894.

Der jüngste Bruder des Senators Wilhelm, geb. 24. August 1866, ist gleichfalls Mitinhaber der Fa. G. W. A. Westphal Sohn & Co. Die älteste Schwester des Senators Antonie war mit dem verst. Kaufmann Otto Traun verheiratet. Der jüngere Bruder des Senators Eduard ist Rechtsanwalt und Mitgl. d. Bürgerschaft. Die jüngere Schwester des Senators Emmi ist mit dem Werftbesitzer Herrmann Blohm i. Fa. Blohm & Voß verheiratet. Nicht verheiratet ist die jüngere Schwester Marie Elisabeth.

Senator William Henry O'Swald, Alsterglacis 14, wurde am 11. Januar 1869 in den Senat gewählt und war in den

persbusch Söhne AG und – unter anderem – Verwaltungsratsmitglied der Berliner Handelsgesellschaft-Frankfurter Bank.

Andere Prominente aus Familien, die schon im Kaiserreich zur Geld- und Machtelite der Hansestadt Hamburg gehörten, sind Dr. Alwin Münchmeyer, der langjährige Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags und heutige Präsident des Bundesverbands deutscher Banken, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., vielfacher Aufsichtsratsvorsitzer und Präsident des Hamburger Übersee-Clubs; Heinrich Freiherr von Berenberg-Gossler, Bankier in Firma John. Berenberg, Gossler & Co., Vorsitzter des Aufsichtsrats der Ibero-Amerika-Bank AG und der Wilke-Werke AG, Vorsitzender des Anglo-German Club in Hamburg sowie der Amerika-Gesellschaft, oder auch der (1971 auf mysteriöse Weise ums Leben gekommene) zeitweise Schwiegersohn des Pressemagnaten Axel Caesar Springer, Jochen Scharlach, ehemede in Firma E. H. C. Michahelles & Co.

Die Beispiele für die ungebrochene Kontinuität von Einfluss und Reichtum, auch und gerade der Patrizierfamilien Hamburgs, liessen sich beliebig fortsetzen, und wir werden heutigen Superreichen aus diesem Personenkreis noch an anderer Stelle begegnen. Doch zum Abschluss dieses Kapitels wollen wir uns nun jenem letzten noch verbliebenen Stadtstaat zuwenden, der heute das kleinste der Bundesländer bildet: der Freien Hansestadt Bremen.

«Ich will dem Bremischen Freistaat treu und hold und der Obrigkeit und ihren Gesetzen gehorsam sein.» So lautete der erste Satz des feierlichen Eides, den jeder abzulegen hatte, der ein wahlberechtigter Bürger der Freien Hansestadt Bremen werden wollte. Doch wenn auch die Eidesformel für alle die gleiche war, so hatten doch die Bürger Bremens vor 1918 noch keineswegs gleiche Rechte, zumal nicht bei den Wahlen zur Bürgerschaft. Es wurde nämlich nach Klassen gewählt, und zwar in der ersten Klasse nur von den in der Stadt Bremen wohnenden Bürgern, die auf einer Universität – nicht auch auf einer Technischen oder anderen Hochschule – «eine gelehrte Bildung erworben» hatten; sie entsandten vierzehn der insgesamt 150 Abgeordneten. In der 2. Klasse, die aus den Mitgliedern des Kaufmannskonvents bestand, wurden vierzig Abgeordnete gewählt, in der 3. Klasse, der die Mitglieder des Gewerbekonvents angehörten, weitere zwanzig

Abgeordnete. Insgesamt standen den privilegierten Mitgliedern der Oberschicht und des gehobenen Mittelstandes 82 Bürgerchaftsmandate zu, den Nichtprivilegierten nur 68 Sitze, wobei die Einteilung in insgesamt 8 Klassen auch den reichen Bauern der Umgebung sowie den städtischen Patriziern von Bremerhaven und Vegesack Vorrechte einräumte und insgesamt für ein starkes und gesichertes Übergewicht der Besitzenden über die lohnabhängige Bevölkerung sorgte.

Dabei hatte auch die bremische Bürgerschaft nur begrenzte Rechte; wie in Hamburg lag die Macht im Wesentlichen beim Senat, von dessen sechzehn Mitgliedern mindestens zehn Juristen und drei Kaufleute sein mussten. «Der Spruch, dass Seeluft frei mache», bemerkte hierzu schon Kurt Pritzkolet, «erfuhr durch das verfassungsrechtliche Verhalten der Hansestädte eine überzeugende Widerlegung.»

Auch in Bremen waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts sämtliche Bürgermeister und Senatoren sowie zahlreiche Mitglieder der Bürgerschaft Angehörige einiger weniger Millionärsfamilien, die alle miteinander verwandt und verschwägert waren. Sie hiessen Achelis, Wessels, Melchers, Meyer, Oelrichs, Gildemeister, Rassow, Biermann, Börners, Feuss, Rickmers, Wätjen, Wilkens und Kulenkampff – um nur die wichtigsten zu nennen –, und sie verfügten zusammen über knapp 200 Millionen Goldmark steuerpflichtiges Vermögen, wovon allein auf elf Kulenkampffs zusammen 42 Millionen Goldmark entfielen, auf fünf Mitglieder der Sippe Achelis 38 Millionen und auf vier Angehörige der Familie Wätjen nochmals 30 Millionen Goldmark.

Der Reichste unter den Millionären der Hansestadt war im Jahre 1912 Senator Johannes Christoph Achelis, Seniorchef der Firma John. Achelis & Söhne und Mitglied des Aufsichtsrats der Dresdner Bank; dessen Bruder Fritz, ebenfalls Teilhaber in der Familienfirma, war Vizepräsident des Aufsichtsrats beim Norddeutschen Lloyd; jeder von ihnen verfügte über 14 Millionen Goldmark Privatvermögen. Dritter Teilhaber war Eduard Alfred Achelis mit 8 Millionen Goldmark, und schliesslich gab es noch Justus Achelis Senior, Teilhaber der Leder- und Treibriemenfabrik Justus Achelis & Sohn, sowie Franz Achelis, Alleininhaber der Firma Serre & Co.

Die Firma Justus Achelis & Sohn, gegründet 1660, besteht noch heute; alleiniger Inhaber ist Justus Johs. Achelis. Auch die 1826

gegründete Aussenhandelsfirma Joh. Achelis & Söhne hat sich bis in die Gegenwart erhalten, doch heisst der persönlich haftende Gesellschafter Dr. Heinz Beutler, vormals Teilhaber von C. Melchers & Co. und derzeitiger Vorsitzender des Vereins Bremer Exporteure. Auch C. Melchers & Co., Import und Export, gegründet 1806, besteht noch und erzielte 1970 einen Umsatz von mehr als 100 Millionen Mark; Henning Melchers ist einer der Teilhaber. Den Nachkommen des Senators (und Goldmark-Multimillionärs von 1912) Heinrich F. E. Börners, seinerzeit Hauptteilhaber der Firma Reidemeister & Ulrichs, gehört noch immer diese berühmte, 1831 gegründete Weingrosshandlung. Die als Rickmers Rhederei GmbH firmierende, 1834 gegründete Schiffswerft in Bremerhaven (über 1'000 Beschäftigte; heutige Gesellschafter: Claus, Peter und Christa Rickmers) und ihre Hamburger Tochter-Reederei, die Rickmers-Linie KG, erzielten 1970 rund 100 Millionen Mark Umsatz. Claus J. Wätjen ist heute Vorstandsmitglied der Hapag-Lloyd AG., während Dr. Johannes Kulenkampff, geboren 1901, von 1933 an bis zum Beginn der siebziger Jahre Vorstandsmitglied des Norddeutschen Lloyd war. Von den Kulenkampffs ist weiter zu berichten, dass ihnen die 1884 gegründete Firma Kulenkampff & Konitzky, Import und Export, auch heute noch gehört; dass Hans Ludwig Kulenkampff Oberstleutnant der Reserve der Bundeswehr ist und bis 1969 als Abgeordneter der CDU der Bremer Bürgerschaft angehörte, auch dass Hans-Joachim («Kuli») Kulenkampff, der dieser Sippe entstammt und sehr zum Leidwesen seiner Anverwandten Schauspieler wurde, dem Familiennamen europäische Berühmtheit verschafft hat.

Auch hier liessen sich die Beispiele beliebig vermehren, ohne dass sich an dem Fazit etwas ändert: In Bremen wie in Hamburg, Baden und Württemberg hat der Reichtum und Einfluss der alten Geld- und Machtelite die Kriege, Krisen und Inflationen nahezu intakt überdauert. Das Kaiserreich, die Republik und die Hitler-Diktatur sind untergegangen; das Deutschland von 1914 schrumpfte zusammen und wurde geteilt; die Ersparnisse von Millionen kleinen Leuten gingen zweimal verloren; die alten Städte wurden von Bomben, Brandsätzen und Luftminen zerstört. Doch geblieben ist die alte, zumeist stockkonservative, auf ihre Privilegien pochende Oberschicht, die ihre ererbten Vermögen und angestammten

Machtpositionen in erstaunlich grossem Umfang zu erhalten verstanden hat.

Diese Tatsache wird besonders deutlich, wenn man mit den bereits gesammelten Informationen zu einer neuen Art der Untersuchung übergeht, bei der nicht mehr die Vergangenheit, sondern die Gegenwart als Ausgangsbasis dienen soll.

Möglichkeiten, die Farbe von Raben zu bestimmen

Wer prüfen will, ob alle oder doch die meisten Raben schwarz seien – so pflegte ein berühmter Mathematiker vor seinen Studenten zu scherzen –, der kann alles, was schwarz ist, daraufhin untersuchen, ob es sich vielleicht um Raben handelt; er kann aber auch alle Raben, deren er habhaft zu werden vermag, der Reihe nach examinieren ...

Nachdem wir, von den verschiedensten historischen Situationen ausgehend, in einer Vielzahl von Fällen geprüft haben, ob sich Macht und Reichtum längst vergangener Zeiten bis heute erhalten haben, wollen wir jetzt den umgekehrten Weg einschlagen, nämlich feststellen, ein wie grosser Teil der wirtschaftlichen Macht in der heutigen Bundesrepublik Deutschland bereits im Kaiserreich oder noch früher gebildet worden ist.

Glücklicherweise brauchen wir dazu nicht erst, wie bei dem Scherz des Mathematikprofessors, alle Raben zu fangen und zum Zwecke des Farbvergleichs nebeneinander aufzureihen. Diese mühselige Arbeit hat uns die Presse abgenommen, denn alljährlich erscheinen in zahlreichen Fachzeitschriften, aber auch im Wirtschaftsteil vieler Tageszeitungen und in anderen Periodika, die «Siegerlisten» unserer Leistungsgesellschaft: Mehr oder weniger lange Tabellen, in denen, zumeist unterteilt in verschiedene Bereiche und gestaffelt nach den erzielten Jahresumsätzen, die grössten Unternehmen der Bundesrepublik aufgeführt werden.

Dieselben Blätter pflegen übrigens auch, wenngleich nicht im Zusammenhang mit diesen alljährlich veröffentlichten Listen, ernste und mitunter wehmütige Betrachtungen darüber anzustellen, wie wenig privates Unternehmertum es noch gebe. Da wird dann auf den immer stärker werdenden Einfluss ausländischer, zumeist amerikanischer, Grosskonzerne hingewiesen, die ein bundesdeutsches Privatunternehmen nach dem anderen aufkauften; da ist die Rede von der stetig wachsenden Macht der Manager, auch in den noch nicht von der «Dollarinvasion» erfassten Konzernen der Bundesrepublik, speziell bei Unternehmen, deren Aktien so breit gestreut sind, dass der einzelne Aktionär allenfalls noch Dividende kassieren, aber keinerlei sonstige Eigentümerrechte mehr wahrnehmen könne. Und vor 222

allem heisst es, die Konzentration schreite immer weiter voran und fresse ein selbständiges Unternehmen nach dem anderen; bald werde es überhaupt keine privaten Unternehmer alten Stils mehr geben, sondern nur noch von hemdsärmeligen Topmanagern mit Hilfe von Spezialisten-Stäben verwaltete Mammutkonzerne mit ganzen Armeen von völlig einflusslosen in- und ausländischen Kleinaktionären als Eigentümern. Sicherlich sind alle diese Prognosen zutreffend – es fragt sich nur, inwieweit.

Greifen wir aus der folgenden Tabelle der 300 umsatzgrössten bundesdeutschen Unternehmen – sie ist der Ausgabe vom September 1971 der Zeitschrift «Capital» entnommen, deren Berechnungen am zuverlässigsten erscheinen – die Inhaber von zehn Plätzen im obersten Viertel heraus, etwa die Nummern 46 bis 55, so können wir bereits auf den ersten Blick feststellen, dass – zumindest, was diese Auswahl betrifft – die Ausschaltung des privaten Unternehmertums noch nicht allzu weit fortgeschritten sein kann.

Industrie			1-19
Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1000 DM	Beleg schaft
1 Volkswagenwerk	Auto	15 791 000	190 306
2 Siemens	Elektro	11 763 000	301 000
3 Bayer	Chemie	11 129 000	135 800
4 Farbwerke Hoechst	Chemie	11 080 000	139 460
5 Daimler-Benz	Auto	11 049 283	144 374
6 Thyssen	Stahl	10 880 562	97 616
7 BASF	Chemie	10 520 000	106 776
8 AEG-Telefunken	Elektro	8 542 915	178 000
9 VEBA	Energie/Chemie	8 059 616	53 655
10 Ruhrkohle	Bergbau	7 600 000*	186 575
11 Mannesmann	Röhren	7 363 000	88 233
12 Gutehoffnungshütte	Maschinen/Lkw	6 343 608	96 200
13 Fried. Krupp	Stahl	6 024 000	80 340
14 Robert Bosch	Elektro	5 500 000	119 400
15 RWE	Energie	5 442 043	54 587
16 Flick-Gruppe	Chemie/Papier	5 425 309	75 317
17 Esso	Mineralöl	5 274 203	5154
18 Adam Opel	Auto	5126 318	58 651
19 Metallgesellschaft	NE-Metalle	5 097 923	35 932

♦ geschätzt

Industrie

20-57

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1 000 DM	Beleg- schaft
20 Salzgitter	Stahl/Werft	5 012 212	28 649
21 Rhein Stahl	Stahl/Masch.	4 765 552	71 103
22 Ford-Werke	Auto	4 642 532	53 407
23 Deutsche Shell	Mineralöl	4 585 905	5 763
24 Hoesch	Stahl	4 546 793	53 050
25 Deutsche Unilever	Nahrung	4 525 703	45116
26 Reemtsma/Roth-Händle	Tabak	3 737 564	6 428
27 Gelsenberg	Mineralöl	3 502 000	12 643
28 BP	Mineralöl	3 304 974	6 402
29 Henkel	Chemie	3 300 000	32 000
30 IBM Deutschland	Elektronik	3 067 000	22 459
31 Deutsche Texaco	Mineralöl	2 736 868	8 468
32 BAT	Tabak	2 430 000	4 700
33 Deutsche Philips	Elektro	2 334 005	34 789
34 Quandt-Gruppe	Elektro/Masch.	2 300 000*	27 900
35 Degussa	NE-Metalle	2 262 578	18 742
36 Klöckner-Werke	Stahl	2186 285	31 377
37 Köckner-Humboldt-Deutz	Masch./Fahrz.	2147 777	31 573
38 Martin Brinkmann	Tabak	2 060 937	5 267
39 Röchling-Gruppe	Stahl	1 889 000	36 300
40 BBC	Elektro	1 887 775	42 200
41 Glanzstoff	Chemie/Textil	1 771 408	28 553
42 SEL	Elektro	1 717 387	36 826
43 BMW	Auto	1 693 462	23132
44 VIAG	NE-Metalle	1 679 790	22 724
45 Mobil Oil	Mineralöl	1 639 209	299
46 Wilh. Werhahn	Düngemittel/ Bau/Maschinen	1 600 000*	9 500
47 Continental Gummi	Reifen	1 591 067	27 844
48 Stumm AG	Stahl	1 580 000*	25100
49 Norddeutsche Affinerie	NE-Metalle	1 552 035	3 238
50 DEMAG	Maschinen	1 520 000	27 400
51 Saarberg-Gruppe	Kohle/Erze	1 478 898	30 853
52 Stahlwerke Südwestfalen	Stahl	1 474 753	16 230
53 Preussag	NE-Metalle	1 472 000	20 646
54 Hüls-Gruppe	Chemie	1 430 700	15 370
55 Freudenberg	Dichtungen, Vliesstoffe	1 251 000	24 000
56 VEW	Energie	1 240 497	5 852
57 Deutsche Babcock & Wilcox	Masch./Kessel	1 197 862	21 390

* geschätzt

Industrie

58-93

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1'000 DM	Beleg- schaft
58 Grundig-Gruppe	Elektro	1 108100	27 764
59 Eschweiler Bergwerks- Verein	Kohle	1 106 296	23 786
60 Oetker	Nahrung	1 100 000*	23 000
61 Metzeler	Gummi	1 096 437	23 045
62 Boehringer/Ingelheim	Pharma	1 043 000	14 744
63 Schering	Chemie	1 034 575	15 576
64 Carl-Zeiss-Stiftung	Optik/Foto	1 033 000	33 910
65 Axel Springer	Verlag	990 000*	13 000
66 Philip Holzmann	Bau	987 717	20 300
67 Zahnradfabrik Friedrichs- hafen	Kfz-Getriebe	977 000	17 996
68 Nestlé Unternehmungen	Nahrung	972 900	8 201
69 Felten & Guilleaume	Kabel/Draht	963 000	19 486
70 VFW-Fokker	Flugzeugbau	945199	20 296
71 FAG Kugelfischer	Wälzlager	941 000	25 000
72 Bergmann-El.-Werke	Elektro	926 240	20 579
73 Messerschmitt-Bölkow- Blohm	Luft-/Raumfahrt	917 000	20 800
74 Papierwerke Waldhof- Aschaffenburg	Papier	849 500	14 400
75 Dillinger Hütte	Stahl	840 756	5 577
76 Rütgerswerke	Chemie	832171	11 259
77 Hochtief	Bau	822 602	22 683
78 Linde	Kühlaggregate	761 000	12 600
79 Schmalbach-Lubeca	Verpackung	759 000	12 760
80 Strabag	Bau	756 725	15 507
81 SKF Kugellagerfabriken	Wälzlager	752 320	16 285
82 Maizena-Gruppe	Nahrung	750 000	5 500
83 Diehl	NE-Metalle	748 000	14 500
84 Sachs-Gruppe	Fahrzeugzubeh.	747 814	17 283
85 Bauknecht	Elektro	728 000	13 000
86 C. Bertelsmann	Verlag	712 000	13193
87 Osram-Gruppe	Elektro	711 500	21 628
88 Joh. Jacobs & Co.	Nahrung	710 000	3100
89 E. Merck	Pharma	698 453	8 000
90 Neunkircher Eisenwerk	Stahl	687 261	11 899
91 Gruner + Jahr	Verlag	675100	6 397
92 Hamburgische Electricitäts-Werke	Energie	674 015	5 696
93 Triumph International	Textil	661 477	22 420

* geschätzt

Industrie

94-129

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1 000 DM	Beleg- schaft
94 Teves-Gruppe	Fahrzeugteile	647 456	12 760
95 Melitta-Werke	Papier	636 000	8 600
96 Wacker-Chemie	Chemie	628 100	7 815
97 FINA-Gruppe	Mineralöle	621 168	620
98 Mielewerke	Elektro	620 000	9 950
99 Heinrich Bauer Verlag	Verlag	600 000	5 000
100 SüddeutscherZucker	Nahrung	594 818	3 750

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1000 DM
101 Villeroy & Boch	Keramik	579 400
102 Berliner Kraft- und Licht	Energie	572 285
103 Schweisfurth	Nahrung	570 000*
104 Phoenix Gummiwerke	Reifen	570 474
105 T u. N. Lehner & Co.	Elektro	559 795
106 Orenstein & Koppel	Baumaschinen	559 731
107 Burda-Verlag	Verlag	550 000*
108 Badenwerk	Energie	545 050
109 Grünzweig 4-Hartmann	Bau	544 075
110 Flachglas Delog-Detag	Glas	529 936
111 Hans Liebherr-Gruppe	Maschinen	529 000
112 Didier-Werke	Feuerfest-Stoffe	519 040
113 Bayernwerk	Energie	511 807
114 Wieland-Werke	NE-Halbzeug	508 680
115 AG der Gerresheimer Glashüt- tenwerke	Verpackung	507 326
116 Vorwerk	Elektro/Textil	500 000*
117 Duisburger Kupferhütte	NE-Metalle	497106
118 J. M. Voith	Maschinen	491 000
119 HAG	Nahrung	490 191
120 Dyckerhoff & Widmann	Bau	486 093
121 Salamander	Schuhe	484 730
122 Dyckerhoff Zementwerke	Baustoffe	474 650
123 Portland Zementwerke	Baustoffe	472 600
124 Allgäuer Alpenmilch	Nahrung	471 386
125 Ed. Züblin	Bau	471 000
126 International Harvester	Land-/Baumasch.	464 256
127 Benteler-Werke	Eisen/Stahl	458 400
128 Wayss & Freytag	Bau	453 000
129 Bahlsen	Nahrung	450 586

* geschätzt

Industrie

130-167

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1000 DM
130 Dierig	Textil	450 000
131 Pfeifer à Langen	Nahrung	450 000*
132 Eau de Cologne 4711	Kosmetik	440 000*
133 Gerrit van Delden	Textil	437 000
134 Beiersdorf	Chemie	436 928
135 Techn. Werke der Stadt Stuttgart	Energie	436 642
136 Günther Wagner Pelikan-Werke	Bürobedarf	435 000
137 Knorr-Bremse	Maschinen	432 000
138 Boehringer Mannheim	Pharma	430 000
139 Dortmunder Union	Getränke	427 871
140 Porsche	Auto	420 000
141 Schulte à Dieckhoff	Textil	420 000
142 3M-Deutschland	Chemie	420 000*
143 J.F.Adolff-Gruppe	Textil	407 700
144 Dunlop	Gummi	406153
145 Eckes-Gruppe	Spirituosen	404 300
146 Schultheiss-Brauerei	Brauerei	398 612
147 Rasselstein	Stahl	391 682
148 Beton- und Monierbau	Bau	390 805
149 Trumpf Leonhard Monheim	Nahrung	390 000*
150 Klein, Schanzlin & Becker	Maschinen	387 586
151 Dornier-Gruppe	Flugzeugbau	386 400
152 Otto Fuchs	NE-Metalle	381 246
153 Eternit	Baustoffe	380 000
154 Gebr. Claas	Maschinen	374 000
155 Deutsche Industrieanlagen Gesellschaft	Maschinen	370 000*
156 VDO Tachometer Werke	Feinmechanik	360 000*
157 Heinrich Auer Mühlenwerke	Nahrung	359 007
158 Kali-Chemie	Chemie	358 409
159 Bohlen Industrie	Chemie	358 200
160 Triumph Werke	Büromaschinen	356144
161 Hartmann & Braun	Elektro	355 000
162 DLW-Aktiengesellschaft	Bodenbeläge	354 475
163 Braun-Gruppe	Elektro	354 000
164 Stahl- und Röhrenwerk Reisholz	Stahl	352 900
165 Stadtwerke Düsseldorf	Energie	350 379
166 Deutsche Vergaser	Gerätebau	346 000
167 Th. Goldschmidt	Chemie	343 380

* geschätzt

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1000 DM
168 R. & A. Becker	Textil	340 000*
169 Röhm	Chemie	339 036
170 Kodak	Foto	339 509
171 Isar-Amperwerke	Energie	337 601
172 Hoffmann-La Roche	Pharma	335 239
173 Haindl Papier Ges.	Papier	333 000
174 W. Karmann-Gruppe	Fahrzeugbau	331 300
175 Th. Wuppermann	Stahl	329 000
176 Girmes-Werke	Textil	315 000
177 G. M. Pfaff-Gruppe	Maschinen	308 000
178 NINO	Textil	307 100
179 Anker-Werke	Maschinen	302 348
180 Grün & Bilfinger	Bau	302 000
181 Schwarzkopf	Kosmetik	300 800
182 Rhein. Nadelfabriken	Metall	300 000*
183 W. C. Heraeus-Gruppe	NE-Metalle	299 000
184 SABA	Elektro	295 600
185 Südmilch	Nahrung	293 024
186 Deutsche Rhodiaceta	Chemiefaser	290 670
187 Christian Wirth-Gruppe	Textil	288 900
188 Württembergische Metall- warenfabrik	Hausrat	287 500
189 Ruhrchemie	Chemie	286 719
190 Dr. Kurt Herberts & Co.	Chemie	281 100
191 Werner & Pfleiderer	Maschinen	285 000
192 Honeywell	Meß-/Regeltechnik	280 000*
193 Bremer Vulkan	Schiffbau	279 987
194 Rosenthal-Gruppe	Porzellan	279 000
195 Heinrich Nicolaus	Papier	274 000
196 Ölmühle Hamburg	Nahrung	270 000*
197 Neckarwerke	Energie	267 598
198 Stadtwerke Bremen	Energie	266 093
199 Hamburger Gaswerke	Energie	261 000
200 Gebr. Böhler & Co.	Eisen/Stahl	259 994
201 J. H. Benecke	Kunststoff	257 492
202 Dt. Continental-Gas- Gesellschaft	Energie	256 776
203 Roland Offsetmaschinen	Maschinen	252 842
204 Knauf	Gips	250 000
205 Danzer-Gruppe	Holz	250 000*

* geschätzt

Industrie		206-230
Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1000 DM
206 Pegulan-Werke	Kunststoff	249 000
207 Jagenberg-Werke	Maschinen	247 725
208 Lemmerz-Werke	Autozubehör	247 000
209 Mauser-Werke	Maschinen	245 000
210 Goetzwerke	Kolbenringe	243 310
211 Massey-Ferguson	Maschinen	240 493
212 A. Ahlers	Textil	240 000*
213 X. Fendt & Co.	Maschinen	240 000*
214 Winkler-Gruppe	Textil	240 000*
215 Salzdetfurth	Kali	239 023
216 Erba	Textil	238 454
217 Beck & Co.	Getränke	235 000
218 Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG	Energie	233 038
219 Kässbohrer	Fahrzeuge	232 690
220 Unifrank	Nahrung	230 000
221 Hornschuch	Kunststoff	230 000*
222 Busch-Jaeger	NE-Metalle	223 000
223 CIBA	Pharma	220 800
224 Fritz Homann	Nahrung	210 000*
225 Elektromark	Energie	205 549
226 Val. Mehler	Textil	192 300
227 Vereinigte Seidenwebereien	Textil	187 770
228 Kübel	Holz	185 366
229 Seidensticker	Textil	180 000
230 Doornkaat	Nahrung	179 484

* geschätzt

Schon die erste Firma, die Wilhelm Werhahn OHG (46) in Neuss, mit 1,6 Milliarden Mark Jahresumsatz und fast 10'000 Beschäftigten, ist ein reines Familienunternehmen, und zwar seit 1838, so dass die Inhaber durchaus der alten Geld- und Machtelite zugeordnet werden können.

Bei der nächsten Firma, der 1871 gegründeten Continental Gummiwerke Hannover AG (47), die ebenfalls 1,6 Milliarden Mark Jahresumsatz erzielte und rund 27'000 Beschäftigte zählt, ist der Eindruck zunächst, dass es sich hier um ein Unternehmen in Bank- und Streubesitz handelt: über 25 Prozent des Aktienkapitals sind im Portefeuille der Deutschen Bank AG, und daneben scheint es keinen anderen Grossaktionär zu geben. Doch schon der zweite Blick zeigt, dass dieser Eindruck trügt, denn

von den fünf Aufsichtsräten, die keine Arbeitnehmersvertreter sind, ist einer, Wilhelm Groben, der Generalbevollmächtigte von Frau Martha Juric, verwitweter von Opel. Da die zur alten Geld- und Machtelite zählenden Opel-Erben bis vor Kurzem die einzigen Grossaktionäre des Unternehmens waren und nur von dem verstorbenen Georg von Opel bekannt ist, dass er seinen Anteil von 10 bis 12 Prozent einige Monate vor seinem Tode verkauft hat, so ist anzunehmen, dass dessen Schwägerin und vielleicht auch noch andere Familienmitglieder weiterhin mit mindestens 10 Prozent an Conti-Gummi beteiligt sind.

Was die Stumm AG (48) betrifft, so gehört dieses Unternehmen, das gleichfalls 1,6 Milliarden Mark Jahresumsatz erzielte und über 25'000 Beschäftigte zählt, zu 86 Prozent den Stumm-Erben, im Übrigen den Erben des Stahlhändlers Otto Wolff, also zwei der alten Geld- und Machtelite zuzurechnenden Personenkreisen, die von dem im Mai 1972 der Ostverträge wegen aus der FDP ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Knut von Kühlmann, Freiherrn von Stumm auf Ramholz, und von dem derzeitigen Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags, Otto Wolff von Amerongen, angeführt werden.

Die Norddeutsche Affinerie (49), gegründet 1866, mit 1,5 Milliarden Mark Jahresumsatz und rund 3'000 Beschäftigten, gehört zu je 40 Prozent der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt (DEGUSSA) und der Metallgesellschaft AG, beide in Frankfurt am Main. Doch die DEGUSSA, gegründet 1843, die mit 2,3 Milliarden Mark Jahresumsatz und fast 19'000 Beschäftigten auf Platz 35 der Tabelle zu finden ist, hat als massgeblichen Hauptaktionär die Familie Henkel, deren Düsseldorfer Waschmittelkonzern mit 3,3 Milliarden Mark Jahresumsatz und 32'000 Beschäftigten den 29. Tabellenplatz einnimmt. Und da die Familie Henkel auch an der Metallgesellschaft über 5 Milliarden Mark Umsatz; 36'000 Beschäftigte; Tabellenplatz 19 – mit etwa 10 Prozent des Aktienkapitals beteiligt ist, dürfen wir den zur alten Geld- und Machtelite zählenden Henkel-Erben den stärksten Einfluss auf die Norddeutsche Affinerie zusprechen.

Bei der DEMAG AG (50), gegründet 1819, die 1,5 Milliarden Mark Jahresumsatz erzielte und über 27'000 Beschäftigte hat, ist die gleichfalls zur alten Elite gehörende Familie Reuter massgeblich und mit mindestens 15 Prozent des Aktienkapitals beteiligt; Diplomingenieur Hans Reuter ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender; Wolfgang Reuter ist Vorsitzender des Vorstands, und daneben gibt es – soweit die Zusammensetzung des

sichtsrats dies erkennen lässt – nur noch drei wesentliche Einflüsse: den der Thyssen-Gruppe, vertreten durch Hans-Günter Sohl; den der Deutschen Bank AG, repräsentiert durch Dr. Alfred Herrhausen, und den der Familie Voith in Heidenheim an der Brenz, die von Senator Hugo Rupf ihre Interessen wahrnehmen lässt.

Die Saarberg-Gruppe (51) ist hundertprozentig in öffentlichem Besitz, teils des Bundes, teils des Saarlandes. Die Stahlwerke Südwestfalen AG (52) in Hüttental-Geisweid mit etwa 1,4 Milliarden Mark Jahresumsatz und über 16'000 Beschäftigten gehört zur knappen Hälfte dem Münchener Bankier August von Finck, und zwar zu 37 Prozent unmittelbar (über seine Agricola Verwaltungsgesellschaft), im Übrigen mittelbar über die mit 31 Prozent an Südwestfalen beteiligte Allianz-Versicherungs AG, von der August von Finck ein beachtliches Aktienpaket hält; nur eine Schachtelbeteiligung von 26 Prozent liegt beim Hoesch-Konzern, an dem die Familie Werhahn partizipiert.

Was die Preussag AG (53) angeht, so ist dort als einziger Grossaktionär die Westdeutsche Landesbank Girozentrale festzustellen, und an der Chemische Werke Hüls AG (54) ist der Bund mit rund einem Drittel des Aktienkapitals beteiligt, die Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, mit ebenfalls einem Drittel; der Rest der Aktien ist in Streubesitz. Was aber den letzten Listenplatz dieser willkürlichen Auswahl betrifft, die Firma Carl Freudenberg (55) in Weinheim an der Bergstrasse, so wissen wir bereits, dass dieses Unternehmen – 1,25 Milliarden Mark Jahresumsatz; rund 24'000 Konzernbeschäftigte – im Besitz der Familie Freudenberg ist.

Von den zehn Beispielen wären also sieben atypisch, falls die Pauschalurteile, den erreichten Grad der Überfremdung, Konzentration, Verstaatlichung oder des Übergangs zu reiner Managerherrschaft bei weitgestreutem Aktienbesitz betreffend, als richtig angesehen werden könnten. Denn keines der zehn Grossunternehmen ist in Auslandsbesitz; Bund und Länder sind nur an einem Konzern zu 100 Prozent, an einem weiteren zu einem Drittel beteiligt, und sechs der Grossfirmen, die wir in der Reihenfolge ihrer Listenplätze untersucht haben, sind ganz oder überwiegend im Besitz einzelner Familien; an einem siebten ist eine Familie – von Opel – erheblich beteiligt.

Bemerkenswert ist ferner, dass die insgesamt zehn Unternehmer- oder Grossaktionärsfamilien – Werhahn, Stumm, Wolff,

Henkel, Reuter, Thyssen, Voith, von Finck, Freudenberg und von Opel –, die allein mit den untersuchten zehn Grossfirmen zusammen fast 7 Milliarden Mark Jahresumsatz erzielten und über 95'000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen*, sämtlich zur alten Geld- und Machtelite gehören. Deren Beteiligung an den Unternehmen der bundesdeutschen Industrie beliefe sich also, falls sich unsere willkürliche Auswahl als repräsentativ erweisen sollte, auf rund zwei Drittel.

Machen wir eine zweite, die erste ergänzende Probe, indem wir nochmals zehn aufeinanderfolgende Listenplätze, diesmal aus dem letzten Viertel, nämlich 201 bis 210, sowie 5 aus der Spitzengruppe, die Plätze 3, 6, 9, 12 und 15, genauer untersuchen. Beginnen wir mit den Umsatzriesen, so finden wir auf Platz 3 – nach VW und Siemens – die Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, mit 11,13 Milliarden Mark Jahresumsatz und über 135'000 Beschäftigten. Die Aktien dieses IG-Farben- Nachfolgeunternehmens sind sehr weit gestreut, und es gibt dort keinen massgebenden Grossaktionär. Platz 6 wird vom Thyssen-Konzern eingenommen, der einen Jahresumsatz von 10,88 Milliarden Mark zu verzeichnen hatte und rund 98'000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die einzigen Grossaktionäre des 1890 von August Thyssen gegründeten Unternehmens sind die Fritz Thyssen Stiftung (rund 11 Prozent) und (über die Thyssen Vermögens Verwaltung GmbH) Gräfin Anita de Zichy geborene Thyssen (rund 26 Prozent).

Den 9. Listenplatz nimmt die VEBA AG ein, die zu rund 40 Prozent dem Bund gehört, zu rund 60 Prozent in Streubesitz ist. Auf Platz 12 findet sich der Gutehoffnungshütte-Konzern (GHH) mit 6,34 Milliarden Mark Jahresumsatz und über 96'000 Beschäftigten, eine Fortführung der unter der Firma Jacobi, Haniel & Huysen zu Sterkrade seit 1808 betriebenen Unternehmungen. Der GHH-Konzern gehört noch heute mehrheitlich den Nachkommen der Gründer, insbesondere der Familie Haniel; daneben gibt es nur noch einen Grossaktionär, nämlich die Allianz-Gruppe.

Den Listenplatz 15 kann der Konzern der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) mit 5,44 Milliarden Mark Jahresumsatz und rund 55'000 Beschäftigten beanspruchen. RWE ist weitgehend in öffentlicher Hand, daneben grösstenteils in Streu-

* Wo es sich nicht um hundertprozentigen Familienbesitz handelt, werden nur die Anteile der Familien am Umsatz und an der Beschäftigtenzahl (entsprechend dem Anteil am Aktienkapital) in Ansatz gebracht.

besitz. Es gibt nur einen privaten Grossaktionär, der zirka 10 Prozent der RWE-Anteile auf sich vereinigt, nämlich die Familien-OHG Wilhelm Werhahn, Neuss, im RWE-Aufsichtsrat vertreten durch Heribert Werhahn.

Begeben wir uns nun zur Vervollständigung unserer Probe von den Riesen zu den (relativen) Zwergen, so steht an 201. Stelle der Rangliste die Firma J. H. Benecke GmbH in Hannover-Vinnhorst mit 260 Millionen Mark Jahresumsatz und rund 3'000 Beschäftigten. Das 1718 gegründete Unternehmen, eines der ältesten der Bundesrepublik, stellt heute vornehmlich Kunststoffserzeugnisse («Azella») her und befindet sich ganz im Besitz der Familien Benecke, Schwarz und Burgdorf.

Den Listenplatz 202 nimmt die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft ein, für die ein Jahresumsatz von 260 Millionen Mark und eine Beschäftigtenzahl von 2'000 angegeben sind. Rechnet man jedoch die wesentlichen Beteiligungen mit ein, so erzielte der Conti-Gas-Konzern über 600 Millionen Mark Jahresumsatz und hat rund 12'000 Beschäftigte. Grossaktionäre sind mit rund 32 Prozent des Aktienkapitals die Allianz-Versicherungs AG und mit über 25 Prozent die J. M. Voith GmbH, Heidenheim, also die Familie Voith.

Auf Platz 203 folgt die Roland Offsetmaschinenfabrik Faber & Schleicher AG in Offenbach mit rund 250 Millionen Mark Jahresumsatz und über 3'500 Beschäftigten. Mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals dieses Unternehmens liegt – über M.A.N. – beim GHH-Konzern, also vornehmlich bei der Familie Haniel, in geringerer Masse bei der Allianz-Gruppe. Die nächsten sind – auf Platz 204 – Gebrüder Knauf Westdeutsche Gipswerke mit Hauptsitz in Iphofen (Mainfranken), rund 250 Millionen Mark Jahresumsatz und etwa 2'200 Beschäftigten, ein reines Familienunternehmen, das seinen Ursprung vor dem Ersten Weltkrieg in Lothringen hatte. Auf Platz 205 folgt die Danzer-Gruppe mit Hauptsitz in Reutlingen und Zweigwerk in Kehl, ein Unternehmen der Holzverarbeitenden Industrie mit schätzungsweise 250 Millionen Mark Jahresumsatz und rund 1'500 Beschäftigten, das im alleinigen Besitz der Familie Danzer ist.

Auf Platz 206 finden wir die Pegulan-Werke, ein Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie mit Hauptsitz in Frankenthal in der Pfalz, knapp 250 Millionen Mark Jahresumsatz und etwa 2'200 Beschäftigten, das vornehmlich PVC-Bodenbeläge herstellt und mehrheitlich der Familie Ries gehört.

Die 1878 gegründeten Jagenbergwerke (207) mit Sitz in Düsseldorf, rund 250 Millionen Mark Jahresumsatz und 2'600 Beschäftigten, stellen Papier- und Verpackungsmaschinen her und gehören zu etwa zwei Dritteln der Familie Meyer-Jagenberg.

Den Platz 208 nehmen die Lemmerz-Werke in Königswinter ein, die vornehmlich Räder und Felgen für die Autoindustrie produzieren, ebenfalls rund 250 Millionen Mark Jahresumsatz erzielten und 2'500 Beschäftigte haben. Das Unternehmen ist im alleinigen Besitz der Familie Lemmerz.

Es folgen die Mauser-Werke in Oberndorf am Neckar nebst Tochtergesellschaften Mauser-Schaerer und MZB-Messzeug, deren gemeinsamer Jahresumsatz bei rund 245 Millionen Mark lag und die schätzungsweise 3'000 Beschäftigte zählen. Sie gehören zur Quandt-Gruppe, die ihrerseits im alleinigen Besitz der Familie Quandt ist. Bleiben als letzte noch die Goetzwerke (210) in Burscheid mit 240 Millionen Mark Jahresumsatz und rund 5'600 Beschäftigten. Das Unternehmen, das auf die Produktion von Kolbenringen spezialisiert ist, gehört ganz der Familie Goetze.

Damit ist die zweite Probe abgeschlossen, und die Auswertung ergibt folgendes Bild: Von den untersuchten fünf Mammut- und zehn kleineren Konzernen sind nicht weniger als neun ganz oder überwiegend im Besitz einzelner Familien; bei vier weiteren Grossunternehmen haben einige wenige Erben zwar nicht die Mehrheit, aber einen massgebenden Anteil am Aktienkapital. Und nur zwei der untersuchten Konzerne sind in breitem Streu-, teilweise auch in Bundesbesitz. Bei keinem einzigen Unternehmen der zweiten Probe gab es ausländische Mehrheitsaktionäre.

Insgesamt erzielten die dreizehn Unternehmer- oder Grossaktionärsfamilien, die bei der zweiten Prüfung zum Vorschein kamen, mit den betreffenden Konzernen – anteilig gerechnet – rund 9,5 Milliarden Mark Jahresumsatz, und sie beschäftigen – wiederum entsprechend ihrem prozentualen Anteil am Kapital – insgesamt nahezu 120'000 Arbeiter und Angestellte.

Addiert man nun die Ergebnisse der ersten und der zweiten Probe, so erhält man eine Übersicht über 25 Firmen oder genau 10,8 Prozent der in den Tabellen aufgeführten insgesamt 230 grössten bundesdeutschen Industrieunternehmen, und zwar in einer Auswahl, die als beinahe repräsentativ gelten kann.

Die Resultate sind erstaunlich: Von den untersuchten 25 Gross-

firmen ist nur eine einzige in ausländischem Besitz; nur fünf gehören ganz oder massgeblich der öffentlichen Hand oder sind in sehr breitem Streubesitz; neunzehn Unternehmen (oder 76 Prozent) sind ganz, mehrheitlich oder doch massgeblich im Besitz privater Unternehmer oder Grossaktionärsfamilien, häufig seit mehr als einem Jahrhundert, in einigen Fällen seit über 150, ja sogar seit mehr als 200 Jahren.

Ihren Anteilen entsprechend erzielten die ermittelten 21 Sippen – Werhahn, von Opel, von Stumm, Wolff, Henkel, Reuter, Thyssen, von Finck, Voith, Freudenberg, Haniel, Huyssen, Jacobi, Benecke, Quandt, Goetze, Lemmerz, Meyer-Jagenberg, Ries, Danzer und Knauf – mit den untersuchten 25 Industrieunternehmen einen Jahresumsatz von zusammen 16 bis 17 Milliarden Mark, und sie beschäftigen – nur im Bereich unserer Probe, die in etlichen Fällen die industriellen Stammsitze der betreffenden Familien gar nicht erfasst hat – insgesamt etwa 215'000 Arbeiter und Angestellte.

Rechnet man nun bei der Familie Quandt deren vierzehnprozentigen Anteil an der Daimler-Benz AG (Listenplatz 5; 11 Milliarden Mark Jahresumsatz; 144'000 Beschäftigte) hinzu, sodann den fast siebzigprozentigen Quant-Anteil an BMW (Platz 43; 1,7 Milliarden Mark Umsatz; 23'000 Beschäftigte), des Weiteren eine sehr starke Quandt-Beteiligung an Busch-Jaeger Dürener Metallwerke AG, Lüdenscheid (Platz 222; 220 Millionen Mark Umsatz; 3'600 Beschäftigte), und – last not least – die eigentliche Quandt-Gruppe (Listenplatz 34; 2,3 Milliarden Mark Umsatz; 28'000 Beschäftigte) mit den Stammunternehmen Draeger, VARTA, Byk-Gulden, IWK und so weiter, so ergibt sich allein für die Familie Quandt eine Erhöhung ihres Industrieumsatz-Anteils um rund 5,2 Milliarden Mark, ihres Anteils an der Beschäftigtenzahl um über 67'000. Die in unserer Probe nur mit ihrer indirekten Beteiligung an der Norddeutschen Affinerie (49) berücksichtigte Familie Henkel hält ausserdem die schon erwähnten Beteiligungen an der DE-GUSSA (35) und an der Metallgesellschaft (19) sowie – gemeinsam mit der Fürstenfamilie Thurn und Taxis – eine Minderheitsbeteiligung an der Flachglas-Delag-Detag (Platz 110). Vor allem aber gehört ihr allein der Henkel-Konzern (Platz 29; 3,3 Milliarden Mark Jahresumsatz; 32'000 Beschäftigte), wodurch sich, alles in allem, der Umsatzanteil der Familie Henkel um rund 5 Milliarden Mark erhöht, ihr Anteil an der Beschäftigtenzahl um etwa 46'000.

In die Neunkircher Eisenwerk AG (90) teilen sich die Stumm- und die Otto-Wolff-Erben, so dass sich deren Anteile am ersten Probenergebnis um 700 Millionen Mark Jahresumsatz und 12'000 Beschäftigte erhöhen. Bei der Rasselstein AG, Neuwied (147), sind Otto Wolff von Amerongen und Familie Thyssen die alleinigen Aktionäre, und das Resultat erhöht sich abermals – um 390 Millionen Mark Jahresumsatz und rund 3'000 Beschäftigte.

An der AG der Dillinger Hüttenwerke (Platz 75; 840 Millionen Mark Umsatz; 5'500 Beschäftigte) sind die Wolff- und Stumm-Erben wiederum mit einem Drittel beteiligt, und die Rütgerswerke (Platz 76; 830 Millionen Mark Umsatz; 11'000 Beschäftigte) gehören teilweise und indirekt den Familien Voith und Thyssen. Adiiert man alle nicht von der Probe erfassten Industriebeteiligungen jener 21 Sippen, so ergibt sich folgendes Bild: Durch weitere Beteiligungen der Familien Thyssen, Haniel, Werhahn, von Stumm, Quandt, Henkel, Voith, von Finck und Wolff an Industrieunternehmen der Bundesrepublik, die in der Tabelle aufgeführt sind, erhöht sich die Summe der Jahresumsätze aller von unserer Probe erfassten 21 Sippen um 14,8 Milliarden auf über 31 Milliarden Mark, die Anzahl der Beschäftigten um 188'000 auf über 400'000. Und dabei sind Beteiligungen dieser Familien an Banken, Handelsunternehmen oder Dienstleistungsbetrieben noch gar nicht berücksichtigt, ganz zu schweigen davon, dass einige der bedeutendsten Grossindustriellenfamilien, beispielsweise v. Siemens, Bosch, Oetker, Sachs oder Flick, von der Probe gar nicht erfasst wurden.

Ehe wir uns nun erst einmal einem anderen Bereich, dem Handel, zuwenden, sei bereits auf eine bemerkenswerte Tatsache hingewiesen: Alle diejenigen Familien, deren sonstige Beteiligungen das Ergebnis der Probe annähernd verdoppelt haben, sowie nicht weniger als 17 der insgesamt 21 Sippen, die überhaupt ermittelt wurden, gehörten bereits vor 1914 zur alten Geld- und Machtelite des Kaiserreichs. Wir werden sehen, ob dieser Umstand blosser Zufall ist oder ob er als symptomatisch gelten kann.

Von den fünfzig grössten bundesdeutschen Handelsunternehmen, die im Anschluss an die Liste der 230 umsatzstärksten Industriekonzerne in einer besonderen Tabelle aufgeführt sind, haben zwölf die Rechtsform von Genossenschaften oder sind genossen-

schaftsähnliche Zusammenschlüsse, die für unsere Untersuchung nicht in Betracht kommen; acht Unternehmen sind ganz in ausländischem Besitz, wobei es sich meist um die Verkaufsorganisationen ausserhalb der Bundesrepublik gelegener Konzerne handelt.

Unter den verbleibenden dreissig Handelsriesen finden wir einige, die Familien gehören, denen wir bereits mehrfach begegnet sind, beispielsweise – auf Platz 17 – die Franz Haniel & Cie. GmbH, gegründet 1756, die mit 1,6 Milliarden Mark Jahresumsatz und rund 5'000 Beschäftigten zu 99 Prozent im Besitz von Mitgliedern der Familie Haniel ist, ferner die Otto Wolff AG (10), ein 1904 gegründetes, zu 100 Prozent in Familienbesitz der Wolff-Erben befindliches Montan-Handelsunternehmen mit 2,9 Milliarden Mark Umsatz.

Auch die zweitgrösste bundesdeutsche Handelsfirma, Klöckner & Co. in Duisburg, gegründet 1906, ist – mit einem Jahresumsatz von 4,4 Milliarden Mark – im Alleinbesitz der Familie Henle (die darüber hinaus auf industriellem Gebiet Umsatzanteile von etwa 1,8 Milliarden Mark und anteilmässig über 20'000 Beschäftigte hat). Und an der Karstadt AG (4), dem grössten Warenhauskonzern der Bundesrepublik mit 4,2 Milliarden Mark Jahresumsatz und 47'000 Beschäftigten, ist die Familie von Opel zu einem knappen Drittel beteiligt.

Reine Familienunternehmen der Spitzengruppe sind der Warenhauskonzern Hertie (6) mit 4,1 Milliarden Mark Umsatz und etwa 45'000 Beschäftigten, der im Alleinbesitz der Familie Karg ist; die Schickedanz-Gruppe (mit dem Quelle-Versandhaus sowie bedeutenden Brauerei-Interessen, Papierfabriken mit Markenerzeugnissen wie Camélia oder Tempo und eigener Grossdruckerei, die 3,7 Milliarden Mark umsetzte und rund 30'000 Beschäftigte zählt), oder auch C. & A. Brenninkmeyer (11), gegründet 1841, eine Kaufhauskette mit 2,8 Milliarden Mark Umsatz und rund 12'000 Beschäftigten, deren Inhaber – ausschliesslich Mitglieder der Gründerfamilie – zwar holländische Staatsbürger sind, jedoch aus dem Münsterland stammen und dort, in und um Mettingen, auf zahlreichen schönen Landsitzen ansässig sind.

An der Neckermann Versand KGaA (15) mit Sitz in Frankfurt am Main, 1,9 Milliarden Mark Jahresumsatz und fast 20'000 Beschäftigten, ist die Familie Neckermann mit fast 52 Prozent des Aktienkapitals beteiligt. Und was die Kaufhof AG (7), den dritt-

Handel

1-39

Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1'000 DM
1 Unternehmensgruppe Co op	Nahrung	5 610 000
2 Klöckner & Co.	Stahl	4 400 030
3 Aral	Mineralöl	4 384 813
4 Karstadt	Kaufhaus	4 208 175
5 Edeka-Zentrale	Nahrung	4 160 000
6 Hertie	Kaufhaus	4 100 000
7 Kaufhof	Kaufhaus	3 709 916
8 Schickedanz-Gruppe	Versand	3 681 900
9 Gedeih	Nahrung	3 250 000
10 Otto Wolff-Gruppe	Stahl	2 882 000
11 C. & A. Brenninkmeyer	Textil	2 800 000*
12 BayWa	Nahrung	2 207 739
13 Horten	Kaufhaus	2 084 656
14 GdE	Nahrung	2 050 000
15 Neckermann	Versand	1 940 349
16 Rewe-Zentrale	Nahrung	1 710 000
17 Haniel & Cie.	Kohle/Erze	1 600 000
18 Albrecht-Gruppe	Nahrung	1 500 000*
19 Possehl	NE-Metalle	1 409 900
20 W. & O. Bergmann	NE-Metalle	1 354 000
21 Marquard & Bahls	Mineralöl	1 250 000
22 Tengelmann	Nahrung	1 215 000
23 Gerteide-Import-Ges.	Getreide	1 188 172
24 C. Spaeter u. W. v. Oswald	Eisen/Stahl	1 115 000
25 Otto-Versand	Versand	1 028 000
26 Terfloth & Snoek	Nahrung	926 850
27 Deutsche Fiat	Auto	892 917
28 AGIP	Mineralöl	843 000
29 Deutsche Renault	Auto	826 492
30 Eisen und Metall	Grundstoffe	825 506
31 Coutinho, Caro A Co.	Stahl	814 700
32 Andreae-Noris Zahn	Chemie	807 826
33 Ruhrgas	Energie	805 463
34 Kaiser's Kaffee	Nahrung	765 493
35 Südvieh-Südfleisch	Nahrung	726 000
36 Tchibo	Nahrung	700 000
37 Kaufring	Textil	673 964
38 Artewerk	Berg/Hütten- erzeugnisse	620 000*
39 Nord Süd – Nürnberger Bund	Eisenwaren/Hausrat	606 779

* geschätzt

Handel		40-50
Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1'000 DM
40 Deutscher Supermarkt	Nahrung	600 000*
41 Wella-Gruppe	Kosmetik	560 000
42 Bernhard Rothfos	Nahrung	550 000*
43 Latscha	Nahrung	530 000
44 Friedrich Baur	Versand	470 000*
45 Biesterfeld-Gruppe	Chemie	450 000
46 Deutsche Simca	Auto	443 322
47 Gesellschaft für Getreidehandel	Nahrung	408 689
48 Schwab	Versand	393 539
49 National Registrier-Kassen	Büromaschinen	371 687
50 Butter-Absatzzentrale	Nahrung	333 300

* geschätzt

grössten Warenhausriesen der Bundesrepublik, angeht, so ist dieses Unternehmen zwar mehrheitlich im Besitz der Commerzbank und der Dresdner Bank, doch gibt es auch dort den einen oder anderen Grossaktionär, beispielsweise die Wuppertaler Patrizierfamilie Frowein, im Kaufhof-Aufsichtsrat vertreten durch Harald Frowein Senior, persönlich haftenden Gesellschafter der Frowein & Co. KGaA, Teilhaber von Abr. & Gebrüder Frowein, und Aufsichtsratsvorsitzer der Rheinischen Textilfabriken AG.

Die Albrecht-Gruppe (18), deren Mitinhaber Theo Albrecht 1971 entführt und erst gegen Zahlung einer siebenstelligen Summe freigelassen wurde, ist ein reines Familienunternehmen mit 1,5 Milliarden Mark Umsatz. L. Possehl & Co., Lübeck, gegründet 1847, mit 1,4 Milliarden Mark Jahresumsatz und mehreren Tochtergesellschaften, ist ganz im Besitz der Familienstiftung Senator Emil Possehl Erben.

Die mit Nichteisen-Metallen handelnde Firma W. & O. Bergmann (20) mit Hauptsitz in Düsseldorf und 1,35 Milliarden Mark Jahresumsatz gehört zu über 36 Prozent Franz-Heinrich Witthoef, einem Gesellschafter des Bankhauses C. G. Trinkaus, zu 14,5 Prozent aber Jakob Funke, Hauptgesellschafter der ‚Westdeutschen Allgemeinen Zeitung‘ (WAZ), deren Konzern nicht nur auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt aktiv ist, sondern auch zu 25 Prozent am Otto-Versand (25), Hamburg, beteiligt ist. (Die Familie Otto besitzt 50

Prozent der Anteile an diesem Grossversandhaus, das rund 1 Milliarde Mark umsetzte und über 5'000 Beschäftigte zählt.) Über die Essener Familie Funke ist zu bemerken, dass sie zur alten Geld- und Machelite gehört: Der Geheime Kommerzienrat Carl Funke, verheiratet mit einer reichen Erbin aus der Bankiersfamilie von Waldthausen, war 1914 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank sowie von 20 weiteren Gesellschaften. Der Fürst Salm-Salm hatte ihm umfangreiche Berggerechtsame verliehen, die ihn zu einem der einflussreichsten Männer des Ruhrgebiets machten. Daneben gründete er einen Brauereikonzern, der heute mit rund 1'500 Beschäftigten weit über 100 Millionen Mark umsetzt und an dem sein Sohn Fritz massgeblich beteiligt ist; daneben halten die Commerzbank und die Allianz-Gruppe Schachtelbeteiligungen.

Marquard & Bahls (21), eine Hamburger Mineralölhandels- und Holdinggesellschaft mit 1,25 Milliarden Mark Umsatz, gehört ganz der Familie Weisser; C. Spaeter & W. v. Oswald (24), Düsseldorf-Oberkassel, gegründet 1907, zu der auch die Carl Spaeter GmbH, Duisburg, gehört, betreibt Eisen- und Stahlhandel und erzielte einen Jahresumsatz von 1,11 Milliarden Mark. Das Unternehmen gehört zu 75 Prozent der Familie Spaeter, zu 25 Prozent der Familie von Oswald in Hamburg, / wobei anzumerken ist, dass Dr. Egbert von Oswald, Geschäftsführer von C. Spaeter & W. v. Oswald, eine geborene Spaeter zur Mutter hat und seit 1952 mit Gräfin Mari Ann von Bismarck, der ältesten Tochter des Fürsten Otto von Bismarck, verheiratet ist.

Die alte Handelsfirma Terfloth & Snoek (26) im westfälischen Münster, deren Anfänge in das Jahr 1774 zurückreichen, gehört noch heute zu 76 Prozent Egbert Snoek, zu 24 Prozent den Terfloth-Erben und erzielte einen Jahresumsatz von 926 Millionen Mark. An der Eisen & Metall AG (30) in Gelsenkirchen – 825 Millionen Mark Jahresumsatz; über 1'000 Beschäftigte – partizipieren zu je einem Drittel der Hoesch-Konzern (an dem die Familie Werhahn erheblich beteiligt ist), die Rheinmetall Berlin AG (zu 80 Prozent im Besitz der Röchling-Erben) sowie die Mannesmann AG (zu deren wenigen Grossaktionären Ferry von Berghes, ein Von-Waldthausen-Enkel, zählt).

Coutinho, Caro & Co. (31), ein 1895 in Hamburg gegründetes Handelshaus mit weltweiten Beteiligungen, erzielte mit rund 1'000 Beschäftigten in der Bundesrepublik einen Jahresumsatz von 814

Millionen Mark und gehört – mindestens mehrheitlich – der Familie Coutinho. An der Andreae-Noris Zahn AG, Frankfurt (32), gegründet 1841, einem Unternehmen des Pharmazeutika- und Drogenhandels, ist das im Besitz der Familie von Metzler befindliche Frankfurter Bankhaus B. Metzler sel. Sohn & Co., gegründet 1674, massgeblich beteiligt; eine Schachtelbeteiligung liegt bei der Bayerischen Vereinsbank AG.

Tchibo-Kaffee (36) in Hamburg, Umsatz: rund 700 Millionen Mark, gehört ganz der Familie Herz; bei der Wella-Gruppe (41) mit 560 Millionen Mark Umsatz ist die Familie Ströher alleiniger Inhaber; die Bernhard Rothfos KG (42) – 550 Millionen Mark Umsatz – ist zu 95 Prozent im Besitz der Familie Rothfos. Und reine Familienunternehmen sind auch die J. Latscha KG (43) mit 530 Millionen Mark Umsatz, die Firma Friedr. Baur (44), Burgkunstadt, mit 470 Millionen Mark Umsatz und die Hamburger Biesterfeld-Gruppe (45), ein Unternehmen des Chemikalien-Handels mit 450 Millionen Mark Umsatz. Alleinige Inhaber sind die Familien Latscha, Baur und Biesterfeld.

Bleiben noch, bevor wir zu Schlussfolgerungen kommen können, zwei grosse Einzelhandelsketten, Tengelmann (22) und Kaiser's Kaffee (34), die im Mai 1971 vereinigt wurden. Nach der Fusion umfasste der Konzern 960 Supermärkte mit 23'000 Beschäftigten und erzielte einen Umsatz von über 2,1 Milliarden Mark. Beinahe-Alleinherrscher (zu 100 Prozent bei Tengelmann, zu 75 Prozent bei Kaiser's Kaffee) ist Erivan Haub, dem mit seiner Ehefrau, Elisabeth geborener Schmitz-Scholl, auch die 1867 gegründete Firma Wissoll, Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwarenfabrik in Mülheim an der Ruhr, gehört.

So sind denn 27 der 50 grössten bundesdeutschen Handelsfirmen ganz oder mehrheitlich im Besitz privater Unternehmer; acht gehören zu ausländischen Konzernen. Die übrigen sind entweder Genossenschaften, genossenschaftsähnliche Zusammenschlüsse oder Aktiengesellschaften mit sehr breit gestreuten Anteilen. Die weit geringere Anzahl privater Unternehmer im Vergleich zur Industrie täuscht indessen. Denn einmal sind eine Reihe von genossenschaftsähnlichen Zusammenschlüssen – zum Beispiel die Getreide-Import GmbH (23) mit 1,2 Milliarden Mark Jahresumsatz, die 22 nordrheinwestfälischen Getreidehändlern gehört – im Grunde auch dem privaten Unterneh-

mertum zuzurechnen; zum anderen aber sind von den 25 grössten Firmen, die sämtlich mehr als eine Milliarde Mark umsetzten, weitaus die meisten, nämlich 16 oder 17, im Eigentum einzelner Familien.

Wenn wir uns auf die ersten 30 Listenplätze beschränken, so erzielten mit den dort rangierenden Unternehmen die Familien Henle, v. Opel, Karg, Werhahn, Wolff, Frowein, Brenninkmeyer, Haniel, Neckermann, Albrecht, Weisser, Possehl, Witthoef, Funke, Haub, Spaeter, von Oswald, Otto, Snoek, Terfloth, Röchling und die Von-Waldhausen-Erben zusammen Handelsumsätze von 28,8 Milliarden Mark, und sie beschäftigten anteilmässig knapp 200'000 Angestellte und Arbeiter.

Nehmen wir nun noch die Industrieumsätze und Beschäftigtenzahlen der Röchlingschen Unternehmen hinzu, so erhöht sich die Umsatzziffer um 1,89 Milliarden auf 0,7 Milliarden Mark, die Anzahl der Beschäftigten um rund 37'000 auf 237'000.

Doch wir müssen noch etwas addieren, nämlich die 234 Millionen Mark Umsatz und die rund 3'000 Beschäftigten der 1823 gegründeten Firma Gebr. Giuliani in Ludwigshafen. Das Unternehmen gehört nämlich zwei Sippen, den Freiherren von Salmuth und der Familie Giuliani di Giuliani, die beide zu den Röchling-Erben gehören. Der Sohn Curt des 1937 verstorbenen königlich preussischen Polizeipräsidenten Arthur Freiherr von Salmuth heiratete nämlich im Jahre 1924 die Tochter Alwine des geschäftsführenden Teilhabers der Firma Gebr. Röchling, Saarbrücken, Eduard Röchling und dessen Ehefrau, einer geborenen Donna Chiara Giuliani di Giulino, und wurde Gesellschafter, später sogar Aufsichtsratsvorsitzer der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen, auch Aufsichtsratsvorsitzer der Gebr. Giuliani GmbH und geschäftsführender Gesellschafter der Aluminiumwerke Wütöschingen, eines Giuliani-Tochterunternehmens.

Damit haben wir für die 22 genannten Familien mit den grössten Anteilen am bundesdeutschen Handel rund 31 Milliarden Mark Umsatz und 240'000 Beschäftigte errechnet. Kombinieren wir dieses Resultat mit dem der Untersuchung jener 21 Sippen, die wir bei unseren Stichproben im Bereich der Industrie ermitteln konnten, so ergibt sich Folgendes Bild: Zunächst werden aus den 22 Kaufmanns- und 21 Industriellensippen nicht 43, sondern nur 39 Familien, weil vier – Werhahn, von Haniel, von Opel und die Otto-Wolff-Erben – in beiden Bereichen vertreten sind. Sodann ergibt

die Addition der Umsatzanteile die stattliche Summe von rund 62 Milliarden Mark – mehr als die Hälfte dessen, was die Bundesregierung in einem Rechnungsjahr an Haushaltsmitteln zur Verfügung hat —, die der Anteile an den Beschäftigtenzahlen rund 640'000 (wobei wir uns hinsichtlich beider Zahlen vergegenwärtigen müssen, dass es sich bei den diese Ergebnisse erzielenden Familien im Bereich der Industrie nur um eine knapp elf Prozent ausmachende, durch Stichproben ermittelte Auswahl handelt, die einige der bedeutendsten Unternehmer gar nicht erfasst hat). Auch muss man dabei bedenken, dass die meisten der von unseren 39 Industriellen-, Grossaktionärs- und Kaufmannsfamilien direkt, nämlich als Lohn- oder Gehaltsempfänger, abhängigen 640'000 Arbeiter und Angestellten die Ernährer von nächsten Angehörigen sind. Wenn wir annehmen, dass im Durchschnitt jeder von ihnen für mindestens zwei weitere Menschen zu sorgen hat, dann ergibt sich, dass mindestens 1,92 Millionen Bundesbürger – fast soviel, wie in Gross-Hamburg leben, und mehr als München und Düsseldorf zusammen an Einwohnern haben – von nur 39 Multimillionärsfamilien wirtschaftlich abhängig sind.

Beziehen wir noch eine weitere Unternehmersippe in unsere Berechnungen mit ein, nämlich die Familie Oetker, deren Konzern nebst den Unternehmen der Geschwister des Konzernchefs rund 30'000 Beschäftigte zählt, so haben wir runde Zahlen, nämlich vierzig Arbeitgeberfamilien und zwei Millionen Arbeitnehmer nebst Angehörigen. Das ergibt einen Durchschnitt von genau 50'000 Bundesbürgern, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit von jeweils einer einzigen Unternehmer- oder Grossaktionärsfamilie leben. Hier scheint ein grobes Missverhältnis zwischen reich und arm, «Brotherren» und «Lohnsklaven» zu bestehen, doch wir werden sehen, dass sich in Wahrheit noch weit mehr Arbeiter- und Angestelltenfamilien in Abhängigkeit von noch wenigeren ausserordentlich reichen und mächtigen Unternehmer- und Grossaktionärssippen befinden.

Schliesslich gibt es noch einen bemerkenswerten Umstand, nämlich die Tatsache, dass mindestens dreissig der vierzig Familien, die wir als Alleininhaber oder massgebende Aktionäre der von uns untersuchten umsatzstärksten Unternehmen ermitteln konnten, also 75 Prozent, schon vor 1914 zur alten Geld- und Machtelite des Kaiserreichs gehörten. Es sind auch zumeist diejenigen mit den grössten Vermögen.

Ob dieses Verhältnis von 3 zu 1 zwischen altem und neuem Reichtum für die ganze bundesdeutsche Wirtschaft gültig ist oder nur für die untersuchten Teilbereiche und Stichproben, bleibt abzuwarten.

Untersuchen wir noch den dritten, von ‚Capital‘ in einer übersichtlichen Tabelle auf bereiteten Bereich, den der Dienstleistungsbetriebe, so können wir schon auf den ersten Blick erkennen, dass hier der Einfluss des privaten Reichtums weit geringer ist als in Handel und Industrie.

An der Spitze steht die Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft, ein Unternehmen, das zu 100 Prozent dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dessen Einzelgewerkschaften gehört. Auf Listenplatz 2 folgt die Deutsche Lufthansa AG, deren Aktien zu 82 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand sind, und auch das nächste Dienstleistungsunterneh-

Dienstleistung		1-20
Rang Firma 1970	Branche	Umsatz in 1'000 DM
1 Neue Heimat	Bau	2 548 000
2 Deutsche Lufthansa	Transport	2 019 347
3 Schenker & Co.	Transport	1 519 000
4 Hapag Lloyd	Reederei	1 127 039
5 Kühne & Nagel	Transport	1 122 000
6 Energieversorgung Schwaben	Energie	651 504
7 Touristik Union International	Transport	532 633
8 Stadtwerke Köln	Energie	478 367
9 Stadtwerke Frankfurt	Energie	387 451
10 Wienerwald	Nahrung	351 000
11 Städtische Werke Nürnberg	Energie	339 400
12 Elektrizitäts AG Mitteldeutschland	Energie	330 980
13 Energieversorgung Weser-Ems	Energie	324 960
14 Deutsche Dampfschiffahrtsges. «Hansa»	Transport	265 707
15 Wuppertaler Stadtwerke	Energie	243 057
16 Pfalzwerke	Energie	238 206
17 Lech-Elektrizitätswerk	Energie	219 559
18 Hamburger Hochbahn	Transport	199 782
19 Hessische Elektrizitäts-AG	Energie	169 299
20 Dortmunder Stadtwerke	Energie	166 615

men, Schenker & Co. GmbH, gehört ausschliesslich der Deutschen Bundesbahn.

Die Hapag-Lloyd AG (4) wird beherrscht von der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, die zusammen knapp 60 Prozent des Aktienkapitals halten, sowie von der Allianz-Gruppe, die mit über 25 Prozent Beteiligung der dritte Grossaktionär ist.

Die Kühne & Nagel Internationale Speditions-AG (4), Bremen, gegründet 1890, die 1,12 Milliarden Mark Jahresumsatz erzielte, ist dagegen ein privates Unternehmen, das zu etwa 85 Prozent der Familie Kühne gehört.

Von den übrigen 16 sind fast alle in öffentlicher Hand, ausgenommen die Touristik Union International (7), ein Zusammenschluss von Reiseveranstaltern und -büros, an der lediglich ein Grossunternehmer, Axel Caesar Springer, über seinen Drittelanteil an der Hummel Reise GmbH & Co., Hannover, ein wenig partizipiert; die Wienerwald GmbH (10), die mit 381 Millionen Mark Umsatz im Alleinbesitz des Selfmademans Friedrich Jahn ist; die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa (14), gegründet 1881, mit 266 Millionen Mark Jahresumsatz, zu der auch die Atlas Levante-Linie gehört und an der die Bremer Reederfamilie Helms und Frau Gertrud Reemtsma beteiligt sind, und schliesslich die Lech-Elektrizitätswerke AG (17) in Augsburg – Umsatz 220 Millionen Mark –, deren Grossaktionär die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) ist, von der, wie schon erwähnt, die Werhahns als einzige Privatleute ein Aktienpaket halten.

Das Ergebnis in diesem Bereich scheint auf den ersten Blick recht mager zu sein: Wir können nur sechs Unternehmer- oder Grossaktionärsfamilien in unsere bisherige Sammlung einbringen, und da eine davon, nämlich Werhahn, bereits auf unserer Liste figuriert, vermehrt sie sich nur um fünf Namen: Kühne, Springer, Jahn, Helms, Reemtsma; der ermittelte Umsatzanteil steigt um 1,6 Milliarden Mark auf 63,6 Milliarden Mark, und die Beschäftigtenzahl wächst um rund 20'000. Doch auf den zweiten Blick ändert sich das Bild, denn der Hummel Reise-Grossaktionär Axel Springer hat ja auch noch ein Verlagsimperium, das in der Liste der umsatzstärksten Industrieunternehmen auf Platz 65 mit 990 Millionen Mark Umsatz und 13'000 Beschäftigten verzeichnet ist. Und eines der Unternehmen der Familie Reemtsma finden wir an 26. Stelle die Liste bundesdeutscher Industrieunternehmen mit 3,73 Milliarden Mark Jahresumsatz und rund 6'500 Beschäftigten.

Es stellt indessen keineswegs alles oder auch nur das meiste dar, was den Reemtsmas gehört. Denn diese Familie zählt heute zu den Allerreichsten, zur obersten Spitzengruppe der neuen Geld- und Machtelite. (Dass sie nicht zur alten Elite zu rechnen ist, obwohl ihre erste Zigarettenfabrik bereits vor dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1910, gegründet wurde, ergibt sich aus der Tatsache, dass die Reemtsmas erst nach dem Ersten Weltkrieg Millionäre wurden.)

Der heutige Reemtsma-Konzern umfasst vor allem Zigarettenfabriken und Brauereien. Reemtsma beherrscht zu etwa 40 Prozent den bundesdeutschen Zigarettenmarkt, und zwar mit den Marken «Peter Stuyvesant», «Ernte 23», «Reval», «Roth-Händle», «Rothmans» usw. Die Reemtsma-Brauereii Interessen reichen gegenwärtig von einer Mehrheitsbeteiligung an der Bavaria St. Pauli-Brauerei, Hamburg, bis zu Schachtelbeteiligungen an der Dortmunder Union Brauerei, an Henninger-Bräu, Frankfurt, sowie an der Brau Union, Nürnberg, und die Expansion geht weiter und weiter. Wahrscheinlich sind die Reemtsmas – nach Oetker und noch vor Werhahn, von Finck, Schickedanz und der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank – bereits die zweitgrössten Brauherren der Bundesrepublik, und daneben gehören ihnen auch Wein- und Sektellereien, zum Beispiel «Carstens SC».

Dies alles ist jedoch bloss, sozusagen, die Spitze des Eisbergs, denn Reemtsma-Kapital arbeitet, den Blicken der Öffentlichkeit völlig verborgen, noch an vielen Stellen, wo man es nicht vermutet. Wie gross etwa das Paket von Aktien der Deutschen Bank ist, das sich in Händen der Reemtsmas befindet, lässt sich allenfalls ahnen. Immerhin ist es gross genug, dem Reemtsma-Hausmeister Rudolf Schlenker – neben Ernst von Siemens, Jörg A. Henle, Friedrich Karl Flick, Herbert Quandt und Hans L. Merkle von Bosch – einen Platz im vierzehnköpfigen Aufsichtsrat dieses mächtigsten bundesdeutschen Kreditinstituts zu sichern.

Kehren wir zurück zu unserem Ausgangspunkt, jener zuletzt 45 Familien umfassenden Liste privater Unternehmer und Grossaktionäre, die wir – im Bereich der Industrie nur durch eine knapp elf Prozent der umsatzgrössten Unternehmen umfassenden Reihe von Stichproben – bisher ermitteln konnten. Die auf diese 45 Sippen entfallenden Umsatzanteile steigen, addiert man noch den Konzernumsatz Axel Springers sowie die erkennbaren Umsätze und An-

teile der Reemtsmas, auf rund 69 Milliarden Mark; die Anzahl der von den 45 Familien abhängigen Beschäftigten nimmt um rund 50'000 zu und erreicht damit 690'000.

Nehmen wir noch fünf uns aus früheren Kapiteln längst bekannte Unternehmersippen mit Konzernen unterschiedlicher Grössenordnung hinzu: die Familie von Siemens, der wir – obwohl sämtliche Vorzugsaktien des Weltunternehmens in ihrem Besitz und sie die einzigen Grossaktionäre sind – bescheidene zehn Prozent Einfluss auf die Siemens AG (11,8 Milliarden Mark Umsatz; 301'000 Beschäftigte) zubilligen wollen; die aus Schlesien nach Augsburg verzogenen Textilfabrikanten Dierig (mit rund 75 Prozent Anteil an der Christian Dierig AG, die 450 Millionen Mark umsetzte und rund 8'000 Beschäftigte zählt); die van Deldens mit 437 Millionen Mark Umsatz und etwa 6'000 Beschäftigten; die von Boch-Galhaus – in Firma Villeroy & Boch; 580 Millionen Mark Umsatz; rund 15'000 Beschäftigte – und schliesslich die Fürsten von Thurn und Taxis mit ihren Beteiligungen an der Flachglas-Delag-Detag, an Erba-Textil (216) sowie an zahlreichen weiteren Unternehmen, wobei ihr Umsatzanteil mit etwa 165 Millionen Mark, ihr Beschäftigten-Anteil auf knapp 3'000 Arbeiter und Angestellte zu veranschlagen ist.

Addieren wir diese Anteile zu unserem bisherigen Ergebnis, so haben wir fünfzig Familien mit zusammen 71,7 Milliarden Mark Jahresumsatz im Bereich der Industrie, des Handels und der Dienstleistungen, jedoch ohne Berücksichtigung ihrer Bankbeteiligungen, und mit insgesamt 750'000 Beschäftigten.

Von den fünfzig Familien gehörten mindestens 37, also ziemlich genau drei Viertel, bereits vor 1914 zur alten Geld- und Machtelite des Kaiserreiches. Unter diesen 37 Sippen von altem Reichtum ist keine einzige, die nicht neben ihren ermittelten Industrie- und Handelsbeteiligungen auch noch sehr ausgedehnten Grundbesitz hätte. Fast alle sind in den Aufsichtsräten der bedeutendsten Konzerne sowie in denen der grössten und mächtigsten Banken vertreten, was auf weitere umfangreiche und nicht zu ermittelnde Aktienpakete hindeutet. Dazu haben viele der alten Familien eigene Privatbankhäuser, so zum Beispiel die Fürsten von Thurn und Taxis, die Werhahns, die

Röchlings, die Sippen von Waldthausen und von Finck oder auch die Oetkers, denen das Mindener Bankhaus Hermann Lampe KG sowie die Bank für Brauindustrie, Frankfurt, gehört.

Reichtum und Einfluss der Unternehmer- und Grossaktionärsfamilien sind also in Wirklichkeit noch weit grösser, als es die ermittelten Umsatz- und Beschäftigtenzahlen erkennen lassen. Und den Löwenanteil daran haben jene Sippen, die schon in den Tagen Kaiser Wilhelms II., zum grossen Teil seit noch viel längerer Zeit, Deutschland beherrscht haben und sich bis in die Gegenwart hinein die Gesetze, sozusagen, massschneidern liessen, ohne Rücksicht darauf, dass ihre speziellen Interessen mit dem allgemeinen Wohl keineswegs identisch, ja, diesem meist entgegengesetzt waren. Dafür bietet das folgende Kapitel einige besonders interessante, weil folgenschwere Beispiele. Doch bevor wir uns wieder der Politik zuwenden, sei noch etwas Wichtiges angemerkt, das etwa vorhandene Zweifel, den hohen Anteil der alten Geld- und Machtelite am gegenwärtigen Reichtum der Bundesrepublik betreffend, ausräumen soll:

Gewiss stehen einige bundesdeutsche Multimillionäre noch relativ sehr jungen Reichtums weit mehr im Rampenlicht als viele Vertreter der alten Geld- und Machtelite. Die Namen Springer, Flick, Grundig, Horten, Neckermann, Burda oder auch Müller-Wipperfürth sind den meisten sehr viel geläufiger als etwa die der Familien Haniel, Huyssen, Jacobi, von Waldthausen, Funke, Henle, Voith, Benecke oder von Boch-Galhaus. Doch wer die alphabetische Übersicht am Ende dieses Buches, die ein geschlossenes Bild vom Gros des heute noch mächtigen alten Reichtums vermitteln soll, anhand der Firmenangaben mit den Tabellen der umsatzgrössten bundesdeutschen Unternehmen vergleicht, der wird sehr rasch erkennen, dass Vermögen und Einfluss der alten Geld- und Machtelite in Wirklichkeit noch um einiges grösser sind, als unsere Berechnungen aufgrund einiger Stichproben bereits erkennen liessen.

Die Mühsal der Berechnung auch nur des ungefähren Ausmasses jener Macht und Reichtümer, die heute wie eh und je im Besitz einiger weniger Familien sind, lässt schon ahnen, dass hinter den Mauern, Schutzwällen und Panzertüren, mit denen sich die alte Geld- und Machtelite gegen die Neugier der Mittel- und Einflusslosen stets zu schützen gewusst hat, noch grössere Schätze verborgen liegen, als wir vermutet haben. Es sind dahinter aber auch noch

Geheimnisse versteckt, und sie betreffen sowohl die Ursprünge der grossen Vermögen als auch ihre und der aus ihnen resultierenden Macht oftmals sehr bedenkliche Verwendung – in den letzten achtzig Jahren wie in früheren Jahrhunderten.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein. ..

«Baron Hohendorf! Ich erhielt *zu* Rom bei meiner Zurückkunft von Neapel Ihren Brief vom 27. Dezember letzten Jahres. Ich ersah daraus mit unaussprechlichem Vergnügen, welchen Muth meine Truppen bei Trenton entfalten, und Sie können sich meine Freude denken, als ich las, dass von 1‘950 Hessen, welche in dem Gefecht waren, nur 300 entkamen.

Da wären denn gerade 1‘650 gefallen, und ich kann nicht genug Ihrer Klugheit empfehlen, eine genaue Liste an meine Bevollmächtigten in London zu senden. Diese Vorsicht wird umso mehr nöthig sein, als die mir von dem englischen Minister zugesandte Liste aufweist, dass nur 1‘455 gefallen seien. Auf diesem Wege sollte ich 160‘050 Gulden verlieren. Nach der Rechnung des Lords von der Schatzkammer würde ich bloss 483‘450 Gulden bekommen, statt 643‘500. Sie sehen wohl ein, dass ich in meiner Forderung durch einen Rechnungsfehler gekränkt werden soll, und Sie werden sich daher die äusserste Mühe geben, zu beweisen, dass Ihre Liste genau, und seine unrichtig sei. Der britische Hof wendet ein, dass 100 verwundet seien, für die sie nicht den Preis von Todten zu bezahlen brauchten.

Erinnern Sie daran, dass von den 300 Lacedämoniern, welche den Pass bei Thermopylä verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich das von meinen braven Hessen sagen könnte.

Sagen Sie dem Major Mindorff, dass ich ausserordentlich unzufrieden mit seinem Benehmen bin, weil er sein Bataillon gerettet habe; während des ganzen Feldzuges sind ja nicht zehn von seinen Leuten gefallen!»

Dieser Brief vom 8. Februar 1777 – dessen Authentizität mitunter, meist von interessierter Seite, bestritten wird, doch an dessen faktischem Inhalt, den Soldatenhandel, die Preise, die Geldgier des Lieferanten oder auch die Mogeleyen der Abnehmer betreffend, kein Zweifel möglich ist – stammt von dem damaligen Grafen Wilhelm von Hessen-Hanau, nachmaligem Landgrafen (seit 1803: Kurfürsten) von Hessen-Kassel. Der damals vierunddreissigjährige Erbgraf war dem Beispiel seines in Kassel regierenden Grossvaters und anderer deutscher Potentaten gefolgt und

hatte 1776 den Engländern, die im Krieg gegen die vom Mutterland abgefallenen nordamerikanischen Kolonien dringend Truppen benötigten, sein «Regiment Hanau» verkauft. Die auf Befehl des jungen Landgrafen unter den kaum 50'000 Einwohnern seines Ländchens, gegen ihren Willen und zur Verzweiflung ihrer Angehörigen, von den Rekrutenfängern eingezogenen 3'000 «Kerls» – knapp die Hälfte aller Hanauer Männer mit gesunden Gliedern und in wehrfähigem Alter! – waren entgegen dem Brauch erst einmal anderthalb Jahre lang gedrillt, dann neu eingekleidet und als «Eliteregiment» den Engländern übergeben worden, die dafür natürlich einen ganz erheblich über dem sonst üblichen liegenden Preis bezahlen mussten. Nach Abzug aller Spesen blieben dem Grafen Wilhelm rund 1,2 Millionen Taler Reingewinn aus diesem seinem ersten grossen Exportgeschäft, und er legte dieses Geld, wie es in seiner Familie üblich war, sogleich gewinnbringend an.

Die Landgrafen und späteren Kurfürsten von Hessen-Kassel zählten damals zu den allerreichsten Fürsten des Abendlands, doch hatten sie weder ihr gewaltiges Vermögen allein durch Menschenhandel erworben noch waren sie die einzigen, die ihre Untertanen verkauften. Was den letzten Punkt angeht, so wissen wir bereits, dass es die frommen münsterländischen Grafen Galen waren, die 1665 damit begannen, ihre Landeskinder als Kanonenfutter zu verhökern. Und was den ersten Punkt, die Vermögensbildung des Hauses Hessen-Kassel, betrifft, so ging sie auf zum Teil noch finstere Weise vor sich.*

Immerhin brachte der Soldatenhandel viele Millionen Pfund Sterling ein, und Kurfürst Wilhelm konnte, nachdem sein Vermögen die Stürme der Französischen Revolution und der napoleonischen Eroberungszüge heil überstanden und in dieser Zeit den Rothschilds zum Aufbau ihres Geschäfts gedient hatte, seinem Sohn und Erben, Kurfürst Wilhelm II., einen Hausschatz hinterlassen, der grösser war als der seines besten Kunden, des Königs von Hannover und Grossbritannien.

Kurfürst Wilhelm II., der 1821 den Thron von Hessen-Kassel bestieg, regierte getreu nach dem Vorbild seiner Ahnen: Er unterdrückte jede freiheitliche Regung, zog die Steuerschrauben unbarmherzig an und wirtschaftete ausschliesslich in die eigene Tasche. Nur in einer Hinsicht wich er von den Normen seines Hauses

* Vgl. hierzu: Bernt Engelmann: „Die vergoldeten Bräute. Wie Herrscherhäuser und Finanzimpe-rien entstanden“ Kindler Verlag, München 1971.

ab: Er heiratete in zweiter Ehe seine langjährige Mätresse, Emilie geborene Ortlöpp, nachmalige Gräfin von Reichenbach-Lessonitz, obwohl es wegen just dieser Dame 1830 zu schweren Unruhen im Lande gekommen war und er sogar ihretwegen zugunsten seines Sohnes hatte abdanken müssen. Schlimmer noch, jedenfalls vom Standpunkt des Hauses Hessen-Kassel aus: Er vermachte den Kindern aus dieser höchst unstandesgemässen Verbindung – Emilie war die Tochter eines Berliner Arbeiters – einen nicht unbeträchtlichen Teil seines riesigen Vermögens (wenngleich genug übrigblieb für die heutigen Prinzen und Landgrafen von Hessen, die noch immer Grossgrundbesitzer und ziffache Millionäre sind ...).

Bald nach dem Tode der Gräfin Emilie vermählte sich der Ex-Kurfürst noch ein drittes Mal, nämlich mit der um 43 Jahre jüngeren Caroline von Berlepsch, die dann zur Gräfin von Bergen erhoben wurde und sich, nachdem ihr Gemahl 1847 verstorben war, in zweiter Ehe mit dem Grafen Adolf von Hohenthal vermählte; die Nachkommen aus dieser letzten Verbindung nannten sich Grafen von Hohenthal und Bergen, leben heute in Bayern und heirateten in die standesherrlichen Häuser Castell-Castell und Toerring-Jettenbach.

Was nun die durch die Grosszügigkeit des Kasseler Kurfürsten in den Grafenstand erhobenen und dank dem schwunghaften Soldatenhandel ihres Grossvaters mit vielen Millionen Talern gesegneten Kinder der Emilie Ortlöpp angeht, so ist ihr Grafenhaus zwar längst wieder erloschen, weil es kaum männliche Nachkommen gab und diese inzwischen verstorben sind; das viele Geld aber ist noch vorhanden, denn Gräfinnen von Reichenbach-Lessonitz haben es als hochwillkommene Mitgift in so manches Fürstenhaus eingebracht, mit deren Erbprinzen sie sich vermählen durften.

Am dankbarsten müssen die Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg jenem hessischen Kurfürsten sein, der mit dem Erlös seines Kanonenfutter-Exports die Ortlöpp-Töchter und -Enkelinnen zu reichen Partien machte. Die Fürsten Löwenstein führen ihren Stammbaum zurück auf den Kurfürsten Friedrich I. von der Pfalz, den «bösen Fritz», der aus einer Verbindung mit der Klara Dott aus Augsburg einen Sohn namens Ludwig hatte, dem er die kleine Grafschaft Löwenstein in Württemberg schenkte. Ein späterer Graf Ludwig von Löwenstein heiratete 1567 die reiche Erbtöchter Anna, die ihm die Grafschaft Wertheim und einen Teil

von Breuberg mit in die Ehe brachte. Beider Sohn Christoph erweiterte nochmals den Löwensteinschen Besitz durch seine Vermählung mit der Erbin von Virneburg in der Eifel. Dieses linksrheinische Gebiet ging den Löwensteins 1801 verloren, doch wurden sie dafür 1803 reich entschädigt mit dem Amt Freudenberg am Main, und nachdem sie als Rheinbund-Mitglieder 1812 in den Fürstenstand erhoben worden waren, nannten sie sich fortan Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg. Prinz Alfred, ein jüngerer Bruder des 5. Fürsten, heiratete 1880 die Gräfin Pauline von Reichenbach-Lessonitz, Erbtochter des letzten Grafen und Enkelin der Gräfin Emilie geborenen Ortlöpp. Und aus dieser Verbindung, die dem Haus Löwenstein die mit Soldatenverkäufen bezahlten Mätressen-Apanagen eines sparsamen Berliner Arbeitermädchens als Mitgift brachte, stammen sieben Töchter und ein Sohn, Udo Amelang, der der 6. Fürst und Herr zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg wurde und der derzeitige Chef des Hauses ist.

Ausser umfangreichem und zum Teil sehr wertvollem Grundbesitz, davon rund 5'500 Hektar in Baden und Württemberg, gehört dem Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, – wie schon an anderer Stelle erwähnt – heute etwa ein Viertel der Held & Francke Bauaktiengesellschaft, München, die 1970 rund 275 Millionen Mark Umsatz erzielte und 4'700 zumeist ausländische Beschäftigte zählt. Der Held & Francke-Konzern umfasst mehrere Wohnsiedlungsgesellschaften, die F. W. Noll Tief- und Strassenbau GmbH, München, sowie ausländische Tochterfirmen wie die Held & Francke Bau-AG, Linz (Österreich) oder auch die Ras al Khaimah Rock Company in einem der Sultanate am Persischen Golf.

Auch an der Anton Steinecker Maschinenfabrik GmbH in Freising ist das fürstliche Haus stark beteiligt, und zwar Fürst Udo Amelang zu 34,3 Prozent, Erbprinz Alfred Ernst zu 18,7 Prozent, so dass die Löwensteins zusammen die Mehrheit haben. Im Aufsichtsrat dieses relativ kleinen, aber sehr ertragreichen Unternehmens, das mit etwa 350 Beschäftigten komplette Brauereien und Mälzereien sowie Spezialmaschinen baut, sitzen neben dem Fürsten und dem Erbprinzen zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg noch Baron Otto von Feury, Präsident des Bayerischen und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands, Mitglied der CSU-Fraktion des bayerischen Landtags, Gutsbesitzer, vielfacher Aufsichtsrat und Urenkel des «Rossobers» Ludwigs II., des Grafen

Holnstein aus Bayern, auch Miterbe eines der reichsten Männer Europas der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, nämlich des unter dem Namen «Türken-Hirsch» bekannten jüdischen Finanzmanns und Erbauers der Bagdad-Bahn, Moritz Baron von Hirsch zu Planegg, der ein Bruder seines Grossvaters war; sodann Dr. Anton Ernstberger, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der mit den bayerischen Spielbanken und ihren Affären wie mit den Geschäften des Hauses Wittelsbach auf vielfältige Weise verknüpften Münchener Bankhauses August Lenz & Co., auch vielfacher Aufsichtsrat, sowie als letzter im Bunde Dr. Herbert von Malaisé, Aufsichtsratspräsident bei Held & Francke und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Über die Familie von Malaisé ist zu berichten, dass sie erst mit Exzellenz Ferdinand Ritter von Malaisé, königlich bayerischem Generalleutnant, 1887 in den erblichen Adelsstand erhoben wurde. Nachdem es auch dessen ältester Sohn, Eugen, zur Exzellenz und zum königlich bayerischen General der Artillerie gebracht hatte, heiratete Karl, der älteste Malaisé der dritten Generation und ebenfalls bayerischer General, die Tochter Renata des Bildhauers, Erzgiessers, Multimillionärs und Mitglieds der bayerischen Reichsrätekammer, Ferdinand Freiherrn von Miller. Der älteste Sohn aus dieser Ehe, Ferdinand von Malaisé, vermählte sich mit Therese Münchmeyer aus Hamburg, Tochter eines Teilhabers des alten hansestädtischen Handelshauses Münchmeyer & Co. und dessen Ehefrau, der Senatorentochter Marie geborenen Andreae. Und von den Kindern des Barons Ferdinand und der Münchmeyer-Tochter heiratete der älteste Sohn, Christoph, die Gräfin Madeleine Douglas-Langenstein, deren Vorfahren uns am herzoglichen Hof von Württemberg begegnet sind, wogegen sich die älteste Tochter, Marianne genannt Maja, 1963 mit Rudolf August Oetker, dem Erben des Oetker-Konzerns, vermählte. Und schliesslich heiratete ein Vetter des Generals Karl von Malaisé, der königlich bayerische Oberregierungsrat Karl Ernst von Malaisé, im Jahre 1900 die Tochter Laura des Grossgrundbesitzers, erblichen Mitglieds der Reichsrätekammer und reichsten Industriellen des Königreichs Bayern, Hugo Ritters und Edlen von Maffei, dessen berühmte Lokomotivenfabrik J. A. Maffei – heute als Krauss-Maffei AG zu 93 Prozent im Besitz von Flick – als die Perle der bayerischen Industrie galt. Der Sohn des Oberregie-

rungsrats von Malaisé und der Maffei-Erbin aber ist Dr. Herbert von Malaisé, Gutsherr von Neuried, der Vorsitzende des fünfköpfigen Aufsichtsrats der Anton Steinecker Maschinenfabrik GmbH, Freising, jenes Gremiums, das die Erben des Soldatenhändlers, der kurfürstlichen Mätresse, des «Türken-Hirschs» und einer auf glänzende Partien spezialisierten bayerischen Offiziersfamilie vereint mit dem Vertreter der so viele Geheimnisse der bayerischen Spielbanken wie auch des Hauses Wittelsbach hütenden Privatbank.

Udo Amelung Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ist aber auch noch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Victoria, Sitz West-Berlin, der 1897 gegründeten und mit 4,5 Millionen Goldmark Aktienkapital ausgestatteten grössten Plantagengesellschaft Kameruns, deren Kakaopflanzungen ein Areal von rund 12'000 Hektar umfassen.

Dass die Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg nicht die einzigen deutschen Aristokraten waren, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts ins lukrative Kolonialgeschäft einstiegen – wohl auch in der Hoffnung, das in Europa untergehende feudalistische System in Afrika fortsetzen zu können –, geht schon hervor aus einer Reichstagsdebatte am 14. Dezember 1905. Damals rügte der (1921 von Rechtsextremisten ermordete) Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, dass man in Kamerun beim Bahnbau an eine alte Kameruner Gesellschaft für deren angebliche «Rechte» auf Betreiben des damaligen Referenten in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, Karl Helfferich, ohne nennenswerte Gegenleistung 480'000 Goldmark Entschädigung gezahlt hatte. Hinter dieser so generös behandelten Gesellschaft aber standen als deren Grossaktionäre: Fürst Hans zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest; Ernst Günther Herzog von Schleswig-Holstein, der Bruder der deutschen Kaiserin; Hamburger Patrizier wie die Gebrüder Woermann und der Rechtsanwalt Scharlach sowie Grossgrundbesitzer und Mitglieder der Reichsräteversammlung wie der Baron Poschinger von Frauenau und der – damals noch mit dem Reichsrat von Finck geschäftlich eng verbundene – Baron von Cramer-Klett.

«Es handelt sich hier im Grunde um ein System», heisst es dazu in Gert von Paczenskys Sündenregister des Kolonialismus, ‚Die Weissen kommen‘*, «das man als legale Korruption bezeichnen

* Gert v. Paczensky: ‚Die Weissen kommen. Die wahre Geschichte des Kolonialismus‘ Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1970.

kann. Prototyp eines Geschäftemachers in dieser zweifelhaften Doppelsphäre war zum Beispiel Graf Douglas. Im Reichstag am 14. Juni 1904 deckte Ledebour die Tatsache auf, dass die (vom Kolonialamt) geforderte Togobahn hauptsächlich den Interessen jenes Herrn diene, dessen Togogesellschaft im Ganzen 2'795 Mark für 45 Hektar Land bezahlt habe; durch dieses Land sollte später die Togobahn gehen, wofür der glückliche Landbesitzer natürlich entsprechend entschädigt werden musste ...»

Kurze Zeit zuvor hatte die Neu-Guinea-Kompanie, Professor George W. F. Hallgartens Untersuchung zufolge, «ein Konglomerat einiger der reichsten Leute, die man in Deutschland auftreiben konnte», als «notleidend» eine Subvention von 4 Millionen Goldmark erhalten. Zu den Aktionären der Neu-Guinea-Kompanie gehörten u.a. Fürst Hatzfeld-Trachenberg, Graf Henckel-Donnersmarck, der Herzog von Ujest, Graf Stolberg-Wernigerode, Werner von Siemens und Adolf Woermann.

Die Reihe der Hocharistokraten, Grossindustriellen, Bankiers, Reeder und Handelsherren, die sich – zunächst auf Kosten der Eingeborenen, dann des Reiches, also der Steuerzahler – an den deutschen Kolonien mästeten, liesse sich beliebig fortsetzen. Interessanter aber sind die Namen derjenigen, die diese höchst fragwürdigen Geschäfte ermöglichten und deckten.

Da war zum Beispiel der bereits erwähnte, für die Kolonien zuständige und den dortigen Raubrittern ungemein gefällige Dezerent des Auswärtigen Amts, Karl Helfferich. 1906 wurde er mit einem Direktorenposten bei der Bagdad-Bahn des «Türken-Hirschs» belohnt, als deren Generaldirektor der Vater des 1972 aus der sozialliberalen Koalition ausgescherten Knut Freiherrn von Kühlmann-Stumm, Richard von Kühlmann, fungierte, der einige Jahre später Chef des Auswärtigen Amts wurde. 1908 wechselte Karl Helfferich in den Vorstand der Deutschen Bank über; 1915 übernahm er als Staatssekretär die Leitung des Reichsschatzamts und damit die Hauptverantwortung für die Finanzierung des Ersten Weltkriegs, nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch jene Krieganleihen, deren schliessliche Wertlosigkeit den deutschen Mittelstand ruinierte; 1917 übertrug ihm der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg die Vizekanzlerschaft und das Reichsamt des Innern; er wurde dann für kurze Zeit Botschafter in Moskau und trat nach dem Untergang der Monarchie 1919 an die

Spitze der Deutschnationalen, führte deren rücksichtslosen Kampf gegen die Republik und speziell gegen den Führer des linken Zentrums, seinen einstigen Kritiker Matthias Erzberger, an dessen Ermordung er die moralische Hauptschuld trug. 1924 kam er bei einem Eisenbahnunglück ums Leben.

Karl Helfferichs Bruder Emil betätigte sich als Kaufmann und Reeder, nahm lebhaften Anteil an den Geschäften mit den Kolonien, wurde Generaldirektor, später Aufsichtsratsvorsitzer der Hamburg-Amerika-Linie, im «Dritten Reich» Staatsrat und Mitglied des «Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler».

Die parlamentarische Kontrolle Karl Helfferichs während dessen Tätigkeit in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts oblag dem Kolonialreferenten des Haushaltsausschusses im Reichstag, Dr. Johannes Semler, dem wir bereits bei der Untersuchung der aufs Engste miteinander verflochtenen Hamburger Patrizierfamilien begegnet sind. Dr. Semler war aber nicht bloss Reichstagsabgeordneter, sondern auch Präsident des Aufsichtsrats einer Kameruner Kolonialgesellschaft. Als er von Sozialdemokraten darauf aufmerksam gemacht wurde, dass er sich doch in ständigem Interessenkonflikt befände, protestierte er sehr energisch und versicherte, er handele aus rein patriotischen Motiven. Später musste er einem starken Druck seiner eigenen (nationalliberalen) Fraktion nachgeben und auf das Kamerun-Referat verzichten. Die Aufsicht über alle anderen Kolonien behielt er jedoch bei.

Am 18. Januar 1904 machte der damalige Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow dem Reichstag die Mitteilung, dass in Deutsch-Südwestafrika ein grosser Aufstand ausgebrochen wäre. (Fürst Bülow war, wie nur am Rande erwähnt sei, der Sohn des Staatssekretärs des Auswärtigen Bernhard Ernst von Bülow und dessen Gemahlin Luise Victorine geborener Rücker, einer Hamburger Patriziertochter. Aus deren Familie, die mit den Godeffroys eng verwandt war, erbte Fürst Bülow rund 3 Millionen Goldmark sowie die Besitzung Klein-Flottbek bei Hamburg; weiteres Vermögen erwarb der Reichskanzler durch seine Heirat, denn seine Frau, eine Italienerin, entstammte dem Fürstenhaus Camporeale und war Herrin des Marchesats Altavilla auf Sizilien, dessen Wert auf anderthalb Millionen Goldmark veranschlagt wurde.) Für den Kolonialkrieg in Deutsch-Südwest verlangte und

erhielt der Reichskanzler Fürst Bülow vom Reichstag die Bewilligung gewaltiger Summen, die für die rasche Verstärkung und kriegsmässige Ausrüstung der Schutztruppe benötigt wurden. Und als bald darauf auch in Deutsch-Ostafrika eine gefährliche Eingeborenen-Revolution ausbrach, musste der Reichstag abermals grosse Kredite bewilligen. Dies war besonders erfreulich für das Handelshaus v. Tippelskirch & Co. GmbH, denn diese Firma hatte 1895 einen zunächst fünfjährigen, dann bis 1911 verlängerten Vertrag mit der Reichsregierung abschliessen können, der ihr das Monopol für alle Lieferungen von Ausrüstungsgegenständen an die deutschen Kolonialtruppen sicherte. Das erregte natürlich den Neid der Konkurrenz, die zudem darauf hinweisen konnte, dass das Haus von Tippelskirch überall im Land billige Fabrikate aufkaufte und diese dann als eigene Erzeugnisse mit Preisauflagen bis zu hundert Prozent an die Schutztruppe lieferte.

Als ärgerlich wurde auch das Transport-Monopol der Woermann-Linie empfunden, doch aufgrund alter Verträge hatte Woermann & Co., Hamburg, das alleinige Recht, bestimmte afrikanische Häfen anzulaufen. Die Firma nutzte dies zwar weidlich aus, indem sie ihre Frachtraten bis zum Dreissigfachen des Üblichen hochschraubte, aber dagegen war wegen der vertraglichen Vereinbarungen kein rechtlicher Einwand möglich. Zudem war Adolph Woermann, der Seniorchef der Firma, nicht nur Präses der Hamburger Handelskammer, sondern auch ein einflussreicher Abgeordneter der Nationalliberalen im Reichstag, wo er sich vor allem für den unbeschränkten Handel mit Spirituosen, auch und gerade in den afrikanischen Kolonien, einsetzte. Dagegen hatten sich besonders die Sozialdemokraten gewandt. Sie hielten die Überschwemmung der Kolonien mit billigem Fusel – Gustav Nagel in Firma Kühne & Nagel lieferte die Kiste Gin zu 12 Flaschen für 2,50 Mark einschliesslich Fracht – für ungemein schädlich. Adolph Woermann war anderer Meinung: «Der Branntwein ist der Punkt, wodurch sich die Deutschen überhaupt in den Handel Westafrikas hineinbohren können», hatte er im Reichstag erklärt, und er musste es wissen. Seine Fracht nach Togo, beispielsweise, bestand zu 58 Prozent aus Schnaps. So fragte er denn das Parlament: «Sollen wir aus reiner Liebe zu den Negern, die doch noch nicht so lange unsere Brüder sind, einen grossen Geschäftszweig unterbinden?»

Er konnte sich mit dieser Meinung durchsetzen, zumal bei den Konservativen. Einer deren Führer, der pensionierte Reitergeneral

Victor von Podbielski, auch Präsident des Offiziersvereins, war der Vorsitzende des zuständigen Parlamentsausschusses, und bei ihm, der als Rittergutsbesitzer selbst aus Runkelrüben billigen Schnaps für Afrika brennen liess, fand Adolph Woermann besonders viel Verständnis. Aber auch der Chef des Reichsschatzamts, Staatssekretär Helmuth Freiherr von Maltzahn, dem das Spiritomonopol unterstand, pflichtete Woermann bei.

Übrigens, Victor von Podbielski, von seinen Freunden kurz «Pod» genannt, dessen Sohn Hans dann die Baroness Anna-Marie von Maltzahn heiratete, war zur Zeit des Aufstands in Deutsch-Südwest, an dem die Firma Tippelskirch so gut verdiente, preussischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; als Gutsherr auf Dallmin lieferte er die Butter für die in Deutsch-Südwest kämpfende Schutztruppe, wenngleich nicht direkt, sondern über die Firma v. Tippelskirch & Co., an der seine Ehefrau mit 40 Prozent beteiligt war; weitere 40 Prozent gehörten einem Legationsrat in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, Dr. Bumiller. Der Firmenchef von Tippelskirch war kaum mehr als ein Strohmann, ausserdem der Schwiegervater der Baroness Ilse von Maltzahn (wobei am Rande vermerkt sei, dass die Freiherren von Maltzahn auch verwandt waren mit den Bülows, den Bethmanns, den Podbielskis sowie mit einigen Hamburger Patriziersippen wie den Münchmeyers, den Burchards und den Woermanns).

Doch um zum Ausgangspunkt zurückzukehren, dem Eingeborenenaufstand in Deutsch-Südwestafrika, an dem alle so gut verdienten – zweieinhalb Jahre lang wurde jeder Schiffstransport, und es waren Dutzende täglich, von der Woermann-Linie mit rund 600'000 Goldmark dem Reich in Rechnung gestellt –, so hatte diese Erhebung mancherlei Ursachen. In einer denkwürdigen Rede vor dem Reichstag am 30. Januar 1905 nannte August Bebel, der Führer der Sozialdemokraten, einige der Ursachen und Anlässe beim Namen: «... in erster Linie das in Südwestafrika bestehende Regierungssystem, dann aber auch das Verhalten eines erheblichen Teils der Farmer den Eingeborenen gegenüber ... Wenn es denkbar wäre, dass die Bevölkerung eines europäischen Kulturstaates nur annähernd in ähnlicher Weise behandelt würde, wie es hier seitens der Eroberer den Eroberten, den Unterdrückten in Südwestafrika gegenüber geschehen ist, dann würde längst ein

Aufstand, eine Revolution ausgebrochen sein ... Man hat vielfach gefragt, woher denn die Eingeborenen ihre Waffen bekommen haben. Darüber wird in der Denkschrift (des Kolonialamts) die Auskunft gegeben: Es sind den Leuten die Waffen aus ähnlichen Gründen geliefert worden, wie ihnen andere Dinge auch gegeben wurden, nämlich um grosse Profite auf ihre Kosten zu machen, um vor allen Dingen ihr Land in möglichst grossem Umfange in Besitz zu nehmen ... Der Gouverneur Leutwein hatte zwar unterm 1. Januar 1899 eine Verordnung erlassen, die bestimmt war, diesem schwindelhaften Treiben der Händler einigermassen entgegenzutreten, und es sind die rheinischen Missionare, die erklären, dass, wenn diese Verordnung in Kraft geblieben wäre, zweifellos dies eine sehr gute Wirkung für das ganze Land gehabt hätte. Aber offenbar hat der Einfluss der Weissen und vielleicht auch der Einfluss oder die Weisung von Berlin – ich weiss es nicht – dahin gewirkt, dass der Gouverneur Leutwein nach kurzer Zeit diese Verordnung wieder aufhob, so dass nunmehr die Händler in uneingeschränkter Weise die Eingeborenen ausbeuten konnten ... Ein weiteres, sehr düsteres Kapitel ist das der Misshandlungen, denen die afrikanische Bevölkerung ausgesetzt ist. Sie sind unheimlich schwer und hart. Ich will nur der Vollständigkeit halber an den Vorgang mit dem Prinzen Prosper Arenberg erinnern, der den Eingeborenen Kain in der grausamsten, barbarischsten Weise ermordet hat ... Kain war ein naher Verwandter des Samuel Maharero, der als die Seele des Aufstandes gilt ... Die Geduld dieser Eingeborenen ist wahrlich bis zum alleräussersten in Anspruch genommen worden ..., und sie haben sich dann in einer ihren Kulturbegriffen entsprechenden Weise an ihren Peinigern gerächt ...»

Tatsächlich müssen die Kulturbegriffe der Hereros ganz andere gewesen sein als die ihrer Unterdrücker. Während nämlich die deutsche Schutztruppe schonungslos vorging, alles zusammenkartätschte und am Ende die Reste der Hereros – Männer, Frauen und Kinder samt ihrem Vieh – in die Salzwüste trieb und verdursten liess, waren die Aufständischen gänzlich anders vorgegangen. Der Kriegsteilnehmer Burkhart Freiherr von Erffa, der später gefallen ist, berichtete in seinem Kriegstagebuch: «Auch hier hatten die Hereros, wie überall, den Missionar und sein Anwesen sowie die Buren und Engländer verschont. Keiner von diesen ist auch nur um ein Stück Vieh gekränkt worden ... » Und im Bericht

des deutschen Generalstabs hiess es: «Die Frauen und Kinder (der Weissen) wurden im Allgemeinen verschont und an die Grenze des Witboilandes gebracht, von wo sie wenigstens das nackte Leben retten konnten ... » Diese Ritterlichkeit nützte den Hereros wenig: Mehr als vier Fünftel dieses Volkes kamen, meist auf äusserst grausame Weise, ums Leben; die Überlebenden wurden restlos enteignet und, vielfach als Kettensträflinge, zu den schwersten Arbeiten gezwungen.

Sehr viel milder verfuhr man mit denen, die durch ihre Verbrechen wesentlich zum Ausbruch der Revolte beigetragen hatten. Der von dem Reichstagsabgeordneten Bebel in seiner Rede erwähnte Prinz und Herzog Karl Prosper von Arenberg, der als junger Leutnant wegen aussergewöhnlich schlechter Führung sein feudales Kavallerieregiment hatte verlassen müssen und bei der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika den seinen Wünschen im Wege stehenden Ehemann einer Herero-Häuptlingstochter auf bestialische Weise ermordet hatte, erhielt zunächst nur eine Strafe von 6 Monaten Arrest. Das Urteil musste jedoch Kaiser Wilhelm II. zur Bestätigung vorgelegt werden, und der ordnete ein neues Kriegsgerichtsverfahren in Berlin an, zu dem der Delinquent als Passagier 1. Klasse der Woermann-Linie alsbald anreiste.

Es wäre indessen ein Irrtum, nähme man an, der Kaiser hätte nur die gerechtere Sühne eines Verbrechens im Sinn gehabt. Ihm ging es dabei vornehmlich um etwas ganz anderes, nämlich um den Bau des Mittellandkanals. Er und mit ihm die meisten anderen ostelbischen Grossagrarien versprachen sich von diesem Projekt, das im Landtag auf Ablehnung gestossen war, stark verbesserte Absatzmöglichkeiten, vor allem im Ruhrgebiet, für die landwirtschaftlichen Überschüsse Ostdeutschlands. Umgekehrt lehnten die westdeutschen Grossgrundbesitzer, speziell der westfälische Landadel, den Kanalbau vor allem deshalb ab, weil sie die durch verbilligten Transport noch geförderte Konkurrenz der Ostelbier fürchteten. An der Spitze der im Parlament siegreich gewesenen «Kanalrebelln» aber stand der bedeutendste Grundbesitzer Westdeutschlands, Engelbert 9. Herzog von Arenberg, erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses und der Zentrumsfraktion des Reichstags, sowie dessen Onkel, Franz Ludwig Herzog von Arenberg, ebenfalls Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Reichstags, wo er Vorsitzender des Kolonialausschusses war, seit 1897 auch Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Es versteht sich fast von selbst, dass sich der Kaiser und die Familie Arenberg nun arrangierten: Prinz Karl Prosper wurde zwar vom Kriegsgericht des Mordes für schuldig befunden und zum Tode verurteilt, aber sogleich vom Kaiser zu einer Freiheitsstrafe begnadigt, bald darauf im Wiederaufnahmeverfahren aufgrund von Gutachten berühmter Psychiater wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen und in ein privates Sanatorium eingewiesen, aus dem er wenig später als geheilt entlassen und auf eine längere Erholungsreise ins Ausland geschickt werden konnte; die Kanalbaupläne Seiner Majestät aber fanden bei erneuter Vorlage die erforderliche Mehrheit, wengleich zunächst nur für den ersten Streckenabschnitt Elbe-Hannover. Und der Zentrumsführer Herzog Engelbert von Arenberg, übrigens ein Bruder des vorübergehend geistesgestörten Prinzen, dessen Untat den letzten Anstoss zum Aufstand der Hereros gegeben hatte, wurde einer der engsten Freunde Kaiser Wilhelms II., der sich häufig zur Jagd bei ihm einfand.

Weitere enge Freunde des letzten Kaisers waren: Max Egon II., Fürst zu Fürstenberg, königlich preussischer Oberstmarschall, Mitglied des Herrenhauses und Vizepräsident des österreichischen Reichsrats; Philipp Fürst zu Eulenburg-Hertefeld, bis 1902 Deutscher Botschafter in Wien, zuvor preussischer Gesandter in München – in welcher Rolle wir ihn bereits im Zusammenhang mit der «grossartigen Schmiererei» des Bayernkönigs Ludwig II. kennengelernt haben –, Begleiter des Kaisers auf seinen Nordlandreisen, auch Dichter der ‚Skaldengesänge‘ und ‚Rosenlieder‘; Hans Heinrich XV. Fürst Pless sowie General Graf Dietrich von Hülsen-Haeseler, seit 1901 Chef des Militärkabinetts.

Der Reichste unter diesen fünf Freunden des Kaisers war Max Egon Fürst zu Fürstenberg, dessen steuerpflichtiges Vermögen 1913 auf 110 Millionen Goldmark geschätzt wurde, das des Fürsten Pless dagegen auf «nur» 99 Millionen Goldmark. Den Herzog Engelbert von Arenberg verzeichnet das ‚Jahrbuch der Millionäre im Königreich Preussen‘ von 1913 mit 63 Millionen Goldmark Inlandsvermögen, doch alle drei Hocharistokraten waren auch noch im Ausland sehr begütert, die Fürstenbergs in Österreich, die Fürsten Pless in Russisch-Polen und die Herzöge von Arenberg in Frankreich, Belgien, Luxemburg sowie in Südamerika. Dem wohl engsten Freund des Kaisers bis zu seinem Sturz

im Jahre 1906, Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, der erst 1900 in den Fürstenstand erhoben worden war, gehörten die Rittergüter Liebenberg und Häsen, beide in der Mark Brandenburg, sowie Hertefeld und Kolk bei Geldern am Niederrhein, zusammen rund 4'300 Hektar; der Wert dieses Grundbesitzes wurde (gewiss sehr niedrig) auf knapp 4 Millionen Goldmark veranschlagt. Und über den Grafen Hülsen-Haeseler enthalten die «Millionärsjahrbüchen und Güterkalender der Zeit vor 1914 überhaupt keine Angaben, doch war er immerhin Inhaber des Haeselerischen Geldfideikommisses, mit dem 1894 auch der Grafentitel an ihn gekommen war – man kann annehmen, dass es sich dabei um einen sechs- bis siebenstelligen Goldmarkbetrag gehandelt hat – eine blosse Bagatelle, verglichen mit den Vermögen der Fürsten Fürstenberg oder Pless. Immerhin war Graf Dietrich von Hülsen-Haeseler kommandierender General der Infanterie, Exzellenz, vortragender Generaladjutant des Kaisers und Chef des Militärkabinetts Seiner Majestät. Er gehörte zur ständigen Begleitung Wilhelms II., so auch auf einer Reise im November 1908, die der Kaiser angetreten hatte, um sich einiger «Unannehmlichkeiten» zu entziehen.

Es handelte sich tatsächlich um die schwerste Krise seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. im Jahre 1888: Der Anlass war ein vom Londoner «Daily Telegraph» publiziertes Interview mit dem Kaiser, und dessen anmassender Ton, mehr noch als der für die Engländer sehr verletzende Inhalt seiner Äusserungen, hatte die Öffentlichkeit Grossbritanniens über alle Massen empört. Der deutsche Botschafter in London, Paul Graf Wolff Metternich zur Gracht, der von dem Interview nicht verständigt, geschweige vorher konsultiert worden war, hatte seinen Mitarbeitern bereits am Tage der Veröffentlichung erklärt: «Jetzt können wir hier die Bude zumachen!», und auch in Deutschland war erstmals Empörung laut geworden, nicht nur bei der Opposition, sondern auch im Regierungslager und sogar auf der äussersten Rechten. Des Kaisers mit Dilettantismus gepaarter Grössenwahn hatte langjährige Bemühungen der Diplomaten und Wirtschaftsführer um ein besseres Verhältnis zu England mutwillig und mit einem Schlage zunichte gemacht, und man war nun nicht mehr bereit, solche Eskapaden Seiner Majestät einfach hinzunehmen. «Der Schatz monarchischer Gesinnung ist unzweifelhaft sehr reich», liess sich ein konservatives Blatt vernehmen, «aber auch das reichste Erbe kann vergeudet

werden, wenn unverantwortlich darauflos gewirtschaftet wird ... Den Rechten des Monarchen stehen Pflichten gegenüber, deren Verletzung die Fundamente der Monarchie erschüttern kann.» Im Bundesrat erörterten die Minister bereits, wie man Wilhelm II. zur Abdankung bewegen könnte; der Reichskanzler Fürst Bülow bot seine und seiner Ressortschefs Demission an und gab, als diese nicht angenommen wurde, am folgenden Tag eine Erklärung ab, mit der er die Gemüter zu beruhigen versuchte. Mit banger Sorge sah der Kanzler der nächsten Plenarsitzung des Reichstags entgegen, die für den 10. November angesetzt war und bei der von allen Seiten Verfassungsänderungen sowie eine Abdankung des Kaisers verlangt werden würden. Was aber tat der Kaiser selbst? Er verliess eilig Berlin und ging auf der Besitzung Blühnbach, die damals dem österreichischen Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, gehörte und heute Privatbesitz des Krupp-Erben Arndt von Bohlen und Halbach ist, auf Hirschjagd. Von dort aus schickte er dem hart bedrängten Reichskanzler ein langes Telegramm: «Die zwei Tage hier verliefen sehr harmonisch und heiter ... Ich streckte 65 Hirsche ... Ich gedenke Ihrer stets in meinem Morgen- und Abendgebet ... Gott mit Ihnen! In alter Freundschaft Wilhelm I. R.»

Am 10. November trat in Berlin der Reichstag zusammen, «mit allen Zeichen eines Volksgerichts über seinen Kaiser», wie dazu Wilhelms Biograph, Emil Ludwig, bemerkt. Fürst Bülow gelang es schliesslich, die Wogen der Empörung zu glätten, indem er versprach, die Erregung im Volk werde «Seine Majestät den Kaiser dahin führen, künftig auch in seinen Privatgesprächen sich diejenige Zurückhaltung aufzuerlegen, die für eine einheitliche Politik und für die Autorität der Krone unerlässlich ist ... Wäre es nicht so», schloss der Reichskanzler, «so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger dafür die Verantwortung tragen.»

Am selben 10. November hielt Wilhelm II., der inzwischen zum Fürsten Fürstenberg nach Donaueschingen gereist war, um dort Füchse zu jagen, eine Rede auf den Grafen Ferdinand von Zeppelin. Der hatte von der Witwe des Erfinders David Schwarz dessen Pläne und Patente für nur 15'000 Goldmark erworben und nach zehnjährigem Experimentieren mit diversen starren Luftschiffen, die dann später ihm zu Ehren Zeppeline genannt wurden, endlich insoweit Erfolg gehabt, als ihm ein Flug vom Bodensee rheinabwärts bis Worms und zurück über Stuttgart gelungen war; bald da-

nach allerdings war sein Luftschiff durch elektrische Entladung völlig zerstört worden.

Doch bevor dieser «Zeppelin» des Jahres 1908 zerbarst, nahm Seine Majestät ihn in Augenschein. Man arrangierte für den Kaiser einen Ausflug nach Friedrichshafen, und Wilhelm II., der zuvor für den Grafen nur Verachtung übrig gehabt und ihn noch im Sommer jenes Jahres «von all den Süddeutschen den Dümmden» genannt hatte, fand es nun an der Zeit, sein Urteil über den vermeintlichen Erfinder des Luftschiffes zu revidieren. «Unser Vaterland kann stolz darauf sein, einen solchen Sohn zu besitzen», liess er sich am 10. November, zur Stunde, da der Reichskanzler vor dem empörten Parlament den gefährdeten Thron verteidigen musste, zu Friedrichshafen über den Grafen Zeppelin aus, «den grössten Deutschen des 20. Jahrhunderts, der durch diese Erfindung uns an einen neuen Entwicklungspunkt des Menschengeschlechts geführt hat. Es dürfte wohl nicht zuviel gesagt sein, dass wir heute einen der grössten Momente in der Entwicklung der menschlichen Kultur erlebt haben.»

Am Abend dieses Tages, an dem in Berlin Kanzler und Kabinett bis tief in die Nacht hinein berieten, wie man den Kaiser aus der schwersten Krise seiner Regierungszeit noch einmal retten könnte, liess sich Wilhelm II. im Schloss des Fürsten Fürstenberg zu Donaueschingen von einem herbeibeordneten Provinzkabarett eine Privatvorstellung geben. Und die Presse meldete am nächsten Tag: «... zweistündige Vorstellung vor dem Deutschen Kaiser, dem Fürsten Fürstenberg und dem Grafen Zeppelin mit sensationellem Erfolge nachts halb ein Uhr geendet. Der Kaiser und die hohen Herrschaften applaudierten stürmisch und sprachen in persönlichen Unterredungen ihre dankbare Anerkennung für das brillante Programm und die tadellose Vorführung aus.» In denselben Zeitungen konnte man weiter vorn lesen, was gleichzeitig in Berlin vor sich gegangen war.

Wilhelm II. las nur die Berichte über seine Rede auf den Grafen Zeppelin, den angeblich grössten Deutschen eines Jahrhunderts, das noch keine acht Jahre alt war, sowie die von dem Kabarettidirektor lancierte Meldung über die Privatvorstellung. Auf die Schlagzeilen, die Reichstagsdebatte betreffend, hatte er nur einen Blick geworfen und war dann in Tränen ausgebrochen. Graf Robert von Zedlitz-Trützschler, sein Hofmarschall und Reisebe-

gleiter, schrieb darüber in seinen Memoiren: «Diese Depressionen äusserten sich sehr bald so, dass er nichts mehr über die Angelegenheit las und sich von seinen trüben Gedanken zu zerstreuen suchte» – wie, das ist der Schilderung zu entnehmen, die der Hofmarschall vom Abschiedsabend in Donaueschingen gibt:

«Die wirklich ungewöhnlich glänzende und elegante Gesellschaft war nach Tisch in der schönen Halle des prachtvollen Schlosses versammelt, während auf der Treppe eine Kapelle musizierte. Plötzlich erschien Graf Hülsen-Haeseler als Balletttänzerin kostümiert, was er auch sonst gelegentlich getan, und begann zu tanzen. Alles war aufs Höchste amüsiert, denn der Graf tanzte grossartig, und es hatte ja auch etwas Eigenartiges, den Chef des Militärkabinetts, als Dame kostümiert, ein Ballett aufführen zu sehen. Als der Graf eben einen Tanz beendet hatte, begab er sich auf die anstossende Galerie, um Luft zu schöpfen. Ich stand vier Schritt vom Eingang und hörte plötzlich einen schweren Fall. Ich eilte hin und sah den Grafen lang ausgestreckt, mit dem Kopf in der Fensternische, auf der Erde liegend ... » Der königlich preussische General der Infanterie Dietrich Graf von Hülsen-Haeseler, Generaladjutant des Kaisers, 56 Jahre alt, war einem Herzschlag erlegen, angetan mit einem fleischfarbenen Trikot, falschem Busen und Tüllröckchen.

Dies geschah am 14. November 1908. Wilhelm II. telegraphierte noch in derselben Nacht an die Kaiserin: «Ich habe meinen besten Freund verloren!» und ordnete ein pompöses Staatsbegräbnis an.

Anderthalb Jahre zuvor hatte das Schicksal dem Kaiser einen noch weit engeren Freund entrissen, wenngleich dieser nicht physisch tot, jedoch moralisch vernichtet und vom Hofe verbannt worden war: Philipp Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, der höchsten Auszeichnung des Königreichs Preussen, war einem nicht mehr vertuschbaren Skandal zum Opfer gefallen.

Es ging um homosexuelle Affären, ein schwärmerisches Verhältnis des fast sechzig jährigen Fürsten und Vaters von sechs erwachsenen Kindern zu dem gleichaltrigen Generalleutnant und Kommandanten von Berlin, Kuno Graf Moltke, sowie um weitere «Urninge» in der nächsten Umgebung des Kaisers: zwei Grafen Hohenau, beides Flügeladjutanten Wilhelms II. und dessen Vetter, der eine zudem Kommandeur der Gardekürassiere; den Grafen Lynar, ebenfalls Flügeladjutant des Kaisers; den Oberhofzere-

monienmeister Graf Wedel sowie einen Prinzen von Preussen. Sie alle wurden vom Hof des Kaisers verbannt, mit «schlichtem Abschied» aus der Armee entlassen. Damit, so meinte Wilhelm II., war der Gerechtigkeit Genüge getan. «Wenn es jetzt in den Zeitungen nicht aufhört», liess er sich bald darauf vernehmen, «dann schicke ich einen Flügeladjutanten hin und lasse den Redakteur totschiessen!» An eine Strafverfolgung der «Urninge», wie sie ein inhumanes und unsinniges Gesetz damals noch zwingend vorschrieb, dachte niemand. Gesetze waren zur Aufrechterhaltung der Zucht bei den Untertanen da; sie galten nicht für Fürsten und Grafen.

Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, dem nach dem Grafen Hülssen-Haeseler «ärmsten» unter den engeren Freunden des Kaisers, blieben nach seinem Sturz – wie einer mitleidigen Randbemerkung in den Memoiren des Hofmarschalls Graf Zedlitz-Trützschler zu entnehmen ist – «kaum hunderttausend Mark Jahresrente, nicht eben viel für einen Fürsten». Tatsächlich belief sich das steuerpflichtige Einkommen des Fürsten Eulenburg im Jahre 1913 – nach dem ‚Jahrbuch der Millionäre in der Provinz Brandenburg‘ – auf 180'000 Goldmark, also etwa 500 Goldmark täglich. Zur selben Zeit lagen die Stundenlöhne im Durchschnitt bei 26,5 Pfennigen und, wenn man die Heimarbeit mit einbezieht, bei weniger als 12 Pfennigen. Die Weber im schlesischen Oberlangenbielau verdienten nur 3,5 Pfennige in der Stunde; bei den Thüringer Spielzeugmachern lag der Stundenverdienst einer ganzen Familie zwischen 3 und 4,5 Pfennig, und auf einer Berliner Ausstellung des Jahres 1906 wurde feinste Klöppelspitze gezeigt, die eine einundachtzigjährige Arbeiterin für 1,5 Pfennig Stundenlohn hergestellt hatte.

Doch auch ein hochqualifizierter Facharbeiter, etwa ein Vorwalzer in einem Bochumer Walzwerk, konnte mit schwerster Arbeit in zwölf Stunden – so lange währte die Schicht – nur ziemlich genau ein Hundertstel dessen verdienen, was dem vom Hofe verbannten, nach Ansicht seiner Standesgenossen relativ mittellosen Fürsten Eulenburg ohne eigene Anstrengung an Einkommen täglich zufloss.

Im Jahre 1905 lagen die – gegenüber den neunziger Jahren wesentlich erhöhten – Endgehälter eines Lokomotivführers bei 183,33 Mark monatlich, eines Stationsvorstehers 1. Klasse bei 350 Mark und eines Regierungsrats bei 500 Mark.

Kaiser Wilhelm II. hingegen bezog für sich persönlich an sogenannten Schatullengeldern monatlich 146'666 Goldmark, die Kaiserin weitere 17'500 Goldmark; die kronprinzliche Familie erhielt eine Apanage von 71'000 Goldmark monatlich, Prinz Eitel Friedrich 35'600 Goldmark, Prinz Adalbert 30'000 Goldmark, Prinz August Wilhelm 27'300 Goldmark, Prinz Oskar 14'000 Goldmark, Prinz Joachim und Familie 26'000 Goldmark, Prinz Heinrich 28'300 Goldmark, Prinz Waldemar 5'000 Goldmark, Prinz Sigismund 4'150 Goldmark, Prinz Friedrich Leopold Senior 2'500 Goldmark, Prinz Friedrich Leopold Junior und Sohn zusammen ebenfalls 2'500 Goldmark, Prinz Friedrich Wilhelm und Töchter zusammen 5'000 Goldmark und Prinz Joachim Albrecht 2'500 Goldmark.

Alle diese monatlichen Zuweisungen an die Prinzen des königlichen Hauses, die samt und sonders noch beträchtliches Einkommen aus eigenem Vermögen hatten, waren steuerfrei und wurden bei der engeren Familie des Kaisers noch ergänzt durch Aufwandsentschädigungen. Für Hoffeste waren beispielsweise monatlich 40'128 Goldmark vorgesehen, für Reisen Ihrer Majestäten etwas über 90'000 Goldmark im Monat, für die königlichen Hofjagden 34'000 Goldmark, für Parforcejagden nochmals 4'900 Goldmark, für den Ankauf von Kunstwerken weitere 6'330 Goldmark monatlich. Der Unterhalt der Schlösser, Palais und Gärten, die Gehälter und Pensionen aller Hofchargen und Bediensteten, der Marstall, das Hoftheater, kurz, jede nur denkbare Ausgabe des Kaisers und seiner Familie für ihre Hofhaltung und selbst die «Gnadenbewilligungen» wurden besonders erstattet.

Was tat nun Wilhelm II. für dieses viele Geld, das ihm und den Seinen aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wurde? Nun, beschränken wir uns nur auf das, was seine Freunde und engsten Vertrauten über des Kaisers Mitwirkung an den Regierungsgeschäften berichtet haben, so ergibt sich folgendes Bild: Sein einstiger Erzieher, Georg Hinzpeter, der dem Dreissigjährigen gelegentlich noch Ratschläge geben durfte, erklärte 1889: «Ich habe dem Kaiser die Arbeiterfrage angeraten, um ihn dadurch selbst zur Arbeit anzuregen, denn er hat nie das Arbeiten gelernt.» Der Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee stellte dem Monarchen Anfang der neunziger Jahre folgendes Zeugnis aus: «Die schwersten Bedenken bei allen, die mit ihm zu tun haben, erregt es, dass er selbst nicht die geringste Lust mehr zur Arbeit hat. Zerstreun-

gen, Spielereien mit der Armee und namentlich mit der Marine, Reisen oder Jagden gehen ihm über alles; so hat er in der Tat kaum mehr Zeit zur Arbeit. Er liest sehr wenig ... schreibt selbst kaum noch, abgesehen von Randbemerkungen auf Berichten, und hält den Vortrag für den besten, der schnell erledigt ist. Wahrhaft skandalös ist es, wie die Hofberichte das grosse Publikum über die Tätigkeit des Kaisers täuschen; nach ihnen ist er von früh bis spät im Geschäft.»

Zwischen April und Dezember 1901 sah der Deutsche Kaiser und König von Preussen – so vermerkte Waldersee in seinen Memoiren – «ausser Bülow, Gossler und Podbielski dreiviertel Jahre lang keinen seiner Minister». Und als an Bord der kaiserlichen Motoryacht Hohenzollern, mit der Wilhelm II., stets in Begleitung von zwei Dutzend Granden seines Reiches, häufige und ausgedehnte Vergnügungsreisen zu unternehmen pflegte, die Sonntagspredigt einmal an das Bibelwort anknüpfte: wenn das Leben köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen, da schrieb einer von des Kaisers Gästen, der Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke, in sein Tagebuch: «Wie wahr das ist, empfinden wir alle in unserem aufgezwungenen Müssiggang. Alle, leider, bis auf Einen ... »

Für das Jahr 1910 schilderte sein Hofmarschall, Graf Zedlitz-Trützschler, den üblichen Verlauf eines Arbeitstags im Leben Seiner Majestät: «Er steht auf, frühstückt um neun ... mit drei warmen Gängen, ist nur schwer und sehr ungerne etwa zwei Stunden am Vormittag für die Vorträge zu haben; häufig benutzt er sie, um seinen Räten selber Vortrag zu halten. Dann folgt das Frühstück um ein Uhr. Es folgt die Ausfahrt um zwei, dann Tee, dann Schlafen und vor der Abendtafel um acht noch Erledigung einiger Unterschriften. Infolge des öfters sich bis drei Stunden hinziehenden Nachmittagsschlafes bleibt der Kaiser regelmässig bis zwölf oder ein Uhr auf und steht dabei am liebsten im Kreis von Menschen, die ihm andächtig zuhören und denen er unentwegt erzählt. So spielt sich das Leben tatsächlich ab. Man vergleiche, was die Historiker darüber sagen ... Neun Monate Reisen, nur die Wintermonate zu Hause. Wo aber bleibt bei fortgesetzter Geselligkeit Zeit für ruhige Sammlung und ernste Arbeit?»

An dieser minimalen Arbeitsleistung änderte sich auch nichts, nachdem das Deutsche Reich vom August 1914 an gegen eine Welt von Feinden Krieg führte, einen Krieg, in den Deutschland,

so hiess es dann bei Hofe, ohne eigene Schuld «hineingeschlittert» sein sollte. Das war jedoch keineswegs der Fall gewesen.

Spätestens seit dem Jahre 1905 war «alles einkalkuliert», stand der Schlieffen-Plan fest, der nach dem Willen des Grossen Generalstabs die Verletzung der von allen Mächten garantierten Neutralität Belgiens vorsah, hielt der Kaiser – sehr zur Freude der Rüstungsindustrie und vieler ehrgeiziger Militärs und zum Kummer aller um Frieden und Ausgleich bemühter Politiker – eine die Nachbarn Deutschlands provozierende Rede nach der anderen, rasselte unaufhörlich mit dem Säbel und erhob ständig Forderungen nach mehr Einfluss, mehr «Lebensraum», mehr Kolonien, mehr «Seegelung», mehr Kriegsschiffen, mehr Soldaten.

Im Jahre 1912 erschien ein bei Hofe vielbeachtetes Buch mit dem Titel «Deutschland und der nächste Krieg». Sein Verfasser war Major Friedrich von Bernhardi, damals Abteilungschef im Grossen Generalstab. Die Kapitelüberschriften dieses Buches – zum Beispiel: «Das Recht, Krieg zu führen», «Die Pflicht, Krieg zu führen», «Deutschlands historische Mission», «Weltmacht oder Untergang» – sprechen für sich selbst. Nach Bernhardi war ein «Eroberungskrieg politische Notwendigkeit» und daher «oberste Pflicht des Staates». «In enge, unnatürliche Grenzen» eingepfercht, konnte das Reich – so von Bernhardi – seine grossen Ziele ohne Vermehrung seiner politischen Macht, ohne Erweiterung seiner Einflussphäre und ohne neu zu erobernde Gebiete niemals erreichen. Dazu hatte es einen Angriffskrieg zu führen. Schon der erste Schlag musste Deutschlands «Erzfeind» Frankreich so «vollkommen zerschmettern», dass es «niemals wieder Deutschlands Weg kreuzen» könnte. Frankreich, so forderte von Bernhardi, müsste als Grossmacht ein für allemal vernichtet werden. Dass diese Thesen keineswegs die verschrobenen Ideen eines chauvinistischen Aussenseiters waren, vielmehr von beträchtlichen Teilen der Führungsschicht des Deutschen Reiches ganz oder doch weitgehend geteilt wurden, hat der Historiker Fritz Fischer in seinem Werk «Griff nach der Weltmacht» mit grosser Sorgfalt nachgewiesen.

Gewiss, zahlreiche Mitglieder der alten Geld- und Machtelite, nicht zuletzt der Kaiser selbst, schreckten vor dem Gedanken eines unprovokierten Angriffs zurück und wollten lieber eine günstige Gelegenheit abwarten. Und eine solche «günstige Gelegen-

heit» sah Wilhelm II. im Juli 1914 gekommen. Dass die Führung des Reiches keineswegs ahnungslos in den Ersten Weltkrieg «hineingeschlittert» war, dafür gibt es heute zahlreiche Beweise. Den klarsten liefert ein – leider allzu wenig beachtetes – Zeitdokument, ein am 30. Juli 1914, unmittelbar vor Kriegsausbruch, geschriebener und in Satz gegebener Leitartikel der auflagenstärksten deutschen Zeitung, der ‚Berliner Morgenpost‘, aus der Feder ihres Aussenpolitikers Arthur Bernstein. Dieser geradezu prophetische, ‚Die letzte Warnung‘ überschriebene Artikel durfte nicht mehr erscheinen, blieb aber im Stehsatz erhalten und lautete:

«In wenigen Tagen wird die Spannung sich zur Katastrophe gesteigert haben ... Wenn die Kriegshetzer soviel Verstand hätten, wie sie bösen Willen haben, dann würden sie wahrscheinlich weniger Getöse machen. Ihre Rechnung ist falsch, und das wollen wir in aller Kürze doch wenigstens festgestellt haben, ehe denn die Schlacht beginnt, soll heissen, ehe der «Belagerungszustand‘ jede ausgesprochene Wahrheit mit Festung bedroht. In wenigen Tagen wird niemand mehr die Wahrheit sagen, noch weniger schreiben dürfen.

Darum also im letzten Augenblick: Die Kriegshetzer verrechnen sich. Erstens: Es gibt keinen Dreibund. Italien macht nicht mit, jedenfalls nicht mit uns; wenn überhaupt, so stellt es sich auf die Seite der Entente. Zweitens: England bleibt nicht neutral, sondern steht Frankreich bei; entweder gleich oder erst in dem Augenblick, wo Frankreich ernstlich gefährdet erscheint. England duldet auch nicht, dass deutsche Heeresteile durch Belgien marschieren, was ein seit 1907 allgemein bekannter strategischer Plan ist. Kämpft aber England gegen uns, so tritt die ganze englische Welt, insbesondere Amerika, gegen uns auf. Wahrscheinlich aber die ganze Welt überhaupt. Denn England wird überall geachtet, wenn nicht geliebt, was wir von uns leider nicht sagen können.

Drittens: Japan greift Russland nicht an, wahrscheinlich aber uns – in freundlicher Erinnerung an unser feindseliges Dazwischentreten beim Frieden von Schimonoseki ... Viertens: Die skandinavischen Staaten, unsere «germanischen Brüder‘, werden uns verkaufen, was sie entbehren können, aber sonst sind sie uns nicht zugeneigt. Fünftens: Österreich-Ungarn ist militärisch kaum den Serben und Rumänen gewachsen. Wirtschaftlich kann es sich gerade drei bis fünf Jahre selbst durchhungern. Uns kann es nichts geben. Sechstens: Eine Revolution in Russland kommt höchstens erst dann, wenn die Russen unterlegen sind. Solange sie gegen

Deutschland mit Erfolg kämpfen, ist an eine Revolution nicht zu denken.

Dieses in aller Eile und in letzter Stunde. Unsere Botschafter kennen die Lage ganz genau. Auch Herr von Bethmann (Hollweg, der amtierende Reichskanzler) muss sie kennen. Es ist nicht denkbar, dass er das Reich durch Unverantwortliche in einen drei- bis fünfjährigen Krieg hineinsteuern lässt, während er aus Scheu vor den Drohungen der Alldrutschen und Militaristen seiner Verantwortung sich entledigt. Ob wir am Ende dieses furchtbarsten Krieges, den die Welt je gesehen haben wird, Sieger sein werden, steht dahin. Aber selbst wenn wir den Krieg gewinnen, so werden wir nichts gewinnen ... Geld als Kriegsschädigung wird am Ende des Gemetzels nirgends mehr zu finden sein ... Deutschland führt den Krieg um nichts, wie es in den Krieg hineingegangen ist für nichts. – Eine Million Leichen, zwei Millionen Krüppel und fünfzig Milliarden Schulden werden die Bilanz dieses ‚frischen, fröhlichen Krieges‘ sein. Weiter nichts.»

Arthur Bernstein hat sich in keinem Punkt geirrt, ausser in einem: Die deutschen Streitkräfte hatten im Ersten Weltkrieg 1,81 Millionen Tote und 4,25 Millionen Verwundete zu verzeichnen, also etwa das Doppelte des Prophezeiten; die Kriegskosten betragen nicht 50, sondern 194 Milliarden Goldmark. Dazu kamen grosse Gebietsverluste, ungeheure Reparationslasten und nicht zuletzt die Opfer unter der Zivilbevölkerung durch Hunger und Krankheit.

Bis zum bitteren Ende hielten die deutschen Armeen tapfer aus gegen die feindliche Übermacht; nur sehr wenige Soldaten desertierten, wie es dann ihr Oberster (und höchstdotierter) Kriegsherr tat, der sich im November 1918 von seinem militärisch geschlagenen, völlig verarmten und ausgehungerten Volk davonschlich.

Der Kaiser vermochte nur einen Bruchteil seines Vermögens ins Ausland mitzunehmen, und nicht alles konnte die Republik ihm nachschicken. Immerhin gelang es Seiner Majestät dann noch, dem Deutschen Reich die Grundstücke Wilhelmstrasse 72 und 73 für zusammen 40 Millionen Mark in harten Devisen sowie zwei kaiserliche Motoryachten zu verkaufen. Zusammen mit nachbezahlten Apanagen und allerlei Entschädigungen für abhanden gekommene Wertsachen flössen dem Exkaiser bis 1920 insgesamt 69'063'535 Mark zu.

Damit und mit noch mancherlei konnte sich Wilhelm II. über den Verlust des Throns hinwegtrösten, beispielsweise auch mit dem folgenden Brief, den ein in Hannover lebender Pensionär ihm am 30. März 1921 schrieb:

«Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bitte ich für das gnädige Interesse an der Krankheit meiner Frau ehrfurchtvollsten Dank unterbreiten zu dürfen. Die Sorge ist noch nicht behoben.

Aus der Heimat habe ich wenig Erfreuliches zu berichten. Die Unruhen in Mitteldeutschland sind ernster, als sie von der preussischen Regierung hingestellt werden. Hoffentlich gelingt es, ihrer bald Herr zu werden.

Immer drückender lasten auf dem deutschen Volk die Auswirkungen des Versailler Friedensdiktats, dessen Ziel, die Vernichtungspolitik unserer Feinde, von Tag zu Tag unverhüllter hervortritt. Zur Begründung dieser Zwangspolitik muss das Märchen von der deutschen Schuld am Kriege erhalten ... Furchtbar rächt sich das in Versailles den deutschen Vertretern wider ihre Überzeugung abgepresste Zugeständnis unserer angeblichen ‚Schuld‘ am Kriege. ... Ich fühle in tiefster Seele mit Eurer Majestät ... Ich weiss, dass Eurer Majestät Arbeit während Ihrer ganzen Regierungszeit der Erhaltung des Friedens gegolten hat. Ich kann ermessen, wie masslos schwer es für Euere Majestät ist, von positiver Mitarbeit für das Vaterland ausgeschlossen zu sein ... Zu meiner grossen Freude höre ich, dass in dem Befinden Ihrer Majestät in der letzten Zeit eine Besserung eingetreten ist. Gott helfe weiter! In tiefster Ehrfurcht, in unbegrenzter Treue und Dankbarkeit Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät alleruntertänigster (gez.) von Hindenburg, Generalfeldmarschall.»

Dieser Brief war natürlich in erster Linie zur Veröffentlichung bestimmt, zur weiteren Täuschung eines leidgeprüften Volkes. Denn ganz unter sich machte sich die Geld- und Machtelite des Kaiserreiches nicht die Mühe, die Tatsachen zu verdrehen oder auch nur zu verschleiern. Dies taten nicht einmal ihre deutschnationalen Trabanten.

Dass von einem schuldlosen «Hineinschlittern» Deutschlands in den Ersten Weltkrieg nicht die Rede sein konnte, bestätigte bereits ein – wie Fritz Fischer schreibt – «dem Reich durchaus freundlich gesinnter österreichischer Politiker, nämlich der Minister und Reichsrat Josef Baernreither, in einer (dem Wiener Haus-

Hof- und Staatsarchiv entnommenen) Tagebuchaufzeichnung vom 2. Dezember 1914. Darin heisst es: «In Deutschland bestand die Befürchtung, dass wir nicht mitgehen würden, wenn uns der Anlass des Krieges fern liegen würde ... Krieg musste aber, wie die Dinge sich durch die Schuld der deutschen und österreich-ungarischen Diplomatie entwickelt hatten, kommen. Daher ergriff Deutschland nach dem Mord in Serajewo die Gelegenheit beim Schopfe und benutzte den Anlass, der sich auf der österreichischen Seite ergeben hatte. Das ist die Geschichte des Krieges.»

In seiner Auffassung sah sich Baernreither dann bestätigt durch ein Gespräch mit dem Berliner Historiker, ‚Kreuzzeitung‘-Leitartikler und späteren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Otto Hoetzsch im November 1915: «Der deutsche Kaiser fuhr dann» (nach dem 5. Juli 1914) – so lautet die Tagebucheintragung Baernreithers vom 13. November 1915 – «nach Norwegen mit der Gewissheit, dass der Krieg ausbrechen werde. Das alles war von Deutschland sehr geschickt arrangiert und der Moment rasch und mit sicherem Blick benutzt, mit dem sicher mitgehenden Österreich einen Krieg zu führen, der sich in den letzten Jahren als unabweichlich herausgestellt hatte.»

Ganz der gleichen Ansicht war Arthur von Gwinner, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank, der in einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt, Admiral Eduard von Capelle, schon Ende August 1914 und mit Blick auf den unsicheren Bundesgenossen Österreich, sich in aller Deutlichkeit aussprach: «(Fürst) Lichnowsky (der deutsche Botschafter in London) war nur darüber nicht unterrichtet, dass man hier (in der Wilhelmstrasse) gewillt war, zum Konflikt zu treiben.» Auf Capelles Frage, wer denn diese treibende Kraft gewesen sei, antwortete Gwinner: «Zum Beispiel Herr von Stumm im Auswärtigen Amt.» Gegenüber dem Zweifel äussernden Capelle fuhr er fort: «Vielleicht ist es eine ganze Gruppe gewesen. Man hat planmässig darauf hingearbeitet, Österreich zunächst fest zu engagieren, um seiner sicher zu sein. Die ganze Aktion in Serbien ist doch von Vornherein in solcher Form eingeleitet worden, dass der Konflikt unvermeidlich war.»

Diese schwerwiegende Feststellung wurde von keinem geringeren als dem Grossadmiral Alfred von Tirpitz 1926 veröffentlicht*, und Albert Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-

* A. v. Tirpitz: ‚Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege‘, Berlin 1926, zit. nach F. Fischer: ‚Griff nach der Weltmacht‘.

Linie, Freund Wilhelms II. und enger Berater des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, den der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, noch im Juli 1914 in einer Sondermission nach London geschickt hatte, schrieb am 3. Juli 1915 an den Staatssekretär: «Ich habe jede Nachsicht für einen Mann, der wie E. E. (Euer Exzellenz) so schwer belastet ist und die entsetzliche Verantwortung zu tragen hat für die Inszenierung dieses Krieges, der Deutschland Generationen prächtiger Menschen kostet und es für 100 Jahre zurückwirft ... »

Fritz Fischer fasst diese und zahlreiche weitere Ergebnisse seiner Untersuchung so zusammen: «Dass der Kaiser, die führenden deutschen Militärs und das Auswärtige Amt in der Julikrise (1914) darauf drängten, dass Österreich-Ungarn sofort gegen Serbien loschlage, beziehungsweise, dass sie mit einem so scharfen Ultimatum an Serbien einverstanden waren, dass es mit grösster Wahrscheinlichkeit zum Kriege zwischen beiden Ländern führen musste – und dabei bewusst das Risiko eines Kontinentalkrieges gegen Russland und Frankreich auf sich nahmen –, ist in den amtlichen Quellen festgehalten. Entscheidend aber ist die bisher bestrittene Erkenntnis, dass neben den genannten Gruppen auch der nach der Verfassung allein verantwortliche Staatsmann, der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, sich am 5. und 6. Juli für dieses Risiko entschied und sogar den Kaiser, als dieser schwach zu werden drohte, überspielte. Dass es sich hier nicht um eine «verhängnisvolle Tragik», nicht um ein «waltendes Schicksal», sondern um eine bewusste politische Entscheidung handelt, geht unzweideutig aus den Tagebuchaufzeichnungen seines (Bethmann Hollwegs) Privatsekretärs Kurt Riezler hervor ... »

Im Verlaufe des «grossen Völkerringens» wurden zahlreiche Gelegenheiten, den Krieg, in den man doch angeblich nur «hineingeschlittert», der Deutschland «aufgezwungen worden» war, ohne Prestige- oder gar Gebietsverlust wieder zu beenden, von der Führung des Reiches bewusst versäumt. Keine der Chancen, einen Verständigungsfrieden zu schliessen, wurde ergriffen. Bis zur letzten Minute dachte die deutsche Führung nicht an Mässigung, und bis zum Februar 1917 wollten selbst die Gemässigten keinen Frieden ohne fette Beute.

Noch im Sommer 1918, kurz vor dem Zusammenbruch, beschlossen die in Spa versammelten deutschen Führer, dass Belgien für alle Zeit ein Vasallenstaat des Reiches bleiben müsse.

Und von dem Gedanken der Annexion des französischen Erz- und Kohlenreviers konnte sich die deutsche Oberste Heeresleitung nicht einmal im November 1918, in der Stunde der Niederlage, frei machen.

Die deutsche Führung, kräftig unterstützt von nahezu der gesamten Geld- und Machtelite des Kaiserreichs, hat 1914 einen vermeidbaren Krieg begonnen, auch später jede Gelegenheit versäumt, ihn zu beenden, vielmehr durch masslose Forderungen und überflüssige Grausamkeiten – wie etwa den uneingeschränkten U-Boot-Krieg – die harten Bedingungen des Versailler Friedens Vertrags selbst herauf beschworen. Dann aber drückten sich Führung und alte Eliten gleichermassen von jeder Verantwortung und überliessen es den Politikern der gemässigten Linken und des Zentrums, den Konkurs des Kaiserreichs abzuwickeln, wobei sie schon bald damit begannen, die unglücklichen Verwalter des von ihnen zurückgelassenen Scherbenhaufens auf jede nur erdenkliche Weise zu schmähen, zu verleumden und in Schwierigkeiten zu bringen.

Die alte Geld- und Machtelite rettete nicht nur ihre gewaltigen Vermögen in die zwanziger Jahre; sie verdiente auch an der Inflation, wie sie sich schon am Krieg von 1914-18 enorm bereichert hatte. Und sie behielt nicht allein ihre wirtschaftlichen, sondern auch die meisten anderen angestammten Machtpositionen: In Generalität und Diplomatie, in zahlreichen Schlüsselstellungen der Verwaltung und der Justiz sowie an der Spitze zahlreicher Verbände fanden sich in den Jahren der Weimarer Republik die Söhne, Schwiegersöhne oder Neffen der Männer, die unter der Kanzlerschaft Fürst Otto von Bismarcks den Ton angegeben hatten.

Am 11. Oktober 1931 schloss die alte Geld- und Machtelite in aller Form ein Bündnis mit Adolf Hitler und seinen plebejischen Kampforganisationen. Einen Tag zuvor war Hitler, mit dem einzelne Mitglieder von Fürstenhäusern, Schwerindustrielle, Bankiers und Grossgrundbesitzer schon längst sympathisierten, erstmals vom damaligen Staatsoberhaupt der Weimarer Republik, dem Reichspräsidenten Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, empfangen worden. Zwar hatte Hindenburg – so jedenfalls äusserte er sich gegenüber seinem Staatssekretär Meissner – keinen günstigen Eindruck von dem sehr redseligen «böhmischen Gefreiten», doch durch die Audienz, die er Hitler gewährte, hatte er diesen quasi «hoffähig» gemacht.

Tags darauf versammelte sich in Bad Harzburg, unter den Fittichen der Braunschweiger Landesregierung, in der nur Deutschnationale und Nationalsozialisten vertreten waren, nahezu alles, was am rechten Flügel Rang und Namen hatte: Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), geführt von Geheimrat Alfred Hugenberg, dem ehemaligen Generaldirektor des Krupp-Konzerns und Herrn eines bis in die tiefste Provinz reichenden Presse- und Film-Imperiums, war durch ihre Reichstags- und Landtagsfraktionen vertreten; das Führerkorps des «Stahlhelms» hatte sich versammelt, an seiner Spitze der Fabrikant Franz Seldte, Oberstleutnant a. D. Theodor Duesterberg und Schatzmeister Dr. Erich Lübbert, Chef des Dyckerhoff-&-Widmann-Konzerns; der Grossindustrielle Fritz Thyssen und Ernst Poensgen, Grossaktionär und Generaldirektor der Vereinigte Stahlwerke AG sowie Rudolf Blohm von Blohm & Voss, Hamburg, vertraten – zusammen mit einer stattlichen Reihe von Generaldirektoren – die Interessen der Industrie; der landwirtschaftliche Grossgrundbesitz wurde von den Führern des «Reichslandbundes», Eberhard Graf von Kalckreuth und Wilhelm Freiherrn von Gayl repräsentiert; Emil von Stauss vom Vorstand der Deutschen Bank AG und Hjalmar Schacht, der langjährige Präsident der Reichsbank, vertraten die Interessen der Hochfinanz und Bankwelt.

Dazu kamen knapp zwanzig pensionierte Generale und Admirale der kaiserlichen Wehrmacht, denen sich Generaloberst a. D. Hans von Seeckt zugesellt hatte, der Vertrauensmann und langjährige Chef der Reichswehr-Führung; das Haus Hohenzollern, vertreten durch die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm von Preussen; weitere Hohenaristokraten wie die Prinzen zu Lippe oder zu Salm-Horstmar; die Führer des Alldeutschen Verbands, einer politischen Gruppe, der schon die Politik der kaiserlichen Regierung vor 1914 zu schwächlich gewesen war und die im Ersten Weltkrieg die weitestgehenden Annexionsforderungen gestellt hatte, unter ihnen Graf Brockdorff und Baron von Vietinghoff-Scheel, sowie die Repräsentanten einer Vielzahl von rechten Splitterparteien und Verbänden.

Sie alle, die Vertreter der alten Geld- und Machtelite und deren konservative bis reaktionäre Handlanger, schlossen in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 ein Bündnis mit Hitler und dessen NSDAP, der stärksten Partei des rechten Flügels. Und das einzige Ziel dieser unheiligen Allianz war der Untergang der Weimarer

Republik, den möglichst rasch herbeizuführen man fest entschlossen war. Was danach kommen sollte, darüber gingen die Ansichten der einzelnen Gruppen dieser «Harzburger Front» allerdings weit auseinander: Die einen träumten von einer strammen Militärdiktatur im Bündnis mit der Schwerindustrie, die anderen von einer Wiedererrichtung der Monarchie unter den Hohenzollern, und die Hitlerpartei wollte ganz allein ein faschistisches «Drittes Reich» regieren.

Wir wissen, wie es dann weiterging und wer am Ende seine Pläne realisierte. Aus dem Kabinett der «Harzburger Front», das 15 Monate später die Regierung des Generals Kurt von Schleicher ablöste, mussten diejenigen, die sich Hitlers Willen nicht blind unterzuordnen bereit waren, schon bald wieder ausscheiden. Die Rechnung der Deutschnationalen, die gehofft hatten, die rechten Ultras bald wieder loswerden zu können, ging nicht auf. Aber dennoch wäre es verfehlt, anzunehmen, dass sich die alte Geld- und Machtelite, die Hitler zur Regierung verholfen hatte, nicht mit dem braunen Terror arrangiert hätte. Es gab dafür bereits zahlreiche Indizien in den vorausgegangenen Kapiteln, und wenn wir sie jetzt noch einmal kurz, zusammengefasst und mit einigen Ergänzungen, Revue passieren lassen, so werden wir sehen, wie ausserordentlich stark die alte Geld- und Machtelite in der Prominenz des «Dritten Reiches» vertreten war.

Dem «Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler», der – nach einem Verzeichnis vom November 1939 – nur 36 Mitglieder zählte, gehörte Graf Gottfried von Bismarck, der jüngere Bruder des 3. Fürsten Bismarck, an, aber auch Dr. Richard Kasselowsky, damals Inhaber der Dr. August Oetker Nahrungsmittelfabrik und Stiefvater des heutigen Konzernchefs, ferner Kurt Freiherr von Schröder vom Bankhaus J. H. Stein in Köln, Staatsrat Emil Helfferich, Vorsitzter des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika-Linie, oder auch SS-Oberführer Ewald Hecker, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hannover und Direktor der Ilseder Hütte, Peine, zu deren Grossaktionären bereits sein Vater, Geheimrat Emil Hecker, einer der Multimillionäre der Zeit vor 1914, gezählt hatte.

Ewald Hecker war auch – nach Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der bis Ende 1934 amtierte – der zweite «Leiter der Reichsgruppe Industrie» des «Dritten Reiches»; es folgten Dr.

Ernst Freudenberg, Gottfried Dierig und schliesslich, bis zum Zusammenbruch des Jahres 1945, der Mannesmann-Generaldirektor Wilhelm Zangen.

Unter den mehr oder weniger freiwilligen Wehrwirtschaftsführern des «Dritten Reiches» fanden sich an Vertretern der alten Geld- und Machelite: Max Paul Rudolph Andreae, Hamburg; Dr. Waldemar Braun, Generaldirektor und Betriebsführer der 1879 gegründeten Familienfirma Hartmann & Braun AG, Frankfurt; Joachim de la Camp, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hamburg, geschäftsführender Inhaber des Importhauses Markwitz, Delcamp & Co.; Hendrik van Delden, Inhaber von Gerrit van Delden & Co., Gronau; Staatsrat John T. Essberger, Mitinhaber der Reederei Essberger & Co., Hamburg; Richard Freudenberg, Inhaber der Firma Carl Freudenberg, Weinheim an der Bergstrasse; Kapitänleutnant a. D. Dr. Bernhard Goldschmidt, Generalbevollmächtigter des (1847 gegründeten Familien-) Konzerns der Th. Goldschmidt AG, Essen; Ewald Hecker, der uns von seinen anderen Funktionen im «Dritten Reich» her bereits bekannt ist; Erich Jost, Geschäftsführer der (zum 1883 gegründeten Familien-Konzern Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Schweinfurt, gehörenden) Firma G. & J. Jaeger GmbH, Wuppertal; Geheimrat Dr.-Ing. E. h. Jacob Klein, Vorsitzter des Aufsichtsrats der Klein, Schanzlin & Becker AG, Frankenthal/Pfalz, gegründet 1871; Werner Lüps, Vorstand der Geschäftsführung (und Schwiegersohn des Hauptteilhabers) der Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf; Gerhard E. von Malaisé, Mitinhaber des Bankhauses Lenz, München, und Vorstand der Voigt & Haeffner AG, Frankfurt am Main; Bernhard Niehues, Inhaber der Niehues & Dütting (NINO) Baumwollspinnerei und Weberei, Nordhorn, gegründet 1897; Karl Pfaff, Vorsitzter des Vorstands der G. M. Pfaff AG, Nähmaschinenfabrik, Kaiserslautern, gegründet 1862; Dr.-Ing. E. h. Günther Quandt, Mitinhaber der Gebr. Draeger Tuchfabrik, Pritzwalk, Vorsitzter des Vorstands der Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG, Berlin; Kommerzienrat Alexander Christian Rodestock, Inhaber und Betriebsführer der Optische Werke G. Rodestock, München, gegründet 1877; Konsul Willy Sachs, Vorsitzter des Vorstands der Fichtel & Sachs AG, Schweinfurt, gegründet 1895; Christoph Freiherr von Tücher, Vorstandsmitglied der Freiherrlich von Tücher'sehen Brauerei AG, Nürnberg, gegründet 1889; Fritz Rolf Wolff, geschäftsführender Gesellschafter der F. Wolff & Sohn

GmbH, Karlsruhe, gegründet 1857, Parfümeriefabrik; Dr. Hans-Jürgen Fürchtgott Zülch, Geschäftsführer der «Weser» Flugzeugbau GmbH, Bremen, sowie Mitglied des Beirats der H. F. & Ph. F. Reemtsma Zigarettenfabriken, Hamburg-Bahrenfeld (Stand von 1942).

Wir haben nur für fast jeden Buchstaben des Alphabets einen Wehrwirtschaftsführer genannt, doch natürlich zählten auch Hermann Röchling, Hanns Voith, Karl Merck (Mitinhaber von E. Merck, Chemische Fabrik, Darmstadt), Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Max Krahe, Teilhaber der 1838 gegründeten Waggonfabrik Talbot in Aachen, und noch zahlreiche weitere Mitglieder der alten Geld- und Machtelite zu den Wehrwirtschaftsführern Adolf Hitlers.

August von Finck gehörte – zusammen mit drei Reichsministern des Kabinetts Hitler – dem Präsidium der Akademie für deutsches Recht an; Fritz Thyssen war bis Kriegsausbruch Mitglied der NSDAP-Fraktion des Grossdeutschen Reichstags; Stumm-Erbe Max-Erdmann Graf von Roedern war hoher SS-Führer, wie nicht eben wenige Mitglieder der Aristokratie; kurz, es gibt kaum eine der zur alten Geld- und Machtelite zählenden Familien, die nicht auf die eine oder andere Weise auch unter der Prominenz des «Dritten Reichs» vertreten war.

Erst sehr spät, nämlich als sich eine militärische Niederlage Deutschlands schon abzeichnete, als ein Vormarsch der Roten Armee über die alten Reichsgrenzen hinaus in den Bereich des Möglichen rückte und als zu befürchten stand, dass die entsetzlichen Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine furchtbare Rache der Sieger heraufbeschwören könnten, da erst kam es zu der ersten Widerstandsaktion von mehr als lokaler Bedeutung, an der zahlreiche Angehörige der alten Geld- und Machtelite massgeblich beteiligt waren, nämlich zu jener Verschwörung, die in dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 gipfelte.

Es drängt sich – ohne dass die edlen Motive, der Mut und die anständige Gesinnung der Männer des 20. Juli auch nur im geringsten in Zweifel gezogen sein sollen – die schreckliche Vermutung auf, dass diese Verschwörung gar nicht bis zu einem Attentat auf den «Obersten Kriegsherrn» gediehen wäre, hätten Hitlers Armeen, zumindest im Osten, weiter Sieg auf Sieg erfochten und die Gefahr eines sowjetischen Eindringens nach Deutschland völlig gebannt, und daran hätten auch fortgesetzte Verbrechen der SS

nichts geändert. Denn zum Abscheu vor den Untaten, die von Hitlers Horden im Namen des deutschen Volkes begangen wurden, musste für die meisten Verschwörer auch noch die Gewissheit kommen, dass des «Führers» angebliches Feldherren-genie das deutsche Volk in die furchtbarste Katastrophe seiner Geschichte treiben zu lassen im Begriffe stand, ja, dass Hitler entschlossen war, Volk und Reich bedenkenlos dem eigenen Grössenwahn zu opfern. Erst diese Erkenntnis machte es den Verschwörern möglich, den Treueid, den die meisten von ihnen als Offiziere der Wehrmacht dem «Führer» und obersten Befehlshaber geleistet hatten, schliesslich zu brechen, beileibe nicht leichten Herzens, sondern zumeist mit erheblichen Skrupeln und nur, um Deutschland vor dem Untergang zu retten.

Was aber war dies für ein Deutschland, um dessentwillen sie einem Mann, dem sie ein Jahrzehnt lang mehr oder weniger bereitwillig gedient und dessen völlige Skrupellosigkeit sie längst erkannt, aber zunächst stumm hingenommen hatten, schliesslich die Treue brachen und nach dem Leben trachteten? Nun, es war wieder ziemlich genau jenes Reich, das 1914 den Ersten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatte: Ein Deutschland, in dem die Militärs den Ton angaben; ein Klassen- und Ständestaat mit einem Monarchen aus angestammtem Herrscherhaus an der Spitze; ein Land, dessen Volk wieder Respekt haben sollte vor Thron und Altar, vor der Obrigkeit und ihren Gesetzen, vor jedwedem Eigentum und den sich daraus ableitenden Privilegien.

Natürlich waren nicht alle am 20. Juli Beteiligten Reaktionäre; es gab, auch unter den Konservativen, einige vernünftige Männer, die wussten, dass sich das Rad der Geschichte nicht einfach zurückdrehen liesse, und es gab andere, darunter Gewerkschafter, Sozialdemokraten und aus religiösen Gründen sozial Eingestellte, die sich alle etwas anderes ersehnten als ein reaktionäres Militärregime mit dem Ziel der Wiederherstellung einer Hohenzollern-Monarchie. Doch sie mussten wohl oder übel den Militärs die Führung überlassen, denn nur diese verfügten über Waffen, Soldaten, Befehlsgewalt und Zugang zu den Schaltstellen der Macht sowie zur Zentrale, dem «Führerhauptquartier».

Betrachten wir einmal die wichtigsten Figuren der Verschwörung gegen Hitler, die sich nach der Katastrophe von Stalingrad an-

bahnte, so fällt auf, wie viele Teilnehmer jenes Treffens vom 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg darunter waren, desgleichen solche, die auf andere Weise aktiv am Untergang der Weimarer Republik mitgewirkt, den Nationalsozialisten an die Macht geholfen und dann im «Dritten Reich» wichtige Stellungen eingenommen hatten.

Johannes Popitz, beispielsweise, einer der führenden Zivilisten der Verschwörung, war bereits unter Franz von Papen Reichsminister ohne Geschäftsbereich im «Kabinett der Barone» gewesen, zugleich kommissarischer Leiter des preussischen Finanzministeriums, das ihm 1933 als Ressort – unter Hermann Göring als Ministerpräsidenten – übertragen wurde. Im Kreise der Verschwörer setzte sich Popitz, wenngleich vergeblich, dafür ein, dass der Kronprinz nach Hitlers Sturz den 1918 verwaisten Thron des Deutschen Reiches einnehmen sollte – derselbe Kronprinz, der 1932 am Sturz des «roten» Generals Groener mitgewirkt und für die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten öffentlich eingetreten war.

Hjalmar Schacht, einer der Hauptakteure des Harzburger Treffens von 1931, dann Geldbeschaffer Hitlers bei den noch widerstrebenden Teilen der Schwerindustrie und der Hochfinanz, von 1934 bis 1937 Reichswirtschaftsminister des «Führers», dann Reichsbankpräsident, Finanzier der eiligen Aufrüstung und bis 1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, trat bei den Beratungen, wer nach Hitlers Sturz neues Reichsoberhaupt werden sollte, zunächst für den ältesten Sohn des Kronprinzen, den Prinzen Wilhelm von Preussen, ein, nach dessen Tod für Prinz Louis Ferdinand als den nach seiner Ansicht geeignetsten Thronkandidaten.

Dr. Karl Goerdeler, bereits unter Franz von Papen, dann von 1933 bis 1935 unter Hitler Reichskommissar für die Preisbildung mit Kabinettsrang, den die Verschwörer – nicht zuletzt wegen seiner guten Beziehungen zu Krupp und anderen Grossindustriellen – zum Reichskanzler ausersehen hatten, befürwortete eine Monarchie mit dem Prinzen Oskar von Preussen, dem jüngsten Sohn Wilhelms II, als neuem Kaiser. Schliesslich einigte man sich auf den Prinzen Louis Ferdinand von Preussen, den zweiten Sohn des Kronprinzen, einen Mann von Mitte Dreissig, der mit der Grossfürstin Kyra von Russland verheiratet war. Bedenken gegen diese Wahl hatte nur Ulrich von Hassell; der Prinz betrachte sich «offenbar als denjenigen welchen, obwohl ihm sehr viele Eigenschaften fehlen», vermerkte er in seinem Tagebuch. Ulrich von Hassell,

der nach geglücktem Putsch Staatssekretär des Äussern werden sollte, war ein Schwiegersohn des kaiserlichen Grossadmirals Alfred von Tirpitz, der sich für das Wettrüsten zur See, dann für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eingesetzt hatte, schon 1917 zu den rechten Ultras unter dem späteren Putsch-Anführer Wolfgang Kapp gestossen und in der Weimarer Republik bis 1928 deutsch-nationaler Reichstagsabgeordneter gewesen war. Hassell selbst, seit 1919 im diplomatischen Dienst, hatte von 1932 bis 1938 als deutscher Botschafter in Rom die Beziehungen des Reiches zu dem Italien Mussolinis verbessern helfen. Im Rahmen der Verschwörung galt sein Hauptinteresse der Form und dem Charakter der künftigen deutschen Regierung. Sein Programm sah, bis zur Einführung einer Verfassung, die Einsetzung eines Reichsverweisers vor, der als Staatsoberhaupt eine Regierung und einen Staatsrat zu ernennen haben würde. «Das ganze Programm», bemerkt dazu William L. Shirer, «lief so ziemlich auf eine autoritäre Regierungsform hinaus, und Goerdeler sowie die wenigen Gewerkschaftsvertreter im Widerstand hatten nicht viel dafür übrig. Sie schlugen stattdessen eine sofortige Volksabstimmung vor, damit die Zwischenregierung sich die Unterstützung des Volkes sichern und ihren demokratischen Charakter unter Beweis stellen könne. Aber in Ermangelung eines Besseren wurde Hassells Plan allgemein wenigstens als Grundsatzerklärung angenommen, bis er 1943 unter dem Druck des von Graf Helmuth von Moltke geführten ‚Kreisauer Kreises‘ durch ein liberaleres Programm ersetzt wurde.»

Der «Kreisauer Kreis», so genannt nach dem schlesischen Besitz des Grafen Helmuth James von Moltke, eines Grossneffen des preussischen Feldmarschalls und Siegers von 1870/71, war keine Verschwörergemeinschaft, sondern ein Diskussionszirkel, dem neben weiteren schlesischen Magnaten wie etwa dem Grafen Peter Yorck von Wartenburg auch Geistliche, Professoren, Diplomaten und ehemalige Gewerkschaftsführer angehörten. Sie alle strebten eine allgemeine Verbrüderung der Menschen, die Verwirklichung hehrer Ideale und die Beseitigung der schrecklichen Übel der Moderne an, planten eine goldene Zukunft nach dem Ende der Schreckensherrschaft und sehnten dieses herbei. Aber sie lehnten jeden Gewaltakt, der dieses Ende herbeiführen könnte, entschieden ab.

Am 22. Januar 1943 trafen sich die Führer beider Gruppen, der Verschwörer und der Debattieret, in der Wohnung des Grafen

Yorck. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen über die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei gerieten Moltke und Goerdeler aneinander. Hassell meinte, Goerdeler sei «eine Art Reaktionär», und bezeichnete Moltke als «angelsächsisch und pazifistisch denkend».

«Himmler war damals schon den Verschwörern mehr auf den Fersen, als irgendeiner von ihnen ahnte», berichtet William L. Shirer. «Aber ironischerweise begann der Polizeichef des Dritten Reiches zu dieser Zeit – es war 1943, und die Aussicht auf Siegeschwand dahin – ein persönliches, nicht durchaus unfreundliches Interesse am Widerstand zu nehmen. Mit mehr als einem seiner Mitglieder stand er in freundschaftlicher Verbindung. Und für die Mentalität der Verschwörer ist aufschlussreich, dass einige von ihnen, insbesondere Popitz, allmählich in Himmler einen möglichen Nachfolger Hitlers sahen!»

Lassen wir es genug sein! Der einzige ernsthafte Versuch der alten Geld- und Machtelite, jenen Hitler, den sie selbst finanziert und an die Macht gehievt hatte, um eine Konsolidierung der ihr verhassten Republik zu verhindern, wieder zu stürzen, bevor es zu einem furchtbaren Ende des ganzen Gesellschaftssystems kam, wurde viel zu spät, viel zu zögernd und viel zu dilettantisch unternommen, als dass er Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Männer und Frauen, die nach dem 20. Juli 1944 zu Tausenden gefoltert und ermordet wurden, starben als Einzelne tapfer und mit Anstand, wohl auch mit der Überzeugung, für eine gute Sache ihr Leben geopfert zu haben (wenngleich es sogar ihnen selbst hätte zweifelhaft erscheinen müssen, ob es wirklich so gut gewesen wäre, Hitler durch einen Hohenzollernprinzen, eine Militärdiktatur oder gar einen Himmler zu ersetzen ...). Fast alle von ihnen hatten selbst zuvor auf die eine oder andere Weise das Regime ihres Mörders gestützt – als «unpolitische» Heerführer, Generalstabs- oder Frontoffiziere, die befehlsgemäss handelten und in friedliche Länder einfielen; als Minister, Botschafter, Bankpräsidenten, Abwehrchefs oder Polizeikommandeure, die – mit mehr oder weniger starken inneren Vorbehalten – alle Aufgaben präzise erfüllten, weil sonst die Maschinerie des «Dritten Reiches» nicht hätte funktionieren können. Und fast alle, entweder als Einzelne, wie Wolf Graf von Helldorff, «Alter Kämpfer» der NSDAP, Veranstalter des ersten Pogroms am Kurfürstendamm und später Polizeipräsident von Berlin, oder als Angehörige ihrer Klasse, wie

Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Graf Peter Yorck von Wartenburg oder auch Ulrich von Hassell*, hatten sie an den ersten Massnahmen des Hitlerregimes – an der Zerschlagung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien, der Internierung aller Sozialisten, deren man habhaft werden konnte, und der Beseitigung des Koalitions-, Demonstrations- und Streikrechts – an sich nichts einzuwenden gehabt. Und als die des Widerstands verdächtigen deutschen Kommunisten, Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschafter zu Hunderttausenden in Konzentrationslagern schikaniert und misshandelt, zu Tausenden ermordet wurden, da waren die allermeisten Verschwörer des 20. Juli 1944 noch getreue, zum Teil hell begeisterte Gefolgsleute des «Führers». Erst der Schock, den die Massenmorde der «Einsatzgruppen» und die Aussicht, den verbrecherisch begonnenen Krieg auch noch zu verlieren, speziell bei den Frontoffizieren auslösten, bewirkte bei vielen eine verspätete Revision ihrer inneren Einstellung zum «Dritten Reich». Und was sie sich dann als «Ersatz» erträumten und mit weit mehr Dilettantismus, als sie bis dahin im Dienst des «Führers» gezeigt hatten, zu verwirklichen trachteten, vermag uns nicht davon zu überzeugen, dass eine wirkliche Reform an Haupt und Gliedern, eine radikale Änderung des gesellschaftlichen Systems, das die Verbrechen der Hitlerdiktatur ermöglicht hatte, überhaupt ernsthaft gewünscht wurde.

An der persönlichen Redlichkeit, dem wachen Gewissen und der glühenden Vaterlandsliebe der Verschwörer vom 20. Juli 1944 war und ist indessen auch von der politischen Linken her gesehen nur in Ausnahmefällen ein Zweifel möglich. Umso bedenklicher muss es stimmen, dass schon wenige Jahre später, nachdem aus den drei westlichen Besatzungszonen des zusammengebrochenen Rest-Reiches die «Bundesrepublik Deutschland» geworden war, und seitdem in wachsender Masse, von der politischen Rechten her Kritik am 20. Juli laut wurde, wobei man zunächst nur von «Eidbruch», dann von «heimtückischem Mordversuch am Obersten Kriegsherrn» und schliesslich gar von «Vaterlandsverrat» und «Lumperei» zu sprechen und schreiben wagte.

* Es wurden bewusst drei Namen ausgewählt, deren Träger sich – in unterschiedlichen Abstufungen – weit weniger reaktionär verhielten als die meisten ihrer Mitverschwörer. So setzte zum Beispiel Stauffenberg, gegen den Widerstand Goerdelers, aber auch den von Hassells, die Beteiligung des Sozialdemokraten Julius Leber und des Gewerkschafters Wilhelm Leuschner an der künftigen Regierung durch; Ulrich v. Hassell versuchte Goerdeler und auch Generaloberst Ludwig Beck zu etwas liberaleren Ansichten zu bewegen.

Schon diese Entwicklung zeigt, wie restaurativ die Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre gewesen ist, und es muss als hierfür ebenfalls symptomatisch gelten, dass die offizielle bundesdeutsche Einstellung zum 20. Juli 1944, vertreten durch die Kanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger, diesen späten Umsturzversuch als den einzigen Widerstand von Bedeutung und Wert hinzustellen bemüht war, so als ob es in den elf davorliegenden Jahren des «Dritten Reiches» keinen anderen, seine Opfer nach Zehntausenden zählenden heimlichen Kampf gegen die Hitler-Tyrannie gegeben hätte.

Das zeigte sich nicht nur in den – das Grauen der braunen Diktatur ohnehin nur sehr spärlich und beschönigend sowie als eine «schicksalhafte», durch Verkettung widriger Umstände zustande gekommene Prüfung darstellenden – bundesdeutschen Schulbüchern der fünfziger und sechziger Jahre, sondern auch an der einzigen Ehrung, die die Bundespost dem antifaschistischen Widerstand in dieser Zeit zuteil werden liess: Von den 8 Briefmarken des 1964 zum 20. Jahrestag des 20. Juli 1944 erschienenen, «dem deutschen Widerstand» schlechthin gewidmeten Gedenkblocs zeigt eine Claus Graf Schenk von Stauffenberg, eine zweite Helmut James Graf von Moltke, eine dritte Generaloberst Ludwig Beck, eine vierte Karl Goerdeler, eine fünfte den zum «Kreisauer Kreis» zu zählenden Jesuitenpater Alfred Delp, eine sechste den wegen seiner Widerstandstätigkeit im Rahmen der Bekennenden Kirche im Konzentrationslager Flossenbürg 1945 ermordeten evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer, eine siebte die Studentin Sophie Scholl aus dem «Weisse Rose» genannten Münchener Kreis oppositioneller Idealisten und eine achte schliesslich Wilhelm Leuschner, den zum Verschwörerkreis des 20. Juli 1944 gehörenden Gewerkschafter, den Goerdeler nicht in sein Kabinett hatte aufnehmen wollen.

Dieser eine Alibi-Sozialist unter den acht ausgewählten Repräsentanten des deutschen Widerstands steht einsam für jene anonymen, in den üblichen bundesdeutschen Darstellungen der Geschichte des «Dritten Reichs» allenfalls in einem Nebensatz erwähnten Millionen Männer und Frauen der deutschen Arbeiterbewegung, die nicht erst im Sommer 1944 den Faschismus bekämpften; die niemals für Hitler und die mit ihm verbündeten bürgerlichen Parteien der Rechten gestimmt hatten, als man noch frei wählen konnte, und die von 1933 an, als Goerdeler, Schacht, Popitz und Beck, ganz zu schweigen von Graf Helldorff, durchaus zu den

Machthabern gehörten, bereits Tausende von Opfern aus ihren Reihen zu beklagen hatten.

Die Einstellung zum deutschen Widerstand ist indessen nur ein Symptom der bundesdeutschen Restauration und keineswegs das am meisten beunruhigende. Es gibt ihrer zahlreiche, und einige davon haben wir schon bei unseren Untersuchungen, sozusagen am Rande, vermerkt.

Wir haben feststellen müssen, dass ein sehr grosser, ja, der stark überwiegende Teil der wirtschaftlichen Macht in der heutigen Bundesrepublik bei einigen hundert Familien verblieben ist, die bereits vor achtzig, hundert und oft noch weit mehr Jahren massgeblichen Einfluss hatten, ohne dass sich sagen liesse, sie wären damit stets so umgegangen, dass man die ungebrochene Kontinuität ihrer Macht begrüssen und als verdient bezeichnen könnte.

Die Weichen für die Entwicklung der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren wurden bereits 1948/49 gestellt, zunächst von den Amerikanern, die ihre ursprünglichen Kriegsziele – die Demokratisierung Deutschlands, die Ausschaltung und Bestrafung aller ehemaligen Nationalsozialisten, die Zerschlagung des Grossgrundbesitzes sowie der Grossbanken und Konzerne und die Entmilitarisierung – nach und nach fallen – liessen und sogar, soweit ihre Verwirklichung schon begonnen hatte, diese rückgängig machten. Der Grund für dieses Verhalten war die beginnende Konfrontation der nach Kriegsende entstandenen Machtblöcke, die es den USA, der Führungsmacht des westlichen, kapitalistischen Lagers, ratsam erscheinen liess, für die drohende Auseinandersetzung mit dem sowjetisch beherrschten Ostblock auch jene Kräfte zu mobilisieren und als Verbündete zu gewinnen, die gerade erst unter äusserster Anstrengung des Westens wie des Ostens besiegt worden waren, in erster Linie das wirtschaftliche und militärische Potential Deutschlands, soweit es unter westlicher Kontrolle war.

Die innenpolitischen Kräfte, auf die die USA dabei setzten, waren in erster Linie die CDU und CSU sowie die in der FDP zusammengefassten Liberalen. Und der Politiker, der mit diesen Parteien den noch zu bildenden westdeutschen Staat regieren und in das westliche Blocksystem integrieren sollte, war Dr. Konrad Adenauer, langjähriger Oberbürgermeister von Köln, ehemals

Mitglied des preussischen Herrenhauses, in den Jahren der Weimarer Republik am gemässigt rechten Flügel des katholischen Zentrums und Präsident des preussischen Staatsrats. Er gehörte nicht zur alten Geld- und Machtelite, aber er war eng mit ihr verbündet, mit dem Neusser Milliardärs-Clan der Werhahns auch verwandtschaftlich verbunden, zudem ein Schwippschwager von John Jay McCloy, dem Hohen Kommissar für Deutschland, der – wie auch Adenauer seit 1919 in zweiter Ehe – mit einer Tochter der sehr reichen deutschamerikanischen Familie Zinsser verheiratet war.

Dr. Adenauers Partei, die Christlich-Demokratische Union (CDU), und ihre bayerische Schwester, die CSU, waren zwar keineswegs auf den Kurs festgelegt, den die USA wünschten und den Dr. Adenauer anstrebte. Insbesondere die CDU hatte in ihrem Anfang Februar 1947 im westfälischen Ahlen verabschiedeten Programm unter anderem erklärt: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialreform erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äusseren Frieden sichert.»

Im Einzelnen forderte das Ahleener Programm der CDU: die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Grossindustrie; Entmachtung und strenge Kontrolle aller Grossbanken und Konzerne sowie, im Rahmen des Zweckmässigen, deren Entflechtung; strenge Kartellgesetzgebung; gesetzliche Begrenzung des privaten Aktienbesitzes; innerbetriebliche Mitbestimmung und Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer; entschädigungslose Enteignung von Kriegsverbrechern und politisch belasteten Nationalsozialisten, speziell im Bereich der neu zu ordnenden Grundstoffindustrien, sowie eine durchgreifende Bodenreform.

Man sieht: der linke, gewerkschaftlich orientierte Flügel der CDU hatte sich durchgesetzt, doch dieser Sieg der fortschrittlichen

Kräfte in der Union war nicht von langer Dauer. Zwar brauchten Adenauer und seine politischen Freunde zunächst noch die linken Christen für die Wahlkämpfe mit den Sozialdemokraten, aber nachdem im September 1949 der erste Bundestag gewählt und in Bonn zusammengetreten war, hatten die Sozialreformer in der CDU ausgespielt.

Die Mandatsverteilung im ersten frei gewählten Parlament der drei zur «Bundesrepublik Deutschland» zusammengefassten westlichen Besatzungszonen machte die CDU/CSU zwar zur stärksten Partei, brachte ihr aber keineswegs die Mehrheit*. Infolgedessen brauchte sie Koalitionspartner, und diese wären, hätte man das Ahlener Programm zur Grundlage des Bündnisses gemacht, bei dem linkskatholischen Zentrum sowie bei den Sozialdemokraten zu finden gewesen. Aber Dr. Adenauer wollte ja etwas völlig anderes als die knappe linke Mehrheit seiner Partei. Er verbündete sich daher mit dem nationalliberalen Flügel der Freien Demokraten sowie mit der deutschnationalen DP und erreichte so bei seiner Wahl zum Bundeskanzler genau 202 Ja-Stimmen, die kleinstmögliche, aber gerade ausreichende Mehrheit. Addiert man die Fraktionsstärken von CDU/CSU, FDP und DP, so erkennt man, dass mindestens sieben Abgeordnete dieser Parteien nicht für Dr. Adenauer stimmten. (Tatsächlich waren es noch mehr, denn der eine oder andere Abgeordnete der Bayernpartei hatte, wie sich später ergab, für Adenauer votiert.) Doch das war nun unwichtig, denn der neue Bundeskanzler konnte eine Regierung bilden, in die er zwar einige Vertreter des linken Flügels seiner Partei aufnahm, um die innerparteiliche Opposition zu beruhigen und zu loyaler Mitarbeit zu zwingen, aber der Kurs, den er einschlug, war konservativ.

Im Einvernehmen mit den Besatzungsmächten wurde die Konzern-Entflechtung gestoppt, bei den Grossbanken sogar rückgängig gemacht; Bodenreform und Entnazifizierung endeten, ehe sie recht begonnen hatten; die Remilitarisierung wurde eingeleitet, die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands, die dann Neutralisierung und linkes Übergewicht zur Folge gehabt hätte, bewusst geopfert zugunsten einer vollen Integrierung

* Der 1. Bundestag setzte sich wie folgt zusammen: CDU/CSU 140, SPD 151, FDP 52, Deutsche Partei (DP) 17, Bayernpartei (BP) 17, KPD 15, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 12, Zentrum 10, Nationale Rechte 5, Unabhängige 2 Mandate sowie SSW (Südschleswigscher Wählerverband der dänischen Minderheit) 1 Mandat, zusammen 402.

der Bundesrepublik in das westlich-kapitalistische Bündnis; von Sozialisierung war keine Rede mehr, wohl aber von «sozialer Marktwirtschaft» und freiem Spiel der Kräfte, wobei eine Steuergesetzgebung diejenigen noch um vieles reicher und mächtiger machte, an deren Vermögen die Währungsreform, die ja Grossgrund-, Aktien-, Fabrik- und ähnlichen Besitz sowie die Warenlager unangetastet gelassen hatte, spurlos vorübergegangen war. Nach zwanzig Jahren «sozialer Marktwirtschaft» unter Vorherrschaft der CDU/CSU gehörten – wie ‚Der Spiegel‘ in einer 1969 gezogenen Bilanz feststellte – «der kleinsten gesellschaftlichen Gruppe der Selbständigen mehr als 70 Prozent aller Privatvermögen, pro Kopf etwa 150'000 Mark. Für jeden Arbeitnehmer hingegen fielen im Durchschnitt nur 7'000 Mark ab. Die 305'000 reichsten Familien haben viermal mehr Besitz angehäuft als die 13 Millionen Arbeiter. Ohne Unterlass predigen die CDU-Politiker Eigentum in Arbeitnehmerhand. In der Praxis haben sie nichts unternommen, die Vermögensverteilung zu ändern.»

(Tatsächlich ist die Diskrepanz noch weit grösser, weil den etwa 500 Superreichen, die der alten Geld- und Machtelite entstammen, wiederum weit mehr gehört als den übrigen 304'500 wohlhabenden Familien zusammen.)

Konrad Adenauer hat sich um die Erhaltung der alten Geld- und Machtelite verdient gemacht (auch um ihren Nachwuchs, wie wir noch sehen werden). Sie sollte ihm ein Denkmal setzen, und dieses könnte aus purem Gold und 50 Tonnen schwer sein – keine der rund 500 superreichen alten Familien würde ein Opfer von 100 Kilogramm Gold oder rund 500'000 DM als nennenswert empfinden können ...!

Es steht indessen zu befürchten, dass sich dennoch keine Spender finden werden, denn die Zeiten des unbekümmerten Schiefels sind vorüber. Nach fast zwei Jahrzehnten der Konfrontation und des Wettrüstens sind die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, nun dazu übergegangen, ihren Konflikt zu entschärfen und abzubauen. Das hatte bereits zur Folge, dass das Gespenst einer totalen «Bolschewisierung» Westdeutschlands, wie es von Adenauer so gern an die Wand gemalt wurde, wenn es um Stimmenfang ging, seinen Schrecken zu verlieren begann. Auch in der Bundesrepublik wollte man endlich aus der Konfrontation heraus- und zu einem normalen, gutnachbarlichen Verhältnis auch

mit den Völkern Osteuropas kommen. Zugleich war nach zwei Jahrzehnten klerikal-konservativer Führung und unbekümmerter Restauration, bei der selbst hohe und stark belastete Funktionäre des Hitlerregimes in politische Spitzenpositionen gelangen konnten, die Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Reformen überdeutlich, die Sehnsucht nach Veränderung, Fortschritt auf vielen Gebieten und Anschluss an die Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts übermächtig geworden. In der bis dahin weitgehend apolitischen Jugend, besonders in der Studentenschaft, hatte eine starke Politisierung eingesetzt, die dazu führte, dass – zunächst an den Universitäten, aber bald weit darüber hinaus – die veralteten, aber sorgsam konservierten Autoritätsbegriffe plötzlich in Frage gestellt wurden, und zwar mit einer die alte Geld- und Machtelite erschreckenden Rücksichtslosigkeit.

Zu alledem zeigten Adenauers Epigonen an der Spitze der CDU einerseits zunehmende Führungsschwäche, andererseits weigerten sie sich mit greisenhaftem Starrsinn, eine Reform an Haupt und Gliedern zuzulassen.

Erst der Ausgang der Bundestagswahlen vom Herbst 1969 weckte wieder die Lebensgeister der Konservativen. Erstmals in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik – die Weimarer Republik hatte bloss 14, das «Dritte Reich» nur knapp zwölf Lebensjahre – war die CDU/CSU in die Rolle der Opposition verwiesen worden, und zwar nicht durch einen faulen Trick, wie die Unionsführer nun zeterten, sondern nachdem SPD und FDP mit dem klaren Ziel einer endlichen Wachablösung in Bonn in den Wahlkampf gezogen waren und zusammen eine knappe Mehrheit errungen hatten.

Auch nach Überwindung des ersten Schocks und der blinden Wut, die diesem gefolgt war, vermochte sich die Union lange Zeit nicht damit abzufinden, dass nicht sie mehr in Bonn regierte. Wie Christian Morgensterns Palmström meinte sie, dass «nicht sein kann, was nicht sein darf». Erst allmählich wurde sie sich ihrer neuen Rolle bewusst und begann, die Regierung der sozialliberalen Koalition unter gezielten Beschuss zu nehmen, wobei sie hinsichtlich der dabei benutzten Munition nicht wählerisch war.

Die «rote» Regierung, hiess es, liefere den Staat innen- und aussenpolitisch dem «Bolschewismus» aus, liesse die Wirtschaft vor die Hunde gehen, vergraule die tüchtigsten Unternehmer samt ihrem Kapital ins Ausland, schicke sich an, das heilige Recht auf

Unantastbarkeit sauer erworbenen Eigentums zu zerstören, fördere durch «Humanitätsduselei» ein rasches Anwachsen der Gewaltkriminalität, verderbe Jugend und Sitten, setze das für die Bundesrepublik lebenswichtige Bündnis mit dem Westen leichtfertig aufs Spiel, betreibe den «Ausverkauf» nationaler Interessen und vernichte – teils durch Unverstand, teils mit klarer Absicht – die Früchte zwanzigjähriger Aufbauarbeit der Unionsparteien und ihrer sozialen Marktwirtschaft.

Die Verhandlungen der sozialliberalen Bundesregierung mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin versuchten Politiker der Unionsparteien dadurch zum Scheitern zu bringen, dass sie laufend die streng geheimen Positionspapiere, Dienstanweisungen, Verhandlungs-«Protokolle» (das sind nichts weiter als unilaterale Aufzeichnungen) und Botschaftertelegramme, zum Teil verfälscht oder sinnentstellend verkürzt, in die ihnen nahestehende Presse lancierten – ein Geheimnisverrat ohne Beispiel in der Geschichte der deutschen Diplomatie seit 1896, als der Reichskanzler a. D. Fürst Otto von Bismarck, nur um seinen Nachfolger Caprivi international zu desavouieren, ein bis dahin sorgsam gehütetes Staatsgeheimnis, den Rückversicherungsvertrag mit Russland, einer ob solchen Verhaltens entsetzten Öffentlichkeit preisgab. Knapp 75 Jahre später, am 23. Juli 1970, brachte ein anderer Edelmann, doch wiederum nur, um seinem Nachfolger im Amt zu schaden, ein noch streng geheimes deutschrussisches Verhandlungsergebnis, das sogenannte «Gromyko-Papier», unter die Leute: Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, bis 1972 CSU-Bundestagsabgeordneter und bis zur «Wachablösung» im Herbst 1969 Kiesingers Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Der Baron gab sogar offen zu, dass ihm das «Gromyko-Papier» von «der anderen Seite», nämlich aus der DDR, zugespielt worden wäre.

Dem Nachfolger Guttenbergs, Staatssekretär im Bundeskanzleramt Egon Bahr, der die Verhandlungen mit dem sowjetischen Aussenminister Andrej Gromyko führte, hätte das noch in den Kategorien des kalten Krieges denkende Bürgertum der Bundesrepublik ein solches Zusammenspiel mit «Zonen-Agenten» als mit Zuchthaus zu ahndenden Landesverrat ausgelegt. Bei dem Freiherrn von und zu Guttenberg, einem Aristokraten und Milliardär aus der alten Geld- und Machtelite, war es denselben Bürgern

selbstverständlich, dass er nur «aus Sorge um Deutschland» und folglich ehrenhaft gehandelt hatte.

Gegen Kanzler Brandt brachte die Rechte und speziell die CSU-nahe Presse noch 1972 vor, er heisse eigentlich Herbert Frahm und sei nach dem Kriege, also in «Deutschlands schwerster Zeit», «in der Uniform der Sieger», nämlich in der eines norwegischen Presseoffiziers, «aus der Emigration heimgekehrt», das heisst: zur Berichterstattung über den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess von norwegischen Zeitungen entsandt worden. Die Schlussfolgerung, die den Lesern aufgedrängt werden sollte, lautete: Kann man einem Mann trauen, der seinen Geburtsnamen abgelegt, als Sozialist die Emigration ins feindliche Ausland dem Dienst am eigenen Volk vorgezogen, nicht «für Führer und Vaterland» gekämpft, die Uniform des Feindes getragen und sich nicht einmal nach 1945 sofort «zu Deutschland bekannt» hatte? Darf man «solchen Mann dunkler Herkunft» Verhandlungen mit «den Kommunisten» führen und gar Verträge, sowohl mit Moskau wie mit den nicht minder gefährlichen «Machthabern drüben» schliessen lassen, wo doch jedermann weiss, dass Kommunisten bei allem, was sie tun, und mag es noch so harmlos erscheinen, stets ihr Ziel, die Weltrevolution, im Auge haben ...?

Bei Brandt alias Frahm, dem unehelichen Sohn eines Arbeitermädchens und Hitlergegner von Anfang an, war also äusserstes Misstrauen am Platz, wenn er in Verhandlungen mit «dem Iwan» bundesdeutsche Interessen zu vertreten hatte. Etwas völlig anderes waren dagegen die Verhandlungen mit «den Kommunisten», wie sie etwa Rudolf Konrad Graf von Montgelas (geborener Freiherr von der Heydte) auf seinem Schloss Egglkofen führte; zwar hat auch er seinen Geburtsnamen abgelegt, doch kann er sich eines reputierlichen Vaters brüsten, der im «Dritten Reich» kein «roter Emigrant und Revoluzzer», vielmehr Regimentskommandeur mit Ritterkreuz und Eichenlaub gewesen war und seine Fallschirmjäger noch bei der Ardennen-Offensive des letzten Kriegswinters zum rückhaltlosen Einsatz für den «Führer» – «Sieg oder Tod!» – angespornt hatte (dabei allerdings selbst in Gefangenschaft geraten war) und der heute Bundeswehr-Brigadegeneral der Reserve sowie CSU-Abgeordneter des bayerischen Landtags ist. Und Graf Montgelas selbst steht als Ostspezialist des CSU-Wirtschaftsbeirats und Vertrauensmann der Quandt-Gruppe ohnehin turmhoch über jedem Verdacht.

Gegen den Brandt-Intimus Egon Bahr wurde von der CDU/CSU sogar dessen jüdische Grossmutter ins Treffen geführt; offenbar sollte damit die nationale Zuverlässigkeit des Kanzleramts-Staatssekretärs in Zweifel gesetzt werden. Bei Baron Otto von Feury auf Thailing, dem Präsidenten des bayerischen Bauernverbands und CSU-Landtagsabgeordneten, tat dessen jüdische Grossmutter seiner Heimatverbundenheit nicht den geringsten Abbruch.

Gegen Herbert Wehner schliesslich, den kampferprobten Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, wurde dessen – nie verheimlichte – einstige Zugehörigkeit zur KPD wieder hervorgekramt; bei Kurt Georg Kiesinger, dem Vorgänger Willy Brandts im Kanzleramt, war dessen einst verantwortliche Stellung im Auslandspropaganda-Apparat der Hitlerregierung, der unter anderem die Judendeportationen aus den besetzten Ländern der dortigen Bevölkerung «verständlich» zu machen hatte, für die CDU/CSU nie ein Stein des Anstosses gewesen.

Neben den Diffamierungen führender Sozialdemokraten und den denunziatorischen Argumenten, die von der CDU/CSU gegen die Ostverträge vorgebracht wurden, führten die Unionsparteien bei ihrem Kampf um die Rückkehr zur Macht noch zweierlei mit Vorliebe an: Die «hausgemachte Inflation» mit ihren entsetzlichen Folgen sowie den drohenden «Angriff auf das Bestehende», womit sie ihre zur «sozialen Marktwirtschaft» umfrisierte kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Privilegien der alten und neuen Geld- und Machtelite meinten. Was die Inflation, richtiger: den alljährlichen, um fünf Prozent schwankenden Kaufkraftschwund der bundesdeutschen Währung betrifft, so wissen die Führer der CDU/CSU natürlich, dass er zum grösseren Teil der unvermeidliche Preis eines starken wirtschaftlichen Aufschwungs ist und dass die Bundesrepublik unter den führenden Industrienationen der Welt eine noch erfreulich niedrige Inflationsrate hat; selbst die der so reichen und stabilen Schweiz ist höher. Und sie wissen erst recht, dass die Bundesregierung nur einen vergleichsweise bescheidenen Einfluss auf die Preisentwicklung hat. Umso grösser ist hingegen, auch und gerade auf dem Gebiet der Preise, die Macht jener Konzerninhaber und -manager, die – wie bereits an anderer Stelle erwähnt – im Herbst 1971 mit ganzseitigen Zeitungsinserten («Wir können nicht länger schweigen!») die sozialliberale Koalition attackierten.

Was aber die angebliche Gefährdung «alles Bestehenden» angeht, so stellt sich einerseits die Frage, ob tatsächlich eine solche Gefahr vorhanden ist, ja, ob sie denn selbst dann bestände, wenn Willy Brandt und seine sozialdemokratische Führungsmannschaft mit absoluter Mehrheit allein, ohne die Liberalen, in Bonn regierten; andererseits ist zu fragen, ob jenes «Bestehende», dessen Unantastbarkeit die führenden Politiker der CDU/CSU im angeblich allgemeinen Interesse fordern, in Wahrheit nichts anderes ist als die Zementierung überalterter Herrschaftsstrukturen und die Aufrechterhaltung der Privilegien einer alten Geld- und Machtelite, die noch stets ihre Eigeninteressen mit denen des Staates und damit dem Gemeinwohl gleichzusetzen beliebte. Bei der Untersuchung, die der Kontinuität von Reichtum und Einfluss gegolten hat, lieferten uns die Stichproben überraschend viele Beispiele dafür, dass die Erben grosser Vermögen der Wilhelminischen Epoche heute vornehmlich in der CDU/CSU aktiv sind. Machen wir nun die Gegenprobe und prüfen wir einige prominente Politiker der CDU/CSU, die in den ersten Monaten des Jahres 1972 durch Attacken auf die sozialliberale Koalition besonders aufgefallen sind, auf ihre eventuellen Beziehungen zur alten Geld- und Machtelite.

Nehmen wir als ersten Walther Leisler Kiep, Mitglied der CDU seit 1961, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit 1965, Vorsitzender des Ausschusses für Entwicklungshilfe. Er ist gebürtiger Hamburger des Jahrgangs 1926 und gibt als seinen Beruf schlicht «Versicherungskaufmann» an. In seinem kurzgefassten Lebenslauf für das ‚Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages‘ heisst es: «... Kaufmännische Lehre mit Abschluss. Seit 1949 in der Versicherungswirtschaft tätig. Ab 1955 bei der Firma Gradmann & Holler, Versicherungs- und Rückversicherungsmakler.» Doch dass es sich bei Walther Leisler Kiep nicht um einen einfachen Angestellten handelt, verrät bereits seine Adresse: Kronberg im Taunus, Philosophenweg 9 a.

Tatsächlich ist Walther Leisler Kiep persönlich haftender Gesellschafter der über 300 Angestellte beschäftigenden Stuttgarter Versicherungsfirma Gradmann & Holler, die am internationalen Markt mit zahlreichen ausländischen Tochterfirmen tätig ist. Zudem aber hat Walther Leisler Kiep etliche Aufsichtsratsmandate, so bei der zum Werhahn-Konzern gehörenden Maschinenfabrik Grevenbroich AG sowie bei der Deutschen Texaco AG, Hamburg.

Sein Vater, Generaldirektor Leisler Kiep – der in der Familie so beliebte Vorname «Leisler» soll an einen berühmten Vorfahren, Jacob Leisler, von 1689 bis 1691 Gouverneur von New York, erinnern – war seit 1910 verheiratet mit Eugenie geborener vom Rath und langjähriger stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Farbwerke Höchst AG vormals Meister, Lucius und Brüning, gegründet 1863 (Umsatz 1970: über 11 Milliarden Mark; fast 140'000 Beschäftigte).

Die Ehe von Leisler Kiep Senior und sein Posten fast an der Spitze des viertgrössten Industrieunternehmens der Bundesrepublik stehen in enger Beziehung, denn die Familie seiner Frau, vom Rath, eine der reichsten Sippen Kölns vor 1914, wurde noch weit reicher, als Walther vom Rath 1886 Maximiliane Meister, die einzige Tochter des Mitbegründers der Farbwerke Hoechst, Wilhelm Meister, ehelichte und nach dessen Tode im Jahre 1895 ein Grossteil der Hoechst-Aktien sowie das schwiegerväterliche Besitztum Kronberg im Taunus erbte. Unter diesen Umständen bedarf es keines weiteren Nachweises mehr, dass die Vermutung, der CDU/CSU-Abgeordnete und Fraktionsvorstand Walther Leisler Kiep könnte der alten Geld- und Machtelite zuzurechnen sein, durchaus zutreffend ist.

Was den Bundestagsabgeordneten Richard Freiherrn von Weizsäcker betrifft, der dem Bundesvorstand der CDU angehört, so begegneten wir seiner Familie bereits am Hof des Königs von Württemberg. An dieser Stelle verdient Erwähnung, dass Baron Weizsäcker nicht nur Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags war, sondern auch geschäftsführender Gesellschafter der Firma C. H. Boehringer, Ingelheim, eines Grossunternehmens der pharmazeutischen Industrie, sowie persönlich haftender Gesellschafter der Bankhäuser Waldthausen & Co., Essen, und Waldthausen & Co., Düsseldorf. Hierzu ist zu bemerken, dass Baron Richard von Weizsäcker mit Marianne geborener von Kretschmann verheiratet ist, deren Mutter, Asta von Waldthausen, einer der reichsten Familien der alten rheinischen Geld- und Machtelite entstammt. Und wer Zweifel haben sollte, dass von den Waldthausenschen Millionen der Zeit vor 1914 genug übriggeblieben und als Mitgift an den Baron Weizsäcker gekommen sind, damit man auch ihn der alten Geld- und Machtelite zurechnen kann, der sei darauf hingewiesen, dass Freiherr Richard von Weiz-

säcker dem Grubenvorstand der im Allianz-Haus zu Essen domizilierenden Gewerkschaft Walter angehört, die mit rund 500 Beschäftigten Spezialtiefbau, Bohrungen und Schachtbau betreibt, ferner dem Aufsichtsrat der Allianz Lebensversicherungs AG.

Der Fraktionssprecher der CDU/CSU im Bundestag, Olaf Baron von Wrangel, der 1965 im Wahlkreis Stormarn-Herzogtum Lauenburg die Nachfolge des CDU-Bundestagsabgeordneten Otto Fürst von Bismarck antreten konnte, rechnet den zaristischen General Peter von Wrangel, Oberbefehlshaber der konterrevolutionären Weissen Armee und 1920 «Regent von Südrussland», zu seinen Vorfahren (wenngleich der General nur ein jüngerer Bruder seines Urgrossvaters war). Des «Regenten» Witwe, deren letzter Wohnsitz, ein feudales Besitztum auf Long Island im Staat New York, auf unveränderte Zugehörigkeit zur alten Geld- und Machtelite schliessen lässt, mag ihren Urgrossneffen im Testament bedacht haben. Aber auch ohne eine aus dem Zarenreich stammende Erbschaft ist dem heutigen CDU-Bundestagsabgeordneten Baron Olaf von Wrangel zumindest politischer Einfluss geblieben, auch ausserhalb des Parlaments, denn er wurde 1961 Chefredakteur im Norddeutschen Rundfunk, 1962 auch noch stellvertretender Programmdirektor des NDR-Hörfunks.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, Franz Ludwig Graf Schenk von Stauffenberg, der sich mit heftigen Angriffen auf die gewerkschaftlich orientierten Sozialausschüsse seiner Partei zu profilieren trachtete, ist ein Sohn des Attentäters vom 20. Juli 1944 und – wie schon an anderer Stelle kurz erwähnt – der Schwiegersohn des CSU-Bundestagsabgeordneten Karl Theodor Freiherrn von und zu Guttenberg, dessen Platz im Parlament er gewiss einmal übernehmen soll. Dass die Grafen Schenk von Stauffenberg zu Jettingen schon zu den Goldmark-Multimillionären des einstigen Königreichs Württemberg zählten und mit sechs Rittergütern im Neckarkreis auch zu den Grossgrundbesitzern der Wilhelminischen Epoche, versteht sich fast von selbst.

Wie aber alle diese Angehörigen der alten Geld- und Machtelite über die gesellschaftliche Situation, über Reformen und über die vermeintlichen Gefahren denken, die der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik drohen, das sprach Johann Philipp Freiherr von Bethmann am deutlichsten aus. In einem In-

terview, das ‚Der Spiegel‘ im April 1972 veröffentlichte, nahm Baron Bethmann, Jahrgang 1924 und Mitinhaber des 1748 gegründeten Frankfurter Bankhauses Gebrüder Bethmann, zu diversen aktuellen Fragen Stellung, wobei er zunächst die Befürchtung äusserte, bei mangelnder Wachsamkeit könnten «die Kommunisten» die bundesdeutsche Gesellschaftsordnung aus den Angeln heben und völlig zerstören. Auf den Einwand des «Spiegel», dass doch die Kommunisten in der Bundesrepublik nur eine winzige Minderheit seien und dass die wahre Ursache für die von Baron Bethmann geäusserten Sorgen doch wohl mehr in der Tatsache liege, dass er und seine Freunde von der seit 1969 in Bonn die Regierung führenden SPD die Planung einschneidender Systemveränderungen befürchten, erwiderte Freiherr von Bethmann:

«Das muss ich bejahen. Die Immunisierung von Sozialdemokraten und sogenannten demokratischen Sozialisten gegenüber dem Kommunismus ist nicht sicher ... » Er erläuterte dies am Beispiel des schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Jochen Steffen, dessen Reform Vorstellungen auf eine Systemveränderung hinausliefen. Auf die Zwischenfrage, ob denn für ihn jeder Systemveränderer ein Kommunist sei; ob es denn zwischen Kapitalismus und Kommunismus nicht noch andere Alternativen gebe, erklärte Baron Bethmann:

«Dazwischen gibt es nichts. Sie können das für Schwarzweissmalerei halten, aber die Grenze ist in der Tat da, wo man diese unsere Ordnung als solche völlig in Frage stellt ... » Er warf dann der Regierung Brandt/Scheel «Blindheit und fehlende Widerstandskraft» gegen die revolutionären Kräfte vor – «Die Aufrechterhaltung von *Law and Order* ist etwas, was dieser Regierung schwerfällt!» – pries den Kapitalismus als «die beste, vielleicht die einzige Voraussetzung für eine humane Gesellschaft» und erwiderte auf die Frage, ob er es nicht für problematisch halte, dass sich die CDU immer mehr zur Rechtspartei und zur Unternehmerpartei profilieren: «Das stimmt nicht, sie wird nur von aussen so gemacht. So linke Vögel wie ich sind auch in dieser Partei!» Und auf die erstaunte Frage: «Sie bezeichnen sich als links?» gab Philipp Freiherr von Bethmann zur Antwort, dass er von vielen so angesehen werde.

Soviel über die Ansichten der alten Geld- und Machtelite innerhalb der Unionsparteien, wo sie den Ton angibt, denn noch in keiner wesentlichen Frage haben sich die sogenannten Linken in

CDU und CSU je durchzusetzen vermocht. Das Ahlener Programm ist nicht einmal mehr eine sentimentale Erinnerung an eine Jugendsünde; es ist vergessen.

Vergessen ist auch, wer in den Jahren nach 1945 die in Schutt und Asche liegenden Industrieanlagen wieder aufgebaut, durch Demonstrationen und Streiks eine Einstellung der Demontagen erzwungen und die Produktion, allen Widerständen zum Trotz, in Gang gebracht hat, als die Mehrzahl der Grossindustriellen noch in Internierungslagern sass.

Die erstaunliche Arroganz einer weniger als 0,001 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ausmachenden, über mehr als zwei Drittel aller grossen Industrieunternehmen, Handelsfirmen und Banken gebietenden Gruppe von untereinander verwandten und verschwägerten Familien der alten Geld- und Machtelite, die sich selbst für das Mass aller Dinge und den Staat für ihr ererbtes Unternehmen hält, in dem sie ihren «Hier-bin-ich-Herr-im-Hause! «-Standpunkt vertreten kann, ohne Widerspruch zu finden, wird erst begreiflich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass diese *crème de la crème*, was immer sie auch anrichtete, noch niemals zur Rechen-schaft gezogen worden ist.

Heben wir uns das Fazit, das aus allem, was unsere Untersuchung ergeben hat, nun zu ziehen wäre, noch ein wenig auf. Lassen wir sie – in schliesslicher Beantwortung der eingangs gestellten Frage, wem die Bundesrepublik Deutschland eigentlich gehöre – erst noch einmal samt und sonders Revue passieren, die heute noch steinreichen und mächtigen Erben der Geld- und Machtelite des Kaiserreichs, deren Vermögen zumeist schon in früheren Jahrhunderten gebildet wurden – durch Bauernlegen, Menschenschinderei, Wucher und Geldfälschung, durch mittels Bestechung erschlichene Monopole, Soldatenverkauf, Strassenraub und Erpressung oder mit den verfeinerten Methoden frühkapitalistischer Ausbeutung sowie – *last not least* – durch rückhaltlose Hingabe der Ehefrauen und Töchter an den jeweiligen Landesherrn.

Hier also sind sie noch einmal alle aufgezählt, die noch heute die Wirtschaft der Bundesrepublik weitgehend beherrschenden Erben der alten Geld- und Machtelite!

Die Rangliste der 500 grossen alten Vermögen

Die alphabetisch geordnete Übersicht auf den folgenden Seiten enthält rund 500 Namen von Familien, die zusammen das Gros der alten Geld- und Machtelite in der Bundesrepublik darstellen. Die Liste kann jedoch keinen Anspruch auf absolute oder auch nur annähernde Vollständigkeit erheben; denn in manchen Fällen haben sich die Erben grosser Vermögen so gut getarnt, dass sie sich nicht mehr auffinden lassen. Oftmals haben sie sich ins Ausland, in sonnige, steuerbegünstigte Gefilde zurückgezogen und überlassen einer Bank oder einem Treuhänder die Wahrung ihrer bundesdeutschen Interessen.

Vorbedingungen für die Aufnahme in das folgende ‚ABC des alten Reichtums‘ waren: Erstens die Erwähnung des Vermögens der betreffenden Familie in einschlägigen Verzeichnissen der Zeit vor 1914, insbesondere in den «Jahrbüchern der Millionäre» des Regierungsrats a. D. Rudolf Martin; zweitens die unveränderte Zugehörigkeit der Erben zur Geld- und Machtelite der bundesdeutschen Gegenwart, wobei die 1971/72 fast geschlossen vorliegenden Angaben über Firmenumsätze, Beschäftigtenzahl oder auch nur die Kapitalausstattung des Jahres 1970 zugrundegelegt wurden.

Alle Angaben sind mit grosser Sorgfalt geprüft und verglichen worden, doch sind aus sachbedingten Gründen Ungenauigkeiten nicht völlig auszuschliessen, so dass es auch hier, wo es ja nur um die Zugehörigkeit zu einer Klasse geht, wie bei der Klassenlotterie heissen muss: Für die Richtigkeit der Angaben kann keine Gewähr übernommen werden.

Immerhin vermittelt das ABC, im Ganzen genommen, weit mehr als einen repräsentativen Querschnitt. Es stellt die bis heute reich und mächtig gebliebene alte Oberschicht dar, und zwar in ihrer ganzen Breite: von den einfachen Goldmarkmillionären aus Industrie, Handel und Grundbesitz des längst untergegangenen Kaiserreichs, deren Erben heute durchschnittlich dreissig- bis fünfzigfache DM-Millionäre sind, bis zu den vielhundertfachen Goldmark-Millionären von einst, deren zumeist adlige Nachkommen gegenwärtig die milliardenschwere *crème de la crème* der alten Geld- und Machtelite bilden, wohlgermerkt: der *alten* Elite,

300

etwa Friedrich Flick – erst im Krieg von 1914/18 zu großem Reichtum gekommen sind, ist hier nicht die Rede; diese »jungen« Reichen fehlen in dieser Rangliste.

Natürlich gibt es auch innerhalb der alten Geld- und Machtelite sehr beträchtliche Rangunterschiede, etwa zwischen einer Fabrikantenfamilie, die 1913 zwei Millionen Goldmark hatte und heute vielleicht 80 Millionen DM Vermögen besitzt, und einem Fürsten Thurn und Taxis, mehrfachem DM-Milliardär, dessen Ahnen auch schon vor dem Beginn des industriellen Zeitalters zu den Allerreichsten in Deutschland zählten.

Deshalb sind in der folgenden Rangliste die Familien der alten Geld- und Machtelite in Größenordnungen eingeteilt:

- bedeutet schlicht: Multimillionäre, heute wie ehemals;
- besagt, daß die Betreffenden höher einzuschätzen sind;
- – das sind schon außerordentlich reiche Leute, und
- übersteigt alles und liegt an oder sogar weit über der Milliardengrenze.

Für besonders alten Reichtum werden überdies Sternchen verliehen, die den frühen Beginn der Vermögensbildung symbolisieren.

- ★ bedeutet: vor 1870, also vor der Gründung des Bismarck-Reichs;
- ★★ heißt: vor 1830, ehe die Industrialisierung richtig begann;
- ★★★ besagt: vor Beginn der napoleonischen Epoche in Deutschland;
- ★★★★ zeigt einen noch früheren Beginn der Vermögensbildung an.

Zur Charakterisierung der Art des Vermögens werden folgende Buchstaben und Zeichen vor den Namen und den Punkten und/oder Sternchen verwendet:

I = Industrieunternehmen

H = Handelsunternehmen

D = Dienstleistungsbetrieb

B = Bankinteressen

K = Konzernherren

Š = Schloßbesitz

■ (10000) = Großgrundbesitz mit ungefährender Größenangabe in Hektar (1 ha = 10000 qm)

W = Weingüter

Z = Zeitungsverleger oder anderer starker Einfluß auf die Presse

Alle diese Zeichen und Buchstaben können natürlich auch kombiniert erscheinen. Das Zeichen ∞ besagt, daß es sich um eine nicht genau anzugebende Mehrzahl handelt, also $\infty \text{ S}$ = mehrere Schlösser, und ist der Buchstabe, das Zeichen oder auch ein Firmenname in Anführungszeichen gesetzt, etwa »■« oder »K« oder »Sal. Oppenheim jr. & Cie«, so soll damit im ersten Fall der besondere Wert des Großgrundbesitzes, im zweiten Fall die außerordentliche Größe des beherrschten Konzerns und im dritten Fall die spezielle Bedeutung der betreffenden Firma hervorgehoben werden.

Unter den meisten Familiennamen von Unternehmersippen erscheinen in kleinerer Schrift die Firmen der betreffenden Familien, wo nötig mit Orts- und Branchenangabe. Meist ist das Gründungsjahr - G: 1796 - angegeben, darunter in Prozenten der Familienanteil. Wo dieser nicht genau bekannt ist, besagt ein x, daß es sich jedenfalls um eine maßgebende Beteiligung handelt; \bar{u} 70% bedeutet: über siebenzig Prozent Anteil, u 25% besagt: unter fünfundzwanzig Prozent.

In der Regel ist bei Unternehmen der jeweilige Jahresumsatz 1970, abgekürzt U, sowie die Beschäftigtenzahl, abgekürzt Besch, angegeben, manchmal - wenn die Firmen keine Auskunft über Umsätze und Anzahl der Beschäftigten gegeben haben - liefern die Höhe des Kapitals - K - oder des Stammkapitals - StK - die Anhaltspunkte.

Im übrigen werden die in Nachschlagewerken üblichen Abkürzungen verwendet. Bei den politischen Mandaten - zum Beispiel: MdB = Mitglied des Bundestags - ist dahinter die Partei angegeben. Handelt es sich um ein früheres, nicht mehr ausgeübtes Mandat, so ist die Bezeichnung nebst der Fraktionsangabe in Klammern gesetzt. Alle Jahreszahlen des 20. Jahrhunderts sind abgekürzt, zum Beispiel: 1954 = '54.

- **Abercron, von**
- ★★ ■ ü3000 IH
- Großgrundbesitzer (Sch. H.)
- Horst v. A.:
- stVdAR Spinnstoff-Fabrik Zehlendorf AG,
- U: 110 Mio; Besch: 1600 x
- Wilko v. A.:
- geschfTeilh: Intergarn GmbH, Köln
- U: 60 Mio; Besch: 100 x

- **Abs**
- Hermann J. A.:
- »VdAR Dt. Bank AG«, ∞ VdAR, ∞ stVdAR, ∞ AR
- Landgut b. Remagen
- Anm: Familie bereits vermerkt im Jahrbuch d.
- Millionäre von '13

- **Achelis**
- ★★★★ H
- Justus Achelis & Sohn, Bremen G: 1660
- Inh. Justus Johs. A. x
- Joh. Achelis & Söhne, Exp. Imp., Bremen G: 1826
- x

- **Ackermann**
- ★ I
- Ackermann-Göggingen AG, München G: 1868
- U: 104 Mio; Besch: 3000 x

- **Adelmann v. und zu Adelmansfelden, Grafen**
- ★★★★ ■ ca. 1000 Š
- Großgrundbesitzer (BaWü)
- 1. Linie: v. Guilleaume-Erben
- 3. Linie: Haniel-Erben
- Raban Gf. A. v. A. (MdB CDU b. '61)
- Direkt. Inform. Abt. NATO

- **Ahlborn**
- ★ I
- Ed. Ahlborn AG, Hildesheim G: 1856
- U: 43 Mio; Besch: 900 65%

- **Ahlmann**
- ★★ I
- Ahlmann-Carlshütte KG, Rendsburg G: 1827
- U: 140 Mio; Besch: 1800 100%

ACO Sev. Ahlmann, Andernach/Rendsburg
U: 44 Mio; Besch: 750

100%

●● **Andreae**

★★★★ I

Christoph Andreae, Viersen
u. weitere Textilunternehmen

G: 1687
100%

Albano

Albano siehe (Albano-)Müller

●● **Albrecht**

★★★ H

J. H. Bachmann, Bremen

G: 1775
+ Rita Dubbers A.

●● **Alsen**

★ I

Alsen'sche Portland-Cement-Fabriken, Hamburg G: 1863

●● **Ammann**

IH

ISCO Textilwerk Gebr. Ammann, Stuttgart

G: 1886
100%

U: 14 Mio; Besch: 360

Sanetta Textilwk. Gebr. Ammann, Meßstetten

U: 10 Mio; Besch: 320

100%

Eisen-Rieg AG, Darmstadt

81%

U: 77 Mio; Besch: 300

Martin Ammann, Werke f. Maschenstoffe, Tail-
fingen

100%

●● **Amsinck**

★★★ H

Amsinck & Co, Hamburg

J. H. Schuback & Söhne, Hamburg

G: 1757

pershGes: Oswald R. A.

Vors. Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns
zu Hambg.,

»Hamburg-Süd« Eggert & Amsinck (Oetker)

Ges., GenBev.: Herbert G. A.

●●● **Arco, Grafen von**

★★★★ ■ (ü6000) IS

Großgrundbesitzer (BY)

Gräfl. Brauereien Arco-Valley

A.-Zinneberg'sche Konservenfabr. (AZET), Deg-
endorf

»Arco-Palais«, München 2, Wittelsbacher Platz 1
Albert Gf. A.-Zinneberg d. Adopt. '61:
Erbgraf Fugger von Glött

●●●● **Arenberg, Herzöge u. Prinzen von**

★★★★ ■ (»ü28000«) ∞ Š
Großgrundbesitzer (NRW)
Schwiegersohn: Karl Theod. Frh. v. u. zu Guttenberg (MdB CSU)

●● **Aretin, Freiherren von**

★★★★ ■ (ca. 2000) ∞ Š I
Großgrundbesitzer (BY)
Brauerei Aldersbach Aretin-Werke KG

Arnim, von, siehe Stumm-Erben

●● **Arnold**

I
L. & C. Arnold, Stahl- u. Holzmöbelwerke,
Schorndorf/Württ. G: 1871
U: 70 Mio; Besch: 1200 100%

Asten, von, siehe Lynen

●●● **Auer**

★ I
Heinr. Auer Mühlenwerke (Gruppe), Köln
U: 360 Mio; Besch: ca. 2000 100%
Pfälz. Mühlenwerke GmbH, Mannheim
StK: 5 Mio x

●● **Bachem**

★★ ■ städt. I
J. P. Bachem Verlag, Köln G: 1818
U: 6 Mio.; wertv. städt. Grundbes. 100%
Druckerei J. P. Bachem, Köln
Verwaltgs. Ges. J. P. Bachem
Grundstücksges. J. P. Bachem
Offsetdruckerei W. Gottschalk
Jakob Hegner Verlag
usw.

●●● **Baden, Markgrafen von**

★★★★ ■ (ü5000) ŠW
Großgrundbesitzer, »Schloß Salem«
Math. Bäuerle GmbH, St. Georgen,

Spez. Maschinenfabr. Besch: 440 x
Bodensee-Gerätetechnik GmbH, Überlingen
U: 93 Mio; Besch: 1600 x

●●● **Bagel**

★★ I

A. Bagel Graph. Großbetrieb, Düsseldorf G: 1801
Besch: 850 100%
A. Bagel Papierfabrik, Ratingen
Aug. Bagel Verlag, Düsseldorf
Papierfabr. Hermes & Cie, D'ldf
U: 25 Mio; Besch: 400; pershGes: Fritz B.
Frau Ilse B. geb. Henkel:
Beirat und Verw. Rat Henkel & Cie

●●● **Bahlsen**

I

H. Bahlsen Keksfabr. KG, Hannover G: 1889
U: 450 Mio; Besch: 11000 100%
Werner B.: Beirat Allianz-Vers., Hambg.
stVdVorst Stifterverband f. d. dt. Wissenschaft

●●● **Bahner**

I

Louis Bahner ELBEO-Werke, Augsburg G: St 1889
U: ca. 100 Mio; Besch: 3000 100%
BI Gerhard Bahner KG, Lauingen/Donau 100%
Dietrich B., Schuhfabr. (Leiser, Dorndorf, Hako)
(Leiser: U 50 Mio; Besch: 1100 100%
b. '69 FDP Vors. BY, jetzt DU
Dietrich B.: Beirat Deutsche Bank AG
Hermann B.: Beirat Deutsche Bank AG
Fam. früher Oberlungwitz/Sachsen

Bandemer, von, siehe Knorr-Erben

●●● **Bareiss**

★★ I

Schachenmayr, Mann & Cie, Salach G: 1817
U: 70 Mio; Besch: 1200 100% B. und Federer
Kammgarnspinnerei Bietigheim AG
U: 21 Mio; Besch: 320 GrAkt.

● **Bassus, Freiherren von**

★★★★ ■ (ca. 2000) §
Großgrundbesitzer (BY)

- **Baudissin, Grafen von**
- ★★★★ ■ (ca. 4000) Š
Großgrundbesitzer (Sch. H.)

- **Bauer**
- ★ I
Carl Bauer Schraubenfabr., Wuppertal G: 1842
StK: 3 Mio; Besch: 450

- **Baum, von**
- I
v. Baum Verwaltung KG, Wuppertal G: 1883
(Textilinteressen) Besch: 1000 100%

- **Baumgärtner**
- ★ I
Baumgärtner & Burck KG, Stuttgart G: 1857
U: ca. 20 Mio; Besch: 400 100%

- **Bayer**
- ★ I
Gründerfamilie der Farbenfabriken Bayer, Leve-
kusen
(U: 11 129 Mio; Besch: 140 000) u5%
Prof. Dr. h. c. Otto B., Burscheid:
»VdAR Farbenfabr. Bayer AG«

- **Bayern, Herzöge u. Prinzen von sowie Herzöge in,**
- ★★★★ ■ (ü18000) ∞ Š
Könige b. '18
Großgrundbesitzer
Wittelsbacher Ausgleichsfonds:
AR/Ber Bayerische Vereinsbank AG
Herzöge in B.:
Herzogl. Brauhaus Tegernsee;
Sanatorium Wildbad Kreuth;
Prinz Konstantin v. B. † (MdB CSU)

- **Beck**
- ★ I
Rheinhütte vorm. Ludw. Beck & Co, Wiesbaden G: 1857
K: 6,5 Mio; Besch: ca. 1000 100%

- **Becker**
- ★★★★ I
Gebr. Becker, Beckum, Apparatebau, G: 1750
U: 20 Mio; Besch: 300 100%

●● Beckmann

I

B. Rawe & Co KG, Nordhorn

G: 1888

U: 90 Mio; Besch: 2000

GeschFGes: Konsul Rudolf B.

Beirat Dresdner Bank AG

Beirat Gerling-Konzern

Präs. IHK Osnabrück

Beckmann, siehe Dresler

● Behrens

★ I

Ernst Behrens Papierverarbeitungswerke und

Großdruckerei, Alfeld/Leine

G: 1860

C. Behrens AG, Alfeld

100%

●●● Beindorff

★ I

Günther Wagner Pelikan-Werke, Hannover

G: 1838

U: 435 Mio; Besch: 6000

100%

●●● Benecke

★★★ I

J. H. Benecke GmbH, Hannover-Vinnhorst

(»Azella«)

G: 1718

U: 260 Mio; Besch: 2800

100% Familien B.,
Burgtorf u. Schwarz

●● Benger

★ I

Ribana-Werke Wilh. Benger Söhne, Bad Rappenau G: 1844

Besch: 700

100% B. und Doertenbach

●●● Bentheim, Fürsten zu

★★★★ ■ (ü8000) ∞ Š

Großgrundbesitzer

●●● Berenberg-Gossler, Freiherren v.

★★★★ B

Joh. Berenberg, Gossler & Co, Hamburg

Bankgeschäft

G: 1590

Ibero-Amerika Bank AG, Bremen

ca. 30%

Berghes, von, siehe Waldthausen

- **Bernstorff, Grafen von**
- ★★★★ ■ (ü7000) Š
Großgrundbesitzer (Sch. H, NiSa)

- **Bertelsmann-Erben (Mohn)**
- ★ »IKZ«
C. Bertelsmann-Gruppe, Gütersloh G: 1835
U: 712 Mio; Besch: 13200 Fam. Mohn 100%
Gruner & Jahr GmbH & Co, Hamburg
U: 675 Mio; Besch: 6400 Fam. Mohn 25%

- **Bethmann, Freiherren von**
- ★★★★ B
Gebrüder Bethmann, Frankfurt G: 1748
Joh. Philipp Frh. v. B: 100%
VdAR Deutsch-Iberoamerik.
Entwickl. AG
stVdAR Curator Treuhand AG
Rundfunkrat Hess. Rundf.
CDU

- **Bismarck, Fürsten und Grafen von**
- ★ »■« (ca. 7000) Š
Großgrundbesitzer (SchH Nähe Hamburg)
Kornbrennerei Fürst Bismarck
Fürst Otto III.: (MdR d'nat.; MdB CDU) (zahlr. Bet.)
Mona Gräfin B.: Bet. Intercontinental-Hotelkette
Klaus v. B.: Intendant Westd. Rundf.
Philipp v. B.: Vorst. Kali-Chemie AG
MdB CDU, Vors. Wirtschaftsrat CDU

- **Blasberg**
- I
Friedr. Blasberg GmbH & Co, Solingen G: 1885
U: 75 Mio; Besch: 700 100%

- **Bleyle**
- I
Wilh. Bleyle KG, Stuttgart, Strickwaren G: 1889
U: ca. 100 Mio ('65); Besch: 3500 100%

- **Blohm**
- I
Blohm & Voss AG, Hamburg G: 1877
U: 507 Mio; Besch: 7300 18%
Messerschmitt-Bölkow-Blohm
U: 917 Mio; Besch: 20000 25%

●●● **Boch-Galhou, von**
 ★★★★★ ■ ü1000 S IZ
 Villeroy & Boch (Keramik), Mettlach/Saar G: 1748
 U: 580 Mio; Besch: 19000
 Großgrundbesitz
 Bet. Getling-Konzern, Saarbr. Zeitung

●● **Boehringer (Göppingen)**
 ★ I
 Gebr. Boehringer GmbH, Göppingen G: 1844
 Besch: 2150 100%

●●● **Boehringer (Ingelheim)**
 I
 C. H. Boehringer, Ingelheim (Pharma) G: 1885
 U: 1043 Mio; Besch: 14700 100% Familien B.
 und Liebrecht

Boehringer, siehe Reuther

●● **Börmers**
 ★ HI
 Reidemeister & Ulrichs, Bremen G: 1831
 Besch: 250 100%
 Wein- u. Spirituosengroßhandel, Brennerei

●● **Böselager, Freiherren von**
 ★★★★★ ■ (ca. 4000) ∞ S
 Großgrundbesitzer (NRW)
 Philipp Frh. v. B.: Vors. Arbeitsgemeinschaft.
 Dt. Waldbesitzer-Verbände

Bohlen und Halbach, von, siehe Krupp-Erben

●●●● **Bosch**
 ■ »IK« B Z
 Robert Bosch GmbH, Stuttgart G: 1886
 U: 5500 Mio; Besch: 119000 100% in Fam.-
 (18%) u. Stiftgs. Bes.
 Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart ü90% B.
 Stuttgarter Zeitung ca. 90% B.
 Handels- und Gewerbe-Bank Heilbronn ü25% B.

Bowen, siehe Stumm-Erben

●●● **Brandenstein-Zeppelin, Grafen von**
 ★★★★★ ■ ∞ S IK
 Großgrundbesitzer (BaWü u. Hessen)

Zahnradfabrik Friedrichshafen AG G: 1915
 U: 977 Mio; Besch: 18000 96% Fam. und Stiftg.
 Zeppelin-Metallwerke GmbH, Friedrichshafen
 U: 300 Mio; Besch: 2300 100% Fam. und Stiftg.

●● **Braun**

I
 Hartmann & Braun AG, Meß- u. Regeltechnik,
 Frankfurt/M G: 1901
 U: 326 Mio; Besch: 7100 ü50% im Bes. d. Fam. B.,
 Hartmann u. deren Freunde

Braun v. Stumm, siehe Stumm-Erben

Bredow, siehe Stumm-Erben

●●●● **Brenninkmeyer**

★ ■ »HK«
 C. & A. Brenninkmeyer, Düsseldorf G: 1841
 U: ca. 2800 Mio; Besch: 12000 100%
 Großgrundbesitz (NRW)

●● **Bremshey**

★ I
 Bremshey AG, Solingen G: 1862
 U: 215 Mio; Besch: 3100 100%

●● **Breuninger**

E. Breuninger KGaA, Stuttgart G: 1881
 U: 210 Mio; Besch: 2150 100%

●● **Brockdorff, Grafen von**

★★★★ ■ ca. 4000 Š
 Großgrundbesitzer (Sch.H.)

●● **Brökelmann**

★★ F. W. Brökelmann, Aluminiumwerk, Neheim-
 Hüsten G: 1826
 Brökelmann & Co, Ölmühle, Hamm 100%
 75%

●● **Brügelmann**

★★ I
 F. W. Brügelmann Söhne, Köln G: 1820
 Besch: 1700 100%

●● **Brüggemann**

★ I

L. Brüggemann KG, Heilbronn

G: 1868

100%

Hess. Gummiw.fabr. Fr. Peter AG, Kl. Auheim

U: 47 Mio; Besch: 1400

100%

Hermann B.: VdAR Papierfabr. Aug. Kochler

**Bruemmer-Glausten, Freiherren von, siehe
Stumm-Erben**

●● **Brunner-Schwer**

★ I

Saba Schwarzwälder Apparatebau

August Schwer Söhne GmbH, Villingen

G: 1835

U: 225 Mio; Besch: 3900

15%

Elektro-Isolierwerke AG, Villingen

U: 12 Mio; Besch: 180

100%

●●● **Bülow, von und Grafen von**

★★★★ ■ (zus. ü12000) ∞ §

Großgrundbesitzer (Sch. H.)

Niels v. B.: EhrenVdAR der AG der Gerresheimer
Glashütte

Bülow-Schwante, siehe Stumm-Erben

●● **Bürklin**

★ ■ »W«

Dr. Albert B.: Großgrund-, Wald-, Weingutbes.

Inh. Weingut Dr. Bürklin-Wolf, Wachenheim

Vizepräs. Dt. Weinbauverband

und mit

Frau Gerda B: Inh. Gebr. Eckel GmbH

G: 1868

Weinkellereien, Deidesheim

100%

●● **Burger**

★ I

Burger Söhne GmbH & Co. Emmendingen und
Spaichingen

Besch: 1600

100%

Burgtorf, siehe Benecke

●● **Butlar-Brandenfels, Frh. Treusch von**

★★★★ ■ (ca. 3300) B

Großgrundbesitzer (Hess)

Erwin T. v. B.-B., Stuttgart:
 geschfGes: Bankhaus Anselm & Co.
 GeschF: Anselm-Verw. Union GmbH
 AR: Eisen- u. Drahtwerk Erlau

●●● **Castell, Fürsten zu**

★★★★ ■ ∞ Š BW

Großgrundbesitzer, Weingüter (BY)
 Fürstl. Castell'sche Bank Credit-Casse 100%
 Akt: Bayer.VereinsbkAG; Südd. Bodencreditbk.
 Bayer. Versicherungsbk.
 Graf Prosper C.-C.: Vors.dVorst. Frankf. Ver-
 sicherungs AG
 siehe auch Faber-Castell

●● **Colsmán**

★★★★ I

Gebr. Colsmán, Essen G: 1750
 Concordia Spinnerei u. Weberei,
 Langenberg/Rhl. G: 1857
 U: 13 Mio; Besch: 124 90% Conze & Colsmán
 Barthels-Feldhoff Textilwerk, Wuppertal G: 1829
 Besch: 350; Inh. Udo C., Langenberg

●● **Contzen**

★ I

Joh. Contzen, Düren G: 1851
 U: 109 Mio; Besch: 250 45%

●● **Conze**

★★ I

Conze & Colsmán, Langenberg/Rhl.
 Besch: 620 x
 Concordia Spinnerei u. Weberei, Langenberg/Rhl. G: 1857
 U: 12,7 Mio; Besch: 124 90%

●●● **Coutinho**

★ »H«

Coutinho, Caro & Co., Hamburg G: 1895
 Stahl- u. Eisenhandel
 U: 815 Mio; Besch: 1000 x

●● **Cramer-Klett, Freiherren von**

★ ■ (ca. 6000) Š

Großgrundbesitzer (BY)
 Schloßbrauerei Hohenaschau 100%

●●● **Croy, Herzöge von**
 ★★★★★ ■ (ca. 5500) ∞ Š
 Großgrundbesitzer (NRW)

●● **Darboven**

★ H
 J. J. Darboven, Hamburg G: 1866
 Kaffeeimport u. Handel 100%

●●● **Deilmann**

I
 C. Deilmann AG, Bentheim G: 1888
 U: 41 Mio; Besch: 850 100%
 Deutsche Tiefbohr AG, Bentheim G: 1888
 U: 40 Mio 100%
 Deilmann-Haniel GmbH, Dortmund G: 1888
 U: 90 Mio; Besch: 2700 74%
 Braunschw. Maschinenbauanstalt, Braunschweig
 U: 86 Mio; Besch: 1300 97%
 weitere Bet.

●●● **van Delden**

I
 Gerrit van Delden & Co, Gronau G: 1875
 Gruppen-U: 437 Mio; Besch: ca. 10000 100%
 und zahlreiche weitere Textilunternehmen in NRW
 im Besitz von Angehörigen der Familie v. D.
 Beteiligung am Gerling-Konzern u. Westfalen-
 bank, Bochum
 Rembert van D., MdB CDU:
 Westf. Jute-Spinnerei u. Weberei
 U: 35 Mio; Besch: 600

●●● **Delius**

★★★★ H B
 C. A. Delius & Söhne, Bielefeld G: 1722
 U: ca. 150 Mio; Besch: 1600 100%
 Bet.: Vereinsbank in Hamburg (AR)
 Bankhaus Hermann Lampe ca. 10%
 Dortmunder Actien-Brauerei x

●● **Deschler**

★ I
 Steiger & Deschler GmbH, Ulm G: 1868
 U: 52 Mio; Besch: 1200; Fam. Steiger und D. 100%
 Bet: Interglas-Textil, Ulm

- **Dethleffsen**
 ★★ ★ I
 Herm. G. Dethleffsen, Flensburg G: 1760
 Bommerlunder 100%
 Tochtergesellschaften:
 O. C. Balle (Rum)
 Bommerlunder u. Balle-Vertrieb
- **Devrient**
 ★ I
 Giesecke & Devrient, München G: 1852
 StK: 10 Mio; Besch: 750 x Fam. Bes.
 AllGF: Siegfried Otto
 AR: Jutta Otto geb. Devrient
 Papierfabrik Louisenenthal, Gmund 100%
 StK: 5 Mio; Besch: 350
 Ostertag-Werke AG, Aalen/Württ.
 U: 22 Mio; Besch: 660 GrAkt.
- **Deym von Střitez, Grafen von**
 ★★ ★ ■ ca. 1200 ∞ Š I
 Großgrundbesitzer (BY)
 Carl Ludwig Gf. D. v. S. ∞ '57 m. Gerda Moufang
 VdVorst: Papierfabrik Oberschmitten
 W. & J. Moufang AG
 VdAR: Maria Soell Papierverarb. GmbH, Ober-
 schmitten
 zus. U: ca. 45 Mio; Besch: 800
- **Dierig**
 ★★ IK
 Christian Dierig AG, Augsburg G: 1805
 (früher Oberlangenbielau)
 U: 450 Mio; Besch: ca. 8000 72%
 zahlr. Bet.
- **Dietz**
 ★ H
 Gebr. Dietz, Frankfurt/M. G: 1857
 Zucker- usw. Export/Import
 U: ü150 Mio; Besch: 75 100%
 Fritz J. Dietz: Präs. IHK Frankfurt
 Präs. Bundesverb. d. dt. Groß- u. Außenh.
 zahlr. AR- und Ehrenämter
 Präs.: Dt. Olympische Gesellschaft
 VdAR: Einkaufskontor d. Nahrungsmittelgroß-
 handels GmbH (U: 311 Mio)

AR: Henninger-Bräu
(U: 184 Mio; Besch: 1300) Akt.

ca. 10%

Dimler, siehe Hornschuch

●● Dinkelacker

I

Dinkelacker Wulle AG, Brauerei,
Stuttgart

G: 1888

U: ca. 75 Mio

100%

●● Dönhoff, Grafen von

★★★★ IK

1. Heinrich Gf. v. D. †'42, ∞'38 Dorothea
Gfin Hatzfeld, (Mutter geb. Stumm)
2. Kinder Johann-Christian ∞ Maria v. Mumm
3. August-Hermann
4. Maria-Christina
2-4 adopt. »Grafen Hatzfeld-D.« durch Ursula
Gräfin Hatzfeld geb. Stumm
2-4: »Stumm-Erben in 2 Linien«
5. Andreas Gf. v. D. ∞'65 Angelika Freiin v.
Schröder
6. Hubertus Gf. v. D. ∞'67 Andrea v. Boch-Galhau
7. Margita Gräfin v. D. ∞'03 Ferdinand Erbprinz
zu Ysenburg und Büdingen
8. Mation Gräfin v. D. (Tante v. 2-6)
Chefredakt. Die Zeit, GF Zeit-Verlag
9. Stanislaus Gf. v. D., Neffe von 8, ∞'59 Isabella
Gräfin Wolff Metternich zur Gracht
Gen.Bev. Bankhaus Marcard & Co, Hambg.

Doertenbach, siehe Benger

●●● Donner, Freiherren von

★★★ ■ (ü5000) B

Bankhaus Conrad Hinrich Donner, Hamburg

G: 1798

61,5%

Donner Verwaltungsges. mbH, Hamburg

100%

Großgrundbesitz (Sch.H.)

●● Dörrenberg

★ I

Ed. Dörrenberg Söhne Edelstahlwerke, Ründe-
roth

G: 1860

Besch: 750

100%

Cornel. Schmidt Eisen- u. Stahlwerk, Leverkusen G: 1877
Besch: 200 100%

●●● **Dörrenberg**

IK

Viersener Baumwoll-Feinweberei

Dörrenberg & Cie, Viersen/Rhl.

G: 1912

Diolen

Besch: 200

100%

Dörrenberg & Co, Lauchheim

Präzisionswerkzeugfabrik

Besch: 520

100%

Krefelder Möbelstoffweberei

Walter Matuschak, Hüls

100%

Westd. Feinspinnweberei Kersten & Sohn, Bo-
cholt

100%

Donau Werkzeugmaschinen Erich Arndt, Lange-
nau

Besch: 180

100%

Rohde & Dörrenberg, Düsseldorf

G: 1898

Werkz. u. Masch. Fabrik

Besch: 1500

100%

Eduard D:

VdAR u. stVdAR von 7 Gruppen des Gerling-
Versicherungs-Konzerns oo mit Alice geb. Kai-
ser, Erbin der Fam. Kaiser ('s Kaffee), Viersen,
»Gerling-Großaktionär«

●●● **Doornkaat Koolman, ten**

I

Doornkaat AG, Norden/Ofrsld.

G: 1806

U: 180 Mio; Besch: 600

ü75%

●● **Dräger**

I

Drägerwerk AG, Lübeck

G: 1902

U: 130 Mio; Besch: 3900

100%

Draeger, siehe Quandt

● **Drescher**

★★★★ I

Drescher-Metzler KG, Rutesheim

G: 1682

Spezialdruckmaschinen; K: 2 Mio

100%

Drescher-Paragon GmbH,

100%

Drescher GmbH, Rutesheim

- **Dresler**
I
Siegener AG Geisweid G: 1880
U: 180 Mio; Besch: 1600 98% Fam. D., Beckmann u.
Fastenrath

- **Drewsen**
★★★★ I
Georg Drewsen Feinpapierfabrik,
Lachendorf ü. Celle G: 1538
StK: 5,1 Mio 50%

- **Droste zu Vischering, Grafen von**
★★★★ ■ (ü12000) ∞ Š
Großgrundbesitz, vert. auf 2 Linien (NRW, NiSa)

- **Dürr**
I
Otto Dürr, Stuttgart G: 1895
Oberflächentechnik
Gruppen-U: 148 Mio; Besch: 1800 100%
zahlr. In- u. Ausl. Bet.

- **Dyckerhoff**
★ IK
Dyckerhoff-Zementwerke AG, G: 1864
Wiesbaden-Amöneburg
U: 475 Mio; Besch: 3600 ü50%

- **Eberspächer**
★ I
J. Eberspächer, Esslingen G: 1865
U: 97 Mio; Besch: 1800 100%

- **Ebner**
★★
J. Ebner, Graph. Betriebe, Ulm G: 1801
U: 20 Mio; Besch: 550 100%

- **Edye**
★★ D B
Rob. M. Sloman jr. Reederei, G: 1793
Schiffsmakler u. Reisebüro, x
Hamburg
Rob. M. Sloman jr. Verwaltungsges. (Komm. d.
Sloman-Bank KG) x

● **Eisenlohr**

★★ I

G. M. Eisenlohr, Dettingen/Urach
G. M. Eisenlohr, Reutlingen

G: 1825
Bet.

●● **Eltz, Grafen und Edle Herren von und zu**

★★★★ ■ ca. 1000 »Š W«

Schloß und Weingutbesitzer, NRW

●● **Eltz-Rübenach, Freiherren und Edle
Herren von und zu**

★★★★ ■ (ca. 5000) Š

Großgrundbesitzer (NRW)

●● **Elverfeldt, Freiherren von**

★★★★ ■ (ü3000) Š

Großgrundbesitzer (NRW)

●●● **Engelhorn**

★ I

Boehringer Mannheim GmbH
U: 430 Mio; Besch: 3500
Agfa-Gevaert AG, Leverkusen
U: 1897 Mio; Besch: 34000

100%

4,25%

● **Engstfeld**

★★ I

Wilh. Engstfeld, Metallgießerei und Beschläge-
fabrik, Heiligenhaus
StK: 4 Mio

G: 1790

100%

●●● **Erbach, Fürsten und Grafen zu**

★★★★ ■ ü20000 ∞ Š

Großgrundbesitzer

● **Erbslöh**

★ I

Julius & August Erbslöh,
Alum. Walz- u. Preßwerke, Wuppertal
Besch: 1500

G: 1842

100%

●●● **Eychmüller**

★★ I

Karl E.: VdVorst Wieland-Werke, Ulm

G: 1820

GeschF: Metallwerke Schwarzwald
stVdAR: Scheidt & Bachmann AG, Rheydt
(Besch: ü1000)
siehe auch Wieland

●●● **Faber-Castell, Grafen von**

★★★★ ■ ca. 5000 I \$

A. W. Faber-Castell, Stein b. Nürnberg G: 1761
Besch: 4000 100%
Großgrundbesitzer (BY);
Roland Graf v. F.-C. (All. Inh.):
Nürnb. Grundstücks- u. Verw. AG (AR/Be.)
Nürnb. Allg. Versicherungs AG (AR/Be.)
Nürnb. Lebensversicherungs AG (AR/Be.)
Vereinsbank in Nürnberg (AR/?)
Beirat: Bayerische Vereinsbank AG
siehe auch Castell:
Alexander Gf zu C.-Rüdenhausen
∞ 1898 Otilie Freiin v. Faber
Nachkommen: Gfen Faber-Castell

●● **Fahr**

I
Maschinenfabrik Fahr AG, Gottmadingen G: 1870
U: 215 Mio; Besch: 5100 37%

Fahr, siehe Werner

●● **Falke**

I
Franz Falke-Rohen, Schmallenberg G: 1895
Strumpf- u. Strickwarenfabrik
Gruppen-U: 200 Mio; Besch: 2500 100%

Fastenrath, siehe Dresler

● **Federer**

★ Bet. Schachenmayr, Mann & Cie s. Bareiss
Dr. Georg F., Botschafter d. BuRep
Ges: Verlag Christ & Welt

●● **Fein**

★ I
C. & E. Fein, Elektrotechn. Fabrik, Stuttgart G: 1867
Besch: ü1400 100%

● **Feury, Freiherren von**

★★★★ ■

Großgrundbesitzer (BY) (siehe auch Hirsch,
Frh. v.)

Otto Frh. v. F.:

Präsident Bayer. Bauernverband

Vizepräs: Deutscher Bauernverband

MdL (BY) CSU

zahlr. AR- u. Beiratsmandate

»●●●●« **Finck, von**

»■« (ü4000) »B« I

Bankhaus Merck, Finck & Co, München

G: 1870

100%

Großgrundbesitz v. außergewöhnl. Wert, davon
ca. 2000 ha am Stadtrand Münchens

Zahlreiche Industrie- u. sonstige Beteiligungen,
u. a.

Löwenbräu AG, München;

Isar-Amperwerke;

Allianz-Konzern;

Münchener Rückversicherung;

DSK-Bank;

Südd. Bodencreditbank;

Waldthausen & Co, Düsseld.;

Stahlwerke Südwestfalen;

Edelstahlwerke Witten;

Ges. f. Markt- u. Kühlhallen;

Würzburger Hofbräu;

Hochtief AG;

Linde AG;

Ver. Kunstmühlen Landshut-Rosenheim AG

usw.

Findel, siehe Mast

●● **Fischer**

IW

UHU-Werk H. & M. Fischer, Bühl

G: 1884

Fischer & Fischer, Bühl (badedas)

Arzneimittelwerk Fischer, Bühl

Senator Manfred F.:

Ges. u. AR: Eisenberger Klebsandwerke,

Eisenberg/Pfalz

Allinh: Burg Windeck, Rebgut und Burggast-
stätte, Bühl

Präs: IHK Baden-Baden

●● **Fisser**

D

Fisser & van Doornum, Emden G: 1879
U: 240 Mio; Besch: 600 50%
Fisser KG, Seeschiffahrt, Emden
K: 4 Mio; Besch: 400 100%
Ostfries. Lufttaxi GmbH
K: 1,5 Mio 26%
Continental Handels- & Transp. Ges., Mannheim 5%

●● **Fleitmann**

★ I

Vereinigte Dt. Nickel-Werke AG,
vorm. Westf. Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte &
Co, Schwerte; G: 1861
U: 106 Mio; Besch: 1300 x
Vorst: Rich. T. Fleitmann,
VdAR Hindrichs-Auffermann AG, Wuppertal
U: 15 Mio; Besch: 250 (75%)

●● **Frese**

IB

Portland-Zementwerke Heidelberg AG G: 1889
U: 500 Mio; Besch: 3700 x
Vorstand: Bernd F.; AR: Jürgen F.
Bankhaus Delbrück & Co, Berlin, Köln, Hamburg,
Aachen:
persh u geschf Ges: Dr. Jürgen F. zahlr. AR-
Mandate

●●●● **Freudenberg**

IK

Carl Freudenberg, Weinheim/Bergstr.
Gruppen-U: 1250 Mio; Besch: 24000 x
Dr. Helmut Fabricius (Mutter: Emmi geb. Freu-
denberg), pershGes Freudenberg & Co Carl
Freudenberg AR: Deutsche Bank AG

●● **Freyberg, Freiherren von**

★★★★ ■ (ü1800) 100\$

Großgrundbesitzer (B. Wü u. a.)
Ulrich Frh. v. F. ∞ Brita Blohm
AR: Messerschmidt-Bölkow-Blohm AG
Blohm & Voss
Klöckner-Alcan Aluminium GmbH
Aluminium Norf GmbH, Neuß

VdGschF: Alcan-Aluminiumwerke GmbH, Ffm.
(U: 300 Mio; Besch: 3000)

●●● Frowein

★★★★ HI

Frowein & Co, Wuppertal	G: 1763
U: 43 Mio; Besch: 750	100%
Rhein. Textilfabriken AG, W'tal	G: 1826
U: 18 Mio	95%
Göcke & Sohn, Hohenlimburg	G: 1805
U: 71 Mio; Besch: ü1000	x
Frowein & Nolden, Düsseldorf	G: 1902
1700 Besch; StK ca. 10 Mio	x
Harald F. sen: AR Kaufhof AG, Köln	
(U: 3,7 Mrd. DM)	ca. 10%
AR Gerling-Konzern	Bet.
Präs. IHK Wuppertal	

●●●● Fürstenberg, Fürsten zu

★★★★ ■ ca. 19000 ∞ »Š«I

Großgrundbesitzer (B. Wü)
Fürstl. F.'sche Brauerei, Donaueschingen
u. zahlr. weitere Betriebe (E-Werk, Papierfabrik,
Säge- u. Holzwerk, Süddeutsche Basaltwerke);
Bet.
bedeut. Auslands-Grundbesitz (Österr.)

●●● Fürstenberg, Grafen von

★★★★ ■ ca. 15000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (NRW)

●●● Fugger, Fürsten und Grafen von

★★★★ ■ ∞ »Š« IB

Großgrundbesitzer, (BY)
umf. sehr wertv. Schloß- u. Kunstbesitz
Fürst Fugger Bank, Augsburg G: 15. Jahrh.
Fürst F-Babenhausen Büromöbelwerk, Wellen-
burg
Fürst Josef Ernst v. Fugger-Glött: (MdB/MdL
CSU)

●●● Funke

★ ■ städt. IHZ

W. & O. Bergmann KG, Düsseldorf	G: 1907
U: 1300 Mio; Besch: 300	Jacob F. 14,5%
Westdeutsche Allg. Zeitung (WAZ)-Gruppe	
U: 175 Mio; Besch: 1300	Jacob F. x

A. Kiekert Söhne, Heiligenhaus Besch: 1 200 Jacob F. 50%
 Otto-Versand, Hamburg
 U: 1 028 Mio; Besch: ü5 000 Jacob F. 25%
 Fritz Funke: VdAR: Dom-Brauerei, Köln
 Sternbrauerei, Essen
 Dortm. Stiftsbrauerei
 Kronen-Brauerei, Essen usw.
 siehe auch Waldthausen-Erben

●●● Galen, Grafen von

★★★★ ■ (ü4 000 ∞ Š B
 Großgrundbesitzer (NRW)
 Ferdinand Graf v. G. auf Assen:
 pershGes: Schröder, Münchmeyer, Hengst &
 Co., Hamburg, Bankhaus;
 Bankhaus Friedr. Hengst, Offenbach;
 VdAR: Universal Investment Ges., Frankfurt
 AR-Mandate

● Gebhard

I
 Gebhard & Co AG, Wuppertal G: v1900
 U: 98 Mio; Besch: 1 600 ca. 75%

●● Gehlen

★ I
 Eisenwerke Kaiserslautern GmbH G: 1864
 U: 58 Mio; Besch: 1 550 100%
 Gehlen Bau GmbH, Kaiserslautern G: 1902
 U: 50 Mio; Besch: 1 230 100%

●● Gehrckens

★ DH
 H. M. Gehrckens, Hamburg G: 1830
 Besch: 370 x
 Deutscher Rhederei-Verein, Hbg
 U: 2 Mio x

●●● Gemmingen-Hornberg, Freiherren v.

★★★★ ■ ü2 200 Š IK B
 Großgrundbesitzer (BWü)
 1. Friedr. Frh. v. G.-H. ∞ 1896 Dora Siegle
 T. d. Geheimr. Gustav v. S., Mitbegr. BASF
 und WMF
 WMF Württ. Metallwaren Fabr., Geislingen
 U: 258 Mio; Besch: 5 900 (zusammen mit ande-
 ren Siegle-Erben) x

AR: Wolf-D. Frh. v. G.-H.
 v. Siegle: siehe auch Tessin, Schrenck
 2. Hans-Lothar Frh. v. G.-H., (Neffe v. 1)
 ∞'22 Ellenruth Röchling
 EhrenVdAR Rheinmetall, Berlin
 Mannheimer Vers. Ges.
 Röchling'sche Fam. Gemeinsch.
 Ges. Ausschuß Ind. Verw. Röchling GmbH

●● Giesche, von, -Erben

★★★★ IH

Georg v. Giesche's Erben, Hamburg	G: 1704
U: 106 Mio; Besch: 750	100%
Georg v. Giesche's Erben Handelsges.	
U: 65 Mio; Besch: 20	100%
	div. Bet.

●● Girardet

★ I Z

W. Girardet Graph. Betriebe und Verlag, Essen	G: 1865
	100%
Generalanzeiger d. Stadt Wuppertal Verlag W. Girardet	
Besch: 3400	

●●● Giulini di Giulino, (Grafen)

★★★★ I

Gebr. Giulini GmbH, Ludwigshafen	G: 1823
U: ca. 250 Mio; Besch: 2700	12%
siehe auch Salmuth, Frh.	
v. Udo (Conte) G.d.G. MdB CDU:	
AR: Bayer. Vereinsbank AG	(Bet.)
Mannesmann AG	(Bet.)
Duisburger Kupferhütte	(4,4% Bet. d. Firma)
Anm: Großv. August Clemm, Reichsrat BY, Mitbegr. d. BASF u. deren Großakt.;	
Fam GdG eng verwandt mit Fam. Röchling und Frh. v. Salmuth	

Goebels, siehe Melchers

Goetz, von, siehe Stumm-Erben

●● Goldschmidt-Erben

★ I

Th. Goldschmidt AG, Essen	G: 1847
U: 241 Mio; Besch: 3000	ca. 33% Dr. Karl G. Erben

Graevenitz, von, siehe Stamm-Erben

● **Greiling**

I

Felina GmbH Miederfabriken, Mannheim G: 1885
U: 46 Mio; Besch: 1900 100%
zahlr. weitere Bet.

●● **Grillo**

I

Grillo-Werke AG, Duisburg G: 1894
U: 113 Mio; Besch: 1900 100%
Grillo-Grundstücksverw., Essen
Grillo Handelsges., Duisb.-Hamborn
Rh. Zinkwalzwerk GmbH & Co, Datteln
U: 60 Mio 33%

● **Grosspeter**

I

Grosspeter, Lindemann & Co, Köln
Quarzwerte GmbH, Köln G: 1884
StK 20 Mio Fam. G. u. Lindemann
zahlr. Bet.

●● **Grote, Grafen und Freiherren von**

★★★★ ■ ca. 5000 Š

Großgrundbesitzer (NiSa)

●● **Gütermann**

★ I

Gütermann & Co, Gutach/Württ. G: 1864
K: 7,5 Mio; Besch: ü1500 100%
Kollnauer Baumwollspinnerei
U: 20 Mio; Besch: 480 ü50%

●● **Guillaume, von**

★★ I

Felten & Guillaume, Köln G: 1826
U: 16 Mio; Besch: ca. 300 100%
zahlr. Bet.

●●● **Guttenberg, Freiherren von und zu**

★★★★ ■ (ü10000) ∞ Š ∞ »W«

Großgrundbesitzer
Freiherrl. v. u. zu G'sche Hauptverwaltung d.
zusammengefaßten land- und forstwirtschaftl.,
Weinbau- u. Kurbetriebe, Bad Neustadt/Saale

Weingut Reichsrat v. Buhl, Deidesheim 100%
 Karl Theodor Frh. v. u. z. G. (parl. StSekt.
 Bundeskanzleramt b. '69, MdB CSU b. '72)
 ∞ Prinzessin u. Herzogin Rose v. Arenberg

●● **Gwinner**

★ I

Augsburger Kammgarn-Spinnerei x
 U: 80 Mio; Besch: 1450 x
 Augsburger Gleisbau GmbH x
 Böhringer & Reuss, Waldkirch x
 StK 4 Mio; Besch: ca. 300
 weitere Bet.

●● **Hahn**

»B«

Dt. Effecten- & Wechsel-Beteiligungs-AG, Frank- ca. 10%
 furt
 (Effectenbank-Warburg AG - 50%;
 WKV-Warenkreditbank, Frankf. 25%;
 Diskuswerke, Frankfurt - 25%
 Friedr. Hengst & Co KG, Offenbach)

●●● **Hahn, Grafen von**

★★★★ ■ ü4400 Š

Großgrundbesitzer (Sch. H.)

●●● **Haindl**

★ I B

G. Haindl'sche Papierfabriken
 Haindl Papier GmbH, Augsburg G: 1849
 U: 333 Mio; Besch: 2700 100% Fam. H. u. Holzey
 Marie Luise H.: Kommanditistin d. Bankhauses
 Aug. Lenz & Co, München

●● **Halstrick**

I

Papierfabrik Sundern GmbH und G: 1874
 Hedwigsthal GmbH
 U: 105 Mio; Besch: 1700 100%
 weitere Bet.

●●●● **Haniel (von) -Erben**

★★★★ ■ (ü2000) »IHK«

Franz Haniel & Cie, Duisburg G: 1756
 U: 1640 Mio; Besch: 5000 100%
 Gutehoffnungshütte Actienverein G: 1758

U: 6034 Mio; Besch: 96000

x

mehrheitl. im Besitz der Gründerfamilien H.,
Huysen u. Jacobi

weitere GHH-Beteiligungen:

Deutsche Werft AG, Hamburg (54%)

+ 50% Bet. Howaldts-Werft

M.A.N. (65 Mio U; Besch: 2000) (75%)

Zahnräderfabr. Renk AG, Augsb. (60%)

usw.

Erben heißen: H., v. H.-Niethammer,

v. H.-Haimhausen, Carp, Oeder usw.

Franz H.: VdAR Gutehoffn.hütte AV

Vorst. Aug. Thyssen-Hütte AG

Fritz v. H.-Niethammer, Guts- u. Brauereibesitzer

(b. '54 MdL BY; b. '65 MdB CSU)

●● **Hannover, Prinzen von,**

★★★★ ■ (...?) ∞ Š

Herzöge zu Braunschweig u. Lüneburg

Großgrundbesitzer

Welf Heinr. Prinz v. H.:

GeschfGes: Hava Handelsges. mbH, Frank-
furt/M.

AR: Ebelbau GmbH, Göttingen

Metallbauwerke Wels (Österr.)

VR: Betonwerk Niederrodenbach

●● **Hardenberg, Grafen von**

★★★★ ■ ca. 3000Š

Großgrundbesitzer (NiSa)

●●● **Hartmann**

Hartmann & Braun AG, Frankfurt/M.,

G: 1901

Meß- u. Regeltechnik

ü50%

U: 326 Mio; Besch: 7000

im Bes. d. Fam. H.,

Braun u. Freunde

●● **Hasslacher**

★★★ ■ IW

Deinhard & Co, Sektkellereien

G: 1794

Koblenz; Besch: 360; StK: 9 Mio

33%

sehr umfangr. u. wertv. Weingüterbesitz

●● **Hatzfeld, Fürsten von**

★★★★ ■ [ü1300 (Martin: ü12000)] ∞ Š IK

Großgrundbesitzer (NRW)

Erben d. Fürstin Maria v. H. geb. v. Stumm, siehe
Stumm-Erben

●● **Hatzfeld-Dönhoff, Grafen v.**

★★★★ IK

Grafen u. Gräfinnen v. Dönhoff, adopt. von ihrer
Tante, Ursula Gfn. Hatzfeld
siehe Stumm-Erben u. Dönhoff, Grafen v.

Haub, siehe Schmitz-Scholl

● **Hauck**

★★ B

Georg Hauck & Sohn, Bankiers,
Frankfurt
(persHGes: Michael Hauck)

G: 1796

x

●● **Heereman von Zuydtwyck, Frh. von**

★★★★ ■ (1300) §

Großgrundbesitzer (NRW)
wertv. städt. Hausbes. Münster
Constantin Frh. H. v. Z.:
Präs. d. Dt. Bauernverbands
Präs. d. Westf. Lipp. Landwirtschaftsverb.
zahlr., AR- u. VR-Mandate

Heimburg, von, siehe Stumm-Erben

●● **Heinzelmann**

I

Heinzelmann Maschenmoden oHG,
Reutlingen
Besch: ca. 1000

G: 1886

100%

● **Heller**

★ I

Aerzener Maschinenfabrik GmbH,
Aerzen ü. Hameln
U: 42 Mio; Besch: ca. 800

G: 1864

100%

●● **Helms**

★ D

Deutsche Dampfschiffahrtsges.

»Hansa«, Bremen

U: 249 Mio; Besch: ü2400

G: 1881

x

VdAR: Hermann H.; Vorst: Herm. C. Helms
stVdAR: Haake Beck Brauerei, Bremen

AR: Hapag Lloyd AG, Hamburg/Bremen
VdAR: »Albingia« Versicherungs AG, Hbg

●● Henckel von Donnersmarck, Fürsten u. Grafen

★★★★ I

Alexanderwerk AG, Remscheid
U: 36 Mio; Besch: 1000 x
Schles. AG f. Bergbau u. Zinkhüttenbetrieb,
Braunschweig (U: 3 Mio) ü50%
Zinkwalzwerk Reinickendorf (100%)
»Sachtleben«, Köln
(U: 154 Mio; Besch: 3000 (10%))
wertv. Grundbesitz am Tegernsee

● Henckels

★★★★ I

J. A. Henckels Zwillingwerk AG, Solingen G: 1731
U: 30 Mio; Besch: 920 u34%
umfangr. Auslandsbet.

●● Hengstenberg

I

Rich. Hengstenberg KG, Esslingen
Weinessig, Feinkost G: 1876
Besch: 1700 100%

»●●●●« Henkel

■ »IK«

Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf G: 1876
U: 3300 Mio; Besch: 32000 100%

Thompson-Siegel GmbH
Besch: 2230 100%

Deutsche Gold- u. Silber-Scheideanstalt (Degussa),
Frankfurt
U: 2262 Mio; Besch: 19000 ü40%

Metallgesellschaft, Frankfurt
U: 5097 Mio; Besch: 35900 ca. 10%

Globus-Reederei, Hamburg 100%

Meridian-Schiffahrtsges. 100%

Matthes & Weber, Duisburg 100%

StK: 16 Mio; Besch: 585
Ver. Verpackungsges. mbH, Monheim 100%

StK: 30 Mio; Besch: 2400

●●● Henkell

★ ID

Sektkellereien Henkell & Co, G: 1832

Wiesbaden-Biebrich
 ca. Besch: 1000 100%
 (● Bet. an Carstens SC)
 Die blauen Quellen Fritz Meyer & Co, Rhens
 U: 48 Mio; Besch: ca. 830 ü25%
 Köln-Düsseldorfer Dt. Rheinschiffahrt AG, Köln G: 1826
 U: 40 Mio; Besch: ca. 500 x
 Glashütte Budenheim GmbH
 U: 60 Mio; Besch: ca. 700 ü25%
 Trink's GmbH, Goslar
 U: 26 Mio; Besch: ca. 240 ü25%
 wertv. Grundbesitz
 siehe auch Ribbentrop, v.

»●●●●« **Henle**

»H« IK
 Klöckner & Co, Duisburg, G: 1906
 Großhandel
 U: 4400 Mio 100%
 Klöckner-Werke AG, Duisburg G: 1897
 U: 2349 Mio; Besch: 31300 x
 Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln
 U: 2147 Mio; Besch: 31500 ü40%
 Dr. Günter Henle (Schwiegersohn des Konzern-
 gründers Peter Klöckner)
 EhrenVdAR: Klöckner-Werke AG
 Klöckner-Humboldt-Deutz AG
 Allianz Vers. AG
 PräS: Dt. Ges. f. Ausw. Politik, Bonn (MdB, CDU)

Hentschel von Gilgenheim, siehe Stumm-Erben

●●● **Heraeus**

★ I
 W. C. Heraeus GmbH, Hanau G 1851
 U: 300 Mio; Besch: ca. 5000 100%
 Original Hanau Quarzlampen GmbH
 Besch: ü1000 50%
 Leybold-Heraeus, Köln
 U: 114 Mio; Besch: 2600 x
 Kulzer & Co, Bad Homburg 50%
 Kali-Chemie Engelhard Katalys.
 GmbH, Hannover 10%
 Heraeus-Schott-Quarzschmelze GmbH Hanau

●●● **Herberts**

★ I
 Dr. Kurt Herberts & Co, Wuppertal G: 1866

Lackfabr., Chem. Werke
 U: 281 Mio; Besch: 3300 100%
 Vestische Glashütte, Wuppertal
 StK: 6,4 Mio 100%

● **Herder**

★★ I
 Herder Druck Graph. Großbetrieb G: 1801
 Verlag Herder, Freiburg i. B.
 StK: 2,4 Mio; Besch: 450 100%

● **Herstatt**

★★★★ B
 Bankhaus I. D. Herstatt, Köln G: St 1782
 u15%
 Kompl.: Bankier Iwan D. H., vielf. VdAR, stVd-
 AR u. AR

●●● **Hessen, Landgrafen und Prinzen von,
 Großherzöge von**

★★★★ ■ (zus. ü10000) ∞ Š
 Großgrundbesitzer

● **Heydt, von der**

★★★ B
 Peter von der Heydt Frh. v. Massenbach
 (adopt. '51 v. Gerda de Weerth geb. v. d. H.)
 pershGes Bankhaus Delbrück & Co, Köln

●● **Heye**

★ I
 AG d. Getresheimer Glashütte vorm.
 Ferd. Heye, Düsseldorf G: 1864
 U: 507 Mio; Besch: 8700 ü25%
 stVdAR: Fritz Heye

●● **Heyl zu Herrnsheim, Freiherren von**

★★★ ■ (ü1000) I
 Cornelius Heyl Bet. u. Vermögensverw. AG,
 Worms (nicht mehr in Fam.Bes.) G: 1834
 Heyl & Waeldin AG, Worms 85%
 U: ca. 50 Mio; Besch: 720
 Emil Waeldin Lederfabrik AG, Lahr x
 U: 20 Mio; Besch: 360
 Großgrundbesitz
 Marie-Elisab. Klee geb. Freiin H. zu H.: MdB
 CDU

Hilger, siehe Lueg-Erben

●●● Hirsch, Freiherren von, -Erben

★★★ ■ (ü1000) Š

Großgrundbesitzer (BY), Starnberger See
(Erben d. »Türken-Hirschs«, Erbauers
d. Bagdad-Bahn u. Goldmark-Milliardärs)
Ferdinand Frh. v. H. auf Planegg,
Beirat d. Bayer. Vereinsbank AG
Otto Frh. v. Feury (Mutter: geb. Fr. v. H.)
Präs. d. bayer. Bauernverbands,
Beirat d. Bayer. Vereinsbank AG,
MdL (BY) CSU

●● Hoensbroech, Grafen von u. zu

★★★★ ■ (ü2200) ∞ Š

Großgrundbesitzer (NRW, BaWü u. BY)
Irmgard Grfn H. geb. v. Guillaume
siehe v. Guillaume

●●● Hoesch

★★ I

(alte, weitverzweigte Dürener Industriellenfamilie,
vergl. auch Schoeller, Pull)

Heinr. Arthur Hoesch, Feinpapierfabr.,

Kreuzau ü. Düren

G: 1830

Besch: 500

100%

Gebr. Hoesch, Feinpapierfabrik,

Kreuzau ü. Düren

Papierfabrik Schoeller & Hoesch,

G: 1880

Gernsbach/Murgtal

StK: 15 Mio; Besch: 1000

100%

Gizeh-Werk GmbH, Bergneustadt

U: 35 Mio; Besch: 440

95% Schoeller u. Hoesch

Hoesch Chemie GmbH, Düren

(100% Akzo-Konzern, Arnhem/Holl.)

Beirat-Vors.: Rudolf Hoesch, Inh. Jul. Hoesch,

Düren

Eberhard Hoesch & Söhne, Düren

(geschfGes: A. Hoesch-Vial)

+ Dürener Metallhandel GmbH

●●●● Hohenlohe, Fürsten zu

★★★★ ■ (ca. 15000) ∞ »Š« B

Großgrundbesitzer (BaWü, BY)

Handels- u. Gewerbebank Heilbronn AG

AR: Kraft Fürst zu H.-Oehringen u25%
∞ Katharina von Siemens
siehe auch Ratibor und Corvey

●●●● **Hohenzollern-Sigmaringen, Fürsten zu**

★★★★ ■ (ca. 18000) I ∞ \$
Großgrundbesitzer G: 1708
Fürstl. H'sches Hüttenwerk Glaucherthal/Burbach
u. Kunststoffwerk ZSM Laucherthal GmbH & Co
Besch: (je?) 2000 100%
weitere Bet.

●● **Hohner**

★ I
Matth. Hohner AG, Trossingen G: 1857
U: 68 Mio; Besch: 3100 100%

Holzhey, siehe Haindl

●● **Honsberg**

★★★ I
Gebr. Honsberg, Masch. Fabr. G: 1798
Remscheid (Besch: 600) 100%

●● **Honsel**

I
Honsel-Werke AG, Meschede G: 1908
Besch: 2500 100%
Export Metall Industrie, Bestwig
Besch: 200 100%

●● **Hornschuch**

I
Konrad Hornschuch AG, Urach G: 1896
U: 230 Mio; Besch: 4000 100% Fam. H. + Dimler

●● **Hurth**

I
Carl Hurth Masch. u. Fahrradfabr., München G: 1896
Besch: 2700 100%

●●●● **Huyssen**

★★★★ IK
Eine der 3 Gründerfamilien der Gutehoffnungshütte AV, Einzelheiten s. Haniel-Erben
Arnold H., VdVorst. Schloemann AG, Düsseldorf (100% GHH)

- **Josten**
 ★★ H
 Wilh. Josten Söhne, Neuß G: 1829
 U: 40 Mio; Besch: 300 100%
 Hermann J.:
 geschfGes: Schade & Füllgrabe
 (Werhahn-Konzern)
 siehe auch Werhahn
- **Jucho**
 I
 Dortmunder Brückenbau C. H. Jucho G: 1877
 U: 70 Mio; Besch: ü1800 100%
- **Kaess**
 ★★★ I
 Carl Kaess KG, Lederwerke, G: 1815
 Backnang 100%
 K: 4 Mio; Besch: 210
 Lederwerke Backnang Kaess & Co 100%
 K: 4 Mio; Besch: 340
 Mercedes-Schuhfabriken, Stuttg. 100%
 StK: 5 Mio;
 Medicus Schuhfabrik, Nürnberg 50%
 StK: 4 Mio; Besch: 1300
- weiter Beteiligungen
- **Kässbohrer**
 I
 Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke, Ulm G: 1893
 U: 232 Mio; Besch: 3800 100%
- **Kaiser**
 ★ I
 Uhrenfabr. Villingen J. Kaiser G: 1852
 Besch: 1100 100%
Bet.
- **Kaiser**
 I
 Gebr. Kaiser & Co, Neheim-Hüsten G: 1895
 Lichttechn. Spez. Fabr.
 U: 55 Mio; Besch: 900
 Kaiser Söhne, Neheim-Hüsten
 U: 7 Mio; Besch: 30

- **Kallen**
 - I
 - P. W. Kallen, Kleiderfabrik,
Mönchengladbach 100%
 - Besch: 650
 - Kamper & Weber, Neuß 100%
 - Besch: 165
 - Carl Hubertus K: Gutsbesitzer,
AR Rheinland Versicher., Neuß
siehe auch Werhahn

- **Kaltenbach**
 - Hans Kaltenbach Masch. Fabr., Lörrach G: 1886
 - U: 33 Mio; Besch: 300 fast 100%

- **Kampffmeyer**
 - IH
 - E. Kampffmeyer, Hamburg, G: 1883
 - Getreide-Import, Export, Großh. 100%
 - Kurt Kampffmeyer Mühlen
 - m. 6 Mühlenwerken im Bundesgebiet
 - Ver. Kunstmühlen Landshut-Rosenheim AG
 - Landshut
 - U: 70 Mio ü50%

- **Kampmann**
 - I
 - Raka-Werke, Kaiserslautern, G: 1895
 - Textil- u. Lederw.fabriken
 - U: 40 Mio; Besch: 1300 100%
 - zahlr. Tochterfirmen

- **Karcher**
 - ★ I
 - Karcher Schraubenwerke GmbH G: 1869
 - Besch: 850 ca. 50%
 - Saarl. Stahlwerk Dingler, Karcher & Cie G: 1876
 - U: 56 Mio; Besch: 1700 x

- **Kaselowsky**
 - I
 - E. Gundlach, Bielefeld
 - Großdruckerei x
 - Bielefelder Verlagsanstalt
 - U: 6,5 Mio; Besch: 65 100%
 - Bielefelder Spielkarten GmbH 100%
 - Rika-Werbung, Bielefeld 100%

Anm: Die Großdruckerei Gundlach war bereits vor 1913 Eigentum von Richard K. sen., der damals auf 3-4 Mio Goldmark Vermögen geschätzt wurde. Richard K. jun. wurde der Stiefvater von Rudolf August Oetker.

●● **Kauffmann**

★★ **IH**

Johannes Kauffmann oHG G: 1823
 Langenargen/Bodensee
 U: 50 Mio; Besch: 500 100%
 Mannheimer Bettfedernfabrik
 Kauffmann & Co KG 100%
 Alpenländ. Bettfedernfabrik, Bregenz 100%

● **Keilmann**

I
 Chem. Fabr. Badenia Phil. Keilmann G: 1880
 U: 20 Mio; Besch: 120 100%
 Chem. Fabr. Badenia H. Schubert KG, Nürnberg x

●● **Keller**

★ **I**

Siegwerk Farbenfabrik, Keller,
 Dr. Rung & Co, Siegburg G: 1845
 U: 100 Mio; Besch: 520 x
 Anm.: Hans Alfred K. ist Mitinh. J. W. Zanders,
 Berg. Gladbach
 siehe auch Zanders

●● **Kienzle**

★★ **I**

Kienzle Apparate GmbH, Villingen StG: 1822
 U: ca. 150 Mio; Besch: 4500 100%

Kiep, siehe Rath, vom (Erben)

Walther Leisler K., MdB CDU,
 AR: Deutsche Texaco AG
 Maschinenfabr. Grevenbroich

●● **Kind**

■ **I**

Otto Kind GmbH, Kotthausen G: 1901
 U: 51 Mio; Besch: 800 100%

● **Kisker**

I

A. W. Kisker, Bielefeld

Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld

U: 15 Mio; Besch: 320

Gesellsch. f. Leinenspinnerei, Bielef.

66%

Bielefelder Textilwerke GmbH

10%

● **Kleemann**

★ I

Kleemann's Vereinigte Fabriken, Stuttgart

G: 1848

100%

●● **Klein (Lengerich)**

★ I

Kleins Druck- und Verlagsanstalt

G: 1849

Lengerich

U: 9 Mio; Besch: 200

100%

Bischof und Klein Verpackungswerke

G: 1892

StK: 11 Mio; Besch: 1700

100%

●●● **Klein-Kühborth**

I

Klein, Schanzlin & Becker AG, Frankenthal/Pf.

G: 1871

U: 388 Mio; Besch: 8300

x

Klein-Pumpen GmbH, Frankenthal

x

StK: 15,1 Mio

Ehrhardt & Sehmer Masch. Fabr., Saarbrücken

K: 6,8 Mio; Besch: ca. 800

x

zahlr. weitere In- u. Ausl.-Bet.

●● **Klett**

Ernst Klett, Stuttgart, Verlag u. Großdruckerei

G: 1844

Besch: 1300

100%

● **Klingspor**

I

C. Klingspor GmbH, Schleifmittelwerk,

G: 1893

Remscheid

U: 31 Mio; Besch: 420

Klöckner Erben, siehe Henle

●● **Klöpfer**

★ I

Klöpfer & Königer Sägewerke u.

G:

Holzhandel, München

100%

W. Döllken, Essen

U: 42 Mio; Besch: 850

100%

●● Knoll-Erben

I

Knoll AG Chem. Fabriken,
Ludwigshafen
StK: 33 Mio; Besch: 2000

G: St 1886

x

●●● Knorr-Erben

I

Knorr-Bremse KG, München
Gruppen-U: 581 Mio; Besch: ca. 8000
(Fam. Vielmetter, v. Bandemer)

G: 1905

x

● Koehler

★★★★ I

Papierfabr. Aug. Koehler AG,
U: 45 Mio; Besch: 750

G: 1751

100%

● Koenen

★★★ I

Jacob Koenen, Tuch- u. Kleiderfabrik, Euskirchen
U: 30 Mio; Besch: 700

G: 1808

100%

●● König

★ I

König-Brauerei KG, Duisburg
U: 115 Mio; Besch: 1100

G: 1858

100%

●● Königsegg-Aulendorf, Grafen zu

★★★★ ■ (ca. 3000) §

Großgrundbesitzer (BaWü)

● Koerver

I

Koerver & Lersch, Krefeld
Besch: 650

G: 1871

100%

Koerver & Nehring, Krefeld
U: 10 Mio; Besch: 250

G: 1914

Koolman, siehe ten Doornkaat-K.

Koolwyk, van, siehe Werhahn

●● Koppers

I

Heinr. Koppers GmbH, Essen
U: 120 Mio; Besch: 2600

G: 1901

100% Fam. K. u. Lönne

- **Kotz**
- ★★★★ I
Berg. Achsenfabr. Fr. Kotz & Söhne, Wiehl G: 1784
U: - KK 12,4 Mio; Besch: 2200 100%

- **Krantz**
- I
H. Krantz Masch. fabr., Aachen G: 1882
U: 115 Mio; Besch: 2000 100%

- **Kraut**
- ★ I
Bizerba-Werke Wilh. Kraut KG, G: 1866
Balingen
Besch: 3800 100%
Aluminiumgießerei Villingen 76%

- Krawehl, siehe Waldthausen-Erben**

- **Krebs**
- ★★★★ B
J. A. Krebs Bankhaus, Freiburg G: 1721
100%

- **Kremer**
- ★★★★ I
D. W. Kremer Sohn, Schiffswerft G: 1730
Elmshorn
U: 15 Mio; Besch: 500 100%

- **Kremers**
- ★ I
Gebr. Kremers, Neukirchen-Vluyn G: 1854
100%
Paradies-Steppdeckenfabrik, Hannover 100%
Ideal Steppdeckenfabrik, Winnenden 100%

- **Krumm**
- ★ I
Gold-Pfeil Ludw. Krumm AG, Offenbach G: 1856
U: 52 Mio; Besch: 700 x

- **Krupp-Erben**
- ★★★ ■ Ausland IK B Š
1. Wasag-Chemie AG, Essen
Gruppen-U: 185 Mio; Besch: 4800 60%

2. Jurid-Werke GmbH, Glinde (StK: 13,5 Mio) 51%
1-2 Bohlen Industrie AG, Essen
StK: 18,9 Mio; U: 3 Mio

je ca. 50%:

Harald von Bohlen und Halbach
Berthold von Bohlen und Halbach

3. Carl Chr. Gossenberg & Co, Essen
Bankhaus

33%: Arndt von Bohlen und Halbach

»Rente« (mind. 2 Mio DM) von Fried. Krupp:
Arndt von Bohlen und Halbach
dazu: Großgrundbesitz (Österreich ca. 17000)
Schloß Blühnbach; Kunstsammlungen

● **Kübler**

★★ I

Karl Kübler AG, Stuttgart G: St 1810
Hoch- u. Tiefbau
U: 47 Mio; Besch: 1000 95%

Kühborth, siehe Klein-(Kühborth)

Kühlmann-Stumm, v., siehe Stumm-Erben

●●●● **Kühne**

»D«

Kühne & Nagel Spedition AG, Bremen G: 1890
U: 1120 Mio. 85%

●● **Kühne**

★★★ Carl Kühne KG, Essigbrauerei,
Feinkost, Senf- u. Konservenfabr., Hamburg G: 1722
U: 150 Mio ('72); Besch: 2200 x

●●● **Kümpers**

I

F. A. Kümpers, Rheine (Textil) G: 1886
U: ca. 150 Mio; Besch: 9100 100%

●● **Kulenkampff**

★ H

Kulenkampff & Konitzky, Bremen
Import u. Großhdl. G: 1884
x

Werner K.: VdAR Nordd. Kreditbank, Bremen

Aktienges. Weser, Bremen
Unterweser Reederei AG
Johannes K: VR Dresdner Bank AG, Frankf.

●● **Kupferberg**

★ I

Chr. Ad. Kupferberg & Cie, Mainz
U: ca. 70 Mio; Besch: 300

G: 1850
100%

● **Kustermann**

★★★ H

Kustermann oHG, München
Eisenhandel
U: 25 Mio; Besch: 400

G: 1798
100%
100%

●● **Landmann**

I

Altonaer Wellpappenfabrik GmbH
U: 100 Mio; Besch: ca. 1000

G: 1902
51%

●●● **Landsberg - Velen und Gemen, Grafen von**

★★★★ ■ ca. 5000 ∞ \$

sowie Grafen und Freiherren v. Bottlenberg-
Landsberg
Großgrundbesitzer (NRW)

●●● **Langen, (von)**

I

Pfeifer & Langen, Köln
U: 450 Mio; Besch: 1000
siehe auch Pfeifer

G: 1870
100%
Fam. L. u. Pfeifer

●● **Leicht**

I

Rob. Leicht AG, Stuttgart
»Schwabenbräu«
U: 60 Mio

G: 1878
100%

●●● **Leiningen, Fürsten zu**

★★★★ ■ (ü3000 Martin: 5440) ∞ \$

Großgrundbesitzer (BY, BaWü, Rheinl.)

●●● **Leitz**

★ I

Ernst Leitz Opt. Werke, Wetzlar
U: ca. 140 Mio; Besch: 6500

G: 1849
ü90%

●● **Leitz**

I

Louis Leitz, Stuttgart
Ordner u. Org.registr.
F. Soennecken, Bonn

G: 1871
100%
50%

●● **Leyen, Fürsten von der,**

★★★★ ■ ca. 1000 ∞ Š
und zu Hohengeroldseck
Großgrundbesitzer (BY)

Liebrecht, siehe Boehring (Ingelheim)

Lindemann, siehe Grosspeter

●●● **Löwenstein-Wertheim, Fürsten zu**

★★★★ ■ (rd. 11000 vert. auf 2 Linien I ∞ Š
Großgrundbesitzer

Udo Fürst L.-W.-Freudenberg:

AR Held & Francke Bau AG, München

(U: 275 Mio; Besch: 4700)

ca. 20%

stVdA: A. Steinecker Masch. Fbr., Freising

(StK: 2,25 Mio; Besch: 340)

53%

Prinz Hubertus MdB CDU

●● **Lossau, von**

★ I

Bielefelder Webereien AG

U: 34 Mio; Besch: 1000

zahlr. Tochtergesellschaften

G: 1862

x

Lotzbeck, Freiherren von

★★ ■ (ü1600) ∞ Š

Großgrundbesitzer (BY)

Lucius v. Stuedten, Freiherren

siehe Stamm-Erben

●● **Lueg-Erben**

★ I

Fahrzeugwerke Lueg GmbH, Bochum;

K: 5 Mio; Besch: 1000

G: 1868

100%

Mitgl. d. Fam. L. gehören zum Kreis der Haniel-
und Jacobi-Erben u. zu den Aktionären d. GHH-
Konzerns, z. B.:

Konsul Dr. Franz Hilger (Mutter: geb. L.)

AR: Gutehoffnungshütte AV
1. stVdAR: Commerzbank AG
Beton- u. Monierbau AG
AR: Gerling-Konzern

● **Luther**

★ I

Luther-Werke, Braunschweig G: 1846
Besch: 750 100%
Wilh. Wache, Hamburg 100%
Feinmech. Werke, Mainz
U: 23 Mio; Besch: 600 40%

●● **Lynen**

I

Lynenwerk KG, Eschweiler G: 1886
U: 40 Mio; Besch: 430 100% s. auch Prym, v. Asten
und Schleicher

Fedor L. (Mutter geb. Prym):
AR: Farbwerke Hoechst AG;
Nobelpreisträger

●● **Mackprang**

HD

C. Mackprang jr., Hamburg G: 1878
Groß- & Außenhdl. 100%
Nordstern-Reederei 100%
Kornhaus Süderelbe 100%
Rethespeicher Hbg.-Wilhelmsbg 100%

●●●● **Maffei, von, -Erben**

★★★ ■ ü3000 I »B«

Großgrundbesitzer in und um München (BY; Ba Wu)
Hubert v. M., auf Hohenwettersbach/Wttg.

AR: Tegernsee-Bahn AG

Kraftverkehr Tegernsee GmbH

Herbert v. Malaisé (Mutter: geb. v. Maffei) auf Neuried

VdAR Held & Francke Bau AG, München

Ant. Steinecker Masch. Fabr., Freising

stVdAR: Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bk.

AR: Süd-Chemie AG, München

AGROB, München

Thuringia Versicherung, München

Heinz Noris (Mutter geb. v. M.):

Vorst: Held & Francke Bau AG

AR: AGROB

Frankonia Rück- u. Mitversichergs. AG

Bayer. Versichgs.bank
Beirat: Bankhaus Aug. Lenz & Co
Bayer. Hypoth. & Wechsel-Bank
Klöpfer & Königer, München
Bayer. Landesbodencreditanst.
usw.

Vizepräs. Dt. Ind. u. Handelstag
wichtigste Beteiligungen der vM.-Erben:

Held & Francke Bau AG, München

U: 275 Mio; Besch: 4700

ü50%

(HypoBk: ü25%)

Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bank

GrK: 176 Mio; Besch: 9700

»ca. 20%«

(zu den Beteiligungen der Hypobk. gehören die
größten Brauereikonzerne d. Bundesrepublik,
zahlr. weitere große Industrieunternehmen so-
wie Banken, z. B. Maffei & Co)

(25%)

AGROB AG, München

U: 102 Mio; Besch: 2400

Hypo: ü25%

Bankhaus Lenz & Co.: ü50%

Bankhaus Lenz & Co, München

Kommanditisten: (u. a.)

Dr. Herbert v. Malaisé

Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bk.

Uwe Scherping (∞ Gräfin Alexandra-Beatrix
Spreti)

Malaisé, von, siehe v. Maffei-Erben

●● Maldeghem, Grafen von

★★★★ ■ ca. 2000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (BY, Ba Wü)

Graf Karl Ludw. M. ∞'67 Huberta Edle v. Maffei

●●● Marcard, von

Marcard & Co, Bank, Hamburg

G: 1893

Marx, Ritter von, siehe Stumm-Erben

Ferdinand Ritter v. M.:

VdAR: Montanges. Saarl. Ind. GmbH

VdBeirat: Saarl. Idn. GmbH

stVdAR: Halberger Hütte

Neunkircher Eisenwerk

AR: Stumm AG

● Massenbach, Freiherren von

★★★★ ■ Š I

Großgrundbesitzer (Ba Wü)

Renate Freifr. v. M. geb. Kohlhammer: Ges:
 Union Druckerei GmbH, Stuttgart
 U: 12 Mio; Besch: 360 100% FamBes
 Karl Aug. Frh. v. u. zu M.:
 GeschF: Frh. v. M'sche Waldstiftung
 Massenbach ü. Heilbronn/Neckar
 Kommand: Georg Reutter KG, Sägewerk und
 Holzhandlung siehe auch Heydt, von der

●● Mast

I
 W. Mast KG Jägermeister Spirituosenfabr.
 Wolfenbüttel G: 1878
 U: 140 Mio; Besch: 360 100% Fam. M. und Findel

●● Matuschka-Greiffenclau, Grafen von

★★★ Š »W«
 Weingut Schloß Vollrads b. Winkel/Rhg. ca. 600 ha
 Richard Gf M.-G (Mutter: Freiin von Oppenheim)
 Ehrenpräsid. d. Dt. Weinbau-Verbands

●● Mauritz

★ I
 Dortmunder Actien-Brauerei, Dortmund G: 1868
 U: 128 Mio; Besch: 1300 m. Fam. Stade: 35%
 Erich M.: MitInh. Bankhaus v. d. Heydt,
 Kersten & Söhne, Wuppertal;
 AR: Dortm. Actien-Brauerei

●● Mayenburg, Heinsius von

I
 Leo-Werke GmbH, Frankfurt (fr. Dresden) G: 1907
 Kosmet.-pharmaz. Fabrik (»Chlorodont«) 100%
 Heinsius v. M. Verwaltungsges. mbH, Frankf.

●● Mayer

I
 Mayer & Cie Maschinenfabr., Tailfingen G: 1905
 U: 150 Mio; Besch: 1260 100%
 Maschinenfabrik Spaichingen GmbH 100%

● Mehler

★ I
 Val. Mehler AG, Fulda G: 1837
 »Valmeline«
 U: 176 Mio; Besch: 3600 9%

●● **Melcher**

★★ I

Weinbrennerei Dujardin & Co vorm. Gebr.

Melcher, Krefeld

U: 110 Mio; Besch: 400

G: 1810

100% Fam.

M. + Goebels

●● **Melchers**

★★ H

C. Melchers & Co, Import-Exp., Bremen

U: ü100 Mio

G: 1806

● **Mengersen, Freiherren von**

★★★★ ■ ca. 1000 I

Großgrundbesitzer (NRW)

Hermann Frh. v. M., Rittergut Helpensen

Vorst. Lippe-Weser Zucker AG

U: 49 Mio; Besch: 300

G: 1883

x

●●● **Merck**

★★ I

E. Merck, chem. pharm. Fabrik, Darmstadt

U: 525 Mio; Besch: 8300

G: 1827

Merckle

L. Merckle KG, chem. pharm. Fabr., Blaubeuren G: 1881

U: 15 Mio; Besch: 150

100%

Otto Stumpf AG, Nürnberg

U: 144 Mio; Besch: 1400

x

(Anm: AG hat zahlr. Tochter- und Bet. Gesellschaften. VdAR: Merckle)

Bet. an Portland-Zementwerke Heidelberg

Bet. an Württ. Leinenindustrie, Blaubeuren (G: 1560)

●● **Mertens**

★ I

Ver. Wollwarenfabriken, Hameln

U: 13 Mio.; Besch: 350

G: 1831

100%

Besmer Teppichfabr. Mertens KG, Hameln

K: 5 Mio; Besch: 900

100%

Curlan Teppichwerk, Hess. Oldendorf

Besch. 340

100%

●●● **Merveldt, Grafen von**

★★★★ ■ ca. 6600 ∞ \$

Großgrundbesitzer (NRW)

●●● **Messer**

I

Messer Griesheim GmbH, Frankfurt/M.

Autogengeräte u. -anlagen

U: 531 Mio; Besch: 6200

Messer Industrie GmbH, Königstein

Finanzierungsgesellschaft

G: 1898

33%

32%

●●● **Metternich-Winneburg, Fürsten von**

★★★★ »W« §

Weingutsbesitzer

●●● **Metzler, von**

★★★★

B. Metzler seel. Sohn & Co,

Bankhaus, Frankfurt/M.

G: 1674

zahlr. Bet. u. AR

x

●● **Meussdoerffer**

★ I

Malzfabrik Meussdoerffer & Co,

Kulmbach

Kulmbacher Mönchshof-Bräu

U: 18 Mio; Besch: 250

Wilh. M.: stVdAR in 4 Unternehmen der Kolbermoor-Textilgruppe;

stVdVR: Kolbermoor Union

Malzfabrik Mellrichstadt GmbH;

Beirat: Bayer. Vereinsbank AG

G: 1852

90%

●●● **Meyer**

★ I

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG

U: 5012 Mio; Besch: 28600

1. Gerhard Lukas M., AR: Stahlwerke Peine-Salzgitter AG;

Industr. u. Handels AG, Peine;

Stahlhof GmbH, Düsseldorf;

Dortm. Union-Brauerei;

Lehnkering AG, Duisburg;

Wilke-Werke AG, Braunschweig;

Wilke-Werke AG, Braunschweig

U: 34 Mio; 750 Besch.

Haupt-Akt. u. VdAR: Otto Günter Meyer

(Bruder v. 1)

ca. 7%

●●● **Michel, Freiherren von M.-
Raulino und von M.-Tüssling**

★★★ ■ (1200) I Š

Raulino-Treuhand u. Verw. AG, München	100%
Grundkap. 16 Mio;	
(Bet.: Fontainebleau Apartment Ltd, Toronto)	
Joh. Peter Raulino & Co, München	56,6%
Karl Freiherr v. M.-Tüssling, Schloß Tüssling	
Großgrundbesitzer (BY)	
VdAR Ver. Kunstmühlen-Landshut-Rosenheim AG	
U: 70 Mio	ü25%
Lilly geb. Freiin M.-Raulino ∞ Prof. Willy Messerschmidt, VdAR Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH	
U: 917 Mio; Besch: 20000	(21%)

●●● **Mittelsten Scheid**

★ I

Vorwerk & Co, Wuppertal	G: 1883
U: 501 Mio; Besch: 10000	100%
Aug. Mittelsten Scheid & Söhne	100%
Mech. Plüschfabr. Türk & Kneitz, Kulmbach	100%

Mohn, siehe Bertelsmann-Erben

● **Montglas, Grafen von**

★★★★ ■ u1000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (BY)
Wirtschaftsbeirat d. CSU
Vater (Frh. v. d. Heydte) MdL CSU

●●● **Monheim**

★ I

Leonard Monheim Trumpf-Schokoladefabr., Aachen	G: 1857
U: 390 Mio; Besch: 8000	100%

●● **Monforts**

I

Eisengießerei A. Monforts, M'gladbach	
Besch: 1800	G: 1884
div. Bet. u. Tochterges.	

● **Morat**

★ I

IMS Joh. Morat & Söhne, Eisenbach	G: 1863
-----------------------------------	---------

- Maschinenbau; K: 3 Mio 100%
 Franz Morat GmbH, Stuttgart G: 1863
 K: 10 Mio; Besch: 2500 10%
- **Moufang**
 I
 Papierfabrik Oberschmitt W. & J.
 Moufang AG, Nidda G: 1891
 U: 20 Mio; Besch: 350 100%
 Maria Soell, Papierverarb., Nidda
 Besch: 400 100%
 Heinr. Betz KG, Masch. u. App.bau, Ortenberg 13%
 siehe auch Deym, Grafen v.
- **Mouson**
 ★★ I
 J. G. Mouson & Co Das Haus mit der Postkutsche,
 Frankfurt G: 1798
 Besch: 700 100%
- **Moy de Sons, Grafen von**
 ★★★★★ ■ 2300 \$ I
 Großgrundbesitzer (BY)
 Gräfl. v. Moy'sches Hofbrauhaus, Freising G: 1160
- **Mühle-Eckart, Grafen von der**
 ★★★★★ ■ 3300 \$
 Großgrundbesitzer (BY)
- **Mülhens**
 ★★★ »■« ca. 10000 \$
 Eau de Cologne- & Parfümerie-Fabrik
 Glockengasse 4711 gegenüber der Pferdepost von
 Ferd. Mülhens, Köln G: 1792
 U: 440 Mio; Besch: 2500 100%
- **Münch**
 D
 Militzer & Münch, Hof G: 1880
 internat. Spedition 100%
 U: 102 Mio; Besch: 1000
- **Münchmeyer**
 ★ H »B«
 Münchmeyer & Co, Hamburg G: 1846
 Import, Export, Häute u. Felle 100%

Münchmeyer Export GmbH
Münchmeyer Import GmbH
Münchmeyer Häute und Felle GmbH
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co,
Bankhaus, Hamburg/Frankfurt
Alwin M.: Präs. Bundesverband Dt. Banken
zahlr. AR und VdAR

●● **Münster, Fürsten zu**

★★★★ ■ ca. 3000 \$ B
Großgrundbesitzer (NiSa)
Hermann Siegfried Gf. zu M., MitInh Bankhaus
C. G. Trinkaus, Düsseldorf

●●● **Nagel, Freiherren von**

★★★★ ■ ca. 5200 \$ B
Großgrundbesitzer (NRW)
Bet.: Bankhaus Delbrück & Co, Köln

●● **Neipperg, Grafen von**

★★★★ \$
Großgrundbesitzer (BaWü)
Josef Hubert Gf. v. N.:
VdAR: Obst- u. Gemüseverwertung Unterland,
Bad Friedrichshall;
AR: Südwestbank GmbH
Vors: Arbeitsgem. Dt. Grundbes.verbände

● **Neuerburg**

I
Zigarettenfabr. Haus Neuerburg, Köln G: 1908
U: 250 Mio; Besch: 1300 8%

●●● **Neven Du Mont**

★★ IZ
M. DuMont Schauberg, Verlag und Großdruckerei, Köln G: 1805
Besch: 2000 100%
Kölner Stadtanzeiger, Expresß;
Bet.: Abendzeitung, München;
Alfred NDM: VdAR Windrose DuMont-Time
Film- u. Fernsehprod., Hbg
U: 10 Mio 33%
Reinhold Neven D. M.: Inh. Kiepenheuer &
Witsch Verlag, Köln
wertv. städt. Grundbesitz

●●● **Nicolaus**

★ I

MD Papierfabriken Heint. Nicolaus GmbH, München	G: 1862
U: 235 Mio; Besch: 2900	100%
Letron GmbH & Co, Aschaffenburg	
U: 27 Mio; Besch: 300	50%
MD Papierveredelung GmbH, Kleinostheim	x

Noris, siehe v. Maffei-Erben

»●●●●« **Oetker**

»■« »IHDBK	
Dr. Aug Oetker, Bielefeld	G: 1891
Nährmittelfabrik	100%
Reese-Gesellschaft, Hameln	
ETO Nahrungsmittelfabriken	
V.E.H. Langnese, Bargteheide	
Söhnlein Rheingold KG, Wiesbaden	
Noris Weinbrennereien, Nürnberg	
Chem. Fabrik Budenheim,	
Hamburg-Südamerik. Dampfschiffahrtsges. u. a.	
Konzern-U: 1100 Mio; Besch: 23000	100%
Condor Allg. VersichergsAG, Hamburg	
Condor Lebensvers. AG, Hamburg	
Condor Transp. u. Rückvers. AG, Hamburg	
Konzern-U: 93 Mio; Besch: 240	100%
Oetker-Brauerei-Beteiligungen:	
Dortmunder Actien-Brauerei	
U: 128 Mio; Besch: 1300	36%
Dortmunder Hansa-Brauerei AG	
U: 72 Mio; Besch: 750	x
Berliner Kindl-Brauerei, Berlin	
U: 88 Mio; Besch: 1350	ü50%
Herkules Brauerei AG, Kassel	
U: 46 Mio; Besch: 330	u50%
Binding-Brauerei AG, Frankfurt	
U: 110 Mio; Besch: 1100	ü50%
Sinalco AG, Detmold usw.	x
Oetker-Bank- u. Versicherungsbet.:	
Deutscher Ring Lebensvers. AG,	
Deutscher Ring Sachversicherungs AG,	
Deutscher Ring Krankenvers.verein aG. alle	
Hamburg	Oetker: ü25%
Bankhaus Herm. Lampe, Bielefeld	ca. 90%
Bank f. Brau-Industrie, Frankf./M	ca. 90%
Dt. Überseeische Bank, Hambg	u3%

Commerzbank AG u5%
 In Familienbesitz sind außerdem:
 Schwartauer Werke, Bad Schwartau
 Marmeladenfabrik (Besch: 1200)
 Koch's Adlernähmaschinen Werke AG,
 Bielefeld (U: 60 Mio; Besch: 1650);
 Brenner's Park-Hotel, Baden-Baden;
 Alpen-Sanatorium, Bad Wiessee; eine kl. Bet. am
 Karstadt-Konzern sowie sehr umfangreicher u.
 wertv. Haus- und Grundbesitz.
 siehe auch Kaselowsky

●●●● **Oettingen, Fürsten zu**

★★★★ ■ ü6000 ∞ \$
 Großgrundbesitz (BY; BaWü)
 Beteiligung Bayer. Vereinsbank AG u15%
 AR: Carl Friedr. Fürst zu Oe.-Wallerstein

●●●● **Opel, von**

»■« IH
 Karstadt AG, Essen ca. 30%
 U: 4208 Mio; Besch: 56000
 Continental Gummiwerke AG, Hannover ca. 10%
 U: 1591 Mio; Besch: 28000
 Maschinenfabr. Wiesbaden GmbH, 98%
 U: 52 Mio; Besch: 1000
 Collet & Engelhardt Masch.Fabr.,
 Offenbach; Besch: 900 86%
 Chio-Chips Hofgut Petersau 100%
 Ver. Kapselabriken Nackenheim
 U: 12 Mio; Besch: 600 100%
 Autohaus Georg v. Opel, Frankf.; G: 1911
 u. 9 weitere Automobilhandelsunternehmen 100%
 sehr ausgedehnter u. wertv. städt. und ländl. Groß-
 grundbesitz

●●● **Oldenburg, Großherzöge von**

★★★★ ■ ü15000 ∞ \$
 Großgrundbesitz (Sch.H.; NiSa)
 Glückauf-Bau AG, Dortmund
 U: 80 Mio; Besch: 1300 33%

●●●● **Oppenheim, Freiherren von**

★★★★ ■ »B«
 Bankhaus Sal. Oppenheim jr & Cie, Köln G: 1789
 sehr umfangr. Industrie- und Versicherungs (Colo-
 nia-Gruppe, Kölner Rückversicherungsges.) -Be-

teiligungen; ausged. u. sehr wertv. Großgrundbesitz.

●● **Ortenburg, Grafen zu**

★★★ ■ ü3000 \$
Großgrundbesitzer (BY)

O'swald-Erben, s. Wittthoefft

●●● **Oswald, von**

H
Carl Spacter & Wilh. v. Oswald GmbH, Düsseldorf
G: 1907
U: 1115 Mio; 25% vO.
Anm: Dr. Egbert v. O., Schwiegersohn des
3. Fürsten v. Bismarck

●● **Otto**

I
Dr. C. Otto & Co, Bochum, G: 1872
Koksofenbau
U: 150 Mio; Besch: 3100 100%

●● **Otto**

★★★ ■ ü1600 I
Heinr. Otto, Spinnerei u. Weberei,
Reichenbach (Fils) G: 1815
U: 43 Mio; Besch: 600 100%
Fils-Textil GmbH
U: 28 Mio; Besch: 420 100%
Alb-Textil GmbH
U: 15 Mio; Besch: 200 100%
Haflinger-Gestüt
Großgrundbesitz

●● **Passavant**

I
Passavant-Werke Michelbacher Hütte,
Aarbergen G: 1884
U: 110 Mio; Besch: 3000 100%
Schlosser & Co, Aarbergen
U: 27 Mio; Besch: 250 100%

● **Peill**

★★★ I
Peill & Putzler Glashüttenwerke G: 1903
Düren

U: 30 Mio; Besch: 1100

x

Anm: Fam. P. steht in engen verwandtsch. Beziehungen zu Fam. Schoeller, Düren.

● **Peltzer**

★★★★ I

Peltzer-Werke, Stolberg/Rhl.,
Preß-, Zieh-, Stanz- u. Schweißwerk
Besch: 400

G: 1861
(1585)

●● **Pfaff**

★ I

G. M. Pfaff, Kaiserslautern
U: 308 Mio; Besch: 10000

G: 1862
77% Fam
P. + Stiftg

●● **Pfeifer**

I

Pfeifer & Langen, Zuckerfabriken, Köln
U: 450 Mio; Besch: 1000

G: 1870
100%
Fam P. + Langen

●● **Pferdmenges**

★ I B

Heinz P.: MitInh. A. Bresges, Rheydt
Besch: 500

VdAR Kabelwerk Rheydt AG

(U: 280 Mio; Besch: 2600)

sowie weitere zahlreiche AR-Mandate in Unternehmen der vOppenheim-Gruppe

Franz Bscher ∞ Ilse geb. P.:

stVdAR: Herm. Schött AG Rheydt

U: 20 Mio; Besch: 430

sowie zahlr. AR-Mandate bei Unternehmen der vOppenheim-Gruppe

Familien-Bet. am Bankhaus Sal. Oppenheim jr & Cie, Köln

H. Pferdmenges jr. & Co, Rheydt

G: 1856

●● **Philippi**

★★★ B

J. Magnus & Co., Bankhaus, Hamburg

G: 1813
100%

●● **Plange**

★ I

Georg Plange Weizenmühle, Hamburg

U: 62,2 Mio; Besch: 260

x

Georg Plange Weizenmühle, Düsseldorf G: 1905
 Besch: 500
 Georg Plange Futtermühle, Soest G: 1868
 Georg Plange KG? Soest
 StK: zus. 3,3 Mio x Jobst P.
 weitere Bet.

●● Pongs

★ I

Gummiwarenfabr. Pongs & Co, Aachen G: 1866
 Besch: 1850 Fam. Bes.

●●● Poschinger, Freiherren von

★★★★

■ ü12000 ∞ Š I B

Großgrundbesitzer (BY)

Erben d. Grafen Bray-Steinburg: vP.-Bray

Hippolyt Frh. v. P.-Frauenau:

Präs. d. bayer. Senats, CSU

1. Vors. Bayer. Waldbesitzer-Verband

Gutsbes. Frauenau (ca. 5000 ha)

Hippolyt Frh. v. P'sche Krystallglasfabrik,
 Frauenau

G: 1605

U: 6 Mio; Besch: 400

100%

Adalbert Frh. v. P.-Bray:

AR Bayer. Hypotheken- & Wechsel-Bank;

Bet.

AR Südd. Zucker AG, Mannheim

U: 612 Mio; Besch: 3600

x

Inh: P.-Bray'sche Schloßbrauerei, Irlbach

●●● Possehl-Erben

★ ■ HIBDK

L. Possehl & Co, Lübeck

G: 1847

StK: 50 Mio

100% P.-Stiftg.

L. Possehl Eisen & Stahl, Lübeck

U: 46 Mio; Besch: 450

100%

Possehls Erzkontor, Lübeck

100%

Possehls Grundstücksges., Lübeck

100%

Possehls Hafenbetrieb GmbH, Lübeck

U: 4,2 Mio

100%

Possehl Montanhandelsges., Lünen/W.

100%

Hüttenwerke Kayser AG, Lünen

U: 382 Mio; Besch: 770

97%

Possehl Chemie u. Isolierstoffe GmbH, Hamburg

100%

U: 40 Mio; Besch: 560

Possehl West GmbH, Gelsenkirchen

StK: 3 Mio

100%

Possehl Eisen u. Stahl GmbH, Mannheim

	StK: 6 Mio	100%
	Zahlreiche Bet.; umfangreicher städt.Haus- u. Grundbesitz.	
	Handelsbank in Lübeck	10%
	Lübeck-Linie AG	
	U: 25 Mio	99%
●● Preussen, Prinzen von		
★★★★	■ ∞ Š	
	Großgrundbesitzer	
	siehe auch Hohenzollern	
●● Preysing, Grafen von		
★★★★	■ ca. 3000 ∞ Š	
	Großgrundbesitzer (BY)	
●●● Prym		
★★★★	I	
	William Prym-Werke, Stolberg/Rhl.	G: 1580
	U: ü100 Mio; Besch: 3750	100%
●● Pückler und Limburg, Grafen		
★★★★	■ ∞ Š	
	Großgrundbesitzer (BY; BaWü)	
●● Quadt zu Wykradt u. Isny, Fürsten		
★★★★	■ ca. 1500 Š	
	Großgrundbesitzer (BY; BaWü)	
●●●● Quandt (Draeger-Erben)		
★	»IHK« B	
	Quandt-Gruppe (Elektro/Pharma/Textil/Maschi- nen)	
	U: 2300 Mio; Besch: 27900;	100%
	Daimler-Benz AG	
	U: 11049 Mio; Besch: 144000;	14%
	Bayer. Motorenwerke AG (BMW)	
	U: 1693 Mio; Besch: 23150;	ü70%
	Mauser-Werke, Oberndorf/Neckar + MZB	
	U: 245 Mio; Besch: 3000;	x
	Dürener Metallwerke Busch-Jaeger, Lüdenscheid	
	U: 220 Mio; Besch: 3000;	ü25%
	Milupa AG, Friedrichsdorf/Ts.	100%
	Bankhaus I. D. Herstatt, Köln	5%

●●● Randebrock

★ I

Dorstener Eisengießerei u. Maschinenfabrik,
Dorsten

U: 15 Mio; Besch: 400

ca. 50%

(Fam. hielt bis '70 – zus. m. Fam. Werhahn – ca.
85% des AK d. Wicküler-Brauerei-Gruppe,
einschl. »Löwenbräu«-Schachtel. Verkauf an
Bayr. Hypoth. & Wechsel-Bk; Übersiedlg. i. d.
Schweiz)

●●● **Rantzau, Grafen zu**

★★★★ ■ ca. 8000

Großgrundbesitzer (Sch.H.)

Carl Graf R.: Vorst. Dt. Bank AG

zahlr. VdAR u. sonstige Mandate

●●● **Ratibor und Corvey, Herzöge von**

★★★★ ■ ü1000 »Š«

Großgrundbesitzer

siehe auch Hohenlohe

●●● **Rath, vom, -Erben**

★★★★ ■

Die sehr reiche Kölner Fam. v. R. vermehrte ihr
Vermögen 1886, als Walter v. R. sich mit
Maximiliane Meister, T. d. Mitbegründers der
Farbwerke Hoechst vorm. Meister, Lucius &
Brüning, vermählte. Beider Tochter, Eugenie,
∞ 1910 Leisler Kiep, stVdAR Farbwerke
Hoechst. Näheres s. Kiep

Fam. v. R. ist verwandt mit fast allen Kölner
Familien von altem Reichtum.

Raulino, siehe Michel-R., Frh. v.

●● **Rautenstrauch, von**

★★★★ ■

Akt. u. stVdAR d. Agrippina-Versicherungs-
Gruppe, Köln wertv. Haus- u. Grundbesitz

●●● **Rechberg und Rothenlöwen, Grafen**

★★★★ ■ ca. 5000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (BY; BaWü)

●●● **Reuter**

★★ IK

Demag AG, Duisburg

U: 1613; Besch: 24000

G: 1819

ca. 15%

- **Reuther**
I
Bopp & Reuther GmbH, Mannheim G: 1872
U: 180 Mio; Besch: 3700 100% Fam. R. und Boehringer

- **Reventlow, Grafen von**
★★★★ ■ zus. 12700 ∞ \$
Großgrundbesitzer (Sch.H., NiSa)

- **Rheinbaben, Freiherren von**
★★★★ ■ 1700 \$ B
Großgrundbesitzer (NRW)
Hans-Kaspar Frh. v. R.:
Kompl. Bankh. J. H. Stein, Köln

- Ribbentrop, von**
Adolf v. R.: geschfGes Henkell & Co
(Mutter geb. Henkell) s. Henkell

- **Rickmers**
★ ID
Rickmers Reederei, Bremerhaven G: 1834
U: 65 Mio; Besch: 1000 100%
Rickmers-Linie
U: 30 Mio; Besch: 255 100%
Bet. an 2 Partnereidereien

- **Riedesel Frh. zu Eisenbach**
★★★★ ■ ca. 13000 I ∞ \$
Großgrundbesitzer (Hess)
Sämtliche R. Frh. z. E. Industriebetriebe
Lauterbach/Hessen
U: 25 Mio; Besch: 600
Waldgesellsch. d. Freiherren R. z. E., Lauterbach/
Hessen

- **Rieger**
I
Rud-Kettenfabrik Rieger & Dietz G: 1875
Unterkochen/Württ.
Besch: 1000 100%

- **Riemerschmid**
★ I
Ant. Riemerschmid Weinbrennerei, Likör- u.
Essigfabr., München G: 1835
Besch: 140 100%

●● **Rinn**

I

Rinn & Cloos, Zigarrenfabr., Heuchelheim/Hessen G: 1895

U: 40 Mio; Besch: 2750 100%

W. Rinn, Betonwaren, Heuchelheim

●●● **Rodenstock**

I

Opt. Werke G. Rodenstock, München G: 1877

Besch: 3900 100%

G. Rodenstock Instrumente GmbH, München

Besch: 125 100%

Prof. Rolf R:

VdAR Kodak AG, Stuttgart

Gerling-Global-Bank, Köln

AR: Münchener Rückversichg.

Bayerwerk AG

Dt. Spiegelglas AG

Industriekreditbank

Esso AG, Hamburg

Gerling-Konzern

VdVorst: Dt. Industrieinstitut

Präs: IHK München/Obb.

Vizepräs: BDI

●●●● **Röchling**

★★ »IHK« B

Röchling-Gruppe G: 1822

U: 1890; Besch: 36 300 100%

Gebr. Röchling Bank, Saarbrücken

Rheinmetall AG-Gruppe 78%

Gebr. Röchling Eisenhandelsges., Ludwigshafen 100%

Gebr. Röchling Kohlenhandelsges., Mannheim 100%

usw. 100%

●● **Roeckl**

★ I

Roeckl Leder- u. Handschuhfabrik, München G: 1839

U: ca. 8 Mio; Besch: 350 100%

Dr. Heinrich Franz R:

stVdAR der Textilunternehmen der

Kolbermoor-Gruppe

AR: Bayer. Vereinsbank

Paulaner-Salvator-Thomasbräu

Waitzingerbräu AG, Miesbach usw.

zahlr. Bet.

●●● **Roedern, Grafen von**

★★★★ I

durch 2 Ehen mit Stumm-Erbinnen am Stumm-Konzern wesentlich beteiligt;
Conrad Gf v. R. ∞'49 Dagmar Lübbert
(Dyckerhoff & Widmann-Konzern-Erbin)
Erdmuth Gfin v. R. ∞'37 Ulrich Doertenbach
(siehe Bengler)
Max-Erdmann Gf v. R. ∞'52 Gertrud v. Hindenburg und Beneckendorff

●● **Rotenhan, Freiherren von**

★★★★ ■ ü2000 ∞ \$

Großgrundbesitzer (BY)

● **Rumpf**

★★★★ I

Joh. Moritz Rumpf, Altena, Nadelfabrik
U: ü20 Mio; Besch: 600

G: vor 1756
100%

●● **Ruperti**

Hans.-H. R.:

★★ HB

Vorst. Vereinsbank in Hamburg
stVdAR: Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei
New York-Hamb. Gummi-WaarenCo
Conrad Scholz AG, Hamburg
AR: Dt. Ring-Lebensversicherungs-
Dt. Ring-Sachversicherungs-AG
Menck & Hambrock GmbH

●●●● **Sachs**

■ IK

Fichtel & Sachs AG, Schweinfurt
Sachs-Gruppe:
U: 748 Mio; Besch: 17000
Großgrundbesitz (BY)

G: 1895
100%

●●● **Sachsen-Coburg und Gotha, Herzöge von**

■ 8700 \$

Großgrundbesitzer (Hess)

●●● **Salm, Fürsten zu**

■ ∞ »\$« ü10000

Großgrundbesitzer (NRW)
(3 Linien)

- **Salmuth, Freiherren von**
 ★★★★★ IHK
 Gebr. Giuliani GmbH, Ludwigshafen G: 1823
 U: ca. 250 Mio; Besch: 2700 47%
 Bet: 4,4% Duisburger Kupferhütte
 (U: 470 Mio; Besch: 3000)
 Curt Frh. v. S.:
 VdAR und Ges. Röchling'sche Eisen- u. Stahl-
 werke
 »Vors. d. Ges. Ausschusses Industr. Verw.
 Röchling GmbH«
 AR: Rheinmetall GmbH Chr. Adt. Kupferberg
 & Cie Kernreaktor Finanziergs-GmbH, Frankf./M
 verwandt m. Röchling, Giuliani, Colman
- **Sandizell, Grafen von und zu**
 ★★★★★ ■ 1200 Š
 Großgrundbesitzer (BY)
- **Saurma-Jeltsch, Grafen u. Freih. v.**
 ★★★★★ IK B
 Elisabeth Frfr. v. S.-J. geb. v. Stumm
 siehe Stumm-Erben
 Arthur Gf v. S.-J.:
 GFpershGes Gebr. Röchling, Mannheim
 Ges. Ausschuß: Industr. Verw. Röchling zahlr.
 AR-Mandate
 A. Graf Saurma-J.: VdAR Graf Schaffgott'sche
 Josephinenhütte GenBev: Fürst Fürstenberg,
 Donaueschingen
- **Sayn und Wittgenstein, Fürsten zu**
 ★★★★★ »■« ca. 26000 ∞ Š I
 Großgrundbesitzer (NRW; NiSa)
 Fürstin Margarete zu S.-W.-Berleburg: Hann.
 Papierfabriken, Alfeld/L.
 U: 112 Mio; Besch: ü1000 ü50%
 Prinz Botho zu S.-W.-Hohenstein: MdB CDU
- **Schäfer**
 IK
 FAG-Kugelfischer Georg Schäfer & Co,
 Schweinfurt G: 1883
 U: 941 Mio; Besch: 25000 100%
 Dürkoppwerke AG, Bielefeld ü99%
 U: 171 Mio; Besch: 4900

G. u. J. Jaeger GmbH, Wuppertal
StK: 60 Mio; Besch: 3500

100%

●●● **Schaesberg-Tannheim, Grafen von**

★★★★ ■ 6600 Š

Großgrundbesitzer (BaWü; NRW)

●●● **Schaffgotsch, Grafen von**

★★★★ IK B

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen AG, München

einzel. Großakt.

Konzern-U: ca. 420 Mio;

Bankhaus Bass & Herz, Frankfurt

pershGes: Hans Ulrich Gf Sch.

HUTA-Hegerfeld AG, Essen

U: 225 Mio; Besch: 4000

x

Graf Schaffgotsch'sche Josephinenhütte, Schwäb.

Gmünd

U: 5 Mio; Besch: 300

24,8% Gotthard Gf.Sch.

●●● **Schaumburg-Lippe, Fürsten zu**

★★★★ ■ 5000 ∞ Š

Großgrundbesitzer

●●● **Schaurte**

IH

Bauer & Schaurte, Neuß

G: 1876

Besch: 2300

100%

Esbella SB-Großlager, Mutterstadt/Ludwigshafen

18,2%

● **Scheerer**

I

Aeskulap-Werke vorm. Jetter & Scheerer,

Tuttlingen

G: 1895

U: 45 Mio; Besch: 1400

ü25%

●● **Schenck zu Schweinsberg, Frh. v.**

★★★★ ■ 2600

Großgrundbesitzer (Hess)

Ruth Frfr. SzS geb. Grupp:

Ges: Wilh. Grupp Eisengießerei, Stuttg.

(U: 12 Mio; Besch: 320)

Kommand: Benkiser-Werk, Ludwigsburg

(Besch: 200)

Joh. Eberh. Frh. SzS:

pershGes: Benkiser-Werk KG, Ludwigsbg

Schenk, von, siehe Stumm-Erben

Kersten v. S.: GeschF Bayer. Pflugfabrik (Stumm-Konzern)

●●● **Schenk von Stauffenberg, Grafen von**

★★★★ ■ ü5000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (BaWü; BY)

Clemens Gf S. v. S:

zahlr. AR-Mandate innerh. d. Thyssen-Bornemisza-Gruppe

●● **Scheufelen**

★ I

Papierfabrik Scheufelen,
Oberlenningen/Württ.

G: 1855

U: ü100 Mio; Besch: 1600

100%

Klaus H. S.: stVorst Wirtschaftsrat der CDU

VdAR: C. Baresel AG, Stuttg.

●● **Schimmelmann af Lindenberg, Grafen von**

★★★★ ■ ü2000 Š

Großgrundbesitzer (Sch.H.)

Schinzinger, siehe Stumm-Erben

● **Schleicher**

★★★★ I

Stolberger Metallwerke KG v. Asten, Lynen &
Schleicher, Stolberg/Rhl.

Besch: 640

x

Matth. Lud. Schleicher Sohn, Stolberg

G: 1570

●●● **Schleswig-Holstein, Herzöge zu**

★★★★ ■ ca. 3500 ∞ Š

Großgrundbesitzer (Sch.H.)

Prinz Friedrich zu S.-H.:

VdAR Glücksburger Kurbetriebe GmbH

stVdAR Nordwestdt. Treuhand AG, Flensburg

AR Bäder-Touristik AG, Lübeck

VdBeirat: Bankhaus Martens & Weyhausen,
Bremen

Präs: Dt. Soldatenbund Kyffhäuser

●●● **Schlitz gen. v. Görtz, Grafen von**

★★★★ ■ ca. 11000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (Hess)

- (Rössing-) Schmalbach
I
Schmalbach-Lubeca-Werke AG, Braunschweig G: 1898
U: 760 Mio; Besch: 13000 u14%

- Schmidt
★★ B
Karl Schmidt Bankgeschäft, Hof G: 1828
(75 Niederl. in NO-Bayern) 100%

- Schmieder, von
★★ ■ 1 250 \$
Großgrundbesitzer (BY)

- Schmitz-Scholl
★ IHK
Wissoll-Schokoladenfabr., Mülheim/Ruhr G: 1867
Elisabeth geb. S.-S. ∞ Erivan Haub:
Tengelmann-Gruppe
U: 2100 Mio; Besch: 23000
Wissoll: 100%
Tengelmann: 100%
Kaiser's Kaffee: 75%

- Schoeller
★★★★ I
Gebr. Schoeller Anker-Teppich-Fabrik, Düren G: 1854
Felix Schoeller jr. Feinpapierfabrik
Besch: 1000
Schoeller Eitorf AG
U: 34 Mio; Besch: 720
Hugo Albert Schoeller Feinpapierfabrik, Düren G: 1710
Leopold Schoeller jr. & Cie, Düren
Baumwollspinnerei (Besch: 705)
Feinpapierfabrik Schoellershammer G: 1784
Heinr. Aug. Schoeller Söhne, Düren
Leopold Schoeller & Söhne, Dürener Feintuch-
fabrik G: 1799
Schoeller, Peill & Co, Zuckerfabrik, Düren G: 1869
Kurt Schoeller:
persHGes: Dürener Metalltuch Schoeller,
Hoesch & Co;
Hopp, Schoeller & Co, Düren, Metallwalzwerk;
Masch. Fabr. L. Ph. Hemmer, Aachen
AR: Hoesch AG, Dortmund
Werner Schoeller:
persHGes: Anker-Teppichfabrik Gebr. Schoeller,

Düren

Präs. Ausschuß: AR d. Gerling-Konzerns

Anm: Die Dürener Fam. Schoeller, die sich in mehrere Zweige gliedert, ist verwandt m. Fam. Peill, Hoesch usw. und teils am Hoesch-, teils am Gerling-Konzern beteiligt. Ein Zweig der Fam. betätigt sich in Wien (von Sch.) als Bankiers u. Industrielle.

●●● Schönborn-Wiesentheid, Grafen v.

★★★★ ■ 2700 »Š« W
Großgrundbesitzer (BY)

●● Schorlemer, Freiherren von

★★★★ ■ 1700 Š W
Großgrund- u. Weingutsbesitzer (NRW, RhPf)

Schrenck von Notzing, siehe Siegle

●● Schröder, Freiherren von

★★ B
pers.h.Ges. Bankhaus Schröder, Münchmeyer,
Hengst & Co, Hamburg/Frankfurt

●● Schubert, von, siehe auch Stumm-Erben

★ W
Andreas v. S.:
C. v. Schubertsche Gutsverwaltg, Grünhaus
AR: Saar Industrie Bank AG, Neunkirchen
Saarl. Industrieges., Brebach
Vors.: Verein Dillinger Aktionäre

●●● Schulenburg, Grafen von der

★★★★ ■ zus. ü7000 ∞ Š
Großgrundbesitzer (NiSa)
Joh. Heinr. Graf v. d. S: Gesellschafter
Friedrich-Carl-Hütte, Delligsen; G: 1735
U: 20 Mio; Besch: 550
Leopold Gf. v. d. S: Ges.
Saatzucht W. v. Borries-Eckendorf
stVdAR: Leipziger Hagelversicherungsges,
Hannover;
weitere Mandate

Schwarz, siehe Benecke

- **Schwenk**
 - ★ I
 - E. Schwenk Zement- u. Steinwerke, Ulm G: 1847
 - U: 200 Mio; Besch: 1600
 - Portland Zementwerke Heidelberg
 - U: 500 Mio; Besch: 3700 Bet./AR
- Schwer, siehe Brunner-Schwer**
- **Schwietzke**
 - J. G. Schwietzke Metallwerke, Düsseldorf G: 1870
 - U: 145 Mio; Besch: 800 100%
 - zahlr. Tochter- u. Bet.gesellsch.
- **Sedlmayr**
 - ★★ ■ 1
 - Gabriel Sedlmayr Spaten-Franziskanerbräu AG,
 - München
 - U: 56 Mio; x
 - ausged. städt. Haus- u. Grundbesitz
 - zahlr. Bet.
- **Seitz (Liegel-S.)**
 - I
 - Seitz Asbestwerke Theo & Geo Seitz, Bad
 - Kreuznach, G: 1887
 - 100%
 - Seitz-Automaten GmbH, Bad Kreuznach 100%
 - Seitz-Werke, Kreuznacher Masch.Fabr.
 - U: ca. 200 Mio; Besch: 3000 100%
- **Sels**
 - I
 - O. & L. Sels, Ölfabrik, Neuß G: 1890
 - StK: 3,5 Mio 100%
 - Dr. Franz S.: AR Friedr. Hahn GmbH, Neuß
 - U: 3,3 Mio
- **Semler**
 - Dr. Joh. S.: VdAR Argenta Intern. Anlageges.
 - mbH, München
 - stVdAR J. H. Benecke, Hannov.
 - Joh. S. jun: Vorst AEG-Telefunken
 - ∞ AR
- **Sieger**
 - ★★ I
 - Hch. Sieger GmbH, Köln/Zülpich G: 1814
 - StK: 17 Mio; Besch: 1000 50%

●●● Siegle-Erben

★ ■ ü3000 ∞ Š I

WMF Württembergische Metallwarenfabrik
Geislingen/Württ.

U: 257 Mio; Besch: 5900

x

Die S.-Erben heißen: Freiherren von Schrenck-
Notzing, Frh. v. Gemmingen-Hornberg (siehe
auch Röchling) und Frh. v. Tessin.

Großgrundbesitzer (BaWü; BY)

●● Sieglin

★ I

J. C. Eckardt AG, Stuttgart

U: 63 Mio; Besch: 2000

98%

Papierfabrik Baienfurt GmbH

U: 52 Mio; Besch: 650;

25%

Stuttgarter Hofbräu AG

U: 59 Mio; Besch: 500;

Bet/AR

sehr wertv. Haus- u. Grundbes.

●●●●● Siemens, von

★ »IK«

Siemens AG Berlin/München

G: 1847

U: 11760 Mio; Besch: 301000

x

Einzigiger Groß- u. Vorzugsakt: Fam. S.

VdAR: Peter v. S.

MdPräs. BDI

AR: J. M. Voith, Heidenheim

Mannesmann AG

Hapag-Lloyd

Farbenfabr. Bayer, Leverkusen

stVdAR: Ernst Albrecht v. S.

AR: Allianz-Versicherungs AG

Deutsche Bank AG

Klößner-Humboldt-Deutz AG

●● Sietas

★★★★ I

J. J. Sietas Schiffswerft, Hamburg

G: 1635

Besch: 1100

100%

Sieveking

Ölwerke Julius Schindler, Hamburg

U: 150 Mio; Besch: 1000

x

Dr. Kurt S., Bürgerm. a. D. CDU; ∞ AR

- Sigle**
 I
 Salamander AG, Kornwestheim G: 1891
 U: 485 Mio; Besch: 15000 ü50%
 weitere maßg. Bet.
- Sloman**
 ★★ BHD
 Sloman Bank KG, Hamburg-Düsseldorf-Mün-
 chen-Essen G: 1793
 x
- Snoek**
 ★★★★★ »H«
 Terfloth & Snoek, Münster G: St 1774
 U: 1002 Mio; Besch: 2600 76%
 Lebensmittelhandel
- Soden-Fraunhofen, Grafen von**
 ★★★★★ ■ ca. 1000 Š
 Großgrundbesitzer (BY)
- Söding**
 ★★★★★ I
 Edelstahlwerke J. C. Söding & Halbach, Hagen G: 1783
 Besch: 500 100%
 Edelstahlwerke Erkenzweig & Schwemann,
 Hagen G: 1870
 Besch: 400 100%
- Spaeter**
 »H«
 Carl Spaeter & Wilh. v. Oswald GmbH,
 Düsseldorf G: 1907
 U: 1115 Mio 75%
- Spee, Reichsgrafen von**
 ★★★★★ »■« ca. 8200 ∞ Š
 Großgrundbesitzer (NRW)
 zT in Großstadt u. Großstadtnähe
 Maximilian Rgf v. S.:
 Inh: Ratinger Papierfabrik Wilderich, Graf
 Spee, Ratingen
 U: 23 Mio; Besch: 300
 Ferdinand Rgf v. S.:
 VdAR Rh. Westf. Dauermilch-Gen. eGmbH;
 Vieh- u. Fleischzentrale, Münster

●●● Spohn

★ I

Gebr. Spohn, Jute-Spinn. u. Weberei, Neckarsulm G: 1847
Besch: 500 100%
Portland-Zementwerke Heidelberg AG G: 1889
U: 500 Mio; Besch: 3700 Bet.
Spohn & Burkhardt, Elektrotechn. Fabrik,
Blaubeuren
U: 12 Mio; Besch: 270 ca. 50%

●●● Sprengel

★ I

B. Sprengel & Co, Süßwarenfabrik, Hannover G: 1851
U: ca. 120 Mio; Besch: 2500 100%

●● Stahl

I

R. Stahl, Stuttgart G: 1876
Besch: 1200 x
R. Stahl Aufzüge GmbH
U: 100 Mio; Besch: 2400 ca. 50%

●● Steidinger

I

Dual Gebr. Steidinger Fabrik f. Feinmechanik u.
Elektrotechnik, Apparatebau, St. Georgen/
Schwarzw. G: 1897
StK: 15 Mio; Besch: 1850 100%

● Steiger

★ I

Steiger & Deschler GmbH, Ulm G: 1868
U: 52 Mio; Besch: 1200 100% S. u. Deschler

●● Stein, von

★★★ B

J. H. Stein, Bankhaus, Köln G: 1790
Joh. Heinr. v. S.: MitInh, ∞ AR FamBes

● Steinbeis, (von)

★ ■ ü3000

Steinbeis & Consorten, Brannenburg/Bay.
Mangfall Kraftwerk AG G: 1863
100%
Papierfabrik Bruckmühl 100%
Zweckform Werk, Oberlindern Bet.
Großgrundbesitz (BY)

●● Stoess

★

Chem. Werke Stoess & Co, Eberbach/Baden

StK: 4,6 Mio

G: 1888

100%

Dt. Gelatinefabriken, Eberbach

StK: 4,6 Mio

G: 1866

100%

●●● Stolberg, Fürsten u. Grafen zu

★★★★ ■ ü4000 ∞\$

Großgrundbesitzer (Hess)

Strachwitz von Gross-Zauche und Caminetz,

Grafen von

siehe Stumm-Erben

●●●● Stumm-Erben

★★★★ ■ »IHK« B

Stumm AG, Essen (Konzern-Holding)

U: 1300 Mio; Besch: 16000

Saar-Industriebank AG, Neunkirchen,

Mit Unterbeteiligungen erhöht sich der Konzern-U:

1580 Mio; Besch: 25100

Knut Frh. v. Kühlmann-Stumm (MdB)

auf Ramholz (ca. 2000 ha)

weitere Erben: Ulrike v. Kühlmann-Camrubi; v.

Stumm; Gräfin Nora Strachwitz; von Schenck;

Gfn. Hatzfeld-Dönhoff; Frh v. Bruemmer-

Glauenstein; Frh. v. Saurma-Jeltsch; Ursula

Gräfin Hatzfeld-Wildenburg; v. Lucius; Braun

v. Stumm; v. Heimbürg; Bredow, Schinzinger;

Bowen; v. Graevenitz; Hentschel v. Gilgenheim;

v. Arnim; v. Schubert; v. Goetz; v. Bülow-

Schwante sowie Grafen u. Gräfinnen von Roe-

dern.

G: 1715

ü80%

40%

●●● Talbot

★ I

Waggonfabrik Talbot, Aachen

Besch: 1200

Waggonfabrik Uerdingen AG

U: 98 Mio; Besch: 2000

G: 1838

100%

100%

●●● Terfloth

★★★★ »H«

Terfloth & Snoek, Münster, Lebensmittelhandel

U: 1002 Mio; Besch: 2650

G: St 1774

24%

Tessin, von, siehe Siegle-Erben

●● Thüngen, Freiherren von

★★★★ ■ ü1700 ∞ Š Z

Großgrundbesitzer (BY)

Marie Frfr. v. T. geb. Freiin v. Michel-Raulino:

GeschF J. M. Reindl, Bamberg (›Fränkischer Tag‹)

»●●●●« Thurn und Taxis, Fürsten von

★★★★ »■« ü34000 ü18 Š I»B«

Großgrundbesitzer

Fürst Thurn und Taxis Bank, München

»Bayer. Vereinsbank AG«

AR/Bet. ca. 10%

Bayer. Handelsbank

AR/Bet.

Münchener Hypothekenbk

AR/Bet.

Fürstl. Brauerei Thurn u. Taxis, Regensb

U: 37 Mio; Besch: 420

100%

Ziegelwerke Ludwigsburg

ü50%

Ziegelwerke Ergoldsbach

ü25%

Flachglas AG Delog-Detag, Fürth

U: 530 Mio; Besch: 11300;

AR/Bet.

mehrere eig. Goldverarbeitungsbetriebe in

Pforzheim

Erba AG f. Textilind., Erlangen

U: 230 Mio; Besch: 5000

ü10%

sehr umfangr. Auslandsbesitz

»●●●●« Thyssen-Erben

»IHK«

Aug. Thyssen-Hütte (ATH) AG

U: 10880 Mio; 98000 Besch

ü25%

Anita Gfin de Zichy-T.

Fam. Stift.: 11%

Mannesmann (U: 7363 Mio; Besch: 88000)

ATH: 33%

Blohm & Voss (U: 507 Mio; Besch: 7300)

ATH: 65%

Rasselstein (U: 391 Mio; Besch: 2700)

ATH 50%

usw.

andere Thyssen-Erben:

Thyssen'sche Handelsgesellschaft, Mülheim/

Ruhr

100% Fam. T.

Hamborner Bergbau AG, Duisburg

'68 U: ca. 170 Mio; Besch: 5000

x ü25%

zahlr. Bet.

Simonswerk Baubeschlagfabr., Rheda

U: 17 Mio; Besch: 400

82%

TN Telefonbau u. Normalzeit Lehner & Co,

Frankfurt/M.
 U: 317 Mio; Besch: 8800 FamT.: 35%
 Dr. Bodo T., München:
 Melder Werk GmbH, Gersthofen
 Sitzmöbel u. Tische,
 U: 7 Mio; Besch: 125; fast 100%
 Dr. B. Thyssen GmbH, München 100%
 Staun KG, Versicherungen x
 TKG Dr. Thyssen Klinikbau
 Privatklinik Dr. Thyssen, Prien
 Kommand: Sloman Bank, Hamburg
 Hans Heinrich Baron T.-Bornemisza:
 Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik,
 Bremen
 U: 280 Mio; Besch: 5 400 ü90%
 Thyssengas AG, Duisburg-Hamborn
 U: 164 Mio; Besch: 650 50%
 Niederrh. Gas- u. Wasserwerke, Duisburg
 U: 27 Mio; Besch: 350 100%
 Stahl- u. Röhrenwerk, Reisholz GmbH,
 Düsseldorf
 U: 395 Mio; Besch: 6200 50%
 sehr umfangr. Auslands-Bet.
 »berühmte Gemäldesammlung«

●● Thywissen

★ I

C. Thywissen, Ölfabrik, Neuß G: 1839
 100%
 Gebr. Thywissen, Lackfabrik, Neuß Fam. Bes.
 Erich T.: geschfGes
 Eternit GmbH, Neuß
 U: 43 Mio; Besch: 560 x
 Carl T: Vorst. BDA

●●●● Toerring-Jettenbach, Grafen zu

★★★★ ■ ü4000 I \$

Großgrundbesitzer (BY; BaWü)
 Uher-Werke, Tonbandgeräte, München
 U: 100 Mio; Besch: 1600 100%
 Brauhaus Jettenbach G: 1620
 Prod: 60000 hl 100%
 Graf zu Toerring'sche Mälzerei Seefeld 100%
 Brauhaus Hallertau, Pöörnbach

●● Trott zu Solz, von

★★★★ ■ ca. 2000 \$

Großgrundbesitzer (Hess)

●●● **Tucher, Freiherren von**
 ★★★★★ ■ ∞Š I
 Großgrundbesitzer (BY)
 Brau AG, Nürnberg (Tucher-Bräu)
 U: 53 Mio; Besch: 600
 Hans Christoph Frh. v. T. †:
 VdVorst Bayer. Vereinsbank AG
 GrAkt/AR/Vorst.
 zahlr. Bet.

●● **Twickel, Freiherren von**
 ★★★★★ ■ ü3600 ∞Š
 Großgrundbesitzer (NRW)

●●● **Underberg**
 ★ ■ I
 Underberg GmbH, Rheinsberg/Rhl
 U: ca. 200 Mio; Besch: 1000
 Großgrundbesitz (NRW; BY)
 Bet. Gerling-Konzern
 Bischoff-Werke KG, Recklinghausen
 Besch: 450
 G: 1846
 100%
 Fam. Gisela U: 40%

●● **Vaillant**
 I
 Joh. Vaillant KG, Remscheid
 K: 20 Mio; Besch: 2500
 G: 1874
 100%

Vielmetter, siehe Knorr-Erben

●●● **Vietinghoff**
 und Vittinghoff-Schell zu Schellenberg, Freiherren
 von
 ★★★★★ ■ ca. 3000 ∞Š
 Großgrundbesitzer (NRW)
 Felix Frh. v. V.-Sch. (MdB CDU)

●●●● **Voith**
 ★ »IK« »B«
 J. M. Voith, Heidenheim
 U: 491 Mio; Besch: 5100
 Voith-Getriebe KG, Heidenheim
 Besch: 2100
 Voith Turbo KG, Crailsheim
 U: 30 Mio
 Dt. Conti-Gas-Ges., Düsseldorf
 Konzern-U: 603 Mio; Besch: 12000
 G: 1867
 ü25%

Dt. Effekten- u. Wechsel-Bet. Ges. AG, Frankfurt/M. 49%
 Effectenbank-Warburg AG 50%
 WKV Warenkreditbk, Ffm. 25%
 Bankh. Friedr. Hengst & Co, Offenbach x

usw.

O. Dörries GmbH, Düren 100%
 Besch: ü1000 zahlr. weitere Bet.

● **Vopelius, von**

★ I

Flachglas AG Delog-Detag, Fürth AR/ca. 3%
 U: 530 Mio; Besch: 11300
 Heidi v. V., Ges:
 Dt. Stahllamelle Hünnebeck, Lintorf
 Besch: ü1000

● **Vorwerk**

★★ I

Vorwerk & Sohn, Textil- u. Gummiwerke Wuppertal G: 1827
 weitere Bet.

●●●● **Waldburg, Fürsten von**

★★★★ ■ zus. ü 14000 ∞ Š H I Z

Großgrundbesitzer (BaWü; BY)
 Fst Georg v. W. zu Zeil u. Trauchburg:
 Inh: Eisen-Fuchs GmbH, Stuttgart
 Allgäuer Zeitungsverlag, Kempten 40%
 Besch: 350
 Schwäb. Verlag KG, Leutkirch x
 Besch: 500
 weitere Bet; Kurbetriebe

●●● **Waldeck und Pyrmont, Fürsten zu**

★★★★ ■ ü14000 ∞ Š

Großgrundbesitzer (NRW; Hess.)

●●● **Waldthausen-Erben**

★★★★ ■ IBH

Waldthausen & Co., Essen, Niederlassung der
 Sloman Bank
 persh Ges: Karl-H. v. W.
 Wolfgang v. W.:
 pershGes: C. G. Trinkaus & Burkhardt, Essen;
 Rudolf v. W.: AR Bohlen Industrie AG, Essen;

Michael v. W.:

VdGeschL: Ver. Schraubenwerke, Ratingen
Vorst: Düsseldorfer Elsenhüttenges., Ratingen
Eisenwerk Fraulautern AG, Saarlouis;

Herbert W. (Bremer Zweig):

Präs.: Handelskammer Bremen
Inh: Lohmann & Co, Bremen
Wollhandel, Im- u. Export
U: ü100 Mio; Besch: 150
stVdAR: Bremer Woll-Kämmerei AG
U: 93 Mio; Besch: 2000
Dt. Dampfsch.fahrtsoges Hansa
U: 249 Mio; Besch: 2400
AR: Ibero-Amerika-Bank, Bremen
Rheinstahl AG, Essen

Ferry von Berghes (W.-Enkel):

AR: Dt. Texaco (Akt)
Mannesmann AG (Akt)
Albingia-Vers. AG (Akt)

Rolf Krawehl (Waldthausen-Enkel)

Inh. Rolf Krawehl Papiergroßhdl
Schneider & Co, Papiergroßhdl
M. Hopp & Co, Papiergroßhdl,
alle Dortmund;
Westfalendruck GmbH, Dortm.
Westfalenverlag, Dortmund;
Ardey-Verlag, Dortmund;
zahlr. weitere Bet.

siehe auch Funke

siehe auch Weizsäcker, Freiherren v.

●●● Warburg

★★★ »B«

M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co, Bank- G: 1798
haus, Hamburg x

Eric M. W.:

VR: Effectenbank-Warburg AG, Frankfurt/M.
sehr umfangr. Auslandsvermögen

●● Wegeler

★★★ I »W«

Deinhard & Co, Sektkellereien G: 1794
Koblenz;
StK: 9 Mio; Besch: 360; 66%
sehr umfangr. u. wertv. Weingüterbesitz

● **Weizsäcker, Freiherren von**

★★★ I B

Richard Frh. v. W. (Waldthausen-Enkel)

Vors: Grubenvorstand der Gewerkschaft Walter,
Essen

AR: Allianz-Lebensversicherungs-AG, Stuttgart;
MdB CDU

(persHG: Waldthausen & Co, Essen)

»●●●●« **Werhahn**

★ »■« »IHBK«

Wilh. Werhahn oHG, Neuß

G: 1838

Bankgeschäft (Konzernholding)

Gruppen-U: ca. 1600 Mio; Besch: ca. 10000

100%

Bet.: Commerzbank AG (AR)

Rhein. Westf. Elektrizitätswerk AG (RWE)

U: 3487 Mio; Besch: 17000;

ca. 10%

Hoesch AG, Dortmund

U: 6713 Mio; Besch: 53000;

ca. 10%

J. A. Henckels Zwillingswerk, Solingen

U: 30 Mio; Besch: 920;

GrAktx

sehr ausgedehnter u. wertv. Grundbesitz,

sehr ausgedehnte Braunkohlenfelder (NRW)

Werhahn-Erben heißen auch:

Baum, Nees, Josten, Sels, Straaten, van Kolwijk,
Heinemann, Adenauer, usw.

●● **Werner**

I

Werner & Pfeleiderer Maschinenfabrik, Stuttgart, G: 1879

U: 240 Mio; Besch: 3750

100% Fam. W. + Fahr

●●● **Westphalen zu Fürstenberg, Grafen von,**

★★★★ ■ ca. 13000 \$

Großgrundbesitzer (NRW)

Friedr. Carl Gf. v. W.:

stVdAR Meckl. Hagel- u. Feuervers.Ges,
Hannover

● **Wichelhaus**

★★★★ B

von der Heydt-Kersten & Söhne,

G: 1754

Bankhaus, Wuppertal

x

Gerhard W: persHG

●●● **Wied, Fürsten zu**

★★★★ ■ ca. 8000 ∞ \$ I
 Großgrundbesitzer
 Fürst Friedr. Wilh. zu W.:
 stVdAR u. GrAkt:
 AG f. Steinindustrie, Neuwied
 U: 8 Mio; Besch: 100
 VdAR u. GrAkt:
 Arn. Georg AG, Neuwied
 U: 32 Mio; Besch: 400

●● **Wiederhold**

★ I
 Herm. Wiederhold Lackfabriken, Hilden G: 1867
 U: 170 Mio; Besch: 3000 100%

●●● **Wieland (-Eychmüller)**

★★ I
 Wieland-Werke AG, Ulm G: 1820
 U: 530 Mio; Besch: 4800; 100%
 Metallwerke Schwarzwald GmbH, Villingen 100%
 siehe auch Eychmüller

● **Wilkens**

I
 Wilkens Bremer Silberwaren AG
 U: 40 Mio; Besch: 1000 ü80%
 zahlr. Bet.

●●● **Wirtz**

★ I
 Dalli-Werke Mäurer & Wirtz, Stolberg/Rh G: 1845
 U: ca. 120 Mio; Besch: 2000 100%
 Chemie Grüenthal GmbH
 K: 4,3 Mio; Besch: 1200 100%
 Knoll AG, Chem. Fabr., Ludwigsh. AR/Bet.
 Besch: 2000

●●● **Witthoefft**

★ H»B«
 W. & O. Bergmann KG, Düsseldorf
 U: 1300 Mio; Besch: 300 F. H. W.: 36,3%
 C. G. Trinkaus, Düsseldorf, Ges: Franz H. W.
 Arn. Otto Meyer, Import/Exp., Hamburg G: 1857
 MitInh: G. Witthoefft
 Spree-Metallhandel GmbH, Berlin Christa-M. W. 42%
 Wm. O'Swald & Co, Hamburg G: 1831
 MitInh: G. Witthoefft

- **Witzenmann**
- ★ I
Metallschlauchfabrik Pforzheim vorm.
Hch. Witzenmann GmbH G: 1854
U: 40 Mio; Besch: 700 100%

- **Woermann**
- ★ H G: 1837
C. Woermann, Hamburg
Westafrika-Handel
Bedeutendes Auslandsvermögen

- **Wolff-Erben (Wolff v. Amerongen)**
- »IHK« G: 1904
Otto Wolff AG, Köln 100%
U: 2882 Mio;
Rasselstein AG, Neuwied 37,5%
U: 287 Mio; Besch: 2800
Neunkircher Eisenwerk AG 37,5%
U: 614 Mio; Besch: 10400
Eisenwerk Weserhütte, Bad Oeynhausen 74%
U: 105 Mio; Besch: 2000
zahlr. weitere Beteiligungen, auch am Gerling-
Konzern
Otto W. v. Amerongen: Präs. DIHT, IHK Köln
Präs. Ost-Ausschuß d. Dt. Wirtschaft
VdAR: Gerling-Konzern usw.

- **Wolff Grafen Metternich zur Gracht**
- ★★★★ ■ ü6000 ∞ Š
Großgrundbesitzer (NRW)

- **Wrede, Fürsten von**
- ★★★ ■ ca. 2400 Š
Großgrundbesitzer (BY)

- **Württemberg, Herzöge von**
- ★★★★ ■ ca. 18000 ∞ Š
Großgrundbesitzer (BaWü)

- **Wuppermann**
- I G: 1872
Theod. Wuppermann GmbH, Leverkusen 100%
StK: 18 Mio; Besch: 2500

●●● **Ysenburg und Büdingen, Fürsten zu**
 ★★★★★ ■ ca. 10000 ∞ Š BI
 Großgrundbesitzer (Hess)
 Fst Otto Fr. zu Y. u. B., Inh:
 Wächtersbacher Keramik
 Möbelindustrie Neuenschmidten/W.
 Fürstl. Brauerei Schloß Wächtersbach
 Präs: Hess. Waldbesitzerverband
 VdAR: Südbank GmbH, Frankfurt (Bet.)
 Beirat: Dt. Bank AG, Frankfurt

●●● **Zanders**

★★ I
 J. W. Zanders, Feinpapiere, Berg Gladbach G: 1829
 U: ca. 200 Mio; Besch: 3600 100%

●● **Zanker**

I
 Herm. Zanker KG, Masch.- u. Metallwarenfabr.,
 Tübingen G: 1887
 U: ca. 150 Mio; Besch: 1800 100%

●● **Zapp**

★ H
 Robert Zapp KG, Düsseldorf, Stahlhandel G: um 1860
 100%
 Stahlwerk Ergste GmbH, Ergste/W
 K: 4 Mio; 100%
 Rob. Zapp Werke. u. Masch. Fabr., Stuttgart 100%

●●● **Zeppelin-Erben**

★★★★ ■ ∞ Š IK
 (Grafen v. Brandenstein-Z.)
 Zahnradfabrik Friedrichshafen AG
 U: 977 Mio; Besch: 18000 96% Fam.- u. Stiftgbes.
 Zeppelin-Metallwerke, Friedrichshafen
 U: 370 Mio; Besch: 2300 100% Fam.- u. Stiftgbes.
 weitere Bet.
 Großgrundbesitz (BaWü; Hess)

Zichy, Grafen de, siehe Thyssen

Fazit

Das ist das Gros der alten Geld- und Machtelite, wie es sich in der Bundesrepublik Deutschland, der westlichen Hälfte des geteilten Rest-Reiches Wilhelms II., bis in die Gegenwart hinein erhalten hat: rund fünfhundert Familien, davon knapp die Hälfte Grossgrundbesitzer, deren über die Jahrhunderte hinweg vererbte, fleissig vermehrte und an Wert ins Unermessliche gewachsene Lati-fundien insgesamt 755'000 Hektar (oder 7,55 Milliarden Quadratmeter) umfassen. Diese im Eigentum von genau 226 Familien alten Reichtums befindliche Bodenfläche ist etwa so gross wie die Bundesländer Hamburg, Bremen und Saarland sowie West-Berlin und alle sieben Landkreise des Regierungsbezirks Köln-Bergheim, Bonn-Land, Euskirchen, Köln-Land, Siegkreis, Oberbergischer Kreis und Rheinisch-Bergischer Kreis – zusammengenommen.

Die von rund 300 Familien aus unserem ABC des alten Reichtums ganz oder doch massgeblich beherrschten bundesdeutschen Industrie-, Handels- oder Dienstleistungsbetriebe – ohne die Banken und Versicherungen – erzielten im Jahre 1970 Umsätze, die sich zu der stolzen Summe von 176 Milliarden Mark addieren – das ist etwa das Anderthalbfache dessen, was der Bund jährlich an Haushaltsmitteln für seine sämtlichen Ausgaben – von der Beamtenbesoldung über die Subventionierung der Landwirtschaft und die Entwicklungshilfe bis hin zur Förderung des Wohnungsbaus, zum Unterhalt und Ausbau des Strassen- und Autobahnnetzes und zu den Verteidigungslasten – zur Verfügung hat.

Und schliesslich beschäftigen diese 300 in Industrie und Handel unternehmerisch tätigen Familien der alten Geld- und Machtelite in den von ihnen kontrollierten Betrieben ziemlich genau 2'975'000 Arbeiter und Angestellte. Nimmt man für jeden dieser Arbeitnehmer durchschnittlich 2,5 mitzuernährende Angehörige an, dann haben unsere 300 Unternehmersippen zusammen rund 7,5 Millionen von ihnen wirtschaftlich direkt Abhängige. Jeder einzelnen dieser Grossaktionärs- oder Fabrikantenfamilien stehen also durchschnittlich 25'000 Männer, Frauen und Kinder gegenüber, für die sie «die Chefs» sind.

Soweit die Statistik und die sich aus ihr ergebenden Fakten. Sie zeigen, in wie ausserordentlich starkem Masse sich Macht und

Reichtum einer längst vergangenen Epoche bis in die bundesdeutsche Gegenwart hinein erhalten haben, wobei es offenbleibt, wie diese Kontinuität zu werten und ob es gut ist, dass die grossen Vermögen des 19. Jahrhunderts und die aus ihnen resultierende Macht auf die Erben der dritten und vierten Generation nahezu intakt übergegangen sind, während die grosse Masse der Bevölkerung alle Ersparnisse der Grosseltern, dann die der Eltern und schliesslich auch noch die eigenen zunichte werden sah. Den allermeisten blieben nur ein paar wehmütige Erinnerungen: Etwa an die rotgestempelten Tausendmarkscheine, mühsam erarbeitete Rücklage eines Handwerkerlebens, die der Grossvater seufzend für die Krieganleihe gab; an die Goldfuchse, für die – je Zwanzigmarkstück kostbare 24 Stunden – 1915/16 einem Frontsoldaten ein kurzer Heimaturlaub erkaufte werden konnte; an das silberne Tafelbesteck, Symbol gutbürgerlichen Wohlstands, dahingegeben im Winter 1922/23 für ein paar Liter Milch, ein Dutzend Eier und zwei Kilo Speck, weil sonst die Kinder verhungert wären; an das unter jahrelangen Entbehrungen zusammengesparte Haus am Rande der Stadt, das eine Luftmine 1942 in Schutt verwandelte; an den alten Bauernhof jenseits der Oder, den man im Frühjahr 1945 Hals über Kopf verlassen musste, oder auch an das Eiserne Sparguthaben mit dem Ertrag von vielen tausend Überstunden, die ein erfahrener und fleissiger Facharbeiter geleistet hatte und wofür ihm 1948 ein knappes Zehntelchen «vergütet» wurde, denn – so sagte man ihm – «wir haben ja alle den Krieg verloren ... »

Einigen Wenigen aber blieb, trotz verlorener Kriege, Inflationen und Vertreibungen, ganz entschieden mehr, nämlich alles: Grossgrundbesitz und Warenlager, Kohlenfelder, Flöze und Halden, Maschinen und Patente, Kunstschatze und Auslandsguthaben, vor allem aber Ansprüche sowie die Macht und der Reichtum, sie auch durchzusetzen. Ihnen gehören heute, genau wie ihren Vorfahren vor hundert und mehr Jahren, nahezu zwei Drittel der Grossunternehmen der Bundesrepublik.

Die allermeisten Angehörigen der alten Geld- und Machtelite empfinden diesen Zustand als gottgegeben und gerecht, auf jeden Fall erhaltenswert. Geht es nicht allen gut, besser als je zuvor, fragen sie erstaunt, wenn man die permanente Vorzüglichkeit des Systems, das die Kontinuität ihres Reichtums und Einflusses gewahrt

hat und weiterhin bewahren soll, in Zweifel zu ziehen wagt. Und natürlich denken sie, wenn sie die Qualität dieses Systems preisen, an den hohen Lebensstandard, den stetig anwachsenden Konsum der breiten Masse, die zunehmend luxuriösere Ausstattung, auch der Arbeitnehmer- Haushalte, mit sogenannten «langlebigen Gebrauchsgütern», die steigende Motorisierung und die nach dem Motto «Haste was, dann biste was» betriebene Verwandlung des einstigen Industrieproletariats in ein zwar total verschuldetes, aber zu weiterer Verschuldung im Interesse des Konsums animiertes und diesem ganz hingeegebenes Kleinbürgertum.

Woran sie nicht denken, das sind beispielsweise die katastrophalen, gerade erst sichtbar werdenden Folgen einer seit 150 Jahren rücksichtslos betriebenen Vergiftung der Gewässer und der Luft im Interesse privaten Profits durch Abgase, Abfälle und Abwässer, deren ausserordentlich kostspielige Eindämmung nun «selbstverständlich» eine Gemeinschaftsaufgabe sein soll. Sie denken nicht daran, dass die Überkapazitäten, die sie schaffen, durch Kartellabsprachen und Weckung immer neuen Konsums zu erhalten trachten und dann durch Schliessung supermoderner und technisch perfekter Betriebe wieder beseitigen, nicht nur für die betroffenen Arbeiter und Angestellten, sondern auch für die Allgemeinheit ein Verlust sind – jedoch ein anderer als der, den sie von der Steuer absetzen, so wie sie die überflüssige Investition bereits dem Finanzamt, also wiederum der Allgemeinheit, aufgebürdet hatten. Das ist nichts anderes als Hasardspiel mit erschwindeltem Geld und Betrug der Arbeitnehmer, die im Vertrauen auf einen sicheren Arbeitsplatz ihre Kraft und ihr Können einsetzten und ihr Leben danach ausrichteten. Und sie denken auch nicht daran, dass der Boden, den wir zum Leben ebenso brauchen wie Wasser und Luft, weder vermehrbar ist noch eine zu Handel und Spekulation geeignete Ware. Unter dem bestehenden System werden die Bodenpreise zwangsläufig in so astronomische Höhen klettern, dass die für die Steuer festgelegten Einheitswerte dagegen wie karge Trinkgelder wirken. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben würden, und dies nicht nur für die Entwicklung der Mieten, mag sich jeder selbst ausmalen. Schon 1971 musste die Stadt München für ein unbedingt benötigtes Areal von 0,5 Quadratmeter Fläche, nicht grösser also als ein Handtuch, 37'000 DM aufbringen ...

Einige Angehörige der alten Geld- und Machtelite haben aus diesen und anderen bereits erkennbaren Mängeln des für sie bislang so erfreulichen Systems Konsequenzen gezogen. Vielleicht erinnerten sie sich noch an ein frühes Gedicht Erich Kästners, «Ansprache an Millionäre», wo es heisst:

Warum wollt ihr solange warten bis sie euren geschminkten Frauen und euch und den Marmorpuppen im Garten eins über den Schädel hauen?

... Wie lange wollt ihr euch weiter bereichern?

Wie lange wollt ihr aus Geld und Papieren Rollen und Bündel und Barren speichern? Ihr werdet alles verlieren ...

Ihre Schlussfolgerung war indessen eine gänzlich andere als die von Kästner einst geforderte, nämlich sich zu Reformen zu bequemen, ehe es dazu zu spät sein könnte. Sie setzten sich einfach ab, zumeist in die Schweiz, natürlich unter Mitnahme ihres gewaltigen Vermögens.

Dies mag für den Einzelnen eine Lösung sein, für die Gesellschaft als Ganze gewiss nicht. Zudem besteht wahrlich kein Grund zur Flucht, denn es ist an eine gewaltsame Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik gegenwärtig und auf absehbare Zeit überhaupt nicht zu denken; es fehlen dafür alle Voraussetzungen.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich die Angehörigen der alten Elite, von wenigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, mit aller Macht gegen Reformen sträuben, das heisst: die Zeit nicht dazu nutzen wollen, notwendige Veränderungen behutsam durchzuführen, sondern sich mit allen Kräften bemühen, ihre ererbten, zum Teil noch aus dem Zeitalter des Feudalismus stammenden Privilegien auch noch in das 21. Jahrhundert hinüberzuretten. Sie stemmen sich gegen eine Demokratisierung der Wirtschaft und haben der gewerkschaftlichen Forderung nach paritätischer Mitbestimmung nichts anderes entgegensetzen als den alten «Hier-bin-ich-Herr-im-Hause!»-Standpunkt. Eines ihrer Sprachrohre, der «Industriekurier», meinte gar, eine Demokratisierung der Betriebe sei so unsinnig wie eine Demokratisierung der Zuchthäuser und Kasernen (was zugleich einen Einblick in die Vorstellungswelt einiger Konzerngewaltiger gewährt und uns jenes Mass an Verachtung offenbart, das sie für just die Leute

haben, deren Fleiss und Können sie ihren Reichtum grösstenteils zu verdanken haben).

Politisch fördern sie beinahe geschlossen* jene Gruppen und Kräfte, die sich als Bewahrer des Überkommenen und Bewährten verstehen und anpreisen, ohne zu bedenken, dass sich die Voraussetzungen für die Bewährung, sollte es sie je gegeben haben, seit Langem geändert haben. Keine Experimente! – so lautet noch immer die Parole. Doch dahinter steht als Bremsfaktor nicht die begreifliche Sorge, dass fast ideale Verhältnisse durch leichtfertiges Handeln zum Schaden für die Allgemeinheit nachhaltig, womöglich irreparabel verschlechtert werden könnten, vielmehr der höchst egoistische Wunsch, die von den Altvordern auf die eine oder andere Weise einst ergatterten, jedes Sinns, falls er je vorhanden war, längst beraubten Vorrechte zu behalten und von dem angestammten, rechtmässig ererbten Platz an der Sonne auch nicht einen Fingerbreit zu weichen – mögen doch die anderen sehen, wo sie bleiben!

Die heiligste aller Kühe, die nicht geschlachtet, nicht gemolken, ja, nicht einmal zaghaft berührt, nur kräftig gefüttert werden darf, heisst: das Privateigentum. Und dabei macht man – vom Standpunkt der alten Elite aus: sehr begreiflicherweise – nicht den geringsten Unterschied zwischen dem, was sich der Einzelne aus eigener Kraft für sich und die Seinen geschaffen hat, und dem, was erst durch die Gemeinschaft, also durch den Fleiss und das Können aller, wertvoll geworden ist, also auch nicht den einen, auf Kosten aller anderen, reich machen dürfte. Eine Wiese vor der Stadt, vor dreissig Jahren billig aufgekauft, nicht um Vieh darauf zu weiden, sondern um Kriegsgewinne wertbeständig anzulegen, sollte doch, nachdem die Gegend zu Bauland geworden, zu Lasten der Allgemeinheit an das Verkehrs-, Strom-, Wasser- und Kanalisationsnetz angeschlossen und mit allen nötigen öffentlichen Einrichtungen versehen worden ist, nun nicht demjenigen, der sie parzelliert und zum Fünfhundertfachen ihres ursprünglichen Werts an Wohnungssuchende verkauft, neben diesem gewaltigen Gewinn auch noch Steuerfreiheit für solchen unverdienten Profit bringen. Doch just dergleichen betrachtet die alte Elite als beinahe selbstverständliches und unverzichtbares Vorrecht.

* Es gibt da löbliche Ausnahmen – etwa den bereits erwähnten Weinheimer Lederfabrikanten Richard Freudenberg oder die liberalen Kölner Neven DuMonts. Umgekehrt gibt es aber auch nicht wenige unter den Angehörigen der alten Geld- und Machtelite, die Gruppen weit rechts von der CDU/CSU fördern.

«Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Umfang der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in eine andere Form der Gemeinwirtschaft überführt werden ... Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig ... Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen ... »

Diese Sätze, so fürchterlich sie der alten Elite auch klingen mögen, entstammen keineswegs dem Programm einiger linksradikaler Utopisten. Sie sind vielmehr im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nachzulesen, und zwar unter den unabdingbaren Grundrechten, in Artikel 14 und 15, wo es auch heisst: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.»

Dieses Wohl der Allgemeinheit meint die alte Elite dadurch hinreichend zu wahren, dass sie an «dem Bewährten», nämlich an ihren Privilegien, nicht rütteln lässt; dass sie jede tiefergreifende Reform zu verhindern trachtet und bemüht ist, eine Gesellschaftsordnung, die uns innerhalb eines Menschenalters schon zweimal in ebenso entsetzliche wie vermeidbare Katastrophen geführt hat, auch noch über die letzten Dezennien dieses bewegten Jahrhunderts hinwegzuretten. *Après nous le déluge?*

Und so finden wir denn die Herren Nachfahren der einstigen Inhaber erblicher Sitze im preussischen Herrenhaus oder in der bayerischen Kammer der Reichsräte, die müden Erben der ersten Schlotbarone von Ruhr und Saar und die Urenkel jener altehrwürdigen, mit patriotischem Schmuggel von Kaffee und Baumwolle durch die napoleonische Kontinentalsperre steinreich gewordenen hanseatischen Kaufleute im trauten Verein mit hemdsärmeligen Newcomern, die sie heimlich als Parvenüs verachten, doch auf deren Kraft sie angewiesen sind. Gemeinsam mit diesen Milliardären noch relativ jungen Reichtums, mit den Herren Schickedanz und Horten, Flick und Diehl und Karg, hoffen sie, ihre ererbten Privilegien in die neue Geld- und Machtelite einzubringen, die seit dem Untergang des Kaiserreiches entstanden ist und deren Struktur und Mentalität der der alten so verteufelt ähnlich zu werden beginnt.

An uns, den mündigen Bürgern dieses Staates, liegt es, die Kontinuität zu brechen und die Forderungen unseres Grundgesetzes endlich zu verwirklichen.

Bibliographie

- Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus, Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt 1967
- Aretin, Erwein Frh. v.: Die Herkunft d. Freiherren v. Aretin, in: Familien-Gesch. Blätter, 1927
- Augstein, Rudolf: Preussens Friedrich und die Deutschen, Frankfurt 1968
- Berner, Ernst: Geschichte des Preussischen Staates, München/Berlin 1891
- Bismarck, Otto Fürst von: Gedanken und Erinnerungen, Bd. I-III, Stuttgart 1898-1921
- Bismarck, Otto Fürst von: Gesammelte Werke Bd. I-IV, Berlin 1922-27
- Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Studien zur Errichtung d. totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1962
- Buchheim, Hans (mit Martin Broszat, H.-A. Jacobsen, Helmut Krausnik): Anatomie des SS-Staates, Olten/Freiburg i. B. 1965
- Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten, 4 Bde., Berlin 1930
- Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1966
- Conze, Werner: Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik. Deutsche Geschichte 1890-1933, Tübingen/Stuttgart 1964
- Conze, Werner und Hans Raubach, (Hrsg.): Die Staats- u. Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929-33, Stuttgart 1968
- Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, SS-Oberstgruppenführer bis SS-Standartenführer, Stand vom 20. April 1942, Berlin 1942; SS-Oberststurmbannführer und SS-Sturmbannführer, Stand vom 1. Oktober 1944, Berlin 1944; SS-Oberstgruppenführer bis SS-Standartenführer, Stand vom 9. November 1944, Berlin 1944
- Engelmann, Bernt: Meine Freunde – die Millionäre, München 1963
- Engelmann, Bernt: Das eigene Nest, Ein Panorama bundesdeutscher Gegenwart, München 1965
- Engelmann, Bernt: Deutschland-Report, Berlin 1965
- Engelmann, Bernt: Die Macht am Rhein, Bd. 1 und 2, München 1968
- Engelmann, Bernt: Die vergoldeten Bräute, München 1971
- Engels, Friedrich: Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches, nachgelassenes Manuskript, abgedruckt in: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. II, S. 1051 f., Berlin (DDR) 1954
- Ernst, Fritz: Reichs- u. Landespolitik im Süden Deutschlands am Ende des Mittelalters, Histor. Vierteljahrsschrift XXX, 1935
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1964
- Gerlach, Helmuth von: Meine Erlebnisse in der preussischen Verwaltung, Berlin 1919
- Guttenberg, Karl Theodor Frh. zu, Fussnoten, Stuttgart 1971
- Häbich, Theodor: Deutsche Latifundien, Stuttgart 1947
- Handbuch der Grossunternehmen 1972, Bd. I-IV, Hoppenstedt & Co, Darmstadt 1971
- Handbuch für das Deutsche Reich 1936, herausgegeben v. Reichs- u. Preuss. Ministerium d. Innern, Berlin 1936
- Handbuch über den kgl. Preussischen Hof und Staat für das Jahr 1875, herausgeg. v. d. kgl. geh. Oberhofbuchdruckerei Berlin 1874, Handbuch über den kgl. Preussischen Hof und

- Staat für das Jahr 1913, Berlin 1912 Heilbronner, Robert L.: The Quest for Wealth, A Study of Acquisitive Man, New York 1956
- Heinig, Kurt: Die Finanzskandale des Kaiserreichs, Berlin 1925
- Henle, Günter: Weggenosse des Jahrhunderts, Stuttgart 1968
- Heuss, Theodor: Robert Bosch, Leben und Leistung, Tübingen 1946
- Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf, Hamburg/Frankfurt 1966
- Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern, Jahrgänge 1883-1913, München
- Hoffmann, Bernhard: Wilhelm von Finck, Lebensbild eines deutschen Bankiers, München 1953
- Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Kraft zu: Aufzeichnungen, 4Bde., Berlin 1897 bis 1906
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Franz-Josef Fürst zu (Hrsg.): Genealog. Handbücher des in Bayern immatrikulierten Adels, 1950-1970
- Hölstein, Friedrich von: Die geheimen Papiere, Bd. I-II, Göttingen 1956/57
- International. Militärgerichtshof, Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem, Nürnberg 1949
- Johann, Ernst (Hrsg.): Reden des Kaisers, Ansprachen, Predigten u. Trinksprüche Wilhelms II., München 1966
- Jonas, Klaus W.: Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt 1962
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat, Frankfurt 1946
- Küntzel, Ulrich: Die Finanzen grosser Männer, Düsseldorf 1964
- Lang, Karl Ritter von: Memoiren, 2 Bde. (Neudruck), 1881
- Lange, Hermann: Erinnerungen an den Sachsenwald, Halle 1909
- Liebig, Hans Frh. v. Die Politik v. Bethmann-Hollwegs, Eine Studie, als Manuskript gedruckt, o. J. (1915)
- Ludwig, Emil: Wilhelm II., Berlin 1925
- Mayer, Eberhard: Die rechtliche Behandlung der Empörer von 1525 im Herzogtum Württemberg, Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des sogenannten Deutschen Bauernkrieges, Tübingen 1957
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte 1919-1945, Frankfurt 1968
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. u. 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1968
- Martin, Rudolf: Jahrbuch (d. Vermögens und Einkommens) d. Millionäre
- in den 3 Hansestädten (Hamburg, Bremen, Lübeck);
 - in Württemberg, Baden, Hessen u. Elsass-Lothringen;
 - in Bayern;
 - in den Thüringischen Staaten;
 - in Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, beide Mecklenburg, beide Lippe und Waldeck;
 - in Berlin und Provinz Brandenburg;
 - in der Rheinprovinz;
 - in Schlesien;
 - in Hessen-Nassau;
 - in Westfalen;
 - in Hannover;
 - in Sachsen (Provinz);
 - in Ost- u. Westpreussen;
 - in Pommern;
 - in Posen;
 - in Schleswig-Holstein;
 - in Württemberg und Hohenzollern;
 - im Königreich Sachsen;

- im Königreich Preussen nebst Nachtrag;
alle Berlin 1911-1913
- Müller, Christian: Geschichte d. gräfl. Hauses Erbach, Neustadt 1955
- Nöll von der Nahmer, Robert: Bismarcks Reptilienfonds, Aus den Geheimakten Preussens und des Reiches, Mainz 1968
- Paczensky Gert von: Die Weissen kommen, Die wahre Geschichte des Kolonialismus, Hamburg 1970
- Papen, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse, München/Innsbruck 1952
- Pfalz, Liselotte von der: Briefe, ausgewählt v. Wilhelm Langewiesche, 1911
- Pölnitz, Götz Frh. v.: Die Fugger, Frankfurt 1960
- Pritzkoleit, Kurt: Die neuen Herren, München 1955
- Pritzkoleit, Kurt: Wem gehört Deutschland?, München 1957
- Pritzkoleit, Kurt: Männer, Mächte, Monopole, Düsseldorf 1960
- Pritzkoleit, Kurt: Auf einer Woge von Gold, München 1961
- Pritzkoleit, Kurt: Das kommandierte Wunder, München 1962
- Pritzkoleit, Kurt: Gott erhält die Mächtigen, Düsseldorf 1963
- Quidde, Ludwig: Caligula, Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn, Leipzig o. J. (1893)
- Rangliste der kgl. preuss. Armee und des XIII. (kgl. württ.) Armeekorps für 1907, Berlin 1907
- Rönne, L. v.: Das Staatsrecht der preussischen Monarchie, Bd. I-II, Leipzig 1872
- Saling-Aktienführer 1972, Hoppenstedt & Co, Darmstadt 1971
- Shirer, William L.: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln (1961)
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968
- Speer, Alfred: Erinnerungen, Frankfurt/Berlin 1969
- Stamper, Friedrich: Die 14 Jahre der Weimarer Republik, Offenbach 1947
- Stresemann, Gustav: Vermächtnis, Der Nachlass in 3 Bänden, herausgegeben von Henry Bernhard, Berlin 1932
- Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland, Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970
- Tirpitz, Alfred von: Erinnerungen, Leipzig 1919/20
- Tresckow, Hans von: Von Fürsten und anderen Sterblichen, Erinnerungen eines Kriminalkommissars, Berlin 1922
- Tucholsky, Kurt: Gesammelte Werke, 3 Bde., Hamburg 1960
- Vehse, Karl Eduard: Die Geschichte der deutschen Höfe seit der Reformation, 48 Bde., Hamburg 1851-58
- Vochezer, Joseph: Geschichte des fürstlichen Hauses Waldburg in Schwaben, 2 Bde., Kempten 1900
- Vochezer, Joseph: Georg III., Truchsess von Waldburg, genannt der Bauernjörg, Allg. Dt. Biographie, Bd. 40 1896
- Vogelsang, Thilo: Kurt v. Schleicher, Ein General als Politiker, Göttingen 1965
- Waas, Adolf: Die Bauern im Kampf um Gerechtigkeit, München 1964
- Waldersee, Alfred von: Denkwürdigkeiten Generalfeldmarschalls Alfred von W., Stuttgart 1922
- Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften, herausgegeben v. d. Bayer. Hypotheken- & Wechsel-Bank AG, München 1970
- Wer gehört zu wem? Mutter- u. Tochtergesellschaften von A-Z, herausgegeben von der Commerzbank AG, 1971
- Wolff, Wilhelm: Die schlesische Milliarde, Artikelreihe aus der Neuen Rheinischen Zeitung, März 1849, Neudruck Berlin (DDR) 1954

Württembergische ländliche Reichsquellen, herausgegeben im Auftrag der Württ.
Kommission für Landesgeschichte von Karl Wintterlin, 3 Bde., Stuttgart 1910-41
Zedlitz-Trützschler, Graf Robert von Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof, Stuttgart 1923
Zimmermann, Wilhelm: Allgemeine Geschichte des grossen Bauernkrieges, nach hand-
schriftl. u. gedruckten Quellen, 3 Bde., Stuttgart 1843

Register

- Achelis, Eduard Alfred 219
Achelis, Franz 219
Achelis, Fritz 249
Achelis, Johannes Christoph 219
Achelis, Justus sen. 219
Achelis, Justus Joh. 219
Adalbert, Prinz v. Bayern 43
Adalbert, Prinz v. Preussen 268
Adelmann zu Adelmansfeldcn, Grafen von 200, 208
Adelmansfelden, Lucy (geb. Cockerill) 200
Adenauer, Konrad 35, 43, 58, 93, 98, 424, 286-289
Adenauer, Libeth (verh. Werhahn) 230
Adlerflycht, Justinian von 203
Adlerflycht, Sophie von (verh. Cotta) 203
Agnelli, Claire Jeanne 202
Albrecht, Theo 239, 242
Alexander, Prinz v. Bayern 43
Alexander von Russland, Zar 492, 495
Amsinck, Ida (verh. Westphal) 2 44 f.
Amsinck, Maria (verh. Westphal) 245
Amsinck, Olga 245
Andreae, Marie (verh. Münchmeyer) 254
Andreae, Max Paul Rudolph 279
Arco-Valley, Grafen 59
Arco-Zinneberg, Gräfin v. 56
Arco-Zinneberg, Albert Graf von (Graf Fugger von Glött) 62
Arco-Zinneberg, Engelbert Graf v. 49, 59, 100
Arenberg, Herzöge von 90
Arenberg, Eleonore Prinzessin von 112
Arenberg, Engelbert IX. Herzog von 110f., 261 f.
Arenberg, Engelbert-August 8. Herzog von 4 42
Arenberg, Franz Ludwig Herzog von 26 t
Arenberg, Jean Prinz von 112
Arenberg, Johann Herzog von 114
Arenberg, Karl Prosper Prinz u. Herzog v. 260f.
Arenberg, Prosper Herzog von 111, 260 ff.
Arenberg, Robert-Prosper Prinz von ttz
Arenberg, Rosa Sophie Prinzessin u. Herzogin von (verh. von u. zu Guttenberg) 69, 112
Arenberg, Sophie Prinzessin ttz
Aretin, Adam Freiherr v. 46 f.
Aretin, Anton Baron von 48
Aretin, Christoph Baron von 47
Aretin, Elisabeth Freiin von (verh. v. Bissingen u. Nippenburg) 200
Aretin, Erwein Baron v. 48, tot, 14t
Aretin, Georg Baron von 46
Aretin, Heinrich Baron von 47
Aretin, Karl Baron von 47
Aretin, Ludwig Freiherr von 47
Arndt, Ernst Moritz 194
Arnhold, Eduard 91
August Georg, Markgraf von Baden-Baden 190
August-Wilhelm, Prinz von Preussen (Prinz «Auwi») 32, 138, 172, 268, 277
Auguste Viktoria, Königin v. Portugal (geb. Prinzessin v. Hohenzollern) 196
Baden, Markgrafen von 208
Baernreithcr, Josef 273 f.
Bahr, Egon 292, 294
Ballestrem, Grafen von 90, 99
Ballin, Albert 274
Bamberg, Charlotte (geb. Dierig) 110
Bareiss, Friedrich 208 f.
Bareiss, Julie (geb. Schachenmayr) 209
Bareiss, Marnie (verh. v. Stülpnagel) 209
Barzcl, Rainer 189
Basewitz-Behr, Georg Graf von 33
Batocki, von 148
Baur 241
Beauharnais, Stephanie de 193, 196
Bebel, August 85, 259, 261
Beck, Ludwig 172, 285 f.
Beitz, Berthold 117
Benecke, J. H. 233, 255, 248
Benger, Martha (verh. Doertenbach) 206
Benger, Max 206
Bentheim, Fürsten von 113, 199
Bentinck, Graf von 200
Berckheim, Philipp-Konstantin Graf von 200, 202
Bercnberg-Gossler, Heinrich Freiherr von 218
Brcnberg-Gossler, John von 215
Berenberg-Gossler, John jr. von 215
Berendsen, Fritz 123
Berghes, Ferry von 240
Berlepsch, Caroline von (verh. Gräfin von Ber-gen) 252
Berlichingen-Jagsthausen, Freiherr von 200
Bernhard, Markgraf von Baden-Baden 189
Bernhardi, Friedrich von 270
Bernsdorff, Fürst 113
Bernstein, Arthur 271 f.
Bethmann, Johann Philipp Freiherr von 126, 297 f.
Bethmann Hollweg, Theobald von 126, 256, 259, 272, 275
Beutler, Heinz 220
Bieberstein, Baron Marschall v. 49
Biermann 219
Bicsterfeld 241

- Birrenbach, Kurt 125
 Bismarck, Beatrix von (Beatrix v. Mengersen) 97
 Bismarck, Bernhard von 93
 Bismarck, Bill Graf von 96
 Bismarck, Elisabeth v. (geb. v. Faber-Castell) 96
 Bismarck, Ferdinand von 92
 Bismarck, Gocdela Gräfin v. (verh. Keyserling) 97
 Bismarck, Gottfried Graf v. 32, 97, 140, 278
 Bismarck, Herbert v. 52, 97
 Bismarck, Klaus von 99
 Bismarck, Marguerite von (geb. Gräfin Hoyos) 97
 Bismarck, Mari Ann Gräfin von (verh. v. Oswald) 240
 Bismarck, Marie von (verh. zu Rantzau) 97
 Bismarck, Mona Gräfin v. (geb. Strader) 97
 Bismarck, Nikolaus von 96
 Bismarck, Otto v., Fürst (Reichskanzler) 32, 49-53, 56, 88, 91 ff., 95 bis 99, 113, 128, 135, 240, 276, 292, 297
 Bismarck, Otto 3. Fürst von (Bundestagsabgeordneter) 140
 Bismarck, Philipp von 99
 Bismarck, Rule von 96
 Bissingen und Nippenburg, Cajetan Graf von 200
 Bissingen und Nippenburg, Franz-Xaver Graf von 200
 Bleichröder, Bankier 90, 95
 Blohm, Emmi (geb. Westphal) 214
 Blohm, Hermann 214
 Blohm, Rudolf 277
 Blomberg, Werner von 169
 Boch-Galhau, Luitwin von 115 f., 121, 168, 200, 248 f.
 Boch-Galhau, Octavie von (verh. v. Bissingen u. Nippenburg) 200
 Börners, Heinrich 219
 Börners, Heinrich F. E. 220
 Bohlen u. Halbach, Alfried von 117
 Bohlen u. Halbach, Arndt von 117 f., 264
 Bohlen u. Halbach, Bertha von (geb. Krupp) 115, 193
 Bohlen u. Halbach, Berthold von 118
 Bohlen u. Halbach, Harald von 118
 Bollmann, Johannes 213
 Bonaparte, Jerome 185
 Bonhoeffer, Dietrich 286
 Bosch, Robert 210 f., 236
 Bosch, Robert jr. 211
 Bouvier, Caroline Lee 104
 Brandenstein, Karl Alexander Graf 183 f.
 Brandes-Zaupern 151
 Brandt, Willy 209, 293 ff., 298
 Braun, Magnus Freiherr von 154, 168
 Braun, Otto 143
 Braun, Sigismund von 154
 Braun, Waldemar 279
 Braun, Wernher von 154
 Bray-Steinburg, Otto Graf von 56 f.
 Bredow, Major v. 86, 97
 Breitling, Wilhelm August von 188
 Brenninkmeyer 237, 242
 Brockdorff, Fürst 113, 277
 Brüning, Heinrich 35, 141, 144, 146 ff., 150 f., 154, 168
 Brünneck, Graf 150
 Brunn, Philipp 203
 Buckau 119
 Bühler, Baron 180 f.
 Bülow, Bernhard Fürst von 113, 257 ff., 269
 Bülow-Schwante, Vicco von 122 f., 139
 Bumiller 259
 Burchard, Heinrich 259
 Burchard, Heinrich (1852-1912) 215
 Burchard, Hermann 215
 Burchard, Marianne (geb. Gossler) 215
 Burchard, Wilhelm 214 f.
 Burda, Konsul 248
 Burgdorf 233
 Busch-Jaeger 235
 Camp, Joachim de la 279
 Camporeal, Fürsten von 257
 Capelle, Eduard von 274
 Caprivi 292
 Carl Eduard, Herzog von Sachsen-Coburg 32
 Carp, Carl-Eduard 116
 Casanova, Giacomo 176
 Castell-Castell, Albrecht Fürst zu 63, 252
 Castell-Castell, Friedrich Karl Fürst zu 63
 Castell-Rüdenhausen, Kasimir Fürst zu 63
 Castell-Rüdenhausen, Siegfried Fürst zu 63
 Caziadur, Aroutinoun (s. Freiherr v. Aretin) 37, 45 f., 200
 Christoph, Markgraf von Baden-Baden 189
 Christoph, Prinz v. Hessen 32
 Cockerill, Henri 200
 Cotta von Cottendorf, Berta Freiin 204
 Cotta von Cottendorf, Elsa Baronin 206
 Cotta von Cottendorf, Franz Freiherr 200, 204
 Cotta von Cottendorf, Friedrich Baron 204
 Cotta von Cottendorf, Georg Baron 203, 206
 Cotta von Cottendorf, Georg jr. (1869-1935) 204
 Cotta von Cottendorf, Johann Georg v. (1631 bis 1692) 203
 Cotta von Cottendorf, Johann Friedrich Baron von 203
 Cotta von Cottendorf, Johann Georg jr. (1796 bis 1863) 203
 Coutinho 241
 Crailsheim, Graf 49, 52 ff., 59
 Cramer-Klett, Freiherren von 73 f., 255
 Crasemann, Emilie (geb. Westphal) 215
 Crasemann, Hans 214 f.
 Croy, Fürst 113

- Croy, Maria-Rosa Prinzessin von (verb. Schaffgotsch) 101
- Cumberland, Ernst August Herzog v. 54
- Czernin, Gräfin 17
- Danckelmann, Eberhardt Freiherr von 21 ff., 25
- Danzer 235
- Degenfeld-Schonburg, Charlotte v. (geb. Gräfin Eckbrecht v. Dürckheim-Montmartin) 200
- Degenfeld-Schonburg, Christoph Graf von 200
- Delden, Gerrit van 113 f.
- Delden, Hendrik van 114 ff., 122, 247, 279
- Delden, Rembert van 114, 123
- Delp, Alfred 286
- Diehl 387
- Dierig, Christian 106 ff., 115 f., 247
- Dierig, Christian Gottfried 110
- Dierig, Friedrich 107
- Dierig, Gottfried 107, 122, 279
- Dierig, Hans Christian 110
- Dierig, Käte (verh. v. Zedlitz u. Leipe) 108
- Dierig, Wolfgang 107
- Diesel, Rudolf 74
- Dillenius, Karl (Graf Dillen) 185 f.
- Doertenbach, Georg Martin (1822-1891) 205 f.
- Doertenbach, Johann Georg 206
- Doertenbach, Paul (1833-1869) 206
- Doertenbach, Ulrich 206
- Donner, Johann Julius 214 f.
- Dott, Klara 62, 252
- Douglas, Carl Robert Graf von 196, 199, 2 j6
- Douglas, Louise (geb. v. Langenstein) 196
- Douglas-Langenstein, Madeleine Gräfin (verh. v. Malaise) 254
- Draeger 115
- Droste-Vischering, Fürst 113
- Dürckheim, Eckbrecht Graf von (Graf v. Dürckheim-Montmartin) 180
- Dürckheim-Montmartin, Eugenie Gräfin v. (geb. Haniel) 55, 202
- Duesterberg, Theodor 277
- Eberhard Ludwig, Herzog von Württemberg (1677-1733) 175
- Ebert, Friedrich 131, 145
- Eduard Fortunatus, Markgraf von Baden-Baden 190
- Eisner, Kurt 59
- Eitel Friedrich, Prinz v. Preussen 138, 268, 277
- Elbrächter, Alexander 123
- Eltz, Christiane Gräfin von u. zu (verh. von u. zu Guttenberg) 69 f.
- Eltz von Rübenach, Paul Freiherr 154, 169
- Ende, Baron von 193
- Erbach-Erbach, Eberhard Graf zu 28 f.
- Erbach-Erbach, Franz Graf zu 28
- Erbach-Erbach, Georg Graf 28
- Erbach-Erbach, Karl Graf v. 28
- Erbach-Erbach u. v. Wartenberg-Roth, Franz zu 32, 36
- Erbaeh-Erbach u. v. Wartenberg-Roth, Graf Franz August 30 f.
- Erbach-Erbach u. Wartenberg-Roth, Graf Georg 41
- Erbach-Erbach u. v. Wartenberg-Roth, Graf Georg Albrecht 30 f.
- Erbach-Fürstenau, Adalbert Graf zu 30
- Erbach-Fürstenau, Charlotte Polyxene Gräfin zu (geb. Gräfin Kolbe v. Wartenberg) 28
- Erbach-Fürstenau, Sophie Gräfin von 28
- Erffa, Burkhard Freiherr von 260
- Erhard, Ludwig 286
- Ernst, Erbprinz zur Lippe 32
- Ernst, Markgraf von Baden-Durlach 189
- Ernstberger, An ton 254
- Erzberger, Matthias 255, 257
- Essberger, John T. 279
- Eulenburg-Hertefeld, Philipp Graf zu 49, 52 ff., 262 f., 266 f.
- Eulenburg-Prassen, Graf v. 151
- Eulenburg-Wicken, Graf zu 150
- Faber, Wilhelm Freiherr von 63
- Faber-Castell, Roland Graf von 63
- Faber du Faur, Georg von 204
- Farina, Johann Maria 126
- Feder 164
- Federer, Georg Adolf 208, 210
- Feury, Otto Baron von 233, 294
- Feuss 219
- Finck, August v. 73, 75-81, 99, 189, 231 f., 235 f., 246, 248, 255, 280
- Finck, August von (geb. 1930) 80
- Finck, Elisabeth von (verh. Winterstein) 75
- Finck, Margarete von (verh. Baronin Stengel) 75, 81 f.
- Finck, Wilhelm Ritter von 73 f., 80
- Finck, Wilhelm Junior 74
- Fischer, Fritz 270, 273, 275
- Fitzner, Otto 109
- Flick, Friedrich Karl 236, 246, 248, 254, 301, 387
- Franco, General 43
- François-Poncet, André 141
- Frank, Hans 75
- Franz IL, Kaiser v. Österreich 182, 192
- Franz Ferdinand, Erzherzog v. Österreich 264
- Franz Joseph, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen 33, 113, 199, 208
- Freundenberg, Ernst 279
- Freundenberg, Richard 210, 231 f., 235, 279, 386
- Freyberg-Eisenberg, Freiherr von 200
- Frick, Wilhelm 75, 164 f., 169
- Friedländer-Fuld, Fritz von 90 f.
- Friedrich L, König, der «schiefe Fritz» 25 f., 51
- Friedrich I., Kurfürst v. d. Pfalz 62, 252
- Friedrich I., Herzog von Württemberg (1593 bis 1608) 174, 182 ff.

- Friedrich II., König v. Preussen 133 f.
 Friedrich II., Grossherzog von Baden 198
 Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg 21, 23, 134
 Friedrich III., Kaiser (Sohn v. Wilhelm I.) 135
 Friedrich-Christian, Prinz zu Schaumburg-Lippe 33
 Friedrich Franz, Erbgrossherzog v. Mecklenburg 33
 Friedrich Heinrich, Prinz v. Preussen 130
 Friedrich Leopold, Prinz v. Preussen 130, 268
 Friedrich Leopold, Prinz v. Preussen jr. 130, 268
 Friedrich Wilhelm, Prinz v. Preussen 268
 Friedrich Wilhelm I., «Soldatenkönig» 22, 25, 133
 Friedrich Wilhelm IV. 135
 Frowein, Harald sen. 239, 242
 Fürstenberg, Fürsten zu 90, 184, 193, 199, 208, 264 f.
 Fürstenberg, Joachim Erbprinz zu 202
 Fürstenberg, Karl Egon Fürst zu 33
 Fürstenberg, Max Egon II. Fürst zu 262 f.
 Fürstenberg-Herdringen, Fürst 113
 Fugger von Glött auf Kirchheim, Josef Ernst 60, 62, 190, 199, 207 f.
 Fugger von Glött auf Kirchheim, Karl Ernst Fürst 60
 Funke, Carl 240
 Funke, Fritz 240
 Funke, Jakob 239, 242, 248

 Gabriele, Prinzessin v. Bayern 67
 Galen, Ferdinand Graf von 113, 127, 141, 251
 Gayl, Wilhelm Freiherr von 150-154, 168, 277
 Gemmingen-Hornberg, Friedrich Baron von 205
 Gemmingen-Hornberg, Wolf Dieter Freiherr von 205
 Georg III., König von England u. Hannover 182
 Geyer 195
 Geyer von Geyersberg, Louise Baronin, Reichsgräfin von Hochberg 192
 Giesche, Georg von 108 f.
 Gildemeister 219
 Gilette, David 63
 Gilette, Paul Eugène 63
 Giulino, Giulini di 242
 Giulino, Chiara Donna Giulini di (verh. Röchling) 242
 Gobert 214
 Godeffroy 214, 257
 Godeffroy, Hildegard (verh. Sicveking) 216
 Goebbels, Joseph 75, 122, 126, 147, 155, 160, 162 f.
 Goerdeler, Karl 172, 282-286
 Göring, Hermann 76, 155 ff., 165, 169, 282
 Goethe, Johann Wolfgang von 203 Goetze 234 f.
 Goldschmidt, Bernhard 90, 279
 Goldschmidt-Rothschild, Maximilian Freiherr von 91
 Goltz, Rüdiger Graf v. der 33
 Gossler, Johann Heinrich 2i4f., 269
 Graevenitz, Graf von 175
 Graevenitz, Carl Friedrich von 189
 Graevenitz, Friedrich von 189
 Graevenitz, Marianne von (verh. v. Weizsäcker) 189
 Graevenitz, Wilhelmine von 175
 Groben, Wilhelm 230
 Groener, Wilhelm 144, 146 f., 149, 161, 282
 Groenesteyn, Egon Freiherr von Ritter zu 77
 Gromyko, Andrej 292
 Grote, Fürst 113
 Grundig 248
 Grynspan, Herschel 126
 Gürtner, Franz 154, 169
 Gumpenberg-Pöttmes-Oberbrennberg, Baron 59
 Gumpenberg-Pöttmes-Oberbrennberg, Maximiliane v. (verh. v. Holnstein) 47, 55, 81
 Guttenberg, Georg Enoch Freiherr von u. zu 69
 Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von u. zu 69, 72, 112, 292, 297
 Guttenberg, Maximilian Freiherr von u. zu 68
 Gwinner, Arthur von 274

 Hahn, Fürst von 113
 Hahn, Kurt 211
 Hallgarten, George W. F. 256
 Halske 104
 Hammerstein, Kurt von 167 f.
 Haniel, von 115 f., 141, 202, 232 f., 235 ff., 242, 248
 Haniel, Thusnelda 200
 Haniel-Haimhausen, Edgar von 121
 Haniel-Niethammer, Fritz von 123
 Hardenberg, Fürst 113
 Hassell, Ulrich von 172, 282-285
 Hatzfeld-Trachenberg, Fürst v. 256
 Haub, Erivan 241 f.
 Hauptmann, Gerhart 107
 Haynau, Julius Jakob Baron von 194
 Haynau, Ludwig Baron von 194 f.
 Haynau, Wilhelm Karl Baron von 195
 Hecker, Emil 278
 Hecker, Ewald 278 f.
 Heine, Heinrich 107
 Heinig, Kurt 161
 Heinrich, Prinz von Preussen 130, 268
 Helfferich, Emil 257, 278
 Helfferich, Karl 255 ff.
 Helldorff, Wolf Heinrich Graf v. 33, 284, 287
 Helms 245
 Henckel-Donnersmarck, Guido Fürst von 90, 99, 103, 256
 Henckel-Donnersmarck, Kraft Graf von 103

- Henckel-Donnersmarck, Sophie Gräfin von
(verh. Schaflogtsch) 100
- Hengst, Friedrich 127
- Henkel, Konrad 115, 210, 230, 232, 235 f.
- Henkell 165
- Henle, Benedikt 70
- Henle, Elkan 70
- Henle, Franz Anton Ritter von (Bischof v.
Regensburg) 41, 70
- Henle, Günter 70 ff., 115, 117, 121, 123 f., 210,
237, 242, 248
- Henle, Jörg A. 246
- Henle, Julius von 70
- Henle, Siegmund Ritter von 70
- Henle, Wilhelm Ritter von 70
- Herman auf Wain, Freiherr 200
- Herrhausen, Alfred 231
- Herstatt, Iwan-D. 125 f.
- Herding, Georg Graf von 62
- Herz 241
- Hess, Rudolf 163
- Hessen, Landgraf von 113
- Hessen-Hanau, Graf Wilhelm von 250 f.
- Heydte, Rudrich August Baron von der 58
- Heydte, Rudolf Konrad Baron von der 58
- Heyl zu Herrnsheim, Maximilian Freiherr von
125
- Heyl zu Herrnsheim, Wilhelm Freiherr von 125
Himmler, Heinrich 76, 163, 165, 278, 284
- Hindenburg, Gertrud von Beneckendorff und
(verh. v. Roedern) 169
- Hindenburg, Oskar von Beneckendorff und 141,
147, 149, 166-169
- Hindenburg, Paul von Beneckendorff und 131,
136, 142, 144 ff., 148 f., 151, 153-158, 161
f., 164 f., 167 ff., 207, 211, 273, 276
- Hinzpeter, Georg 268
- Hirsch zu Planegg, Moritz Baron von 254
- Hitler, Adolf 12 f., 20, 33, 35, 71, 75 f., 120 ff.,
126 f., 138-142, 145 ff., 149, 154-157, 160,
162-172, 189, 211, 276 ff., 280 f., 284 ff.
- Hochberg, Gräfin von (geb. Geyer) 195
- Hochberg, Max von 196
- Hoetzsch, Otto 274
- Hofer, Andreas 46
- Hoffmann, Bernhard 73 f.
- Hohenau, Graf 266
- Hohenheim, Franziska Gräfin von 180 f.
- Hohenlohe, Fürsten von 184, 199, 208
- Hohenlohe-Oehringen, August Fürst von 102
- Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Fürst zu,
Herzog v. Ujest 90, 102 ff., 256
- Hohenlohe-Oehringen, Hans Fürst zu 255
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu
18
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Marianne Prinzessin
zu 18
- Hohenthal, Adolf Graf von 252
- Höllenstein aus Bayern, Graf 54
- Holnstein, Karl Graf von Bayern 202
- Holnstein, Karoline Gräfin von 77
- Holnstein, Ludwig Graf v. 55 f.
- Holnstein, Max Graf v. «Rossobers» 51,53 ff.,
94, 202, 253
- Hornstein-Ochsenhausen, Freiherr von 200
- Horten 248, 387
- Huber, Oberamtman 174
- Hülsen-Haeseler, Dietrich Graf von 262f., 266f.
- Hugenberg, Alfred 120, 140, 147, 157, 163 f.,
166 f., 169, 277
- Hutten, Hans von 174
- Huyssen 235, 248
- Ingenheim, Sophie von (verh. Spreti) 54
- Inn- und Knyphausen, Fürsten von 113
- Isenburg u. Büdingen, Fürsten 113
- Itzenplitz, von 86
- Jacobi 235, 248
- Jagow, Gottlieb von 275
- Jahn, Friedrich 245
- Joachim, Prinz v. Preussen 268
- Joachim Albrecht, Prinz v. Preussen 268
- Joseph L., Kaiser 24, 108
- Josephine, Kaiserin 193
- Josias, Erbprinz zu Waldeck u. Pyrmont 32
- Jost, Erich 279
- Juric, Martha (verw. von Opel) 230
- Kaas, Prälat 157
- Kain 260
- Kalkreuth, Eberhard Graf von 161, 277
- Kapp, Wolfgang 283
- Karg 237, 242, 387
- Karl, Herzog von Baden-Durlach, Erbprinz 193
f., 196
- Karl, König von Württemberg 188
- Karl V., Kaiser 28
- Karl VI., Kaiser 108
- Karl VII., Kaiser 54
- Karl Alexander, Herzog v. Württ. (1733-1737)
175
- Karl Eugen, Herzog v. Württemberg 176-182
- Karl II. Eugen, Herzog v. Württ. 174
- Karl Friedrich, Markgraf von Baden-Durlach
191 ff., 195
- Karl Theodor von Bayern, Kurfürst 182
- Karl III. Wilhelm, Markgraf von Baden-Durlach
(1709-1738) 191
- Kaselowsky, Richard 118, 122, 278
- Kaspar Hauser 196
- Katharina IL, Zarin v. Russland 182
- Kautsky, Karl 211
- Kepler, Wilhelm 155, 163
- Kerrl, Hanns 75
- Keyserling, Hermann Graf 97
- Kiep, Walther Leisler 295 f.
- Kiesinger, Kurt-Georg 286, 294
- Klee, Elisabeth geb. Freiin Heyl zu Herrnsheim
126

- Klein, Jacob 279
 Kleist, General von 84
 Kley, Gisbert 123
 Klöckner, Florian 141
 Klöckner, Peter 71, 115, 121, 124, 141
 Knauf 235
 Knesebeck, von dem 86
 Köckritz, von 86
 Königsegg, Grafen von 208
 Königsegg-Aulendorf, Graf von 200
 Königsegg-Aulendorf, Paula Gräfin zu (verh.
 zu Fürstenberg) 202
 Kollwitz, Käthe 107
 Konstantin, Prinz v. Bayern 43
 Koschembahr, Helene von (verh. v. Richthofen)
 109
 Krähe, Max 280
 Kretschmann, Marianne von (verh. v. Weizsä-
 cker) 296
 Krupp, Friedrich Alfried von 120, 193
 Krupp von Bohlen u. Halbach, Alfried 117f.,
 122, 124, 140 f.
 Krupp von Bohlen u. Halbach, Gustav 115, 122,
 193, 278, 280, 282
 Kühlmann, Richard von 121, 139, 256
 Kühlmann-Stumm, Knut von 123, 140, 230, 256
 Kühne 245
 Küpper, Anne Liese 71
 Kulenkampff, Hans-Joachim («Kuli») 220
 Kulenkampff, Hans Ludwig 219 f.
 Kulenkampff, Johannes 220
 Kurland, Biron, Prinz von 90
 Kyra von Russland, Grossfürstin 282
- Landsberg-Velen, Graf von 113
 Lang, Karl (Ritter v. Lang) 14 ff.
 Langenstein, Katharina Gräfin von (Käthe
 Werner) 196, 199
 Langenstein, Ludwig Graf von 196
 Latscha 241
 Leber, Julius 285
 Ledebour 256
 Ledebur-Wicheln, Marie Gräfin von 202
 Leiningen, Fürst zu 193, 199
 Leisler, Jacob 296
 Lemmerz 234 f.
 Lennart, Prinz von Schweden (Graf Bernadotte v.
 Wisborg) 196
 Leopold, Grossherzog v. Baden-Durlach 196 ff.
 Leopold, Prinz v. Bayern 44 f.
 Leopold L., Kaiser 23
 Lerchenfeld auf Köfering u. Schönberg, Graf
 Hugo von u. zu 49, 53, 56
 Lerchenfeld auf Köfering, Johannes von u. zu 56
 Leuchsenring 192
 Leuschner, Wilhelm 185 f.
 Leutrum, von 180
 Leutwein, Gouverneur 260
- Leyen, Fürst zu 193
 Lichnowsky, Grafen von 90, 274
 Lichtenberg, Georg Christoph (1742-1799) 128
 Lippe, Prinz zur 277
 Liselotte v. d. Pfalz 26, 191
 Lobkowitz, Prinz 70
 Lobkowitz, Ludmilla Prinzessin von 69, 111
 Lobkowitz, Nikolaus 68
 Lode, Emma 108
 Löwenstein, Prinzessin 70
 Löwenstein, Fürsten von 199, 208, 253
 Löwenstein, Ludwig Graf von 252
 Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Alfred,
 Fürst zu 252 f.
 Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Ernst
 Fürst zu 62
 Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Hubertus
 Fürst zu 62
 Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Udo
 Ameland Fürst zu 62 f., 184, 253, 255
 Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Aloys
 Fürst zu 62
 Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Karl Fürst zu
 62
 Louis-Ferdinand, Prinz v. Preussen 172, 282
 Louise, Königin 134
 Ludendorff, Erich 121, 139 f.
 Ludwig, Erbgrossherzog v. Baden 195 ff.
 Ludwig, Herzog v. Bayern 44
 Ludwig L., König v. Bayern 17
 Ludwig II., König v. Bayern 50-58, 74, 77, 94,
 97, 202, 253, 262
 Ludwig, Emil 264
 Ludwig Georg, Markgraf von Baden (bis 1761)
 190
 Ludwig Wilhelm, Markgraf von Baden «Tür-
 kenlouis» 190
 Lübbecke, Erich 277
 Lüps, Werner 122, 279
 Luitpold, Prinz v. Bayern 51, 53 f.
 Lutz, Baron (bayer. Ministerpräs.) 51
 Luxemburg, Antonia Prinzessin von 69
 Lynar, Graf 266
- Maffei, Hugo Ritter u. Edler von 254
 Maffei, Laura von (verh. v. Malaisé) 254
 Maharero, Samuel 260
 Malaise, Christoph von 254
 Malaise, Ernst von 254
 Malaise, Eugen von 254
 Malaise, Ferdinand Ritter von 254
 Malaise, Gerhard E. von 279
 Malaise, Herbert von 254 f.
 Malaisé, Karl Ernst von 254
 Malaisé, Marianne (Maja) von 254
 Maldeghem, Graf von 200
 Malmesbury, Lord 134
 Maltzahn, Anna-Marie Baroness von (verh. v.
 Podbielski) 259
 Maltzahn, Helmuth Freiherr von 259

- Maltzahn, Ilse Baroness von (verh. v. Tippelskirch) 259
- Maria Theresia, Kaiserin 179
- Marie Adelheid, Prinzessin Reuss zur Lippe 33
- Marie-Louise (Frau von Napoleon I.) 202
- Martin, Rudolf 98, 300
- Matuschka-Greifffenclau, Richard Graf von 202
- Max, Prinz von Baden 198
- Max, Markgraf von Baden (1933-) 198
- Max Emanuel, Prinz v. Bayern 44
- Max II. Emanuel, Kurfürst v. Bayern 37
- Max III. Joseph, Kurfürst v. Bayern 45
- McCloy, John Jay 288
- Meissner, Otto 147 ff., 153, 165 f., 169, 276
- Meister, Maximiliane (verh. vom Rath) 296
- Meister, Wilhelm 296
- Melchers, Henning 219 f.
- Mendelssohn, Franz von 90 f.
- Mendelssohn-Bartholdy, Ernst von 91
- Merck, Karl 280
- Merkle, Hans L. 211, 246
- Merton, Richard 63
- Merveldt, Graf v. 113
- Metternich, Fürst zu, 187
- Metternich, Klementine von 102
- Metternich zur Gracht, Paul Wolff, Graf 263
- Metzler, von 241
- Mevissen, Gustav von 125
- Mevissen, Maria (verh. v. Stein) 125
- Meyer 219
- Meyer-Jagenberg 234 f.
- Michahelles, H. Alfred 214f.
- Michahelles, Hans 215
- Michahelles, Susanne (geb. Predöhl) 215
- Miller, Ferdinand Frhr. v. 254
- Miller, Renata von (verh. v. Malaisé) 254
- Mirabeau 181
- Mittnacht, Hermann Freiherr von 188
- Monckeberg, Eva (verh. Sieveking) 216
- Monckeberg, Johann Georg 214 ff.
- Moltke, Helmuth Graf von 269
- Moltke, Helmuth James Graf von 283 f., 286
- Moltke, Kuno Graf v. 266
- Montenuovo, Marie Prinzessin von (gest. 1954) 202
- Montez, Lola 17
- Montgelas, Emanuel Graf von 5 8
- Montgelas, Maximilian de Garcrin de la Thuille de 46 f.
- Montgelas, Rudolf Konrad Graf von (geb. Frhr. v. d. Heydte) 59, 293
- Montmartin, Friedrich Samuel Graf von 178 ff., 200
- Montmartin, Louise von (verh. v. Dürckheim) 180
- Moreau 183, 192
- Moser, Friedrich Karl von 180
- Moser, Johann Jakob 177 f.
- Mosse 90
- Müller, Hermann 153
- Müller-Wipperfürth 248
- Münchmeyer, Alwin 127, 214, 218, 239
- Münchmeyer, Therese (geb. v. Malaise) 254
- Münster, Graf v. 113
- Mumm v. Schwarzenstein, Bernd 126
- Murat, Joachim 111
- Mussolini 283
- Nagel, Gustav 258
- Napoleon I. 24, 38, 46, 111, 183 ff., 187, 192 f., 202
- Napoleon III. 50
- Neckermann 237, 242, 248
- Neipperg, Eleonore Gräfin von (verh. v. Matuschka-Greifffenclau) 202
- Neipperg, Josef Hubert Graf von 200, 202
- Neurath, Konstantin Freiherr v. 71, 153, 169
- Neven Du Mont 386
- Niehaus, Bernhard 279
- Nikolaus, Erbgrossherzog v. Oldenburg 32
- Nöll v. der Nähmet, Robert 50, 55
- Normann, Philipp Christian von 185
- Normann-Ehrnfels, Graf von 200
- Normann-Ehrenfels, Auguste Gräfin von 200
- Oelrichs 219
- Oestergaard, Heinz 66
- Oetker, Rudolf August 115, 118, 123 f., 236, M3, 246, 248, 254, 278
- Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein, Karl, 5. Fürst zu 18
- Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein, Karl Friedrich zu 17, 19 f.
- Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein, Kraft Ernst Judas Thaddäus Notger 13f.
- Oettingen-Spielberg, Graf v. 14, 59
- Oettingen-Wallerstein, Fürsten 199
- Oettingen-Wallerstein, Eugen zu 18 f.
- Oettingen-Wallerstein, Friedrich 17
- Oettingen-Wallerstein, Fürst Karl v. 36, 41
- Oettingen-Wallerstein, Fürst Ludwig Graf zu 16 f.
- Oettingen-Wallerstein, Wolfgang zu 20
- Oldenburg, Grossherzog von 113
- Oldenburg-Januschau, Elard von 83, 85, 145 f., 148, 150, 161
- Onassis, Aristoteles 104
- Opel, Graf von 230 ff., 235, 237, 242
- Oppenheim, Albert Freiherr von 202
- Oppenheim, Friedrich Karl Baron von 90, 108
- Oppenheimer, «Jud Süß» 175
- Oskar, Prinz von Preussen 138, 172, 268, 282
- Ostertag-Sicgl, Karl von 205
- Ostertag-Siegler, Margarete von (verh. v. Tessin) 205
- Ostertag-Sicgl, Regina von (verh. v. Tessin) 205
- O'Swald 214
- Oswald, Egbert v. 240, 242

- Otto, König von Bayern 5 3
 Otto (Otto-Versand) 239, 242
- Paczensky, Gert von 255
 Palm-Ehinger, Freiherr von 200
 Papan, Franz von 35, 71, 121, 127, 141 f., 149f.,
 153-158, 160, 162-169, 171, 200, 282
 Paul, Zar von Russland 182
 Pfaff, Karl 279
 Philipp, Prinz v. Hessen 32
 Phull, General 186
 Pius XII., Papst (Eugenio Pacelli) 141
 Platen-Hallermund, Fürst 113
 Pless, Fürsten 90,99
 Pless, Hans Heinrich XV., Fürst 262 f.
 Podbielski, Victor von 259, 269
 Podewils-Hohenmürringen, Freiherr von 200
 Poensgen, Ernst 277
 Popitz, Johannes 172, 282, 284, 286
 Poschinger v. Frauenau, Adalbert v. (Frhr. v.
 Poschinger-Bray) 57,255
 Poschinger v. Frauenau, Eduard Freiherr v. 57
 Poschinger von Frauenau, Hippolyt Baron von
 57 f.
 Possehl 242
 Predöhl, Bürgermeister 215
 Predöhl, Max 214 f.
 Preysing, Johann Georg v. 49
 Preysing, Konrad Kardinal v. 49
 Preysing, Maximilian Graf v. 52
 Preysing-Lichtenegg-Moos, Konrad Graf v. 49
 Preysing u. Lichtenegg, Graf Maximilian v. 48
 Pritzkoleit, Kurt 114, 141, 219
 Pückler-Burghauss, Carl von 33
 Pückler-Limburg, Graf von 200
 Putlitz, von 86
- Quadt-Isny, Graf 184
 Quandt, Emil 115
 Quandt, Günther 115 f., 122, 199, 234 ff., 279,
 293
 Quandt, Harald 116, 122
 Quandt, Herbert 116, 246
 Quast-Radensleben, von 161
 Quitzow, von 86
- Radziwill, Stanislaus Prinz 90, 99, 104
 Rantzau, Cai Graf zu 97
 Rantzau, Heinrich Graf zu 97
 Rantzau, Kuno Graf zu 52,97, 113, 138
 Rassow 219
 Rath, Ernst vom 126
 Rath, Eugenie vom 296
 Rath, Walther vom 126, 296
 Ratibor, Herzöge von 90
 Ratibor u. Corvey, Franz-Albrecht von 102
 Ratibor u. Corvey, Viktor von (1879-1945) 102
 Ratibor und Corvey, Viktor Amadeus 2. Herzog
 Herzog von, Prinz zu Hohenlohe-Schillings-
 fürst (1847-1923) 102
- Rechberg, Graf von 208
 Rechberg und Rothenlöwen, Graf von 200
 Reemtsma, Gertrud 245 ff.
 Reichenbach-Lessonitz, Emilie Gräfin von
 (geb. Ortlöpp) 252
 Reichenbach-Lessonitz, Pauline Gräfin von 253
 Reuter, Hans 230, 232
 Reuter, Wolfgang 230, 232, 235
 Reventlow, Ernst Fürst v. 33, 113
 Ribbentrop, Joachim v. 165, 168, 189
 Richard, Prinz v. Hessen 32
 Richthofen, Ulrich Freiherr von 109
 Rickers, Katharina (Gräfin v. Wartenberg)
 22 ff., 25 ff., 133
 Rickmers, Christa 220
 Rickmers, Claus 219 f.
 Rickmers, Peter 220
 Riedesel zu Eisenbach, Baron von 113
 Rieger, Philipp Friedrich 177 f.
 Ries 233, 235
 Riezler, Kurt 275
 Ritter, Rosa (Rosalie von Ritter-Lindenthal)
 194
 Robespierre 182
 Rochow, von 86
 Rodemachern 190
 Rodenstock, Alexander Christian 279
 Röchling, Alwine (verh. von Salmuth) 242
 Röchling, Eduard 242
 Röchling, Ellenruth (verh. v. Gemmingen) 205
 Röchling, Hermann 115, 121 f., 124, 205, 247,
 280
 Roedern, Alfred Baron von 206
 Roedern, Bolko Graf v. 122 f.
 Roedern, Erda Gräfin von (verh. Doertenbach)
 206 f.
 Roedern, Lucie Baronin von 206
 Roedern, Max-Erdmann Graf von 33, 123, 169,
 207, 280
 Röhm, Ernst 155, 164, 171
 Rothfos 241
 Rothschild, Baron Louis 76 f., 251
 Rothschild, Mayer Karl Baron von 90
 Rücker, Luise Victorine (verh. v. Bülow) 257
 Rupert, Ellen (verh. Sieveking) 214, 216
 Rupf, Hugo 209, 231
 Rupprecht, Kronprinz 69
- Sachs, Willy 236, 279
 Sachsen-Coburg u. Gotha, Herzog v. 113
 Salm-Horstmar, Prinz zu 277
 Salm-Reifferscheidt-Krautheim u. Dyck, Isa
 bella Altgräfin zu 102
 Salm-Salm, Fürst. 240
 Salm u. Sayn, Fürst v. 123
 Salmuth, Arthur Freiherr von 242
 Salmuth, Curt von 242

- Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Casimir Johannes Prinz zu 103
- Sayn-Wittgenstein-Hohnstein, Heinrich Fürst zu 97
- Schachcnmayr 209
- Schacht, Hjalmar 172, 277, 282, 286
- Schaesberg-Thannhausen, Graf v. 113, 184
- Schaesberg-Thannheim, Graf von 200
- Schaffgotsch, Grafen 90
- Schaffgotsch, Graf, genannt: Semperfrei von u. zu Kynast u. Greiffenstein 99, 115, 118, 124
- Schaffgotsch, Friedrich Graf (gest. 1947) 101
- Schaffgotsch, Gotthard Graf 101
- Schaffgotsch, Hans-Ulrich Graf (1831-1915) 99 f.
- Schaffgotsch, Hans-Ulrich Graf (1889-1943) 100
- Schaffgotsch, Hans Ulrich Graf (geb. 1927) 100
- Scharlach, Jochen 92, 218, 255
- Scheel, Walter 209, 298
- Schenk von Stauffenberg, Claus Graf v. 200, 208, 285 f.
- Schenk v. Stauffenberg, Delia Maria 20
- Schenk von Stauffenberg, Franz Ludwig Graf 69, 297
- Scheufelen, Klaus-H. 208 f.
- Schickedanz 237, 246, 387
- Schiller, Friedrich von 178, 203
- Schindler, Julius 216
- Schlabrendorff 195
- Schlange-Schöningen, Hans 146, 148 ff., 153 f.
- Schleicher, Kurt von 147, 154f., 157f., 160 bis 169, 171, 278
- Schlenker, Rudolf 246
- Schleswig-Holstein, Ernst Günther Herzog von 255
- Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Herzog von 113
- Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Prinzessin 81
- Schlitz genannt von Görtz 195
- Schmitz-Scholl, Elisabeth (verh. Haub) 241
- Schnitzler, Carl 125
- Schnitzler, Karl Eduard 126
- Scholl, Sophie 286
- Scholz 139
- Schomberg-Godulla, Johanna (verh. Schaffgotsch) 99
- Schott von Schottenstein, Baron 188
- Schrenck von Notzing, Albert Baron 205
- Schrenck von Notzing, Caspar Freiherr von 205
- Schröder, Carl von 126
- Schröder, Hans Rudolph Freiherr von 127
- Schröder, Kurt Freiherr von 126 f., 163, 168, 278
- Schröder, Manfred Freiherr von 127
- Schubart, Daniel 177 f., 181
- Schubert, Carl von 139
- Schubert, Conrad von 122, 239
- Schulenburg, Friedrich Graf v. der 33, 86, 113, 138 f.
- Schuler, Colette (geb. Voith) 208
- Schuschnigg, Kurt von 164
- Schwarz, David 233, 264
- Schwarzenstein, Mumm von 125
- Schwerin von Krosigk, Ludwig Graf 33, 154, 160, 169
- Seeckt, Hans von 277
- Seefried auf Buttenheim, Graf 59
- Seefried auf Buttenheim, Augusta Gräfin v. 43, 81
- Seldte, Franz 164, 166 f., 169, 277
- Semler, Johannes 215 f., 257
- Semler, Johannes jr. 216
- Semler, Margarete (verh. Westphal) 215
- Shirer, William L. 165, 170, 172, 283 f.
- Siegle, Dora von (verh. v. Gemmingen-Hornberg) 205
- Siegle, Gabriele von (verh. Schrenck v. Notzing) 205
- Siegle, Gustav von 204
- Siegle, Heinrich 204
- Siemens, Arnold von 104
- Siemens, Ernst von 105, 236, 246 f.
- Siemens, Hermann von 104 f.
- Siemens, Karl von 104
- Siemens, Katharina von (verh. Hohenlohe-Ochringen) 103 f.
- Siemens, Peter von 103, 105, 210
- Siemens, Werner von 104, 256
- Siemens, Wilhelm von 104, 115, 124
- Siemers 214
- Sieveking, Carl 216
- Sieveking, E. F. 215
- Sieveking, Friedrich 214, 2t6
- Sieveking, Johannes 216
- Sieveking, Kurt 216
- Sigismund, Prinz v. Preussen 268
- Sloman 214
- Snock, Egbert 240, 242
- Soden-Fraunhofen, Ekart Graf von 58
- Soden-Fraunhofen, Maria Immakulata, Gräfin von (verh. Poschinger v. Frauenau) 57
- Sohl, Hans-Günter 231
- Solms, Graf zu 113
- Spacter 240, 242
- Spec, Graf von 113
- Speer, Albert 189
- Speth von Schülzburg, Freiherr 200
- Spreti, Graf 54
- Springer, Axel Caesar 218, 245 f., 248
- Stadion und Toerring, Graf von 200
- Stauss, Emil von 277
- Steffen, Jochen 298
- Stein, Carl 125
- Stein, Dorothea (Doris) (verh. v. Heyl zu Herrnsheim) 125
- Stein, Heinrich v. 125
- Stein, Johann Heinrich von 125 ff.

- Stein, Karl Freiherr vom und zum 186 f., 194
 Stein, Maria von (geb. Mevissen) 125
 Stein, Sophie (verh. v. Heyl zu Herrnsheim) 125
 Stengel, Franz Xaver Baron von 81
 Stolberg, Graf zu 113
 Stolberg-Wernigerode, Graf von 256
 Stoltenberg, Gerhard 123, 216
 Strasoldo, Franz Graf von 20
 Strasoldo, Nikolaus Graf von 20
 Strasser, Gregor 155, 160, 164, 171
 Strauss, Franz-Josef 58
 Stresemann, Gustav 138-141
 Ströher 241
 Stumm, Ferdinand Freiherr von 121
 Stumm, Ida Freiin von 207
 Stumm, Wilhelm von 115, 118 f., 121, 124,
 139, 169, 231, 235 f., 274
 Stumm-Halberg, Carl Ferdinand Freiherr v. 122
 Stumm-Halberg, Ida Freiin von (verh. v.
 Schubert) 139
 Stumm-Halberg, Karl Freiherr von 120

 Talleyrand 183, 192
 Taube, Waldemar Baron von 185, 194, 206
 Terfloth 242
 Tessin, Nikolaus Freiherr von 205
 Teuchert, Friedrich Baron v. 43
 Thälmann, Ernst 146
 Thöny, Eduard 138
 Thurm u. Taxis, Fürsten von 60, 72, 175, 199 f.,
 208, 235, 247, 301
 Thyssen, August 119, 232
 Thyssen, Fritz 115, 121, 124, 140, 235 f., 277,
 280
 Thyssen-Bornemisza, Hans Heinrich von 119
 Thyssen-Bornemisza, Teresa Baronin von 202
 Tiel-Winkler, Grafen von 90, 99
 Tirpitz, Alfred von 274, 283
 Tocring-Jcttenbach, Hans-Veit Graf zu 64 f.,
 252
 Topf, Erwin 153
 Trachenberg, Herzöge von 90
 Trott zu Solz 195
 Tschirschky, Hattic von (geb. Federer) 209
 Tücher, Christoph Freiherr von 279
 Tucholsky, Kurt 153

 Ullstein 90
 Ulrich, Herzog von Württemberg 174

 Vehse, Eduard 176, 179, 184, 186, 191, 193, 195
 Vietinghoff-Scheel, Baron von 277
 Voith, Hanns 208 f., 231 ff., 235 f., 248, 280

 Wätjen, Claus J. 219 f.
 Wagner, Richard 50
 Waldburg, Fürsten von 207 f.
 Waldburg-Wolfegg, Fürsten von 200
 Waldburg zu Wolfegg u. Waldsee, Johann
 Nepomuk Graf von 202
 Waldburg-Zeil, Fürsten von 184, 200
 Waldburg-Zeil, Maria Immakulata Josefine Grä-
 fin zu (verh. Lobkowitz) 68
 Waldburg zu Zeil u. Trauchburg, Anna v. 48 f.
 Waldburg zu Zeil u. Trauchburg, Georg Fürst
 von «Bauernjörg» 66 ff.
 Waldburg zu Zeil u. Trauchburg, Sophie Gräfin
 von 202
 Waldeck-Limpurg, Graf 184
 Waldeck-Pyrmont, Graf zu 113
 Waldemar, Prinz v. Preussen 268
 Waldersee, Alfred von 268 f.
 Waldthausen, von 240, 242, 247 f.
 Waldthausen, Asta von 296
 Wambold, Hermann 154
 Wartenberg, Friedrich Karl, Graf von 27
 Wartenberg, Johann Kasimir Kolbe v. 22-27,
 51, 77, 94, 129, 133
 Wartenberg-Roth, Graf Ludwig Kolbe von 27 f.
 Wartensleben, Graf 24 f., 133
 Wedel, Graf 267
 Wehner, Heribert 294
 Weisser 240, 242
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 188
 Weizsäcker, Ernst von (1882-1951) 188
 Weizsäcker, Carl Freiherr von 188
 Weizsäcker, Richard Freiherr von 189, 296
 Werhahn, Heribert 233
 Werhahn, Hermann Josef 115, 119, 124
 Werhahn, Wilhelm 229, 231, 233, 235 f., 240,
 242, 245 ff., 288, 295
 Werner, Anton von 92
 Wessels 219
 Westphal, Eduard 214
 Westphal, Heinrich 215
 Westphal, Jürgen 216
 Westphal, Otto E. 214 ff.
 Westphal, Wilhelm 214 f.
 Westphalen, Grafen von 113
 Wetzel, Julie (verh. von Siegle) 204
 Wied, Fürsten zu 113
 Wilhelm I. (preuss. König u. deutscher Kaiser)
 50f., 94 f., 129, 135, 197
 Wilhelm II., Kaiser 29, 53, 84 f., 88, 91, 120 f.,
 124, 128-131, 136, 172, 187, 248, 261-270,
 272 f., 275, 282
 Wilhelm I., Markgraf v. Baden-Baden 190
 Wilhelm, König v. Württemberg 187 f.
 Wilhelm, Prinz u. Landgraf v. Hessen 33
 Wilhelm, Kurfürst von Hessen-Kassel 194
 Wilhelm II., Kurfürst von Hessen-Kassel 251
 Wilhelm, Kronprinz von Preussen 138 ff.,
 146, 167, 172
 Wilhelm, Prinz von Preussen 282
 Wilkens 219
 Willisen, General 138

Wimpffen, Fräulein von (verh. v. Königsegg) 176
Winterstein, Elisabeth (geb. v. Finck) 81
Winterstein, Wilhelm 80
Wittgenstein, Graf zu 24 F., 133, 175
Wittgenstein, Friederike Wilhelmine, Gräfin 175
Witthoeff, Franz-Heinrich 239, 242
Wöllner 134
Woellwarth, Freiherr von 200
Woermann, Adolf 214, 255 f., 258 f.
Wolff, Fritz Rolf 279
Wolff, Otto nj, 230, 232, 235 ff., 242
Wolff, Wilhelm 106
Wolff v. Amerongen, Otto 119, 124, 230, 236
Wolzogen, General von 18 5
Wrangel, Olaf Baron von 297
Wrangel, Peter von 297
Wrbna-Kaunitz, Josephine Reichsgräfin 43
Wrede, Fürsten 69, 101
Wrede, Gabriele von 112
Wrede, Sophie Fürstin (geb. Gräfin Schaffgotsch) 101
Wuermeling, Franz-Joseph 124
Württemberg, Herzöge von 208
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 93, 283 ff.
Zangen, Wilhelm 279
Zedlitz und Leipe, Paul Baron von 108
Zedlitz u. Leipe, Ruth von (verh. v. Oppenheim) 108
Zedlitz-Trützschler, Robert Graf von 265, 267, 269
Zeppelin, Agnes Gräfin 202
Zeppelin, Ferdinand Graf von 183, 185, 199, 208, 264 f.
Zeppelin, Hella Gräfin von 183
Zeppelin, Johann Karl von 182 f.
Zetkin, Clara 211
Zichy, Anita Gräfin de (geb. Thyssen) 119, 232
Zinsser 288
Zülch, Hans-Jörgen Fürchtegott 280
Zuydtwyck, Johannes Heereman Baron von 69
Zwanziger, E. 106-109

Bücher zur Sache

Manfred Blödorn

Der Olympische Meineid

Idee und Wirklichkeit der Olympischen Spiele. 288 Seiten

Nigel Calder

Atomares Schlachtfeld Europa

Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren

Mit einem Vorwort von Rüdiger Lentz. 248 Seiten

Karl Corino (Hrsg.)

Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus

256 Seiten

Lea Fleischmann

Dies ist nicht mein Land

Eine Jüdin verläßt die Bundesrepublik

Mit einem Nachwort von Henryk M. Broder. 272 Seiten

Barbara Franck

Ich schau in den Spiegel und sehe meine Mutter

Gesprächsprotokolle mit Töchtern. 240 Seiten

Gisela Graichen/Nanou Ellerbrook (Hrsg.)

... mir reicht's!"

Gespräche mit Aussteigern. 288 Seiten

Peter Grubbe

Was schert mich unser Staat

Report über den deutschen Bürgersinn. 240 Seiten

Werner Habermehl

Sind die Deutschen faschistoid?

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Verbreitung rechter und rechtsextremer Ideologien in der Bundesrepublik Deutschland.

253 Seiten

Denis Hayes

Alternative Energien

288 Seiten

Zhores Medwedjew

Bericht und Analyse der bisher geheimgehaltenen Atomkatastrophe

in der UdSSR

270 Seiten mit 16 Faksimiles

Meyer/Petersen/Sörensen

Aufbruch der Mitte

Modell einer künftigen Gesellschaftsordnung. 237 Seiten

Richter/Trautmann (Hrsg.)

Eurokommunismus – ein dritter Weg für Europa?

352 Seiten

Hoffmann und Campe

dtv 1061